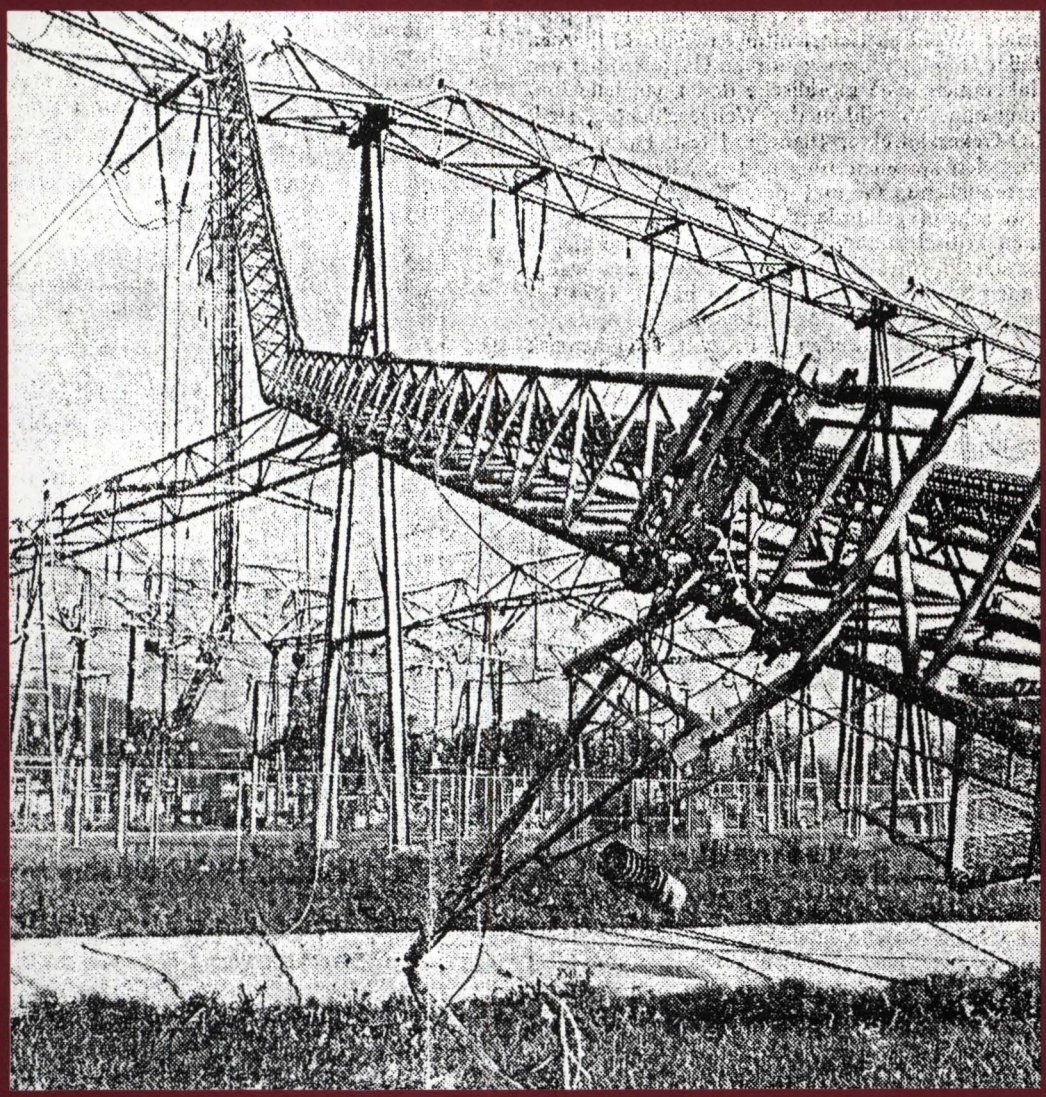
AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE Nr. 4/5



AKW-Widerstand Atomstaat

Doppelheft

Aus dem Programm der Internationalen Taschenbücherei

iva-Verlag
Bernd Polke GmbH
Am Lustnauer Tor 4
7400 Tübingen 1

iva

LES CLOCHES DE BALE Die Geschichte der Millionäre ist geschrieben. Geschrieben ist auch die Geschichte des Elends. Schreiben wir die Geschichte der Partei des Elends, die jene des Elends dieser Partei ist, wie der andere gesagt hat. DER KANTON CHEMIE Die Lage der Region Basel/Elsass/Südbaden unter der Herrschaft der Chemie. MÜLL(H)EIMERSTRASSE Die langandauernde Umweltzerstörung in der Region. GANG Z'ERSCHT EMOL GO SCHAFFÄ Unfälle und Betriebskrankheiten. DIE GESUNDHEITSINDUSTRIE Die Pharmaindustrie in den unterentwickelten Ländern. Die Pharmaindustrie produziert Tod. Menschen als Versuchskaninchen. DER INTERNATIONALE CHEMIEZYKLUS Die Rolle der Chemie in der Restrukturierung der 70er Jahre. DIE DREI KÖNIGE Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche, Sandoz. Konzerndaten. Was wird wie wo produziert? Werden chemische Waffen produziert?

"KINDERKRANKHEITEN" Postfach 108, CH-8025 Zürich

Beiträge ans Info:

Buchladen Ostertor
Sielwall 7
2800 BREMEN 1

bremer **info** unparlamentarische gruppen

Ökologisch Planen und Bauen

- Ökologie - von der Wissenschaft zur Politik
- Energiealternativen
- Auf der Suche nach der Landschaft

Aachen Juni 80

Energieversorgung und Stadtplanung,
Ökologische Stadtreparatur,
Rudolf Doernach: Lebende Sonnenkollektoren mit Pflanzenkatalog,
R. Dietrich: Symbiotische Architektur,
Rückblick auf ein Projekt von Adolf Loos,
Baubiologie - Geobiologie,
Reparatur der Industrielandschaft,
Lucius Burckhardt: Auf der Suche nach der Landschaft.

88 Seiten, 12,- DM
Juli 1980

Bestellungen an
KLENKES Druck + Verlag
Oranienstr. 9
5100 Aachen
Tel.: 0241/512466

radikal

Zeitung für Freiheit und Abenteuer

»**radikal**« ist eine unabhängige sozialistische Zeitung für Westberlin. Sie ist kein Sprachrohr einer bestimmten linken Fraktion, sondern versucht, einen Überblick über die Aktionen der gesamten Westberliner Linken zu geben, wobei die Vorliebe des momentanen Redaktionskollektivids allerdings eindeutig auf Undogmatik liegt.

Darüberhinaus stellt »**radikal**« das Medium Zeitung einer breiten Öffentlichkeit als Diskussionsforum und Publikationsorgan zur Verfügung und unterstützt alle Versuche, alternative Lebensformen zu entwickeln.

Die kollektive Arbeitsweise ohne bezahlte Profis bestimmt zugleich Schwächen und Stärken der »**radikal**«.

Sie erscheint ca. 1x monatlich, vielleicht auch wieder öfter. 20 und mehr Seiten (A3), Preis: DM 2,-. Abo-Preis: DM 2,50. Spenden unbedingt erwünscht und erforderlich. Verpflichtungen über die Dauer des Abos oder Kündigungsfristen gibt es keine. Kleinanzeigen und Veranstaltungshinweise kostenlos.
Geld an: Zeitungskooperative, Sonderkonto »radikal«, PSchKto Nr. 403-102 BlnW oder Sparkasse BlnW KtoNr. 0640006035.

✉ **»radikal«, Eisenbahnstr. 4, 1000 Berlin 36,**
☎ 030/612 70 93

AUTONOMIE

Inhalt

Editorial	2
Chronologie zum Widerstand gegen Atomanlagen	3
Trauer und Ohnmacht statt Wut Interview zur Räumung des Platzes in Gorleben	14
Gorleben 1004 – Ein Erfolg?	16
Weekend-Imperialismus oder regionale Verbundenheit Interview mit Walter Mossmann	24
Subversiver Kampf in der AKW-Bewegung	30
Die »Freie Republik Wendland« Ein vorläufiger Bericht über eine Reise ins Ausland	35
Ideologische Strömungen bei den Grünen	42
Ein Technokrat im Gewand des Propheten: Baghwan Bahro	43
Über den ökologistischen Propheten Gruhl	55
Die Krise der Arbeit/Energie und die Anti-AKW-Bewegung	62
Do it Yourself 007	68
AKW-Saboteure haben das Wort	73
Atombombe und AKW	75
Radikaler Strompreisboykott gegen Elektrizitätskonzerne	100
Thesen zur Krise der Anti-AKW-Bewegung	115

4/5 80

Preis dieses Doppelheftes: 12 DM

Impressum

Herausgeber: Redaktionskollektiv AUTONOMIE/
IVA-Verlag Bernd Polke GmbH
Verantwortlich: A. Meyer
Verlegt bei: Verein AUTONOMIE
Anschrift des Verlags und der Redaktion:
Thadenstr. 130 a
D 2000 Hamburg 50
040/430 007 0
Konto PschA Hamburg
H.G. Bürker / Sonderkonto AUTONOMIE
421 258 - 201
Druck: Druckerei in St. Pauli
Simon von Utrecht - Str. 85 a
2000 Hamburg 4
040/310 154

Das Titelbild zeigt den gesprengten Meteomast in Gösgen

Zu diesem Heft

Die Vorüberlegungen für dieses Heft stammen aus dem Herbst 1979: wir sahen, wie die wichtigste Teilbewegung, der wir zwar nicht unmittelbar angehören, an deren Entwicklungsschritten wir aber von Anfang an teilgenommen haben, handlungsunfähig wurde, einerseits durch den Prozeß der Institutionalisierung der Grünen, andererseits durch die fruchtlosen Auseinandersetzungen um die Alternative zwischen einem neuerlichen Sturm auf Brokdorf oder der pazifistischen Aktion in Gorleben.

Wir entschlossen uns damals, den Beteiligten diese Zeitschrift als Instrument anzubieten um die aktuelle Krise aufzuarbeiten, die laufenden Diskussionen fortzuentwickeln und zu verbreitern, neue Strategien zu finden. Denn die Anti-AKW-Bewegung verfügte zwar über massenhaft Veröffentlichungen, die über die Gefährlichkeit der Atomanlagen Auskunft gaben; jedoch war uns keine selbstkritische Bestandsaufnahme der Bewegung bekannt, der »Atomstaat« war den meisten eine geschichtslose sich realisierende Vision und die Grünen, die uns als Parallele zur Mahler-Baum'schen Rekonstruktion der Staatsautorität erschien, wurde oft nur auf der Ebene einer überlebten Parlamentarismuskritik angegriffen.

Für dieses Heft war folgendes Vorgehen geplant: in einer ersten Phase sollten uns bekannte wichtige Gruppen zur Krise der Anti-AKW-Bewegung befragt werden. Die Ergebnisse dieser Befragung sollten auf einem Treffen ausgewertet werden und Probleme benannt werden, die dann in einer zweiten Phase bearbeitet werden sollten. Am Schluß sollte daraus ein Plenum entstehen, auf dem ein Resumee gezogen werden sollte mit Vorschlägen für die Entwicklung der nächsten praktischen Schritte.

Wir entwickelten einen Fragebogen, in dem die Krise der Anti-AKW-Bewegung von unserer vorläufigen Sicht aus zur Diskussion gestellt worden ist. Dieser Fragebogen wurde aber nur von einer Gruppe zur Hälfte beantwortet, mit einer handvoll anderer Gruppen gab es ausführliche Diskussionen. Teils das Engagement in der Auseinandersetzung um Brokdorf oder Gorleben, teils die laufende Arbeit, bei manchen auch Desinteresse an solchen »abgehobenen Fragen« verhinderte die Beteiligung an unserem Projekt. Bisweilen wurden wir auch gefragt, warum denn gerade für die Autonomie schreiben, wo es doch schon zahlreiche Anti-AKW-Zeitschriften gibt. Legitimationsprobleme hatten wir nach kurzer Zeit keine mehr, nachdem wir festgestellt hatten, daß die Thematik wie sie uns vorschwebte in den Anti-AKW-Zeitschriften kaum vorkommt und daß eine Reihe von Aktiven an unseren Vorschlägen ein ernsthaftes Interesse hatte.

Herausgekommen ist dann ein Heft ähnlich den vorangehenden, großenteils von der Redaktion inhaltlich bestimmt und produziert, mit abschließenden Thesen der Redaktion. Dadurch verschoben sich auch einige Akzente: zum Beispiel kam eine detaillierte Regionalgeschichte des Wendlandes nicht zustande, weil die Genossen, die sie ausführen wollten, mit den Vorbereitungen für Gorleben (und mit der Renovierung ihrer Häuser) beschäftigt waren. Wir konnten diese Lücke nur kursorisch füllen, dafür wurde uns in Diskussionen klar, daß die Emigranten im Landkreis auch eine zerstörerische Rolle spielen: nicht nur durch die Transformation regionalen Widerstandes in die Aktionsformen von »Bürgerinitiativen«, sondern auch durch Nutznießung der steigenden Bodenpreise durch spekulativen Häuserkauf. Ein anderes Beispiel ist die Kritik der Grünen, die ursprünglich aus der Entwicklungsgeschichte der Anti-AKW-Bewegung geführt werden sollte (ihrer sozialen Zusammensetzung, dem Umgang mit der eigenen Angst, der Verwaltung der Krise), woraus dann eine Kritik ihrer Propagandisten Bahro und Gruhl wurde.

Von dem ursprünglichen Projekt ist noch so viel übriggeblieben, daß die Beiträge mit einigen Genossinnen und Genossen aus aktiven Anti-AKW-Gruppen diskutiert und modifiziert wurde. Vielleicht kommt nach dem Scheitern in Gorleben (schon zur Besetzung sollte dieses Heft fertiggestellt sein und hat sich immer wieder verzögert) nun doch eine Diskussion zustande, wie wir sie nach wie vor für entscheidend wichtig halten.

Mit der **Chronologie zum Widerstand gegen Atomanlagen** versuchen wir, exemplarisch an den wichtigsten Zentren des Widerstandes der Bewegung ihre Entstehung und Entwicklung in Erinnerung zu rufen, die Vielfalt und Breite der Widerstandsformen ansatzweise aufzulisten und ihre unterschiedlichen Phasen deutlich zu machen.

Daran anschließend gehen wir auf die Besetzung der Bohrstelle bei Gorleben ein: Das **Interview mit einer Platzbesetzerin** ist in Eile kurz vor Redaktionsschluß noch erstellt worden und schildert die Erfahrungen, die während der Räumung des Dorfes gemacht wurden. Der Arbeitskreis für Politische Ökologie in Hamburg geht in seinem Beitrag **Gorleben 1004** ausführlich auf die Differenzen zwischen verschiedenen AKW-Gruppen bezüglich der Platzbesetzung ein, setzt sich mit den Argumenten der Organisatoren und einer Reihe von teilnehmenden Initiativen kritisch auseinander und stellt den vielverkündeten »Erfolg« dieser Aktion in Frage.

In der Bewegung werden die Widerstandserfahrungen je nach Herangehensweise und Perspektive unterschiedlich diskutiert und verarbeitet. Zur Neubestimmung des Widerstands in der Stadt und in der Region halten wir die Dokumentation von Gesprächen mit aktiven Ansätzen für notwendig.

Das uns zugesandte
Gespräch **Subversiver Kampf in der AKW-Bewegung** dokumentiert das Selbstverständnis der Revolutionären Zellen innerhalb dieser Bewegung. Das **Interview mit Walter Moßmann** verdeutlicht die positive Erfahrung mit der Verankerung des Widerstands in der Region und weist auf die Notwendigkeit der Verbindung von Anti-AKW-Kampf, regionalistischer Tradition und Problemen der Arbeiter-Bauern zwischen Industriearbeit und rationalisiertem Winzertum.

Der noch kurzfristig zustande gekommene Beitrag **Ein vorläufiger Bericht über eine Reise ins »Ausland«: Durch die »Freie Republik Wendland«** knüpft an die schon in Heft 12 der AUTONOMIE (alte Folge) begonnene Diskussion über Regionalismus und Erfahrungen des konservativen Widerstands an und versucht im Unterschied zu manchen AKW-Gegnern etwas genauer hinzuschauen, was es mit der Regionalgeschichte und den Problemen der Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf sich hat. Wir haben vor, an diesem Thema noch weiter zu arbeiten.

Um Tendenzen der Integration und Institutionalisierung der Basisbewegung durch die grüne Partei entgegenzuwirken, zeigen

wir in **Ideologische Strömungen bei den Grünen** den Zynismus der politisch-ideologischen Inhalte der beiden Propagandisten Gruhl und Bahro auf.
Aus den USA haben wir den Beitrag **Die Krise der Arbeit/ der Energie und die Anti-AKW-Bewegung** übersetzt, in dem das Midnight-Notes-Kollektiv, das früher die Zeitschrift Zero Work herausgegeben hat, die verschiedenen Fraktionen der US-amerikanischen Bewegung analysiert, sich kritisch mit dem alternativen Pro-Solar-Flügel auseinandersetzt und auf die Bedeutung der Kämpfe der LKW-Arbeiter gegen die hohen Benzinpreise und den Widerstand der Arbeiter in den Atomkraftwerken hinweist. **AKW-Saboteure haben das Wort** und **Do It Yourself 007** sind zwei Beiträge aus der Schweiz, die sich mit Aktivitäten des subversiven Widerstands beschäftigen.

Atombombe und AKW lautet der Titel eines Beitrags, der die Geschichte der militärischen und wirtschaftlichen Impulse in der bundesrepublikanischen Atompolitik analysiert, um besser einschätzen zu können, wie der aktuelle Stand aussieht und was in den 80er Jahren für eine Entwicklung geplant ist. Ein weiterer Hauptbestandteil dieses Heftes liegt in der weitergehenden Diskussion von Perspektiven städtischen AKW-Widerstandes am Beispiel des Strompreisboykotts.

In **Radikaler Strompreisboykott gegen Elektrizitätskonzerne** wird von der Analyse der historischen Entwicklung der E-Konzerne als AKW-Betreiber ausgegangen, um auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen Strompreiserhöhungen hinzuweisen und eine Diskussion hierüber verstärkt in Gang zu bringen.

Am Ende des Heftes drucken wir **Thesen** ab, die das Ergebnis unserer Diskussion zum Abschluß des Heftes sind.

Chronologie zum Widerstand gegen Atomanlagen

Wyhl

1970 kauft die Badenwerk AG von der Stadtverwaltung Breisach ein Gelände zum Bau eines Kraftwerkes.

Am 2.6.**1971** stellt die Badenwerk AG einen Antrag auf Standortgenehmigung für ein AKW. Als diese Pläne bekannt wurden, gründeten im Sommer 1971 Bauern, Winzer und Akademiker aus den umliegenden Gemeinden das Oberrheinische Komitee um den Bau dieses AKW ggf. zu verhindern.

Am 4.1.1971 findet die erste öffentliche Diskussion mit über 500 Teilnehmern statt. Im Dezember 1971 wird in Freiburg die Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke e.V. gegründet.

Im Januar **1972** schließen sich die BIs, deutsche wie auch französische, zur einer Arbeitsgemeinschaft, welche sich Internationale Rheintalaktion nennt zusammen.
Am 16.9.1972 findet eine Demonstration mit 850 Traktoren von Oberrothweil nach Breisach statt. 65.584 Unterschriften werden bis Ende September 1972 für den Sammeleinspruch gegen das geplante AKW Breisach gesammelt.

Am 29.3.**1973** gründet die Badenwerk AG gemeinsam mit der Energieversorgung Schwaben die Kernkraftwerk Süd GmbH, die im Mai 1973 bei der KWU AG das AKW bestellt.
Am 18.5.1973 wird zum ersten Mal der Genehmigungsantrag der Kernkraftwerk Süd GmbH auf den Bau eines AKW in Whyl veröffentlicht. Der erste Block dieses AKW soll 1979 in Betrieb gehen.

Am 26.7.1973 findet eine erste Informationsveranstaltung der BI Wyhl/Weisweil statt.
Am 25.8.1973 findet eine Demonstration der Berufsfischer auf dem Altrhein mit ca. 40 Booten und 200 Teilnehmern statt.
Am 10.10.1973 beantragt die KKW-Süd GmbH die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das AKW Wyhl.

Am 27.4.**1974** findet eine Demonstration mit 400 Traktoren durch das Gebiet des Kaiserstuhls statt. Es findet eine weitere Mobilisierung in Form von entstehenden BIs statt und zwar in den Gemeinden Endingen, Forchheim und Freiburg.

Vom 11.5. bis zum 10.6.1974 liegen die Antragsunterlagen für die erste Teilerrichtungsgenehmigung der KWS in Whyl, Emmendingen und Stuttgart aus. Einsprüche werden erhoben von 8 Gemeinden, 53 Vereinigungen und 330 Einzeleinsprechern. 89.430 Unterschriften für einen Sammeleinspruch werden zusammengetragen.
Am 9. und 10.7.1974 findet der Erörterungstermin in Wyhl statt. Jedoch läßt die einheitliche Meinung von Ministerialräten und Genehmigungsbehörde und der Badenwerk AG, welche ja ein Betreiber des AKW Wyhl sein soll, den Termin platzen.
Am 25.8.1974 organisieren 21 BIs im französischen und deutschen Oberrheingebiet einen Sternmarsch auf den Wyhler Bauplatz und protestieren gegen das geplante AKW Wyhl und gegen die Chemischen Werke München die in der Nähe von Marckolsheim ein Bleichemiewerk errichten wollen. Im folgenden kommt es zur Gründung des Internationalen Kommitees, nämlich ein Zusammenschluß der 21 badisch/elsässischen BIs.
Am 3.10.1974 entsteht die Badische Fraueninitiative. Diese veröffentlichen einen Protestbrief an den damals noch im Amt befindlichen Ex-Nazi und Ministerpräsidenten Filbinger der von weiteren 200 Frauen unterschrieben wird.
Am 5.11.1974 leitet Wirtschaftsminister Eberle das Genehmigungsverfahren für das AKW Wyhl ein. Die Landesregierung gibt ihr Einverständnis.
Am 6.11.1974 wird diese Entscheidung mit einer Anzeige in der Presse bekanntgegeben. Am gleichen Abend wird eine CDU-Landtagsfraktion, welche in Kichlingsbergen getagt hatte, von Bauern und Winzern mit Traktoren gestellt und mit etwa 100 Fahrzeugen an der Abfahrt gehindert und zu einer Diskussion gezwungen.
Am 10.11.1974 findet eine Kundgebung des Weinbauverbandes in Sasbach gegen das AKW Wyhl und gegen die Chemischen Werke München, die ja in der Nähe von Marckolsheim ein Bleichemiewerk zu errichten drohen, statt.
Am 17.12.1974 demonstrieren ca. 700 Kaiserstühler vor dem Stuttgarter Landtag, wo die Entscheidung für den Bau getroffen wird.
Am 19.12.1974 eine Enteignungsdrohung des geplanten Baugeländes durch das Wirtschaftsministerium, falls der geplante Bürgerentscheid nicht für das AKW Wyhl ausfällt.

Am 6.1.**1975** startet die Landesregierung eine großangelegte Propagandaaktion. Jeder einzelne Wyhler erhält einen Brief Filbingers.
Am 10.1.1975 findet eine letzte Versammlung vor der Bürgerabstimmung in Wyhl mit Wirtschaftsminister Eberle und 12 sogenannten »Experten« statt. Nach dieser Veranstaltung wird Eberle durch Straßensperren am Fortfahren gehindert, sein Fahrer rammt Autos und kann mit seinem Minister davonkommen.

Am 12.1.1975 findet der sogenannte Bürgerentscheid statt, wobei 883 für den Verkauf des Geländes für das geplante AKW Wyhl stimmen, 692 schließlich dagegen. Die inzwischen auf 30 BIs angewachsene Anti-AKW-Bewegung erklärt, daß die Wyhler Bevölkerung über den Verkauf eines Grundstückes entschieden hat, aber die betroffene Region über den Bau eines AKW entscheiden wird.
Am 17.1.1975 wurde rund um den Kaiserstuhl eine Großaktion der Kripo durchgeführt: mindestens 15 Verhöre, Hausdurchsuchungen und eine Festnahme.
Am 22.1.1975 erteilt Wirtschaftsminister Eberle die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, diese wird wegen »dringenden öffentlichen Interesses« mit »sofortigem Vollzug ausgestattet«, daher verlieren die Einsprüche ihre aufschiebende Wirkung. Filbinger warnt gleichzeitig die Kaiserstühler vor einer Besetzung des Bauplatzes.
Am 26.1.1975 findet eine Protestkundgebung in Weisweil statt.
29.1.1975: Die Bürgermeister der Gemeinden Weisweil, Forchheim, Enningen und Sasbach nebst 6 Einzelklägern erheben beim Verwaltungsgericht Freiburg Einspruch gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Teilerrichtungsgenehmigung.
Am 11.2.1975 findet die Unterzeichnung des Kaufvertrages zwischen dem Wyhler Bürgermeister Zimmer und der KWS statt.
Am 17.2.1975 wird auf dem Baugelände des geplanten AKW Wyhl ein Zaun errichtet und mit der Abholzung des Baumbestandes auf diesem Gelände begonnen. Die Polizei droht etwaigen Besetzern DM 200,- sogenanntes Zwangsgeld an.
Am 18.2.1975 findet der sogenannte Atomalarm statt. Die Badener und Elsässer werden dadurch mobilisiert. Ca. 400 m vom Bauplatz entfernt, auf der Nato-Rampe, findet eine Pressekonferenz der 30 BIs statt.
Im Anschluß an diese Pressekonferenz wird am 18.2.1975 zum ersten Mal der Bauplatz des geplanten AKW in Wyhl von der Bevölkerung besetzt. Die Bauarbeiter ziehen ab. Ca. 150 Besetzer bleiben auf dem Bauplatz.
Am 19.2.1975 werden über 15.000 Flugblätter in den Dörfern des Kaiserstuhls verteilt mit der Aufforderung, an der Besetzung des Bauplatzes teilzunehmen.
In der Nacht vom 19. auf den 20.2.1975 wird der Platz durch 7 Hundertschaften Bereitschaftspolizei unter wie immer brutalem Einsatz von Knüppeln, Wasserwerfern usw. geräumt.
Am 21.2.1975 findet eine zweite Kundgebung gegen den Polizeieinsatz auf der Nato-Rampe mit ca. **5000 Teilnehmern** statt.

Am 23.2.1975 findet eine 3. Kundgebung mit **28.000 Teilnehmern** statt. Es kommt zur erneuten Stürmung und Besetzung des Bauplatzes durch die Bevölkerung Wyhls und der umliegenden Gemeinden.
Am 24.2.1975 wird ein erneuter Räumungsversuch der Polizei durch eine Massenmobilisierung verhindert. Ca. 2.000 Menschen bleiben in der Nacht auf dem besetzten Bauplatz.

Am 9.3.1975 ist das mittlerweile schon legendäre große Rundhaus (Freundschaftshaus) fast fertiggestellt.
Am 12.3.1975 wird im gesamten Breisgau während eines Fußballänderspieles wegen einer angeblichen Bombendrohung der Strom abgeschaltet.
Am 21.3.1975 ordnet das Freiburger Verwaltungsgericht den Baustopp an.
Am 30.3.1975 (Ostern) finden zwei Märsche mit einer Kundgebung von ca. 15.000 AKW-Gegner/innen auf dem Bauplatz statt.

Im Mai 1975 arb eiten ca. 42 BIs aus ebensovielen elsässischen und badischen Gemeinden in der Initiative gegen das geplante AKW Wyhl mit. Ebenfalls im Mai 1975 legt die Landesanwaltschaft beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim Beschwerde gegen das Bauverbot ein, welches das Verwaltungsgericht Freiburg ausgesprochen hatte.
Am 3.7.1975 erklären BIs, daß der Platz freiwillig geräumt wird, wenn rechtlich gesichert sei, daß die Bauarbeiten nur dann beginnen, nachdem sogenannte »unabbhängige« Gutachter umfassend bewiesen haben, daß weder Leben, Gesundheit noch Klima und Landwirtschaft beeinträchtigt werden. Die KWS soll das Sofortverfahren für ruhend erklären lassen.
Am 22.7.1975 fahren Vertreter der BIs zu Gesprächen nach Bonn und erklären im nachhinein, daß von der Bundesregierung keine Unterstützung ihres Kampfes zu erwarten sei.
Am 14.10.1975 hebt der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim das Urteil des Verwaltungsgerichtes Freiburg auf und erklärt den sofortigen Baubeginn als rechtmäßig. Die Besetzung wird aufrechterhalten. Die BIs sind nicht bereit, den Bauplatz zu räumen. Die Landesregierung verzichtet auf die gewaltsame Räumung. Die BIs verlangen im Gegenzug als Gegenleistung für eine freiwillige Räumung des Bauplatzes die Zusicherung, daß jede straf- bzw. zivilrechtliche Verfolgung von Bauplatzbesetzern sofort eingestellt wird.

25.10.1975. Die sogenannte kleine Verhandlungskommission der BIs hat mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Späth ein Verhandlungspapier ausgehandelt, welches die Grundlage dafür bieten soll, daß öffentliche Verhandlungen mit der Landesregierung über den Bau des AKW stattfinden und über die Einstellung der Schadensersatzklagen gegen Mitglieder der BIs, welche den Platz besetzt halten, gewährleisten soll. Die AKW-Gegner/innen sollen dafür den Platz verlassen, während der Verhandlungen sollen Vertreter der BIs und der Landesregierung diesen Bauplatz bewachen. Verschiedene BIs lehnen diese Vorschläge rigoros ab.
Am 29.10.1975 wird gegen den Widerstand vieler BIs die vorläufige Aufgabe der Platzbesetzung am 7.11.1975 beschlossen. Selbstverständlich gehen Landesregierung und Betreiber (KWS) auf diesen Vorschlag ein.
Am 7.11.1975 verlassen die BIs geschlossen den Bauplatz. Ein auf dem Bauplatz befestigtes Schild verkündet: Während der Dauer der Verhandlungen bleibt der besetzte Bauplatz verlassen.
Am 10.11.1975 beginnen die Verhandlungen mit der Landesregierung.

Am 31.1.**1976**, in den Verhandlungen zwischen den Vertretern der BIs einerseits und der Landesregierung und Betreibern (KWS) andererseits, einigt man sich, auf den Baubeginn des AKW Wyhl bis zm 1.11.1976 zu verzichten. Die Betreiber (KWS) verzichten auf alle Schadenersatzansprüche und Strafanträge gegen die Besetzer des Bauplatzes.
Am 22.2.1976 findet eine nochmalige Großkundgebung auf der Nato-Rampe statt, an der sich 15.000 AKW-Gegner/innen beteiligen. Die Großkundgebung findet unter dem Motto »365 Tage Platzbesetzung« statt.

Brokdorf

In der BRD sind im Jahre **1973** etwa 9 AKWs in Betrieb.

Im Zusammenhang mit einem Referat, welches ein gewisser Staatssekretär Nebel aus dem BRD-Wirtschaftsministerium, auf einer Brokdorfer Kreisausschußsitzung hält, wird am 26.11.1973 im Wohnzimmer des Wewelsflether Bürgermeisters Sachse die BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) aus der Taufe gehoben. Nachdem im Dezember 1973 eine Befragung der Bevölkerung Wewelfleths und Brokdorfs auf Initiative des Brokdorfer Bürgermeisters Block durchgeführt wird, die Ergebnisse der Befragung durch Block, der sich damit der Atommafia zugehörig bekannte, im Sinne der Kieler Regierung und der dazugehörigen Atomindustrie ausgewertet worden war, fand am 15.12.1973 die erste große Informationsveranstaltung in Brokdorf statt.

Im August **1974** beantragte die Kraftwerke Brokdorf GmbH (HEW und NWK) die Bau- und Betriebsgenehmigung des AKW Brokdorf. Nach Stellung dieses Antrages trägt die BUU über 30.000 Unterschriften gegen das geplante AKW Brokdorf zusammen.
Im November 1974 findet ein sogenannter atomrechtlicher Erörterungstermin statt, der nach kurzer Dauer von der Kieler Regierung abgebrochen wird und bei dem von 14 vorhandenen Gutachten nur 4 vollständig von der Genehmigungsbehörde vorgelegt wurde.

Im Mai **1975** interveniert eine Gruppe der BUU in den Kieler Landtag, wo mit einem Transparent, welches während der Sitzung entrollt wird, gegen das geplante AKW Brokdorf protestiert wird.
Im Sommer 1975 zieht eine Theatergruppe der BUU in verschiedenen Orte der Wilster Marsch, wie Glückstadt, Borsfleth, usw. Diese Theatergruppe versucht der Bevölkerung vor Ort Informationen über die Vorgehensweise der Atomindustrie in Theaterform aufzuzeigen, beispielsweise wie die NWK den Bauern ihr Land aufkaufen will.
Im Oktober 1975 beantragen die Kernkraftwerke Brokdorf GmbH die Genehmigung zur Entnahme von Kühlwasser aus der Elbe. Fast 6.000 Menschen erheben Einspruch. In der Folge wird in der Wilster Marsch eine Erklärung verteilt, in welcher propagiert wird, daß der Bauplatz, sofern mit den Baumaßnahmen begonnen werden sollte, besetzt wird.

Am 28.2.**1976** wird eine Sternfahrt zum Bauplatz unternommen.
In der Nacht zum 5.3.1976 wird in einer nächtlichen Polizeiaktion in Hamburg ein Flugblatt mit der Ankündigung der Platzbesetzung (sofern mit Baumaßnahmen begonnen wird) mit einer Auflage von etwa 10.000 Stück beschlagnahmt. Leute werden verhört, Kellerräume werden durchsucht.
Am 23.6.1976 wird das AKW Brunsbüttel in Betrieb genommen.
In dieser Zeit bilden sich in der Wilster Marsch neue Gruppen (Untergruppen der BUU), sowie eine Initiativgruppe gegen das AKW Brunsbüttel.
Im Oktober 1976 wird in Brokdorf auf dem Feld, welches gegenüber dem Bauplatz liegt, ein großes Schild aufgestellt, welches die Aufschrift trägt: **Hier verhindert die Bevölkerung das Atomkraftwerk Brokdorf.**

Am 26.10.1976, 00.00 Uhr ist es dann soweit: Es besetzten in einer Nacht- und Nebelaktion Polizei, Werkschutz usw, ausgerüstet mit Mannschaftswagen, Baumaschinen, Lastzügen usw., das Baugelände, auf welchem das AKW Brokdorf gebaut werden soll.
Am nächsten Tag, dem 27.10.1976, sammeln sich ca. 200 AKW-Gegner zu einer Protestkundgebung am Bauplatz.
Am 28.10.1976 wird ein Bauwagen in der Nähe des Bauplatzes am Deich aufgestellt und als Informationszentrum der BUU eingerichtet. Auf einer Lagebesprechung wird beschlossen zum 30.10.1976 zu einer Großkundgebung und Veranstaltung am Bauplatz des geplanten AKW Brokdorf aufzurufen.

Sonnabend, der 30.10.1976: An diesem Tag kommen ca. **8.000 Menschen** zur Großkundgebung an dem von der Polizei und Werkschutz besetzen Bauplatz. Es wären sicherlich noch wesentlich mehr Kundgebungsteilnehmer geworden, hätte nicht die Polizei schon damals mit Straßensperren, Autodurchsuchungen etc. verhindert, daß etliche überhaupt nicht bis zum Bauplatz vorstießen. Nach einer relativ kurzen Kundgebung begann ein Rundgang um das Gelände des geplanten AKW Brokdorf. Es war nur eine Frage der Zeit, bis es gelang, innerhalb weniger Minuten mit Hilfe von Stangen, Brettern, Zangen usw., den Graben, der mit dem heutigen vorhandenen Graben am Bauplatz des geplanten AKW Brokdorf nicht mehr vergleichbar war, zu überwinden. Werkschutz und Polizei setzten schon zu diesem Zeitpunkt der Besetzung Schlagstöcke, Chemical Mace usw. ein, konnten aber die Besetzung nicht verhindern. Nach ca. 2 Stunden waren ca. 2.000 Menschen auf dem Bauplatz versammelt, bauten Zelte auf usw., um sich auf eine länger andauernde Besetzung des Platzes einzurichten. Die umliegende Bevölkerung organisierte die Verpflegung der Besetzer. Auf der Zugangsstraße (NWK-Straße) wurden derweil Barrikaden errichtet, um den Nachschub für die Besetzer ohne Behinderung durch die Polizei zu garantieren. Um ca. 20.30 Uhr egann ein wie immer brutaler Polizeieinsatz zur Räumung des Platzes. Dabei muß bemerkt werden, daß schon in der Tagesschau, also zwischen 20.00 und 20.15 Uhr eine Meldung über die Räumung durchgegeben wurde, obwohl diese wie bereits erwähnt erst um 20.30 begann. Auf der Straße, welche durch AKW-Gegner verbarrikadiert worden war, wurde durch Einsatz von Polizei mit Schlagstöcken, Wasserwerfern, Chemical Mace usw. klare Verhältnisse gschaffen. Ebenso auf dem besetzten Bauplatz, wo, nach dem die Besetzer unter anderem mit Einsatz von Polizeipferden heruntergeprügelt, gezogen und getreten worden waren, die dort aufgebauten Zelte, Schlafsäcke usw. angesteckt wurden (von Polizei und Werkschutz) und die übriggebliebene Asche verscharrt wurde. Den Rest besorgten dann die bereits auf den Platz geholten Bulldozer, die den Rest einebneten.

Der 30.10.1976 und die Folgen

Am 31.10.1976 fand eine öffentliche Pressekonferenz statt, wo sich die örtliche Bevölkerung noch einmal nachhaltig mit der Platzbesetzung solidarisierte. Nachmittags fanden sich ca. 3.000 bis 4.000 Menschen aus der Wilster Marsch in Wewelsfleth ein und traten zu einem Schweigemarsch in Richtung Brokdorf an. In mehreren Städten in der BRD fanden Demonstrationen statt gegen die Räumung des Bauplatzes durch die gemeinsame Aktion von Polizei und Werkschutz.

Auf der anderen Seite, nämlich bei HEW, NWK und Polizei machte sich Hektik breit. Die Befestigung des Baugeländes wurde in unheimlicher Eile vorangetrieben, so wurden die Gräben bis zu 8 m Breite ausgehoben, eine Mauer errichtet, die an einigen Stellen bis zu 5 m hoch ist, Stahlgitter usw., die mit Nato-Stacheldraht verstärkt wurden. Dieser hinreichend bekannte Anblick eines ganz »normalen Bauplatzes«, der wirklich an die Befestigungsanlagen der DDR erinnert, gehört heute zum Bild der Landschaft um Brokdorf. Die folgende Repressionswelle durch die Staatsmacht richtete sich im wesentlichen gegen die umliegende Bevölkerung, welche die Aktivitäten gegen das geplante AKW Brokdorf zu diesem Zeitpunkt auch aktiv unterstützte. Kurz nach der Demonstration des 31.10.1976, nämlich der Protestmarsch von Wewelsfleth nach Brokdorf, fand am Bauplatz eine weitere Demonstration statt. Diese wurde jedoch nicht von AKW-Gegnern durchgeführt, sondern von etwa 2.000 NWK-Arbeitern, die unter Anleitung von ÖTV Gewerkschaft (ohne Kernenergie gehen bei uns die Lichter aus und die Abeitsplätze flöten) und NWK für das geplante AKW Brokdorf und gegen die vorhergehenden Aktionen der AKW-Gegner/innen auf die NWK-Straße gingen.

Die bisherigen Ereignisse und Aktionen von AKW-Gegner/innen am und auf dem Bauplatz von Brokdorf, die spürbare Solidarität und praktische Unterstützung der umliegenden Bevölkerung und nicht zuletzt die brutalen Einsätze durch die staatliche und HEW-NWK-Polizei hatten eine Art Signalwirkung insbesondere für die städtischen Linken und für die in anderen Regionen der BRD existierenden BIs und Gruppen gegen Atomanlagen. Aufgrund der breiten Solidarität und der Resonanz nicht nur innerhalb der BRD sondern auch aus dem Ausland, wurde eine erneute, 2. Kundgebung am Bauplatz des geplanten AKW-Brokdorf für den 13./14.11. organisiert. In den Tagen vor der 2. Kundgebung verstärkte sich die Repression der Staatsmacht durch erneute Aktionen insbesondere gegen die gegen das AKW Brokdorf aktive Bevölkerung in der Wilster Marsch. Beispielswiese wurde in der Nacht vor der 2. Kundgebung das Gebiet um Brokdorf in ca. 12 km Umkreis durch einen sogenannten äußeren und inneren Sicherheitsgürtel (wohlbekannt durch die sogenannte »Terroristenfahndung«) abgeriegelt.

Am 13.11.1976 kamen ca. **45.000 AKW-Gegner/innen** nach Brokdorf zum Bauplatz.Viele Demonstranten/innen waren gut gerüstet mit Helmen, Ölzeug, Werkzeug, Baumaterial usw. Dies war auf sehr konkrete Diskussionen innerhalb besonders der norddeutschen Anti-AKW-Gruppen zurückzuführen, die Inhalte dieser Diskussionen dürften mittlerweile bekannt sein, es drehte sich nicht mehr nur um verbalen Protest, sondern um praktischen Widerstand, was hieß, den Bauplatz zu besetzen und so den Bau des geplanten AKW Brokdorf zu verhindern. Nach einem sogenannten kurzen Feldgottesdienst konzentrierte sich der Demonstrationszug auf den östlich gelegenen Teil des Zaunes an der NWK-Straße. Materialien zum Überbrücken des sehr breiten Grabens wurden auf sehr fantasievolle Weise herangeschafft, dann begannen die ersten Demonstranten den Bauzaun zu bearbeiten. In der folgenden Auseinandersetzung, die oft genug geschildert, niedergeschrieben wurde, wurden etwa 700 Demonstranten verletzt. In den bürgerlichen Medien der BRD wurde fortan nur noch vom »Bürgerkrieg in Brokdorf« berichtet.

Trotz der nicht gelungenen Platzbesetzung des Brokdorfer Bauplatzes kam es in der Folgezeit zu einer enormen Verbreiterung der AKW-Gegnerschaft. Demonstrationen wurden in den Städten der BRD massenhaft durchgeführt und unterstützt, so am 22.1.**1977** in Hamburg, wo etwa **8.000 AKW-Gegner** unter anderem vor dem HEW-Gebäude in der Innenstadt demonstrierten. Es gab in den bestehenden norddeutschen BIs einen massenhaften Zulauf. Neue Gruppen (BIs) gegen Atomanlagen schossen wie Pilze aus dem Boden.

Mit einem Beschluß vom 15.12.1976 ordnet das Verwaltungsgericht Schleswig einen Baustopp gegen den ersten Teilgenehmigungsbescheid für das Kernkraftwerk Brokdorf an.

In der Folge kommt es in den zahlreichen Initiativen, Gruppen, BIs, besonders im norddeutschen Raum, zu teilweise sehr aggressiven Auseinandersetzungen zwischen Unorganisierten, insbesondere radikalen Teilen der Anti-AKW-Bewegung, deren Ziel es nach wie vor ist, den Bauplatz, insbesondere in Brokdorf, wieder zur Wiese zu machen, und dem Kommunistischen Bund (KB), der in Norddeutschland, vor allen Dingen in Hamburg über eine sehr starke Basis verfügt. Die Unorganisierten warfen dem KB ein taktisches Konzept vor, mit welchem er versucht, die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung hinter seinen Organisationskarren zu spannen. Tatsächlich hatte der KB an den vorhergehenden Massenprotesten und an der Massenmilitanz lediglich in Form seiner Basis teilgenommen, hatte als Organisation bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Initiative gezeigt.

Am 23.12.**1979**, also einen Tag vor Weinachten, kam es unter den nicht gerade zeitlich günstigen Bedingungen zu einer Demonstration am Bauplatz, die mit knapp 4.000 Leuten alle Erwartungen übertraf. Während dieser Demonstration kam es auch zu Aktionen am Zaun.

Brunsbüttel (Konferenz) am 19./20.4.**1980**: Diese Konferenz sollte eine bundesweite Mobilisierung auf Brokdorf vor dem zu erwartenden Baubeginn vorbereiten. Es stellte sich jedoch heraus, daß zwar vorwiegend autonome BIs aus dem norddeutschen Raum anwesend waren, von einer bundesweiten Mobilisierung mußte allerdings abgesehen werden.

Auf einer Landeskonferenz der BUU in Rendsburg am 30.1.1977 gibt es eine Spaltung zwischen Befürwortern der Besetzung des Bauplatzes in Brokdorf und einem sogenannten gemäßigten Teil der AKW-Gegnerschaft, die eine Kundgebung in Itzehoe organisieren wollen. Die Westküsten- und Marschenkonferenz beteiligen sich dann in der Folge auch nicht mehr an der Landeskonferenz und bereiten die Kundgebung vor, die parallel zu dem geplanten Marsch auf das geplante AKW Brokdorf am 19.2.1977 stattfinden soll.

Am 19.2.1977 finden dann auch die Kundgebung in Itzehoe und die Kundgebung in der Nähe des Bauplatzes Brokdorf statt. Ca. **60.000 AKW-Gegner/innen** beteiligen sich an diesen Demonstrationen, wobei der überwiegende Teil an der Brokdorfdemonstration teilnimmt. Die Brokdorfer Demo findet aber nicht wie geplant am Bauplatz statt, sondern wird auf Grund eines riesigen Polizeiaufgebotes ca. 4 km vor dem Bauplatz zum Stoppen gebracht (Polizeisperre). Es fand vor der Bullensperre eine kurze Kundgebung statt.

Auf dem Rückmarsch aus der Wilster Marsch kam es in Wilster zu einem Üb. erfall durch das Kieler MEK, welches als Demonstranten getarnt mit Maschinenpistolen, Knüppeln und großkalibrigen Handfeuerwaffen eine Gruppe von Demonstranten überfiel, fesselte und Umstehende mit den erwähnten Waffen bedrohte.
Am 2.5.1977 wurde durch ein Koordinierungstreffen autonomer Gruppen und Unorganisierter ein Flugblatt an die Initiativgruppen der BUU zur Situation im Hamburger Plenum herausgegeben, auf welchem die Demonstration vom 19.2.1977 die ja bekanntlich vom KB im nachhinein als »gewaltiger Erfolg der militanten AKW-Gegner« bezeichnet,kritisiert wurde, insbesondere aber die Situation im Hamburger Plenum zum Inhalt hatte und u.a. sich aufgrund dieser Initiative ein Plenum autonomer Gruppen bildete. Die Reaktion des KB erfolgte am 5.5.1977. Die Initiatoren des autonomen Plenums wurden als »Pseudoradikale, einige Unorganisierte« bezeichnet. Die Auseinandersetzung die bis zu diesem Zeitpunkt gelaufen waren wurden als ein »kleinliches, nicht an den Zielen und Zwecken unseres Kampfes orientiertes Hick-Hack« dargestellt usw. usf. Damit war die Spaltung der BUU und anderer Initiativen in Norddeutschland, besonders in Hamburg perfekt. Auch diese Auseinandersetzungen sind in einer Reihe von Schriften und Erklärungen nachzulesen.

Als im Dezember 1979 die Klage der Brokdorfkläger negativ beschieden wurde, kam es innerhalb weniger Tage zu einer kurzfristigen Mobilisierung der autonomen AKW-Gegner/innen.

Grohnde

Am 8.6.**1976** besetzte die Preussen-Elektra, ähnlich wie in Brokdorf, den Bauplatz für das heute im Bau befindliche AKW Grohnde. 14.000 AKW-Gegner/innen des Weserberglandes hatten gegen das geplante AKW Einspruch erhoben.

Am 5.3.**1977** rief die Regionalkonferenz der BIs gegen Atomkraftwerke in Kirchohsen, welches in der unmittelbaren Nähe des AKW liegt, zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten und mittlerweile im Bau befindlichen AKW Grohnde auf. Diese Kundgebung sollte am 19.3.1977 stattfinden.

19.3.1977: Gegen Mittag trifft der Demonstrationszug aus dem Norden in Kirchohsen ein, der Südzug in Grohnde. Auch hier war es, ähnlich wie in Brokdorf, ersichtlich, daß es nicht nur zu verbalen Protesten kommen sollte, sondern daß ein großer Teil der Demonstranten willens war, auch in Grohnde zu versuchen, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen. Nachdem der sogenannte Nordzug eine Polizeisperre, die den Weg von Kirchohsen zum Bauplatz Richtung Grohnde versperrte, abgeräumt hatte, traf dieser mit dem Südzug am Bauplatz zusammen. Eine Kundgebung fand nicht statt, stattdessen fingen die AKW-Gegner/innen sofort an mit der dazugehörigen Ausrüstung den Zaun zu attackieren. Ähnlich wie in Brokdorf begann daraufhin die Polizei mit Tränengaswürfen und Wasserwerferei zu versuchen die Demonstranten von ihrem Vorhaben abzubringen, was um so schwieriger war, da es um den Bauplatz Grohnde keinen Wassergraben gab, ein Agieren am Bauzaun für die Gegner des AKW umso leichter war. Außerdem war ähnlich wie in Brokdorf II kein Polizist außerhalb des eingezäunten Bauplatzes zu sehen. Nach einiger Zeit gelang es den AKW-Gegnern eine ca. 20 m breite Bresche an der B 83 in den Zaun zu reissen. Ein Ausfallangriff der Polizei wurde von den Demonstranten zurückgeworfen. Es kam jedoch nicht zu einer Platzbesetzung, da sich mehrere Hundertschaften des BGS an dieser Bresche sammelten.

Im Nordwesten hatte sich mittlerweile ein Großaufgebot der Polizei zusammengerottet welches sich in Richtung Bauplatz in Bewegung setzte. Die Zusammenrottung wurde durch Pferdestaffeln verstärkt. Aufgrund des massiven Einsatzes der Polizei wurde beschlossen, den Rückzug Richtung Grohnde anzutreten. Es kam auf diesem Rückzug zu schweren Angriffen der Bullen, die aber von Seiten vieler militanter und gut ausgerüsteter AKW-Gegner/innen offensiv beantwortet wurden. Leider

kam es zu mehreren schweren Verletzungen auf Seiten der AKW-Gegnerschaft und auch zu vielen Festnahmen. Zu bemerken sei aber dennoch, daß der abziehende Demonstrationszug nach hinten und zur Seite von den schon erwähnten gut ausgerüsteten AKW-Gegnern geschützt wurde.

Vom 12.6.1977 bis zum 23.8.1977 gab es als Folge der Mobilisierung um Grohnde das Anti-Atom-Dorf in Grohnde. Dieses Dorf wurde auf dem Gelände errichtet auf dem die beiden Kühltürme des AKW Grohnde errichtet werden sollen. Dieses Grundstück liegt gegenüer der AKW-Baustelle an der B 83.

Aktionen die im Rahmen des Anti-Atom-Dorfes Grohnde stattfanden waren u.a.:

- das Atom-Informationszentrum der Preussag wurde mit viel Farbe in Lügenzentrum umbenannt und kunterbunt verziert.
- in unmittelb arer Nähe des Baugeländes fallen an einem Tag sämtliche LKWs, Baumaschinen, Bagger und Raupen aus. Als Ursache der Motorschäden stellt sich heraus, daß die Fahrzeuge mit Zucker betankt worden waren.
- Fast alle Markierungen für Probebohrungen und Vermessungsbojen in der Weser verschwinden nach und nach.
- überall in der Umgebung zieren Hauswände und ähnliche Flächen Forderungen der Atomgegner/innen.
- Schwertransporter werden angehalten durch errichtete Barrikaden an den Straßen, entladen und dürfen dann ihre Fahrt fortsetzen.

Am 23.8.1977 wurde das Anti-Atom-Dorf dann durch die Bullen geräumt und vollständig zerstört. An dieser Räumung waren ca. 1.200 Polizisten beteiligt. Es gab wiederum Verletzte auf Seite der AKW Gegner/innen. Ein Bewohner des Dorfes wurde verhaftet.

Vom 5.8. bis 9.8.1977 gab es ähnlich wie in Grohnde ein Anti-Atom-Dorf unmittelbar am Bauplatz in Brokdorf, welches am 9.8.1977 auf Druck der Bullen freiwillig geräumt wurde. Der Platz würde nicht ausreichen um sämtliche Solidaritätsaktionen, die aufgrund der Räumung in Grohnde und Brokdorf stattgefunden haben, aufzuführen.

Heiteren
In der Nacht zum 13.7.1977 verübte eine Bande einen Brandanschlag auf das Lager am besetzten Hochspannungsmast in Heiteren bei Fessenheim. Einer der Besetzer erlitt schwerste Verbrennungen, da er von einem Brandsatz getroffen wurde. Er wird in die Intensivstation des Krankenhauses in Freiburg eingeliefert. Etwa 10 Bandenmitglieder tauchten plötzlich aus dem Hinterhalt auf, warfen Molotow-Cocktails, wobei der erwähnte Besetzer von einem dieser Brandsätze getroffen wurde und lichterloh brannte. Außerdem wurden 3 PKW von Mitgliedern der Freiburger BI schwer beschädigt.

Seabrook/USA
Am 17.6.1977 hat das sogenannte Umweltschutzministerium in Washington das Kühlsystem in Seabrook wieder genehmigt. In einem davor stattgefundenen Verfahren war es verboten worden, weil es Küstenwasser und zwar täglich **43 Milliarden** Liter, um 13 Grad aufheizen würde. Es gab für die USA, hinsichtlich des dort dürftig vorhandenen Widerstands gegen Atomanlagen, eine Welle von Protesten und Demonstrationen.

Plymouth/Mass.
Eine Gruppe in Boston plant zur Zeit eine Besetzung des geplanten AKW-Bauplatzes in Plymouth.

Grohnde.
Im Rahmen des Anti-Atom-Dorfes wird ein Lagerbesucher aus Kirchohsen vor der Haustür von der Polizei festgenommen. Er soll zur »Blutprobe mit auf die Wache«. Ältere Nachbarn kommen auf die Straße und schimpfen auf die Polizei, seine Verlobte alarmiert das Lager, 70 Leute kommen, befreien den Lagerbesucher und die Polizei muß mit blutigen Nasen und verbeultem Auto abziehen.

21.7.1977: Um 3.00 Uhr morgens wird ein Schwertransporter gestoppt und abgeladen. Aufgrund des folgenden Auffahrens von 14 Mannschaftswagen der Polizei, 2 Hubschraubern, 6 Wasserwerfern, 4 Krankentransportern, wird im Anti-AKW-Dorf eine Wagenburg gebaut. Das Hamburger BUU-Plenum, das zu diesem Zeitpunkt gerade tagte, wird abgebrochen, gegen 23 Uhr fährt ein Konvoi von mehr als 100 AKW-Gegner/innen von HH nach Grohnde. Im Lager befinden sich nach dieser kurzfristigen Mobilisierung ca. 700 bis 1.000 Leute aus ganz Norddeutschland.

Zwischen Grohnde und Kalkar

Am 20.3.**1977, Hannover:** als sich etwa 300 bis 400 AKW-Gegner vor dem Polizeipräsidium in der Waterloostr. aufs Pflaster setzten, um die letzten 4 der in Grohnde Verhafteten, die an diesem Tag einen Haftprüfungstermin erwartete, zu empfangen, kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz, in dessen Rahmen wieder eine Reihe von Demonstranten verletzt wurde.

In **Heiteren** wurde am 30.3.1977 ein Stromleitungsmast besetzt, zwei weitere Masten wurden umgelegt bzw. gesprengt.

Gösgen-Schweiz
Am 25.6.1977 versuchen ca. 4.000 schweizer AKW-Gegner/innen den Platz des im Bau befindlichen größten AKW in der Schweiz zu besetzen. Aufgrund eines massiven Polizeieinsatzes, bei dem zweimal Giftgas eingesetzt wird, wird diese Besetzung verhindert.

Malville

31.7.**1977**: Malville ist in die Geschichte des internationalen Kampfes gegen Atomanlagen eingegangen. Das hat viele Gründe:

- Malville ist der Bauplatz für den größten »schnellen Brüter« der Welt (1.200 MW).
- Malville hat eine der größten Demonstrationen gegen AKWs gesehen.
- Malville hat in Frankreich die Diskussion um Atomenergie vollends entfacht. Angesichts der großen Gefahren die durch den schnellen Brüter »Super Phoenix« ausgehen, wird dieses internationale Projekt (BRD, Frankreich, Italien) bereits seit Jahren von einem Großteil der ansässigen Bevölkerung bekämpft.

Mit der Demonstration am 31.7.1977 war das Ziel einer Platzbesetzung verbunden. Vor der Demonstration: Der Demonstration vorausgegangen war eine massive gezielte Hetze in den französischen Medien gegen ausländische, vor allem aber deutsche AKW-Gegner/innen, die als Anarchisten und Terroristen bezeichnet wurden. Das Camp aller Ausländer und einem Teil der Franzosen lag in Morestell, ca. 15 km von Malville entfernt. In der Nacht vom Freitag, den 29.7. auf Sonnabend befanden sich ca. 500 Menschen, meist Deutsche, im Camp. Dies lag zum Teil auf dem Gebiet der Gemeinde Morestell, deren Bürgermeister der einzige von 300 Bürgermeistern in der Umgebung von Malville ist, der für den Bau des »Super Phoenix« eintritt, während die anderen Bürgermeister selbst bei vorhergehenden Demos mitmarschierten. Am Sonnabend um 6.00 Uhr früh wurde dieses Lager von der Polizei überfallen und sämtliche Sachen, deren sie habhaft werden konnte, z.B. Helme, Atemschutzgeräte, Autowerkzeuge, ja selbst Gabeln und Reservekanister wurden von denen schlichtweg geklaut. Die Schutzausrüstungen wurden dann auf einer Pressekonferenz im französischen Fernsehen als »Offensivwaffen« präsentiert, die man den »deutschen Anarchisten und Terroristen« abgenommen habe. Allerdings fragten sich selbst einige Journalisten, ob sie für diesen Vorwurf nicht mehr vorzuweisen hätten als ein paar Helme. Es wurde für die AKW-Gegner/innen immer offensichtlicher, daß der französische Staat, unterstützt von seiner Polizei und den Medien, besonders die deutschen AKW-Gegner als Buhmänner/frauen hinstellten, um ihr späteres, geplantes brutales Vorgehen zu rechtfertigen. In dieselbe Kerbe schlug auch das von französichen und deutschen Zeitungen verbreitete Märchen, daß »Deutsche das Rathaus von Morestell gestürmt« hätten (FR vom 1.8.1977). Im Gegenteil hat eine Gruppe von Deutschen, nachdem am Sonnabendnachmittag eine Gruppe betrunkener Leute im Rathaus randaliert hatte, in der folgenden Nacht das Rathaus bewacht, um weitere Vorfälle **dieser** Art zu verhindern. Besonders hervorgetan hat sich bei der Deutschenhetze der ehemalige Algerienkämpfer und jetzige Departementchef **Janine**, der durch gezielte Falschmeldungen nationalistische deutschfeindliche Gefühle aus vergangenen Zeiten wachzurufen versuchte.

Während der Demonstration: Am Morgen des 31. Juli 1977 setzten sich von zwei Orten aus etwa **50.000 Menschen** in Bewegung, was angesichts der Tatsache, daß die Demonstration 3 Tage vorher verboten worden war, des schlechten Wetters wegen und der zu diesem Zeitpunkt noch nicht voll entfachten Diskussion über Atomanlagen in Frankreich wegen eine sehr große Zahl war. In Faverge, 2 km vor dem Bauplatz, wo die beiden Züge aufeinandertreffen sollten, hatte die Polizei Straßensperren errichtet. In den darauffolgenden Auseinandersetzungen hielt sich die Polizei die Demonstration mit massivem Granateneinsatz mindestens 100 m vom Leibe. Dabei setzte sie außer Tränengasgranaten auch offiziel verbotene kriegsmäßige **Sprenggranaten** ein. 2 deutsche Genossen, die diese Art von Polizeiterror noch nicht erlebt hatten, versuchten ahnungslos die Granaten auszutreten bzw. zurückzuwerfen, **sie verloren dabei eine Hand und einen Fuß.**

Der erste **Tote** im Kampf gegen Atomanlagen in Europa. Ca. gegen 15.30 Uhr nachmittags zogen sich die AKW-Gegner/innen aufgrund der Brutalität und der Übermacht der Bullen zurück. Der Abmarsch konnte nur durch eine enge Straße erfolgen, eine Art Hohlweg. Ringsumher waren Maisfelder. In diesem Augenblick, als sich eine Menge AKW-Gegner/innen in diesem Hohlweg befanden, feuerte die Polizei mindestens 100 Sprenggranaten in die Menge. Vielen Demonstranten fielen die Granaten direkt auf die Köpfe, der Tränengasnebel war so dicht, daß man/frau nur 2-3 m weit sehen konnte und erstreckte sich auf eine Strecke von mindestens 200-300 m. Man/frau glaubte blind zu werden und ersticken zu müssen. Die Demonstranten mußten Felder niedertrampeln und Zäune einreißen, um wieder an die Luft zu gelangen. In dieser Situation wurde der französische Genosse Vital Michalon von der französischen Polizei ermordet. Man versuchte die Todesursache, er starb an den Folgen eines Lungenrisses, wahrscheinlich durch die Einwirkung einer Offensivgranate verursacht, zu vertuschen. Er sollte angeblich an den Folgen eines Herzversagens gestorben sein. Nur durch das mutige Auftreten einiger AKW-Gegner/innen, die die Leiche von den Sanitätern herausbekamen,wurde Vital Michalon in Corpenay aufgebahrt und später einer Obduktion unterzogen.
Dieser massive Tränen eingassatz in dem erwähnten Hohlweg sollte offensichtlich eine Panik bei den AKW-Gegnern/innen erzeugen, er war so brutal angelegt, das bewußt Tote in Kauf genommen wurden. Das war das Ende der Demonstration, in deren Verlauf außerdem mindestens 100 weitere AKW-Gegner/innen verletzt wurden.

Nach der Demonstration: Der Terror durch die französische Polizei, insbesondere durch die Spezialeinheit CRS, hatte damit aber noch nicht sein Ende gefunden. Am Sonntagabend terrorisierten etwa 2 bis 300 dieser Bullen den Ort Morestell. Sie riegelten sämtliche Zufahrten ab und begannen, zurückkehrende deutsche Autos anzuhalten, mit dem Gewehrkolben die Windschutzscheiben einzuschlagen, die Reifen zu zerstechen, die Insassen herauszuzerren und sie zu verprügeln und zusammenzuschlagen. Anschließend zogen sie durch die Stadt, schossen in der Stadt mit Tränengasgranaten um sich, und schikanierten alle Deutschen, deren sie habhaft werden konnten. Sie verhafteten viele, die dann in den Polizeirevieren zusammengeschlagen und traktiert wurden. Die Stadt, die vorher von zurückkehrenden Demonstranten wimmelte, war wie leergefegt. Man/frau hatte Angst deutsch zu reden.

Über die insgesamt 12 in Malville verhafteten AKW-Gegner ist zu berichten, daß sie während ihrer Inhaftierung von der Polizei mißhandelt wurden. So wurden sie mit Fußtritten in den Magen und an anderen Körperteilen stundenlang auf den Knien hokkend zur Wand usw. gequält (Aussage eines gefangenen AKW-Gegners).

Am 6./7.8.1977 wurde diesen 12 inhaftierten AKW-Gegnern der Prozeß gemacht. Er dauerte 25 Stunden und war damit der längste in der französischen Schnellgerichtsbarkeitsgeschichte. Die Urteile:
- 3 mal 6 Monate Gefängnis
- 3 mal 3 Monate Gefängnis
- 2 mal 1 Monat Gefängnis, sowie
- 4 Freisprüche
- Ausweisung der Freigesprochenen innerhalb von 24 Stunden und
- lebenslange Einreisesperre für alle.

Kalkar

Am Samstag, den 24.9.**1977** fand in Kalkar am Niederrhein eine Demonstration mit über 50.000 Beteiligten aus der BRD und dem Ausland gegen den Bau des »schnellen Brüters« statt. Dabei muß bemerkt werden, daß der Staat diese Großdemonstration mit einer der größten Notstandsübungen der Geschichte der BRD koppelte: es wurden insgesamt **125.000 Personen in nur 12 Stunden überprüft.** Tausende und abertausende konnten Kalkar nicht erreichen, weil Polizei sie bereits an den Abfahrtsorten bzw. an den Grenzen festsetzte, mit der Begründung, einen »friedlichen Ablauf« der Demonstration zu gewährleisten. An den Abfahrtsorten wurden die Teilnehmer der Demonstration stundenlang aufgehalten, Polizisten mit Maschi-

nenpistolen im Anschlag durchsuchten Autos und Busse nach Helmen, Gasmasken, Gesichtstüchern und ähnlichem. All diese Schutzgegenstände wurden beschlagnahmt, die Personalien der Demonstranten an die wohlbekannten zuständigen Behörden weitergeleitet. Auf der Fahrt in Richtung Kalkar wurden Fahrzeugkontrollen bis zu **12 mal** durchgeführt. Bei diesen Kontrollen wurden AKW-Gegner/innen zusammengeschlagen und verhaftet, ED behandelt usw. usf. Bis zum frühen Nachmittag des 24.9.1977 waren ca. erst 2.000 AKW-Gegner/innen bis nach Kalkar durchgedrungen. Unterdessen wurde ein Zug der Bundesbahn auf offener Strecke von Hubschraubern der Polizei und des BGS zum stoppen gebracht, überfallen und durchsucht.
Französische AKW-Gegner/innen wurden in Holland von **deutschen Einheiten** an der Weiterreise gehindert. Ca. um 15.00 Uhr traf dann der Hauptteil der größtenteils schon resignierten Demonstranten/innen in einiger Entfernung vom Bauplatz in Kalkar ein. Trotz Drohungen und Aufforderungen der Polizei zog dieser 50.000 Menschen umfassende Demonstrationszug in Richtung Bauplatz ab und hielt dort eine kurze Kundgebung ab, um dann den Rückzug anzutreten, der ohne Zwischenfälle verlief.

Fessenheim

Seit Herbst **1971** wurde in dem Ort Fessenheim, welcher am südlichen Oberrhein in Frankreich liegt, ein AKW gebaut. Seit Beginn des Baus 1971 gab es von Seiten der französichen Bevölkerung in dieser Region zwar heftige Proteste, diese gingen aber bis zur Besetzung des Bauplatzes 1975 in Wyhl ebenso wie in Brokdorf usw. nicht über verbale Proteste bzw. jährliche Märsche zum Bauplatz hinaus. Nach der ersten Bauplatzbesetzung in Wyhl gab es aber auch in Fessenheim eine spürbare Mobilisierungswelle. Am 3.5.1975 explodierten an dem Bau des geplanten AKW Fessenheim zwei Bomben, die den Bau erheblich beschädigten. Den Anschlag verübte ein »Kommando Ulrike Meinhof und Puig Antich«. Am 25.5.1975 gab es in Fessenheim eine Großkundgebung wo über 20.000 AKW-Gegner/innen aus der Schweiz, Frankreich und der BRD, Österreich und Luxemburg, Niederlande und Belgien teilnahmen. Ca. 2.000 Polizisten und Soldaten riegelten den Bauplatz hermetisch ab.

Nach 7 Jahren sehr unterschiedlichen Widerstands durch Gegner dieses Vorhabens wird das AKW Fessenheim im März **1977** angestellt. Der erste Reaktor wird in Betrieb genommen. Parallel dazu findet ein Hungerstreik von 7 AKW-Gegner/innen über 25 Tage in Roggenhausen statt. Damit fängt ein härterer Kampf an:
Zwei Masten der Fessenheimer Atomstromleitung werden gesprengt. Demonstrativ lösen AKW-Gegner/innen Katastrophenalarm aus. Die empörte Bevölkerung weiß nicht mehr, zu welchen Mitteln sie greifen soll. Gleichzeitig ist das Verhalten der französischen Medien geradezu skandalös: Statt zu informieren, verurteilen bzw. verschweigen sie die Versuche, durch verschiedene Formen des Widerstandes zu retten was noch zu retten ist.

Mai-Juni 1977: Seit mehreren Wochen waren ein paar Leute im Besitz von einem primitiven Sender, den sie zufällig erworben hatten ohne groß darüber nachzudenken, ob sie ihn verwenden würden. Sie waren nicht besonders an Radio machen interessiert, konnten nicht mit dem Sender umgehen, von Aufnahmetechnik hatten sie überhaupt keine Ahnung. Als 4 Besetzer vom Atomstrommast bei Heiteren eine Sendung für den 4. Juni 1977 ankündigten, war es für sie einfach eine Aktionsform, wie eine Massensprengung oder eine Demonstration. Es ging keinesweg um eine theoretische Haltung gegenüber dem Monopol. Trotzdem haben sie sich vorher genau überlegt, wie man dieses Material optimal einsetzen könnte. Nach Rücksprache mit den wichtigsten Umweltorganisationen der Region legten sie schon den ersten Grundstein für Radio Verte/Fessenheim: RVF sollte unabhängig von jeder Gruppe oder Partei zum Kampf gegen AKW und sonstiger Umweltsverschandelung mobilisieren.

Die Nullsendung war technisch gesehen sehr schlecht, aber sie wurde von vielen gehört und mitgeschnitten, denn die Presse hatte sie angekündigt. Am Tag darauf wurde diese Sendung in der gesamten elsässischen Tagespresse erwähnt: »12 Minuten zum Überzeugen«. Nach diesem Erfolg entschließen sich diese 4 Radiomacher jeden Samstag um 19.45 Uhr zu senden. Am 18.6.1977 wird in der Sendung dazu aufgerufen, nach Heiteren zu kommen, denn der besetzte Atomstrommast sollte geräumt werden. Am 9.7.1977 wird die Sendung im Südwestfunkfernsehen angekündigt, am Ende eines 12 Minuten langen Filmes über RVF. Das war die letzte Sendung (18.6.1977) vor der Sommerpause, während der Sender auf dem Larzac und in Malville gebraucht wurde. Am 27.8.1977 ging es dann wieder in der ursprünglichen Region los und seitdem hat es nicht mehr aufgehört. Am Anfang wurde meist von Baden aus gesendet. Es hatte mehrere Gründe:

Sicherheitsgründe, denn die Polizei hatte am Kaiserstuhl allen Grund sich herauszuhalten, nach alledem was sich in Wyhl zugetragen hatte und auch personelle Gründe. Denn Leute aus dem Badischen, die die 4 Elsässer Radiomacher aus Wyhl und Heiteren kannten, halfen tatkräftig beim Senden mit. Am 3.9.1977 mußte allerdings eingesehen werden, daß die deutsche wie französische Polizei auch zusammenarbeiten: Ein Hubschrauber der französischen Armee z.B. jagte die RVF-Leute 1 1/2 Stunden lang durch die Gegend. Die Leute konnten mitsamt dem Sender entkommen. So wurde RVF bekannter.

Um diese Zeit herum fingen die Behörden an, die Programme mit einem Brummton zu stören, so daß sich die kleine Radiomann/frauschaft eine andere Technik überlegen mußte. Um eine Dauereinrichtung zu werden mußte RVF erweitert und organisiert werden. Viele Leute sollten mit mehreren Sendern dezentral arbeiten. Der Störsender kann nicht auf mehreren Frequenzen gleichzeitig stören, und die Bullen können so auch nicht auf einen Schlag RVF lahmlegen. Anstatt einen Supersender in Italien zu kaufen, nahm man/frau sich vor, mehrere 1 bis 5 Wattsender zu basteln. Bis Ende 1977 waren 6 Sender in Betrieb, Ende 1978 waren es 12 Sender, Ende 1979 dann 15 Sender die in Betrieb sind. Im Frühjahr 1978 wird in Lörrach der letzte Sender geschnappt, der noch von Baden aus sendet. Ab jetzt fahren jede Woche nur noch 1 bis 2 Freiburger zur Elsässischen Redaktion, geben dort ein paar Termine und Kurzinfos durch und helfen bei der Übersetzung. Dies deshalb, daß die Sendungen aus französischen, deutschen und allemannischen Teilen besteht. Ab und zu werden auch längere Beiträge abgegeben, von deren technischer Qualität die Elsässer meist nicht begeistert sind. Inzwischen sind die nämlich zu echten Technikmeistern geworden. Sie haben sich auch von der Nur-Umweltthematik entfernt. In ihren 60-90 Minuten langen Sendungen versuchen sie nun auch Arbeiter dadurch zu erreichen, daß sie deren besondere Probleme ansprechen. Die Live-Sendungen aus dem Masevaux-Tal oder aus den besetzten Fabriken in Colmar und Schlettstadt bringen viele neue Zuhörer, von denen viele nicht elsässisch sprechen. Diese erwarten immer mehr französische Beiträge, die deutschen werden als störend empfunden. RVF kriegt die Tendenz zu einem Radio Elsaß. Die Badener überlegen sich, ob sie ein Radion Wyhl machen sollen, finden dann aber doch das gemeinsame Vorgehen im Dreyeckland wichtiger. »Wir wollen weiter zusammenarbeiten, aber

mehr selbständig produzieren und auch senden, um dieses Gefühl der Entfremdung zu überwinden«. Von da an geht es wieder aufwärts mit der badischen Gruppe und ab Januar 1979 senden sie jede Woche. Zuerst nur 15 Minuten lang vor der gemeinsamen RVF-Sendung am Freitag, und jetzt unbegrenzt (eine halbe bis eine ganze Stunde) am Donnerstagabend um 19.30 Uhr. Solange die Sendezeit kurz war, gab es nur ein Thema: Wyhl oder Fessenheim oder Uranabbau, auf jeden Fall Schwerpunkt Atomindustrie. Inzwischen hat man/frau gelernt »mit der Grenze zu spielen«, niemand weiß, von wo aus gerade gesendet wird, sie haben also mehr Zeit. Also werden auch mehr Themen aufgegriffen, die alle eins gemeinsam haben: Da wehren sich Leute und die kommen zu wenig oder gar nicht zu Wort in den offiziellen Medien.

Schweiz

Am 25.6.**1977** versuchen ca. 4.000 Schweizer AKW-Gegner/innen den Platz des im Bau befindlichen größten AKW in der Schweiz, nämlich Gösgen zu besetzen. Aufgrund eines massiven Polizeieinsatzes bei dem unter anderem zweimal Giftgas eingesetzt wird, wird diese Besetzung verhindert. In der Folge kommt es zu einer Serie von dezentralem Widerstand, der einen Zeitraum von ca. 2 1/2 Jahren umfaßt:

- Im August 1977 wird ein Brandanschlag auf das Sulzer Verwaltungsgebäude in Winterthur verübt. Sulzer ist am »schnellen Brüter« in Malville beteiligt, die AKW-Gegner/innen, die diesen Anschlag tätigten, verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ermordung des AKW-Gegners Vital Michalon bei der Demonstration gegen den »Super Phoenix« in Malville.
- Im Dezember 1977 gibt es zwei Kurzschlüsse auf der SBB-Linie (Schweizer Staatsbahn) bei Olten. Dieser wird von den Verursachern mit dem Hinweis auf die bevorstehende Anlieferung der Brennelemente für das AKW Gösgen begründet.
- Am 17.5.1978 soll auf eine Wachpatrouille des AKW Gösgen geschossen worden sein.
- Am 2.7.1978 findet ein Anschlag auf einen für Leibstadt bestimmten Trafo in Genf statt.
- Am 3.10.1978 findet ein Brandanschlag auf das Informationspavillon am AKW Gösgen statt.
- Am 19.2.1979 wird das Informationspavillon in Kaiseraugst durch einen Sprengstoffanschlag schwer beschädigt. Der Schaden wird auf zwei Millionen Franken beziffert.
- Am 24.2.1979 findet ein Bombenanschlag auf ein Schwerkomponentenlager in Leibstadt statt.
- Am 19.5.1979 gelingt ein Anschlag auf den Wagen des »Atompapstes« Kohn.
- Am 21.5.1979 werden 9 Autos von Vertretern der Energiewirtschaft, allesamt AKW-Befürworter und -Betreiber, in Brand gesteckt.
- Am 11.6.1979 findet ein Brandanschlag auf den Wagen von Babaiantz in Lousanne statt.
- Am 1.8.1979 lösen Unbekannte in Lostorf Atomalarm aus.
- Vom 11.-14.10.1979 werden in Genf und Biel die Gleise der SBB blockiert, um den Abtransport des Trafos zu verhindern, der am 2.7.1978 in Genf durch einen Anschlag schwer beschädigt wurde und für Leibstadt bestimmt ist.
- Am 3.11.1979 wird der Meteomast in Gösgen gesprengt.
- Am 12.11.1979 wird der Meteomast in Graben durch Zersägen der Seile »gefällt«
- Ende November 1979 findet ein Anschlag auf Hochspannungsmasten der NOK bei Flesch statt.
- Am 24.12.1979 findet ein Anschlag auf die Kraftwerkzentrale Sarelli in Bad Ragatz statt.
- Am 21.1.1980 findet ein Brandanschlag auf das Ferienhaus von Isilin statt.

Gorleben

Anfang **1977** eröffnete der Ministerpräsident von Niedersachsen Albrecht der BRD-Bevölkerung, daß nunmehr im Landkreis Lüchow-Dannenberg, bessergesagt in Gorleben, eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) gebaut werden solle. Gleich darauf bildete sich die BI Umweltschutz LÜ-DA ev. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 3 geplante Standorte für eine WAA im Gespräch, und zwar Unterlüß, Lichtenmoor, Aschendorf. Lediglich in Unterlüß wurde bis zu diesem Zeitpunkt eine einzige »Sondierungsbohrung« durchgeführt.

Trotz einer sehr intensiven Propaganda der DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) als Betreiber der WAA (Propaganda-Bus, Hochglanz-Werbebroschüren, monatliche Postwurfsendungen im Kreis Lüchow-Dannenberg, kostenspielige Vergnügungstouren zur WAA nach Cap de la Hague etc.) hat sich in der Bevölkerung des Raumes Lüchow-Dannenberg entschiedene Ablehnung des Projektes entwickelt. Ungeachtet einer Vielzahl von Einwendungen haben in den letzten Wochen (Oktober/November 1977) die Strahlenschutzkommission des Bundestages und das Institut für Reaktorsicherheit die Prüfung der technischen Grundlagen zur Errichtung einer WAA abgeschlossen und der Bundesregierung empfohlen, den nächsten Schritt einzuleiten, d.h. die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig mit Probebohrungen zu beauftragen. Die besondere Eile zu diesem Zeitpunkt (1977) und in diesem speziellen Fall ergibt sich aus der besonderen Bedeutung der WAA im Brennstoffkreislauf und im Hinblick auf den verhängten Baustopp (1977) in Brokdorf.

Kurz nachdem Ende Februar 77 der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht Gorleben zum ersten Mal als möglichen Standort einer bundesdeutschen Wiederaufbereitungsanlage genannt hatte, regt sich im Landkreis Lüchow-Dannenberg sehr bald ein wachsender Widerstand gegen das Konzept des nuklearen Entsorgungszentrums.
Nachdem die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg das Landvolk und mehrere andere Organisationen »ihre Bestürzung über den Beschluß« geäußert haben, findet am 12.3.1977 auf dem vorgesehenen Baugelände eine friedliche Großkundgebung statt, an der schätzungsweise 15.000, meist auswärtige Atomkraftgegner teilnehmen. Der beginnende Widerstand wurde nicht ernst genommen, die Teilnehmer als Spinner und Revoluzzer abgetan.
Ostern 77 finden dann zum ersten Mal bundesweite Aktionstage statt. Im Landkreis selbst wird die Aktion »Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung« begonnen, bei der auf dem abgebrannten Gelände der geplanten WAA junge Bäume gepflanzt werden.

Trotz dieser Proteste verfährt die Bürokratie wie geplant: am 6.7.77 akzeptiert die Bundesregierung den Stadortvorschlag Trotz dieser Proteste verfährt die Bürokratie wie geplant: am 6.7.77 akzeptiert die Bundesregierung den Stadortvorschlag Gorleben und der damalige Innenminister Maihofer gibt der Physikalisch-Technischen Bundesanwalt Anweisung, das nötige Gelände zu erwerben.
Im Sommer 77 findet das erste Sommercamp in Gorleben statt. Die Teilnehmer leisten Erntehilfe, unterstützen die Bürgerinitiative bei Veranstaltungen und versuchen, die bestehenden Gegensätze von Bewohnern aus dem Landkreis und auswärtigen Atomkraftgegnern zu überbrücken.
Zum ersten Mal tauchen auch Meinungsverschiedenheiten über Vorgehen und Taktik bei der Verhinderung der WAA unter den Atomkraftgegnern auf.
Es beginnt eine Diskussion über mögliche Widerstandsformen bei Probebohrungen. Während die Bürgerinitiative und die engagierten Bauern die Bohrungen mit allen rechtsstaatlichen und juristischen Mitteln verhindern, sind die in den Großstädten lebenden Atomkraftgegner bbereit, weiterführende Aktionen zu machen. Es kommt zu diesem Zeitpunkt, im Herbst 77, zu keiner Einigung. Stattdessen wird für den Januar 78 ein Arbeitstreffen in Trebel organisiert, auf dem über konkrete Widerstandsformen beraten werden soll.
Inzwischen gehen die Auseinandersetzungen weiter: Am 4.11.77 ergeht eine Aufforderung der Baudirektion der Kreisverwaltung Lüchow-Dannenbergs, den auf dem bürgerinitiativen-Gelände errichteten Kinderspielplatz abzureißen.
Die Bürgerinitiative legt Widerspruch ein und antwortet mit einer Protestdemonstration vor dem Lüchower Rathaus. Bei dem DWK-Bus werden am 9.11.77 in Kapern die Reifen zerstochen und mit Mist garniert.

Als Albrecht am 1.12.77 in Trebel vor Kommunalpolitikern eine Rede hält, sind die Vertreter des Widerstands nicht eingeladen. Hunderte Bewohner der Gegend bereiten ihm mit Treckern, Mähdreschern und Trillerpfeifen einen gebührenden Empfang. Trotz Appellen an die Besitzer gelingt es der DWK, zu Ende des Jahres 77 die erste Genehmigung für die Flachbohrung zu erhalten. Da die geplante WAA das Kernstück des Atomprogramms der Bundesregierung darstellt, konzentriert sich der bundesweite Widerstand immer mehr auf Gorleben. In vielen Städten entstehen Freundeskreise und Aktionsgruppen. Sie bringen neue Anstöße in die festgefahrene Diskussion über Aktionsformen, die Anfang **Januar 78** in Trebel fortgesetzt wird.
Das Konzept von dezentralen Aktionen in verschiedenen Städten wird entwickelt und in einem Folgetreffen auch von verschiedensten Gruppen akzeptiert.
So findet am 30.6.78 der erste bundesweit geplante und koordinierte Aktionstag zu Gorleben im Bundesgebiet und Westberlin statt. Im Landkreis selbst findet in Lüchow ein Volksfest statt, in Göttingen beginnt der Strompreisboykott, in Hamburg werden die Elektrizitätswerke, in Berlin das Hahn-Meitner -Institut blokkiert. Kurz danach, im Juli 78, fängt das 2. Internationale Sommercampf im Landkreis an.
Vom Schützenplatz in Gartow aus wird wieder Erntehilfe geleistet, alternative Energiegewinnung an praktischen Beispielen vorgeführt und der Kontakt zur Bevölkerung aufgefrischt und vertieft.
Im Herbst ist es dann soweit: Die PTB stellt bei den niedersächsischen Landesbehörden den Antrag, ca. 100 »hydrologische Untersuchungen«, d.h. Flachbohrungen bis 250 m auf dem Gebiet des Salzstockes durchführen zu können. Der Protest ist bundesweit: Es folgen die zweiten nationalen Aktionstage vom 27.10.-29.10.78. Eine Treckerdemo von betroffenen Landwirten am 21.12.78 in Lüchow und die dritten bundesweiten Aktionstage am **19.1.79** unter dem Motto: »Gorleben ist überall!«

Auch unter dem Eindruck bisher geheimgehaltener DWK-Papiere ändert sich die Haltung der Landkreisbbewohner zum Nuklearen Entsorgungszentrum (NEZ). Durch die von der Bürgerinitiative veröffentlichten Papiere wird bekannt, daß die Tiefbohrstellen durch Befestigungen geschützt werden, die »einem Fort gleichen« und »von besserer Qualität (sein sollen) als die (Sicherung) eines im Betrieb befindlichen Atomkraftwerkes«. Außerdem werden Planungen bekannt, aus denen hervorgeht, daß beim Bau der WAA der Landkreis völlig verändert und Teile der Naturschutzgebiet zerstört werden würden.
Eine Meinungsumfrage ergibt am 30.1.79 folgendes Bild: 64% der Befragten im Landkreis sind gegen die Atommüllfabrik, 19% sind dafür, 17% sind unentschlossen.
Dessen ungeachtet treibt die Bundesregierung und das Land Niedersachsen den Bau der WAA weiter voran. Anfang Februar 79 besuchen Mitglieder des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie zum ersten Mal den geplanten Standort der Atommüllfabrik. Die Herren lassen die Proteste betroffener Landwirte mit über 120 Treckern und Mähdreschern ungerührt verhallen. Die Bauern beschließen den Treck nach Hannover.
Auf einer bundesweiten Arbeitskonferenz in Braunschweig wird der Treck von 1.000 Bürgerinitiativ-Vertretern aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt.
Inzwischen gehen die Vorbereitungen der WAA-Betreiber voran. Am 14.3.79 wir die erste Probebohrung zur Standfestigkeit des Baugrundes vorgenommen. 1.500 Polizei- und Bundesgrenzschutzbeamte schützen dieses Vorhaben vor ca. 100 Demonstranten. Überall im Bundesgebiet kommt es zu Solidaritätsaktionen, der Widerstand gegen den atomaren WAAhnsinn wird breiter.
Doch auch im Landkreis selbst tut sich was Neues. Zum ersten Mal gehen die Bauern zu direkten Blockadeaktionen über. Am 19.3. blockieren sie mit ihren Treckern die auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaft abgestellten Bohrfahrzeuge, bei einer anschließenden Straßenblockade werden 79 Demonstranten vorübergehend festgenommen.
Drei Tage später fahren zwei Bundesgrenzschutz-Fahrzeuge auf versteckte Nagelbretter.

Am 25.3. 79 beginnt der Treck nach Hannover. An der ersten Etappe sind über 3.000 Atomkraftgegner und 300 Trecker aus dem Landkreis beteiligt. Für mehrere Tage zieht sich der Zug aus Fahrrädern, Landmaschinen und Menschen unübersehbar als Symbol des Widerstands durch das Land. Der Zug wurde am 31.3. von über 100.000 Menschen in Hannover empfangen und im Triumpfzug durch die Stadt geleitet. Die bisher zahlenmäßig größte Demonstration der Anti-AKW-Bewegung spiegelt den wachsenden Widerstand wider.
Dem tausendfachen Ruf »Albrecht, wir kommen!« hat der niedersächsische Ministerpräsident wenig entgegenzusetzen. Das parallel zu dem Treck stattfindende internationale Gorleben-Symposium von Atomforschern wird zur Farce, viele kompetente Gegengutachter sind nicht zugelassen.

Im Mai 79 weicht Ministerpräsident Albrecht dann vom geplanten Konzept ab, in einer Rede vor dem niedersächsischen Landtag gibt er zu, daß die Wiederaufbereitungsanlage vorerst vom Tisch sei, in Gorleben würde nur ein Endlager im Salzstock gebaut.
Vielfach werden danach Vermutungen laut, daß dies nur ein taktisches Vorgehen sei, um den Widerstand zu schwächen, was sich teilweise auch als richtig erweist. »Gorleben Aktuell« veröffentlicht geheime Protokolle, aus denen hervorgeht, daß die zeitliche Verschiebung der WAA sehr wohl ins Konzept der Atomlobby paßt.

Und die Taktik greift: Als im September 79 die ersten Tiefbohrungen zur Erforschung des Salzstockes beginnen, sind die Gegner der Atomlobby dabei und machen eine Blockade nach der anderen, doch auf Dauer erlahmen die Kräfte. Die aus dem 100.000fachen Widerstand von Hannover erwachsene Hoffnung hat sich fürs erste nicht erfüllt.
Dann Bonn am 14.10.79. Noch mehr Atomkraftgegner als in Hannover, weit über hunderttausend bringen ihren Protest gegen das Atomprogramm der Bundesregierung in der Bundeshauptstadt, dem Ort der parlamentarischen Ignoranz, vor.
Doch im **Januar 80** dann dasselbe Bild. Trotz der Proteste und Blockaden wird unter dem passiven Schutz der Gorlebenpolizei die zweite Tiefbohrstelle 1002 eingerichtet.

Am 3. Mai 1980 besetzen ca. 5000 AKW-Gegner/innen die Bohrstelle 1004 bei Trebel im Landkreis Lüchow/Dannenberg. Innerhalb kürzester Zeit entsteht auf dem Gelände ein Dorf. Bis auf die Wochenenden befinden sich permanent ca. 300-500 Menschen auf dem Platz. Diverse Aufforderungen von Seiten der Politiker und der Polizei/BGS, den Platz zu räumen, werden von Seiten der Platzbesetzer/innen abgelehnt. Es wird des öfteren betont, von Seiten der Besetzer, die übrigens auch bei einem Gespräch einer 4-köpfigen Platzbesetzerdelegation welche mit BRD-Innenminister Baum und dem niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff konferieren, daß man den Platz nicht freiwillig räumen werde aber auch nur passiven Widerstand leisten werde, was heißt, daß man/frau sich vom Platz tragen lasse.

Am Dienstag den 3. Juni 1980 wird es fast offiziell bestätigt, der besetzte Platz der Bohrstelle 1004 soll am Morgen des 4. Juni geräumt werden. Die Alarmkette wird ausgelöst. Hunderte fahren in den Landkreis LÜ-DA, werden unterwegs gefilzt, auch kommt es hier zu brutalen Übergriffen der Polizei/BGS. Gegen Mitternacht ist der gesamte Landkreis hermetisch abgeriegelt, so daß keiner mehr rein bzw. raus kann. Auf dem Platz befinden sich zu diesem Zeitpunkt ca. 2000-3000 Platzbesetzer/innen, dem gegenüber stehen ca. 17.000 gut ausgerüstete Polizisten/BGSler. Mit von der Partie sind auch Hunde und Reiterstaffeln. Auch das, wahrscheinlich hannoveranische, MEK war dabei. Das gesamte Gelände wurde mit dem bewährten NATO-Stacheldraht eingezäunt. Nach der 3. Aufforderung, den Platz freiwillig zu räumen, werden die Bulldozer in Aktion gesetzt und walzen die ersten Hütten platt. Die Besetzer verhalten sich nach wie vor passiv. Ca. gegen 11.00 Uhr gehts los. Die Räumung beginnt. In deren Verlauf werden AKW-Gegner/innen wie gewohnt zusammengeschlagen, beschimpft etc. Während der Räumung fliegen Helikopter des BGS im Tiefflug über den noch besetzten Platz und verbreiten ein Gefühl von »Apokalypse Now«. Im weiteren Verlauf der Räumung, bzw. von 7 Uhr morgens bis in den frühen Abend hinein konnte man/fau unentwegt auf 101 MH UKW das Radio »Freies Wendland« empfangen. Noch während in LÜ/DA geräumt wurde fanden im gesamten BRD-Gebiet Demonstrationen und Solidaritätsaktionen statt, die sich vor allem dadurch auszeichneten, daß keine Trauerdemonstrationen abgehalten wurden, sondern daß die Beteiligten mit viel dezentralem Witz und einer gehörigen Wut im Bauch in Hamburg z.B. die ganzen darauf folgenden Tage über Kreuzungen blockierten und damit den Innenstadtverkehr praktisch zum Erliegen brachten. Es ist müßig noch einmal alle Aktionen, die im BRD Gebiet stattfanden, aufzuzählen, die am 4. Juni 1980 und danach stattfanden.

Die Phasen der Anti-AKW-Bewegung

Wir können die Anti-AKW-Bewegung bisher grob in ungefähr drei Phasen einteilen. Die erste Phase von etwa 1971 bis 1975 wird von den ersten Initiativen und Aktionsgemeinschaften gegen Umweltzerstörung durch AKWs bestimmt. Die Linken sind hier so gut wie nicht beteiligt, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen. Es sind die Bauern mit ihren Traktoren-Demonstrationen, die Berufs-Fischer mit ihrer Protestfahrt auf dem Altrhein, die Unterschriftensammlungen und Protestaktionen vieler Bürger. Im Laufe des Jahres 1974 integriert sich, u.a. als Reaktion auf die Politik der K-Gruppen, ein kleiner Teil der Linken in die Anti-AKW-Bewegung.

Die zweite Phase wäre ungefähr von 1975 bis 1977 zu datieren. Die Whyler Platzbesetzung hat eine Signalfunktion für den außerparlamentarischen, außerinstitutionellen Widerstand gegen die Atomanlagen, und die aktive Rolle der regionalen Bevölkerung gibt an anderen Orten vielen Menschen Mut zum Kampf gegen die Atomindustrie. Seit dieser Platzbesetzung gibt es einen massenhaften Aufschwung für die Anti-AKW-Bewegung. Unmittelbare Betroffenheit und Militanz drücken sich nun in breitem Rahmen in den Brokdorf-Demonstrationen aus. Mit dem Gefühl, unmittelbar etwas gegen die gefährlichen AKWs tun zu können und sie gar zu verhindern, die Erfahrung von Whyl im Hinterkopf und der staatlichen Machtpolitik in Gestalt von Bullen und Werkschutz kommt es zu massenhaften Konfrontationen mit den Bullen. Sind es bei Brokdorf I erst an die 8.000, so nehmen an Brokdorf II schon an die 50.000 teil. Besonders im norddeutschen Raum kommt es zu einer ungeheuren Mobilisierung und Selbstorganisierung in Bürgerinitiativen und ähnlichen Aktionsgruppen. Die politischen Auseinandersetzungen in den BIs über Perspektiven und Kampfformen werden immer intensiver und Brokdorf III hat als organisierte Demonstration dieser AKW-Gruppen, wobei der Kommunistische Bund die Leitung an sich gerissen hat, die Spaltung der BIs im norddeutschen Raum und besonders in Hamburg zur Folge.

In Grohnde kommt es noch einmal zur großen Aktionsgemeinschaft, bei der aktiv die Kader diverser K-Gruppen mitmischen. Mitte 1977 liegt der Höhepunkt der Massenbewegung. In Malville drückt sich die Anti-AKW-Bewegung im internationalen Maßstab auf europäischer Ebene aus: Resultat der Auseinandersetzungen mit den französischen Bulleneinheiten ist ein Toter, worauf die Bewegung nicht zu reagieren weiß. Keine zwei Monate später wird in Kalkar ein vorläufiges Ende der Massendemonstrationen eingeleitet: die Grohnde-Prozesse, der Versuch der Kanalisierung des Widerstands durch Spaltung der Bewegung seitens des Gegners nimmt immer mehr zu und die einmalige massenstatistische Erfassung von AKW-Gegner/innen und ihre Behinderung lassen ein Weiterkämpfen auf dieser Ebene immer schwieriger und aussichtsloser werden.

Die darauffolgende dritte Phase von Ende 1977 bis ca. Mitte 1979 ist gekennzeichnet von einer Vertiefung der Spaltung der Bewegung zwischen Militanten/Gewaltfreien, Außerparlamentarischen/Parlamentarischen usw. Mit der Ausweitung des Baus von Atomanlagen entstehen an vielen Orten neue Initiativen, die sich zunehmends auf den Widerstand vor Ort konzentrieren und nicht mehr bei jeder Gelegenheit zu den alten Symbolen des AKW-Widerstands, wie z.B. Whyl oder Brokdorf, reisen. Diese Phase der Dezentralisierung wird erweitert von einer Vielzahl militanter Aktionen und Sabotage-Akten und gewährleistet selbst in der Defensive eine offensive Kontinuität

der Bewegung, wie es sie beispielsweise nach dem Ende der Studenten- und Jugendbewegung Ende der 60er Jahre nicht gegeben hat. In dieser Zeit entwickelt sich auch langsam an vielen Orten die Strobo-Kampagne, ohne daß sie einen nennenswerten Masseneinfluß oder Erfolg zu verzeichnen hat.

Zwischen Ende 1979 und der ersten Hälfte von 1980 versuchen die drei Haupttendenzen der Bewegung noch einmal alles in die Waagschale zu werfen, um dominierenden Einfluß auf die AKW-Gegner/innen zu gewinnen. Zum einen drückt sich dies im Prozeß der Institutionalisierung und Orientierung auf Wahlen seitens der Grünen aus. Nach der erfolgreichen Protestdemonstration in Brokdorf Ende 1979 haben die militanten Kräfte mit der bundesweiten Konferenz in Brunsbüttel versucht, durch die zentrale Mobilisierung auf das Symbol Brokdorf eine Wende herbeizuführen, was allerdings nicht gelungen ist, weil überwiegend militante Gruppen aus dem norddeutschen Raume unter sich gewesen sind. Und die Mobilisierung unter dem Zeichen der Gewaltfreiheit nach Gorleben hat gezeigt, daß ein bestimmter Zirkel an Organisatoren seine Form von Bohrlochbesetzung hat durchsetzen können, der Anti-AKW-Widerstand hat jedoch eine Schlappe mehr erfahren. Uns scheint, daß in der nun einzuleitenden neuen Phase dezentrale Angriffsaktionen gegen die AKW-Betreiber und Massenaktivitäten, wie z.B. die Besetzung von Straßenkreuzungen nach der Räumung von der Bohrstelle 1004, kein Widerspruch sind, sondern vielmehr eine Einheit bilden müssen. Für die städtischen AKW-Gegner/innen steht die Aufnahme des Widerstands gegen die AKW-Betreiber auf Stadtteilebene an, und in den Landregionen ist die spezifische Einbeziehung der Probleme, Erfahrungen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Atomanlagen eine vorrangige Aufgabe (vgl. die Thesen am Ende des Heftes).

Quellen:
Anti-AKW-Telegramm Hamburg
Atom-Express, Göttingen
Kinderkrankheiten Nr. 1, Zürich
BUU: »Brokdorf: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!« Hamburg 1977
Die Tageszeitung
Network-Medien-Cooperative: »Radio Grünes Fessenheim«, Frankfurt 1980

Trauer und Ohnmacht statt Wut

Interview zur Räumung des Platzes in Gorleben

Autonomie: *Wann warst Du zum erstenmal in dem Dorf auf der Bohrstelle 1004 und welches Verhältnis hattest Du dazu?*

Antwort: Einen Monat bevor der Platz besetzt wurde habe ich in einer Gruppe von Freunden darüber diskutiert. Wir hatten nur die Informationen aus den Medien, keine weiteren Kontakte zu BIs. Wir waren anfangs unschlüssig, zumal für mich klar war, daß ich in dem Dorf nicht würde leben können, da ich jobben muß. Als der Platz dann besetzt wurde, hatte ich keine Zeit. Ich konnte zum ersten Mal am Dienstag nach Pfingsten hinfahren; da waren noch 600 Leute in dem Dorf, Pfingsten waren es 6.000 gewesen. Ich war nur einen Tag da, und das war bis zur Räumung leider auch das einzige und letzte Mal, daß ich dort war. Als wir ankamen, konnten wir uns ein angefangenes Haus aussuchen, das wir weiterbauen wollten. Ich hab mir alles erstmal angeguckt, die Häuser und Gärten und so. Und während die Gruppe, mit der ich gekommen war, noch das Haus ausgesucht hat zum Weiterbauen, hab ich in der Küche beim Kartoffel- und Mohrrübenschälen geholfen, um nicht bloß als Touristin da rumzustehen. Ich hab drauf geachtet, weil mich das besonders interessiert: Ist die Arbeitsverteilung geschlechtsspezifisch? Aber das war nicht so. Es halfen mehr Männer als Frauen beim Kartoffelschälen, und ich habe auch Frauen auf den Dächern der Hütten gesehen, die gehämmert und gebaut haben. Ich hab dann auch sehr schnell Kontakt zu den Leuten bekommen, die schon länger dort waren, ganz natürlich, ohne Anmache und so ... vielleicht war es das, was mich am meisten beeindruckt hat.

Mit welcher Erwartung bist Du eigentlich dorthin gefahren, mit welcher Zielsetzung?

Ich wollte eigentlich erst nicht als Touristin hinfahren, wenn ich schon bei der Besetzung nicht dabei sein konnte, hielt dann aber doch die Solidarität mit der Aktion für wichtig genug. Das war der eine Grund, der zweite war meine Neugierde. Für mich ist die Verhinderung der Wiederaufbereitungsanlage nur eine Station auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft, in der es keine Macht für niemand und Freiheit für jeden einzelnen (nicht nur im bürgerlichen Sinne) gibt. Und ich wollte wissen, ob sich in den Mitteln, die man dazu anwendet, das Ziel schon andeutet, in veränderten Umgangsformen z.B. Und das hab ich dort erfahren, da hat sich was geändert in der Art, wie die Leute mit sich selbst und anderen umgehen.

Fandst Du es richtig, das Dorf nur mit gewaltfreiem Widerstand zu verteidigen, als Du dann zur Räumung hingefahren bist?

Ich fand das Konzept eigentlich ganz gut, theoretisch, hielt es aber für vollkommen illusionär, das durchhalten zu wollen. Also:

Als Konzept prima, aber absolut nicht zu machen und zwar aus drei Gründen: 1) Es gibt immer Leute, die verlieren die Nerven, die flippen aus, sowohl bei den Demonstranten wie bei den Bullen. 2) Es gibt immer Leute, die bezahlt werden, um zu provozieren, und diese Provokateure können wir selbst bei dem besten Konzept nicht an Gewaltaktionen hindern, die dann bei den Bullen sofort wieder neue Gewalt auslösen. 3) Das Konzept mag gut sein, ich habe es nicht mitdiskutiert, ich finde aber beschissen, daß alle auf dieses Konzept verpflichtet wurden, daß es für Gruppen, die das nicht für gut hielten, keine Möglichkeit gab, dezentral andere Formen für sich auszuprobieren. Ich habe das mit meiner Freundin diskutiert, und wir waren uns beide darin einig: Ausschließlichkeitsansprüche finden wir beschissen! Aber wir haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder bleiben wir hier in Hamburg und machen dezentral was, oder wir fahren hin. Aber dann müssen wir das Konzept, auch wenn von uns dort nicht mitdiskutiert, akzeptieren. Meine Freundin hat sich entschieden hierzubleiben, und ich bin am Dienstag vor der Räumung wieder ins Dorf gefahren. Um 1.00 Uhr nachts hat dann ein Vertreter der militanten Gruppe in einer Informationsveranstaltung gesagt: Wir Militanten finden das Konzept immer noch nicht gut, aber wir schließen uns dem – wenn auch widerstrebend – an, weil wir nicht wollen, daß Leute, die unser Konzept, nämlich Militanz, nicht mittragen, vielleicht gefährdet werden.

Hast Du Dich dann auch entsprechend diesem Konzept bei der Räumung verhalten?

Ja, ich sah zu dem Zeitpunkt, als ich dort ankam, auch keine andere Möglichkeit. Ihr wißt, daß wir das Konzept durchgehalten haben mit dem Ergebnis, daß einer von uns mit Schädelbasisbruch im Krankenhaus liegt, daß wir zusammengeschlagen wurden, daß Pferde in uns reinritten, und zwar nicht, weil sie nervös wurden, sondern weil die Bullen ihre Pferde geschlagen haben, damit sie hochgingen. Neben mir ist jemand von Pferdehufen verletzt worden. Ich habe gehört und gesehen, daß ein Mann (so zwischen 50 und 70 Jahren alt), der uns vorher über Lautsprecher erzählt hat, daß er sich sehr unangenehm erinnert fühle an die Zeit, als er im KZ saß (NATO-Stacheldraht, scharfe Hunde und so), daß der einer der ersten war, die zusammengeschlagen wurden. Und als er zusammengebrochen ist und nicht wieder aufstehen konnte, da wurde er auch noch getreten, weil er nicht schnell genug aufstand. Das war wohl das, was mich am meisten erschüttert hat, daß der Mann es subjektiv als eine Wiederholung der KZ-Situation erlebt hat. Ich kann das auch immer noch nicht ruhig erzählen, ich erzähl das auch nicht gern ... aber, verdammt nochmal: das kennzeichnet auch unsern Staat.
Viele sind zusammengebrochen oder haben geheult, ich auch, obwohl ich ja noch nicht einmal mitgebaut hatte, es nicht mein Dorf war, aber es hat einen Teil meiner Hoffnungen verkörpert, meiner Hoffnungen auch auf Widerstand ... die walzen alles nieder und wir stehen daneben und können absolut nix tun. Und gleichzeitig habe ich so eine wahnsinnige Wut gehabt.
In der Reihe vor mir saß ein Junge, ohne Helm, der sprang auf und wollte dauernd einem Bullen an den Kragen. Die Bullen hatten dicke Gummiknüppel, und wenn einer von denen mal zugelangt hätte, dann hätte der Junge am Boden gelegen ... Ich hab ihn aus der zweiten Reihe am Parka gepackt und zurückgerissen. Das ist das Schlimmste, was der Staat uns antun kann, daß er sein Gewaltmonopol, seine Polizei in unsere Köpfe und Fäuste hineinverlagert, so daß ich meine Genossen festhalten muß, die Funktion der Polizei übernehmen muß, nur damit der nicht einen mit dem Knüppel über'n Kopf kriegt und dann vielleicht auch mit Schädelbasisbruch ins Krankenhaus kommt. Ich hab mich so beschissen gefühlt und hab hinterher zu dem Jungen gesagt, daß es mir leid tut, daß wir ihn sonst aber nicht mehr hätten schützen, sondern höchstens noch verbinden können. Ich hab so 'ne wahnsinne Wut gehabt, aber die konnte ich nicht umsetzen, hab sie nur noch als Trauer und Ohnmacht empfunden.

Was bedeutet das jetzt für das Konzept? Eigentlich war das ja vorauszusehen ...

Ja, was hat's gebracht? Also, mich hat nichts so angekotzt wie dieser Scheiß-ZDF-Kommentar nachts um halb zwölf: »Nur dem behutsamen Vorgehen der Polizei ist es zu verdanken ...« Da hab ich zum ersten Mal gedacht: »Verdammt, dafür lassen wir nun uns und unsere Freunde zusammenschlagen und sitzen auf'm Sandboden und singen. Und wieviele Leute sehen das?« Und als wir zurückfuhren um 1.00 Uhr nachts, da kam Gorleben in den Nachrichten schon gar nicht mehr vor ...
Ich bin immer noch froh, daß es keine Schlacht gegeben hat, denn dann hätte es Tote gegeben, aber das ist nicht das Verdienst der Polizei. Ich bin auch nicht dafür, daß wir Märtyrer schaffen, aber andererseits: Ich setz mich nie wieder hin und singe, wenn neben mir Leute zusammengeschlagen werden, also das weiß ich, daß ich das nicht mehr kann und nicht mehr will.
Wir hatten in der Situation ja eigentlich nur wenig Möglichkeiten zu reagieren: Die einen hatten solche Angst, daß sie am liebsten sofort weggerannt wären; aber die wären dann einzeln irgendwo im Wald zusammengeschlagen, registriert und verhaften worden und hätten womöglich Prozesse gekriegt. Und die zweite Möglichkeit war die dieses Jungen, der vor lauter Wut den Bullen am liebsten an die Kehle gesprungen wäre. Das war ja auch berechtigt, nur ... was hätte das bewirkt? Mindestens wäre er zusammengeschlagen worden, so ungeschützt, wie er war. Und nur darum hab ich ihn festgehalten, obwohl ich am liebsten dasselbe getan hätte wie er. Also: Wenn Gewalt und wenn Wut – und die berechtigte Wut haben wir ja – dann nicht ungeschützt, nicht unvorbereitet, nicht einzeln und nicht spontan, sondern wenn, dann überlegt und organisiert, nicht den Feinden ins Messer laufen. Wir sind verantwortlich für jeden von uns, der aus einer berechtigten Wut heraus irgendwo genau ins Messer läuft.

Heißt das für Dich, daß Du jetzt ein anderes Konzept vertreten würdest, bzw. neben dem gewaltfreien Widerstand, oder vielleicht auch ausschließlich, andere Formen des Widerstandes für richtig hältst?

Ich wollte ja schon vorher, daß es viele Konzepte und viele Formen des Widerstandes gibt, z.B. Barrikaden bauen, Nägel auf die Straße streuen, Sabotage, Zucker in die Tanks usw. Es gibt viele Möglichkeiten, kann man ja überall nachlesen. Wenn ich im Dorf gelebt hätte, hätte ich auch versucht, das dort zu diskutieren, aber das war nicht möglich und darum mußte ich mich an das Konzept halten. Ich würde wieder hinfahren, aber bei der nächsten Aktion verhalte ich mich anders, bin ich auch anders vorbereitet und fahre vielleicht auch mit anderen Gruppen. Und vielleicht haben wir dann ganz andere Formen und sitzen nicht mehr auf dem Sand ...

Gorleben 1004
Ein Erfolg?

Arbeitskreis für politische Ökologie, Hamburg

»... Besonders beeindruckt hat vor allem, daß wir angesichts der gewaltsamen Räumung unser angekündigtes Konzept des passiven Widerstandes geschlossen durchgehalten haben...«

»... Diese Aktion war keine Demonstration der Schwäche gegenüber dem Staat, sondern wir haben vielmehr unseren Gegner, der bisher immer wußte, wie er zu reagieren hat, in Verlegenheit gebracht. ...«

»... Vergebens hat die Polizei nach Waffen gesucht; unsere Waffen sind unsere Argumente und unsere Phantasie...«

»... Gerade, daß wir keine körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte angewandt haben, sondern im Bewußtsein unserer körperlichen Unterlegenheit und der Stärke unseres Zusammenhalts gehandelt haben, ist eher ermutigend als entwürdigend. Durch das Einhalten des gemeinsam abgesprochenen Vorgehens und durch die Gewißheit, moralisch im Recht zu sein, fühlten wir uns sicher...«

»... Wir betrachten die Inbesitznahme der geplanten Bohrstelle 1004 trotz der Räumung als einen vollen Erfolg...«

»... Das Dorf konntet ihr zerstören, aber nicht die Kraft, die es schuf...«

Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, uns mit seinen Knüppeln und Maschinenpistolen Gewalt anzutun, sondern auch die Köpfe, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen zu beherrschen.

Widersprüche und Fragen zur Besetzung und Räumung von 1004

Strömten hin, bauten Häuser, legten Gärten an, schafften sich eine Dorfidylle, versuchten ein Stück von alternativem Leben zu verwirklichen – oder fuhren auch nur hin, als Touristen – der Attraktion wegen.

Nur wenige Meter nebenan wurden ungestört verschiedene Bohrungen durchgeführt, fand ungehindert der Verkehr der Bau- und Versorgungsfahrzeuge statt.

Ein Widerspruch?

Das Dorf, ein eng begrenzter Freiraum für diejenigen, die das Leben in den Städten nur noch schwer ertragen können, die frustriert, genervt von der täglichen Routine, der Funktionalisierung, der Entfremdung durch die Arbeit auszubrechen versuchen – und wenn auch nur örtlich begrenzt, für einen kurzen Zeitraum.
Da war Begeisterung über die netten Leute, über gute Gespräche und zwischenmenschliche Beziehungen, darüber, einen Baum zu fällen und selbst mitzuerleben was daraus entsteht.

Ein Lehrstück für die repressive Toleranz dieses Staates oder für die Stärke unseres Widerstandes?

Der »gewaltfreie Widerstand« soll exemplarisch demonstriert werden. Es soll damit aufgezeigt werden, daß die Gewalt nicht von uns ausgeht, sondern vom Staat. Der Staat soll entlarvt werden, mehr Menschen dadurch zum Protest gegen das Atomprogramm gewonnen werden – so, viele offizielle Äußerungen.

Fragen drängen sich uns auf:
Welche Vorstellungen existieren von diesem Staat und wie kommen sie zustande? Was wollen wir erreichen, was und wie verändern, was erhalten, was haben wir zu verlieren und wie werden dadurch unsere Widerstandsformen und Ideen bestimmt?

Der Staat beendet die Besetzung – von den Besetzern vorausgesehen und als eigenständige Aktion von vornherein mit eingeplant. Bürgerkriegsmäßig ausgerüstete Staatsschutztruppen von Polizei, BGS und unter Beteiligung verschiedener Spezialeinheiten und Geheimdienste, stehen der Wehrlosigkeit, der Demutshaltung der Besetzer gegenüber. Einige Besetzer spüren die Ohnmacht, das sich Ausgelieferthaben und sehen die eigene Niederlage, die meisten feiern das Verhalten der Besetzer als Sieg – sogar als den eigentlichen Sieg der gesamten Aktion!

Aus unserer Verzweiflung wird Wut und Kraft und Widerstand?

Entrüstung über das **unverhältnismäßige** Vorgehen der Polizei, daß sie, die Gewaltlosen, mit Gewalt geräumt werden, daß das, was sie aufgebaut haben, zerstört wird.
Wie hätte ein **verhältnismäßiges** Vorgehen der Polizei aussehen sollen?
Was bedeutet diese Entrüstung? – trotz Wyhl, Brokdorf und Grohnde, des Brokdorf- und Grohnde-Dorfes, der bundesweiten Überwachung und Kontrolle der Brokdorf-III- und Kalkar-Demonstration, Räumung von Blockaden und Bohrstellen.
Historische Unkenntnis?, politische Blindheit?, pädagogische Taktik?, oder eine neue Form von Widerstand?, Müssen Erfah-

rungen immer wieder neu gemacht werden?, Gewinnen verschiedene Menschen aus der gleichen Realität die gleichen Erfahrungen?

Eine Analyse über das zu erstellen, was auf 1004 abgelaufen ist, wird aus der Perspektive des Dorfes nicht möglich sein. Eine Untersuchung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Rolle der BRD, der Rolle der EG und der NATO, des Atomprogramms, der Versuche, unseren Widerstand moralisch wie technisch und politisch in die herrschenden Strukturen zu integrieren oder die Hoffnung auf Widerstand zu zerschlagen wären notwendig. Weiter, wie bestimmte Ideen entwickelt wurden, wer diese Ideen aufgreift, und weshalb er sie aufgreift und wer, mit welchen Interessen an der Platzbesetzung teilgenommen hat:

– Die »Emigranten« – hauptsächlich städtische Intellektuelle mit Wochenendhäusern im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Sie waren die Initiatoren und Organisatoren der Besetzung und traten als Sprachrohr der örtlichen Bevölkerung auf. Sie bestimmten weitgehend Ablauf und politischen Charakter des Dorfes.

– Landwirte, aus der Umgebung von Gorleben; in ihrer Existenz bedroht, im Kampf um die Erhaltung ihres Eigentums, ihrer Produktionsmittel. Mehr oder weniger fest in die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt. Dies trifft auch zu für die Mehrzahl der Mitglieder aus den Bürgerinitiativen der Umgebung von Gorleben. Sie unterstützen das Dorf, mit Material, und auch moralisch – hauptsächlich als Besucher.

– Die vielen Menschen aus der ganzen BRD; zum größten Teil ohne Kenntnis der bisher gelaufenen politischen Auseinandersetzungen. Sie fuhren hin, um ihren Protest auszudrücken, um präsent zu sein und um alternativ zu leben – kümmerten sich kaum um die politischen Diskussionen, um die politischen Strategien, die mit dem Dorf verbunden waren.

– Die Gruppen, die sich »gewaltfrei« nennen; nahmen die Möglichkeit wahr, ihre Modelle vom »gewaltfreien Wierstand«, »Bezugsgruppen« – »Sprecherrat«,... zu erproben. Entwickelten diese Modelle eine politische Kraft oder Passivität?
Weshalb und woher diese dogmatische Verhärtung, die es nicht erlaubte ihren Anspruch in Frage zu stellen, die es nicht zuließ andere Vorstellungen zu akzeptieren.

– Menschen der autonomen und anarchistischen Bewegung. Sie zogen sich schon frühzeitig – in der Vorbereitungsphase – von einer offensiven Beteiligung an der Platzbesetzung zurück. Und zwar als deutlich wurde, wie die »Emigranten« und die örtlichen Initiativen, unterstützt von den »Gewaltfreien« versuchten, eigene Vorstellungen machtpolitisch durchzusetzen. Die einerseits diese Unfreiheit nicht akzeptieren wollten, andererseits aber auf die Auseinandersetzung an dieser Stelle verzichteten, um die Aktion nicht zu gefährden.

Bedingungen akzeptieren, ohne die Möglichkeit, sie in einer offenen Auseinandersetzung gemeinsam zu entwickeln – oder raushalten?
Trotzhaltung? Politischer Perfektionismus? Wirklichkeitsfremde, idealistische Vorstellungen?

Eine Analyse mit dem oben erwähnten Anspruch ist in diesem Artikel nicht beabsichtigt. Viele Fragen sind noch unklar oder zu abstrakt. Die Einteilung der Platzbesetzer in die verschiedenen Gruppen – grob – viele werden sich darin nicht wiederfinden. Wir wollen aber einige Aspekte der Besetzung und der Räumung von 1004 darstellen, deren Verständnis und praktische Umsetzung für unser Leben und unseren Widerstand große Bedeutung haben.

Die Bedingungen für die Besetzung wurden frühzeitig festgelegt

Alles begann damit, daß ein »Emigrant«, zugleich einer der Sprecher der BI-Lüchow-Dannenberg, auf einem Treffen in Trebel (2. März 80) das Gorleben-Dorf anbot. Politisches Ziel, äußere Gestaltung waren lange nicht klar; die politischen Bedingungen wurden gleich oder kurz nach der Bekanntgabe der Vorstellungen mitgeliefert. Wörtlich hieß es:

– Die Auswärtigen kommen, machen Bohrlöcher kaputt und sind dann weg. **Wir** tragen die Verantwortung und müssen das ausbaden. Macht doch die Aktionen bei euch. Die Bohrungen werden zudem nur durchgeführt, um AKW-Gegner zu beschäftigen.

– Wenn das Dorf existiert, sollen keine Aktionen vom Dorf ausgehen, auch wenn nebenan gebohrt wird.

– Wenn Platzbesetzung, dann nur mit dem Charakter des Hannover-Trecks. Der Treck lief unter dem Motto: Laßt die Helme zu Hause, bringt Blumen mit!

– Wir wollen eine ordentliche Besetzung.

– Wir zwingen Euch unsere Vorstellungen auf, das ist uns nicht angenehm, aber es geht nicht anders. Wir müssen herumreisen und die Leute gewinnen.

– Es wird genau so gemacht, wie wir es uns vorstellen. Ihr könnt euch überlegen, ob die Bedingungen für euch annehmbar sind oder nicht.

– Politischen Nutzen haben wir nur, wenn die Bevölkerung dahinter steht (wohinter?).

– **Wir** besetzen den Platz und **Ihr** unterstützt uns.

– Auf die Frage eines Landwirts auf einem Treffen am Vorabend der Besetzung, ob sich die Auswärtigen an die vereinbarte Gewaltfreiheit halten: »Die Gewalt wollen, haben sich schon zurückgezogen; sollte es aber Schwierigkeiten geben, werden wir unsere Vorstellungen mit Hilfe des Sprecherrates durchsetzen.«

Dies sind zwar Äußerungen von einzelnen Menschen, aber alle waren und sind aktive AKW-Gegner aus dem Umfeld der BI-Lüchow-Dannenberg oder der Notgemeinschaft der Landwirte. Alle Äußerungen fielen auf öffentlichen Veranstaltungen und niemand von den örtlichen Aktiven hat widersprochen. Wir schätzen das so ein, daß diese Äußerungen den Vorstellungen der meisten örtlichen Beteiligten entsprechen.

Der »Konsens«

Die Annahme dieser Bedingungen war unausgesprochene Grundlage für die Beteiligung an dem Dorf – und wurde da, wo die Diskussionen sie in Frage stellten, wieder ins Gedächtnis zurückgerufen:

– »Wenn vom Dorf aus Aktionen gegen die Bohrungen laufen, dann ziehen wir aus.«

– »Jede nicht gewaltfreie (?) Aktion stellt den politischen Erfolg (?) der Besetzung in Frage.« (»Emigranten« und örtliche Aktive)

So war eine im Ergebnis offene Auseinandersetzung um Widerstandsformen, Ziele, politischen Erfolg und Kritik an den vorgegebenen Bedingungen nicht möglich. Aber nach außen hin gab es einen »Konsens« oder besser ein Konsenspapier mit der Kernaussage: »es soll ausschließlich passiver Widerstand geleistet werden.« Die Widerstandsform wurde somit als Selbstzweck, als eigenständige Aktion und nicht unseren Zielen und Möglichkeiten entsprechend festgelegt.

Eine Konsensbildung, die auf einer Darstellung der unterschiedlichen Positionen und einer freien gleichberechtigten Auseinandersetzung beruht, in der Menschen mit verschiedenen Vorstellungen zu einem gemeinsamen Handeln kommen, bewußt Kompromisse schließen und ein Bündnis eingehen, hat nicht stattgefunden.
So wurden nicht nur Positionen formuliert, sondern Bedingungen festgelegt. Diese konnten vom Sprecherrat nur noch »freiwillig« bestätigt werden: das war dann das Konsenspapier. (Aufforderung an die »Gewaltfreien«: denkt mal über euren Gewaltbegriff nach.)

Wir meinen, daß durch so ein Vorgehen Menschen zu Statisten fremdbestimmter politischer Vorstellungen gemacht werden, daß daraus keine politische Kraft erwächst, deren Grundlage für uns nur Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sein können, sondern Anpassung und Unterordnung. Bekannt ist dieses Vorgehen aus der bürgerlichen Machtpolitik dieses Staates.
Nach unseren Vorstellungen von Menschenwürde und Widerstand, haben wir nicht das Recht anderen Menschen vorzuschreiben, wie sie sich zu wehren haben – weder offen noch verdeckt, durch Machtpolitik oder pädagogischen Erziehungstricks, auch nicht durch Distanzierungen in der Presse.
Es sind während der Besetzung Situationen eingetreten, wo Widerstandsaktionen wie z.B. Angriffe gegen die Flachbohrstellen liefen, die mit den Vorstellungen der örtlichen Aktiven, der »Emigranten« und auch vieler Besetzer nicht vereinbar waren. Diese unterschiedlichen Vorstellungen haben natürlich ihre Ursachen in den unterschiedlichen Interessen, unterschiedlichen Einschätzungen von diesem Staat und in den daraus entwickelten Vorstellungen, sich zu wehren.
Wir plädieren nicht dafür, daß jeder, unabhängig von den Ängsten und moralischen und politischen Bedenken anderer Beteiligten, nur seine Vorstellungen zum Maßstab seines Handelns machen sollte; derjenige muß darüber nachdenken, wieweit er sich vom Verständnis anderer Menschen entfernt und schließlich isoliert dasteht. Aber wir würden erwarten – vorausgesetzt wir wollen etwas Ähnliches erreichen, und es zeigt sich immer deutlicher, daß sich das nicht nur auf Atomanlagen beschränken läßt – daß eine solidarische Auseinandersetzung mit dem anders Handelnden und Denkenden stattfindet; jeder, der sich wehrt, für mehr Menschlichkeit kämpft, steht uns näher als dieser Gewalt-Staat, und wir werden die Auseinandersetzung mit ihm nicht mit den Mitteln dieses Staates und mit der Unterstützung dieses Staates führen – auch wenn uns das den Beifall vieler Menschen einbringt, die an diesen Staat noch glauben oder auch immer glauben werden.
Auch hier: nicht durch kurzfristige taktische Erfolge, durch die Stärke des zu erwartenden Beifalls sollten wir unsere Argumentation bestimmen lassen, sondern durch das, was wir wollen, und dadurch, wie wir unsere Möglichkeiten einschätzen, es zu erreichen.
Nicht die bloße Anzahl der Menschen stellt eine Kraft dar, sondern das, was diese Menschen wollen, und in wieweit sie bereit sind, es praktisch umzusetzen. Daß diese solidarische Auseinandersetzung im Dorf nicht stattfand, daß die Sprecher sich hinter ihrem »Konsens« und »der Meinung der örtlichen Bevölkerung« versteckten, zeigt uns, daß zur Zeit noch große Unterschiede bestehen in dem, was wir wollen, und auch in der Klarheit darüber.

Was sollte mit dem Dorf erreicht werden, und wie sollte es erreicht werden?

Einige Äußerungen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg:
– Man kann das Endlager nicht gegen 60 bis 70 % der Bevölkerung bauen. So viele Leute könnte man sicher mobilisieren, wenn man schlüssige Beweise hat, daß die uns übers Ohr hauen und es mit aller Gewalt durchsetzen wollen.
– Entscheidend ist, daß man klar macht, daß die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist.
– Letzten Endes muß man immer berücksichtigen, daß wir Wahlergebnisse beeinflussen wollen. Wir wollen hier keine Schlacht gegen die Polizei gewinnen oder verlieren. Im nächsten Frühjahr sind hier Kommunalwahlen, bei denen Gegner wahrscheinlich auch mit einer Liste antreten werden.
– Das darf auf keinen Fall negativ auslaufen (gemeint ist die Räumung). Das wäre das Schlimmste, was uns hier passieren könnte, für die Arbeit, die wir hier geleistet haben. Wenn eine Räumung aber ohne Verletzung, Tränengas und Knüppel ausgeht, dann wäre die Besetzung ein sehr schöner Erfolg gewesen, als Öffentlichkeitsarbeit.
– Das hängt ganz stark davon ab, wie man das jetzt zu Ende bringt. Bisher wars natürlich ein Erfolg.
– Ich glaube, daß bisher nichts Negatives berichtet werden kann. Ich habe eigentlich von allen, die hier waren, und es gehen ja sehr viele aus der Bevölkerung hierhin, den Eindruck, daß sie sagen, daß es keine chaotische Geschichte ist. Ganz im Gegenteil, man berichtet von der großen Disziplin hier. Das ist die Hoffnung auch für mich, daß es hier so weiter läuft.
– Klar, Vorurteile gibts genug, aber meiner Erfahrung nach ändert sich das zumindest bei den Leuten, die sich eine eigene Meinung bilden wollen und auch mal auf den besetzten Platz rausfahren. Ich kenne einen Bauern, der war auch sehr skeptisch und ablehnend, aber jetzt ist er hingefahren und hat sich das angeschaut, was da in elf Tagen aufgebaut worden ist.
– Noch nie habe ich einen Platz mit so vielen Leuten gesehen, der so sauber war. Ich habe gesehen, wie ein junger Mann eine Banane gegessen hat und die Schale fein säuberlich vergraben hat.
Aus den Äußerungen geht hervor, daß der Glaube besteht, durch gefälliges Aussehen und Verhalten viele Menschen für die eigenen Vorstellungen zu gewinnen, und daß dann, durch die Meinung dieser vielen Menschen, Einfluß auf das Atomprogramm genommen werden kann.
Die Besetzung wurde also von den örtlichen Aktiven nicht als eine direkte Aktion zur Behinderung oder Verhinderung der Bohrungen gesehen, sondern eher als eine Werbeaktion für eine Meinung gegen das Atomprogramm.
Dies erklärt auch die Bedeutung, die der Vorgang der Räumung als eigenständige Aktion von vorneherein für sie hatte, oder auch die Art, wie über ein »freies Wendland« kokettiert wurde (man denke nur an die Befreiungskämpfe z.B. in Irland oder im Baskenland, oder an die Autonomiebestrebungen in Frankreich).

Die Frage drängt sich auf, was sich die Initiatoren von Platzbesetzung und Räumung versprechen. Wir meinen, daß es ihnen hauptsächlich darum ging, ihre Verhandlungspositionen gegenüber den Regierungsvertretern zu stärken, und das glauben sie durch eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Sie sehen die Regierungsvertreter als Verhandlungspartner und nicht als Gegner. So müssen sie auch alles vermeiden, was ihre Rolle als Verhandlungspartner in Frage stellt; und das sind alle ernsthaften direkten Eingriffe gegen das Atomprogramm: seine Einrichtungen, seine Vollstrecker (z.B. Zerstörung von Bohrlöchern, Angriffe gegen Baufahrzeuge und Informationszentren) – zumindest vermeiden, mit solchen Aktionen in Zusammenhang gebracht zu werden.

Diejenigen, die sich diesem Staat als Verhandlungspartner anbieten, versucht er politisch und moralisch zu integrieren. Die Gegner versucht er politisch zu verfolgen, um sie letztendlich zu liquidieren.
– Wo stehen wir heute in diesem Prozeß? Was haben wir dem entgegenzusetzen? – Dazu später.

Zur Ideologie der Gewaltfreiheit und zur Räumung von 1004

Einige Äußerungen:

»Wir sind friedlich, das haben wir trotz der Provokation durch die Polizei gezeigt, daß wir das durchgehalten haben, erfüllt uns mit Genugtuung. Die Politiker haben keine Argumente, deshalb gehen sie mit Gewalt gegen uns vor. Wir haben deutlich gemacht, daß nicht wir die Gewalttäter sind, sondern der Staat. Darin liegt die Stärke der Besetzung und die Bedeutung unserer Gewaltfreiheit bei der Räumung.«
»... Schon jetzt, und erst recht bei der Abräumaktion der Polizei, als vor unseren Augen Mitstreiter weggeschleift wurden, wäre es kein Wunder gewesen, wenn einige von uns zurückgeschlagen hätten. Gerade, daß wir keine körperliche Gewalt gegen Polizeibeamte angewandt haben, sondern im Bewußtsein unserer körperlichen Unterlegenheit und der Stärke unseres Zusammenhaltes gehandelt haben, ist eher ermutigend als entwürdigend. Durch das Einhalten des gemeinsam abgesprochenen Vorgehens und durch die Gewißheit, moralisch im Recht zu sein, fühlten wir uns sicher ... Diese Aktion war keine Demonstration der Schwäche gegenüber dem Staat, sondern wir haben vielmehr unseren Gegner, der bisher immer wußte, wie er zu reagieren hat, in Verlegenheit gebracht. Zudem ist auch das Mißtrauen in der Bevölkerung Lüchow-Dannenbergs gegenüber auswärtigen Atomgegnern wesentlich geringer geworden ...«
»... Besonders beeindruckt hat vor allem, daß wir angesichts der gewaltsamen Räumung unser angekündigtes Konzept des passiven Widerstandes geschlossen durchgehalten haben...«
Viele Fragen entstehen nach solchen Äußerungen:
Wie können Menschen sich so weit ihren Henkern ausliefern? – Wie Tiere, die in die Enge getrieben Demutshaltung annehmen.
Ist der Staat für das Konzept des »passiven Widerstands« ein Ansprechpartner?
Was meinen Menschen, wenn sie ihre Aktionen in »gewaltfrei« und »gewalttätig« einteilen? Wer legt fest, was Gewalt ist? Und wem nützt diese Festlegung?

Kaum möglich zu verstehen, was bei der Räumung abgelaufen ist, ohne auf diese Fragen einzugehen. Wir wollen es versuchen:
Der Staat hat mit dem Aufmarsch von tausenden Bewaffneten wieder einmal gezeigt, daß er uns in der offenen Auseinandersetzung militärisch überlegen ist. Auf dem Bohrplatz 1004 ist aber auch eine andere Schlacht geschlagen worden – nämlich die um den politischen Sieg. Wer hier gewonnen hat – der Staat oder die AKW-Gegner – darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. Es sieht so aus, als ob wir das Kapitel »Gorleben« in Zukunft mit einer neuen Überschrift versehen werden:

Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, uns mit seinen Knüppeln und Maschinenpistolen Gewalt anzutun, sondern auch die Köpfe, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen zu beherrschen.

Nach der wiederholten Erklärung der Besetzer, bei einer Räumung ausschließlich passiven Widerstand zu leisten, konnte es keine Überraschung darüber geben, **daß** geräumt wurde, sondern nur über den riesigen militärischen Apparat, der dazu in Gang gesetzt wurde. Dementsprechend äußerten die Sprecher der Besetzer auch kaum Empörung über die Räumung selbst, sondern vor allen Dingen über die »Unverhältnismäßigkeit der Mittel« – womit letztlich gesagt wird, daß die Aktion auch mit einem Bruchteil der aufgebotenen militärischen Kraft hätte durchgeführt werden können, genauso »friedlich«, reibungslos und wirkungsvoll:
»Der BU ist enttäuscht über die Phantasielosigkeit und Unfähigkeit der niedersächsischen Landesregierung wie auch der Bundesregierung, durch Gespräche und Verhandlungen mit den Atomenergiegegnern eine friedliche Räumung zu erreichen.«
Diese Erklärung des BBU gibt nur in zugespitzter zynischer Form wieder, was der (Sinn)Tenor der meisten Erklärungen ist. Doch genau damit wird begründet, warum die Räumung letztlich doch ein politischer Erfolg gewesen sei: Der Staat habe sich durch seine »Überreaktion« selbst geschadet, weil die Bevölkerung dadurch empört und aufgerüttelt, also letztlich mobilisiert worden sei. So gibt es doch scheinbar keinen vernünftigen »Grund« für diesen Einsatz; der Staat hat demnach einen Fehler gemacht, sich selbst geschadet, während unser Widerstand stärker geworden ist.

Es stimmt, daß der Staat ein Stück Maske hat fallen lassen, daß diese Konfrontation für viele Menschen eine neue Erfahrung war, die deutlich macht, welche zynische Gewalt hinter dem Atomprogramm steckt. Das Ergebnis: Der Staat hat sich neue Gegner geschaffen.
Aber: er hat dies nicht aus Dummheit getan, er hat dabei auch gewonnen. Als sich am Vorabend der Räumung die Nachrichten häuften, daß aus dem ganzen Bundesgebiet Polizei und BGS in dem Landkreis zusammengezogen wurden, war unser erster Gedanke: Sie benützen die Räumung von 1004 zu einer großangelegten Übung, um die Koordinierung von einer großen Zahl von Einheiten zu trainieren. Sie brauchen das als Vorbereitung für zukünftige Einsätze, weil es bei anderen Anlässen (Brokdorf, Grohnde) damit Schwierigkeiten gegeben hat. Wir fühlten uns aus diesem Grund an Kalkar erinnert. Aber was war Kalkar? Spießrutenlauf von einer Polizeisperre zur anderen, die Demonstranten wurden buchstäblich nackt gemacht, bevor sie endlich am schnellen Brüter ankamen. Große Empörung über den »unverhältnismäßigen« Einsatz wurde geäußert, aber auch: es war ein riesiger Erfolg. Nach wenigen Monaten war nicht mehr vom Erfolg die Rede, Kalkar war vielmehr das Denkmal für den begrabenen praktischen Widerstand von Brokdorf und Grohnde geworden, **der Anfang der beginnenden Resignation vor der staatlichen Übermacht. Am Ende war also nicht die mobilisierende Wirkung der Empörung übriggeblieben, sondern das Gefühl der Ohnmacht.** Es wird auch nach Gorleben nicht anders sein: Die Demonstration militärischer Stärke mobilisiert nicht nur Menschen gegen diesen Staat, sondern schafft auch Resignation und die Aufgabe der Hoffnung, auch gegen die Interessen dieses Staates das Atomprogramm zu kippen. Das Gegenteil war 1976 der Fall, als viele Menschen begeisert am Widerstand teilnahmen, in der Hoffnung, das Atomprogramm könne in kurzer Zeit gestoppt werden: die Stärke, die der Staat inzwischen gezeigt hat, ist von vielen damals unterschätzt worden. Es war die Hoffnung auf den Sieg, die uns stark gemacht hat, und nicht das Bewußtsein unserer Unterlegenheit. Ist nun der passive Widerstand bei der Räumung eine sinnvolle Aktion gewesen, gerade weil wir wissen, daß wir in der offenen Konfrontation mit dem Staat militärisch schwächer sind?

Wir glauben, das Problem liegt woanders. Es ist richtig, einer offenen Konfrontation aus dem Weg zu gehen, wenn 2.000 Demonstranten 10.000 Bullen gegenüberstehen. **Aber es ist eine Katastrophe, wenn Menschen sich darüberhinaus zum Opfer machen, sich dem Gegner ausliefern und gerade ihre Wehrlosigkeit und Passivität als Stärke begreifen und als moralischen Sieg feiern und propagieren.** So käme doch niemand auf den Gedanken, von einem moralischen Sieg zu sprechen, wenn eine Frau sich bei einer Vergewaltigung nicht körperlich wehrt, wenn es offenkundig ist, daß der Mann jeden Widerstandsversuch brechen kann. Es stand in der Courage, daß Frauen in dieser Situation lieber still gehalten haben, um die Situation nicht weiter zu eskalieren. Vielleicht hatten einige Frauen in dieser Situation keine andere Wahl. Aber was kommt danach? Versuchen sie, Selbstverteidigung zu lernen, um sich zu schützen, oder lassen sie sich auch in Zukunft weiter vergewaltigen, in der Hoffnung, daß die Empörung in der Öffentlichkeit die Männer zum Einhalten bringt? Dies ist nur die besonders krasse Form eines Problems, mit dem jeder konfrontiert wird: Jemand hat die Macht über mich, ohne daß ich in diesem Augenblick in der Lage bin, mich zu wehren. Dieser seelische Schmerz der Demütigung, Ohnmacht, Wehrlosigkeit kann schlimmer sein als körperliche Schmerzen durch Prügel, Schwierigkeiten beim Rausschmiß aus Wohnung oder Betrieb. Und es erscheint zynisch, daß gerade die Opferhaltung, sich gegenüber dem Feind nackt zu machen, andere Menschen mutiger machen soll, ihrem Chef oder Vermieter gegenüber mehr Selbstbewußtsein, Widerstandswillen und Risikobereitschaft zu zeigen. Wir bräuchten nichts darüber zu schreiben, wenn es nicht die Regel wäre, **daß Menschen nur zähneknirschend feststellen, daß sie geschädigt werden, sondern daß sie sich sogar mit ihrer Rolle des Gedemütigten identifizieren. Es gibt unendlich viele Gelegenheiten, Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen für den Preis der Selbstverachtung und Opferhaltung.**

Es geht, wie jeder bei sich feststellen kann, hierbei um Angst. Es macht Angst, den Staat als Gegner zu haben, also versucht man, der Konfrontation auszuweichen. Es werden Bullen gegen mich eingesetzt, doch versuche ich, den Bullen nicht als meinen Feind zu sehen. Ich spreche mit ihm, in der Hoffnung, daß er mich nicht schlägt. Er schlägt mich, meine Freunde, und immer noch versuche ich alles als einen fürchterlichen Irrtum zu begreifen. Mein Gefühl der Ohnmacht wird erträglicher, wenn ich nach Beendigung des Einsatzes mit dem Bullen noch ein Bier trinke. Er will es ja auch nicht, ist nur Instrument, wir sitzen fast alle in einem Boot.
Das Opfer sagt, ich wehre mich nicht, dadurch setze ich den, der gegen mich Gewalt anwendet, ins Unrecht. Und in diesem Augenblick braucht kein Knüppel mehr zu zischen; es reicht jede Androhung. Es findet keine Gewalt statt, die zu fotographieren ist. Es ist nicht mehr nötig, denn das Opfer hat den erhobenen Knüppel verinnerlicht.
Ein Beispiel: In zahlreichen politischen Prozessen winkt den Angeklagten Straffreiheit oder -milderung, wenn sie abschwören. Der Staat verfolgt auch hier nicht nur das Ziel, Gegner handlungsunfähig zu machen, indem er sie so lange wie möglich einsperrt. Er verspricht sich von der politischen Wirkung einer Distanzierung mehr Erfolg als von der langandauernden Einkerkerung.
Oder anders: ein Staat, der in den Köpfen der Menschen jeden Widerstandswillen ausschalten kann, braucht keine Polizei mehr, weil jeder sein eigener Polizist geworden ist. Die Menschen selbst übernehmen jetzt die Kontrolle: Es wird mißtrauisch darüber gewacht, daß keiner die Spielregeln verletzt, sonst wird schonungslos ausgegrenzt, diffamiert. Eine hochtechnisierte Gesellschaft, wie die BRD, kann nur schwer wie ein lateinamerikanisches Land, nur durch äußere, brutale Gewalt aufrechterhalten werden. Ein kleiner Eingriff in einen Computer oder eine Raffinerie hat katastrophale Folgen. Das ganze Produktionssystem ist so empfindlich, daß es nicht lückenlos kontrolliert werden kann. Daher ist gerade hier die Herrschaft über die Köpfe so wichtig: damit nicht mal mehr der Gedanke an selbstbestimmten Widerstand, eigene Legitimität, an Sabotage entsteht.
Angesichts der äußersten Bedrohung durch Gewalt macht der Kopf einen Salto mortale: Im Zustand der größten Erniedrigung und Demütigung sieht er keine Gewalt, schmeißt sich dem Vater-Bullen-Staat, der ihn eben noch verprügelt hat, in die Arme und entwickelt Angst vor denjenigen, die sich wehren, weil diese die eigene Demütigung bloßstellen. Gewalt über Menschen zu besitzen, kann also noch ganz andere Formen haben als die Anwendung von unmittelbarem körperlichen Zwang, nämlich die Herrschaft über die Gefühle und das Denken der Menschen. So ist Gewalt, Unterdrückung und der Widerstand dagegen, bzw. die Anpassung, ein sehr alltägliches Phänomen, und fängt nicht erst dort an, wo Polizei eingesetzt wird.

Für Gorleben heißt das: die Räumung von 1004 hat bereits am Tag der Besetzung begonnen. Die Drohung des Staates vom ersten Tag an, den Platz gewaltsam zu räumen, wurde von den Besetzern mit der völligen Unterwerfung beantwortet.
– Es sollte eine »friedliche« Besetzung sein, obwohl in einem Landstrich, der von Polizei und DWK besetzt ist, in dem die Bauarbeiten für die WAA seit langem ohne Zeitverlust laufen, schon längst kein Frieden mehr herrscht.
– Wenn nach Gewalt gesucht wurde, dann unter den Besetzern. Angefangen von dem Zwang, jedem Versuch von Gegenwehr öffentlich abschwören zu müssen, bis hin zur Durchsuchung von Zelten nach »Waffen« und der angedrohten »Räumung« für jeden, der sich nicht dem »Bebauungsplan« und dem Sprecherrat unterwirft.
– Während von Anfang an klar war, daß der Staat seine Interessen praktisch durchsetzt, sollte die Besetzung ausschließlich symbolischen Charakter haben.
-- Die ganze Wirkung der Aktion war überhaupt darauf angelegt, über das bewußte Opfer sowohl der vielen Häuser als auch der Menschen (anketten, nackt ausziehen), also durch das bewußte Erleiden von seelischen und körperlichen Schmerzen den Staat moralisch anzugreifen.
-- Der einzige Schutz gegen Übergriffe sollte eben die moralische Hemmung des Staates sein, offen und brutal gegen wehrlose Menschen vorzugehen.

Das heißt aber, daß diejenigen, die bewußt mit der Empörung kalkulierten, ein doppeltes Spiel betreiben: da ihr Konzept gerade von dem Unterschied von wehrlosen Menschen und aggressivem Staat lebt, rechnen sie einerseits mit staatlichen Übergriffen – ja sie müssen sie geradezu wünschen – und tun doch hinterher »überrascht« und empört (wobei ehrliche Empörung immer auch ein Stück Überraschung, Aufwachen, Desillusionierung bedeutet). Wir unterstellen bei denjenigen, die seit Jahren mit ihren Konzepten von Aktionen zu Aktionen fahren, daß sie nicht überrascht sind, sondern bewußt mit der Angst vieler Menschen pokern und sie überreden, sich »anzuketten«, damit ihnen nichts passiert!
Der Vorwurf, der jetzt oft kommt, lautet: kannst du das Blutbad verantworten, das es gibt, wenn wir gegen eine Übermacht Widerstand leisten – das ist doch Wahnsinn.
Wir meinen dazu: das stimmt in einigen Fällen. Und in anderen nicht, wenn wir nämlich günstige Situationen wahrnehmen, wo wir Widerstandsaktionen machen können, ohne eine offene Konfrontation einzugehen. Dazu ist aber eines wichtig: wer für

sich schon längst keine Möglichkeiten mehr sieht, die Niederlage also schon für ewig geschluckt hat, der wird auch an den wenigen vorbeirennen, ohne sie zu sehen. Oder er wird kein Vertrauen mehr haben zu sich und zu anderen.
Bei einer Veranstaltung nach der Räumung fragte jemand: »Ich möchte von den Befürwortern von praktischen Widerstandsaktionen mal wissen, ob ich kein Recht mehr auf Angst habe, ob ich mich von »Helden« deswegen diffamieren lassen muß.«
»Recht auf Angst«, das klingt, als ob Angst etwas Verteidigenswertes sei. Aber das ist nicht entscheidend. Es ist richtig, sich seine Angst einzugestehen, statt den Helden zu spielen. Angst, über die nicht offen gesprochen wird, taucht sonst an ganz anderen Stellen wieder auf; dann nämlich auf einmal nicht mehr als Angst, sich zu wehren, sondern es wird »falsch«. Man wird dann sauer auf Menschen, die z.B. berufliche Karrieren aufs Spiel setzen, während man selbst noch unsicher ist. Dann führt Angst dazu – weil das Selbstvertrauen fehlt –, sich mit der jeweils stärkeren Seite zu identifizieren: das war 1976 scheinbar die Bewegung, die Bauplätze besetzen wollte, das war später die bunte Alternative und kann sogar wieder der Staat sein. Aus diesem Grund ist es so unendlich wichtig, daß wir uns die Rechtfertigung für unser Handeln selbst geben: die bisherige Geschichte sah nämlich so aus, daß die Menschen nicht nur roh unterdrückt waren, sondern gleich Werte und Normen der jeweils stärkeren Macht übernommen haben.

Die Opfer von Gorleben erreichen genau das Gegenteil von der erhofften Wirkung: Die Demonstration der eigenen Ohnmacht vor der staatlichen Übermacht wird keinen Widerstand erzeugen, sondern Angst, Anpassung und Opportunismus.
Unsere Chance: angreifen, wo wir siegen können, Konfrontationen vermeiden, wo wir schwächer sind. Und in jedem Fall: die moralische und politische Rechtfertigung für unser Handeln selbst finden, anstatt auf die staatlichen Trennungslinien zu verfallen.
Wer in Zukunft also von der »Unterstützung der Bevölkerung« redet, soll gleich dazu sagen, ob er die Angst vieler Menschen, sich zu wehren, verändern will oder sich dahinter verstecken. Ob die Bereitschaft, Widerstand gegen das Atomprogramm zu leisten, da aufhört, wo der Staat angegriffen wird. Ob er, wenn von »falschen« Widerstandskonzepten die Rede ist, vielleicht nur die eigene Angst meint.

Diesem Artikel liegen Diskussionen zugrunde, die im Plenum der autonomen Gruppen der BUU-Hamburg, bei mehreren Extratreffen mit Mitarbeitern der TAZ-Hamburg, »Großen Freiheit«, Anti-AKW-Telegramm und »Autonomie« und auf einem Treffen in Gedelitz stattfanden. Geschrieben wurde der Artikel von Mitarbeitern des AK für politische Ökologie und einem AKW-Gegner aus Hameln.

Sprecherrat und Konsens

Dieser Beitrag wurde von einem AKW-Gegner aus Hamburg geschrieben, der sehr lange im Dorf und bei der Räumung war, und die Auseinandersetzungen im Sprecherrat und im Dorf miterlebt hat:

Außer der Gegnerschaft zur Atomenergie gab es für uns bei der Besetzung der Bohrstelle 1004 eine große Idee: wir nehmen uns den Platz, um zu zeigen, daß es möglich ist, hier und heute »anders« zu leben, um die demokratisch bemäntelten Machtverhältnisse dieses Staates beispielhaft in der Praxis einer konkreten Utopie zu überwinden.
Gleichzeitig mußte eine Form gefunden werden, in der sich eine relativ anonyme Masse von Besetzergruppen organisieren konnte, um praktische und politische Fragen während der Besetzung gemeinsam zu beantworten. Die Zauberformel dafür wurde der »Sprecherrat« und der »Konsens«. Beides Begriffe eines Modells direkter Selbstverwaltung autonomer Subjekte.
Der Rat von Menschen, die ihre Interessen anderen gegenüber gleichberechtigt vertreten könnten, die sich gegenseitig in Widersprüchen vorwärts treiben, die sich informieren, um über allgemeinverfügtes Wissen eine kollektive Handlungsgrundlage zu haben, sollte Mittel und Form sein, um zu gemeinsamen Handlungen zu kommen. In diesem Sprecherrat sollten alle Probleme des Dorfes so lange diskutiert werden, bis von allen tragbare Entscheidungen gefällt werden konnten, dort sollten Abstimmungen unnötig und Mehrheiten überflüssig sein, dort sollte jeder sein Problem laut sagen und von allen gehört und beachtet werden können, dort sollte alles das, was die Minderheitsbevölkerung des Dorfes diesem Staat gegenüber erfahren hatte, als positive Antwort gelebt sein.
Mit dem Wissen um die Wahrheit der Parole »gemeinsam sind wir stark« wurde von der BI, von Basisdemokraten, Anarchisten und freischwebenden Subjekten dieses (angeblich) neue Modell der Selbstverwaltung auf alle Fahnen der Besetzung geschrieben, von den einen als politische Strategie, von den anderen als eine diffuse Hoffnung, sich selbst die Möglichkeit der eigenen Ideen beweisen zu können.

Die Erfahrung eines vierwöchigen Versuchs dieser Utopie liegt inzwischen vor, oder besser gesagt, sie liegt herum, frei zu jeder sinnlosen Benutzung; entweder hochgejubelt, in die nicht abreißende Kette von Erfolgsmeldungen eingegliedert, oder totgeschwiegen, in der Hoffnung, es werde bald Gras über die ganze Geschichte wachsen. Zeichen genug, daß eine kritische Bearbeitung dieses Herzstückes der ehemaligen »freien Republik« nicht stattfindet, an deren Stelle ein eher an psychologische Phänomene der Traumarbeit grenzender Umgang mit diesem Objekt unserer Hoffnungen getreten ist. Wenn es überhaupt eine weitere Diskussion um Widerstandskonzepte gibt, müssen wir klarkriegen, daß es in Gorleben prinzipiell keine neuen Antworten auf die Frage nach kollektiven Lebens- und Organisationsmöglichkeiten gegeben hat, bestenfalls eine Desillusionierung und ein Haufen neuer Probleme. Wir müssen uns konfrontieren mit den praktischen Ergebnissen der Kernpunkte unserer Versuche und herausbekommen, an welchen Stellen diese Versuche mißlangen, um nicht die auch uns gewohnten Strukturen von Hierarchie zurückzufallen. Also heißt es, an diese 1004-Erfahrungen Fragen zu stellen nach der Behandlung von Minderheiten, die sowohl auf die Existenz von Mehrheiten als auch auf deren Vorgehen hinweisen.

Es lassen sich mehrere Beispiele für die Bildung von Minderheiten anführen, die inzwischen schon hinlänglich bekannt sind und als Anfangspunkt des Scheiterns des Modells 1004 anzusehen sind. Da waren die beiden Menschen, die von der Wiese hinter der Viehtränke ins Dorf geholt werden sollten, da waren die Gruppen, die Barrikaden bauen wollten, da waren die Subjekte, die sich nicht auf den Dorfplatz setzen wollten.
Da war gegenüber diesen Menschen immer der Druck, sich einordnen zu müssen, um nicht einen gemeinsamen Versuch zu zerstören, von den anderen nicht als Bedrohung empfunden zu werden. Da war sie, die Minderheit, die »anders« war, abweichend von der stillschweigenden Gemeinsamkeit, deren In-Frage-Stellen einem Vergehen nahe kam. Um es auf die Spitze zu treiben: Es bewies sich ein »wir sitzen alle in einem Boot«-Denken, das Adenauer nicht besser hätte formulieren können; eine Unfähigkeit, Gemeinsamkeit als Widersprüchlichkeit auszuhalten, als Vielfalt, nicht als uniforme Einheit. Zu viele waren es noch, die nicht unterscheiden konnten zwischen Kollektivität und absoluter Mehrheit. Zu wenige, die bemerkten, wo die versteckten Abstimmungen passierten, wo sie zur Legitimationsminderheit verkamen. Das passierte nämlich im Sprecherrat, in dem zu Beginn noch eine offene Situation herrschte, bis die Rhetoriker ihre Ansatzpunkte ausgemacht hatten, ihre Stärke an den richtigen Stellen ausspielen konnten, wo Mehrheiten anhand der Stigmatisierung einer angeblichen militanten Minderheit gebildet wurden, wo die Vielseitigkeit des Widerstands auf eine Linie geradegebogen wurde.
Dahinter steckte zum Teil ein strategisches Vorgehen, für das Innenminister Baum inzwischen Symbolfigur geworden ist: der Dialog, die scheinbar so freundliche Aufforderung, sich doch auszusprechen, um nachher um so gezielter zuschlagen zu können.

Ähnlich verlief die »Konsensbildung« im Sprecherrat, wo anfangs gerade die beargwöhnten und später durchsuchten »Militanten« ihre Vorstellung bekannt gaben und damit in die Fallgruben derjenigen plumpsten, denen es darauf ankam, einen Überblick über die verschiedenen Positionen innerhalb der »freien Republik« zu bekommen, um die Unliebsamen schmerzlos eliminieren zu können. Nachdem also bekannt war, daß es auch abweichende Leute gab, wurden sie nach allen Regeln der demokratisch-parlamentarischen Kunst ausgegrenzt. Anstatt zu überlegen, ob es nicht ein gegenseitiges Verhältnis der unterschiedlichen Meinungen geben könnte, wurde die kleinere mit einer Kombination von Kontrollmaßnahmen immer weiter ausgeschlossen.
Von einem gruppendynamischen Klima aus, das auf der großen weichen Wärme der Mehrheit der Gruppen basierte, wurde von einzelnen das Vorbringen anderer Meinung als aggressivkalter Vorstoß auf ihre Geborgenheit empfunden. Die Verteidigungslautstärke der bedrängten Minderheit reichte während der ersten Dorfversammlung, Aggressivität und Militanz auf eine Stufe zu stellen und den Leuten, die versuchten, sich der Bedrängung durch die Mehrheit zu erwehren, einen Psychiater zu empfehlen.

Auf den Sprecherratssitzungen kam nach dieser Vollversammlung als politisches Mittel die Behauptung auf, man habe einen Konsens gefunden, der die Prämisse passiven Widerstands als Kernstück enthalte. Das war die Einführung des »Konsens« als Bezeichnung für »absolute Mehrheit«, denn von einer allgemeinen Unterstützung dieses Kernstücks konnte keine Rede sein. Beweis dafür war die Fortsetzung der »Gewaltdiskussion«, die jetzt unter veränderten Vorzeichen stattfand. Man sollte sich gefälligst an diesen Konsens halten, nicht ständig einen einmal gefundenen Konsens wieder hinterfragen, Konsens sei eben Konsens, und wenn es nicht genehm sei, könne man ja abhauen. Im Klartext war das nichts weiter als die Umsetzung eines schweigenden Mehrheitsbeschlusses. Der Sprecherrat, ein omnipotentes Gremium aus Judikative, Legislative und Exekutive, und das in einer »freien Republik«!

Es steht wohl außer Zweifel, daß es Gruppen gab, denen aus verschiedenen Interessen an einem gewaltfreien Verlauf der Besetzung gelegen war: der BI, weil sie vorhat, noch Jahrzehnte den Widerstand im Landkreis unter ihrer Vorherrschaft weiterzuführen; einigen gewaltfreien Gruppen, die für ihr Prestige den Beweis der Relevanz ihrer Politik einigermaßen verlockend fanden.
Aus diesen Interessen wurde Machtpolitik betrieben. Eingehüllt in ein alternatives Mäntelchen, wurde der Sprecherrat zum Sprachrohr einer Mehrheitsposition, die von sich selbst behauptete, die einzige Meinung zu sein, nämlich der Konsens. So zu sehen und zu hören auf den vor allem an Wochenenden stattfindenden Einführungsveranstaltungen für Neuankömmlinge. Diesen wurde ein Ergebnis präsentiert, kein lebendiger Diskussionsprozeß, mit der Empfehlung, sich daran zu halten, wenn man nicht alles kaputt machen wolle, und das wollte natürlich niemand.

Damit ist der Endpunkt einer schon beinahe klassisch zu nennenden Linie von Machtpolitik erreicht: Über die Ausgrenzung bestimmter Meinungen definiert sich die angeblich richtige, indem sie auf die »falsche« verweist. Es werden Mechanismen erzeugt – seien es Gesetze oder eine Gruppenmoral –, die Minderheiten umschließen, um sie schließlich aus dem Gesichts- bzw. Bewußtseinskreis auszuschließen, sie totzuschweigen. Im Prinzip genau das fand in der »freien Republik Wendland« statt, das ließen wir aus einer Utopie werden, kein Wunder, daß wir dieses Erlebnis verdrängen.

Weekend-Imperialismus oder regionale Verbundenheit

Interview mit Walter Mossmann

Autonomie: *Für die weitere Entwicklung der AKW-Bewegung ist zentral die Frage des Verhältnisses des städtischen AKW-Widerstands zu den Regionen, und wir sitzen jetzt in der Gegend, wo dieses Problem besonders akut ist. Auf der einen Seite eine sehr breite, in ihren organisatorischen Strukturen ziemlich zerfallene städtische Scene, die sich gerade wieder darauf vorbereitet, eine neue Aktion auf das Land zu machen, d.h. eine Aktion in Richtung Brokdorf und Gorleben, wobei es da eine Fraktionierung gibt in Gewaltfreie und sogenannte Militante, und auf der anderen Seite der regionale Widerstand, der viel weniger entwickelt ist als hier, der aber da ist und der seine Bedeutung hat im Wendland selber, mit dem wir uns inzwischen in seinen historischen Zusammenhängen beschäftigt haben. Wir selber haben mit beiden Tendenzen Kontakt und diskutieren im Augenblick mit beiden und versuchen Impulse zu liefern, die sowohl die Authentizität des Widerstands in der Region wie auch die Notwendigkeit eines Rückgriffes auf mögliche Widerstandsmomente in der Stadt, vor allem gegen die Elektrizitätswerke, die ja die AKW-Betreiber sind, finden.*

Walter Mossmann: Da fällt mir übrigens dazu ein: Der Parteitag der Grünen in Karlsruhe fand in der Stadthalle statt und direkt gegenüber war ein Zentralgebäude des Baden-Werks. Meinst Du, da hätte es irgend etwas gegeben? Das Badenwerk ist hier das Elektro-Monopol. Noch nicht einmal eine Inschrift auf den Fenstern! Alle sprechen sie im Namen von Whyl, Brokdorf, Gorleben, Malville usw., haben in Ruf- und Spuckweite das Gebäude vor sich, und es gab nicht einmal ein bißchen Spucke an diesen Scheiben.

Wie war in der letzten Zeit, vor allem in Zusammenhang mit den Wahlen und seither Euer Kontakt zu solchen überregional städtisch orientierten, sagen wir mal »Heuschreckenbewegungen«?

Ich hab die letzten Jahre in Bremen gewohnt. Mir ist aufgefallen: Als ich hier nach Freiburg zurückkam, war Fessenheim für mich eine unmittelbar empfundene Bedrohung. Beispielsweise ging das so, daß nachts um zwei die Sirene hier in der Straße herunterging, ich nicht wußte, was es bedeutete, das Radio einschaltete und dachte, es könnte sein: in Fessenheim ein Unfall. Eingeschaltet, diese vorgefertigte Meldung abgewartet ...

... also Harrisburg hier ...

... habe mir überlegt, was mach' ich, wo fahr ich hin, und all das war mir ganz nah. Ausgehend von diesem Erlebnis fiel mir auf, daß mir das in Bremen nie so gegangen ist. Esensham ist genauso nah an Bremen wie etwa Brokdorf und Stade an Hamburg und Whyl an Freiburg. Mir ist es in Bremen nie so gegangen, daß Esensham unmittelbar eine Bedrohung war, sondern es war so eine politische Beziehung dazu wie weiland zum Vietnamkrieg. Ich habe daraufhin Bremer gefragt und weiß, daß deren Beziehung zu Esensham sehr vermittelt ist. Und das fand ich doch als eine wichtige Beobachtung, wie stark die Auseinandersetzung mit Brokdorf oder Esensham erst über »Zusatzmotoren« in Gang kommt, daß es gar nicht so zum unmittelbaren Erfahrungsbereich gehört, und damit auch gar nicht so unmittelbar Angst auslöst, welche man in »Energie« verwandeln könnte. Es geht vielmehr über politisches und moralisches Denken, oder um ein Verdrängen von unmittelbarer Erfahrung, und ersatzweise bietet Brokdorf ein Angriffsziel. Ich habe mir überlegt, woher dieses Bild nun kommt. Man kann jetzt gut sagen, daß die Auseinandersetzung hier schon gut zehn Jahre läuft und daß es was anderes ist. Mir fiel weiter noch auf, daß die Umgebung von Whyl genau wie die Umgebung von Fessenheim für uns in Freiburg viel eher zum Alltag gehört, d.h. wir sind am Wochenende dauernd da draußen. Wir fahren nach Whyl oder in die Gegend von Fessenheim nicht nur zum Demonstrieren oder Flugblattverteilen, sondern auch sonst. Es gehört zu unserem direkten Erfahrungsbereich. Es liegt auch daran, daß eine kleine Großstadt wie Freiburg einfach einen nicht dauernd so in Trab hält. In Berlin, Hamburg, Bremen oder Hannover bist Du ja völlig in Brass gegenüber dem, was dauernd in der Stadt los ist, d.h. es ist dort nicht wahr, daß man durch die Atomkraftwerke so direkt aufgeregt wird.

Aber dies wäre genauer zu hinterfragen, weil zumindest ein Teil der Scene wenigstens seine Wochenenden ziemlich intensiv beispielsweise in der Region Stade bis Cuxhafen, in Richtung Dithmarschen oder in Richtung Geesthacht, in den ganzen Obstgegenden um Hamburg herum verbringt.

... Als Tourist ...

Das ist eben genau die Frage. Als Touristen oder durchaus etwas mehr mit Datscha, in Hamburg vor allem mit Segelboot ...

... das was für die Amis Hawaii ist ...

... das weiß ich nicht genau, dies wäre genauer zu hinterfragen. Auf jeden Fall ist es zunächst einmal so, daß von der Ersatzfunktion, die die regionale Umgebung für sie hat, sehr viel mehr drauf sein müßte als es ist. Was die Hamburger Situation betrifft, ist noch hinzuzufügen, daß Stade und Geesthacht auf Grund der Windverhältnisse Hamburg wahrscheinlich viel akuter und unmittelbarer bedrohen als Fessenheim wahrscheinlich hier. Dazu kommt noch, daß sich in Hamburg die NATO-Abschnitte Nord und -Mitte trennen, daß jeden Tag über Hamburg B-52-Bomber mit Atombomben fliegen. Im Bewußtsein der AKW-Scene ist das alles nicht drin.

Laß mich noch etwas zu den Datschas sagen. Es gibt natürlich

einen Week-End-Imperialismus wie es am Mittelmeer, in Okzitanien einen Urlaubs-Imperialismus gibt. Solch' eine Haltung stellt eben überhaupt keine regionale Verbundenheit her mit dem Land, das da möglicherweise im Widerstand ist. Genau das Gegenteil passiert da, es ist die Art und Weise, wie man exterritorial irgendwo an der Costa Brava leben kann, oder die Amis in Hawaii, und man gerade kein Interesse hat, sich darauf einzulassen, sondern nur sonnen- und landluftsaugerisch sich da auf jeden Fall parasitär und zerstörerisch verhält, denn durch solchen Urlaubsimperialismus werden die Regionalstrukturen ja ständig zerstört.

Was würdest Du dann aus Deiner Erfahrung von hier sagen, was zu tun wäre, um diese »Datscha-Politik« zu durchbrechen?

Im Grunde müßte man etwas gegen seine Privilegien tun. Wenn man davon ausgeht, daß die ländlichen, für das künftige Überleben ungeheuer wichtigen Strukturen, daß die durch den »Datscha-Imperialismus« zerstört und gelähmt werden, müßte man ihn sein lassen, es sei denn, man nimmt ernsthafte Beziehungen zum Land auf und läßt sich darauf ein, auch auf die dortigen Leute, auf ihre Tradition usw., also eine Neugierde, die einem eigentlich durch die metropolitane Hochfahrenheit abtrainiert worden ist. Auch bei den Linken finde ich es sehr verbreitet, ihr Sceneleben, ihre Scene-Lautstärke, und ihren Dunstkreis da hinzutragen, wie die von ihnen belächelten Wienerwald-Spießer ihren Wienerwald-Dunstkreis nach Südeuropa tragen. So kannst Du natürlich keine Beziehung herstellen.

Wenn wir das ganze jetzt einmal auf das Wendland übertragen: Im Wendland gibt es eine Emigranten-Scene aus Hamburg und aus anderen norddeutschen Städten, vor allem seit neuestem aus Westberlin, die sich seit 1968/69 dort in verschiedenen Wellen niedergelassen hat. Die soziale Zusammensetzung dieser Emigranten ist ziemlich einfach faßbar: es handelt sich zum einen um ausgestiegene Künstler, NDR-Leute, Publizisten, Literaten usw., die das Wendland für sich erobert haben als ein Rückzugsgebiet, in dem noch so etwas wie erste Natur existiert. Das ganze wird seit neuestem überlagert durch eine massiv voranschreitende Invasion aus Westberlin, die, weil sie zum Teil kaufkräftiger ist, tatsächlich sich da in den Dörfern massiv einkauft. Dazu kommt drittens noch eine ziemlich breite Schicht von Freaks, die teilweise dorthin gehen und dann auf irgendwelchen vorgesehenen Bohrlochgegenden Windmühlen aufbauen und ähnliche Sachen machen. Wir haben in Diskussionen, die wir bisher dort geführt haben, zu unserer Überraschung festgestellt, daß unser bißchen Beschäftigung mit der Regionalgeschichte des Wendlandes den Emigranten mehr zu sagen hatte über die regionale Situation, als die uns, also z.B. daß die gesamte Agrarstruktur gerade in diesem Grenzbezirk mit Hilfe eines CDU-Flüchtling-Kartells auf die EG-Normen gedrillt worden ist, und die ganze Agrarreform in dieser Region auf den oberen Mittelbauer zugeschnitten und praktisch schon abgeschlossen ist. Da stellt sich natürlich die Frage, welche Funktion beispielsweise die Rekonstruktion von Regionalgeschichte haben kann, um diese Datscha- und zum Teil auch diese Aussteig-Philosophie, die vor allem aus der Richtung Westberlin sehr stark ist, irgendwie in einen Zusammenhang zu bringen, wo sie wieder produktiv wird.

Ich kann nicht vom Wendland reden, sondern nur von hier. Einer der eindrucksvollsten Sätze, so ganz am Anfang 1973 als ich die Leute hier kennenlernte, war von einem aus Weisweil, der zu mir gesagt hatte: »Das ist recht und gut, was ihr hier sagt. Wir kennen Euch noch gar nicht, Ihr seid relativ Vertrauenerweckend, aber das sagt uns noch gar nichts. Wir haben immer eine Erfahrung gemacht: wir können unseren Akker nicht auf den Buckel nehmen und damit wegziehen, für uns ist das ein Kampf um Leben und Tod. Ihr könnt noch so engagiert, so klug und so hilfreich sein. Wir gehen trotzdem immer davon aus, daß für Euch subjektiv Fluchtwege möglich sind, so wie Ihr jetzt hierherflieht, könnt Ihr auch wieder woanders hingehen.

Also zum Beispiel die Flucht zurück in die Stadt ...

Ja, oder in eine andere Ecke, in eine andere Region. Irgend ein Paradies findet sich immer noch. Ich will nicht so absolut sagen, daß Leute mit Stadterfahrung und intellektuellen Fähigkeiten und -Ausbildung dort nichts zu tun hätten. Es gibt nur immer so-'ne und so'ne. Die einen für die ich vorschlagen würde, daß sie sich auf eine Region einlassen, das sind immer weniger. Ganz abgesehen davon, daß sie auch hoffentlich weniger sind. Denn sobald sie da zuviel sind, kommt nur Quatsch dabei heraus. Ich habe bei uns in der Region gemerkt, daß die Leute auf dem Land durchaus kühl und klug rechneten und wußten, sie können Fähigkeiten von uns gebrauchen. Gleichzeitig aber auch wußten, daß sie nur ein paar Leute gebrauchen können. Und die wiederum müssen verläßliche sein. Da meinten sie natürlich auch eine emotionale Verläßlichkeit. Leute, die sich langfristig darauf einlassen, haben da auch eine wichtige Rolle gespielt. Klar Mensch, natürlich haben wir auch etwas gelernt. Wir brauchen uns ja nicht klein zu machen, wir haben da auch eine ganze Menge hingebracht.

Was habt ihr genau in der Anfangszeit hingebracht?

z.B. haben wir unsere ganzen gefilterten Ergebnisse unserer bürgerlichen-, wissenschaftlichen-, und unserer außerhalb der Universität stattgefundenen politischen Bildung mitgebracht, d.h. wir haben viel schneller etwaige Reaktionen der Regierung beurteilen können, konnten über die Region hinaus weitergehende Zusammenhänge bringen. Die hatten viel Erfahrung mit Leserbrief-Schreiben, wir hatten mehr Erfahrung, selber etwas zu machen: Flugblätter, Zeitungen, dann Radio. Immer, wenn wir das nicht egoistisch benutzt haben, nämlich nicht, um zu glänzen und damit Macht zu erobern. Das ist ja immer die Verführung für die metropolitanen Intellektuellen, daß sie kommen und in alter stalinistischer oder sozialdemokratischer oder sonstwie Technik ihre Fähigkeiten einbringen und hoffen, daß sie die anderen totschwätzen, daß sie sie gegeneinander ausspielen, daß sie sie überspielen, um dort die Macht zu kriegen. Die Leute in den Dörfern unterscheiden bei den Freiburgern: »Das sind unsere und das sind nicht unsere. Und zu diesem »unsere« gehört dazu, daß wir von denen jetzt nicht vermuten, daß die herkommen, um uns irgendwie raffiniert über's Ohr zu hauen.« Denn das sind die jahrhundertelangen Erfahrungen der Leute auf dem Land, daß die aus der Stadt kommen und sie in den Sack stecken. Diese linken Intellektuellen, die gerade von der Universität kommen, müssen wissen, daß dies ihre gesellschaftliche Bestimmung war und meistens noch ist, die anderen in den Sack zu stecken. Es ist doch auch kein Zufall, daß sehr viele von den 68ern, die damals vielleicht tolle Sachen gesagt, gemacht, gedacht und geschrieben haben, daß die ihre Übung jetzt dazu benutzen, um wie die Sozialreformer von der SPD die Leute in den Sack zu stecken. Das sind Sachen, die die Leute übrigens genau wissen. Es bestehen schon eine Menge Arbeitsfelder für unsereins dort, aber es muß erstens eine Kontinuität und zweitens die emotionale Verbundenheit geben, mit dem Land, mit dem Dorf, mit den Traditionen, die widersprüchlich sind. Wenn das nicht ist, dann sollen sie es sein lassen. Prinzipiell ist klar, daß regionalistische Politik bedeutet, daß jeder da, wo er in erster Linie zuhause ist, arbeitet. Wer natürlich in Hamburg, Berlin, Hannover oder Frankfurt sitzt, der hat doch seinen nächsten Lebensraum genauso bedroht. Warum verschließen viele in der Stadt so sehr die Augen vor dem, was sie umgibt.

Für die Rekonstruktion von Rgionalbewegungen in Norddeutschland gibt es aus der Sicht der Intellektuellen ein sehr gravierendes Problem, nämlich ein sehr massiv festgeschriebenes Vorurteil. Die Region Dit hmarschen, die nie eine Feu-

dalperiode mitgemacht, sondern eine Zwischensituation hatte, in der eine bestimmte bäuerliche Oligarchie ein ländliches Patriziat gebildet hat, das den Widerstand sowohl gegen nationale Eroberung z.B. durch Dänemark oder durch Schleswig-Holstein geführt hat, wie im Wendland ebenfalls die Mittelbauern bis sogar Großbauern oder Feudalherren die welfische Tradition immer als Mittel benutzt haben, um Modernisierungsprozesse in diesen Regionen zu blockieren. Für die linken Intellektuellen ist dieser Sachverhalt aus zwei Gründen akut. Einmal durch das Vorurteil in Sachen Nationalsozialismus. Das Vorurteil lautet: Der Mittelbauer, im Grund aber auch die Dorfarmut von damals seit der Weltwirtschaftskrise, war die Bastion des NS. Zum anderen: der Mittelbauer war in den 50er und 60er Jahren Bastion der Reaktion, also der CDU.

... Wobei ich dem hinzufügen möchte, daß die deutschen Universitäten auch Bastionen der NS waren ...

Sie sind aber deshalb so schockiert, weil sie nun in diesen Regionen gerade die Mittelbauern treffen, im Fall Ditthmarschen ist es besonders exponiert auf Grund der Grundeigentumsverhältnisse, aber auch im Wendland sind es gerade die bäuerlichen Schichten, die die EG-Normen erfüllen, d.h. die über 50 Hektar liegen und die auf total durchrationalisierten Betrieben arbeiten. Dort sind es die Bauernsöhne, die die Notgemeinschaft der Bauern konstituiert haben und die, soweit sie regional getragen werden, die Aktionen, auch die militanten Aktionen, gegen die ganze AKW-Entwicklung tragen. D.h. also für den linken Intellektuellen, der sich in solche Regionen begibt, besteht das Paradox darin, daß gerade die ländliche Schicht, die durch die intellektuelle Aneignung von Geschichte besonders denunziert ist, heute im wesentlichen den Widerstand trägt. Wart Ihr mit ähnlichen Problemen in der Anfangszeit konfrontiert? Oder ist hier in der Region Dreiecksland auf Grund der anderen Sozialstruktur der Widerstand nie so stark auf eine bestimmte bäuerliche Schicht konzentriert gewesen?

Bei uns greife ich mit der Geschichte lieber kürzer, denn hier war es weitgehend zu katholisch, um so faschistisch gewesen zu sein. Wobei die keinen Widerstand gegen die Nazis gemacht haben.

Auch hier nicht?...

Nein. Der Widerstand hier kam aus dem Industrieeck Lörrach. Also ich bin ja hier aufgewachsen und für mich war der Kaiserstuhl z.B. früher immer nur eine Gegend, wo ich so um die Zeit wie jetzt, wenn Krischblüte war, raus bin, mich unter einen Baum gelegt habe und Wein am liebsten aus der Kneipe geholt und nicht lange drin geblieben bin, denn mit längeren Haaren hast du damals eine auf die Fresse gekriegt. Und die Leute dort waren mir fremd. Ich hatte aber meine Einschätzung und umgekehrt die ihre. Die waren Träger des CDU-Staats, unsere Gegner. Insofern haben wir das Problem natürlich auch gehabt, und es war ja auch die Riesenüberraschung, daß sich in diesem antiimperialistischen Krieg gegen die Atomindustrie plötzlich solche Koalitionen herstellen ließen. Der nächste Schritt war für uns das ungeheuer Spannende (fast schon mit romantischer Überhöhung!), bei der Landbevölkerung zu entdecken, was die können und wovon wir immer nur reden, was die auch wirklich machen. Das ging dann durchaus auch soweit, daß wir gemerkt haben, wie der revolutionäre Lack bei uns abblättert. D.h. die haben uns auch zum Nachdenken gebracht. Über viele scheinbare Selbstverständlichkeiten.

Das andere ist, daß ich bei Leuten aus der Linken bemerkt habe, wie schreckhaft sie sind. Meinetwegen ein Beispiel: Die Mutter von einem Freund in einem Dorf am Kaiserstuhl, die zu diesen ganz alten Frauen gehört, die für diese Bewegung sehr wichtig waren und sind, geht gleichzeitig Unterschriften sammeln gegen den Küng. Die gehört also zum ganz katholischen Flügel der katholischen Kirche. Wenn es also dazu kommt, daß wir miteinander reden, dann würde ich ziemlich bald sagen, daß ich zwar anderer Ansicht bin, der Küng mir aber auch nicht wichtig ist.

... Wenn man den positiv ansehen wollte, wäre über den auch viel zu sprechen. Der ist ein Modernisier er ...

Ja, eben. Ich fand diese Auseinandersetzung, verglichen mit dem, was uns verbindet, nicht wichtig. Bei anderen Sachen, die mir vielleicht und anderen wichtiger sind, engagiere ich mich mehr. Meinetwegen Auseinandersetzungen mit einem, der dort Landmaschinen verkauft und der über Gewerkschaften eine andere Meinung hat als ich. Das, was er an den Gewerkschaften angreift, ist z.T. das, was auch ich an ihnen angreife. Zum Teil greift er aber auch das an, was ich mir gerne wünsche, z.B. was Arbeitersolidarität betrifft. Da diskutier ich schon mit ihm, aber immer unter dem Vorzeichen, daß er ein Freund oder Verbündeter ist. Ich habe ein Interesse daran, das was uns verbindet, nicht zu vernichten. Ich möchte auf keinen Fall autoritär oder hysterisch darauf reagieren, wenn ich von dem eine andere Meinung höre. Wobei ich sagen muß, daß ich über Umgangsformen, über die Art und Weise, wie man seine Meinung sagen kann, von denen sehr viel belehrt worden bin. Ich habe den Eindruck, daß bei uns viel eher die Neigung herrschte, dieses Entweder/Oder, Alles oder Nichts, in unseren Meinungen und Ansichten durchzusetzen. D.h., daß ich bei denen mehr produktive Toleranz kennengelernt habe als z.B. unter den benachbarten Genossen in der linken Scene. Da habe ich das Gefühl, daß da bei uns doch sehr totalitäre Neigungen vorhanden sind. Z.B. kommt irgendjemand aus Berlin ganz neu daher und sieht, daß ein Bauer sehr viel Einfluß hat am Kaiserstuhl (was uns oft genützt hat!), und der ein paar Hektar mehr als andere besitzt. Sofort erscheinen die Flugblätter gegen den Großagrarier. Da mußt Du aber in den Schwarzwald gehen, um etwa die aristokratischen Fürstenberg-Besitztümer zu finden. Hier gibt es einfach keine Großagrarier.

Das Problem ist ein ganz anderes, nämlich die Zentralgenossenschaften, diese neuen Managements, die sind viel gefährlicher als jemand, der ein paar Hektar mehr als andere hat. Da sind die Machtkonstellationen. Und da kommt der Oberschlaue her und sagt »die Großagrarier« und haut drauf – mit Papier. So wird natürlich im Dorf immer das Vorurteil bestätigt: Die Studenten kommen, reißen das Maul auf, machen alles madig, was es hier gibt, ohne etwas zu wissen und wollen uns irgendetwas aufstülpen. Das ist die Erfahrung der kolonialisierten Provinz seit eh und je.

Um da vielleicht einmal etwas nachzuhaken: Verstehe ich Dich richtig, wenn Du sagst, daß hier in der Region auf dem Land ein wesentlicher Träger des Widerstands der Mittelbauer ist, d.h. in marxistischer Terminologie sozusagen ein Sektor der einfachen Warenproduktion, Kleinbourgeoisie usw., der auf eine sehr spezifische Art und Weise über verschiedene Vermittlungsschritte, über die Agrargenossenschaften bis hin zu den Agrarkonzernen, in eine Drucksituation gerät, die ihn tendenziell seit der Gemeindereform, seit den Flurbereinigungen etc. herunterdrückt zu einer Existenz, in der er noch als einfacher Warenproduzent über seine Produktionsmittel verfügt, aber immer weniger die Möglichkeit hat, z.B. seinen Arbeitsalltag zu bestimmen. Ist es möglicherweise so, daß der Widerstand gegen die AKWs sich zumindest teilweise auf etwas bezieht, das mit der unmittelbaren Veränderung der Sozialstruktur des Landes zu tun hat?

Ich kann da nicht so eindeutig antworten. Ich will mich einmal von verschiedenen Seiten anschleichen. Zum einen sind in der Bewegung viel mehr »Mondscheinbauern« als man denkt. Es ging immer das Gerücht per Foto und Schlagzeile durch Europa: Die Winzer von Whyl! Nun sind aber mit Sicherheit der Großteil derer, die auf dem Land den Widerstand tragen, »Mondscheinbauern«. D.h. das sind Leute, die tagsüber in der

Fabrik oder in der Versicherungsfabrik arbeiten, die ihre Kohlen irgendwo holen, wo sie sich nicht wohlfühlen und die sich im Dorf zu Hause fühlen, wo ihnen noch etwas geblieben ist, d.h. also Arbeiter-Bauern und Angestellten-Bauern. Das Interessante ist, daß seit Anfang der siebziger Jahre, seit es hier losging, viele das Land, das sie wegen ihres Jobs verpachtet hatten, zurückgeholt haben, stückchenweise, da ein Fleck und dort ein Dreieck. Das ist ein Beispiel dafür, wie wichtig den Leuten sowohl die dörfliche Sozialstruktur, die Sicherheit dort zu leben, wie auch die Lebensweise ...

... also über die Arbeit den Arbeitsalltag selbst zu bestimmen...

... Ja. Und aber auch die Versorgung! Die Tendenz zur Selbstversorgung ist groß, das nimmt zu!

Hängt das mit der Krise seit 1973/74 zusammen?

Nein, ganz stark mit dem gestiegenen ökologischen Bewußtsein, soweit es zum Beispiel die Nahrungsmittel betrifft, weil das traditionell bei denen sowieso da ist, und die Ablehnung der Supermärkte und dieser Art von Plastikversorgung.

... und von großen Überlandstraßen ...

Auch. Das sind so ganz simple Erfahrungen, daß sie über ökologisches Bewußtsein – dazu gehört ja auch der Nahrungsmittelsektor, immer mehr Widerwillen gegen das, was sie da einkaufen, entwickeln. Und viel stärker merken: »Mensch, wir haben hier unsere Äcker und verschenken, verkaufen, verpachten die ...«

... also ein Widerstand gegen die verseuchten kaputten Lebensmittel für die sie noch eine Menge Geld bezahlen müssen, also ein Zurückgreifen auf die Selbstversorgung ...

... ja, eine Tendenz zur Selbstversorgung ist ganz stark drin. Wenn du fragst, dann argumentieren die so, ich nenne das ökologisch ...

... der Begriff ökologisch ist ja sehr modern. Traditionalistisch ausgedrückt könntest du auch beispielsweise sagen, daß der Bauern-Arbeiter in einer bestimmten historischen Konstellation, wo vielleicht sein kulturelles Bewußtsein aus der Modernisierungsideologie ausklinkt, sich wieder verstärkt auf seine Bauernsituation und damit auf eine überschaubare soziale Situation zurückzieht.

Dazu gehört auch noch, daß in den doch sehr ausgedehnten Sternstunden, -monaten und -jahren dieser Bewegung plötzlich das, was immer als rückständig gegolten hat, in dieser Bürgerinitiativbewegung für die Leute erkennbar die Avantgarde der gesellschaftlichen Bewegung überhaupt ist. Diesen Stolz haben sie.

... also ein Selbstbewußtsein von dem was sie machen ...

Also die simplen Tatsachen, daß plötzlich ihr Dialekt, der alemannische Dialekt der über die Grenzen geht und der die Sprache dieses Regionalaufstandes war und ist, daß das geschätzt wird. Oder diese Art von Vereinsstrukturen, die sich in den Bürgerinitiativen wiederholt, was gegenüber dem Discobetrieb und dem Unterhaltungsbetrieb in der Großstadt so minderwertig aussah, daß das plötzlich sehr geschätzt wird und von ihnen selber auch bemerkt wird, wie produktiv das ist. Da haben mit vollem Recht Umkehrungen stattgefunden. Was die Arbeitssituation auf dem Land betrifft, hat hier speziell in den Winzergenossenschaften eine typische Entwicklung stattgefunden. Ich würde sagen, daß die inzwischen Verlagsarbeiter sind. Früher haben sie ihre landwirtschaftlichen Produkte, wie Reben, Obst, vielleicht ein bißchen Vieh, Tabak, dies und das, bis zum Verkauf hergestellt, also eine landwirtschafltiche Produktion von A bis Z. Nun kam das Angebot der Genossenschaftsorganisation: wir verkaufen es für euch. Daraufhin wurden diese Genossenschaften zunächst im Rahmen des Dorfes gebildet und es gab eine Erleichterung. Das bedeutete aber, daß dann Kaufleute dahin kamen, die selber mit dem Rest der Weinproduktion nicht mehr viel zu tun hatten. Das war das erste. Das nächste war die Idee: größer, schneller, weiter, jetzt machen wir eine zentrale Kellerei in Breisach und dann wird einem sehr viel abgenommen, manchmal gibt es mehr Wein, manchmal weniger, und wenn es mehr gibt, dann bleibt ihr darauf sitzen und die Überschüsse nehmen wir Euch ab. So liefen ursprünglich auch die Verträge, daß man Überschüsse abliefert, die Zentralkellerei verwertet es dann als »Kaiserstühler«. Dann haben die Manager überall in der Region, wo der Wein nicht so einen guten Ruf hatte wie am Kaiserstuhl, der sich also nicht von allein so gut verkauft hat, weitere Verträge nach und nach dazugesammelt, und die Zentralkellerei wuchs und wuchs. Langsam waren es auch nicht nur die Überschüsse, sondern die bekamen immer mehr die ganze Verkaufsstrategie in die Hand. Es ging natürlich um nichts anderes als Erweiterung des Marktes, nichts anderes interessierte diese Manager und Kaufleute von der Zentralkellerei.

... nach innen Ausweitung eines verlagskapitalistischen Systems ...

Das führte dazu, daß Leute in den Dörfern merkten, wie die von der Zentralkellerei forcierte Rebumlegung, wie die Verkaufspraxis, wie die selbstverständlich drohende Überproduktion, also die Politik der Zentralkellerei ihnen schadet und sie schon so abhängig sind, daß sie z.B. gegenüber den Medien nicht mehr das Maul aufmachen. D.h., aus »Genossen« in einer Genossenschaft sind absolut abhängige Traubenproduzenten geworden. Die lernen überhaupt nicht mehr Wein ausbauen, das können die gar nicht mehr. Das ist auch die Kluft zwischen Alten und Jungen, daß die Alten sagen: »Unsere Nachfolger können nicht einmal mehr Wein ausbauen, »Triebele« können sie anbauen sonst nichts.« Kulturtechniken sind verkommen, damit auch eine Vernunft, eine ökologische Vernunft, die Gemischtkultur verschwindet immer mehr, weil: je mehr Kirschbäume im Weinberg stehen, um so mehr Vögel kommen. Ganz simple Sachen. Inzwischen ist in Breisach die Ästhetik dieser Baulichkeiten identisch mit der Ideologie, die da drin steckt: da stehen fast so groß wie das Breisacher Münster die ganz großen Metallbehälter, wo der ganze Sud aus Südbaden und zum Teil darüberhinaus da alles hineinfließt, vermanscht wird und als Kaiserstühler Wein hinausgeht. Irgendwann ist die Überproduktion so weit, daß wenn die amerikanische Konkurrenz, die demnächst kommt, auf dem Markt da ist ...

Warum amerikanische ...

In Kalifornien gibt es jetzt eine ganz starke auch monokulturelle Produktionsausweitung, und es gibt einen hochentwickelten Wein ... Bis jetzt wird die USA noch beliefert durch Pfälzer Wein. Aber der Wind dreht sich. Und dann kracht hier alles zusammen. Und die sitzen hier am Kaiserstuhl wie in der Dritten Welt, in Brasilien oder in Argentinien auf den übriggebliebenen Wüsten einer ehemaligen Monokultur; da hast du die »innere Kolonie«!

Du hast gesagt, daß seit den siebziger Jahren diese Bauern-Arbeiter sich auf Grund ihrer bewußtseinsmäßigen und auf Grund der auf Konflikte und Auseinandersetzungen bedingten Abkoppelung von ihrer herrschenden Modernisierungsideologie sozusagen zurückgezogen haben in die Region, sie haben sich sozusagen zu entproletarisieren versucht, ...

Oder anders gesagt, sie haben das Standbein und das Spielbein gewechselt.

Und jetzt merken sie plötzlich, daß das neue Standbein, das bisher nur Spielbein war, und auf das sie setzen, ihnen auch wieder entzogen wird, d.h. daß sie in eine verlagsmäßige Abhängigkeit, tendenziell in eine Proletarisierung im Rückzugs-

gebiet hineingeraten. Wie stark ist Deiner Meinung nach dieses Moment in der jetzigen Bewegung?

Ich kann da unheimlich wenig sagen, was daraus wird. Einerseits ist es so, daß gerade aus den Bürgerinitiativen im Dorf die einzig ernst zu nehmende Opposition gegen die Zentralkellerei kommt. Sagen wir, das ist eine Personalunion, das ist nicht die Bürgerinitiative. Aber die Leute, die ökologisch wach sind und etwas bemerken, argumentieren gegen die ökologischen Folgen der Zentralisierung im Landwirtschaftsbereich. Verbreiten Informationen und Wissen, schüren Unruhe. Und das andere ist, daß von den Bauern jetzt Widerstand gegen die Rebumlegung kommt. Das war gerade jetzt in Bickensohl, ist jetzt in Bischoffingen, wenn die zweite Rebumlegung kommt, die demnächst in Endingen droht, nehme ich auch an, daß es einen Widerstand dagegen gibt. Aber das sind ungelegte Eier. Der erste Schritt war, dies alles zu bemerken.

Ihr verfolgt das und Ihr seht zumindest auch in dem, was Ihr miterlebt und was ihr untersucht, eventuell die Möglichkeit, diesen regionalen Widerstand über diesen Widerstand gegen zwei Kernkraftwerke, die vielleicht einmal Ausgangspunkt waren, – nehmen wir einmal an, daß das da drüben in Fessenheim stillgelegt wird und daß das dort drüben in Whyl nicht gebaut wird –, in seiner ganzen Komplexität zu erweitern.

Es schiebt sich nicht nur in der Richtung vor, sondern auch in der Frage der Chemie, der Chemie-Arbeiter. Das schiebt sich in allen Richtungen vor, weil es sehr verschlungene Wege geht und überraschende Egebnisse hat, oder auch keine. Seit sieben Jahren habe ich immer wieder die Frage gehört: Wenn das mit der Atomindustrie nicht mehr der Auseinandersetzungspunkt ist, was habt Ihr dann noch zu bieten ...

So war die Frage nicht gestellt.

Na gut. Ich antworte jetzt trotzdem einmal darauf. Für das Energie-Problem hat dieses System keine Antwort. Die Konzentration auf Whyl und Fessenheim bei uns, und auf die Atomindustrie überhaupt, hat gute Gründe. Das ist nicht ein gleichgewichtiger Punkt zwischen anderen, der hat eine besondere Bedeutung.

Das soll gar nicht zum Streitpunkt werden. Das ist evident. Laß uns noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die wichtig wären für den gesamten Kontext. Das eine: die berühmte Gewaltfreien-Diskussion im regionalen Zusammenhang und das andere: eine Kurzeinschätzung der Situation seit dem Start der Grünen. Zunächst einmal zur Frage Gewalt/Gewaltfreiheit. Es wird sehr oft in der Auseinandersetzung Stadt-Land, wo Du ja unsere Position kennst, argumentiert, daß aus der Stadt ein Militantismus überschwappt, der unproduktiv ist, der Bewegungen mehr blockiert als sie vorantreibt. In dieser Art teilen wir auch diese Kritik. Es stellt sich aber die Frage, wie in regionalen Zusammenhängen das Verhältnis von Gewaltfreiheit und von gezielten direkten Aktionen in bestimmten Situationen zu bestimmen wäre, und da gibt es bestimmte Vorurteile in Bezug auf regionalistische Positionen. Regionalistische Positionen werden zumindest aus der Sicht der Stadt sehr leicht als anbiede-

risch, als pazifistisch etc. abgetan. Wie siehst Du aus den Erfahrungen der letzten Jahre hier diese Auseinandersetzung?

Kein Mensch hat Lust, Gewaltaktionen auszuüben, weil u.a. die Sanktionen so gefährlich sind.

Im äußersten Fall Hochsicherheitstrakt.

Also gucken wir mal, was im Alltag bei den Leuten los ist. Da stellt es sich heraus, daß unter Umständen Gewalttätigkeiten stattfinden zwischen den Leuten, um Konflikte zu regeln, und daß es solche gibt, die werden gut geheißen und solche, die werden nicht gut geheißen. D.h. mich interessiert die Rätsellösung: warum wird etwas gut geheißen und warum wird etwas nicht gut geheißen. Das angewendet auf die Auseinandersetzung mit Staat, Atomindustrie usw. interessiert mich auch nur, welche Widerstandsaktionen werden gut geheißen, verstanden, werden als Beis piel genommen und welche nicht. Da wird die theoretische Gewaltfreiheitsdebatte den Leuten aufgezwungen und zum Teil auch aufgegriffen. Einerseits vom Staat, andererseits von den Linken. Also: der theologischen Behandlung des Problems Gewaltfreiheit als Pazifismus entspricht die theologische linke Haltung für Gewalt, diese Sprüche (auch wenn überhaupt nichts anliegt): »Wir müssen das Recht zur Gewaltanwendung haben.« Ich kenne Situationen, wo Leute gegen ihr Naturell und gegen ihre alltäglichen Verhaltensweisen sich ungeheuer konzentriert haben, gewaltfrei zu arbeiten. Und irgendwann war die Situation so weit, daß sie sich selber gesagt haben: also entweder wir ersticken jetzt, entweder wir tun nur noch etwas gegen uns, oder wir tun was gegen die. Und zweitens, das sehen die Arbeiter-Bauern sehr realistisch: Es muß einen Sinn haben! Zum Beispiel die Platzbesetzung in Whyl war für mich so ein Modell. Die selber war als demonstrative Inszenierung für die Medien gemacht. Es war völlig klar für alle, daß wir unser Training in gewaltfreiem Widerstand verwirklichen. Wir wollen den Leuten zeigen, wo die Gewalt ist und gegen wen sie sich richtet und wir wollen denen nicht ein Spiel für das Fernsehen bieten, wo sich zwei bewaffnete Cliquen hauen. Ja, und das wurde auch gemacht. Drei Tage später waren dreitausend Leute aus den Dörfern da, in der Nacht. Meinst Du, da hätte jemand nichts in der Hand, im Mantel oder sonstwo gehabt? Wir wußten genau, daß die Spitzel der Regierung auch wissen, daß wenn sie jetzt in der Nacht kommen, daß dann die Fetzen fliegen. Das war der Grund, weshalb sie nicht gekommen sind. Wir hätten sogar vielleicht verloren, aber was das die Regierung an Ansehen gekostet hätte! Da hätte es vielleicht Tote gegeben. Der Rückschlag für die Regierung, der es gewesen wäre, das hat sie daran gehindert zu kommen.
Andere Beispiele: Unsere Leute, die Gewaltfreien im Elsaß, die gehen viel lockerer damit um, für die ist es selbstverständlich, wenn in Golfech ein Strommast nach dem anderen umfällt, und wirklich nicht durch eine Predigt, dann ist das eine gewaltfreie Aktion. Oder selbstverständlich wird die Widerstandsaktion der Leute in Plogoff verstanden, das ist völlig klar. Ich finde, das ist eine ganz simple Überlegung, herauszukriegen, wann es eine private Kamikaze-Aktion ist, oder nur pures Geschwätz, oder wann so etwas verstanden wird und unter Umständen auch Unterstützung kriegt. Darauf kommt es an.

Ich denke, daß es da irgendwo einen Bruch in den Erfahrungen gibt. Ich möchte mal mit einigen Problemen anfangen. Das hört sich ziemlich glatt an, wie Du das schilderst, ich kann mir das auch ein Stück vorstellen und denke, daß ich es kapiert habe, aber ich finde, daß für die AKW-Bewegungen in der Stadt und auf dem Land völlig unterschiedliche Erfahrungen, in gewissen Punkten eine andere Realität und von daher auch ein anderes Verhältnis zu Aktionen besteht. Das ist nicht nur auf die Linken, auf ein ideologisches Konzept oder auf ein Überstülpen reduzierbar, sondern das hat dafür auch eine objektive Situation in den Städten. Die Situation in den Großstädten ist eben die, daß nicht mehr die Geduld für ein allmähliches Anwachsen einer Bewegung da ist, wie vielleicht hier in der Region. Durch die massive Erfahrung von Isolation, Ausbeutung, Entfremdung und Zerstörung ist auch ein anderes Potential da, das nicht mehr den Prozeß der langandauernden Kommunikation mitmachen will, wie wenn man mit dem Rücken an der Wand steht. Dazu solltes du auch was sagen: es gibt ja eine Atomkonzeption in der BRD und in Europa. Auch wenn es eine Reihe von Demonstrationen und Kampagnen gegeben hat, so stellt sich durchaus die Frage, wie können die AKWs auf jeden Fall real verhindert werden. Ich denke, daß der Widerstand da über die Regionen hinausgehen muß und breit auch auf nationaler Ebene laufen muß. Wie siehst Du die unterschiedlichen Erfahrungen der AKW-Bewegung in den Großstädten und in den Regionen?

Für uns war es eine sehr einfache Erfahrung festzustellen, daß indem wir uns hundertprozentig auf Whyl konzentriert haben, wir in ganz Mitteleuropa der AKW-Bewegung am meisten genützt haben. Gleichzeitig, indem wir uns auf Whyl konzentriert haben, wurde so viel Koordination und Beziehung zu anderen Schwerpunkten hergestellt, wie es über jede zentralistische Parteiorganisation nie stattgefunden hat. Die AKW-Bewegung ist ja tatsächlich entstanden durch Konzentration von Leuten auf ihre Sache überall. Und das war die große Überraschung, daß eben nicht die zentrale Organisationsspitze das alles hergestellt hat. Das halte ich für ein zukunftsweisendes Prinzip.

Der andere Punkt ist natürlich klar. Ich kenne auch ein bißchen Großstadtleben und weiß, daß da die Hand zwangsläufig viel lockerer ist, die Situation dort zu leben ist auch viel härter. Klar Mensch, wenn ich hier lebe, habe ich nicht so viele unauflösbare Aggressionen. Wenn ich denke, was ich so im Ruhrgebiet oder in Hamburg erlebt habe ... Das ist mir völlig klar, daß es mit diesen Pazifizierungssprüchen eine ungeheure Heuchelei ist, so zu tun, als ob die Normalität nicht gewalttätig war. Nur: normalerweise richten wir die Gewalt halt gegen uns selber. Dazu kommt aber obendrein noch etwas, daß die Ausbrüche in gewalttätigen Aktionen auch typisch großstädtisch sind, ganz schnell, unvermittelt und sehr isoliert stattfinden. Das finde ich ist genau das Problem. Wie stellt man nun etwas her, das tatsächlich in einer Kontinuität von politischer Arbeit drinsteht, also so eine zeitliche Koordinate, und dann auf eine Breite, die vielbeschworene Breite der Bewegung. Wie kommt es dazu, daß linke Gruppen, die militante Aktionen machen, genau so isoliert dastehen wie jeder einsame Schläger im Wirtshaus? Da bin ich aber nicht beschlagen. Über Großstädte kannst Du mich nicht befragen. Wie man in der Großstadt das Problem einer vernünftigen Situationsanalyse löst, ist für mich unklar. Und die bisherigen bewaffneten Gruppen z.B. haben offenbar eine falsche Situationsanalyse gemacht.

Da sind wir wieder am Ausgangspunkt. Und der Ausgangspunkt ist in gewisser Weise zumindest eine hypothetische Antwort von unserer Seite darauf, weil wir nach Möglichkeit versuchen, die AKW-Bewegung sozusagen wieder in die Stadt zurückzuholen, also Radikalisierung des Strompreisboykotts als ein Versuch, den Widerstand auf den Stadtteil zurückzukonzentrieren und von daher neue Ausgangspunkte auch für eine Beziehung zu den Regionen zu finden. In der Stadt ist der Widerstand, das ist ziemlich eindeutig, gegen die Elektrizitätswerke und gegen die Preispolitik der Elektrizitätswirtschaft usw. zu konzentrieren. Immerhin finde ich hier einen Punkt faszinierend, nämlich den der Kontinuität, einerseits hier, und der ist schon vorbildlich, und zum anderen auch die Verbindung des Widerstands hier mit Strukturen der Gegenmacht. Da ist ja Radio Verte Fessenheim als ein Medium der Gegeninformation ziemlich avantgardistisch, weil es das Informationsmonopol des Regimes in der Region zerstört.

Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung

Revolutionäre Zellen

Die Massenbewegung gegen AKW ist 1974/75 aufgekommen. Sind dazu Impulse von euch ausgegangen? Wie habt ihr sie am Anfang eingeschätzt?

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke, die in den Jahren 74/75 entstand, war uns fremd. Wir hatten zwar viel Sympathie für die Platzbesetzer von Wyhl (Frühjahr 75), aber gleichzeitig war uns die soziale Basis dieser Bewegung sehr suspekt.
Was hatten wir gemeinsam mit Bauern, Naturschützern und umweltbewußten Lehrern und Wissenschaftlern? Grundsätzlich waren wir zwar auch gegen AKW, aber wir hielten das Problem für einen Nebenaspekt. Letztlich erschien es uns egal, ob die Zerstörung, Versteinerung und Entmenschlichung dieser Gesellschaft und unseres Lebens durch die Atomenergie oder durch das Öl stattfindet. Auch die potentielle Gefährlichkeit der AKWs war für uns kein entscheidendes Argument.

So beschäftigte uns der Tod von Holger Meins viel mehr, der 1974 im Knast ermordet wurde. Dieses langsame Verhungernlassen eines Menschen im Knast räumte bei uns die letzten Illusionen auf, die wir über diesen Staat noch hatten. Es ist schwierig, um zukünftige Gefahren durch die Atomenergie zu bangen, wenn Tag für Tag Menschen sterben oder langsam umgebracht werden: Am Arbeitsplatz, in den Betonsilos, auf den Straßen, in den Knästen und psychiatrischen Anstalten.
Wir hatten die Einschätzung, daß diese damals entstehende Anti-AKW-Bewegung sowohl von ihrem inhaltlichen Bezugspunkt als auch von ihrer sozialen Basis nur eine reformistische Perspektive entwickeln könnte. Die Auswüchse des kapitalistisch/patriarchalen Systems sollten abgeschafft werden, an ihren Ursachen aber nicht gerührt werden. Der Einbruch der kapitalistischen Auswüchse in scheinbar heile Lebens- und Arbeitszusammenhänge, Naturabläufe, Traditionen etc. auf dem Lande sollte abgewehrt werden.

Im Hinterkopf hatten wir noch die Vorstellung vom Proletariat als einzigen legitimen revolutionären Subjekt in der Geschichte. In dieser festgefügten Vorstellung hatte aber das neue Verständnis der Frauenbewegung schon Veränderungen bewirkt. Diese Sichtweise des anfänglichen Anti-Atom-Kampfes wird noch verständlicher, wenn man/frau weiß, in welchen Bereichen wir zu dieser Zeit sowohl legal als auch illegal unsere Schwerpunkte hatten. Dies waren die Fahrpreiskämpfe, die Jugendzentrumsbewegung, die Häuserkämpfe, die Frauenbewegung und der Internationalismus.

Wie habt ihr euch in den Hauptphasen der Mobilisierung a) bis Brokdorf II/III b) bis Grohnde/Kalkar c) mit Gorleben eingebracht?

Einige von uns haben sich an den drei Brokdorf-Demos und der Grohnde-Demo beteiligt. Um ehrlich zu sein, lag zu diesem Zeitpunkt unser Interesse an der Anti-AKW-Bewegung hauptseitig darin, daß sich dort eine breite Militanz entwickelte, daß es dort Putz gab.

Die Möglichkeit von illegalen Aktionen haben wir diskutiert, aber dann nicht gemacht, weil wir dachten, daß wir damit die weitere Entwicklung der Massenmilitanz erschweren könnten. Ein anderer Punkt war, daß bei uns noch Unsicherheiten in der Einschätzung der AKW-Bewegung als neue Massenbewegung bestanden.
Nach Grohnde war uns klar, daß eine Steigerung der Massenmilitanz am Bauzaun kein realisitische Perspektive mehr war. Albrecht hat später zugegeben, daß während der Grohnde-Demo der Einsatz von Schußwaffen in Erwägung gezogen wurde.

Damit war aber auch die Hoffnung am Ende, das Atomprogramm durch eine Serie von Bauplatzbesetzungen relativ kurzfristig zu stoppen. Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms, sondern die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu »Entscheidungsschlachten« aufdrängen lassen brauchen. Die notwendige Dezentralisierung des Widerstandes wird heute im übrigen durch die neue Taktik der Betreiber – viele Standworte für Zwischenlager, WAA usw. zu benennen – bestätigt. Dies schließt natürlich nicht aus, daß die Entwicklung z.B. in Gorleben, Ahaus, Nordhessen einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Gesamtbewegung hat.

Die inhaltliche Auseinandersetzung, die damals in der AKW-Bewegung geführt wurde, bewirkte bei uns, daß wir im Sommer 1977 ausführlich über den politischen und ökonomischen Hintergrund der AKW-Bewegung diskutierten. Für uns standen damals folgende Punkte im Mittelpunkt:

1. Das Bewußtsein darüber, wie weit die ökologische Grundlage – die Basis unseres Lebens – bereits zerstört ist, mit welcher Geschwindigkeit wir uns auf die ökologische Katastrophe hinbewegen und welche entscheidende Rolle dabei die Energiepolitik hat, insbesondere die Atomtechnologie.
Die Entfaltung der Produktivkräfte hat den Punkt erreicht, wo um des Profits willen die Zerstörung der elementaren Grundlagen allen Lebens in Kauf genommen wird.

2. Die Einsicht, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Form zentralisierter Energieerzeugung in Atomkraftwerken und der immer weiter gehenden Zentralisierung staatlicher Macht. Der unglückliche Begriff des »Atomstaates« verspricht schein-

bar, daß der Überwachungsstaat, repressive Polizeieinsätze mit der Atomtechnologie entstanden seien und mit einem Abschied davon auch wieder verschwinden würden. In Wirklichkeit verdoppelt die vielbeschworene »technologische Notwendigkeit« stabiler, d.h. kapitalistischer, gesellschaftlicher Verhältnisse die Anstrengungen des Staatsapparates, die gesamte Bevölkerung unter Kontrolle zu bekommen und oppositionelle Minderheiten einzuschüchtern, die »Unbelehrbaren« auszumerzen.

3. Der internationale Aspekt der Atomtechnologie.
Das Interesse der BRD (seit dem ersten Atomminister Strauß) war es, Atomverträge mit solchen Ländern abzuschließen (Südafrika, Brasilien, der Iran des Schah, Argentinien), in denen es möglich war oder schien, innerhalb kurzer Zeit Atombomben zu bauen und über sie zu verfügen. Erfahrungen mit den technologischen Problemen zu sammeln, was in der BRD unmöglich und verboten war. Nur ein grenzenloser Optimist kann heute übersehen, daß die BRD atomare, militärische Potenziale in strategisch wichtigen Ländern wie Südafrika und Brasilien aufgebaut hat oder dabei ist es zu tun: daß sie selbst gegen den Willen der USA an dieser Zusammenarbeit festhält und die diktatorischen Verhältnisse in diesen Ländern geradezu als Garantie für die Zukunft betrachtet werden.
Nach der Ölkrise (1973) und den zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen um Atomenergie sah die BRD im Export der Atomtechnologie die Chance, ihre führende Rolle auf dem Weltmarkt zu sichern und weiter auszubauen. Der ökonomische Aspekt gewann an Bedeutung. Die Agressivität des westdeutschen Imperialismus zeigte sich besonders deutlich im Gerangel um das »Bombengeschäft« mit Brasilien und den kürzlich zustande gekommenen Vertrag mit Argentinien. Von enormer Bedeutung ist andererseits, daß der Kampf um die knapper werdenden Energien und Rohstoffe zu einer Wiederbelebung aggressiver imperialistischer Raubkriege noch in diesem Jahrzehnt führen kann. Die derzeitige Krise in Iran, in Afghanistan, die aktuelle Kriegsgefahr nach der vorerst fehlgeschlagenen Intervention der USA im Iran sind nur die Vorzeichen dieser Entwicklung. Die westlichen Länder werden sich nicht mit Lieferbeschränkungen, Erdölboykott, Rohstoffkontigentierungen abspeisen lassen. Wenn sich die Länder der dritten Welt, insbesondere des Nahen Ostens nicht in neokoloniale Abhängigkeiten einbinden lassen, werden auch die BRD sich an militärischen Interventionen beteiligen. Gleichzeitig erhöht diese Situation den innenpolitischen Druck zur Errichtung von Atomkraftwerken und erleichtert die ideologische Formierung der Bevölkerung »gegen die Ölscheichs und Kanaken.« Ergebnis der Diskussion war, daß die Energie-, und damit verbunden die Ökologiefrage, für uns zu einem zentralen Punkt wurde.

Nicht zu übersehen war auch die Änderung der sozialen Basis der Anti-AKW-Bewegung. Die explosive Kraft der Bewegung (die sich in Brokdorf und Grohnde zeigte), ergab sich für uns aus der Mischung von Naturschützern, die Angst vor dem »wildgewordenen« Kapitalismus hatten und den Linken und »Alternativlern«, die in der Atomtechnologie die ganze Unmenschlichkeit des Systems versinnbildlicht sahen.
Diese Pluralität der Bewegung schloß von vorneherein eine logische Abfolge von Aktionen aus, zuerst Unterschriften und Prozesse, dann militante Aktionen. Verschiedene Kampfformen waren von Anfang an nebeneinander vorhanden.
Vor diesem Hintergrund:
- Massenmilitanz am Bauzaun war mit Grohnde an ihre Grenze gestoßen,
- die Ökologiefrage war für uns zu einer zentralen Frage geworden,
- die Ungleichzeitigkeiten in der Bewegung brachten ein Nebeneinander verschiedener Kampfformen hervor,

diskutierten wir illegale Aktionen.

Schwerpunkt der illegalen Aktionen sollten praktische Verhinderungsaktionen, Sabotage sein. Die Legitimität des praktischen Widerstandes, die nach Grohnde auf »gewaltlose« Formen festgelegt wurde, sollte gestärkt werden. Angriffspunkte unserer Aktionen sollten nicht die Standorte sein, sondern das Spinnennetz der Betreiber, Firmen und Institutionen, die den Bau der Atomkraftwerke überhaupt möglich machen. Malville und Kalkar bestätigten unsere Einschätzung von der Grenze der Massenmilitanz. Der deutsche Herbst, mit der Entführung von Schleyer und der Ermordung der drei Genossen in Stammheim, führte bei uns zu Verunsicherungen. Wir diskutierten die Perspektive illegaler Aktionen mit dem Gespenst der totalen Repression im Kopf. Die Auswirkungen waren unter anderem, daß wir eine Reihe von Aktionen, die wir geplant hatten, nicht durchführten. Zu diesem Zeitpunkt verließen einige Genossen/innen die RZ.

Die AKW-Bewegung war im Herbst 77 auf einem Tiefpunkt, massenmilitanter Widerstand schien unmöglich geworden und neue Formen des Widerstandes waren kaum sichtbar. Bei uns führte der deutsche Herbst und die Krise der AKW-Bewegung dazu, daß wir andere als illegale Aktionen für unmöglich hielten und die politische Wirkung anderer Widerstandsformen unterschätzten.

So fanden im Sommer 1977 noch zwei Aktionen statt. Der Sprengstoffanschlag auf die Firma MAN in Nürnberg und die Aktion gegen die Firma Klein, Schanzlin und Becker AG in Frankenthal. Beide Aktionen richteten sich gegen Firmen, die ohne Skrupel durch die Atomtechnologie ihre Profite steigerten. So hilft MAN mit, daß es möglich ist, in Südafrika Atombomben zu bauen und die Firma KSB konnte durch ihre Beteiligung am Atomgeschäft ihre Gewinne um 30 % vergrößern.

Die beiden nächsten Aktionen gegen die Atom-Mafia waren im Mai 78, einmal eine Aktion gegen den Einsatzleiter in Kalkar und ein Anschlag auf das Gebäude der Wako (Wach- und Kontrollkommando Nord GmbH). Die Wako hat die Sicherungsaufgaben in Brokdorf und Esensham und bespitzelt im Landkreis in übler Weise die Bevölkerung. Der Anschlag auf das Gebäude der Wako war unser erster Versuch, zu Gorleben eine Aktion zu machen. Die Reaktionen, die wir mitbekamen, waren nicht sehr ermutigend. Es wurde kaum darüber gesprochen. Die Aktionen bewirkten zwar keine Spaltung der Bewegung, aber populär (wie z.B. die Mistaktion im Wendland) waren sie sicher nicht.

Wir werden unsere beiden letzten Aktionen in Ahaus und Hamburg im Zusammenhang mit der Frage nach populären und unpopulären Aktionen genauer untersuchen. Wir denken, daß man an den Aktionen sehen kann, daß unser Anspruch sich nicht immer durchgesetzt hat. Der Treck nach Hannover und die folgende Großdemo in Hannover zwangen uns insofern zum Umdenken, als wir die politischen Möglichkeiten eines breiten Protestes der Bevölkerung unterschätzt hatten. Es ist nicht wegzuleugnen, daß der Protest der Bevölkerung im Wendland und die breite Unterstützung, die dieser Protest gefunden hat, den Bau der WA in Gorleben verzögert hat.

Im Verlauf der Massendemonstrationen gab es mehrere Rückschläge angesichts der vermeintlichen oder auch realen Übermacht der Polizei.

- *Gab es in den unmittelbaren Auseinandersetzungen Möglichkeiten, auf diese Übermacht phantasievoll zu antworten und die Initiative zurückzugewinnen? Beispiele?*
- *Wie seht ihr den Zusammenhang zwischen der Frustration über die Übermacht des Polizeistaates und der Entwicklung der sogenannten Gewaltfreiendebatte?*
- *Was haltet ihr vom jüngsten Integrationsversuch der Grünen Partei?*

Wir wir schon sagten, haben wir nur individuell an den Demonstrationen teilgenommen. Wir denken, daß die ganze Initiative und Kraft darauf gerichtet war, die Bauplätze wieder zur Wiese zu machen, und daß wenig Phantasien entwickelt wurden, z.B. die politische Initiative nach Grohnde wieder zu gewinnen.
Zur Frage des Zusammenhanges von Frustration über die Übermacht der Polizei und der Entwicklung der »Gewaltfreiheitsdebatte« meinen wir, daß wir den direkten Zusammenhang, den diese Frage suggeriert, nicht sehen.
Eine Polarisierung der Anti-AKW-Bewegung in einen reformerisch/gewaltfreien Flügel und einen militanten Flügel war recht früh sichtbar. Eine Ursache liegt in der Pluralität der Bewegung, der Ungleichzeitigkeit von Bewußtseinsprozessen innerhalb der Bewegung. Offensichtlich wurde diese Spaltung in der Auseinandersetzung um die Demo in Itzehoe und Brokdorf III. Die Repression, die Grohndeprozesse, Kalkar und der deutsche Herbst haben dann dazu geführt, daß verschiedene politische Gruppen und Personen versucht haben, ihre Position der Gewaltfreiheit/Legalität stärker durchzusetzen. Es war eine gute Gelegenheit. Die Gruppen, die Gewaltfreiheit als »politisches Prinzip« vertreten, wollen die Legitimität des Widerstandes gegen AKWs auf gewaltfreie/legale und damit letztlich unwirksame Protestformen beschränken. Das wesentliche Argument dieser »prinzipiell« Gewaltfreien ist, daß sich das Ziel einer besseren, friedlichen Gesellschaft und Gewalt, um dieses Ziel zu erreichen, gegenseitig ausschließen. Diese Argumentation ist nicht neu, und man/frau kann manchmal schwer unterscheiden, ob sie taktisch ist oder ernsthafte Überzeugung. Auf jeden Fall hilft sie nicht, die herrschende Gewalt anzugreifen. Gewalttätig ist nicht der Staat mit seinem Atomprogramm, sondern derjenige der dagegen rebelliert und sich befreien will.
Letztendlich halten die prinzipiell Gewaltfreien in sich selber etwas mit Gewalt zurück: ihre Wut und ihren Zorn gegen die Unmenschlichkeit dieses Systems.

Zu fragen wäre noch, ob die Bezeichnung »gewaltfrei« nicht als Schutz empfunden wird gegen die brutale Gewalt des Staates. Bemerkenswert ist noch, daß es innerhalb der »Gewaltfreien« Gruppen gibt, die sich an dem Charakter nach illegalen Aktionen beteiligen, wie Bäume besetzen, Blockaden usw. Wir würden deshalb einen Unterschied machen zwischen den gewaltfrei-legalistischen Gruppen und Personen, die die Rückführung der Bewegung an diesen Staat zum Ziel haben, die Friedhofsruhe in diesem Land wollen und den »Gewaltfreien« aus Überzeugung, die sich aber ihre Aktionsmöglichkeiten nicht durch das bürgerliche Gesetzbuch vorschreiben lassen.

Und nun zu den Grünen. Die relative Stärke der Grünen ist für uns ein Indikator für die Schwäche der radikalen Anti-AKW-Bewegung. Objektive Funktion der Grünen Partei ist es, den Protest gegen AKWs zu befrieden, ihn zu institutionalisieren. Wie jede andere Institution dienen auch die Grünen dazu, den Wunsch der Menschen, irgendetwas sofort zu ändern, zu blokkieren, aufzuschieben. Durch die Grünen wird zum anderen die Bindung an den Staat wieder gefördert und die Proklamierung der Gewaltfreiheit ist nichts anderes als die Unterdrückung der Militanz der Anti-AKW-Bewegung. Der letzte Parteitag in Saarbrücken ist ein Indiz dafür, wie weit die »Grünen« schon wieder sind im Aufbau traditioneller Parteistrukturen. Über 600 Anträge wurden zur Abstimmung gestellt, der Parteitag wurde zur Abstimmungsmaschine degradiert. Inhaltliche Diskussionen waren nicht mehr möglich, es wurde um Macht und Einfluß gepokert.
Es nützt aber wenig, über den Erfolg der Grünen zu jammern, wesentlicher ist, daß es den radikalen Teilen der AKW-Bewegung gelingt, politische Perspektiven zu entwickeln, die alternative Handlungsmöglichkeiten beinhalten. Dazu mehr in den letzten beiden Fragen. Offene Fragen für uns sind:

- Welche Verschiebungen in den traditionellen Machtzentren bewirken die Grünen?
- Kann die Grüne Partei Bevölkerungsteile ansprechen, die für uns nicht erreichbbar sind.
- Wie sind die Auswirkungen der Wahlerfolge der Grünen auf die Parteienstruktur und bisher stabilen Zuordnung von Staatsparteien und entsprechenden Bevölkerungsteilen einzuschätzen?
- Tragen die Grünen zur Sensibilisierung insbesondere von jungen Leuten für politische und ökologische Fragestellungen bei?
- Können die Grünen für die radikale Linke ein (ernster) politischer Bündnispartner sein?
- Deuten sich in der sozialen und politischen Zusammensetzung der Grünen Konstellationen an, auf die auch die radikale Linke Antworten finden muß?
- Wie ist die Tatsache zu bewerten, daß vor 10 Jahren den Staatsparteien die weitgehende Integration der Jugendrevolte durch die Jusos und Judos gelang, die SPD und FDP heute aber offenkundig nicht mehr in der Lage sind, Protestpotentiale zu binden?

Vor allem aus den Wyhler Erfahrungen kommt die Betonung der regionalen Besonderheit der Anti-AKW-Kämpfe.
Wie steht ihr generell dazu?

Wir denken, daß es zur Zeit in Deutschland keinen Regionalismus gibt, der zu vergleichen wäre mit den regionalen Bewegungen im Baskenland, Katalonien, in der Bretagne, Korsika usw. Weiterhin scheint uns deutlich zu sein, daß regionalistische Tendenzen (vielleicht besser ein Geschichtsbewußtsein) als lebendige Tradition des Widerstandes in Wyhl stärker sind als im Wendland.

Die Schwierigkeiten zwischen »Einheimischen« und »Auswärtigen« sind in Gorleben sicher größer. Die Schärfe der Auseinandersetzung hat damit zu tun, daß Gorleben der zentrale Punkt im Atomprogramm ist bzw. war und vielmehr »Auswärtige« sich in Gorleben engagierten als z.B. in Wyhl. Aber sichtbar wird auch, daß im Wendland ein starkes Bemühen ist, die Geschichte dieses Landes aus dem Dunkel herauszuholen und sie zu verbinden mit dem lebendigen Widerstand gegen die WA. Der Bauerntreck nach Hannover ist auch schon ein Stück Geschichte. Die Zeiteinteilung verläuft vor dem Treck und nach dem Treck.

Im Moment ist Regionalismus in Deutschland wohl eher ein Wunschtraum, hoffentlich nicht nur eine Modeerscheinung. Zu überlegen wäre aber, ob sich in den autonomen Bewegungen in den Städten nicht bestimmte Aspekte des Regionalismus wiederfinden. So die starke Ablehnung aller Formen von Zentralisierung und Führungsansprüchen, die am stärksten in der Frauenbewegung zu finden ist. Der Kampf um die Erhaltung alter Stadtteile, der Teil des Kampfes ist gegen die Gleichmacherei einer öden Fernsehkultur.

Aus Richtung Whyl, teilweise auch aus dem Landkreis wird immer wieder betont, daß Subversivität und Widerstand populär sein müssen, weil im anderen Fall Isolationsgefahren drohen. An einem Beispiel, im Dreiecksland werden die Kampfaktionen der Schweizer Genossen genau verfolgt und teilweise auch nachgemacht. Es wird dabei scharf getrennt zwischen populären Aktionen, Aktionen auf Strommasten, Propaganda-Pavillon, also alles was Angriff auf die Funktionen der AKW-Planung ist und unpopulären Geschichten, wie etwa Angriffe auf Landhäuser bei denen Familien der AKW-Betreiber gefährdet werden.
Was haltet ihr davon?
Welchen Stellenwert hat bei euch die Frage, daß Aktionen populär und so angelegt sein sollten, daß sie breit nachgemacht werden können?

Widerstand ist in Deutschland nicht populär. Es gibt in unserem Land keine Tradition der Nichtunterwerfung, der Revolte, des Widerstandes. Wir sagen damit nichts Neues, aber es ist auch unsere Erfahrung nach 7 Jahren Praxis. Für uns heißt das, es wäre eine Illusion anzunehmen, daß subversive/illegale Aktionen in der BRD auf eine breite Zustimmung stoßen, daß sie populär sind. Aber sie können es werden, und das ist unsere Hoffnung. Aber nur dann, wenn es uns gelingt, die Ideen, Pläne, Phantasien und Träume, denen wir im alltäglichen Widerstand und in der AKW-Bewegung begegnen, in Aktionen umsetzen können.
Wir sagen nicht, daß uns dies bei allen unseren Aktionen gelungen ist, und wir wissen auch, daß bei illegalen Aktionen Fehler schwerer wiegen, sie stärker kritisiert werden. Es ist eine Gratwanderung, entweder man wirft uns vor, wir würden uns an eine Bewegung anhängen, oder wir würden uns isolieren.

Vielleicht können wir unser Problem mit den Begriffen populär/unpopulär am Beispiel unserer letzten beiden Aktionen deutlicher machen. In Ahaus haben wir versucht, den Wetterturm zu sprengen, das ist uns nicht ganz gelungen. Die Reaktionen auf diese Aktion waren zwiespältig. Die Bauern am Ort sagten: »Wenn wir solche Aktionen machen dann klappen sie auch«. Für uns zeigte sich in einer solchen Reaktion, daß »Helden« gewünscht werden, die keine Fehler machen. Eine solche Haltung entspringt der Vorstellung von »männlicher Stärke«, die Gegengewalt mit Leistung verbindet.
Positiv an der Reaktion der Bauern fanden wir, daß die Aktion keine Angst gemacht hat. Auch die Reaktion der BI in Ahaus enthielt zwar Kritik, aber sie machten sich die Mühe, sich mit der Aktion auseinanderzusetzen. Im Gegensatz dazu der ID, das war nur noch diffamatorisch, es wurde kein Versuch gemacht, die Aktion ernsthaft zu diskutieren, uns wurde nur vorgeworfen, wir würden uns an die Bewegung anhängen, ein wirklich läppisches Argument.

Wir können also wirklich nicht sagen, daß diese Aktion Begeisterung ausgelöst hat oder auf breite Zustimmung gestoßen wäre. Sie wurde von einem Teil der Anti AKW-Bewegung als legitimer Widerstand begriffen, als Aktion mit denen mann/frau sich auseinandersetzen muß, das ist nicht viel, aber vor dem Hintergrund der Hetze gegen illegalen Widerstand ein Ansatz.

Sie wurde von einem Teil der Anti AKW-Bewegung als legitimer Widerstand begriffen, als Aktion mit denen man/frau sich auseinandersetzen muß, das ist nicht viel, aber vor dem Hintergrund der Hetze gegen illegalen Widerstand ein Ansatz.

Die Ambivalenz der deutschen Linken gegenüber illegalen Aktionen zeigt sich noch darin, daß über eine ähnliche Aktion der Schweizer Genossen (es wurde ebenfalls ein Wetterturm gesprengt) in linken Zeitungen euphorisch berichtet wurde. Je weiter weg der militante Widerstand ist, desto unbefangener kann mann/frau sich damit identifizieren.
Dazu kommt, daß Aktionen, für die die RZ verantwortlich zeichnet, sicher auf mehr Vorbehalte stoßen, als Aktionen von Gruppen mit anderen Namen. Wir denken aber, daß wir unserer Geschichte nicht davonlaufen können.
Wir meinen nicht, daß die Aktion in Ahaus und auch nicht die in Hamburg das »non plus ultra« gewesen sind, aber wir hoffen, daß klar geworden ist, welche Schwierigkeiten in der Klassifizierung von Aktionen nach dem Begriffspaar populär/unpopulär enthalten sind.

Zur Frage der Nachmachbarkeit. Wir haben immer gesagt, daß Nachmachbarkeit für uns ein wichtiges Prinzip ist. Wir verstehen es aber nicht absolut. Entscheidend ist, daß unsere Prinzipien, sich zu organisieren, legale und illegale Arbeit miteinander zu verbinden und den regionalen Bedingungen entsprechend Aktionen zu machen, nachgemacht werden. Nicht das technische Niveau ist entscheidend, sondern die politische Wirkung. Und an diesem Punkt sehen wir Erfolg. Es gibt inzwischen viele Gruppen in der BRD, die ähnlich arbeiten wie wir, auch wenn davon wenig in der bürgerlichen Presse zu lesen ist. Das macht uns optimistisch.

In den Regionen wird immer wieder kritisiert, daß städtische Militante dort aktiv sind oder durch ihre Aktionen die Situation bestimmen, obwohl in der Stadt selbst nichts läuft (z.B. keine Radikalisierung der Strobo-Kampagne, keine Aktionen gegen Betreiber und gemischtwirtschaftliche Stromverteiler).
Haltet ihr das auch für eine wichtige Frage?

Aktuell macht die Anti AKW-Bewegung ihre bisher schwerste Krise durch. Die alten Demonstraktionskampagnen werden sich totlaufen, die innere Befriedung durch die Grünen bindet Potential, es laufen sektiererische Selbstabgrenzungen, die Breite der Diskussion zwischen den militanten Ansätzen schwindet.
Wie meint ihr darauf zu antworten?
Welches ist eure Perspektive im Verhältnis zu euren Erfahrungen seit 74/75?

Wir denken, daß es sinnvoll ist, die beiden letzten Fragen zusammen zu beantworten. Nach unserem Verständnis ist die Krise der Anti-AKW-Bewegung vor allem eine Krise der Bewegung in den Städten. Eine Ursache für die Krise sehen wir in der Beschränkung auf das Problem der Atomkraft. Damit einhergeht eine Fixierung auf die Standorte: Gorleben, Brokdorf, Grohnde etc. Es ist nicht gelungen für umweltbewußte Leute in den Städten eine politische Handlungsperspektive zu entwikkeln. Die Strobo-Initiative, die eine solche hätte sein können, wurde nicht ausgeweitet und radikalisiert (und genau in diese Lücke stoßen die Grünen, sie bieten eine Handlungsperspektive, aber eine traditionelle, die die Bewegung wieder an den Staat binden soll).
Im Gegenteil, die Diskussionen um die Brokdorf-Demo im Mai machen deutlich, daß in vielen Köpfen die Illusion war und ist, mann/frau könnte da weitermachen, wo man mit der 2. Brokdorf-Demo aufgehört hat. Die Wiederbelebung einer breiten Massenmilitanz könnte erneut zu einem Aufschwung des Widerstandes gegen das Atomprogramm führen.
So selbstverständlich der Wunsch ist, der Bauplatz in Brokdorf muß wieder zu Wiese werden (wir haben ihn auch), so gefährlich ist es, Wünsche zur alleinigen Grundlage politischen Handelns zu machen.

Wir haben den Eindruck, es wird sich mit allen Mitteln und aller Mache dagegen gesperrt, politische Realität zur Kenntnis zu nehmen, aus Erfahrungen zu lernen, nämlich die positiven Erfahrungen seit Anfang 1978 mit militantem dezentralem Widerstand als eine Antwort auf die scheinbare Alternative von Resignation oder der militärischen Eskalation am Bauplatz. An deren Stelle treten Wunschträume die zerplatzen, wenn sie mit der Realität konfrontiert werden (siehe letzte Bundeskonferenz April 1980 in Brunsbüttel).

Auch bei der Diskussion um die geplante Bohrplatzbesetzung in Gorleben zeigt sich die Schwäche der radikalen Anti-AKW-Bewegung. Die Orientierung an Gorleben als **dem** Zentrum des Widerstandes (obwohl die Atomindustrie längst ein dezentrales Konzept realisiert), vernachlässigt die Entwicklung einer politischen Kraft, einer radikalen Bewegung an den Orten, an denen mann/frau lebt und arbeitet oder nicht arbeitet. Die Auseinandersetzungen über den Charakter der Besetzung haben ihre Schärfe zum Teil dadurch bekommen, daß ein Teil der »Auswärtigen« Gorleben zu ihrem Kampfplatz machen wollte. Ein anderer Teil der »Auswärtigen« ordnet sich allem unter, was von der BI Lüchow-Dannenberg kommt und sei es auch noch so schwachsinnig. Das Argument, die Bauern machen das nicht mit, zieht immer. Aber auch die BI Lüchow-Dannenberg hat ihren Anteil an der Zuspitzung der Konflikte. Ihre Taktik ist es, militante Aktionen, wenn sie gut gehen für sich in Anspruch zu nehmen, und wenn es Probleme gibt die »auswärtigen Chaoten« dafür zu verantwortlich zu machen.

Einen Ausweg aus der Krise sehen wir darin, daß die Dezentralisierung des Widerstandes nicht länger Anspruch bleibt, sondern Realität, praktisch wird. Die Perspektive ist die Entwicklung einer radikalen/subversiven Kraft in den Städten und auf dem Land, die politische Handlungsperspektiven entwickelt, die sich nicht festlegen lassen auf nur Aufklärung einerseits und militärische Aktionen andererseits. Dies hat zur Vorbedingung, daß zu dem Kampf gegen das Atomprogramm neue inhaltliche Bezugspunkte dazu kommen, wie z.B.

- die besonderse Umweltzerstörung in den Städten (Stadtsanierung, Wohnungsnot, der Bau von Schnellstraßen, die Verpestung der Luft und des Wassers usw.).
- der internationale Aspekt der Atomtechnologie (Atombombenproduktion, allgemeine Kriegsproduktion, die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt durch die imperialistischen Mächte)
- der Überwachungs- und Atomstaat.

Einen zentralen Punkt möchten wir noch ansprechen, auch wenn er bei uns noch wenig diskutiert ist, und wir nur Fragen dazu stellen können. Arbeit bekommt immer mehr den Charakter eines Krieges gegen die Umwelt, die Produktivkräfte sind zu Destruktivkräften geworden. Was bedeutet diese Tatsache im Hinblick auf Fabrikkämpfe? Ist die Forderung nach einem »politischen Lohn« die richtige Antwort?

Und nun zu unserer Perspektive. Vorweg müssen wir sagen, daß wir hier nur für einen Teil der RZ sprechen können.

Wir denken, daß in den verschiedenen Antworten schon die Grundlinien unserer Perspektive erkennbar sind. Wir werden jetzt die wichtigsten Punkte noch einmal herausgreifen. Im Unterschied zu 1974/75 ist die Ökologiefrage heute für uns ein entscheidendes Problem. Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, ganz unten steht das Flugblattverteilen und ganz oben die bewaffnete Aktion. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bleibt so einem patriarchalisch/kapitalistischen Denken verhaftet. Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischen Denkens ist die Voraussetzung der Entwicklung einer freien Gesellschaft. Grundlage des legalistischen Denkens ist, daß Aufklärung in der spätkapitalistischen Gesellschaft leicht zum Konsum wird und so die den verrechtlichten Verhältnissen verhafteriden Denkstrukturen nicht aufgebrochen werden können. Die ökonomische Gewalt und andere Gewaltverhältnisse sind als rechtmäßige verinnerlicht und diese Gewalt muß wieder sichtbar gemacht werden durch Verletzung der Legalität. Damit versuchen wir, auch in der Form des Widerstandes unser Ziel zu verdeutlichen und erfahren dies gleichzeitig als ein subjektiv befreiendes Moment. Unsere subversiven illegalen Aktionen sind ein Mittel, legalistisches Denken zu brechen und zu einer Stabilisierung der militanten anti-institutionellen Linken beizutragen.

Weiterhin meinen wir, daß es nicht darum gehen kann, daß wir uns die tollen Aktionen ausdenken, sondern wir wollen Ideen und Phantasien, denen wir begegnen, aufgreifen und praktisch machen. Wir haben auch den Anspruch, daß unsere Aktionen populär sein sollen, aber über die Schwierigkeiten dieser Definition haben wir schon etwas gesagt. Dieses Verständnis bestimmt auch das Niveau unserer Aktionen. In unseren Diskussionen spielen die Erfahrungen und Beispiele mit Sabotage eine große Rolle, und wir sehen darin eine Möglichkeit, das Atomprogramm wirksam zu behindern. Angriffspunkte sollen in erster Linie nicht die Standorte sein, sondern das vielfältige Netz von Betreibern, Firmen usw., die mit der Atomtechnologie das große Geld machen. Wir verstehen uns als Teil der Anti-AKW-Bewegung und nicht als deren bewaffneter Arm.

Klar ist allerdings, daß wir niemals eine Aktion gegen ein in Betrieb befindliches Atomkraftwerk unternehmen werden oder gegen eine andere atomare Anlage, durch die ein Unfall innerhalb der Anlagen oder ein Austritt von radioaktiven Stoffen verursacht werden könnte. Unser Kampf ist ja gerade gegen diese Gefahr gerichtet, wir wollen sie verhindern und nicht provozieren. Wichtig ist es aus unserer Sicht, die Unterschiede zwischen uns und den zahlreichen, in den vergangenen Jahren entstandenen militanten Kernen herauszuarbeiten.

Dieser Unterschied ergibt sich nicht aus dem Niveau von Aktionen. Wir freuen uns darüber, daß inzwischen einige Gruppen zum Teil wirkungsvollere Aktionen machen als wir derzeit. Wir sehen den Unterschied mehr darin

- daß die Entscheidungen für Aktionen bei uns nicht spontan fallen, sondern Ergebnis langwieriger Diskussionen und Entscheidungen sind und einer prinzipiellen Entscheidung für bewaffneten Widerstand;
- Widerstand führt zu Verfolgung;
- Deswegen bemühen wir uns, unsere Praxis durch die Vorbereitung der Illegalität abzusichern; dies bezieht sich sowohl auf die politische Perspektive als auch auf die sachlichen Notwendigkeiten illegalen Lebens;
- daß der Widerstand gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen gegen die AKWs in unserer Organisation vermittelt ist zu Widerstandsperspektiven in anderen Bereichen (z.B. die Unterdrückung der Frauen, der Widerstand gegen die staatliche Politik, die Perspektive eines revolutionären Internationalismus). Die Stärke der Anti-AKW-Bewegung und der militanten Gruppen hängt zwar auch mit ihrer Beschränkung zusammen: es ist aber ein Punkt erreicht, an dem diese Beschränkung in Perspektivlosigkei umzuschlagen beginnt.
  Daraus ergibt sich auch unser Verhältnis zu der Anti-AKW-Bewegung insgesamt. Wir sind im Rahmen unserer Praxis gegen Atomenergie einer der vielen Teile dieser Bewegung, nicht aber ihr bewaffneter Arm. Dies bedeutet, daß wir unsere Entscheidungen autonom fällen, aber in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis zum Zustand dieser Bewegung, in dem Bewußtsein und der Rücksichtnahme, daß unsere Aktionen Auswirkungen auf die gesamte Bewegung haben können.

Wir wissen daß es viele Probleme und Fragen an uns gibt, auf die wir hier nicht eingegangen sind, wie z.B.:
- das Klein-Buch
- das Problem Illegalität und Knast
- die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Widerstand in BRD und West-Berlin seit 1970
- die Probleme eines revolutionären Internationalismus und ein wesentlicher Widerspruch
- nämlich der zwischen Frauen und Männer

Wir diskutieren seit langem über diese Fragen in unseren Gruppen und haben den Anspruch, dies, sobald möglich, öffentlich zu behandeln.

Zum Schluß noch ein Paar Sätze zu uns:
Auch bei uns gibt es massenhaft Konflikte. Aber Widersprüche sind für uns nichts negatives, entscheidend ist, wie wir damit umgehen. Was wir versuchen ist, uns nicht auf die Rolle des Militanten zu reduzieren, sondern uns als ganze Personen zu sehen, die Wünsche und Widersprüche haben und die Zuneigung, Freundschaft und Liebe brauchen.

Wir denken, daß jede politische Gruppe (nicht nur die illegalen Gruppen), der es nicht gelingt freundschaftliche Gefühle füreinander zu entwickeln, den Keim des Scheiterns in sich trägt.

Die ´Freie Republik Wendland`
Ein vorläufiger Bericht über eine Reise ins Ausland

Angesichts der Gründung des Dorfes 1004 im Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Gründung der »Freien Republik Wendland« ebendort entschloß ich mich im Mai dieses Jahres zu einer Reise in das »neue Ausland«. Dabei erlebte ich so viele Überraschungen, Widersprüche, so viel Fragwürdiges, daß ich bis heute noch nicht alles für mich restlos klären und verarbeiten konnte. Wenn ich dennoch hier einen ersten Bericht von meiner Reise gebe, so möchte ich vorweg ausdrücklich betonen, daß ich hiermit noch nicht urteilen oder gar »verurteilen« möchte, sondern lediglich mein Staunen in Fragestellungen zu artikulieren beabsichtige. Ich betone dieses vor allem, weil es leider gerade immer wieder auch Linke gibt, die gern, absichtlich und bewußt, aber unsolidarisch Kritik mißverstehen und verdrehen.[1] Die Überlegungen, die ich im Folgenden also vortragen will, sollen – auch wo sie vielleicht ironisch klingen – eher einen konstruktiven Beitrag innerhalb der radikalen, undogmatischen Linken darstellen:

Wie ich es mir bei größeren Reisen angewöhnt habe, rüstete ich mich mit einiger Literatur aus, die mir Land und Leute schon vorher etwas »näher bringen« sollte. Dabei fiel mir zunächst einmal auf, daß man zwar über das »Wendland«, das »Hannoversche Wendland« oder den Landkreis Lüchow-Dannenberg in Niedersachsen eine ganze Menge erfahren kann, aber kaum etwas über die »Freie Republik Wendland«. Man erzählte mir zwar, daß es in verschiedenen Städten und Regionen der BRD bereits Botschaften dieser »Freien Republik« gäbe, daß die Bürger der »Republik« – wie es sich gehört – über einen ordnungsgemäßen Paß verfügten, daß sie für ihren »prominenten Mitbürger« Fritz Teufel beim Berliner Senat einen Auslieferungsantrag gestellt hätten und ähnliche interessante Tatsachen, aber beispielsweise über die Grenzen des Landes, seine Größe, seine Wirtschaft, seine Bevölkerung blieb ich weitestgehend im Unklaren. Ich fuhr also los, einigermaßen gespannt auf das, was nicht erwarten würde, in die mir schon von früher mindestens landschaftlich bekannte Region »Hannoversches Wendland«. Als ich in den Landkreis Lüchow-Dannenberg gekommen war, hätte ich doch wohl die Grenze zur »Freien Republik« irgendwann überschritten haben müssen; ich hatte nichts bemerkt! Andererseits hatte ich auch nicht den Eindruck, in einem »freien Land« zu sein: Überall wimmelte es von Besatzungstruppen, bestehend aus bayrischer und niedersächsischer Polizei und Truppen des BGS. Ich wurde lebhaft an meine Kindheit erinnert, als 1945 die Alliierten Deutschland besetzt hatten (– »befreit hatten« – sollte das der Bezug sein, das Land »Freie Republik« zu nennen, weil die Polizei- und BGS-Truppen aus Bayern und Niedersachsen das Land »befreit« hatten? – Aber wovon befreit? – das konnte nicht sein!).

Erste Station machte ich in Lüchow. Dort ergänzte ich durch die Elbe-Jeetzel-Zeitung und eine Reihe von Broschüren meine Reiselektüre über das »Wendland«. Dann fuhr ich weiter in die »Hauptstadt«: das »Dorf« auf der geplanten Bohrstelle 1004. Eindrucksvoll, faszinierend waren die zahlreichen Holzhäuser, die in kürzester Zeit, mit viel Liebe und Mühe und für wenig Geld gebaut wurden; für Geld, das die »Dorfbewohner« aus der eigenen Tasche, aus Spenden und aus dem Erlös beim Verkauf der Wendenpässe (für DM 10,-) selbst aufbrachten; faszinierend auch das bunte, rege Treiben der »Dorfbewohner«, die aus den verschiedensten Städten und Regionen der BRD angereist waren. Mit »Hallo« wurde ich sogleich von einigen Bekannten begrüßt. Das also war die »Freie Repbulik Wendland«! – Nach den ersten Augenblicken überwältigter Bewunderung für die zahlreichen »Republikaner« und ihr Dorf machte sich aber bald ein komisches, ungemütliches Gefühl in der Magengegend bbreit. Irgend etwas stimmte hier nicht ganz. Alle waren hierher gekommen, um »die Bohrungen bei 1004 zu verhindern«. Gut. Aber: In lebhaften, immer wiederkehrenden Diskussionen stellte man sich auf die Räumung und Zerstörung des Dorfes ein:

»Bei einer Räumung wird passiver Widerstand geleistet. **Helme, Gasmasken, Schutzbrillen waren umstritten.** Diese Sachen sollten nur in akuter Gefahr benutzt werden ... Grundbedingung war für alle, daß von keiner Gruppe offensiv vorgegangen werden soll. ... Bei allen Aktionen soll in Absprachen größtmögliche Übereinstimmung mit den Lüchow-Dannenbergern erzielt werden.«[2] So etwa lauteten die Diskussionen, soweit ich sie bruchstückhaft mitkriegte. – Man wollte die Bohrungen verhindern, wußte aber, daß man geräumt werde, und wenn man geräumt würde, sollte um keinen Preis irgendeine Form aktiven Widerstandes geleistet werden; Helme, Gasmasken, Schutzbrillen waren bereits umstritten, weil sie den Anschein aktiven Widerstandes erwecken könnten. Und man wollte mit den Lüchow-Dannenbergern größtmögliche Übereinstimmung erzielen. Konnte man denn nicht davon ausgehen, daß die Lüchow-Dannenberger mit den Maßnahmen der Dorfbewohner übereinstimmten? Gehörten sie denn nicht zu den Dorfbewohnern? Hatten sie keine Pässe der »Freien Republik Wendland«? Waren sie hauptsächlich nur Zuschauer oder Besucher? Da gab es doch immerhin die Meinung auf dem Platz, daß für die Lüchow-Dannenberger »der Begriff 'Unterstützung' schon nicht mehr stimmt, sondern die Besetzung wird von Leuten aus dem Landkreis **getragen.** Das wird deutlich an den Hunderten von Besuchern, an Geldspenden, Lebensmittelspenden ...«[3] Man muß sich das gleich noch einmal durchlesen: »Die Besetzung wird von den Leuten aus dem Landkreis **getragen**. Das wird deutlich an den Hunderten von Besuchern, an Geldspenden, Lebensmittelspenden. ...« Ja, es stimmt also so! – Gewiß, es gab auch Bauern, die auf dem Platz an einem Haus mitbauten, die ihre Trecker mal zum Transport für Stroh und Baumaterial zur Verfügung stellten, Sonnenduschen einrichteten, und es gab sogar einen Bauern, der spendete »aus dem Landkreis ein Schwein für die Platzbbesetzer. Er brachte das Schwein fertig zubereitet mit einem riesigen Topf Rotkohl auf den Platz.«[4] Beklommen fragte ich mich: Was geht in solchen Platzbesetzern eigentlich vor, die aus Spenden, Besuchern, Neugier und vereinzelter Hilfe interpretierten, daß »die Leute aus dem Landkreis« die Besetzung **trügen**; die von den Lüchow-Dannenbergern aber sonst kaum etwas wußten oder wissen wollten; die die Bohrungen auf dem Platz verhindern wollten und sich ohne Widerstand abräumen zu lassen bereit waren; die Bohrungen für einen Zwischen- oder Endlager atomaren Mülls zu verhindern hofften, aber kaum in ihrer »Öffentlichkeitsarbeit« von der Wiederaufbereitungsanlage sprachen, deren Baubeginn die Bohrungen in Wirklichkeit darstellen. – Denn wie anders ist es zu verstehen, wenn Ernst Albrecht am 8. Juni 1979 an Helmut Schmidt ausdrücklich schreibt, »daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage nicht weiter verfolgt wird ... Ich habe deshalb Vokabeln wie 'für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben', 'für diese Generation', 'für diese Politiker-Generation' gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann. Entscheidend ist, daß die Arbeiten zur Vorbereitung eines Endlagers, und daß die Entsorgungskoppelung nicht den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke lahmlegt und den Bau weiterer verhindert ... Die Landesregierung empfiehlt der Bundesregierung nicht, das Entsorgungskonzept aufzugeben«?[5] Und wie anders ist es zu verstehen, daß die DWK im Sommer 1979 achtzig wissenschaftliche Facharbeiter für die Einrichtung der Wiederaufbereitungsanlage einstellte?[6] – Ich fragte mich weiter: Was soll man von einer Linken halten, die gegen AKWs kämpft, aber während der Besetzung des Bohrplatzes 1004 im »Wendland« nichts zu den drei im selben Landkreis geplanten Kernkraftwerken und erst recht nichts zu den Anlagen für den Atomminengürtel der NATO entlang der sogenannten Zonengrenze zu sagen hatte, – ja, die zum großen Teil offensichtlich davon gar nichts weiß? – Es gab noch etliche ähnliche Fragen mehr ... Ich zog mich an diesem Punkt zunächst einmal zurück und beschäftigte mich mit meiner Reiselektüre eingehender, als ich es bisher getan hatte:

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg stellt eine bis heute in vieler Hinsicht über Jahrhunderte in sich abgeschlossene Region dar. – Seine Bevölkerung, und damit meine ich in diesem Zusammenhang die gesamte Bevölkerung der »Freien Republik Wendland«, setzt sich aus fünf verschiedenen Gruppen zusammen: Da sind zuerst die Nachfahren der »wendischen« Bauern, nach denen die Bohrplatzbesetzer der ganzen Region den kühnen Namen »Freie Republik Wendland« gaben. Dieser »ältesten«, alteingesessenen Gruppe steht die »jüngste«, die zur Hauptsache während der Bohrplatzbesetzung aus angereisten AKW-Gegnern bestand, entgegen. Der Einfachheit halber möchte ich sie »die Republikaner« nennen. Mit ihr eng verbunden oder zum Teil sogar identisch ist die Gruppe der sich selbst als »Emigranten« verstehenden Linken, die sich als »Alternative« oder aus anderen politischen Gründen in den letzten zehn Jahren im Landkreis niedergelassen und einen wesentlichen Anteil an der regionalen Bürgerinitiative gegen die Atomenergie haben. Zwischen ihnen und der »ältesten« Bevölkerungsgruppe stehen die »Neusiedler und Flüchtlinge«, die seit ca. 100 Jahren in verschiedenen Schüben meist bei besonderen politischen Anlässen, z.B. vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Lüchow-Dannenberg kamen oder dorthin geholt wurden. Diese »Zuwanderer« sind mit der »ältesten« Gruppe inzwischen am engsten verbunden, verschmolzen, zum Teil selbst als Bauern in der Landwirtschaft tätig. Daneben steht eine seit etwa zwanzig Jahren immer größer werdende Gruppe von Großstädtern, vor allem aus Hamburg und Berlin, die sich einen zweiten Wohnsitz für die Ferien und oft auch nur für die Wochenenden im Landkreis geschaffen haben. Sie bilden so etwas wie einen bevölkerungsmäßigen Fremdkörper: weder Touristen noch Einheimische, sind sie oft nur zähneknirschend geduldet.

Die wichtigste dieser fünf Bevölkerungsgruppen ist mir die der Nachfahren der ehemals »wendischen« Bauern. Woher kommt der Name eigentlich? Warum nennt man den Landkreis Lüchow-Dannenberg oft auch das »Hannoversche Wendland?« – Bei den Germanen hieß das Wort »Wenden« ursprünglich »Küstenbewohner«. Sie bezeichneten damit die slawischen Stämme, die entlang der Ostseeküste lebten, dann diejenigen, die an der sächsisch/slawischen Grenze entlang der Elbe von der Ostsee bis nach Böhmen siedelten. Es gehörten dazu u.a. die Polaben, Wagrier, Pommern, Wilzen, Lusitzer oder Lausitzer, Sorben und Böhmen. Im Laufe des hohen Mittelalters drangen sie in kleinen Gruppen weit bis in die germanischen Siedlungsgebiete ein, wurden aber seit dem 12. Jahrhundert als Heiden von den germanischen Christen außerordentlich dezimiert, so daß schließlich nur noch die Reste der Lausitzer als Wenden bezeichnet wurden.

In das Gebiet des heutigen Landkreises Lüchow-Dannenberg drangen im 9. Jahrhundert die Polaben ein. Bis zum 14. Jahrhundert gibt es von ihnen kaum irgendwelche Nachrichten. Im 14. Jahrhundert werden sie gleich mehrfach erwähnt, u.a. mit der Sage, daß sie ihre Eltern zu ermorden pflegten, wenn sie erwachsen geworden seien, was ihnen verleumderisch bis ins 19. Jahrhundert nachgesagt wurde.[7] Im Dreißigjährigen Krieg zwang man ihnen »deutsche Sitten und Gebräuche« auf, damit schwanden auch die letzten Reste ihrer eigenständigen Kultur. Ende des 17. Jahrhunderts sprachen nur noch wenige ältere Leute das Polabische. Von der deutschen (sächsisch/mecklenburgischen) Verwaltung war ihnen inzwischen auch verboten worden, »in der Öffentlichkeit ihre Sprache zu gebrauchen«. Und weiter heißt es dazu: »'Wenn die Teutschen einen hören Wendisch sprechen, haben sie mit fingern auf ihn gewiesen und ihren Spott mit ihm getrieben.' Beides war sicherlich der Grund dafür, daß die Jugend 'einen solchen Ekel' vor ihrer Muttersprache hatte, daß sie sie nicht einmal mehr hören, geschweige denn lernen' (mochte).«[8] Angesichts dieser Situation bemühten sich verschiedene Sprachforscher, vor allem Gottfried Wilhelm Leibniz und der nach Wustrow übergesiedelte Pastor Christian Hennig, die polabische Sprache aufzuzeichnen und zu erforschen. Hennig war es dann auch, der das Gebiet, in dem er die letzten polabisch sprechenden Einwohner fand, »in den Ämtern Wustrow, Lüchow, Dannenberg und Hitzacker«,[9] zum erstenmal Anfang des 18. Jahrhunderts als »Wendland« bezeichnete. Doch hat sich diese Bezeichnung erst im 19. Jahrhundert durchgesetzt, zu einer Zeit also, da die letzten »Wenden« lange verschwunden und vergessen waren. Das einzige, das noch an die früheren Polaben erinnert, sind die Ortsnamen und das aus dem ursprünglich mit polabischem Akzent gesprochene, eigentümliche wendländische Platt.[10] – Ob die Bohrplatzbesetzer auch noch zu dem Namen »Freie Republik Wendland« gekommen wären, wenn sie von der erwähnten, recht willkürlichen Namensgebung des Landkreises Lüchow-Dannenberg gewußt hätten? –

Die »Wendländischen« Bauern waren, wie bereits angedeutet, seit dem sie sich in dem heutigen Landkreis Lüchow-Dannenberg niedergelassen hatten, immer unterdrückt, abhängig, oft verfolgt, diffamiert und ihrer eigenen Kultur beraubt. Dennoch scheint es hier nicht bis zur Leibeigenschaft gekommen zu sein. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts mußten sie Frondienste und -abgaben leisten. Aus der Literatur geht nicht hervor, wie oft und wenn wie vehement sie sich dagegen in den früheren Jahrhunderten wehrten und auflehnten. Immerhin hat es auch im »Wendland« wiederholt Bauernrevolten gegeben und in »ruhigen Zeiten« haben einzelne auf ihre Weise Widerstand geleistet:

»So ist es z.B. in Gartow vorgekommen, daß ein Dienstpflichtiger an einem ganzen Tag nur eine Strohschöve fertiggebracht hat. Ein Bauer aus dem Calenbergischen erschien einmal statt um 6 Uhr früh erst um 9 Uhr. Zur Rede gestellt, verteidigte er sich damit, daß er um 6 Uhr aus sein Haustür und damit in seines Herrn Dienst getreten sei, und da ginge er Schritt für Schritt. Er erhielt den Auftrag, Stroh auszuschieren. Als um 11 Uhr die Glocke die Mittagspause einläutete, hatte er ein einziges Bund beisammen. Er wollte es gerade mit einem Strohseil zusammenbinden. Als der erste Glockenschlag ertönte, hielt er inne und sprach: 'Eck trecke deck woll noch tau, aber ick stöcke deck nich mehr ünder', ließ das Seil fallen und ging zum Essen.«[11] Der Stellenwert dieses Beispiels »wendländischen« Widerstandes wird erst richtig deutlich, wenn wir uns den oft belegten Lüchow-Dannenberger Fleiß vergegenwärtigen: »In einer Reihe von Urteilen wird die Arbeitsamkeit der wendländischen Landbevölkerung lobend hervorgehoben. ... 'Alle Historiker sind darüber einig, daß der Wende des hannöverschen Landes überaus thätig ist. Diese gute Eigenschaft finden wir allgemein glänzend hervorgehoben, sie verdient aber auch heute noch Lob über Lob'.«[12] Darüberhinaus heißt es über die »Einstellung des Wendländers zur weltlichen Obrigkeit«: Oft ließe er »parlamentarischen Takt vermissen, wird aufsässig und starrköpfig. Wird er bei einer Gemeinderatssitzung nach seiner Meinung gefragt, so drängt er sich vielfach mit Worten wie: 'Mie is datt egoal, ick will datt, watt ahl will'n', in die Defensive, um dann untergründig gegen die gefaßten Beschlüsse zu agieren«.[13]

Als zu Beginn des 18 Jahrhunderts (!) der »Ratszimmermeister Diederich ... den dolgowschen Leinenwebern« einen »selbsttätig arbeitenden Webstuhl« verfertigte, haben »alle Bauern die neben dem gestanden haben das Garn abgeschnitten« und den Webstuhl unter den Augen »der Obrigkeit und auch von den Predigern« auf ein freies Feld hinausgebracht, »allwo es noch stehet, daß ein jeder Mensch sehen kann«.[14] – (Hierzu muß ich ein kleines, mich beschämendes Geständnis ablegen: Als ich über dieses ausgezeichnete und sehr frühe Beispiel einer »Maschinenstürmerei« gelesen hatte, erzählte ich es beeindruckt sogleich einem Freunde, der es sogleich weiter verbreitete. Ich hingegen vergaß es so total, daß es mir wie eine völlig neue, überraschende, nie zuvor gehörte Geschichte vorkam, als die Freunde sie mir wiedererzählten und mich fragten, ob ich dieses schöne Beispiel in meinen Reisebericht denn nicht aufnehmen wollte. Ich wollte und habe es soeben an dieser Stelle eingefügt. Aber es bleibt mir gänzlich schleierhaft, wie ich es nur so vollkommen vergessen konnte.)

Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts, bis zum endgültigen »Ablösungs-Rezeß« von 1851[15] häuften sich die Bauernrevolten gegen die drückenden Frondienste und -abgaben! Bevor sich die Gutsherrnschaft aber unter staatlichem Druck zur Ablösung der Dienste und Abgaben bereitfand, wurden die Bauern immer wieder zunächst einmal mit falschen Versprechungen und für sie ungünstigen »Vergleichen« abgespeist:

»Am 5. April 1831 meldete das Gericht Gartow der Landdrostei in Lüneburg, daß es Anzeige von der Gutsherrschaft erhalten habe, daß die Dienstpflichtigen von Meetschow, Laasche, Vietze, Capern, Holtorf, Gummern, Brünkendorf, Restorf, Pevestorf und Niendorf bis auf einen einzigen Hauswirt aus Restorf nicht zum Hofdienst erschienen seien. 'Die renitierenden Bauern haben Versammlungen abgehalten. Treten aufreizende Menschen dazwischen, helfen erhitzende Getränke, so vermag das Gericht nicht länger für Ruhe und Ordnung einzustehen.' ... Am 22. April fanden Verhandlungen in Gartow statt und – dem Herrn Oberamtmann gelang es, einen Vergleich zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen,«[16] der »selbstverständlich« für die Bauern keinerlei Verbesserungen einbrachte!

1848 wurde dann wieder einmal in Bauernversammlungen »heftig debattiert über eine Bittschrift an den König, betreffend Befreiung von allen Verpflichtungen, die man noch immer der Gutsherrschaft in Gartow schuldig war, da man nicht abgelöst hatte. Schon am 30. März hatten die Pevestorfer und am 2. April die Meetschower ihre in einem recht krausen Deutsch abgefaßte Petition an den 'großmächtigsten, allergnädigsten' König von Hannover fertiggestellt,worin sie 'in Demut unter tiefster Verbeugung alleruntertänigst' um Erlaß der zu leistenden Zahlungen, Dienste und Natural-Verbindlichkeiten baten, denn diese, so heißt es in der Eingabe, 'übersteigen unsere Kräfte, sind ein Joch des Elends, erregen in uns mißmutige, verzagte Gadanken'. Doch das Gericht Gartow stellt am 26. Mai fest, das Bittschreiben der Meetschower sei 'das Machwerk' eines in der Lenzener Wische sich aufhaltenden **Seminaristen**[17], und die Beschwerden bestünden nicht in allen Punkten zu Recht, und

am 30. Juni wird den Meetschowern von der Landdrostei eröffnet, daß eine gesetzliche Regelung verschiedener Beschwerdepunkte bevorstehe, daß aber in den übrigen das Ministerium des Innern nicht berechtigt sei, in die zwischen den Eingesessenen und dem Gutsherrn bestehenden privatrechtlichen Verhältnisse einzugreifen.«[18] – So, wie die Obermacker Ernst Albrecht/Schmidt & Co. das heute machen, ging es also schon damals! Und die »Wendländischen Freien Republikaner« haben auch gar nichts dazugelernt. Sie reisen nach Hannover, um zu verhandeln, sich abspeisen zu lassen und lassen sich dann widerstandslos »abräumen«, weil sie den Herren Albrecht und Möcklinghoff »glauben, daß das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage nicht weiter verfolgt wird« und daß auch die neuen Versprechungen gehalten werden.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fanden die Lüchow-Dannenberger anscheinend keine Veranlassung mehr, sich gegen die Obrigkeiten aufzulehnen. Im Zuge der Industrialisierung in Deutschland nach der Reichsgründung von 1870/71 kam es im Kreisgebiet nur zu einer teilweisen »Verkehrserschließung«, die »sich auf die in der Jeetzel- und Elbniederung gelegenen Städte« ausrichtete; das war alles, was der Staat wirtschaftlich für sie übrig hatte, ansonsten blieben die Lüchow-Dannenberger abseits, vergessen, abgelegen. Sie gerieten zwar mehr und mehr »in wirtschaftliche Schwierigkeiten, zumal die Preise für Weizen und Zuckerrüben seit 1870 stark gesunken waren.«[19] Aber »das Leben verlief weiter in gewohnten Bahnen, zögernd-besonnen folgte man Neuerungen. Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur des Kreisgebietes veränderte sich nur unmerklich.«[20] Erst nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich die vornehmlich landwirtschaftliche Struktur allmählich doch sichtbarer: Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe durch Teilung der Höfe immer größer geworden. Die kleineren konnten sich oft nur noch als »Neben- und Zuerwerbsbetriebe« halten. Der Neben- und Zuerwerb bestand vornehmlich in der Leinenweberei, die zum Ende des Jahrhunderts immer mehr zurückging und dann nach dem Ersten Weltkrieg so gut wie völlig verschwunden war, da die meisten Bauern an ihren alten Webstühlen mit der industriellen Verarbeitung des Flachses nicht mithalten konnten. In diesem Zusammenhang scheinen mir zwei Faktoren besonders bemerkenswert, die die regionalistischen Besonderheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg und die über Jahrhunderte hin »eigenständige« Entwicklung der »alten« wendisch-bäuerlichen Bevölkerung hervorragend charakterisieren: zum einen wurde schon sehr früh, nämlich bereits im 15. Jahrhundert »in Lüchow und Wustrow Leinen im Lohnauftrag hergestellt«.[21] Der Beginn einer »Proto-Industrialisierung« kann hier also schon früher beobachtet werden als in den meisten anderen Gebieten des europäischen Kontinents;[22] zum anderen hielt sich diese »proto-industrielle« Flachsverarbeitung wesentlich länger als in allen übrigen Regionen Deutschlands, sie »endet(e) in dieser Intensität der Herstellung und des Vertriebs gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, als maschinelle städtische Konkurrenz das ländliche Leinen« verdrängte.[23] Oft mußten die Bauern, deren wirtschaftliche Existenz hauptsächlich von dieser »proto-industriellen« Flachsverarbeitung abhing, ihre Betriebe und ihr Land gänzlich aufgeben, so daß ihre Nutzflächen von den größeren Betrieben in Pacht genommen oder aufgekauft wurden. Es kam zu einer Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und stetigen »Vergrößerung der mittel- und großbäuerlichen Betriebe, die sich bis jetzt fortgesetzt hat.«[24] Heute wird diese Entwicklung erheblich bestimmt durch die EG-Normen, die zu erfüllen fast nur noch die bäuerlichen Großbetriebe in der Lage sind. Zwischen 1949 und 1960 nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Lüchow-Dannenberg um 19,1 Prozent ab, von 1960 bis 1971 um 35,4 Prozent, während die durchschnittliche Betriebsgröße sich dabei von rund 12 ha auf rund 20 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche erhöhte.[25]

»Die Landwirtschaft hat dadurch ihre 1961 noch überragende Bedeutung als Arbeitsplatz für rund 46 Prozent aller Beschäftigten verloren. Die Arbeitskräfte wurden nicht nur an die anderen Wirtschaftsbereiche abgegeben, sondern sind auch im Zuge des Generationswechsel ausgeschieden.«[26] Diese Entwicklung hatte weiterhin zur Folge, daß heute von den in der Landwirtschaft arbeitenden bäuerlichen Familienmitgliedern nur noch ungefähr 40 Prozent ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können.[27] Dennoch versuchen die Bauern der mittleren Betriebe immer wieder sich behaupten zu können. Nicht nur, daß sie dem Bauernverband und seinem Präsidenten, immer wenn sie dazu Gelegenheit haben – so z.B. Anfang der siebziger Jahre in sehr heftig verlaufenen Versammlungen Herrn Heereman –, kräftig einheizen[28], sondern auch beispielsweise durch die Gründung von sogenannten Maschinenringen in Lüchow und Gartow 1968[29], die die einzelnen Betriebe jedoch wieder für längere Zeit erheblich belasteten und verschuldeten. Den meisten steht das Wasser fast bis zum Hals, was gewiß nicht ohne Wirkung auf ihre Reaktionen gegenüber den Obrigkeiten bleibt.

Vor dem Hintergrund dieser nur sehr verkürzt angedeuteten Entwicklung und Situation in der »wendländischen« Landwirtschaft scheinen mir alle anderen wirtschaftlichen Projekte im Landkreis und die jeweils darauf erfolgte oder auch nicht erfolgte politische Reaktion gesehen werden zu müssen. Das gilt m.E. zumal, da in der Literatur verschiedentlich besonders hervorgehoben wird, daß »die Wendländer ... unter sich« blieben und sich »mit ihren deutschen Nachbarn wenig amalgamiert« hätten[30], und außerdem in den typischen Rundlingsdörfern auch die sozial untersten Schichten der ländlichen Bevölkerung, die sogenannten Kossater, voll integriert blieben.[31] Wie überall, so berichtet auch hier die lokale Geschichtsschreibung stets nur vom Blickwinkel der Herrschenden und ihrer Interessen; von Widerstand der Beherrschten wird nur dann etwas erwähnt, wenn es sich ganz und gar nicht umgehen läßt, wenn es sich um spektakuläre Revolten oder Aktionen handelte. Dennoch gibt es hin und wieder Anhaltspunkte, aus denen wir erahnen können, daß auch die Lüchow-Dannenberger nicht ganz so unpolitisch, »konservativ« sind, wie sie in der Literatur meist hingestellt werden – als bäuerliche »Deppen«, die »zögernd-besonnen«[32], also geduldig lieber alles über sich ergehen lassen als sich zu wehren.

Erinnern wir uns zunächst an das frühe Beispiel einer Maschinenstürmerei, als die Handweber dem Erfinder eines »automatischen Webstuhls«, dem Ratszimmermeister Diederich aus Dolgow seine Maschine zerschnitten und zur Warnung für jedermann auf einen Acker trugen, und erinnern wir uns auch an die anderen geschilderten Beispiele wendländischen Widerstandes aus dem 18. und 19. Jahrhundert. – Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich die Jeetzel, ursprünglich bis Salzwedel schiffbar, immer weniger als Verkehrsweg eignete, und es infolgedessen immer schwerer für die Bauern wurde, über die Jeetzel und die Elbe ihre Produkte nach Hamburg, auf den für sie wichtigsten Absatzmarkt zu bringen, mußten sie ein natürliches Interesse an jedem Ausbau des Straßen- und Schienennetzes im Landkreis haben. –

(Übrigens, es stimmt nicht ganz, wenn die Hamburger »Emigranten« in der »Freien Republik Wendland« in ihrer Broschüre[33] schreiben, daß »bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ... das Absatzgebiet für die landwirtschaftlichen Produkte auf Salzwedel und Umgebung (heute DDR) sowie Berlin ausgerichtet« gewesen sei; Hamburg stellte immer einen sehr bedeutenden Absatzmarkt für die Lüchow-Dannenberger Bauern dar!)

– Es nützte aber wenig, wenn nur die Städte an das Verkehrsnetz des Reiches angeschlossen wurden, wenn die Dörfer, die Bauern ausgespart blieben. So zeugt es denn m.E. eher von einem grundsätzlichen politischen Unwillen als von unverständlicher »bäuerlicher Engstirnigkeit«, wenn in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und kurz nach der Jahrhundertwende »eine Bahnlinie von Uelzen über Clenze nach Lüchow« und damit verbunden eine weitere Linie von Uelzen nach Dannenberg »durch Widerstände anderer Orte, aber auch durch Widerstände von maßgeblichen Bürgern der Gemeinde Clenze ... immer wieder verschoben« wurde.[34] Hieraus lassen sich erhebliche Spannungen vermuten gegen die hannoversche Verkehrspolitik im »Wendland«, denn es wird kaum einem der Beteiligten verborgen geblieben sein, daß die Gemeinde Clenze »durch die Verwirklichung des Eisenbahnprojektes einen erheblichen wirtschaftlichen Auftrieb« erfahren hätte[35], den vermutlich keiner, schon gar nicht die Bauernschaft, verhindern wollte. Aber es war nicht einzusehen, warum die kleineren Ortschaften mit ihren zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben immer wieder vernachlässigt werden sollten. Etwa zur gleichen Zeit scheint ein anderes Projekt mit ungeteilterer Zustimmung der landwirtschaftlichen Bevölkerung – soweit man der Literatur Glauben schenken mag – verwirklicht worden zu sein:

Seit 1896 plante die Bergwerksgesellschaft Teutonia, in der Gegend von Schreyahn, Blütlingen und Wustrow eine Bergwerksindustrie aufzubauen. 1898 wurden verschiedene Probebohrungen vorgenommen, die bezeichnenderweise von der Außenwelt abgeschirmt, geheim und zwar hinter einer Holzwand durchgeführt wurden. Angesichts dessen scheint es nicht ganz abwegig anzunehmen, daß es unter den Bauern Widerspruch oder gar Widerstand gegen die Bergwerksbetreiber gab. Denn warum sollte man solche Geheimniskrämerei nötig haben, wenn die Bauern diesem Projekt zustimmten, und warum schickten die Landwirte ihren Kuhhirten Christoph Jahrbeck vor Ort, damit er »durch ein Astloch« guckt »und berichtet, ob sie Ton, Gips oder buntschillerndes Salz gefunden hatten«?[36] Auch scheinen mir die jahrelangen Verhandlungen verdächtig (von 1896-1905), bis man mit den Gemeinden und den Bauern über die Grundstücke Verträge abgeschlossen hatte, auf denen die Bergwerke errichtet werden sollten. 1907 wurde dann in der Gemarkung Lensian, 1913 in der Gemarkung Luckau und bei Wustrow 1917 der Kalibergbau in Betrieb genommen. Ein paar Jahre beschäftigten diese Schachtanlagen »etwa 1000 Arbeiter, darunter hunderte von Maurern, Zimmerleuten und Handlangern auch für die Anlagen über Tage, die zum Teil aus Wustrow und Umgebung kamen, zum weitaus größeren Teil jedoch aus allen Gegenden Deutschlands«.[37] Wieder sahen sich die »Wendländer« getäuscht, hatten sie sich doch mit dieser Industrie neben einer besseren Verkehrserschließung, von der auch die Landwirtschaft in den was entlegeneren Gebieten hätte profitieren können, eine wirksame Lösung der Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern versprochen, zu denen in Wustrow in immer stärkerem Maße, seit dem die Brüder Friedrich und Ernst Wentz ab »1874 mit 30 in England gebauten eisernen Webstühlen« eine mechanische Leinenweberei betrieben,[36] die verarmten bäuerlichen Flachsspinner und Handweber zählten; stattdessen wurde der wesentliche Teil der benötigten Arbeitskräfte in die Region geholt, die nach dem Ersten Weltkrieg, nachdem zwischen 1919 und 1926 nach und nach die Schachtanlagen stillgelegt waren, zusätzlich als Arbeitslose die Wirtschaft des Landkreises belasteten.[39]

In Bezug auf die Frage nach der Sicherheit der Salzstöcke zur Lagerung von Atommüll möchte ich hier folgende Passage über die Bauarbeiten an den Schachtanlagen einfügen: »In den Tiefen von 360 bis 460 Metern stieß man auf Salz. Große Schwierigkeiten machte hierbei immer wieder das eindringende Wasser. Es mußte ständig mit Dampfpumpen abgepumpt werden. Daneben wurde das Eindringen von Wasser auch durch eine andere Technik eingeschränkt. Es waren drei Gefrieragregate von je 160.000 Kalorien eingesetzt, um Salzwasser bis auf minus 35 Grad Celsius abzukühlen. Dieses wurde hinuntergeleitet und durch die große Kälte das eindringende Wasser in der Schachtwand zum Gefrieren gebracht. Als dann später in der Nähe der Salzlager salziges Wasser eindrang, mußte die Temperatur der Salzlauge auf minus 45 Grad herabgesetzt werden, um auch hier noch ein sicheres Erstarren zu erreichen. Im Schacht Wendland trat auch schon Erdgas in die Salzlagerstätte ... Bei diesem Schacht war es wegen der erheblichen Schwierigkeiten mit eindringendem Wasser gar nicht erst zur Förderung gekommen.«[40] Welche Bedeutung diese Bergwerkserfahrungen für die Einlagerung hochradioaktiver, heißer, nicht mehr brauchbarer Brennelemente haben sollte, kann man in dem Gutachten von Eckard Grimmel nachlesen.[41]

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten sich im Landkreis Lüchow-Dannenberg, ähnlich wie überall in Deutschland, Arbeiter- und Bauernräte, deren »revolutionäre« Tätigkeit sich jedoch – in Wustrow, von anderen Gemeinden wird in der Literatur nichts berichtet[42] – in der Suche nach einer neuen »Schreibhülfe« und in deren Ablehnung bestanden zu haben scheint, weil diese nach der Forderung des Bürgermeisters »a) mehr Gehalt bekommen soll(te) und b) die Tochter des Bürgermeisters« war.[43] Ansonsten berichten die verschiedenen Autoren über das »Wendland«, daß die Novemberrevolution von 1918 dort ohne Einfluß blieb.[44] Dazu wollen mir jedoch die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur durch die Einführung des mechanischen Webstuhls, durch den erwähnten Betrieb der Kalisalzbergwerke, außerdem die bereits dargestellte Widerstandshaltung der wendländischen Bauern nicht ganz passen. Da ich jedoch hierüber zunächst einmal allein auf die Literatur angewiesen bin, die meine Reiselektüre bildete, bleiben mir leider nur Vermutungen. Das gilt weitestgehend auch für die folgenden Hinweise, die ich bei meiner weiteren Lektüre fand. So las ich u.a., daß die »Deutsch-hannoversche Partei«, die sogenannte »Welfen-Partei«, für die der Landkreis Lüchow-Dannenberg seit 1871 eine Hochburg darstellte, seit 1919 eine rege politische Tätigkeit entfaltete, zahlreiche Ortsverbände gründete und für 1924 auch hier die niedersächsische Separatisten-Bewegung »Los von Preußen – Los von Berlin« vorbereitete. Doch erreichte sie damit nur eine empfindliche Schlappe, da sie im Landesdurchschnitt nicht das erforderliche Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. »Welfentreue ist ein Stück wendländischer Tradition. Ihre Weltanschauung schien sich einst im Preußenhaß erschöpft zu haben. Das, was abbgrundtief bösartig ist, pflegt der Wendländer selbst heute noch als 'prais'sch' zu bezeichnen. Das dunkelste Gehölz ist das 'Praisser 'Olt' (Salzwedeler Stadtforst). Zieht ein sehr schweres Gewitter auf, so heißt es vielsagend: 'Nu ward datt oawer prais'sch!'«[45] – Trotz der politischen Niederlage, die sich die Welfenpartei mit ihrer Separatisten-Bewegung einhandelte (im Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde sie von 41,7 % der Wahlberechtigten unterstützt)[46], bewahrten sich die »Wendländer« ihre »konservative« Einstellung, die mit einer schnell aktiven, oppositionellen Haltung gepaart ist, wann immer es um

ihre wirtschaftliche Existenz und gegen ihre erhaltenen autonomen Positionen geht. Das wurde angesichts der großen Agrarkrise Ende der zwanziger Jahre besonders deutlich, als sich auch hier die Bauern gezwungen sahen, sich in einer »Landvolkbewegung« zusammmen-, der »Landvolkbewegung« anzuschließen. Es kam zur Gründung eines »Landvolkverbandes«, der heute noch besteht und 1928 aufgrund der schlechten Wirtschaftslage im Landkreis eine Reihe von »Notkundgebungen« abhielt, auf denen u.a. auch »Lohnforderungen und -aufbesserungen der Arbeiterschaft unserer Sägewerke« gestellt wurden.[47] Wenn die »Landvolkbewegung« im Wendland auch keine so spektakuläre Radikalität wie in Schleswig-Holstein oder in Ostpreußen in Pilkallen[48] zu entfalten vermochte, so scheint sie doch immerhin von solcher Bedeutung und Wirkung im Landkreis gewesen zu sein, daß die lokale Geschichtsschreibung sie nicht völlig zu verschweigen wagte, was in Bezug auf den Widerstand während der NS-Zeit der Fall ist. Wir erfahren zwar, daß 1932 die NSDAP die früher Jahrzehnte lange führende Rolle der Welfenpartei übernahm, und daß sie bei den Wahlen des Jahres 1933 sogar stets 20 % Stimmen über den Reichsdurchschnitt erlangte[49], aber nirgends wird etwas von den Zwangsarbeitern im »Wendland« berichtet. Man kann zwar nachlesen, daß die Munitionsfabrik in Dragahn während des Zweiten Weltkrieges, die bis heute als »Munitionswiederaufbereitungsanlage« fortbesteht, oder die »vielen noch gut bekannten Benzin-Einlagerungsstellen mit den riesigen Tanks in Hitzacker durch die sogenannte Wifo« oder schließlich »– last not least – die große Anlage in Neu-Tramm zur Zusammensetzung der V1 während der Jahre 1940 bis 1945«[50] errichtet worden sind, aber nichts darüber, wie sich die »Wendländer« dazu verhalten haben. Es wird von der »allgemeinen Freude« über die »nationale Erhebung« des Jahres 1933, von den Sportfesten der Hitlerjugend im Landkreis, von der Errichtung von Arbeitsdienstlagern in Gartow 1933 und in Gorleben 1936 (»mit einer Stärke von 214 Mann«[51]) berichtet, doch so, daß man den Eindruck gewinnen könnte, von den Lüchow-Dannenbergern sei nicht nur die Gleichschaltung unter dem NS-Regime, sondern auch und vor allem die Errichtung aller Großprojekte bereitwillig, zumindest aber »widerstandslos« hingenommen worden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verhielt sich die Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg betont zurück. Es wird behauptet, daß sich hier manch ein exponierter Nazi ungeschoren verstecken und bis zur rechten »Restauration« in der BRD halten konnte. Außerdem waren die vierziger und fünfziger Jahre bestimmt durch einen hohen Anteil neuer Ansiedler, die als Flüchtlinge aus dem Osten oder Aussiedler aus den polnischen Gebieten jenseits der Oder-Neiße zum beträchtlichen Teil hier wieder in der Landwirtschaft heimisch werden konnten. Im Ganzen blieb das »Wendland« jedoch weiterhin vernachlässigt. Erst in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren wuchs das Interesse an der Region. Die Nostalgiewelle bewog schon seit den sechziger Jahren zahlreiche Angehörige der Halbschickeria aus Hamburg und Berlin sich verwaiste Bauernhäuser oder zumindest Grundstücke zu kaufen, auf denen sie dann ihr zweites »Eigenheim« setzten, ihren »Landsitz« einrichteten. Mit dieser Entwicklung ging von Seiten der Gemeindepolitiker eine verstärkte Werbung für den Fremdenverkehr einher. Der Gartower See, Campingplätze, Feriensiedlungen und besonders der autogerechte Ausbau vieler Straßen, vor allem der sogenannten Elbuferstraße (vorläufig bis Hitzacker) waren die Folgen. Zunächst schienen die Bauern diese Maßnahmen zu begrüßen. Als sie jedoch merkten, daß wieder einmal die Rechnung ohne sie gemacht werden sollte, entwickelten sie mehr und mehr Aversionen gegen die Fremdenverkehrsprojekte. Die Grundstückskäufe der Hamburger und Berliner Lackaffen und auch die der linken »Emigranten« ließen die Bodenpreise sprunghaft in die Höhe steigen. Als dadurch ihr eigener Grund und Boden mehr und mehr zu einem für sie nicht mehr kontrollierbaren Spekulationsobjekt Fremder zu werden drohte und als sie sahen, daß ihre Landschaft durch den weiteren Ausbau des Gartower Feriensees und durch die Errichtung von weiteren Campingplätzen noch mehr zerstört werden sollte, schlossen sich Mitte der siebziger Jahre, kurz bevor das Konzept der Wiederaufbereitungsanlage viele dieser Pläne vorerst stoppte, »wendländische« Bauern und Bürger aus verschiedenen Orten zusammen: Sie sammelten Unterschriften und bauten Sperren, daß nicht schon jetzt vorwitzige Camper mit ihren Autos und Wohnwagen und vor allem weitere Bodenspekulanten vollendete Tatsachen schaffen konnten.[52]

Wenn es mir bei der bisherigen Lektüre in den verschiedenen Broschüren, Büchern und heimatkundlichen Zeitschriftenartikeln so vorkam, daß die Widerstandshaltung der »alten« bäuerlichen, ehemals wendischen Bevölkerung im Landkreis Lüchow-Dannenberg ohne Kontinuität, eher nur punktuell zu besonderen Ereignissen festzumachen sei, so gibt es doch eine Reihe von Anlässen, die immer wieder den berechtigten Unmut der »Wendländer« erweckte. Ähnlich wie sie sich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gegen die drückenden Frondienste und -abgaben ständig wehren mußten, haben sie sich seither immer wieder gegen die obrigkeitliche Verkehrspolitik und alle damit zusammenhängenden Bereiche auflehnen müssen, um sich ihre landwirtschaftliche Existenz und ihren Besitzstand zu erhalten. Es begann damit, daß die Jeetzel in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts immer weniger schiffbar wurde infolge der verstärkten Eindeichung der Elbe. Diese Eindeichung der Oberelbe diente zwar dem Ausbau der Binnenschiffahrt von Hamburg bis weit ins Reich hinein, mußte aber der Landwirtschaft im Landkreis Lüchow-Dannenberg in vieler Hinsicht zum Nachteil, zum Schaden gereichen: Immer wieder kam es jetzt zu verheerenden Überflutungen bei Hochwasser, zu Überschwemmungen weiter Landstriche; auch die Jeetzel mußte eingedeicht werden, was jedoch weitere Hochwasserkatastrophen zur Folge hatte, so daß die Deiche wiederholt verstärkt, erhöht oder gar ganz neu angelegt werden mußten.[53] Damit war zwangsläufig auch eine Veränderung im Straßenbau notwendig. Doch meistens blieben die staatlichen Maßnahmen nur unzureichend, solange es sich »lediglich« um Belange der »wendländischen« Bauern handelte. Wir haben bereits gesehen, sowohl im Zusammenhang mit den Eisenbahnverbindungen zwischen den Städten, als auch beim Bau der Kalibergwerke, als auch zuletzt bei der Errichtung und dem Ausbau von Fremdenverkehrszentren, daß den Interessen der Bauern immer nur zögernd und wenn überhaupt, nur nach erheblichem Widerstand gegen die obrigkeitliche Politik entsprochen wurde. Nicht, daß die Bauern gegen einen Ausbau des Schienennetzes, des Straßennetzes, der Deiche, wo sie nun einmal vorhanden sind, agieren, sie wenden sich aber gegen die falschen Straßen, gegen die Flurbereinigungen, die ihnen in diesem Zusammenhang aufgezwungen werden sollen! Wie sie sich dagegen in der Vergangenheit zur Wehr setzten, ist allerdings aus der Literatur wieder nicht zu entnehmen, doch illustrieren manches häufig Zeitungsmeldungen wie diese vom 22. November 1975: »Vor Jahren hatten demonstrativ gezeigte schwarze Fahnen im Lemgow die Öffentlichkeit auf Wassersorgen aufmerksam gemacht; das trug mit dazu bei, daß der Landgraben ausgebaut wurde. Jetzt werden wieder schwarze Fahnen gezeigt, diesmal gegen einen Straßenbau. ... Schwarze Fahnen hängen also am Schild der Flurbereinigung.«[54]

Mit dem atomaren Ungeheuer »Wiederaufbereitungsanlage« wurden dann all diese Probleme ins fast Unermeßliche getrieben: nicht nur daß ein zweimal 12 Quadratkilometer großer, insgesamt 60 m hoher Gebäudekomplex entstehen soll, sondern daß damit der Bau von drei Kernkraftwerken, einem Elbehafen am Höhbeck, gigantischen Straßen-, Schienen- und Elektrizitätstrassen, also eine totale Zerstörung der gesamten landwirt-

schaftlichen Struktur des »Wendlandes« verbunden sein wird. Klar, daß damit die weitaus vehementeste und »politischste« Mobilisierung der Bauern hervorgerufen wurde. Noch ehe der Startschuß für all diese Projekte gegeben wurde, hatte »die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen ... im März und April 1978 den Eigentümern des Geländes Angebote zum Abschluß von Kaufverträgen gemacht und hierbei Kaufpreise geboten, die die bisherigen Marktpreise um das etwa Zehnfache überstiegen«.[55] Hierin empfanden die meisten Lüchow-Dannenberger vorerst den stärksten Eingriff in ihre Existenzgrundlagen. Darüberhinaus erhielten vor diesem Hintergrund die Bodenspekulationen der »Landsitzschickeria« aus Berlin und Hamburg und ebenso der sich selbst als linke »Emigranten« verstehenden »alternativen Siedler« mit ihren Grundstückkäufen, die die Bodenpreise bereits vor Jahren erheblich ansteigen ließen, ihren eigentlichen Stellenwert für die »Wendländer«.

Nach dieser Lektüre drängten sich mir eine Reihe weiterer Fragen an und vor allem über die »Freien Republikaner« auf: Welches ist eigentlich deren eigene politische Position, von der aus sie gegen AKWs und ...(?) kämpfen? Haben sie überhaupt eine solche politische Position? Oder haben sie sie vielleicht aufgegeben, weil sie sie nicht bei den Bauern durchzusetzen wagten, oder sie nicht durchzusetzen vermochten? Oder reisen sie ohne jegliches Theorie- und Geschichtsbewußtsein von einer Platzbesetzung zur anderen, weil es gerade schick ist? – Und wie steht es mit den »Emigranten«, die doch seit Jahren mit den »Wendländern« zusammenzuleben versuchen? Haben sie nicht gemerkt, daß sie genauso wie die Vertreter der Halbschikkeria aus Hamburg und Berlin zu den potentiellen Grundstücksspekulanten im Wendland gehören? Haben sie sich noch nicht gefragt, warum die meisten Bauern ihnen noch immer eher reserviert bis ablehnend gegenüberstehen, anstatt sie in ihre gewachsene Gemeinschaft voll zu integrieren? Oder haben sie vielleicht mehr das Schnitzwerk an den Balken der Häuser, in denen sie wohnen, und ähnliche Denkmalspflege im Kopf? – Ich habe Angst, daß manches so ist, wie ich es hier gefragt habe, und wenn es so ist, packt mich langsam gelindes Entsetzen.

Übergangen habe ich in diesem Bericht, was ich alles von den Grafen, vom Kleinhandwerk und den Pendlern zwischen ihrem Wohnsitz auf dem Dorfe und den entfernten Arbeitsplätzen in Lüneburg, Uelzen, Winsen, Geesthacht oder auch in Hamburg, von der Forstwirtschaft, von der Ökologie und den Naturschützern oder – last not least – über die bedeutende »wendländische« Pferde- und Schweinezucht gelesen und erfahren habe. Auf letztere scheinen die »Emigranten« gern ihre Informationen über den Landkreis Lüchow-Dannenberg mit dem Satz zu reduzieren: »Zur Zeit leben hier ungefähr 120.386 Schweine, Typ 'deutsche Landrasse', und ca. 50.000 Menschen.«[56] – Vielleicht könnt Ihr jetzt mein ungutes Gefühl in der Magengegend verstehen, das noch erheblich schlimmer geworden ist: Man ließ sich abräumen und feierte dieses auch noch als großen Sieg, statt sich der Niederlage zu schämen, weil man friedlich blieb und keinen Widerstand leistete. Eine makaber verkehrte Welt!

Bei all dem fand ich nur ein einziges schwaches Trostpflaster: an dem Tag, als die unwackeren »Freien Republikaner« sich von den prügelnden Besatzungstruppen im Wendland abräumen ließen, wohl bereits mit der festen Absicht, auch nachher sich jeglicher, vorher verbal beabsichtigter Aktion zu enthalten, da besetzte eine kleine Gruppe von AKW-Gegnern in HH-Bergedorf das HEW-Kundenzentrum, nur, um über die Vorfälle in Gorleben und Umgebung mit der Bevölkerung diskutieren zu können! – Ein Trostpflaster? – Auf mein erregtes Gemüt ja, aber mehr auch nicht.

Anmerkungen:

1) vgl. Autonomie Nr. 13 S. 70 ff. (Cora Stephan über die Autonomie Nr. 12 und meine Antwort).
2) Cordula, in: Atom-Express, Ztg. der Initiativen gegen Atomenergie Nr. 20, Juni 1980, S. 24
3) ebenda.
4) ebenda, S. 25.
5) vgl. Karl F. Kassel und Inge Mombauer: Briefe aus einer belagerten Provinz, Frankfurt/M. 1979, S. 142.
6) Ich habe selbst einen dieser Arbeitsverträge gesehen, aus dem eindeutig hervorging, warum die DWK da eingestellt hat.
7) Willi Schulz: Wenden und Wendländer, in: »Das Hannoversche Wendland«, Lüchow 1971 und 1977, S. 143.
8) ebenda, S. 144.
9) ebenda, S. 143.
10) Dietrich Langen: Alte lautliche Relikte im modernen wendländischen Platt, in: 3. Jahresheft des Heimatk. Arbeitskreises Lüchow-Dannenbberg 1972, S. 87-92.
11) R. Haberland: Geschichte des Grenzgebietes Gartow-Schnackenburg, 3 Teile, Teil III. Lüchow 1961, S. 35.
12) Joachim Schwebe: Volksglaube und Volksbrauch im Hannoverschen Wendland. Mitteldeutsche Forschungen 19, Köln/Graz 1960, S. 17.
13) ebenda, S. 20 f.; vgl. auch Georg Wieder: Leinenweberei und Flachsverarbeitung im Hannoverschen Wendland, in: 7. Jahresheft des Heimatk. Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1978/79, S. 121-128, hier S. 122.
14) R. Haberland, wie in Anm. 11: S. 36 ff.
15) ebenda, S. 35.
16) Hervorhebung von mir.
17) R. Haberland, wie in Anm. 11: S. 27.
18) Bernd Wachter: Vom Mittelalter zur Neuzeit, in: »Das Hannoversche Wendland«, Lüchow 1971 und 1977, S. 72.
19) ebenda.
20) Georg Wieder, wie in Anm. 13: S. 121.
21) Peter Kriedte/Hans Medick und Jürgen Schlumbohm: Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Lande in der Formationsperiode des Kapitalismus. Göttingen 1978, allgemein.
22) Georg Wieder, wie in Anm. 13: S. 122.
23) ebenda.
24) Heinrich Flügge: Die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Lüchow-Dannenberg seit hundert Jahren und ihre weitere Entwicklung, in: 5. Jahresheft des Heimatk. Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1974/75, S. 107 f.
25) ebenda, S. 117.
26) ebenda.
27) ebenda, S. 114.
28) vgl. Elbe-Jeetzel-Zeitung vom April 1971.
29) Heinrich Flügge, wie in Anm. 24: S. 111.
30) Joachim Schwebe, wie in Anm. 12: S. 11.
31) Rundlinge im Hannoverschen Wendland. Herausgegeben vom Verein zur Erhaltung von Rundlingen im Hannoverschen Wendland E.V., als Heft 3 seiner »Veröffentlichungen«, Lüchow 1979, vor allem S. 26 f.
32) vgl. Anm. 20.
33) Zwischen Himmelsziege und Steppenhexe, Hamburg 1979, S. 5.
34) A. Keseberg: Die Geschichte des Fleckens Clenze, 956-1956, Lüchow 1956, S. 93.
35) ebenda.
36) 600 Jahre Stadt Wustrow, Wustrow 1977, S. 50 ff.
37) ebenda, S. 53.
38) 600 Jahre Stadt Wustrow, Wustrow 1977, S. 39.
39) ebenda, S. 53.
40) ebenda, S. 50 und 53.
41) Eckard Grimmel: Ist der Salzstock zur Einlagerung radioaktiver Abfälle geeignet? Kopf aus dem Sand Nr. 6, Bremen 1978.
42) 600 Jahre Wustrow, S. 54.
43) ebenda.
44) vgl. z.B. Bernd Wachter, wie in Anm. 18: S. 70.
45) Joachim Schwebe, wie in Anm. 12: S. 20 f.
46) Bernd Wachter, wie in Anm. 18: S. 70 ff.
47) R. Haberland, wie in Anm. 11: S. 118.
48) vgl. Onno Poppinga: Bauern und Politik, Frankfurt/M-Köln 1975, S. 160 ff.
49) Bernd Wachter, wie in Anm. 18: S. 70.
50) Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 27.6.1978.
51) R. Haberland, wie in Anm. 11: S. 119 f.
52) Zeugenaussage eines der Beteiligten an dieser BI.
53) vgl. hierzu Otto Puffahrt: Ausmaß und Schäden der Überschwemmungen in der Jeetzelniederung durch Elbehochwasser, in: 5. Jahresheft des Heimatk. Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg 1974/75, S. 137-143; ders.: Der Deichbau und die Entwässerung im Deich- und Wasserverband Pisselberg, in: ebenda, 6. Jahresheft, S. 43-50.
54) Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 22.11.1975.
55) Sie verkaufen ihr Land. Zum Landankauf der DWK in Gorleben. Juristische Gutachten, Hintergründe, Dokumente. »Lex Gorleben«. Kopf aus dem Sand Nr. 9, S. 72.
56) Autonomie Nr. 12, S. 30.

Ideologische Strömungen bei den Grünen

Als wir dieses Heft planten, rangierte die Frage nach den politisch-ideologischen Zielen der 'Grünen' unter 'ferner liefen'. Wir nahmen sie nicht sonderlich ernst. Wie die meisten militanten Gruppen der Anti-AKW-Bewegung hielten wir sie für bedeutungslos im Zusammenhang mit dem auch uns sehr intensiv tangierenden Trend zu den 'Grünen'. Die Ausgangshypothese war so: Personell wie ideologisch ist die durch Gruhl und Bahro repräsentierte Funktionärsschicht der kommenden grün-sozialistischen Partei bedeutungslos. Was sie schreiben und proklamieren, wird von ihrer Basis weder registriert noch ernstgenommen. Denn das sind alte Führer, die allen Vorstellungen von Basisdemokratie feindlich gegenüberstehen und mit ihrem hemmungslosen Macht- und Pfründenpoker innerhalb der sich formierenden grün-sozialistischen Partei die dahinterstehenden politisch-ideologischen Inhalte gründlich selber desavouieren. Das wirkliche Problem der Auseinandersetzung besteht folglich gegenüber der zu den Grünen abdriftenden Basis, nicht gegenüber den Wortführern, welche die einfachen Mitglieder ohnedies so schnell wie möglich loswerden wollen.

Wie steht es dann mit der sozialen Zusammensetzung dieser organisatorischen Basis? Es handelt sich um Leute, die in der Aufschwungsphase der Anti-AKW-Bewegung am Rand der BIs aktiv waren und sich nach den Rückschlägen von 1977 wieder zurückgezogen haben. Die dezentral-subversive Fortsetzung der Massenaktionen nach 1977 war für sie inakzeptabel, denn sie wollen zwar den heraufziehenden Atomstaat verhindern, mit ihren Aktionen aber die legalistischen Grenzen des Protestes nicht überschreiten. Und so wurde für sie die grüne Bewegung attraktiv, die in ihre Rückzugsbewegung einschlug. Sie verhieß ihnen einen neuen institutionellen Rahmen mit Parteisatzung, FDGO-Loyalität und garantierter 'Gewaltfreiheit', innerhalb dessen sie etwas zu verändern hoffen. Diese Veränderungen meinen sie tatsächlich ernst, und überdimensional groß sind die diesbezüglichen Illusionen. Entsprechend genau und korrekt sollten wir mit ihnen umgehen. Voraussetzung dafür ist, daß wir wissen, was den jetzt parteimäßig abdriftenden Resonanzboden von der bisherigen Anti-AKW-Militanz sozial trennt. Es handelt sich im großen und ganzen um Leute aus den sozialstaatlich 'garantierten' Schichten der Mittelklasse: Mittelbauern und akademisch-kulturpolitisch aktive Stadtflüchtige in den ländlichen Regionen: Lehrer, akademische Freiberufler, akademische Kader des kommunalpolitischen Verwaltungsapparats in den Großstädten. Ihre soziale Situation legt die Ursachen für ihre geringe Risikobereitschaft im Kampf für basisdemokratische und umweltfreundliche Lebensverhältnisse bloß: Ein falsches Foto, eine zu weitgehende institutionelle Regelverletzung kann sie ihre bisherige Existenzweise kosten. Ein oft lebenslang 'garantiertes' Einkommen von DM 3.000,- monatlich, aber auch die Anpassungszwänge der EG-Marktordnungen auf dem normierten 50-Hektar-Hof sind gewaltige ökonomische Zwangsmittel, welche die Zone der 'garantierten' Akademiker-Beamten und -Freiberufler von den 'ungarantierten' wie unanständigen arbeitslosen Jugendgangs, Punks, Jobbern aller Art und den gewaltsam oder freiwillig deklassierten Mittelständlern scheidet.

Die derzeit ablaufende Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in militante Basisströmungen und gewaltfreie Grüne hat also eine handfeste materielle Grundlage. Die ist Produkt komplexer sozialer Umschichtungen in den siebziger Jahren. Insofern ist es eher verwunderlich, daß sie erst jetzt auch auf der politischen Ebene zum Ausdruck kommt. Alles in allem scheint's, daß die sozialtechnokratischen Seismogrphen des Regimes diese Spaltungschance fast verschlafen haben. Wie dem auch sei: die Gruhl, Bahro, Dinné und Co. holen inzwischen kräftig nach.

Damit stellt sich erneut die Frage, obb der 'garantiert'-mittelständischen Basis der Grünen die ideologisch-strategischen Bestimmungen ihrer Führer so egal sind, wie wir bislang angenommen habben. Wie wir hören, hat die von vielen Militanten prophezeite Desillusionierung angesichts der gnadenlosen internen Machtkämpfe zwischen den ideologischen Hauptflügeln bereits begonnen. Aber wie weit wird sie, die Echtheit dieser Insider-Einschätzung vorausgesetzt, gehen, und wohin wird sie führen? Wir sind inzwischen skeptisch geworden. Vor allem sehen wir bisher keine Anhaltspunkte, die dafür sprechen, daß die Desillusionierten sich endlich auch die ideologischen Ziele der grün-sozialistischen Funktionäre vornehmen könnten. Eher scheint das Gegenteil einzutreten. Während die Auflagen der ideologischen Hauptpamphlete sprunghaft weitersteigen, läßt die Auseinandersetzung mit ihren Inhalten noch immer auf sich warten. Wenn überhaupt, so werden Einzelaspekte herausgegriffen und im Tageskampf eingesetzt. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen scheint sich der von Gruhls 'Grüner Aktion Zukunft' ausgehende Strang abzuschwächen, der von Bahro und dem 'sozialistischen Büro' angeheizte und mit der SPD-'Linken' abgesprochene Trend verstärkt durchzusetzen. Wir werden zeigen, daß derlei dem Versuch ähnelt, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Vor allem aber scheinen im Verlauf der jüngsten Machtkämpfe unter den Grünen die strategischen Gemeinsamkeiten (dazu weiter unten) doch mehr und mehr im Fußvolk anzukommen. Die 'Tageszeitung', zweifellos das wichtigste Barometer, strotzt immer offenkundiger von einem vulgarisiert-gewaltfreien Mischmasch aus Gruhl und Bahro.

Alles in allem vermögen wir nicht mehr den in den militanten Basisgruppen verbreiteten Standpunkt zu teilen, die mit den Grünen nach vorn gespielten neuen ideologischen Tendenzen seien bedeutungslos, weil sie deren Anhängerschaft gar nicht

erreichten. Eher scheint seit neuestem das Gegenteil der Fall zu sein. Wenn das so ist, dann können wir die Grünen auch nicht mehr rechts liegen uns sich selbst über-lassen. Genauso hinfällig ist dann auch die bisherige Konzeption, die Grünen systematisch aus den eigenen Aktivitäten herauszuhalten und sie an den diversen Wahlsonntagen mit Proteststimmen von unten zu versorgen. Wir werden in den beiden folgenden Untersuchungen über Bahro und Gruhl vielmehr zeigen: Weit über ihre politische Spaltungsfunktion hinaus **sind die politischen Strategien der Grünen eine brisante Gefahr, weil sie eine Verbindung des neuaufgelegten Sozialdarwinismus mit den technokratischen Utopien der Sozialdemokratie betreiben.** Sie finden dabei makabrerweise gerade in den Sektoren der 'nichtgarantierten' Jobberszene ein vorfabriziertes Gerüst 'alternativer' wie mystisch-selbstzerstörerischer 'Innerlichkeit' vor, das im Verlauf der Selbstkommerzialisierung dieser Szene aufgebaut wurde. So kann es, wenn wir nicht aufpassen, durchaus so weit kommen, daß eine grün etikettierte Mischung aus sozialdarwinistischen wie technokratischen Inhalten nicht nur den Widerstand der 'Garantierten' neutralisiert, sondern auch die Militanz der nichtgarantierten Basisbewegung umpolt. Für uns ist jedenfalls die Unbedarftheit, mit der gegenwärtig die Plattitüden zwischen Gruhl und Bahro noch einmal vulgarisiert und in eine neue Lebensphilosophie 'gewaltfreier Bedürfnislosigkeit' umgegossen werden, ein akutes Alarmzeichen.

Ein Technokrat im Gewand des Propheten: Baghwan Bahro

1. Produktivkraft Religiösität

Ich muß gestehen, bei mir stellen sich langsam gewisse Anzeichen von Irresein ein. Oder bin ich etwa, wie Gulliver auf seinen Reisen, über Nacht und ohne es zu merken, in das Land der Riesen oder der Zwerge versetzt, mit fremden Gebräuchen, fremder Geschichte, fremden politischen Auseinandersetzungen? Zunächst habe ich Bahro keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ich dachte: ein – wohl ganz mutiger – Dissident mehr, gefundenes Fressen für die Rechten, hoffentlich kommt er bald raus. Als dann die Organisation von Solidarität in Wallung kam (Bahro-Kongress, Resolutionen usw.), wunderte sich mein Unterbewußtes schon, welch breites Spektrum von rot bis rosa sich da vereinigte, mein Bewußtes zollte den Bemühungen gegen den DDR-Knast weiterhin Respekt. Als Bahro dann in der BRD auftauchte und gleich einen Posten an der Bremer Uni bekam und seine Doktorarbeit bei Oskar Negt weiterschreiben durfte, wuchs eine gelinde Verblüffung in mir auf, ich hielt es aber immer noch nicht für unbedingt notwendig, mich durch die 540 Seiten lange »Alternative« hindurchzuwälzen. Als Bahro dann aber anfing, bei den Grünen mitzumischen, die ich damals jedenfalls global für technologiekritisch hielt und als ich zugleich erfuhr, daß Bahro früher hoher Funktionär der DDR-Arbeitswissenschaft gewesen ist, da läutete schließlich das Alarmglöcklein in meinem Gehirn. Denn aus intensivem Studium war mir bekannt, daß die DDR-Arbeitswissenschaft an zynisch-technokratischer Einstellung im Weltmaßstab ihresgleichen sucht. Saulus Bahro jetzt Paulus Bahro? Wolf im Schafspelz? Schaf im Wolfspelz? Schaf im Schafspelz? Mir war klar, ich kam um die »Alternative« nicht mehr herum. Und jetzt, nachdem ich so gut wie alles von Bahro gelesen habe, bin ich sprachlos, baff. Wolf im Wolfspelz.

Bahro steht jetzt auf Platz 8 der Spiegelbestsellerliste. Es gibt Bahro-Lesekreise und ich glaube, eine Menge Leute haben sogar Bahro gelesen, auch Bekannte von mir, die ich global zur »Linken Scene« rechne – ich hab mich gefragt, was sagen die, wenn sie lesen, daß Bahro den Staat als »Zuchtmeister der Gesellschaft für ihre technische und soziale Modernisierung« bezeichnet? Was machen ehrliche Grüne, wenn sie von Bahro hören, daß man die kybernetisch orientierte »Strukturierung des Bewußtseins« durch einen »gewissen kulturell gesicherten Zwang« herstellen müsse, daß die »Technologie gebildete Massen erfordert«? Warum gibt es so wenig Kritik, und wenn, dann auch nur zaghafte?

Für einige liegt es sicher daran, daß sie keine Übung in marxistischer Begrifflichkeit haben und auf das pathetisch-humane Gerede hereinfallen, mit dem Bahro seine Rezepte garniert.

Wie könnte man sich auch anfänglich des Wohlbehagens beim Lesen solcher Sätze erwehren? Die Produktion in einer allseits »gebildeten Gesellschaft« wird »mehr auf dem Intellekt als der Körperkraft« beruhen. »Es wird eine Harmonie zwischen den Bedürfnissen der gebildeten Individuen nach sinnvollen, befriedigenden, kreativen Aufgaben und einer flexiblen Organisationstruktur geben. ... Phantasie, Erfindungsreichtum, Kreativität wird auf eine Weise zum Zuge kommen, die heute noch unvorstellbar erscheint. Soziale Strukturen werden nicht länger Instrumente psychischer Repression sein, sondern zunehmend Spiel und Freiheit im Namen von Neugier und Nachdenklichkeit fördern. Bürokratie war eine monumentale Entdeckung zur Nutzbarmachung der Körperkraft der industriellen Revolution. Denn nun brauchen wir Strukturen von Freiheit, die den Ausdruck von Spiel und Phantasie erlauben und neue Arbeitsfreude erschließen.«

Sollte Bahro diese Zeilen lesen, so wird vielleicht er allein wissen, daß sie nicht von ihm stammen, denn sie könnten jedem Kapitel des »Plädoyers für eine schöpferische Initiative« oder der »Alternative« entnommen sein. Er wird wohl auch wissen, wo sie stehen. Denn sie flossen aus der pathetischen Feder eines seiner kapitalistischen Gewährsleute, des amerikanischen Organisationstheoretikers W.G. Bennis. Sie sind sehr wichtig, denn sie bieten den entscheidenden Angelpunkt, von dem aus wir Bahro bis hin zu seinen letzten pseudoreligiösen Verpuppungen begreifen können. Die Beschäftigung mit Bennis und anderen amerikanischen arbeitswissenschaftlichen Motivationstheoretikern hat Bahro die entscheidenden Impulse gegeben, die seine Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation und Evolution bis in die heutigen Tage bestimmt haben. Ein Freund von mir, dem ich ansonsten kein schlechtes Urteil zutraue, hat sich zur Begeisterung über Bahro durch seine emanzipatorischen Redensarten hinreißen lassen. Wer sich nur halbwegs auskennt, weiß, daß die Redensarten nicht nur zum

gängigen Handgepäck des kapitalistischen Arbeitsorganisators gehören, sondern daß »Demokratie«, »Kreativität«, »Freiheit« zu den kompensatorischen Strategien einer bestimmten Phase der extrem zugespitzten Verwertungskrise der kapitalistischen Gesellschaft rechnen. Als solche, und ausschließlich als solche (man soll sich dabei von Bahros Religiosität nicht irre machen lassen) macht auch Bahro exzessiven Gebrauch von diesen Begriffen. Jeder, der sich bei den anglo-amerikanischen Theoretikern der Arbeitsmotivation auskennt, wird mir glauben, daß ich aus ihren Zitaten (Bennis, Drucker, Herzberg usw.) ohne weiteres ein neues Bahro'sches Buch zusammenpinseln könnte. Wenn wir uns durch den emanzipatorischen Schein seiner motivationstechnologischen Reizwörter nicht blenden lassen, kommen wir Bahro sehr schnell auf die Spur.

Mir geht es an dieser Stelle weniger um eine Interpretation von Bahros Schriften. Daher werde ich mich bemühen, die theoretischen und praktischen Vorstellungen Bahros mit beispielhaften Zitaten zu belegen. Ich verstehe dies aber eher als einen Anreiz, Bahro selbst zu lesen. Ich halte Bahro und vor allem das, wofür er steht, für sehr gefährlich. Er ist ein Technokrat, wie man ihn in dieser ideologischen Reinheit nur auf dem rechten Flügel der SPD antrifft. All seine Überlegungen, vor allem die vorgeblichen humanen, zielen auf die Sicherung des technologischen Fortschritts ab, in ihren Dienst stellt er den ungehemmten totalen Zugriff auf gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklung der Individuen. Damit dient er sich als Integrationsfigur für eine neue sozialtechnokratische »Mitte« an, deren Gründungsphase wir zur Zeit erleben. Ihre Führung rekrutiert sich zu einem großen Teil aus der ehemaligen studentischen Linken. Sie ist dabei, im augenblicklichen Stadium der extrem zugespitzten Legitimationskrise des technokratischen Staates, einen neuen Typus von Arbeit zu organisieren, ohne den das staatliche Konfliktmanagement nicht mehr auskommt, den es aber wegen des breiten Mißtrauens und der unerträglich angewachsenen Feindseligkeit nicht mehr selbst leisten kann: eine dezentrale, scheinprivatisierte postindustrielle Integrationsarbeit. Jeder ist aufgerufen, sich klar zu machen, daß die augenblickliche Situation eine grundsätzliche Entscheidung von ihm abverlangt. Die genaue Lektüre von Bahros Schriften kann dabei ein gutes Stück helfen.

Bahro hat eine verhältnismäßig lange arbeitswissenschaftliche Karriere hinter sich. Seine entscheidenden Erfahrungen machte er, im Jahre 1967 als Leitungskader des Berliner Gummiwaren-Kombinats mit den Problemen arbeitstechnologischer Rationalisierung und Organisation beschäftigt . In diesem Großkonzern war er schließlich **Abteilungsleiter** für wissenschaftliche Arbeitsorganisation. Gerade zu dieser Zeit begann die WAO (= wissenschafftliche Arbeitsorganisation) in umfassendem Maße MTM und andere Mittel arbeitsorganisatorischer Kontrolle auf die DDR-Arbeiter anzuwenden. Die unmittelbaren Erfahrungen mit der technologischen Krise, mit dem Widerstand der Arbeiter gegen die technologische Gewalt der Rationalisierung und Arbeitsorganisation machten auch ihm die Grenzen linearer taylorisierender Arbeiterausbeutung deutlich. Genau an diesem Punkt fand er Zugang zur westlich-kapitalistischen Motivationspsychologie und ihren praktischen Folgerungen in den diversen Humanisierungsstrategien. Sein besonderes Thema war die arbeitsorganisatorische Krise der wissenschaftlich-technischen Arbeit, der Ingenieurarbeit. Ihr gilt seine Disesrtation, die in der DDR nicht angenommen wurde und hier als »Plädoyer für eine schöpferische Initiative« veröffentlicht wurde.

Ausgangspunkt dieses Buches ist die Beunruhigung über die Motivationskrise, in die die tayloristische zerlegende Arbeitsorganisation, die Entmündigung in starren Arbeitsprogrammen, die Ingenieurarbeit gestürzt hat. »Als wissenschaftliche Arbeit erhebt sich die lebendige Arbeit über den Bereich der Maschinerie bzw. den Verwaltungsmechanismus untergeordneten Funktionierens und rebelliert gesetzmäßig gegen das Fortwirken der davon geprägten Leitungsmodi.« (S. 159) Die traditionellen Methoden der Arbeitsorganisation müßten »zwangsläufig auf den Widerstand der Kader stoßen« (S. 168). Als guter orthodoxer Marxist und guter Vertreter der DDR-Arbeitswissenschaft räumt er der sogenannten »wissenschaftlichen Produktivkraft« den ersten Rang unter den Produktivkräften ein. Denn es gilt, gegen diese Krise die Voraussetzungen für die »volle Ausnutzung der von den wissenschaftlich ausgebildeten Kadern repräsentierten subjektiven Produktivkräfte« zu sichern (S. 182). Ähnlich wie die amerikanische Arbeitsorganisation sucht er die negativen Ursachen für den Abfall der wissenschaftlichen Leistungsmotivation in den arbeitsorganisatorisch-sozialen Einengungen und Beschränkungen und den darin begründeten Ursachen psychischer Zwänge. Hier rät er mit beängstigend totalem Zugriff zur Abhilfe. Seine Vorschläge für »eine Strategie zur umfassenden Mobilisierung der wissenschaftlich ausgebildeten Kader in der Industrie und ungehemmten Entfaltung ihrer schöpferischen Initiative« (S. 188) entwickelt dabei lediglich die Grundlagen der Hacker'schen »Arbeits- und Ingenieurpsychologie« weiter. Hacker ging es um die »großen Reserven für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die vor allem auch in den psychischen Faktoren liegen«. Bahro schlägt vor, alle Bereiche der »vorwiegend westlichen Humanwissenschaften« in den Dienst der wissenschaftlichen Arbeitsproduktivität zu stellen. »Aber auch wenn die Arbeitspsychologie die motivationale Formierung der Persönlichkeit nicht selbst zum Gegenstand machen wird, so erhebt sich doch die Frage, ob sie nicht wesentlich von dort her aufgebaut werden müßte.« Und in der dazugehörigen Fußnote: »Man erkennt die überragende Bedeutung, die der charaktereologischen motivationalen Sphäre der Persönlichkeit zugemessen wird ... deutlicher kann kaum akzentuiert werden, **wo** der Zugang zu den »Reserven in den Köpfen« liegt. (S. 86) »Die für die wissenschaftlichen Praktiker besonders charakteristischen »Reserven in den Köpfen« sind nur in nennenswertem Umfang zu erschließen, wenn es gelingt, die inneren Handlungsantriebe in ihrem personalen Kern zu stimulieren«. (S. 90) Da nach Bahro die Sozialstruktur (neben entwicklungspsychologisch relevanten Faktoren) dabei eine entscheidende Rolle spielt, ist sie in die Psychologie der produktivitätsorientierten Arbeitsmotivation mit aufzunehmen: »Ohne Aktivierung des gesellschaftlichen Lebens, wenn sich auch dort das formale Funktionieren durchsetzt, wenn dort also nicht die wirklichen Interessen der wirklichen Individuen in Bewegung geraten, wird jeder Versuch zur Intensivierung, zur qualitativ besseren Ausschöpfung des menschlichen Potentials stehen bleiben.« (S. 151) Von daher richtet Bahro in typisch kapitalistischer Weise alle nur möglichen in Betracht kommenden Faktoren (psychische und soziale) auf die Frage der Produktivitätsoptimierung zu. »Das Problem der Stimulierung besteht dann darin, die Gesamtheit der äußeren Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß sie im Rahmen der materiellen institutionellen Möglichkeiten maximal an die produktiven Handlungs- und Verhaltenstendenzen apellieren.« Das ist der Sinn, den er mit der von ihm propagierten »kreativitätsfördernden Situation« verbindet. (S. 153 f.) Nicht anders als Bennis und andere amerikanische Motivationspsychologen fallen dann in diesem Zusammenhang die positiven Reizwörter wie »Kreativität«, »Beseitigung der Subalternität«, »Freiheit«, »Demokratie«, vernutzt als Produktivitätsfaktoren.

Bahro macht keinen Hehl daraus, daß hierin die motivationsorientierte Arbeitspsychologie in Ost und West auf gemeinsamer Basis operieren. Wie in der DDR-Arbeitspsychologie üblich, findet man die Hinweise hierzu in den Fußnoten (einem

schüchternen Eingeständnis der Orientierung an den westlichen Ausbeuterkollegen). Auf Seite 159 heißt es: »Als wissenschaftliche Arbeit erhebt sich die lebendige Arbeit über den Bereich des der Maschinerie bzw. den Verwaltungsmechanismus untergeordneten Funktionierens und rebbbelliert gesetzmäßig gegen das Fortwirken der davon geprägten Leitungsmodi.« Dazu die Anm. 10: »Dies tut sie offenbar unabhängig vom Formationscharakter der Produktionsverhältnisse, in ihrer Eigenschaft als Produktivkraft. Gwisiani zitiert viele Belege dafür, daß die bürgerliche Managementtheorie dasselbe Problem auf den Boden des Profitsystems reflektiert, beispielsweise eine Äußerung Moglos: Die traditionellen Organisationsstrukturen mit ihrer starren Teilung von Verantwortlichkeiten und Rechten und ihren mechanistischen Rangordnungen erwiesen sich als zu wenig elastisch, um den Erfordernissen der dynamischen Geschäftssituation in den 60er Jahren gerecht zu werden. »Und die alternativen Überlegungen richten sich etwa auf die im Ernstfall systemtranszendierende Perspektive einer sogenannten Leitungsdemokratie, die nach Bennis »die Athmosphäre der Überzeugung, die volle freie Kommunikation einschließt, unabhängig von Rang und Macht. Schwerpunkt wird auf die Vereinbarung und nicht auf den Zwang gelegt. Daraus folgt, daß der Haupteinfluß aus der technischen Kompetenz und dem technischen Wissen nicht von persönlicher Laune oder dem Vorrecht der Macht abgeleitet wird.« (S. 535) Das wäre also eine »Demokratie für Spezialisten«, wie sie spontan auch manchen unserer hochqualifizierten Kader vorschwebt.«
Bahros Strategie einer totalen Unterwerfung gesellschaftlichen Lebens unter die Erfordernisse von Produktivität und Optimierung der Arbeitstechnologie lassen an Zynismus nichts zu wünschen übrig. Der Rest seiner Arbeit besteht im wesentlichen aus idealistisch pathetischen Füllseln, wie gesagt, sie sind aus Bennis oder Drucker bei Bedarf jeder Quantität und Qualität lieferbar.

Bahro hat mit diesem arbeitswissenschaftlichen Buch Anfang 1980 bei Oskar Negt in Hannover promoviert. In einem Postskriptum zum Verhältnis dieser Dissertation zu den in der »Alternative« niedergelegten Gedanken sagt er Ende 1979: »Wenn diese Schrift nun auch zwei Jahre später erscheint, als es meinem ursprünglichen Wunsche entsprach – ich will nun nichts mehr ändern, nichts hinzufügen. Auch finde ich meinen Abstand noch gar nicht groß genug, ihn zu formulieren. Keine Retuschen also. Mag die Sache ganz aus der Situation heraus sprechen, in der sie entstand: zwischen der ersten (1973) und der endgültigen Fassung (1975/77) der »Alternative««. In der Tat: Die Dissertation enthält nicht nur die ganze Begrifflichkeit der »Alternative«, sondern nimmt im Kern auch deren gedankliche Konstruktion voraus. Die »Alternative« ist nichts anderes, als die Übertragung seines motivationswissenschaftlichen Konzepts auf die Gesamtgesellschaft in ihrer aktuellen zugespitzten Legitimationskrise. Ich werde dies im Folgenden kurz darstellen, um vor allem den Übergang und die Entwicklung Bahros vom sozialwissenschaftlich orientierten Technologen der gesellschaftlichen Integration zum systemerhaltenden Techniker des religiösen Charismas zu charakterisieren.

Das Ziel, die gesamtgesellschaftliche Steuerung von der starren Bürokratie zu einer »Leitungsdemokratie der Spezialisten« zu transformieren, bildet auch den Kern und roten Faden der »Alternative«. Auch die uns bereits aus der »Initiative« bekannten Vorstellungen einer »Transformation von oben«, einer historischen Konvergenz spätkapitalistischer und real-sozialistischer »Leitungs- und Technostrukturen« tauchen mit fast wörtlich identischen Formulierungen in der »Alternative« wieder auf. Und ebenso ihr Zweck: Krisenmanagement der Techno- und Sozialstruktur, Beseitigung effektivitätshemmender Dysfunktionen, Mobilisierung intellektueller Arbeitskraft und der »Reserven in den Köpfen«. Die entscheidende Weiterentwicklung der »Alternative« über die »Initiative« hinaus besteht im wesentlichen in einem geschichtswissenschaftlichen Konzept, das die historisch-materialistische »Notwendigkeit« der »Spezialistendemokratie« oder: »Spezialistenherrschaft« plausibel machen und ideologisch absichern soll. Darüberhinaus wird ein interessantes Konzept zur Entwicklung einer deutschen Euro-kommunistischen Partei vorgeschlagen.

Bahro hat in der »Alternative« 540 Seiten vollgemacht und einen auf den ersten Blick beeindruckenden Fundus historischer Bildung bemüht. Gleichwohl sind seine Grundgedanken äußerst simpel. Von einigen moralistisch-religiösen und jakobinischen Einsprengseln abgesehen, kann man sein geschichtswissenschaftliches Erklärungs- und Legitimationsmodell als eine Kreuzung oder besser einen Bastard der systemtragenden Anteile marx-orthodoxer und bürgerlich rechtshegelianischer Geschichtsphilosophie diagnostizieren. Von beiden hat er den Gedanken unentrinnbarer geschichtlicher Notwendigkeit der politischen Herrschaftsstrukturen entlehnt. Aus dem materialistischen Geschichtskonzept der Marxorthodoxie löst er die Grundgedanken der grundsätzlichen politischen Neutralität der Produktivkräfte, die in ihrem Fortschritt die jeweiligen Umwälzungen der Politstruktur erzwingen, bzw. legitimieren. Die Vorstellung des gesellschaftlichen »Widerspruchs« wird reduziert zum Konflikt zwischen Produktivkraftentwicklung und der politischen- bzw. der gesellschaftlichen Leitungsstruktur. Aufgegeben werden die orthodox-marxistischen Vorstellungen von der Existenz und Notwendigkeit des Klassenkampfes und seiner Konsequenzen, wie auch die Vorstellungen von der Arbeiterklasse als historischem Subjekt. Dem bürgerlich-historischen Denken wird die Grundvorstellung einer Evolution der Zivilisation entlehnt. Unter Zivilisation versteht er in platt-hegelscher Manier nicht nur Technologie, Technik, »Kultur«, sondern vor allem auch die Organisation gesamtgesellschaftlicher Leitung. Sie ist bei ihm die sich von Stufe zu Stufe höher entwickelnde Form gesellschaftlicher »Synthesis«, gesamtgesellschaftlich-synthetische Arbeit, Herrschaftsorganisation.

Das alles wird vermatscht, verpackt und verrührt und am Ende kommt seine einzige zentrale Forderung heraus: Die Produktivkräfte, der Gang der Zivilisationen, der Weltgeist fordern: Die Herrschaft der Bürokratien ist überholt, die Spezialisten müssen an die Macht.

Sein Geschichtsmodell ist nun dies: Jede Gesellschaft größeren Umfangs jenseits der im Dunkel liegenden Epoche der »Urgemeinschaft« braucht eine besondere »Klasse, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft, für die die eigentlichen Produzenten keine Zeit hatten, besorgt! Leitung der Arbeit, der Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin Kunst und Wissenschaft« (S. 164). Das sind die Geschäfte der »sozialen Synthesis«, der »synthetischen oder allgemeinen Arbeit«, die bei Bahro auch unter dem neutralen Oberbegriff »Kulturleistungen« figurieren. Der Staat ist dabei jeweils objektiv notwendige Organisationsform, dieser »sozialen Synthesis«.

Einige Zitate sollen den geradezu bürgerlich-kulturhistorischen Gesichtswinkel Bahros charakterisieren! »Um zu begreifen, was seit 1917 gerade in den vitalsten Ländern ursprünglich nicht der »dritten«, sondern eigentlich der vorkapitalistischten zweiten Welt vorgeht müssen wir in erster Linie die durch die Weltgeschichte bestätigte zivilisatorische Rolle des Staates verstehen ... primär ist der Staat die Institution zur Zivilisierung, zur ursprünglichen Formierung der verschiedenen Gesell-

schaftskörper gewesen ... der Staat als Zuchtmeister der Gesellschaft für ihre technische und soziale Moderniesierung ...« (S. 149/150) ... Jede Epoche hat die ihr gemäße Form der »synthetischen« Arbeit und der »synthetischen Arbeiter«. Entsprechend kommen in der Geschichte unterschiedliche Formen der »Erkenntnisarbeit« und Regierungsarbeit vor. Alle sie, auch der größte Philosophenluxus oder die grausamste Despotie sind nach Bahro legitimiert, wenn für den Fortschritt notwendig. »Alle die charakteristischen Erscheinungsformen der Herrschaft, über die wir uns als naive Kommunisten zuerst hinweggetäuscht und dann empört haben, werden als praktisch unvermeidliche Konsequenzen eines bestimmten historischen Progresses darstehen.« (S. 163) Einschließlich: der asiatischen, der Inka-Despotie bis hin zu Stalin (die ersten 5 Kapitel). Ihre historische Notwendigkeit, der darin begründete Progress »lag darin, die Menschheit an die nunmehr eröffnete Epoche der »Zivilisation« heranzuführen. Hier nähert sich Bahro dem Kern seines Anliegens. Er verfolgt den Gedanken, daß jede Epoche aufgrund der arbeitsorganisatorischen und Techno-Struktur die »synthetische Arbeit« (d.h. also die Herrschafts-, Leitungs-, Organisations-, »Kultur«-arbeit) einer spezifischen »Schicht« zuweist. Gesellschaftliche Unruhen ergeben sich jeweils daraus, daß die Produktivkräfte die Ablösung einer überalterten Schicht der »Erkenntnis- und Leitungsarbeiter« erfordern.

Dadurch entsteht nach Bahro auch soziale Evolution: Denn die Schicht der »synthetischen Arbeiter«, der Herrschaftsarbeiter wird immer breiter. Es entwickelt sich so evolutionär eine Verbreiterung der Beteiligung an Herrschaft von oben nach unten. Vom Inkakönig und seinen Schreibern bis schließlich zur nunmehr historisch breitesten Schicht der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. »Der Erkenntnisprozeß, der den Übergang zur Zivilisation beförderte, konnte nicht auf einmal vollzogen werden – weder substantiv noch objektiv. Vor allem konnte ihn unmöglich die Gemeinschaft als Ganzes vollziehen. Und wenn wir jetzt – auf der Ebene der Subjekte – die Gesellschaft zerfallen sehen in »Weise« und »Subalterne« in »die da oben« und »die kleinen Leute«, so geht das ursprünglich auf diesen Fortschritt der Evolution zurück.« (S. 172). »Das Fortschrittsproblem besteht niemals hauptsächlich darin, günstige Entwicklungsbedingungen zu vernichten, nur weil sie Privilegien sind, sondern sie zu verallgemeinern. Vor den industriell entwickeltsten Zivilisationen der Gegenwart steht die gewaltige Aufgabe, das Privileg der »allgemeinen Arbeit« zu verallgemeinern, ...« »erst wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Krise eine Fraktion der Oberschicht bzw. Klassen oder, effektiver, eine neue »Mittelklasse« die Massen der Unterdrückten für eine Reformation oder Evolution organisiert, ergeben sich neue Perspektiven.« (S. 175)

Wer ist jetzt diese neue Mittelklasse, die das geschichtliche Banner der »synthetischen Arbeit«, der Herrschaftsarbeit nach dem Willen der Geschichte, übernehmen soll? Es sind die »Spezialisten«. Diejenigen, die die in unserer Epoche entscheidende »Produktivkraft« personifizieren, die Wissenschaft. Als solche sind sie auch nach Bahros Meinung das nunmehr angetretene Subjekt der Geschichte, Bahro bezeichnet es generalisierend als »kollektiven Intellektuellen«. »Das Bewußtsein ist schließlich ihr prominentes Organ. Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte wirklich massenhaft »überschüssiges Bewußtsein«, nämlich energische psychische Kapazität, die nicht mehr von den unmittelbaren Notwendigkeiten und Gefahren der menschlichen Existenz absorbiert wird, und sich daher den ferneren zuwenden kann.« (S. 303)

»Überschüssiges Bewußtsein«, das ist für Bahro die technologische Qualifikation der Spezialisten. So sagt er über die westeuropäische Sozialdemokratie: »Dem qualitativen Kern ihrer Massenbasis nach ist sie am ehesten Partei der »neuen Arbeiterklasse«, der breiten Spezialistenschicht von der wir sprachen und die natürlich auch ihr verwandte Ideologen erzeugt.« (S. 221) »Zumindest tendenziell herrscht hier die gelobte »herrschaftsfreie Kommunikation«. »Sie drängen nun in ihre Funktion und müssen dem historischen Willen nach die alte Herrschaftsform der etatistischen Bürokratie ablösen.« Gegenwärtig ist der für den Leistungsfähigkeit der Sowietgesellschaft in ihrer gegebenen Verfassung ganz entscheidende Staatsapparat das Tummelfeld einer soziologisch überalterten Schicht, unter deren Einfluß man demweit flexibleren internationalen Management des kapitalistischen Staatsmonopolismus keine Alternative entgegensetzen kann .. aller aufwendiger Putz der tradierten Legitimität kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Land eine Führungsautorität mit von Grund auf erneuerter Legitimation braucht, die ihren Kurs in gesicherter demokratischer Kommunikation mit der Gesellschaft der Werktätigen bestimmt und wieder von der Idee von einer neuen Zivilisation inspiriert.« (S. 162)

Wer sind nun im einzelnen die zur Herrschaft berufenen Repräsentanten dieses neuen historischen Subjekts, des »überflüssigen Bewußtseins«? Das sind zunächst einmal die technischen und ökonomischen Spezialisten. »Die Zivilisation, die auf der Scheidung der intellektuellen Potenzen vom unmittelbaren Arbeitsprozeß beruht, hat über den Industriekapitalismus dahin geführt, den unmittelbaren Produktionsprozeß zu intellektualisieren, die Handarbeit allmählich aus ihm zurückzuziehen. Die »Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft« erschöpft sich nicht in der naturwissenschaftlichen Fundierung der Technologie, wie sie sich im Gefolge der ersten industriellen Revolution durch die enge Zusammenarbeit von Naturforscher und Mechaniker vollzog. Der moderne Ingenieur, besonders der Hochschulingenieur, der beide in sich vereint, ist die exemplarische Schlüsselfigur des reifen Industrialismus. Sein Gegenstand sind die komplexen Maschinensysteme, die wir im Stoffwechsel mit der Natur zwischen uns und unserer Arbeitsgegenstände schieben ... »Ingenieurarbeit« ist natürlich nur eine generalisierende Metapher für den ganzen Komplex der Produktionsverarbeitung, der von der Grundlagenforschung in verschiedenen Phasen über die Entwicklung, Konstruktion und Projektierung bis zur Installation und reproduktiven Pflege der neuen Technik reicht. Außerdem unterscheidet sich der Spezialistentyp, der in den Leitungsstäben mit Hilfsfunktionen befaßt ist, zum Beispiel im Zusammenhang mit Organisation und Datenverarbeitung, soziologisch und sozialpsychologisch immer weniger vom Techniker im engeren Sinne. Auch die zahlreichen Ökonomen, die nicht an der Konzipierung der maßgebenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen ihrer produzierenden Einheiten teilhaben, kommen diesem Typus nahe. Ich gehe nur davon aus, daß dem Ingenieur die Schlüsselrolle in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Produktivkräfte zufällt. Wenn schon – und insoweit im Spätkapitalismus noch mit Recht der Begriff der Arbeiterklasse verwandt werden soll, so ist der Ingenieur der technische und ökonomische Spezialist ihr privilegierter Repräsentant. Er kann verhältnismäßig leicht ins Management überwechseln, wie auch der Rückzug aus dem Establishment in umgekehrter Richtung möglich ist ... Und das Spezialistentum neigt dazu, die Leitungsfunktionen unter sich zu subsumieren, zumindestens seiner Kontrolle zu unterwerfen.« (S. 204)
Aufgrund seiner produktiven technologischen **Qualifikation** ist er auch dazu prädestiniert, zum Träger und zum Funktionär der »synthetischen allgemeinen« Arbeit, vor allem der gesamtgesellschaftlichen Führung und Leitung, zu werden. »Aber er hat mit seiner Unterwerfung unter das wissenschaftliche-technische Spezialistentum am Ahumanen, rein objektiv, d.h. ungesellschaftlich aufgefaßten Gegenstand der Natur und der Tech-

nik bei aller Befangenheit im Mechanizismus, Positivismus, Szientismus ein **Abstraktionsvermögen** erworben, das sich auch als Werkzeug der subjektiven und darüber vermittelt der historischen Reflexion verwenden läßt. Daher steht der Ingenieur, der »filosofie« potentiell weitaus näher als die Köchin, und der soziale Gegensatz zwischen Spezialistentum und den eta blierten allgemein politischen und wirtschaftlichen Management dürfte das progressiv bewegende Moment in der **nächsten** Phase des Übergangsprozesses sein ... Heute mehr denn je existiert auf allen Ebenen teils aktuell, teils potentiell ein **menschlicher Qualifikationsüberschuß,** der unter den bestehenden Produktionsverhältnissen prinzipiell nicht herausgefordert bzw. ausgenutzt werden kann, vielmehr einem ständigen Druck auf seine Produktion unterliegt ... Menschen, die die dialektischen Strukturen der Filisofie, der Kübernetik, der Mathematik und der Kunst in ihr Bewußtsein aufgenommen haben, können sich prinzipiell jedes noch so komplizierte Problem verständigen.« (S. 204 ff.) Bahro umreißt die Gruppe der neuen Arbeiterklasse aber nicht exakt. Es wird aber deutlich, daß er bereit ist, alle möglichen Funktionäre, die sich in irgendeiner Art und Weise »wissenschaftlich« spezialisiert haben, darunter zu rechnen, bis hin zu den professionellen sozialistischen Ideologen (S. 371) oder gar »Agitations- und Propagandaspezialisten« (S. 384). Alle sie sollen zu den »neuen subjektiven Produktivkräften mit dem höchsten Grad an Bewußtheit« gehören (S. 409) und sind damit für die Herrschaft qualifiziert.

Und die alte Arbeiterklasse? Das was unterhalb der Elite der Technokraten liegt, die in der alltäglichen Maloche erniedrigten und zerstörten Menschen, der an den Rand gedrängte Menschenberg? Sie werden bei Bahro zynisch abserviert. »Die Arbeiter – bis auf individuelle Ausnahmen – waren nie marxistisch in einem einigermaßen strengen Sinne. Der Marxismus ist eine Theorie, die sich auf die **Existenz** der Arbeiterklasse gründet, aber **ihre** Theorie ist er nicht. Es waren stets linke Intellektuelle, die sich in die Lage versetzt fanden, den Marxismus als Ganzen einsehen zu können. ... aber auch abgesehen davon ist eine **welthistorische** Mission des Proletariats im Rahmen der marxistischen Theorie nirgends zwingend bewiesen. Marx und Engels haben sie postuliert, **bevor** sie detailliert die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise analysiert hatten.« (S. 232, S. 233). Theoretisch und technologisch spricht Bahro den Arbeitern die Rolle des historischen Subjekts mit der Begründung ab, sie repräsentierten gerade eben nicht jenes nunmehr führende überschüssige Bewußtsein, jene Hauptproduktivkraft, die wissenschaftlich technische Qualifikation. Er weist die Arbeiter vielmehr der dumpfen Existenzform des von ihm so genannten »absorbierten Bewußtseins« zu (S. 373). Das sind diejenigen, die in den »Routinefunktionen der täglichen Produktion und Reproduktion« gebunden sind, einfach die »Subalternen«. Sie können gar nicht das Subjekt der Emanzipation sein, denn: »Die Masse der am Apparat beschäftigten Menschen ist freilich gefährdet, durch mühendes Funktionieren absorbiert, d.h. um die Entfaltung des überschüssigen Bewußtseins und insbesondere der Emanzipatorischen Interessen gebracht zu werden. Die Absorption ist ein ganz realer Prozess psycho-physischen Energieverbrauchs und -verschleisses. Im Anschluß einige Zitate, die für sich sprechen.

»Aber das Heil liegt – wie aus dem ganzen dargestellten Zusammenhang folgt – erst recht nicht einfach bei den Subalternen. Die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Schichten und Klassen sind immer konservativ, sie antizipieren in Wirklichkeit nie positiv eine neue Lebensform. Die Bauernaufstände in den orientalischen Despotien endigten notwendig mit der Neueinsetzung der Despoten. Die Sklaven, die sich erhoben, strebten, – wenn nicht auseinander in ihre verschiedenen Heimatländer – danach, sich an die Stelle des Sklavenhalter zu setzen. Die Bauern der Feudalepoche kämpften um ihre **alten** Freiheiten. Das Proletariat kämpft spontan um die Teilhabe an der Lebensweise der Bourgeoisie ...« »Aber in keinem bekannten historischen Fall geht der erste schöpferische Impuls (ideell und organisatorisch) von ihnen aus (die Gewerkschaften antizipieren **keine** neue Kultur). Auch die politische Arbeiterbewegung ist von exbürgerlichen Intellektuellen gegründet worden ... Es kann auch nicht geleugnet werden, daß sich die moderne Arbeiterklasse (er meint damit die Spezialisten) in mancher wichtigen Beziehung von früheren ausgebeuteten Klassen unterscheidet, dennoch gilt allgemein, daß die werktätigen Massen in der Geschichte vorwiegend die quantitative Akkumulation leisteten. Daher ist die Bildung des neuen historischen Kräfte blocks immer die Formierung eines **strukturierten Organismus,** in den sich **mehrere Elemente** der alten Gesellschaft zu einer neuen Qualität kombinieren. So war es auch in unserer Revolution. Entscheidend war nicht das »Bündnis« der Elemente, entscheidend war die Führung, die über ihnen stand. Es ist ausgesprochen unwahrscheinlich, daß eine unterdrückte, bisher in ihrem realen Lebensprozeß weitgehend von der erwähnten Synthesis ausgeschlossene Klasse der alten Gesellschaft **allein** den neuen Typus von Gesellschaft konstituiert. Weniger denn je werden die Letzten die Ersten sein. Diese ganze Denkweise greift nicht mehr. Die Perspektive ist anders: Die Veränderungen werden ausgehen auch von den objektiven Widersprüchen, von den Belastungen, die für die ganze Gesellschaft und ihren Reproduktionsprozeß mit der Existenz subaltern gehaltener Schichten gegeben ist. Aber die Initiative dazu kann nur von denen, mit den Entwicklungsfunktionen und -tendenzen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse verbundensten Element ausgehen.« (S. 389) Die Unterschichten sind eben zu dumm. Oder »absorbiert«, es kommt auf dasselbe heraus. Und wenn der Leser sich einmal in Bahros elitären Sesseln eingerichtet hat, dann fallen ihm vielleicht auch seine peinlichen Formulierungen über die historische Bedeutung der unterdrückten Klasse gar nicht mehr auf, die an Zynismus eines intellektuellen Herrenmenschen nichts mehr zu wünschen übrig lassen.

»Wenn man die russische Geschichte des 19. Jahrhunderts liest – war es nicht eine ähnliche Entwürdigung der Intelligenz, aus der sich die Generation russischer Revolutionäre bis hin zu den Begründern des Bbolschewismus erhoben hatte? Aber welch ein Unterschied! Damals, im 19. Jahrhundert, war die Schicht der Intelligenz sozial isoliert, und immer auf der Suche nach einem mächtigen Resonanzboden. Sie passte sich zunächst den wirklichen und vermeintlichen Bedürfnissen der russischen Bauernschaft an, um schließlich in der jungen Arbeiterklasse ihre Armee zu finden.« (S. 386) Der Leser kann sich ersparen, zur Ehrenrettung Bahros aus diesen Formulierungen noch leise Untertöne der Kritik oder Ironie an den revolutionären Resonanzbodenspezialisten heraushören zu wollen. Bahro läßt keine Zweifel daran aufkommen, daß er sich in ihrer Tradition versteht. Vergleichend bejammert er nur, daß es die heutigen intellektuellen Spezialisten sehr viel schlechter haben, daß die überholte Bürokratie sie in anmaßender Weise »demütige«. Aber er droht: Der soziale »Resonanzboden« für das jetzige »überschüssige Bewußtsein« sei da! (S. 425) Jammer über die Demütigung der neuen, zur Macht berufenen Herren, von der Demütigung der Geknechteten, der an den Rand Ausgestoßenen, der in einem sinnleeren Alltag Geschundenen, der in den Psychiatrien Verschwundenen ist keine Rede! Als »absoriertes Bewußtsein« ist ohnehin nichts von ihnen zu erwarten.

Spätestens an dieser Stelle habe ich mich gefragt, ob ich mir die Zumutung der weiteren Lektüre ersparen sollte. Seit Beginn der schriftlich überlieferten Geschichte versichern uns Philosophen, Demagogen, Aristokraten, bürgerliche Gewalttäter, daß es an der Zeit sei, das dumpfe absorbierte Bewußtsein der Sklaven, Leibeigenen, Arbeiter von oben zu neuer Kultur zu erheben. Ihnen gegenüber wähnte ich mich in einem doch verhältnismäßig gesicherten sozialrevolutionären Selbstverständnis der Linken. Ist das nun seit Bahro nicht mehr berechtigt? Es erscheint mir absurd dies zu glauben, sonst würde ich sofort meinem immer schon verdrängten Wunsch nach einem kleinen Alternativkohlgarten im höchsten Himalaya nachgeben. Dies zwingt aber zugleich zu einer sehr viel genaueren Diskussion in der Frage: Was bedeutet Bahro? Um es in einer schlichten Erklärung vorwegzunehmen: Bahro ist mit allen diesen Vorstellungen eine entscheidende Integrationsfigur einer gigantischen und atemberaubend zügigen Rochade der bislang kritischen Intelligenz auf die Seite der Macht. Dazu jedoch weiter unten.

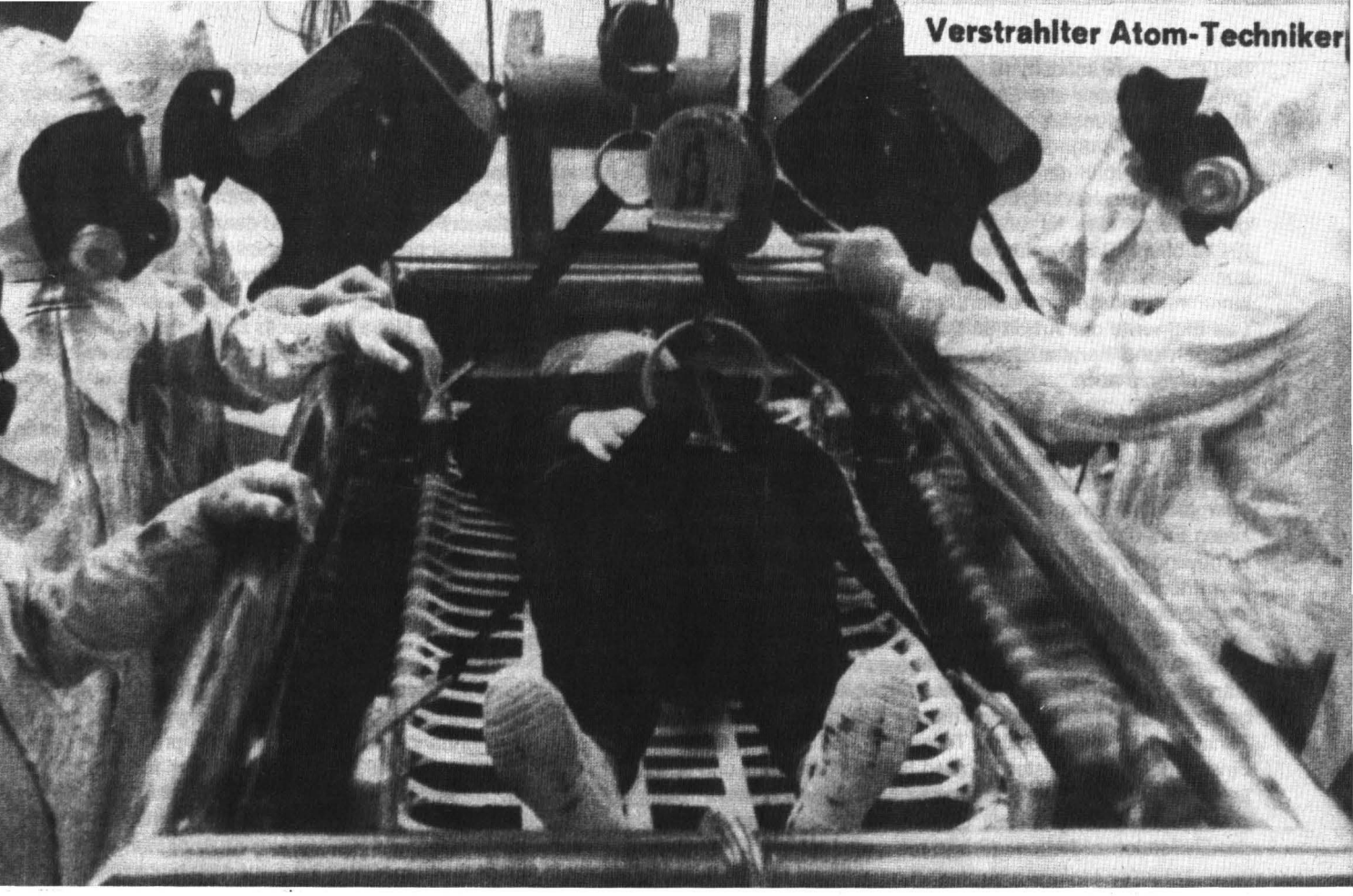
Aus der »Initiative« übernimmt Bahro auch die Vorstellung einer Konvergenz von Ost und West unter der Herrschaft der Spezialisten auf dem Hintergrund und der Basis einer homogenen Industriekultur: »Das folgende Schema (ein Pyramidenschema der hierarchischen Produktionsstruktur) zieht die Sozialstruktur der protosozialistischen Industriegesellschaft in ihrer Differenzierung nach Bildungsgraden, Leitungsebenen, Funktionen des Reproduktionsprozesses und Zweigen der Arbeitsteilung im Bereich der Wirtschaft: Abgesehen von zwei hier nicht erfaßten Faktoren, nämlich von dem überlegenen Entwicklungsstand der Technik im Spätkapitalismus einerseits und von dem relativen Überschuß an Qualifikation in unseren Ländern andererseits, deckt sich diese Struktur völlig mit der vom Kapitalismus erzeugten, solange man eben hier den speziellen politischen Überbau und dort das fortexistierende Kapitalverhältnis außer Betracht läßt. Wenn man verbietet, für einen bestimmten Erkenntnisprozeß von den konträren Aspekten der beiden Produktionsverhältnisse zu abstrahieren, plädiert man in Wirklichkeit dafür, diese skizzierte Struktur als naturnotwendig und ewig hinzustellen, während sie in Wirklichkeit die gemeinsame historische Basis beider Industriegesellschaften und das Unterpfand ihrer endlichen Konvergenz im Sozialismus darstellt.« (S. 195) In diesen Zusammenhang gehört der »historische Kompromiß«. »Statt (heute illusionärer) Hegemonie des Proletariats« über den Block der verschiedengradig revolutionären Kräfte also **Schaffung eines Übergreifenden, sei es auch formell eklektischen Konsensus zur Lösung der allgemeinen Krise, Konstituierung der Partei und ihres in alle Schichten reichenden Massenanhangs zum allgemeinen Repräsentanten einer neuen Ordnung, Kontinuität der grundlegenden Reproduktionsfunktionen, Isolierung und Abdrängung der verbrauchten Fraktionen des Ancien Regime von den lebensadern der Gesellschaft, nicht zuletzt von den Hebeln der Staats- und Verwaltungsmaschinerie!** Hinter der Formel vom historischen Kompromiß, die de facto die »Diktatur des Proletariats« in ihrem politischen Oberflächenaspekt ersetzt hat, steht die subbstantielle Idee (substantiell nicht, weil sie neu wäre, sondern weil sie jetzt praktische Erfolgsaussicht hat) einer umfassenden sozialen Regeneration, die sich auf **alle produktiven Kräfte der Gesellschaft** stützen soll.« (S. 306)

Eine solche Partei der neuen Führungsschicht heißt bei Bahro folgerichtig »Bund der Kommunisten«, der den »kollektiven Intellektuellen« repräsentiert. Daß er elitär konzipiert ist, macht Bahro kompromißlos deutlich: »Ich will noch einmal unterstreichen, daß mir das Hineinwachsen der Gesellschaft in diese reale Freiheit und bewußte Selbstbestimmung ihres Geschicks undenkbar erscheint ohne die Vereinigung der engagiertesten problem- und verantwortungs bewußtesten Elemente zu einem gesellschaftsoffenen Bund der Kommunisten.« (S. 509) »Die Zeit ist reif, um die Menschen zusammenzuführen – natürlich nicht nur aus dieser einen Generation –, die neuen subjektiven Produktivkräfte mit dem höchsten Grad an Bewußtheit repräsentieren ...« (S. 409) »Aber die Initiative dazu kann nur von den mit den Entwicklungsfunktionen und -tendenzen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse verbundenen Elementen ausgehen.« (S. 389)

Und was passiert mit den Ausgebeuteten, den Vergewaltigten, dem dumpfen absorbierten Menschenberg? Er wird zum Gegenstand einer Schulung von oben, einer regulierten Teilhabe nach den Bedingungen und Vorstellungen der intellektuellen Elite, um allmählich in die Würde des kollektiven Intellektuellen eingeführt zu werden, ... »indem man die Kontrolle über den für das ökonomische Funktionieren immer wichtigeren Staatsapparat erlangt, während man zugleich den traditionellen Klassenkampf entschärft durch forciertes Aufschließen der unterentwickelten Klassen und durch produktive Verwendung der nicht parasitären Elemente aus den priviligierten Klassen.« (S. 307) Der Prager Frühling ist für ihn das Paradebeispiel eines solchen Prozesses. »Man kann also zusammenfassen, die Wendung begann bei den Ideologen und **die Mobilisierung für die Reform lief als Kettenreaktion durch die Bildungsstruktur von oben nach unten ab**« (S. 371)

Interessant sind in diesem Zusammenhang vor allen Dingen die rudimentären Bemerkungen Bahros zur Prozedur dieses »Aufschließens«. Was sind die Eintrittskarten nach oben? Gibt es Qualifikationsvoraussetzungen? Eine Schulung? Was sind die Maßstäbe? Bahro denkt an eine permanent operierende Qualifikaitonsschleuse, die rigoros an den Qualifikationsvoraussetzungen der heutigen Technostruktur (Bahro nennt das ja immer »Zivilisation« oder »Kultur«) orientiert ist: Schwerpunkt ist zum einen die polytechnische Erziehung im »Umgang mit Werkzeugen, Maschinen, Apparaten und Geräten (einschließlich der Computer) (aber) auch die Grundlagen der Natur –, der technischen und der ökonomischen Wissenschaften bis in die Praxis des Experiments, der Konstruktion und der Kosten- und Zeitaufwandrechnung hinein ... (die im Grunde ästhetische, aufs Ganze und auf die Rückkehr der Aktivitäten zum Ich gerichtete Motivation wird den Menschen (der eine gelungene frühe Kindheit hatte) dazu befähigen, sich sinnvoll die grundlegenden Instrumente des Geistes und der Gefühle anzueignen: die Sprache (mehr als eine) für die Beherrschung des Qualitativen, die Mathematik für die Beherrschung des Quantitativen, die Kybernetik für die Beherrschung des strukturellen Aspekts der Welt und die technischen Fertigkeiten für den künstlerischen Ausdruck des Ichs. Es sind nun diese vier Säulen, für die es eines inhaltlich strengen, zur kontrollierten Aneingung zwingenden Lehrplans bedarf. Diese instrumentale Strukturierung des Bewußtseins wird immer einen gewissen kulturell gesicherten Zwang erfordern, weil es die Motivation hier schwer hat, durch den abstrakten Stoff in der Gegenwart in sich zurückzukehren.« (S. 342) Daß das Kontrollrecht hierbei den »mit den Entwicklungsfunktionen und -tendenzen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse verbundensten Elementen« zukommt, ergibt sich schon aus den obigen Zitaten (s.a. S. 508 ff.). Kontrolle also auch hier durch die wissenschaftlich-technische Elite. (Interessant ist dabei, und auch dies ist wieder eine Fortentwicklung des sozialtechnokratischen Totalitarismus aus der »Initiative«, daß der Prozeß der Aufschließung von Bahro als massenhafter sozialpädagogischer Prozeß begriffen wird.) (S. 523)

Es besteht also kein Zweifel, daß Bahro nicht nur eine sozial integrative Evolution von oben im Auge hat, sondern auch die Kontrolle über Mitgliedschaft, Wirkungsmöglichkeiten und Zugang zum »kollektiven Intellektuellen« oder »kommunistischen Bund« der Führung überlassen und nach unten hermetisch abschotten will. Zu den »engagiertesten, problem- und verantwortungsbewußtesten Elementen« des »Bunds der Kommunisten« sagt er: »Ohne einen wirksam organisierten ständigen Einfluß auf die erworbenen Denk- und Verhaltensstrukturen ist die Transformation der Zivilisation unmöglich. Und andererseits erfordert diese bestimmte, jetzt notwendige Transformation aus ihrem immanenten Zweck, daß dieser Druck emanzipatorisch funktioniert, das heißt Subjektivität ausweitet, ermutigt, vorwärt-



Verstrahlter Atom-Techniker

Atom-Opfer von Hiroschima 1945

und kontrolliert, sondern der ideologische **Inspirator** eines integralen Verhaltens aller Basisgruppen, der die Gesellschaftsmehrheit zur Kontrolle aller Entscheidungsprozesse von innen befähigt.« (S. 448) »Soll der Bund der Kommunisten auf diese Weise das Organ der Vergesellschaftung der politischen Einsicht und Entscheidungsfähigkeit sein, so ist die erste Bedingung hierzu eine für alle **authentischen** gesellschaftlichen Kräfte offene Parteiverfassung, die es ermöglicht, ohne jedes ausschließende Sektierertum, jede Machtgeheimniskrämerei hinter verschlossenen Polstertüren alle **lebendigen, produktiven Elemente der Arbeit und der Kultur** zur Mitwirkung **einzuladen und heranzuziehen**.« (S. 437) »Aufschließen« sagt Bahro hierzu auch an anderer Stelle, die wir bereits kennen.

Es ist interessant, daß Bahro als Kernsubjekt dieses »Aufschließens« noch immer die alten Parteikader betrachtet. »Dennoch ist in den bestehenden Parteien noch immer das Gros der energischen Elemente registriert, die für den Anfang einer sozialen Erneuerung prädestiniert sind. Um sie für den Aufbruch zu gewinnen, gilt es an die alten kommunistischen Verheißungen anzuknüpfen. Sie sind so notwendig wie eh und je. Sie werden die Erkennungszeichen sein, um die Kommunisten unter den Parteimitgliedern zu sammeln, um sie im Kampf für die Kulturrevolution auf neuer Grundlage zu vereinigen, selbstverständlich unter **Heranziehung** vieler frischer Kräfte aus der Jugend und aus allen Schichten der Gesellschaft ...« (S. 445) Im Zentrum steht die »geistige Teilnahme und (der) praktische Einsatz der Kommunisten an allen Fronten der Arbeit und des Lebens« (S. 446). Besonders grotesk wird's, wo Bahro »Polizeifunktionen« bemühen will, um »das Volk auf eine neue Stufe der Zivilisation zu heben« (S. 421).

Systematisch aber detailliert bietet Bahro ein ganzes Spektrum von Rezepten und Methoden für diese Selektion, für dieses Aufschließen, diese Organisation eines gesamtgesellschaftlichen Schulungsprogramms an. Kompromißlos koppelt er sie an die Erfordernisse der Technostruktur und der Produktivität an.

Über eine »geduldige Propaganda der kulturrevolutionären Problemstellungen« (S. 446) und »eine theoretische Aufklärung der Massen« (S. 447) hinaus geht es Bahro vor allem um konsequente Schulung von oben. Im Zentrum steht das »Produktionsziel reiche Individualität: Umgestaltung der Planung und Organisation in allen Bereichen der Volkswirtschaft und Wissenschaft, Revision ihrer Effektivitätskriterien zwecks Verwirklichung der **Einheit von Arbeits- und Bildungsprozessen** (Einheit von Produktion und Aneignung der Kultur) – Eröffnung eines allgemeinen Freiheitsspielraumes für Selbstverwirklichung und Wachstum der Persönlichkeit auch im Reich der Notwendigkeit.« Durch einen »gesellschaftlichen Lern- und Erkenntnisprozeß unter breitester Teilnahme der Massen« (S. 485). »Die Kulturrevolution ... steuert die Gesamtheit der Entfaltungsbedingungen an, die die massenhafte Herausbildung voll sozialisierter, freier Menschen wahrscheinlich machen. Industrie- und Wissenschaftsorganisationen werden dann den Bedürfnissen der umfassendsten polytechnischen und -wissenschaftlichen Ausbildung und überhaupt des Wachstums der Persönlichkeiten angepaßt. Alle wirklich entwickelten Individualitäten, die die Gesellschaft schon besitzt, werden ungeachtet ihrer sonstigen Funktionen zu unprofessionellen Lehrern der Jugend werden« (S. 487). »Die allgemeine Emanzipation erfordert in erster Linie, die Universalität der Aneignungstätigkeit für alle Individuen zu ermöglichen. Sie ist verwirklicht, soweit die Menschen positiv in die Lage versetzt sind, sich schöpferisch die soziale Totalität anzueignen – anders gesagt, sich die Quintessenz der Gesamtkulturleistung subjektiv zu eigen zu machen, die die jeweils zeitgenössische Menschheit objektiv produziert bzw. reproduziert (überliefert). Damit ist verlangt, das gesamte gesellschaftliche Leben und insbesondere den Produktionsprozeß einschließlich seines informationellen Überbaus so zu organisieren, daß alle die dem allgemeinen Niveau der vorhandenen Produktivkräfte und dem System der sozialen Regulation entsprechenden individuellen Fähigkeiten erwerben können.« (S. 301 f.) Dies, »weil die Technologie gebildete Massen erfordert.« (S. 304) Es geht um »die Erhebung des Gesamtarbeiters auf die Höhe der jeweils zeitgenössischen Prinzipien von Wissenschaft und Technik, die im Produktionsprozeß umgesetzt sind.« (S. 327)

Die bedingungslose Unterwerfung von Bahros sogenannter »Emanzipation« der untersten »absorbierten« Schichten unter die Herrschaft der Produktion und Technostruktur zeigt sich vor allem in der organisatorischen Konzeption. Die Programmierung von »Lernen« soll nicht nur innerhalb der Arbeitszeit stattfinden, sondern primär in ihrem Kern ausgerichtet sein auf ein akzeptierendes Verständnis des eigenen kleinen Produktionsausschnittes im gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhang.

Dies wird erreicht dadurch, daß man Vorsorge trifft, »innerhalb der Arbeitssphäre den Spielraum für die Aneignung übergeordneter Zusammenhänge durch psychologisch produktive Tätigkeiten zu erweitern« (S. 495). »Man muß jedoch für die Produktionsarbeiter diese Forderung nach einer Arbeitskraftreserve gegenüber dem Plan noch konkretisieren, um ihnen **innerhalb** der Arbeitszeit die Möglichkeit zur aktiven Aneignung zunächst wenigstens des vollen Abteilungs- und Betriebszusammenhangs durch tatsächliche Mitwirkung an der Planung und Abrechnung der Produktion, durch handgreifliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitskultur, durch Qualifizierung an der Instandhaltung und Pflege der bedienten Maschinerie, durch Rationalisierung der Technologie und der Arbeitsorganisation zu geben.« (S. 502)

Die konkreten Zielsetzungen dieser Form emanzipativer Verwertung oder verwertender Emanzipation hat Bahro nicht im Einzelnen systematisiert. Das emanzipatorische Gerede Bahros, mit dem er auch die Konzepte der »Alternative« zwischendurch wo nötig immer wieder schmiert, können wir beiseite lassen. Dies nicht nur wegen ihres eindeutigen und zugegebenen Ursprungs in der kapitalistischen Arbeitspsychologie. Es ist aus den vorhergehenden Zitaten das Emanzipationsziel einer besseren Verfügbarkeit der Massen für eine neue Struktur wissenschaftlicher Produktivkräfte mit hinreichender Klarheit ausgeleuchtet. Genau dies ist aber der Generalnenner für eine Summe von »Unterzielen«, denen Bahro die Erziehung der dumpfen Absorbierten verpflichten will.

Wie in der »Initiative«, so steht auch im Kern der »Alternative« die Warnung vor den Gefahren der technologischen Krise: »Jetzt wird er (der Durchschnittstypus der großen Industrie) von der einen Seite durch die ökologische Krise, von der anderen durch die psychologische Krise, speziell die Paralyse der Arbeitsmotivation, in Frage gestellt.« (S. 512) »Die Situation des Leistungsarbeiters« forciert Protest- und Abbwehrhaltungen, verursacht Störmanöver (z.B. gegen das normale Funktionieren von Maschinerie und Technologie), kostet Qualität und Material, erzeugt Solidarisierung gegen die leistungsstärkeren Kollegen, erhöht den Krankenstand usw. Die ganze Summe psychischer Energie, die dafür aufgewandt wird bzw. abgeführt wird, geht der Entwicklung der Produktivkräfte verloren, mehr noch, sie wirkt ihr aktiv und passiv entgegen. Auf längere Sicht und im gesamtwirtschaftlichen Maßstab dürfte der Schaden, den die Arbeitsnormung und der Stücklohn anrichten, schon bei rein ökonomistischer Betrachtungsweise größer als der oberflächlich in Erscheinung tretende Nutzen sein.« (S. 466) Er for-

dert ökonomische und organisatorische Sofortmaßnahmen, (Verbesserung der Lohnstruktur, Beseitigung des Stücklohns) um die Krise zunächst einmal zu entschärfen. »Sie werden insbesondere – wie ich's vorweg behaupte, kostenlos, wenn nicht sogar kostensparend – einige überflüssige Provokationen beseitigen, die eine Masse von Kind auf mehr oder weniger in ihren Entwicklungschancen verkürzter Menschen zu unproduktiven Protesthaltungen treiben und partielle Rechtfertigungen für undisziplinierte, destruktive und asoziale Verhaltensweisen liefern. Aber sie verleihen nicht nur der sehr aktuellen Forderung nach Solidarität in der Kooperation die dringend notwendige unanfechtbare moralische Autorität. Sie haben eine positive mobilisierende Bedeutung, indem sie der Gesellschaft überzeugend die Aufrichtigkeit der revolutionären Führung zeigen, ihren Willen zur Gerechtigkeit und ihre Entschlossenheit, sich selbst jeder Art von Bereicherung und zusätzlicher Privilegienaneignung zu enthalten.« (S. 456) »Nicht zuletzt darum geht es bei Sofortmaßnahmen, um eine Athmosphäre also auch, in der das demoralisierte, verlumpte Element gar nicht aufkommt.« (S. 458)

Den Gedanken eines umfassenden Ansatzes sozial struktureller Reorganisation zur Erhöhung der Leistungsmotivation und Konfliktreduktion, den wir bereits aus der »Initiative« kennen, entwickelt Bahro in der »Alternative« zugunsten des Primats absoluter produktiver Effektivität fort. »Die Verwirklichung der Gleichheit in der Verteilung der Arbeit wird eine solche natürliche Solidarisierung und Disziplinierung der Individuen bei der bestmöglichen Ausführung der notwendigen Arbeit bewirken, daß repressive Kontrollen vollständig überflüssig sein werden und die in erster Linie an Qualität und Materialeinsparung orientierte Effektivität der Kollektive aus deren interner Regulation ein Optimum ansteuert.« (S. 507) Die Aufrechterhaltung des Stücklohns sei – wie wir bereits gesehen haben – der Produktivität eher abträglich als zuträglich. »Die Kapitalisten beginnen die auf Marx zurückgehende Feststellung zu beherzigen, daß die Produktion auf wissenschaftlich-technischer Basis allmählich aufhört, von der physischen bzw. psycho-physischen Intensität der lebendigen Arbeit abzuhängen. Um 1970 haben streikende Bergarbeiter dem schwedischen Staatskapital das Experiment mit der Abschaffung der Arbeitsnormung aufgezwungen; sie werden seitdem nach Zeit entlohnt. Aufschlußreicherweise ist die Produktivität nicht zurückgegangen, zumal die Entlastung des Verhältnisses zu den Arbeitern das Klima für technische und organisatorische Rationalisierung verbessert.« Demokratisierung des Konfliktmanagement macht auch das Streikrecht überflüssig. »Das Streikrecht muß allerdings, obgleich transitorisch herzustellen, im Verlauf der Kulturrevolution alle Bedeutung verlieren. Es setzt ja voraus, daß sich Leitungsorgane gegenüber dem Kollektiv verselbständigen können, das sie bestellt und – zweckmäßigerweise – die einzelnen Funktionäre durch Wahl hinein deligiert hat. Die Macht der organisierten öffentlichen Meinung, erforderlichenfalls durch geheime Abstimmung zu bekräftigen, muß dann genügen, um Konflikte befriedigend zum Austrag zu bringen. Mit den anvisierten Techniken, Motivationsreserven produktiv zu erschließen (wie wir es ja auch schon aus der »Initiative« kennen), sollen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Reduzierung des Konsums (den Bahro »Befriedigung der kompensatorischen Bedürfnisse« nennt) und die Effektivierung der Leistungsmotivation. Bei stärkerer Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse braucht der Mensch weniger kompensatorischen Konsum und ist stärker für die Leistungsmotivation mobilisierbar. Bei Bahro heißt das so: »Und dem überschüssigen Bewußtsein kann sie (die Kulturrevolution) sich selbst als die ungeheure schöpferische Aufgabe anbieten, die seine emanzipatorischen Bedürfnisse befriedigt und seine kompensatorischen Bedürfnisse stillegt.« (S. 434) »So verfolgt das kulturrevolutionäre Konzept den Zweck, den Abfluß eines möglichst großen Betrages motivationaler Energie aus dem kompensatorischen Komplex zu erreichen.« In einer Zwischenphase muß die volle Absättigung der kompensatorischen Bedürfnisse allerdings weiterlaufen. »Dieser Ausgleich bezweckt vor allem Entlastung der kulturrevolutionären Bewegung für die tiefgreifende Transformation der Bedürfnisstruktur, für die Schwerpunktverlagerung des sozialen Interessenkampfes von der vornehmlich durch Verzehr charakterisierten Aneignung materieller Subsistenz- und Genußmittel auf die Aneignung der Kultur.« Programmatisch formuliert Bahro die Quintessenz: das Leistungsprinzip (hinsichtlich der Einkommensverteilung) abschaffen, um es (hinsichtlich des Einsatzes der Fähigkeiten) zu verwirklichen.« (S. 479, 480) Wie sich Bahro hierdurch den Anstoß zu einem neuen Leistungsdarwinismus denkt, hat er in der »Initiative« breit ausgeführt (S. 138 ff.).

Es kann nach allem überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß Bahro den zerstörerisch-gewaltsamen Strukturen technologischer Lebens- und Alltagsorganisation nicht nur neutral gegenübersteht, sondern vielmehr darauf aus ist, eine politische Struktur herzustellen, die die Subsumption der gesamten Gesellschaft unter sie weiter vorantreibt und über die augenblickliche Krise hinaus treibt.

»Erhebung des Gesamtarbeiters über die Höhe der jeweils zeitgenössischen Prinzipien von Wissenschaft und Technik«, »absolute Disponibilität des Menschen für Wechsel der Arbeitserfordernisse ... einander ablösende Betätigungsweisen«, »instrumentale Strukturierung des Bewußtseins durch einen gewissen kulturell gesicherten Zwang« »Kybernetik für die Beherrschung des strukturellen Aspekts der Welt« (341), »das gesamte gesellschaftliche Leben und insbesondere den Produktionsprozess einschließlich seines informellen Überbaus so organisieren, daß alle die dem allgemeinen Niveau der vorhandenen Produktivkräfte und dem System der sozialen Regulation entsprechenden individuellen Fähigkeiten erwerben können« (302) usw. usw.: all diese Zitate machen deutlich, daß die Technostruktur als solche invariant gesetzt wird und der Mensch in den Dienst dieser Technostruktur gestellt werden soll. Totalität zusammenfassend sagt Bahro: »Man kann sagen, es geht um einen neuen Typ der informationellen Regelung für den gesamtgesellschaftlichen Prozeß, um eine neue soziale Organisation der Erkenntnisarbeit und ihres institutionellen Gerüsts.«

Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß Bahro die Schonung bzw. Förderung der technologischen Struktur theoretisch über einen eigenartigen Begriff von »Arbeitsteilung« absichert. Vielmals erklärt er, es ginge um die Abschaffung »alter Arbeitsteilung«. Wohlweislich läßt er diesen Begriff zunächst uninterpretiert. Erst im Verlauf des Buches stellt sich heraus, daß er damit im Kern die Arbeitsteilung zwischen bürokratischer Leitungsstruktur des produktiven Gesamtprozesses und der ausführenden Arbeit meint. Die extrem gewalttätig zugespitze Zerlegung von Arbeit zu sinnleeren Detailoperationen, die auch die Grundstruktur kybernetischer Organisation darstellt, spart er somit aus der Kritik aus.

Politisch-organisatorisch schützt er diese Technostruktur durch ein altbekanntes und abgeschmecktes Grundkonzept: es propagiert die Organisationsstruktur eines technologisch-politischen Parralellismus. Die hierarchisch strukturierte Technostruktur (das Reich der Notwendigkeit) soll nicht angetastet werden. Hierfür bemüht Bahro in platter Weise sogar altbekannten Biologismus. »Man muß sich den strukturellen Gesetzmäßigkeiten der Informationsverarbeitung in Komplexen, 'organischen' Systemen stellen. Bis zur Entwicklungshöhe der biolo-

streibt, ermächtigt, befreit.« (S. 509) Ausdrücklich redet er von »Führung« (S. 486), die jedoch »keine sektiererisch gegen die Gesellschaft abgeschlossene Kooperation der Besserwissenden (sein soll), sondern eine revolutionäre Gemeinschaft mit öffner Peripherie, die die Gesellschaft **zu sich einläßt**. Kein Überstaat, der den eigentlichen Staat, der den eigentlichen Staats- und Verwaltungsapparat von außen und oben steuert gischen Organismen folgt die Informationsverarbeitung auch auf konstitutionell immer ausgeprägter 'hierarchisch-elitäre' Weise, insofern die auf den verschiedenen Ebenen beteiligten Zellen und Zellenverbände durchaus verschiedene Funktionsniveaus und Entscheidungsbefugnisse haben. Jedes komplexere lebendige System bildet ein Gehirn heraus, daß über seine Gesamtfunktion wacht. Technisch und informationell sind auch die gesellschaftlichen Arbeitsfunktionen einander notwendig subordiniert. Wenn man nicht wahr haben will, daß die Struktur der Regulation bei zusammengesetzter Produktion objektiv hierarchisch ist, kann man das ganze Problem der sozialistischen Demokratie nur agitorisch aufwerfen.«

Das Reich der Notwendigkeit, die Produktion, bleibt also in ihrer Struktur grundsätzlich unberührt. Sie soll nur der Verfügung durch die politischen Organe unterworfen werden. Auch diese Organe sollen hierarchisch strukturiert sein und nach dem Delegationsprinzip miteinander verbunden werden: Oben die Partei, der Kommunistische Bund, darunter die miteinander zu einem gigantischen Netzwerk vernetzten Kommunen, wieder darunter die in den Kommunen assoziierten Großfamilien usw. usw. Dies ist Bahros Version des »Demokratischen Zentralismus«. Originell ist so gut wie gar nichts an ihm, bei einem Streifzug durch die Theoriegeschichte der letzten hundert Jahre lassen sich seine inzwischen längst fallengelassenen Versatzstükke mühelos auflesen. Der Parallelismus ist Ausdruck einer verblüffenden Unverschämtheit. Was haben wir anderes in der BRD, in den jeweiligen politischen Parteistrukturen, in den Gewerkschaften usw.? Will Bahro uns mit einer geradezu beleidigenden Blauäugigkeit noch einmal zumuten, wogegen die Linken immer wieder angerannt sind: daß der Dualismus zwischen politischem und Ausbeutungssystem einer der stärksten Wälle gegen jede Umwälzung ist. Das geht hin bis zur inzwischen sattsam bekannten ideologischen Spaltung zwischen Arbeits- und Politidentität in einem einzigen Menschen: »Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Menschen, der **unter anderem** eng spezialisiert auf irgend eine komplizierte Verrichtung ist und Spezialistentum aus sozialer Existenzform.« (S. 343) So ändert sich nichts, aber auch gar nichts an der Funktion des Politsystems: Schutz und Förderung der Technostruktur, Motivationsbeschaffung, Kanalisierung evolutionärer Notwendigkeiten in der »Form der geordneten Transformation«. Denn: »Die komplizierte Ökonomik hochindustrialisierter Gesellschaften erträgt keinen Disorganisationsschock«. (488) Im Moment ist Bahro dabei, sein schon in der »Alternative« konzipiertes politisches Programm abzuspulen. Danach sollen der Gründung des »Kommunistischen Bundes« »Regelmäßige Diskussionskongresse« sammelnd und mobilisierend vorausgehen. (436) Er nennt sie hier »sozialistische Kongresse«.

Nur: sein jetziges Verhalten unterscheidet sich verständlich von seinem früheren. Er ist, was er selbst sicherlich nie zu hoffen wagte, zur Integrationsfigur neuer politischer Promotoren hochstilisiert worden. Also sagt er jetzt sehr viel weniger Inhaltliches, denn das würde seine Integrationswirkungen und sein etwas mageres Charisma wieder beeinträchtigen. Besonders interessant ist aber, daß er nunmehr eine religiöse Komponente in seine Motivationsbemühungen mit aufgenommen hat. Schon aus der »Alternative« geht hervor, wie sehr er begriffen hat, daß die Fremdheit gegenüber der technologischen Zerstörung, der Zerstörung durch wissenschaftliche Produktivkräfte, die Legitimationsbasis der Technokratie angefressen hat. »Ökologische Krise« und »psychologische Krise« speziell die »Paralyse der Arbeitsmotivation« nennt er in einem Satz. War die »Alternative« noch der Vorschlag, die durch technologische Gewalt induzierte Sinnkrise durch kompensatorische soziale Maßnahmen aufzufangen, scheint er nunmehr zur richtigen Überzeugung gelangt zu sein, daß dies allein nicht mehr ausreicht. So votiert er inzwischen für eine Verbindung, die sich aus der Kraft des Christentums und des Sozialismus ergibt (FR 29.11.79). Er will »Gemeinde stiften« und eine »Aufbruchstimmung« kanalisieren (a.a.O.). Es gehe ihm um »ideologischen background« plus »im säkularisierten Sinne religiöse Substanz«. »Wenn unsere ganze Zivilisation (und darunter versteht, wie wir wissen, Bahro das Technosystem wie auch die kybernetisierte Herrschaftsstruktur) krachen wird, dann können wir auch Sozialismus, Kommunismus, Liberalismus und Humanismus vergessen ... wir Linken und wir Grünen, wir werden gebraucht von den engagierten Christen. Die engagierten Christen nehmen in allem für das Überleben der Menschheit heute entscheidenden Fragen die richtige Haltung, die richtige Position ein.« Bahro ist mit seinen Bemühungen, die durch die kapitalistische Gewalt und ihre Zerstörung der Gesellschaft gerissenen Sinndefizite mit religiösen Anleihen zu decken, nicht allein. Beileibe nicht. Man kann sagen, daß inzwischen von allen Seiten ein unglaublicher Run auf den religiösen Markt eingesetzt hat, um die Sinn- und Motivationslücken zu stopfen. Rechte, wie Schelsky oder Poppelsdorf, aber auch die Führungsspitze des SB hat in Eilmärschen gleichgezogen. Doch dazu weiter unten.

Wer die Äußerungen nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß Bahro von all dem, was er in der Alternative geschrieben hat, nichts, aber auch gar nichts zurückgenommen hat.

- Es bleibt die grundsätzliche Bejahung der zivilisierenden Rolle des Staats: »In meiner Kulturrevolutions-Idee kommt der Staat vor als eine kulturelle Macht und Institution erster Größenordnung. Als ein Kulturfaktor, als ein kultivierender Faktor, der nicht wegzudenken ist, der nur auf einer sekundären Ebene diese Rolle als Repressionsinstrument spielt ...« (Links Nr. 118, S. 227) Des Staates also, der die technologische Zerstörung der Gesellschaft, (siehe dazu weiter unten) auf nie dagewesenen Weise vereinheitlicht, ihre Gesamtorganisation übernommen hat. Seine Vision: Die Tatsache, »daß Westeuropa jetzt den peloponnesischen Krieg hinter sich hat und den Universalstaat zu schaffen beginnt«.

- Für ihn bleibt der Spezialist der zur Herrschaft berufene »kollektive Intellektuelle«, der den Ausgebeuteten und von der Technologie Gepeinigten nur noch die zweifelhafte Rolle als Gegenstand ihrer »Emanzipation«, das heißt nichts anderes als Anpassung an die Technostruktur zuweist.

- Er hat nichts zurückgenommen von seiner grundsätzlichen Bejahung der technologischen Prinzipien, die unsere Gesellschaft bis in ihre letzten Lebensäußerungen hinein zerstört haben, unsern Alltag und unser Leben enteignet haben. Genau dies ist aber der neuralgische Punkt, an dem die zentrale Lüge, der zentrale Betrug Bahros angesiedelt ist. Und an diesem Punkt beginnt auch die neue »Religiosität« den technischen Charakter einer Produktivkraft anzunehmen. Auch wenn ich dabei andere entscheidende Gesichtspunkte von Bahros »Theorie« vernachlässige, zu diesem Punkt möchte ich besondere Ausführungen machen.

An anderer Stelle ha be ich gründlich dargelegt, daß die ökonomische Ausbeutung nur die eine Seite kapitalistischer Gewalt ist. Zugrunde liegt ihr der technologische Angriff des Kapitals zunächst einmal auf die Arbeit, dann aber immer breiter auf sämtliche Bereiche des Alltags und unseres Lebens. Er beruht auf dem Prinzip, komplexes, vielfältiges Leben gewaltsam der toten und kalten Struktur von Algorithmen zu unterwerfen, d.h. komplexe Zusammenhänge zu Einzeloperationen zu zerlegen und in Serienprogrammen zu organisieren. In meinem Buch, aber auch in den bisherigen Heften der 'Autonomie' haben wir gezeigt, daß das Kapital dieses zerstörerische technologische Gewaltprinzip bis in die Schulen, Knäste, Krankenhäuser, städ-

tischen Abläufe usw. hineingetrieben hat. Überall hat es komplexes, vielfältiges Leben zu kalten Programmen enteignet und zerstört. Es hat dabei universell das Strukturprinzip der Kybernetik verwirklicht, das Bahro als den »strukturellen Aspekt der Welt« verabsolutiert und in den Formen informationeller kybernetischer Organisation der Gesamtgesellschaft perfektionieren will. Kein bißchen, nicht den kleinsten und geringsten Ansatz einer Kritik an diesem Gewaltprinzip läßt Bahro bisher erkennen. Das genau ist es, was ihn zum Apologeten, zum Priester einer neuen Phase der technologischen Gewalt macht. Wenn er dabei in seinen Reden sagt, die ökologische Bewegung stünde ihm nahe, bedeute ihm viel, weil es eine Massenbewegung sei, dann hat er auf diesem Hintergrund alles gesagt: Das antitechnologische antitechnokratische Herz der neuen linken Bewegungen, der Kampf für das Leben und gegen die technologische Gewalt ist für ihn nur ein Mobilisierungsfaktor. Im Grunde ist er ihr Gegner. In der »Initiative« und als gelernter und gebildeter Arbeitsorganisator mit kybernetischen Erfahrungen weiß er, wo die Gefahren für die Technostrukturen liegen: Der Reichtum menschlichen Denkens und Fühlens und möglicher Gesellschaftlichkeit liegt weit über dem primitiv-logischen Niveau kybernetischer Regelung und Steuerung. Ich kann es hier nicht erläutern, habe es aber in meinem Buch mit hinreichender Breite ausgeführt: Denken, Kommunikation, Fühlen, Gesellschaftlichkeit ist logisch so reich, daß jede Anwendung kybernetischer Prinzipien, d.h. der kapitalistischen Technostruktur eine Form technologischer Gewalt darstellt. Das Gehirn, Menschen, ihre Gefühle sind nicht als Computer abbildbar. Dies ist auch der Grund, warum dem kalten und brutalen Technosystem, ob in Schule, Krankenhaus, Universität oder Stadt, die Bedürfnisse der Menschen nach lebendigem Reichtum feindselig und fremd gegenübertreten. Diese technologische Gewaltsamkeit ist genau der Grund für die wachsenden Motivationsdefizite auf dem Gebiet der Arbeit und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Oder anders ausgedrückt: Es ist der Grund für die umfassende gesellschaftliche Sinnkrise, die das Kapital mit dem ihm eigenen Gewaltpotential hervorgerufen hat und die es nicht mehr bewältigen kann.

Wenn wir dieses Verhältnis von technologischer Gewalt, von kybernetischer Zerstörung, von binärer Lebensvernichtung auf der einen Seite und der lebendigen Fremdheit auf der anderen Seite einmal von dieser Abstraktionsebene herunterholen und die Gegener beim Namen nennen, dann wird erst vollends deutlich, was Bahro uns zumutet. Die Exekutoren kapitalistischer Gewalt, diejenigen, die unser Leben an allen Ecken und Enden zerstören, sind ausgerechnet diesel ben, die Bahro uns als evolutionäre Elite an die Spitze stellen will. Es sind die Spezialisten der Stadtplanung, die im Verkehr, in Fußgängerzonen, in Einkaufszentren unseren städtischen Alltag zu Maschinen aus lebendigem Fleisch saniert haben. Es sind die Pädagogikspezialisten, die alle menschlichen und persönlichen Verhältnisse aus den Schulen vertrieben haben und Lernen in kalte Programme, in Lernmaschinen verwandelt ha ben. Es sind die Arbeitsorganisatoren vom Schlage Bahros selbst, die nunmehr anheben, auch in den Informationsfabriken die letzten Reste von Angestelltenqualifikation zu beseitigen. Wenn Bahro sich gerade auf die Qualifikation der Spezialisten beruft, um sie zur neuen Avantgarde zu befördern, dann beruft er sich auf die Qualifikation der Gewalt. Es ist in der Tat das von Bahro gerühmte »Abstraktionsvermögen« der Spezialisten, das sie zu hochmobilen, universell verwendungsfähigen Zerstörern unseres Lebens, unserer kollektiven Möglichkeiten gemacht hat. Die Anwendung des Sprichworts, Bahro wolle den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, passt eigentlich nicht ganz auf seine Unverfrorenheit. Er verlangt von uns genau die Eigenschaften, die den Teufel erst zum Teufel machen, als Heil und Rettung zu feiern.

Was das traditionelle »Subjekt« unserer Epoche anlangt, die Arbeiterklasse, so profitiert Bahro davon, daß die Politik aus Lohndifferenzierung, Spaltung der Arbeitsmärkte, forcierte Rationalisierung unter dem Diktat der Einheitsgewerkschaften bislang gelungen ist, den Deckel auf dem Topf zu halten. Aber es ist nicht nur zynisch, sondern völlig unangebracht, derart mit der Enttäuschung der intellektuellen Linken von der Arbeiterklasse zu operieren. Bahros Kompensationstrategie macht deutlich, daß das Subjekt der »Sinnkrise« längst nicht mehr in den traditionellen Facharbeiterkernen zu suchen ist, die trotz aller Dequalifikation und Bedrohung die gleichgestellten Kompensationen immer noch schlucken. Die technologische Motivations- und Sinnkrise äußert sich darin, daß keiner mehr richtig in der Lage ist, aus den programmierten Plastikfunktionen in Fabrik, Büro, Schule usw. irgendeine Identität oder Lebensperspektive zu zimmern. Daß eine wachsenden Zahl von hochmobilen Jobern durch die verschiedenen Arbeitssektoren driftet, die zu einer stabilen Identifikaiton mit ihrer Arbeit als Lebenszweck und Sinn einfach subjektiv und objektiv nicht mehr in der Lage sind. Daß sich ein wachsender Rand von Aussteigern und zwangsweise auch Ausgestiegenen bildet, deren gemeinsame Basis mit dem produktiven System nunmehr vollends zerstört ist. Daß auch noch so hohe Kompensation nur immer wieder vorübergehend die Risse kitten können, die zwischen der zwar hochentlohnten, aber fortschreitend dequalifizierten Arbeiteraristokratie und den kapitaltragenden Gewerkschaften immer wieder entstehen.

Bahro weiß genau, daß sie nur unter Zwang, Gewalt und möglichst viel Zuckerbrot noch bei der Stange gehalten werden können, aber daß nur noch Bruchteile von ihnen im System absorbiert sind. Gerade sie sind am anfälligsten dafür, den radikalen Bruch mit dem Unsinn und der Bedeutungsleere unserer durchrationalisierten Gesellschaft zu vollziehen und gerade sie vollziehen sie in der Tat auch am radikalsten. Bahros Begrifflichkeit ist regelrecht betrügerisch. »Absorbiert« sind gerade die, die er »qualifiziert« nennt; sie scheinen noch immer in einer geradezu gespenstischen Glückseligkeit in ihren technokratischen Rollen und Funktionen aufzugehen, sie gerade scheinen noch eine ungetrübte kapitalistische Identität aufrecht erhalten zu können, sie sind die einzigen, die noch sinnvolle Lebensperspektive aus der Hand des Kapitals erwarten und akzeptieren können: die Herren Ingenieure, Verwaltungsspezialisten, Lehrer, Knastarchitekten, Städtebauer. »Qualifiziert« hingegen für ein neues Leben jenseits der zerstörerischen Formen kapitalistischer Gewalt sind nur diejenigen, denen das Kapital selbst einen produktiven Lebenssinn zerstört hat: das sind die nach Bahro »Absorbierten«, die Exilierten, der neue gesellschaftliche Rand. Bahro scheint dies auch genau zu wisen, denn auf diese lebendigen und gefährlichen Abfallprodukte der kapitalistischen Sinnkrise richten sich auch seine graduell nach und nach aufgestockten Motivationsstrategien.

Dabei ist Produktivkraft Religiosität nurmehr der äußerste Pol einer Strategie künstlicher Sinnstiftung, die den allgegenwärtigen Sinn unseres Motivationsverfalles auffangen soll. In unserem letzten Heft über die zweite Zerstörung Deutschlands haben wir versucht, die Vision eines neuen Geflechts von Überwachung und Integration aufleuchten zu lassen, bis hin zu Techniken künstlicher Gemeinschaftlichkeit, zur helfenden Verwaltung einer gemeindenahen Psychiatrie, zu polizeilicher und nichtpolizeilicher Sozialarbeit. Dabei kommt vor allem der zentral privatisierten Zentraltechnokratie eine besondere Rolle zu. Privatisiert vor allem deswegen, weil das Mißtrauen gegenüber offener staatlicher Verwaltung vor allem in »Problemgebieten« und »Problemschichten« nicht mehr abzubauen ist. Zur Bewäl-

tigung der zunehmend kritischen und wachsenden Masse fremder Subjektivität tritt die kapitalistische Gesamtarbeit in ein neues Stadium. In den Lücken, die die zunehmende Automatisierung unseres Lebens gerissen hat, nistet sich ein sich verdichtendes Geflecht immer neuer spätkapitalistischer Integrations- und Beziehungsarbeit ein. Sozialarbeiter gab es immer, aber dieses neue Geflecht aus Psychologen, Psychiatern, Lehrern, Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, stadtteilbezogener Selbsthilfe usw. gewinnt eine neue Qualität.

Wir haben oben bereits gesehen, wo Bahro in seinem Konzept die scheinprivatisiert dezentrale Sozialtechnik einplant: Als den sozialpädagogischen Flügel des kollektiven Intellektuellen. Man braucht nicht den Hinweis, daß Bahro seine westliche akademische Heimat bei Negt gefunden hat, um bei alledem sofort an das Sozialistische Büro zu denken. Und in der Tat: Die Bahro-Rezeption im Sozialistischen Büro ist verblüffend und eindeutig klar. Der letzte Beitrag in »Links«, der zumindest Ansätze einer grundsätzlichen Kritikbereitschaft erkennen läßt, stammt von dem Nichtmitglied Wolfgang Kraushaar, Ende 1978 (»Links« Nr. 106, S. 8), nachdem Bahro Mitte des letzten Jahres in die BRD übergewechselt war, hat die Spitze des Sozialistischen Büros offenbar sehr schnell die Möglichkeiten einer neuen politischen Heimat für den »kollektiven Intellektuellen« erkannt und kämpft nunmehr mit Bahro offenbar nur noch um die Marktanteile. Nach dem Offenbacher Programmkonkress der »Grünen« tauchen die entscheidenden Punkte Bahros zunehmend und unkritisiert in »Links« auf. Unter dem Titel »Wiedervereinigungen aller sozialistischen Strömungen« wird in Nr. 118 (Januar 1980) das Gespräch mit Bahro abgedruckt, aus dem ich bereits zitiert habe. Es wiederholt alle wesentlichen Punkte der »Alternative« und fordert dazu auf, im Rahmen des »kultivierenden Faktors Staat« durch eine »Kulturrevolution von oben, die Zivilisation zu retten und zu verändern«. »Insofern muß auch die Arbeiterbewegung mit negiert werden« im Verlauf »dieser Kulturrevolution«. Von »Links« dargestellt in einer Art affirmativer Kommentierung. In »Links« 119 fragt sich Winfried Thaa, ob nicht »in hochentwickelten Industriegesellschaften die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise die breite Entfaltung ihrer kulturrevolutionären Kritik voraussetzt, »durch einen alternativen Block« oder ein »Alternatives Netz« (Nr. 119, S. 14). Oskar Negt schließlich schließt den Orientierungsprozeß in einem Gespräch mit »Links« April 1980 ab, (Alltagserfahrung und Antizipation, »Links« Nr. 121, S. 18 ff.). Mit einem nicht ganz identischen, aber eindeutig an Bahro orientierten Vokabular (damit man wegen der Marktchancen auch merkt, daß es von ihm stammt), klinkt er sich gemeinsam mit Gesprächsteilnehmer Jens Huhn an Bahros entscheidenden Punkten ein. Er stellt fest, daß im »SB die eigentliche Arbeitskraft, die akkumuliert ist, (ist) die intellektuelle Arbeitskraft« (S. 19). Er beklagt, wie sie sich unter der Bedingung der Teilung von Kopf- und Handarbeit« »eigentlich nur mit Schuldgefühl en ausgedrückt hat«. Er stellt fest, daß sich »heute intellektuelle Arbeit und die ernsthafte Beschrei bung von intellektuellen Prozessen mehr und mehr zum Durchschnittsmodell für gesellschaftliche Arbeitsprozesse überhaupt (entwickelt)«. Der vierte Typhus wäre nun der »kollektive Theoretiker« (S. 20). Schließlich fragt Gesprächsteilnehmer Horst Dieter Zahn nach der Bedeutung, die der unmittelbare Arbeitsprozeß für die Produktion von »überschüssigem Bewußtsein und überschüssigen Fähigkeiten« hat. Und alle sind der Meinung, daß es jetzt auf »Sinnstiftung« ankommt, darauf, »Sinnhunger« zu befriedigen. Detlef Klaussen: »Das Moment von Sinnstiftung aber fehlt. Ich will hier nicht für pseudoreligiöses plädieren, aber eines muß man sich überlegen: die paar makrobiotischen Körner sind konkreter als das, was wir vom Sozialismus sagen«.

Als Konkurrenzunternehmen und Marktstrategie gegen den Konkurrenten Bahro wird gegenüber dem »Sozialistischen Kongreß« nunmehr der »Große Ratschlag« Ende Juni konzipiert. Auf welche politischen Marktanteile das Sozialistische Büro spekuliert, darüber gibt die umfassend ausgelegte Sondernummer von »Links« (Nr. 122, Mai 80) Auskunft.

Der sich bis Ende der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre zuspitzenden »Sinn«- und Motivationskrise in der Arbeit mochte man noch durch »Humanisierungsstrategien« beikommen wollen. Der globalen gesellschaftlichen Sinnkrise, die nunmehr die Leistungs- und Leitungsstrukturen bedroht, sind diese alten Kompensatinsstrategien nicht mehr gewachsen. Daher zunächst Bahros Vorschlag, im Anschluß an die amerikanische Motivationstechnologie, die Ersatzbefriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse nach demokratischer Kommunikation und kommunikativer Kreativität sicherzustellen. Symptomatisch haben aber Jugendreligion, Rauschgiftkonsum, Aussteigertum gezeigt, daß all dies zur Mobilisierung von Motivation für die Technostruktur längst nicht mehr ausreicht. Nachdem die vorhergehende Phase Gesellschaftlichkeit als Produktivkraft einsetzen wollte, müssen nunmehr tiefere Sinnschichten, vor allem eine »Religiosität«, als Produktivkraft herhalten. Das sind genau die Bemühungen, mit denen sich Rechte und Linke, Schelsky, Negt, Bahro inzwischen vereinigen.

Über den ökologistischen Propheten Gruhl

Well, auch ich habe allerhand Widerwillen niederkämpfen müssen, bevor ich bereit war, Gruhl's »Ein Planet wird geplündert« zusammen mit den späteren Aufsätzen nicht nur diagonal zu lesen, sondern zu studieren. Der freiwillige Konsumverzicht auf Wichtigeres hat sich überraschend ausgezahlt. Vor mir tat sich ein Sammelsurium theoretischen Nullwachstums auf, das es gleichzeitig in sich hat. Herbert Gruhl ist ein Rattenfänger. Zwischen verdorrten Beeten voll von Faktenhuberei und sinnlosen Schautafeln, wie sie sich heute nur noch wenige Technokraten zu leisten wagen, taucht ein höchst brisantes Gedankengerüst auf. Bei ungenauem Lesen sind diese Grundgedanken kaum faßbar, sie werden sozusagen nebenbei untergejubelt. An einigen Stellen, wo eingnes Nachdenken ins Kritische umschlagen könnte, brechen diese Konstruktionen ab. Nach dem dritten Lesen war mir endgültig klar: Herbert Gruhls Originalmanuskript muß ganz anders ausgesehen haben als das schließlich veröffentlichte Buch. Es bestand offensichtlich aus drei Teilen. Der erste setzte sich aus einem Verschnitt der gängigen populärökologischen Literatur vom »Club of Rome« bis zu Schuhmacher zusammen, der zweite enthielt die ureigensten »wertkonservativen« Räsonnements Gruhls über Gott und die heutige Welt; und im dritten baute Gruhl eine Handlungsanleitung auf, wie eins und zwei zusammenzubrauen und miteinander zu verquirlen seien. Im Anschluß daran muß es ein Zwischenmanuskript gegeben haben, in dem Gruhl Klartext – seinen Klartext – zu Papier brachte. Dann suchte Gruhl redaktionelle Beihilfe, um seinen Klartext wieder zu verwässern, um seine Kerngedanken nur unterschwellig in die ökologistische Selbstbegrenzungswelle, die es zu treffen und aufzugreifen galt, einfließen zu lassen. Und so kam am Ende »Ein Planet wird geplündert« heraus: Eine Ansammlung von Plattitüden, Fakten- und Geschichtsfälschungen einerseits, andererseits ein raffiniertes sozialdarwinistisch-imperialistisches Kompilat über alle aktuellen weltbewegenden Fragen. Und das alles, »alternativ« aufgeputzt, übersetzt in die gängige ökologistische Sprache! Als mir das klargeworden war, packte mich die Wut. Aus der Wut wurde Grausen, als mir Gruhls entsetzliches Programm der Menschheitssanierung in den Leserbriefspalten der Taz, in Gesprächsfetzen der Alternativszene entgegenschlug; als ich miterlebte, daß er sogar durchaus bewußte und kritische Linke zumindest zeitweilig in seine Bann zu schlagen verstand. Verdammt noch mal, dachte ich: jahrelang haben wir uns von diesen Exponent/inn/en der diversen sozialen Basisbewegungen davon abhalten lassen, mit Verweis auf schlimme ML- und RAF-Erfahrungen eine sozialrevolutionäre Programmatik zu erarbeiten, in der alle weltbewegenden Fragen ihren Platz haben. Und jetzt kommen die gleichen Propagandisten der kleinen Taten und der noch kleineren Gedanken daher, und tischen Lösungsvorschläge in Sachen Krise der Arbeit, Energiefrage, »Überbevölkerungsproblem«, Ost- West- und Nord-Süd-Konflikt à la Gruhl und Co. auf, als handelte es sich um Glaubenssachen! Gar keine Frage: der Skandal Gruhl, die Tatsache, daß sein Buch (zusammen mit Bahros »Alternative« und anderen sozialdemokratischen Pamphleten aus der Ecke Eppler-Duve) die sozialen Teilbewegungen zu entmündigen und falsch zu vereinheitlichen droht, zeigt, wie lange wir uns an der Nase haben herumführen lassen.

2.1. Warum Gruhl plündert: eine Schrekkensbilanz verdrehter Sachverhalte (1)

Was mir zuerst auffiel: Gruhl will vor allem die Arbeit wieder attraktiv machen. Im ganzen Text beklagt er sich immer wieder, daß heutzutage Raubbau an Energie und Rohstoffen betrieben werde, während sich die Regimes in Ost und West dabei überböten, die Arbeit zu schonen. »Die menschliche Arbeitskraft ist heute das einzige, womit man sparsam und sorgfältig umgeht«, ruft er entrüstet aus (S. 18). Und das – übrigens eine wahnwitzige Unterstellung, wie wir noch sehen werden – paßt ihm nicht, und selbst in der ziemlich vorsichtig abgefaßten Einleitung zur Taschenbuchausgabe hält er an der Gegenforderung fest, zu einer »arbeitsintensive(n) Gleichgewichtswirtschaft« zurückzukehren, »die höchst sparsam mit Energie und Rohstoffen umgeht« (S. 7). Da aber selbst Gruhl schon etwas von der Entfremdung der Arbeit in der großindustriellen Produktion gehört hat, verzuckert er sein Plädoyer für harte Maloche, so gut es geht, indem er in Anlehnung an Schumacher die »therapeutische Kraft der echten Arbeit« (S. 147) preist. Echte, unentfremdete Arbeit gibt es aber, so Gruhl, nur in der handwerklichen Produktion, ihre »direkte Beziehung zum Produkt führt zu einer optimalen Befriedigung am eigenen Werk« (S. 146), während der Fließbandarbeiter von heute nur noch über das Geld zur Arbeitsleistung motiviert sei. Bevor wir uns mit einem derartigen Versuch, die heutige Krise der Arbeit durch einen Schritt zurück in ein weniger entfremdetes Stadium der Ausbeutung von Arbeitskraft zu lösen, inhaltlich auseinandersetzen, wollen wir zuerst hinterfragen, warum Gruhl dies tut. Die erste Antwort finden wir im »grünen Manifest« der 'Grüne Aktion Zukunft' unter Punkt zwölf: »Nur durch Dezentralisation und Förderung der handwerklichen Berufe bekommen wir dauerhafte Arbeitsplätze, Lehrstellen und einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb.« Hier haben wir Klartext im ersten Stadium: abgesehen von der 'dezentralistischen' Verbeugung vor der Alternativbewegung ein offenes Plädoyer für die Subventionierung des bundesdeutschen mittleren Unternehmertums, für die neuerliche Verschärfung von Lehrlingszüchterei und für 'echten' Konkurrenzkapitalismus. Soweit so gut: bis hierher ist alles noch ganz harmlos; die bedrängten Mittelständler wollen ihre Lobby-Politik über die grüne Ecke neu aufmöbeln. Aber Gruhl genügt das nicht, er will auf Höheres hinaus. Ausgehend von der aberwitzigen wie monoton wiederkehrenden Behauptung, das Kapital von heute habe gar nichts mehr mit der Ausbeutung von Arbeitskraft zu tun (S. 200), sondern sei »nichts anderes als ein Mittel zur Energieübertragung« (! S. 199), polemisiert er gegen die Tendenz des spätkeynesianistischen Staats, zugunsten der Wirtschaft in Krisenzeiten durch Arbeitslosengelder usw. den Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten. Er hält es da lieber mit dem reaktionären Monetaristen F.A. Hayek, der hohe Arbeitslosenziffern als Garanten der Marktwirtschaft preist, und bezeichnet das deficit spending der Bundesregierung von 1975 gegen die Arbeitslosigkeit von 10 Mrd. DM als »Unheil« (S. 202). So kurz ist der Sprung vom Mittelstandslobbyisten zum Propagandisten eines chilenischen Sanierungsweges, der, weil ja die Arbeit für die derzeitige Wirtschaftsverfassung nicht mehr konstitutiv ist, die

arbeitenden Subjekte durch einseitigen Abbau des Sozialfonds zur 'echten' Arbeit zurückzubombardieren gedenkt! Alles andere, was Gruhl im Verlauf dieses Sprungs sonst noch zustandebringt, läßt sich summarisch abhaken: die »sagenhafte Dummheit« »einige(r) europäische(r) Völker« etwa, die sich durch ausländische Arbeiter haben überfluten lassen: »die fremden Volksgruppen werden der beste Nährboden für Bewegungen sein, um die soziale Ordnung der Aufnahmeländer von innen her zu zerstören« (S. 185). Oder die Feststellung, daß vor allem die gewerkschaftliche Mitbestimmung jenen »Sozialstaat« erzeugt habe und am Leben erhalte, der, dem Drang der Massen zum »Wohlleben« nachgebend, zum eigentlichen Wachstumsfetischisten geworden sei (S. 206 f.). Kein Wunder nach alledem, daß Olaf Dinné, Bremer Vertreter der Gruhl-Linie, inzwischen zur Tat schritt und in einer seiner ersten Bürgerschaftsreden für eine drastische Kürzung der regionalen Sozialfonds plädierte, wo doch der bremische Staat längst zum »Sozialhilfeempfänger des Bundes« verkommen sei!

Aber Gruhl und dessen frischgebackene parlamentarische Anhänger zielen nicht nur auf eine Restauration der Arbeitsfreude durch harte, arbeitsintensive Plackerei. Ihre Kritik am »Sozialstaat« entpuppt sich darüberhinaus als willkommenes Scharnier, um gegen alle aktuellen Tendenzen zur Bezahlung von Reproduktionsarbeit außerhalb der industriell-handwerklichen Sphäre Front zu machen. Dabei ist Gruhl offen genug, um die ihm mißliebigen Hausfrauen von heute, die für alles bezahlt werden wollen, zu beschimpfen, gleichzeitig aber für die untergegangene Dienstbotenära zu schwärmen! Immer wieder bejammert Gruhl in episodenhaften Einsprengseln die Tatsache, daß die Hausfrauen im Gefolge der Frauenbewegung ihre Reproduktionsarbeit an Mann und Kindern nur noch widerwillig umsonst leisten. Gruhl registriert also eine zunehmende Verweigerungstendenz gegenüber der plackerischen wie unterbezahlten Dienstleistungs- (=Reproduktions-)arbeit, die von der Familie bis zum Tourismus reicht: »Wer persönliche Dienstleistungen schätzt, der muß in ein Entwicklungsland reisen – dort bekommt er sie.« Diese Flucht der Hausfrauen aus den familiären Dienstleistungen in besser bezahlte Arbeitsstellen außer Haus (»Damit ist auch schon die Frage beantwortet, warum so viele Hausfrauen einen Beruf ausüben, statt im Hause Dienstleistungen zu verrichten. Weil sie dort viel mehr verdienen als daheim« – S. 156) löst eine alarmierende Kettenreaktion aus. Immer weniger Kinder werden in den Metropolen-Ländern geboren, und die bisherigen familiären Dienste werden kommerzialisiert, genauer zwischen Privatwirtschaft und Sozialstaat aufgeteilt. Und so steht Gruhl erschüttert vor der Tatsache, daß sich in der BRD die Produktion von menschlicher Arbeitskraft aufgrund der großen Verweigerung seitens der Frauen ständig verteuert. Daraus zieht unser Baghwan gravierende Schlußfolgerungen. Auf mehreren Ebenen ist die Männerherrschaft über Frau und Kinder bedroht: die Verweigerung den »familiären Diensten« gegenüber wird erstens verdammt als Ausbruch aus dem auch hier bemühten »natürlichen Regelkreis«; zweitens schafft demgegenüber die Technisierung und Rationalisierung des Haushalts wenig Ersatz für bedrohte Männerherrlichkeit, weil sie Tendenzen zum »Hausmann« fördert, denn all die neuen »Apparate wollen bedient sein, und es dürfen keine Fehler dabei gemacht werden. Also übernimmt der technisch meist versiertere Mann Hausfrauenpflichten« (S. 153); und drittens schwächt der metropolitane Gebärstreik der Frauen 'unsere' Stellung gegenüber den Entwicklungsländern, die uns postwendend mit renitenten Immigrationsarbeitern überfluten: in den Entwicklungsländern »ist nicht nur das Kind billig, sondern auch die Mutter. Was ist die folge? Da sich die »Produktion« von menschlichen Arbeitskräften in Nichtindustrieländern unerhört billig – bei uns dagegen unerhört teuer stellt, ist es wirtschaftlich sehr viel rationeller geworden, die Arbeitskräfte in jenen Ländern »erzeugen« zu lassen, um sie dann, wenn sie fertiggestellt sind, als Gastarbeiter zu »importieren«. Und das tun wir ja auch ausgiebig.« (S. 157)

Erst im Zusammenspiel von Produktions- und Reproduktionsarbeit vermögen wir zu erkennen, worauf der »grüne« Gruhl im Kern abzielt: er propagiert von einer mittelständisch-sexistischen Warte aus das Zurückbombardieren von Frauen, Kindern und Arbeitern in den »natürlichen Regelkreis« von harter Arbeitsbesessenheit, von »naturergebener« Gebärarbeit und rigid-familiärer Kinderaufzucht. Dabei wird der »natürliche Regelkreis« doppelt verstanden. Einmal als naturgegebener Zwang, als neue Fesselung an die Notwendigkeit der »ersten« Natur jenseits der Freiheit, die, wie wir noch sehen werden, sozialdarwinistisch legitimiert wird. Zum zweiten als der Wiederhersteller eines »natürlichen« Arbeitsethos, das sich von Geld und Einkommen abkoppelt. Der Weg zurück zur arbeitsintensiven Produktion meint vor allem den Weg zurück in sinkende Lohnstandards, und zu möglichst unbezahlter Hausarbeit. Wenn wir das ganze ökologistische Flitterwerk einmal beiseitelassen, haben wir ein Konzept vor uns, das darauf ausgeht, **die reformistisch-keynesianistische Antwort des sozialliberalen Regimes auf die Massenkämpfe des vergangenen Jahrzehnts zu beseitigen und eine innere arbeitsasketische und gebärwütige Restauration direkt aus den sozialen Massenbewegungen zu erzeugen!**

Aber Gruhl ist nicht nur im Hinblick auf Arbeit und Reproduktion reaktionär. Was er diesbezüglich anbietet, ist nur die Spitze eines Eisbergs. Zwischen den Zeilen, meist wohlverpackt in ökologistische Sprachhülsen, entdecken wir einen nicht weniger fanatischen Verfechter des Privateigentums. Hier operiert unser Ökologist über die ideologische Mensch-Raum-Schiene, um privates Eigentum über Grund und Boden zum Naturgesetz zu stilisieren (S. 42 ff.). Historisches Gemeingut dagegen, beispielsweise die Allmende, wird als 'unnatürlich' diffamiert, und darüber hinaus mit dem alten Bannspruch aller Grundherren belegt: »alle Dinge, die niemandem gehören, werden von allen sehr gern benutzt, aber von niemandem gepflegt« (S. 44); »Die höchst sinnvolle und notwendige Art von Eigentum ist die des Besitzes von Grund und Boden« (S. 45). Die Geschichtsklitterungen, die Gruhl zur Untermauerung dieser 'Naturgesetze' fabriziert, sind geradezu unglaublich! Hier argumentiert ein unverhüllter Blut- und Boden-Politiker, der sich von den Nazis nur insofern unterscheidet, als deren Agrarhistoriker sich mehr Mühe bei dem Unterfangen gemacht haben, die von der Geschichtswissenschaft schon damals aufgehäuften Wahrheiten über das Verhältnis von Gemeineigentum, Dorfgemeinde und regionaler 'sittlicher Wirtschaft' im antikapitalistischen Volkswiderstand wegzudisputieren. Gerade in diesem Zusammenhang wurde mir schwindlig zumute. Wie geht es an, daß ein knallharter, von nazistischen Legitimationssträngen nur so strotzender Agrar-Eigentumstheoretiker zum propagandistischen Vorkämpfer des 'grünen Protests' sich aufschwingen konnte?

Damit haben wir den Kern der politischen Ambitionen Gruhls zusammen. Zurück zum 'natürlichen Regelkreis' heißt bei ihm zuallererst: zurück zu harter, unterbezahlter Maloche und zum unbezahlten Geburtenkrieg (»Den Müttern als dem wichtigsten Stand des Volkes muß mehr Anerkennung und Gerechtigkeit zuteil werden« – GAZ-Manifest, Punkt 9) für die Ausgebeuteten, Rekonstruktion des mittelständischen Eigentums im Sinne der frühen Adenauer-Ära als Leitmodell für die Ausbeuter. Bewerkstelligt werden soll dies durch eine positive Neubesetzung des sinkenden Lebensstandards, sinkender Löhne und Einkommen. Originalton Gruhl: vielfältig sind die wissenschaftli-

chen Beweise, »daß die materialistische Zielsetzung auf das Wohlleben hin eine selbstzerstörerische **Fehlentwicklung** für den Menschen selbst ist.« (S. 6) oder: »in der grenzenlosen Begehrlichkeit des Menschen, der von Freizeit redet, aber immer mehr Güter will«, haben sich »westliche Voraussagen und östliche Heilsvorstellungen über ein Zeitalter der Glückseligkeit und Zufriedenheit gleichermaßen überholt« (S. 151). Oder: »Heute leben wir in einer Inflation der Ansprüche, die selbst die des Geldes übertrifft. Diesen Ansprüchen sehen sich heute die Regierungen aller Staaten gegenüber. Um an der Macht zu bleiben, versichern sie schleunigst, daß alle Ansprüche sehr berechtigt seien und auch erfüllt werden würden – und noch andere dazu!« (S. 229). Was also tun, um der zu dekretierenden neuen Massenarmut den Anschein des möglichst selbstgewollten Positiven zu verleihen? Punkt eins: »die Menschenwürde kann niemals eine Frage des materiellen Besitzstandes sein« (S. 229), so haben schon immer diejenigen getönt, die noch nie arm waren und zu denen gehören, die die Enteignung der anderen betreiben. Punkt zwei, vorsichtshalber einem anderen Autor in den Mund gelegt: »Wir müssen heute bereits die Möglichkeit einer gezielten Senkung des Lebensstandards in den hochentwickelten Industriegesellschaften ins Auge fassen« (S. 233). Punkt drei: wer heute zu sehr für sein 'Wohlleben' kämpft, bedroht die Generation von morgen, die »Ungeborenen« (! S. 233). Und dann kommt nach der Mobilisierung aller nur erdenklichen weiteren Vorurteile gegen die ungesunde Bereicherungssucht der spätkapitalistischen Unterklassen die Umwertung aller Werte im Klartext: »Im neuen Gesellschaftssystem müßte ... der materielle Verzicht an der Spitze der Werte stehen. Dies ist ein Wert, der wahrscheinlich nur auf religiösem Fundament mächtig werden kann« (S. 282).

Daß Gruhl seinen mystifikatorischen Wirklichkeitsfälschungen den Flair des religiös-ökologischen Baghwan überzustülpen bestrebt ist, werde ich noch zeigen. Vorher sei aber noch angemerkt, daß unser Ökologist selber an der Dauerhaftigkeit dieses Unterfangens zweifelt. Deshalb macht er sich fast im gleichen Atemzug daran, seinem Lösungsvorschlag gegenüber der heutigen Krise der Arbeit die dazugehörige gewalttätige Operationsbasis zuzuschreiben. Auch hier zuerst das desorientierende Scheinargument des Roßtäuschers, der den Zusammenhang von Freiheit und gesellschaftlich angeeignetem Reichtum prophylaktisch aufhebt (»Die Freiheiten mußten auf dem Wege zum materiellen Wohlstand und zur sozialen Sicherheit aufgegeben werden« – S. 289), um den – Staat als Motor zur Umpolung von unfreier Bedürftigkeit in – Freiheit zu preisen: »Jetzt muß die Zukunft geplant werden. Und es ist weit und breit niemand sichtbar, der das tun könnte, außer dem Staat. Wenn er es aber tut, dann muß er jetzt tatsächlich viele Freiheiten entschlossen aufheben, um das Chaos zu verhüten ... Im Kampf ums Überleben werden die Menschen auch zu allem bereit sein.« (S. 290). Nachdem so die Katze aus dem Sack ist, läßt unser Baghwan zustimmend die seit 1973/74 gängigen Visionen einer neuen staatlichen Weltdiktatur Revue passieren (»Diese Diktatur müßte unter Umständen härter sein als die stalinistische es war ...« – S. 302), um dann am Ende – wie könnte es anders sein – den teutonischen Nationalstaat als das optimale Vehikel einer »neuen Sozialethik« zu preisen. Prost Mahlzeit. Ganz am Rand sei vermerkt, daß Gruhl die Bürgerinitiativen als Träger seines chilenischen Restaurationsprogramms zurückweist: »Die ... vorgeschlagene Mitwirkung des Bürgers an den Entscheidungsprozessen wird aber darum nicht weiterführen, weil dieser sich erst recht nicht den umfassenden Überblick verschaffen kann« (S. 261), und stattdessen die Machtergreifung des ökologistischen »Generalisten« über die Gewaltpotenzen des autoritären Nationalstaats fordert. Kein Wort von Basisdemokratie, sozialer Selbstbestimmung usw. Stattdessen ein eiskaltes Programm der Restauration von oben, bewerkstelligt von ökologistischen »Generalisten«, die die allzu nachgiebigen Politiker der Sozialstaatlichkeit ablösen sollen. Genau hier bestehen frappierende Übereinstimmungen mit den technokratischen Visionen der »linken« Sozialdemokratie und Bahro's sozialistischen Konferenzen. Und beide wollen die politischen Inhalte der Basisbewegungen ideologisch »umdrehen«, um deren Potential dann in Gestalt der grün-sozialistischen Partei für ihre eigenen Zwecke einzusacken.

2.2. Wie Gruhl plündert: eine Schreckensbilanz verdrehter Sachverhalte (2)

Gruhl plündert gleich mehrere Gedanken-Planeten auf einmal in dem Bestreben, sein eignes konzeptionelles Grundgerüst von Arbeitsbesessenheit, Gebärfreude, Einkommenssenkung und Abschaffung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung legitimatorisch dicht zu machen. Niemand ist vor ihm sicher. In aller Offenheit beklaut er Darwin und Häckel, wobei er deren fortschrittsbesessenen Evolutionsmythos in eine noch barbarischere Vorstufe zurücktreibt. Karl Marx dichtete er ein Wachstumsmodell an, wie es sich in dessen Schriften nirgends findet, um ihn von dieser üblen Prämisse aus zur Schnecke zu machen. Aus den Statements des »Club of Rome« destilliert er eine neo-malthusianische Überbevölkerungstheorie, die es in sich hat. Diverse Vulgär-Ökologisten müssen dazu herhalten, um die von ihm betriebene Vequickung von verschärfter imperialistischer Rohstoffpolitik und dem innenpolitischen Abbau des »Sozialstaates« in Gestalt und Rückkehr zum »natürlichen Regelkreis« zu ermöglichen. Ein weitschweifiger tour d'horizon durch der Nachbarn Gärten, der von vornherein die Frage aufwirft: wozu das alles?

Bevor ich mich dieser Frage zuwende, möchte ich an einigen Fällen exemplarisch zeigen, welcher Art die Raubzüge sind, die unser Baghwan durch die Ideen- und Sozialgeschichte der vergangenen Jahrhunderte veranstaltet.
Nehmen wir als **erstes** Gruhls Naturbegriff, ein zentraler fürwahr für einen Autor, der sein chilenisches Programm als Rekonstruktion von »Natur«, oder in seinen eignen Worten, von »natürlichem Regelkreis«, ausweist. Natur ist folglich, wie kann's anders sein, zuallererst etwas, was »arbeitet« (!), und zwar »unwahrscheinlich ökonomisch«: »mit geringstem Aufwand erreicht sie ein hohes Maß an Effektivität« (S. 37). Hier haben wir also gleich zu konstatieren, daß Gruhl Prozesse der ersten, vom Menschen nicht angeeigneten und veränderten Natur, mit Begriffen darstellt, die aus eben dieser zweiten, vom Menschen angeeigneten »Natur«, stammen. Genauer noch, die erste Natur scheint nur ein Abbild von tayloristischen Effektivitätskriterien zu sein. Doch damit nicht genug. Im offen zugegebenen Rückgriff (!) auf Darwin wird dieser zurückprojizierte Arbeitsbegriff mit dem sattsam bekannten »Kampf um's Dasein« gekoppelt. Nur Kampf und Arbeit erzeugen in der (wohlgemerkt: ersten!) Natur Fortschritt, Originalton Gruhl: »Die Entwicklung der Natur zu immer neuen, differenzierteren und höheren Lebensformen ist nur möglich, weil sie ein gnadenloses Ausleseprinzip anwendet. Nur die jeweils kräftigsten und der Umgebung angepaßten Organismen überleben, wie wir seit

Charles Darwin wissen. Die Zweigeschlechtigkeit der Lebewesen ermöglichte eine solche Vielzahl von Kombinationen der Erbsubstanzen, daß nur die geeignetsten »Treffer« aus diesen Kreuzungen jeweils zu überleben brauchten. Die Natur arbeitet nach dem Prinzip: »Das Individum ist unwichtig, die Art wird erhalten und entwickelt« (!S. 37) Diese aberwitzige Passage verdiente, vollständig zitiert zu werden. Denn sie sagt in aller Gedrängtheit, welche Vorurteile Gruhl aus der angeeigneten »Natur« der eignen sozialen Existenz mobilisiert, um zu beschreiben, was angeblich erste Natur sei: Maloche, härtester Konkurrenzkampf, »Treffer« – Sexismus, Verachtung von allem, was nach freier und vielfältiger Persönlichkeit aussieht. Aber es kommt noch dicker. Dieses bestialische Modell kapitalistischer Konkurrenz, das da auf die erste Natur übertragen wird, ist nicht nur reines Reich der Notwendigkeit, sondern vom Kampf auf den Tod schlechthin reguliert: »Der Tod sorgt für das Gleichgewicht« (S. 38). Und dann kommt, was kommen muß, die nachträgliche Gleichsetzung des bestialisierten Naturverständnisses, dem alle bisherige Kritik am Sozialdarwinismus trotz des Nationalsozialismus fremd ist, mit der zweiten, angeeigneten und vermenschlichten »Natur« der sozialen Existenzweise! Zitieren wir Gruhl, weil es so unglaublich ist: »Der Mensch ist von keinem Naturgesetz ausgenommen. Für ihn gelten die gleichen Abhängigkeiten wie für höhere Tiere«, nur daß er »für den Kampf ums Dasein besonders schlecht ausgestattet ist« (S. 38).

Das aberwitzige an diesen darwinistischen Hypothesen, die sich im übrigen wohldosiert durch das gesamte Buch durchziehen, besteht nun für Gruhl darin, daß sich in ihnen Gruhls Vorstellung von einer **heilen**(!) Welt ausdrücken. Denn diese erste Natur ist für Gruhl ein in sich geschlossener 'natürlicher' Regelkreis, ist, in falscher Umdeutung eines von Haeckel geprägten Begriffs, 'ökologisch'. Von diesem 'natürlich-ökologischen Regelkreis' ist unser Baghwan derart besessen, daß alles, was in der bisherigen Menschheitsgeschichte über ihn hinausstrebte, des Teufels ist. Die **ganze** zweite angeeignete 'Natur' wird pauschal verdammt, und schon die Entdeckung des Feuers ist in den Augen Gruhls eine ruchlose Sünde (S. 50). Er verdammt den gesamten zweiten 'künstlichen Produktionskreis' in Bausch und Bogen, und fällt insofern noch hinter den Sozialdarwinismus der wilhelminischen Ära zurück, als er dessen technologische Fortschrittspropaganda abtrennt: »Der gesamte künstliche Produktionskreis kann ... nur eine vorübergehende Erscheinung der Erdgeschichte sein! ... Der ganze künstliche Produktionskreis ist innerhalb jeder natürlichen planetarischen Wirtschaft ein Fremdkörper!« (S. 163) Wenig später bezeichnet Gruhl die gesamte soziale Existenzweise jenseits der unmittelbaren Naturzwänge als »Fehlleistung des menschlichen Großhirns« (S. 164). Hier haben wir festzuhalten, daß das Barbarische in Gruhls Theorie, die in dieser Ausformung selbst bei den Nazis nur im Kontext ihrer Ausrottungsprogramme akzeptiert war und als gesamtgesellschaftliche Handlungsanleitung verworfen wurde, teilweise weit über die unmittelbaren Ziele hinausgeht, die er damit anpeilt. Würde Gruhl die Konsequenzen seiner Theorie ernstnehmen, dann müßte er wieder als Jäger und Sammler losziehen, rohes Fleisch fressen, die von ihm gewalttätig gezeugten überschüssigen Kinder töten, den Gebrauch des Feuers unter Strafe stellen usw. Was er im bundesrepublikanischen Kontext mit dem Pochen auf den 'ökologischen Regelkreis' anstrebt, habe ich oben gezeigt. Weiter unten werde ich nachweisen, daß der bundesdeutsche Konkurrenzkapitalist, Geburtenkrieger und Arbeitsfreudefanatiker im internationalen Kontext weiter zu gehen bereit ist, bis hin zur Massenvernichtung!

Zweitens hat die Art und Weise, in der Gruhl mit der Marxschen Wachstumstheorie umspringt, einen kurzen Kommentar verdient. Daß er sich an sie erst heranmacht, nachdem er seinen 'sozialbiologischen' Beitrag zur Propaganda des 'Nullwachstums' geleistet hat, versteht sich fast von selbst. Um so bemerkenswerter erscheint dann freilich, was Gruhl zu Marx zu sagen hat. Nach dem Absolvieren einer Zwischenperiode, wo Gruhl die gängigen Fakten in Sachen internationaler Rohstoff- und Energieverknappung zusammenschreibt, bringt er Rohstoff und Energie in sein aus der Kritik an Marx gewonnenes Modell des 'künstlichen Produktionskreislaufes' ein. Vorab behauptet er dabei, daß Bodenschätze und Energie bislang in den bei Marx erstmals vollständig entwickelten volkswirtschaftlichen Bilanzsystemen nicht existent gewesen seien. Das ist die erste kleine, aber methodisch wichtige Unwahrheit. Ohne hier Marxphilologie betreiben und den Alten von London um seiner selbst willen verteidigen zu wollen, sei doch daran erinnert, daß der den **kapitalistischen** Wirtschaftsprozess immer als Prozeß der Zerstörung von Menschen **und** Umwelt bezeichnete: »Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größre Flüssigmachung der Arbeit erkauft durch Verwüstung und Verseuchung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: **die Erde und den Arbeiter**« (Kapital, I, S. 529 f., letzte Hervorhebung von mir). Dieses Zitat steht wohlgemerkt für viele Gedankengänge bei Marx, in denen er den kapitalistischen Wachstumsprozeß als Ruinierung von Menschen und Erde ausweist. Ich denke, es ist höchst unfair, dem Alten von London ex post die Sauereien nachholender staatskapitalistischer Entwicklung in die Schuhe schieben zu wollen, die seit 1918 in seinem Namen begangen werden, zumal er in seinen letzten Lebensjahren ein erklärter Sympathisant von sozialrevolutionären Strömungen gewesen ist, die just in Rußland mit der Waffe in der Hand gegen diese Art von 'Entwicklung' arbeiteten!

Aber Gruhl ficht das alles nicht an, wahrscheinlich ist es ihm auch völlig unbekannt. Stattdessen zimmert er ein Wachstumsmodell des 'künstlichen Produktionskreislaufs' (Produktion = Natur plus Arbeit mal Energie plus Rohstoffe) und behauptet, daß diese – gebrauchswertseitige – Darstellung des menschlichen Aneignungs- und Umwandlungsprozesses bei Marx nicht vorkomme. Das ist nun in der Tat eine glatte Unverschämtheit, die schon bei einem flüchtigen Blick in die Kapitelfolge des Marxschen 'Kapital' sich als gezielte Lüge entlarvt. Freilich bleibt Marx dabei nicht stehen, sondern weist immer wieder nach, daß sich das Zerstörerische im Wirtschaftswachstum in der Kombination der technologisch-machtpolitisch gegen Menschen und Erde ausgerichteten Produktion mit dem Verwertungsprozeß des Kapitals erweist, dem es im Endziel auf Mehrwertmaximierung ankommt. Unserem Ökologisten ist das freilich zuviel: »Das 'Kapital' ... hat in dieser Gleichung nichts zu suchen« (S. 71), d.h. das Dilemma liegt allein in den Rohstoff- und Energieengpässen des 'künstlichen Produktionskreislaufs', das Kapital ist unbeteiligt, Gruhl macht aus ihm eine Fiktion, eine Art Unperson! Und dieser Taschenspielertrick hat Folgen, auf die es Gruhl freilich gerade ankommt. Erstens ist, Gruhl betont das durchgängig, mit dem Kapital die Tatsache der Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft verschwunden; in den vergangenen Jahrhunderten mag das – so Gruhl – eine Rolle gespielt haben, aber heute ist allein die Ausbeutung der Erde

durch den 'künstlichen Produktionskreislauf' Trumpf. Ein übler Trick also: frau/mann unterstelle Marx, er habe ob der Ausbeutung der Menschen die Zerstörung der Erde durch die Kapitalbildung in Abrede gestellt; und dann kehre sie/er die falsche Hypothese in ihr falsches Gegenteil um! Zweitens hat, wenn das Kapital keine Rolle im 'künstlichen Produktionskreislauf' spielt, der einseitige, die Zerstörung der Menschen in Abrede stellende Kampf gegen die Umweltzerstörung nichts, aber auch garnichts, mit dem Kampf gegen das Kapital zu tun! Und last not least haben dann all die ausgeträumt, welche die stoffliche und ökonomische Gewalt des Kapitals über Menschen **und** Erde aufheben wollen, um nach der Beseitigung von Lohnarbeit **und** Umweltzerstörung ein neues Gleichgewicht von erster und zweiter, d.h. sozial angeeigneter und umgewandelter 'Natur' herzustellen, welches die Zerstörung des Planeten stoppt, ohne in den Bestialitäten von Gruhls 'natürlichem Kreislauf' zu verrohen!

Nachdem unser Baghwan das Kapital als treibenden Motor der Menschen- und Umweltzerstörung im Verlauf der beiden letzten Jahrhunderte hinweggezaubert und diesem Trick zuliebe auch gleich noch eine neue Periodisierung der Weltgeschichte geliefert hat, wendet er sein auf's rein Stoffliche reduziertes Modell des 'künstlichen Produktionskreislaufs' auf die aktuellen Weltprobleme an. Wir wollen uns bei diesem Aspekt seines Buchs nur kurz aufhalten, gerade weil er über 80 Prozent des Textes ausmacht und zumindest dem oberflächlichen Leser gegenüber die dahinter liegenden Grundauffassungen verschleiert. Wie dem auch sei, ein paar kursorische Bemerkungen sind schon angebracht.

Kommen wir zu Punkt eins, zur Rohstoff-Frage. Wir wissen von oben, daß Gruhl sie als die derzeit einzigen Objekte weltwirtschaftlicher Ausbeutung betrachtet. Mehr noch, er hat die ganze Dimension des subjektiven Ausbeutungsverhältnisses von Menschen gegenüber Menschen sozusagen auf die Rohstoffe übertragen. Gruhl wird nicht müde, in immer neuen Wendungen die – zweifellos vor sich gehende – Plünderung des Planeten zu geißeln. Und nun werden diese Rohstoffe knapp und stellen den sich immer mehr aufblähenden 'künstlichen Produktionskreis' in Frage. Gruhl leitet davon, ergänzt durch das Energieproblem, allein die Notwendigkeit des Rückzugs ins zweifelhafte erste Reich der gnadenlosen Auslese usw. ab. Merken wir nur kurz an, was in diesem dürftigen Einpunktmodell alles außen vor bleibt. Da sind, wie kann es anders sein, zunächst einmal die Arbeitermassen, welche diese Rohstoffe fördern, zu transportfähigen Konzentraten verarbeiten und in die Metropolen verfrachten – Millionenheere von Arbeitern! Die fallen bei Gruhl unter den Tisch, obwohl gerade sie es sind: die Sklaven der südafrikanischen Goldminen, der Kupfergürtel, der Bergwerke und selbst die Arbeiter der Erdölfelder, welche durch ihre Kämpfe gegen mörderische Arbeitsbedingungen, Betriebsdespotie und Hungerlöhne die Schöpfung der Rohstoffe immer wieder in Frage stellen! Zusammen mit den Bauern- und Wanderarbeitern der Slums und der studentischen Intelligenz stellen überall in den drei Kontinenten die Arbeiter der Extraktionssektoren die Vorhut des antiimperialistischen Kampfes. Welch verheerende Folgen muß es für eine metropolitane Szene haben, die auf eine derartige 'Abstraktion' von Menschen in der Rohstoff-Frage hereinfällt! Und wer anders soll denn zuallererst den nun tatsächlich beängstigenden Raubbau an natürlichen Ressourcen blockieren als diese antiimperialistischen Arbeiter der drei Kontinente? Gibt es einen schlagenderen Beweis für die Gegenbehauptung, daß die Zerstörung von Menschen **und** Erde durch den kapitalistisch entfesselten 'künstlichen Produktionskreis' immer untrennbar miteinander verbunden sind? – Auch sei darauf hingewiesen, daß Gruhls Gedanken in verdächtiger Verbohrtheit vorrangig um die sog. strategischen Rohstoffe kreisen. Und in Bezug auf die gibt es abgesehen von den revoltierenden Arbeitermassen der drei Kontinente noch einen weiteren Verknappungsgrund, über den unser sonst so redseliger Baghwan auffälig wenig zu sagen weiß: der Wettlauf der imperialistischen Mächte um Rüstung und Waffen. Hier handelt es sich nun wirklich einmal um einen 'künstlichen Produktionskreis', der ersatzlos, so wie er ist, abgeschafft werden muß, und der gerade in Bezug auf viele Rohstoffe bis zu 90 Prozent der Jahresförderung verschlingt. 1979 gaben die imperialistischen Mächte der Welt, zu denen ich auch die Sowjetunion rechne, 800 Mrd. Dollar für Rüstung aus, und 1980 werden es 900 Mrd. Dollar sein. Was ließe sich mit diesen aus den Volksmassen der Welt und aus dem Planeten herausgepreßten und ins Zerstörerische gewendeten Springquellen des Reichtums alles anfangen, um die Zerstörung der Menschen durch die imperialistische Despotie zu stoppen und den gleichzeitig vorschreitenden Ruin des Planeten aufzuhalten! Warum sagt Gruhl dazu so gut wie nichts? Wer das wissen möchte, der möge die letzten Kapitel seines Buchs aufschlagen. Denn da begegnet er einem Gruhl, der den Abbau des inneren Sozialstaates fordert, damit der starke Generalisten-Staat beim kommenden verschärften imperialistischen und innerimperialistischen Kampf um die Rohstoffe mithalten kann. Es stimmt zwar, daß Gruhl gerade bei diesen Ausführungen des öfteren abbricht, um sich nicht zu offenkundig verdächtig zu machen. Aber wer seine letzten Kapitel genau liest und über die Auslassungen, die sie/er dort manchmal findet, nachdenkt, wird mir zustimmen und zugeben, daß ich alles andere als übertrieben habe. Wenn Gruhl S. 322 schreibt: »Kein Land der Erde ist mehr so ausgestattet, daß seine Ressourcen auf längere Zeit zugleich für den höchsten eigenen Wohlstand und für den internationalen Überlebenskampf ausreichen«, dann haben wir plötzlich die ganze praktische Nutzanwendung seiner sozialdarwinistischen, national-autarkistischen und wirtschaftspolitisch auf die Schrumpfung des Volkseinkommens setzenden Gedankensprünge: 'wir' müssen alle den Gürtel enger schnallen, die ökologistischen Generalisten an die Schalthebel der Macht bringen, um in der aufziehenden Epoche des verschärften Rohstoff- und Energieimperialismus mitzuhalten!

Zum Schreibtisch-Verbrecher gegen die Menschlichkeit wird Gruhl vollends, sobald er in Nutzanwendung seiner Theorien auf das 'planetarische Bevölkerungsproblem' zu sprechen kommt. Er geht dabei ähnlich vor wie beim Aufbereiten der Energie- und Rohstoff-Frage, die er in sein Plädoyer der Rückkehr vom 'künstlichen' zum 'natürlichen' Produktionskreislauf so aufbereitet, daß dabei ein Votum für einen inneren chilenischen Weg plus verschärfter äußerer imperialistischer Politik herauskommt. Freilich ist es der Unterschied zwischen natürlichen Ressourcen und Menschen, der dazu führt, daß sich Gruhl nun endgültig zur Vernichtungsvision steigert. Die Rohstoffe nämlich sind knapp geworden, und die Konsequenz heißt für Gruhl, im Kontext 'künstlicher' – 'natürlicher' Zyklus nur notdürftig verschleiert, Vorbereitung auf verschärfte Kämpfe um eben diese Ressourcen (und natürlich unausgesprochen auch die 'dazugehörigen' Arbeitermassen der drei Kontinente). Hinsichtlich der den Planeten 'über völkernden' Menschen läuft alles anders herum: Es sind ihrer nämlich zu viele geworden. Wieder geht Gruhl vom Verhältnis 'natürlicher – künstlicher' Produktionskreis aus, und diesmal fordert er im internationalen Kontext mehr als in Bezug auf seine bundesrepublikanischen Visionen. Bei ihm ist alles so einfach. Die Ausweitung des 'künstlichen Produktionskreises' auf Kosten des 'natürlichen'

hat »bereits 4 Milliarden auf einen Planeten gesetzt, der auf die Dauer höchstens 1,5 Milliarden tragen kann« (S. 167), nämlich dann, wenn die metropolitanen Bevölkerungspolitiker Gruhl und Co. die drei Kontinente in den Zustand des 'natürlichen' Kreises zurückbomben. Gruhl zufolge beherbergt der Planet also heute 2,5 Milliarden überflüssige Esser. Und dies rückgängig zu machen fühlt sich Gruhl als Vollstrecker eherner Naturgesetze durchaus berufen. Originalton Gruhl: »Die Menschheit hat« mit dieser weiter wachsenden Überbevölkerung »die Naturgesetze durchbrochen und geglaubt, daß sie für den Menschen nicht mehr gültig seien. Die Menschen haben sozusagen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen ... Diesen Leichtsinn werden die Menschen nach den strengen Gesetzen der Natur büßen müssen. Sie werden ihre Schulden (nicht moralisch gesehen, sondern im Sinne der »Weltbilanz«) bezahlen müssen. Die einzige Währung aber, die hier gilt und in der Verstöße gegen die Naturgesetze beglichen werden können, ist der Tod. Der Tod bringt den Ausgleich, er schneidet alles Leben, das auf diesem Planeten auswuchert, wieder zurück, damit der Planet wieder ins Gleichgewicht kommt« (! S. 167 f.) Bittesehr, hier haben wir eine klare Aufforderung zum Völkermord in den drei Kontinenten. Mir läuft es dabei kalt den Rücken hinunter. Gerade in Sachen Bevölkerungspolitik hat Gruhl alles, aber auch alles, auf den Kopf gestellt, um zu dieser terroristischen dead-end-street zu kommen. Er will nichts davon wissen, daß die Bevölkerungsentwicklung eine selbstbestimmte Antwort der im Boom der sechziger und siebziger Jahre gewaltsam aus ihren Subsistenzstrukturen gerissenen Massen der drei Kontinente ausdrückt. Er will nicht wahrhaben, daß die abhängige Wirtschaftsentwicklung sogar in den neuen Sub-Metropolen nichts anderes ist als die Einpflanzung eines minimalen, von den Multis gesteuerten 'künstlichen Kreislaufs', der höchstens 10-20 Prozent des Subproletariats zur modernen Arbeitssklaverei treibt, während er gleichzeitig die vorkapitalistisch-subsistenzorientierte Lebensweise der übrigen 80 Prozent vernichtet, **ohne sie** in den 'künstlichen Kreislauf' einzubeziehen. Wahrscheinlich war Gruhl nie in den Slums der drei Kontinente, wahrscheinlich weiß er nicht, daß die darin vegetierenden Enterbten und Entrechteten ihre Kinder als letztes Faustpfand verstehen, das sie rächen und im Verlauf des antiimperialistischen Kampfs eine nichtkapitalistische Erneuerung ihrer 'moral economy' mitsamt deren ausgeglichenen Geburtsraten und -normen durchsetzen wird. Dennoch mag er beruhigt sein. Die Weltbank hat längst begonnen, die in Gang gekommene Zerstörung der Subsistenzwirtschaften in den drei Kontinenten zu beschleunigen, d.h. den Sektor der zu vernichtenden Bevölkerungsmehrheiten noch schärfer als bisher von der 'künstlichen' Zone weltmarktabhängiger 'Entwicklung' auszugrenzen. Und die imperialistischen Mächte sind längst mit ihren Rüstungslieferungen und der Auslagerung von gewalttechnologischem know how einschließlich der Atombombe dazu übergegangen, absolutistische Militärdiktaturen zu festigen, die sich darauf vorbereiten, den an sie delegierten Massenmord an den eigenen Bevölkerungsmassen zu bewerkstelligen. Was Gruhl fordert, wird von den etablierten 'Generalisten' der Welttechnokratie längst inszeniert. Nur haben die mehr Gespür für die Wirkungen des 'künstlichen Produktionskreises', reden sie nicht darum herum, daß es ein *imperialistischer* Produktionskreis ist, daß sie dessen Ausweitung in Randzonen der drei Kontinente brauchen, um mit seiner Hilfe **gerade die vorkapitalistischen, ökologisch balancierten, Sektoren zu vernichten.**

Gruhl stellt also die Prämissen auf den Kopf, um zu den gleichen Ergebnissen zu kommen wie die McNamara, Brzezinski und Co. Warum tut er das? Sicher zum einen, weil er als teutonischer Baghwan ein etwas ungeschlachterer 'Generalist' ist als diese Imperialisten. Zweifellos aber auch deshalb, weil ihm eine andere Rolle im aufziehenden eschatologischen Nord-Süd-Krieg beschieden ist. Gruhl macht eben nicht reale Weltpolitik, sondern treibt Propaganda, um metropolitane Alternative, Ökologisten und Freaks auf eben diese reale Weltpolitik einzustimmen. Daß er zusätzlich noch für einen möglichst großen teutonischen Anteil am schrumpfenden Energie- und Rohstoffkuchen sich starkmacht, versteht sich von selbst..

2.3. Wozu das alles?

Die Leserin/Der Leser wird mir vielleicht jetzt erst, nach eigner kritischer Überprüfung von Gruhl, verzeihen, daß ich gegen ihn so in Rage geraten bin. Als mir das ganze Ausmaß von Gruhls Demagogie klargeworden war, geriet ich erstmal in eine ganz schlimme depressive Stimmung. Es ist einfach unbestreitbar, daß Gruhl mit seinem Buch einen Bestseller lanciert hat, der inzwischen mit seinen Inhalten tief in die grüne und alternative Szene eindringt. Diese Tatsache ist von ungeheurer Bedeutung. Ein CDU-Hinterbänkler verfaßt im Höhepunkt der Krise der Arbeit von 1973/74 ein Buch, das nicht bei der Einheitspartei des spätkeynesianischen Managements dieser Krise, dafür aber bei den Opfern und Objekten dieses Managements ankommt. Mit aberwitzigen theoretischen Konstruktionen gelingt es ihm, latent in der alternativen Szene schon vorfabrizierte Ideologien zu treffen, zu absorbieren, ihrer ganzen Doppelbödigkeit zu entkleiden und auf ein barbarisch-superimperialistisches Restaurationsziel auszurichten. Aufgabe dieses Beitrages konnte es angesichts dessen nur sein, diese Stoßrichtung klarzumachen. Nicht verschwiegen sei indes, daß ich auch nach der Aufarbeitung dieser 'grünen' Ungeheuerlichkeit zutiefst von der Produktivität der alternativen Ansätze überzeugt bin. Nur eins ist mir inzwischen klargeworden: die 'alternative' Selbstabbschottung vom Leistungs-, Haben- und Konsumterror des spätkeynesianistischen Gesellschaftssystems allein genügt nicht,sie muß auf Gedeih und Verderb mit Inhalten der Gegenmacht, der Enteignung des irrsinnig angehäuften Reichtums zu Zwecken alternativer Produktions- und Lebensformen, verbinden (Erkämpfung von Einkommen unabhängig vom spätkapitalistischen Wechselspiel von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit). Das ist ein bitterer Weg, denn er verlangt, trotz der Niederlagen und Rückschläge der vergangenen Jahre, den Prozeß zur sozialen Selbstbestimmung und zur individuellen Vielfalt als ständigen Prozeß der Konfrontation mit der herrschenden Macht neu zu begreifen. Und das gilt gerade auch in Bezug auf die internationalistischen Dimensionen.

Einem Gegenargument werde ich mich auf jeden Fall nicht mehr beugen, nämlich daß alle Analyse und Theorie überflüssig geworden sei. Mir kommt es so vor, als hätte der falsche Generalisierer Gruhl inzwischen seine hartnäckigste Anhängerschaft gerade bei den Verweigerern gegenüber allem, was nach Theorie riecht. Ich hoffe, sie begreifen demnächst, mit welchen Global-Theorien im Kopf sie inzwischen herumschleichen.

Wir verdanken der Ökologie-Bewegung unendlich viel. Dennoch sind mit ihren Inhalten die sozialrevolutionären Konzepte der vergangenen Jahre nicht einfach überholt. Was jetzt ansteht, ist eine programmatische Synthese, die den Kampf gegen die Zerstörung der Erde in den bisherigen Kampf gegen die Zerstörung der Menschen einbezieht.

Gemeinsames und Trennendes zwischen Bahro und Gruhl

Einige überfällige Schlußbemerkungen

Versuchen wir zum Schluß, kurz aufzuzeigen, was Bahro und Gruhl, die unbestrittenen Hauptideologen der grünen Bewegung, gemeinsam haben, und was sie trennt. Würden wir uns dabei ausschließlich von der Biographie der beiden leiten lassen, wären wir schnell fertig: ihre Lebensläufe sind so weit entgegengesetzt, wie unter den derzeitigen deutsch-deutschen Verhältnissen überhaupt denkbar ist. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist ein merkwürdiger Schmelztiegel, und noch mehr ist es die grün-sozialistische Parteibewegung selbst. Je länger Bahro den DDR-Betriebsabteilungen und -Gefängnissen entronnen ist, desto stärker hebt er von seiner leninistisch-motivationspsychologischen Ausgangsbasis ab, desto schneller treibt es ihn in's Mystisch-Universelle. Auf jeden Fall sind wir uns inzwischen nicht mehr so sicher, ob dieses Verfließen und Unfaßbarwerden in Bahros neuesten Aussagen rein taktisch zu verstehen ist, oder doch auch drastisch veränderte Lebensverhältnisse zum Ausdruck bringt. Gruhl dagegen bewegt sich immer stärker in eine entgegengesetzte Richtung: nach seinen Rohstoff- und Energie-Exzessen von 1973/74 entdeckt er jetzt mehr und mehr die Notwendigkeiten eines 'alternativen' Menschenbildes. Allerdings scheinen uns die in der Taschenbuchausgabe von 'Ein Planet wird geplündert' auftauchenden Anleihen bei so integren Persönlichkeiten wie Erich Fromm mehr taktischer Natur. Je mehr sich Gruhl mit der GAZ vom eta blierten Parteienspektrum löste und in die grüne Bewegung einsikkerte, desto mehr mußte er aus ihren ideologischen Schablonen ausleihen, um sich anzupassen und zu verstellen. Überhaupt gibt es ja bei den Grünen Überbleibsel und Neuauflagen von früheren bürgerlichen Flucht- und Jugendbewegungen, welche wir keineswegs mit den Demagogien von Bahro und Gruhl gleichsetzen möchten. Vor allem Gruhl scheint sehr viel Wert darauf zu legen, deren Inhalte zu usurpieren und sich ihrer zu bedienen. Die jüngste Entwicklung zeigt, daß ihm das offenbar nur schwer gelingt.

Zuerst zu den Gemeinsamkeiten. Bahro und Gruhl gehen gleichermaßen von einem zunehmenden Sinndefizit der Menschen gegenüber der Arbeit aus, sie haben gemeinsam, freilich jeder auf seine Art, die 'Krise der Arbeit' entdeckt. Für beide ist die Lösung dieses Problems Kernstück all ihrer Bestrebungen, so sehr sie auch manchmal dies verdecken. Unterschiedlich sind allerdings ihre Lösungsvorschläge. Gruhl plädiert für die Rückkehr zu manuellen, 'naturnahen' Arbeitsstrukturen, um die Maloche vom Geld- und Einkommenstrieb abzutrennen, und zwar sowohl in der Produktions- wie in der Reproduktionssphäre. Anders Bahro, er möchte die modernsten Motivationstechniken anwenden, die es heute im Kapitalismus überhaupt gibt, und diese mit einem Selektionsmodus zu den Machthebeln des 'allgemeinen Intellektuellen' verbinden. Aber so weit auseinander sind diese beiden Vorschläge nicht, wie es zunächst scheinen möchte. Wir sind sehr gespannt auf Überraschungen, wie sie sich beispielsweise aus einer gemeinsamen Frontstellung von Bahro/Gruhl gegen etwaige 'linksradikale' Tendenzen ergeben könnten.

Gemeinsam ist beiden zweitens die Liebe zum Staat als Ordnungs- und Machtfaktor par excellence; ja es läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß Bahro und Gruhl gleichermaßen den Staat vergötzen. Bahro dürfte weit über seine technokratischen Integrationsutopien hinaus daran arbeiten, den 'Grünen' bei Gelegenheit eine neue 'nationale Frage' aufzutischen, und es läßt sich auch garnicht bezweifeln, daß eine deutsch-deutsche Konvergenz von Staatlichkeiten diesseits und jenseits der Elbe nicht nur alle sozialen Verweigerungsbewegungen in Mitteleuropa mit mehr als eiserner Faust niederschlagen würde! Und Gruhl könnte sich mit derlei durchaus arrangieren, da wir ja wissen, welch entscheidende Bedeutung er einem 'starken deutschen Staat' im angelaufenen Krisenjahrzehnt beimißt. In dieser Frage assoziert, könnten die Bahro-Gruhl-Grünen noch einmal über Mitteleuropa hinaus zu einer bemerkenswerten Gefahr für alle Ansätze von selbstbestimmtem Leben jenseits der Staaten werden!

Drittens marschieren Bahro und Gruhl gemeinsam bei dem Versuch, die Machthaber zu entthronen: sind sie es doch selbst, die deren Nachfolge anzutreten gedenken. Was in diesem Zusammenhang für Bahro der 'kollektive Intellektuelle', das bedeutet Gruhl der ökologische 'Generalist' (ein Begriff, der allerdings nicht von ihm stammt). Wie gehabt also: sozialistisch-grüne Machtergreifung einer intellektuellen Elite. Das ist an sich nichts Neues, denn meistens meinen Intellektuelle immer nur den eigenen Machtanspruch, wenn sie über Lauf und Zustand der Welt nachdenken. Neu sind die Inhalte, die Bahro/Gruhl diesmal in frappanter Übereinstimmung mit diesem Machtanspruch besetzen. Ob Kybernetiker oder ökologischer Generalpropagandist: in beiden Fällen geht es um die Überwindung des wissenschaftlichen Spezialistentums, denn diese Beschränkung ist es ja gerade, mit denen die herrschenden politischen Klassen ihre Eierköpfe unter Kontrolle zu halten pflegen. Weg also mit den Parteipolitikern, rufen Bahro und Gruhl, sie haben versagt gegenüber der Krise der Arbeit und der Umwelt; sie sind unfähig, den Malochern und dem asozialen Subproletariat der nach-industriellen Ära dadurch das Maul zu stopfen, daß sie ihnen eine neue asketische Arbeitsreligion mit auf den Weg geben. Stattdessen weichen diese Politkaster vor dem Mob zurück, halten sie mit spätkaynesianistischen Tricks hin, statt sie umzuerziehen! Deshalb müssen wir, die neuen general-technokratischen Umerzieher-Intellektuellen, an die Stelle der Politiker treten. Und entsprechend gleichartig fallen last not least die Wege zur Macht aus, die unsere beiden Baghwane zu betreten gedenken: Destillation einer intellektuellen Kaderpartei aus dem unübersehbaren Sumpf der Basisbewegungen heraus.

Nach alledem fällt nicht mehr sehr ins Gewicht, was Gruhl von Bahro trennt und umgekehrt. Wer gleichermaßen gegen die Krise der Arbeit Front macht, für eine intellektuelle Machtergreifung eintritt und verkündet, er werde sich mehr denn je des Staats zur Durchsetzung seiner Ziele bedienen, **verfügt über einen gemeinsamen Konsens in Fragen der Macht.** Konsequenterweise wird alles andere zweitrangig und auswechselbar, denn hinsichtlich ihrer Weltbeglückungsprogramme sind Bahro und Gruhl gleichermaßen Eklektizisten, sie nehmen sich was sie brauchen, und sie stecken weg, was ihnen im Weg ist, weil sie über keine wirkliche erkenntnistheoretischen Grundlagen ihres Denkens und Handelns verfügen, die der sozialen Befreiung der Menschen verpflichtet ist. Mag Gruhl im Vergleich zu Bahro sich wie ein Volkschullehrer im Lodenmantel neben dem Inhaber eines pädagogischen Lehrstuhls ausnehmen: für uns ist das kein Grund, um zwischen beiden Unterschiede zu machen.

Ein weiteres trauriges Kapitel deutscher Intelligenzgeschichte also. Oder anders herum: wir sollten diesen neuen Baghwanen und ihrem intellektuellen Anhang gehörig in den Arsch treten!

Die Krise der Arbeit, der Energie und die Anti-AKW-Bewegung

Auszüge aus einem Papier des Midnight Notes Collective, Sommer '79

I. Ein heißer Sommer gegen AKWs?

Aus der Sicht der Anti-AKW-Bewegung passierte der Unfall von Three Miles Island zum richtigen Zeitpunkt und nutzte ihr. Man kann zwar nicht sagen, daß die Bewegung ohne den Unfall kaputt gegangen wäre oder daß sie durch ihn radikalisiert worden wäre. Aber der unerwartete Beweis des Hauptarguments, daß AKWs gefährlich sind, trug zur Verbreitung und regionalen Ausweitung bei.
Ungefähr 300.000 Leute haben seit dem 28. März an antinuklearen Demonstrationen, Tagungen, Absperrungen, alternativen Treffen usw. teilgenommen, einschließlich der 100.000 vom 6. März beim Nationalen Treffen in Washington. Seit dem Unfall von Harrisburg gab es 80 Massenveranstaltungen, davon 8 größere Demonstrationen mit mehr als 10.000 Teilnehmern.

Wichtiger als diese Zahlen ist vielleicht die regionale Ausbreitung der Bewegung. Von den früheren Hochburgen in New England (Seabrook), Kalifornien (Diablo Canyon) und Colorado (Rocky Flats) breitete sie sich in den Mittleren Westen (insbesondere Illinois) und in den Süden aus (Demonstrationen in Atlanta, Georgia, Miami und St. Petersburg, Florida, Bay City und Glen Rose, Texas). Es gab auch viele kleine Versammlungen in Kansas, Oklahoma, Arkansas, Arizona und Neu-Mexiko. Neu in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung waren auch große Demonstratione in New York, Boston, San Franzisko usw., die die Ausweitung der Aktivitäten von ländlichen oder vorstädtischen Regionen in die Metropolen verdeutlichen.

Aber die wichtigste Frage für uns ist weiterhin, ob die quantitative Ausweitung der Bewegung auch ihre qualitativen Auswirkungen hat, d.h. ob die Leute neue Organisationsformen, Taktiken oder überhaupt mehr Klassenbewußtsein entwickelt haben. Denn so eindrucksvoll die Anzahl der Kräfte auf den ersten Blick zu sein scheint, sie zeigt noch keinen »historischen Umbruch« an, wie die Anti-Kriegs-Bewegung, die Bürgerrechts- oder Studentenbewegungen der sechziger Jahre, die in der Lage waren, Millionen zu mobilisieren. Auch das Treffen in Washington war in Wirklichkeit ein Reinfall für viele Militante. Aus den Demonstrationen, an denen wir selbst teilnahmen, und aus den Berichten, die wir von Freunden über andere bekamen, schließen wir, daß sich die Klassenzusammensetzung der Anti-AKW-Bewegung und ihre sozialen Ausdrucksformen in diesem Sommer nicht wesentlich verändert haben.

Wir sehen, daß hauptsächlich weiße intellektuelle Arbeiter (mehr oder weniger aus alternativen Lebens- und Produktionszusammenhängen) und Studenten die Masse der Teilnehmer ausmachen. Dies wird dadurch bestätigt, daß sich die Zentren in den Städten mit Erziehungsindustrie (Universitätsstädte) finden. Nach Three Miles Island kam lediglich die Mobilisierung in den kleinen Unistädten ohne Änderung der Klassenzusammensetzung in Gang.

Es war typisch, daß eine Anti-Atom-Demo in Monroe in der Nähe von Detroit am 2. Juni mit mehreren tausend Demonstranten fast ausschließlich aus weißen Studenten bestand. Sie kamen aus der ziemlich großen Universitätsindustrie in der Stadt, aber nicht aus der bedeutenden Automobilindustrie mit ihren hauptsächlich schwarzen Arbeitern. Dies geschah in einer

Stadt, die während des berühmten Enrico-Fermi-Reaktor-Unfalls im Mai 1966 mit all ihren Arbeitern, Studenten, Rassen und Qualifikationen fast verloren gewesen wäre.

Neben dieser im großen und ganzen stabil gebliebenen Klassenzusammensetzung gab es jedoch einige kleine, aber wichtige Veränderungen. Die erste bezieht sich natürlich auf Pennsylvania selbst, wo an den Demonstrationen nicht nur mehr Leute im Rahmen der bisherigen Klassenzusammensetzung teilnahmen, sondern neue Leute von der ortsansässigen Bevölkerung hinzukamen, im wesentlichen Staats- und Kirchenangestellte, die dort einen Hauptteil der Bevölkerung stellen. Dieselbe Schicht befand sich bei anderen Demonstrationen außerhalb Pennsylvanias am Rande ...

Eine »am Rande« wichtige Veränderung waren die ortsansässigen Jugendlichen, die bei manchen Demonstrationen mit ungeplanten und spontanen Aktionen in Erscheinung traten, wie z.B. am 6. Juni in Shoreham, wo s ein Tor stürmten und niederrissen, ohne daß sie von der Polizei gehindert wurden. Die offiziellen Führer der Bewegung distanzierten sich natürlich von solchen Aktionen, weil sie dem gewaltfreien Image der Bewegung schadeten (allerdings auch – das sollten wir hinzufügen – dem Image einer Unverwundbarkeit des Reaktorgeländes).

Diese Unreinheiten in der sozialen Zugehörigkeit brachten die »polizeilichen Hilfstruppen« in der Bewegung manchmal in harte Bedrängnis. Andere Jugendliche waren von dem symbolischen und ritualisierten Getue der Bewegung ziemlich enttäuscht. Nach der Indian-Point-Demo am 5. August hörte ich, wie sich eine Gruppe Jugendlicher auf dem Rückweg von Con Ed unterhielt (während woanders der zivile Ungehorsam die Gemüter erregte): »Die meinen es nicht ernst!«, sagte einer und versuchte seine Enttäuschung mit einer Dose Bier herunterzuspülen. Ist Resignation der Preis für Gewaltlosigkeit?

Der Gegenschlag mit höheren Benzinpreisen führte zum weiteren Erhalt der alten Klassenzusammensetzung der Bewegung. Dies zeigte sich bei den Abstimmungen durch eine wachsende Kluft zwischen denen, die gegen Atomenergie sind, und denen, die darüberhinaus für die Schließung aller AKWs sind. Die Angst vor der Antwort des Kapitals mit Preiserhöhungen war größer als die Angst vor Strahlen, eine lähmende schizophrene Einstellung; wenn du in einem Käfig mit einem Löwen bist, ärgere ihn nicht, ohne wenigstens einen Stuhl in der Hand zu haben!

II. Ein Pro-Solar-Sommer?

Aber die 100 %ige Preiserhöhung für Benzin innerhalb eines Jahres war auf der anderen Seite nicht so schlimm für die Anti-AKW-Bewegung, wie es auf den ersten Blick scheint. Und zwar deshalb, weil sich die Anti-Atom-Bewegung schon immer mit der Energiekrise beschäftigt hat, aber nie Aktionen gegen die harten Angriffe auf das Einkommen und die Beweglichkeit der arbeitenden Klasse erwogen hat. Während sich immer mehr Leute statt um Harrisburg um ihre Öltanks kümmerten, verloren die AKW-Gegner, die ihr altes Konzept des zivilen Ungehorsams beibehielten, Mitglieder und Schwung.
Aber mittlerweile wuchs ein »neuer Optimismus« in der Bewegung. Je teurer das Benzin und die nukleare Energie in diesem Sommer wurden, desto »billiger« wurde alternative Energie.

Die Kämpfer für Sonnenenergie (Pro-Solar-Flügel) wurden immer optimistischer, während sich die reinen Gegner in der Auseinandersetzung allein gelassen vorkamen und sich weiterhin im Kreise drehten. Der Trend von der Katastrophenverhinderung zur optimistischen Für-Etwas-Bewegung (für Sonnenenergie oder alternative Energieentwicklung) war schon lange vor diesem Sommer spürbar: Märkte für Alternativ-Energie begannen die Anti-Atom-Demos schon im letzten Jahr zu ersetzen und ein großer Teil der Anti-Nuklear-Militanten, besonders die informellen Führer, betonten mehr die Möglichkeiten der Sonnenenergie als den Kampf gegen die AKWs. Manche von ihnen sind auch im alternativen Energiegeschäft verwickelt, welches besonders stark in Neu-England blüht.

Der Anstieg der Benzinpreise und Stromtarife hat die pro-solare/alternative Entwicklung auf dramatische Art beschleunigt. Anfang dieses Jahres sagte mir ein Spezialist für Solarzellen: »Ich habe meine Rentabilitätsberechnungen in der Annahme gemacht, daß 1985 die Gallone Diesel 62 Cents kosten würde. Diese Höhe ist jedoch jetzt schon erreicht und so hat der Vorschlag in meinem Papier über Nacht an ökonomischer Attraktivität gewonnen.« (NYT, 8.10.79, Report an the 14 th Intersociety Energy Conversion Engeneering Conference in Boston). Mit einem heutigen Dieselpreis von 90 Cents und mehr leben wir nicht 1979, sondern in den frühen 90er Jahren, was die Energie-Profitabilitäts-Schwelle betrifft. Die Preiserhöhungen in diesem Sommer haben einen Sprung von 10 Jahren gebracht hinsichtlich der Profitabilität alternativer Energiequellen – und Profitabilität ist immer noch das grundlegende Planungsinstrument des Kapitalismus. Höhere Energiepreise drücken nicht nur eine weitere Verminderung, einen weiteren Angriff auf unser Einkommen aus, um die Profite der Ölgesellschaften zu erhöhen, sie sind Ausdruck einer Entscheidung, die das Kapital bei der Planung der Zukunft sehr bewußt getroffen hat. Diese Entscheidung wird in der gegenwärtigen Rezession ausgetestet. Sie ist nicht ganz zufällig sozusagen der dritte »Unfall« dieses Sommers. Die Entscheidung bringt eine unmittelbare Spaltung zwischen denen, die sich politisch oder finanziell bei der alternativen Energiegewinnung engagiert haben und denen, der Mehrheit, die das nicht haben und auch nicht tun werden. Während sich die Befürworter der Sonnenenergie in der Anti-Atom-Bewegung nur sehr freuen können, wenn die Benzinpreise steigen, erfahren die meisten Arbeiterfamilien sie als herben Angriff auf ihren Lohn und können ihnen keine positiven Seiten abgewinnen.

Was soll dieser Angriff und warum läuft er gerade jetzt? Zunächst muß herausgestellt werden, daß die jetzige Krise auf keinen Fall eine Energiekrise ist. Gewissermaßen gab es nie eine und wird es auch in Zukunft nie eine wirkliche Energiekrise geben, weil es ein Grundgesetz in der Wärmelehre von der Erhaltung jeder Energie gibt. Das Kapital gewärtigt nämlich eine Krise der Arbeit – nicht der Energie –, wofür wir uns anstrengen und bezahlen sollen! Man könnte sie eine Krise der Umformung natürlicher und menschlicher Energie in gesellschaftliche Energie, in Mehrwert und Profit nennen.

Die aktuelle Krise der Arbeit geht zurück auf die frühen Siebziger, als das Kapital versuchte, den Fall sozialer Produktivität aufzuhalten, der durch die Kämpfe von Wohlfahrtsempfängern in den Sechzigern ausgelöst wurde (damaliges Ergebnis war eine Art »Lohn für Hausarbeit« für eine Menge Leute, speziell Frauen). Man wollte die Leute wieder zu bezahlten Arbeitskräften machen, weil dadurch mehr Arbeit zu erhalten war als von den kaputtgehenden Familienhaushalten. Ein Teil der Frauen ging anscheinend darauf ein, weil sie genug von den immer schlimmeren Prozeduren der Wohlfahrtsbürokratie hatten oder einfach der ewigen Unsicherheit und Kämpfe überdrüssig waren. Konsequenterweise zeigten sie nicht mehr Arbeitsfreude im ausgeweiteten Dienstleistungssektor, wo sie meist beschäftigt wurden, als im Haushalt zuvor. Zusätzlich wurde nun der Stand der Reproduktion für Ehemann und Kinder (den zukünftigen Arbeitern), von Geliebten und Brüdern stark beeinträchtigt.

Diese Auswirkungen wollte das Kapital durch eine Reorganisation des Arbeitstages auffangen, führte deshalb vermehrt Teilzeitbeschäftigung ein, die mehr Zeit für die eigene Reproduktion (wie Jogging, Yoga, Meditation usw.) ließ, und definierte dabei die Männerrolle neu, indem der Arbeitstag nach dem Modell der Hausarbeit strukturiert wurde: viele kleine Tätigkeiten, hohe Mobilität, Mischung von Arbeit und »Erholung«. Bezahlte Arbeit wurde allgemein vermehrt, aber Löhne und Arbeitszeit sanken, ebenso die Produktivität. Auch der Gegenangriff durch Inflation spornte die Arbeiter nicht zu mehr Arbeit an. Anstatt intensiver zu arbeiten, sahen sie sich lieber nach einem zusätzlichen kleinen Job um oder versuchten, zwei Verdiener in einem Haushalt zu haben. Eine erweiterte Lohnmenge kombiniert mit niedrigerer Produktivität bedeutet für das Kapital Profitkrise. Die tief rührende Inflation begann die Herrschaftsfunktion des Geldes zu zerstören, was man deutlich an der Zunahme der Konsumentenschulden sehen kann. Die Antwort auf diese Situation war die Ölpreiserhöhung, eine »spezifische« Inflation, die einen feinkanaligen Profitfluß von Stätten niedriger Produktivität und Arbeitereinkommen zu den Zentren hoher Produktivität und kapitalintensiver Industrie bewirken sollte (dazu gehören nicht nur Ölgesellschaften, sondern auch Kern-, Computer- und Chemieindustrie). Mit diesen Profiten sollte dann das Kapital seinen nächsten »Sprung« machen. So eine Lösung barg aber ihre besonderen ökonomischen und politischen Gefahren: Benzinpreisinflation reduzierte den Verbrauch der Arbeiterklasse (z.B. Autokäufe), war andererseits untauglich gegen die störrische Krise der Arbeit. Am entgegengesetzten Pol erwies sich die kapitalintensive Produktion als stark verwundbar und politsch riskant.

Die gegenwärtige Rezession ist das Versuchsstadium, in dem eine kapitalistische Lösung für die blockierte Profitsituation gefunden werden muß. Das Kapital erforscht das Geheimnisvolle an der Krise der Arbeit mit tiefen Eingriffen in den Mechanismus der gesellschaftlichen Fabrik. Offensichtlich riskiert es dabei ernsthafte Brüche im Prozeß der materiellen Produktion und der Reproduktion, auch ein gewisses Maß an Zerstörung seines eigenen Invertars (darunter die Arbeiterklasse) und seines eigenen politischen Führungsstabes (Carter). Eine überraschende Lösung dieser sozialen Operation könnte die alternative Energieproduktion und alternativer Lebensstil als kapitalistische Option sein.

III. Is small profitable? (»Small is beautiful.«)

Alternativer Lebensstil und alternative Produktionsweise (entsprechende Technologie, buddhistische Ökonomie) waren ein Verhalten gegen die kapitalistische Politik in den frühen siebziger Jahren, Leute von Zuhause in die Büros, Hallen oder Fabriken zujagen, um eine höhere (gesamtgesellschaftliche) Produktivität zu erzielen. Mit dem Rückzug aufs Land (was nichts anderes darstellt als ein großes natürliches Zuhause mit Bäumen, Bergen usw. als Mobiliar) oder in den Konsumverzicht und die Alternativbetriebe antwortete ein Teil der Arbeiterklasse (zu der auch die Jobberszene von Intellektuellen gezählt werden muß), der damit seine Beitrag zur Krise der Arbeit während dieser Periode leistete. Allerdings kann diese politische und (mehr und mehr) auch technische Kreativität der Arbeiterklasse **von einem Instrument des Angriffs zu einem Zustand der Niederlage umgeformt werden,** d.h. zu einer möglichen »neuen Produktionsweise« für das Kapital selbst. (Das wäre gerade ein Beispiel für die grundsätzliche Logik der kapitalistischen Entwicklung, die sich schon immer auf die antagonistischen Momente der Arbeiterkämpfe gestützt hatte, Kampf für den 8-Stunden-Tag, Kampf für Rente usw.) Die Alternativen haben immer ihr Interesse an neuen Arbeitsmöglichkeiten, an menschlicher Arbeit und Mikroproduktivität im Haushalt oder in kleinen, autonomen Strukturen betont. Schon Schumacher entdeckte 1973 in seinem berühmten Buch »Small is beautiful« die unerforschten Mittel unseres Alltags: Nur 3,5 % unserer »totalen gesellschaftlichen Zeit« wird heute für materielle Produktion benutzt (in den Industriegesellschaften). Daraus folgert er: »Stell Dir vor, wir setzen uns selbst ein Ziel in entgegengesetzter Richtung, sie sechsfach zu erweitern auf ungefähr 20 %, so daß 20 % der totalen gesellschaftlichen Zeit benutzt würde, Gegenstände herzustellen, Kopf und Hand – und natürlich auch ausgezeichnete Werkzeuge – zu benutzen. Ein unglaublicher Gedanke! Sogar Kindern könnte man erlauben, sich nützlich zu machen, sogar alten Leuten ... Denke an den therapeutischen Wert richtiger Arbeit; denk an den erzieherischen Wert.« (Schumacher, Small ist beautiful, 1973, S. 151, 152) Zweifellos sind Schumacher und die Alternativen aufrichtig am Wohl der Menschheit interessiert und keine Verteidiger des Kapitalismus. Aber ihr Interesse an **wirklicher Arbeit** ist zufällig auch das Hauptinteresse und -problem des Kapitals heutzutage. Das Kapital kämpft gegen **»nicht wirkliche«** Arbeit, gegen unprofitable und unproduktive Arbeit und versucht, diese zu beseitigen.

Außerdem möchte das Kapital einen genaueren Einblick in den unmittelbaren Arbeitsprozeß und die Struktur eines Arbeitstages bekommen, nachdem frühere Versuche offensichtlich Fehlschläge waren (Fordismus, Taylorismus, Lohnanreize, Teilzeitarbeit usw.). Die Energiepreissteigerungen machen »menschliche Energie« und alternative Quellen von Energie und Arbeit profitabler: Ein Fahrradbote ist heute profitabler als früher. Der »Mensch« wird wieder wettbewerbsfähig – deshalb auch Kinder- und Altenarbeit.

Die dezentralisierte, ökologische, selbst-organisierte , selbstdisziplinierte, »baghwanisierte« und alternativ-technologische Arbeit ist heute eine lebensfähige Option für das Kapital. Was nicht bedeutet, daß das Kapital willens oder in der Lage sei, den »alten« 3,5 %-gesellschaftliche-Zeit-Sektor abzuschaffen oder sein Kommando über die gesamte soziale Fabrik aufzugeben. Das Ziel ist eher die Kombination eines modifizierten »alten« Sektors mit einem disziplinierten »neuen« Alternativbereich. (Schon Schumacher spricht sich für eine »gemischte Wirtschaft«, für das Nebeneinander von verschiedenen Niveaus der Produktivität aus.) Der kapitalintensive Industriesektor wird mittels verschiedenartiger »Nabelschnüre« mit dem arbeitsintensiven Sektor verbunden werden und dessen Profite aussaugen. Auch für das Kapital war dies ein bislang wagemutiger, ein unglaublicher Gedanke! Und zwar deshalb, weil die »Produktivität« dieses alternativen Sektors gewiß niedriger als die des alten Sektors sein wird, mißt man nur das Pro-Kopf-Ergebnis. Andererseits wird das Reproduktionsniveau sehr hoch sein, obwohl es schwer meßbar ist (der »therapeutische und erzieherische Wert«, wie Schumacher es nennt). Arbeitstag und Arbeitsleben könnten zwischen beiden Polen der Produktion umgestaltet werden. Die ausgepowerte Arbeitskraft aus dem kapitalintensiven Sektor könnte in das zusätzliche »alternative Paradies« zirkulieren, um anschließend für einen neuen Ausbeutungszyklus zurückzukehren. Dies könnte der profitable Hauptnutzen des Alternativbereichs sein. Für das Kapital bestünde er in Kosteneinsparungen bei den Sozialabgaben, der Wohlfahrt, dem Gesundheitswesen usw., denn all diese Dienste würden »umsonst« von unbezahlter alternativer Arbeit übernommen werden. Ansonsten gäbe es nur die Möglichkeit von Massenarbeitslosigkeit oder Pseudobeschäftigung in Dienstleistungsjobs wie in den Siebzigern, was die Produktivität der restlichen Arbeiter beeinträchtigen würde.

Wenn die Profitübertragung gewährleistet ist, wird man eine Niedrigproduktivität immer noch einer Nicht-Produktivität oder Gegen-Produktivität vorziehen, sogar in »entwickelten« Ländern.

Jonestown, der vierte »größere Unfall« in der jüngsten US-Geschichte, war nichts anderes als ein Modell dieser neuen Produktionsweise. Leute, die sonst unproduktiv oder arbeitlso gewesen wären (hauptsächlich schwarze Wohlfahrts-Empfänger), wurden dazu gebracht, zu arbeiten, nicht nur für ihre eigene Reproduktion, sondern auch für Profit, der nach außen lief. Ihre »Löhne« wurden für Investitionen im Alternativ-Sektor benutzt. Das Experiment schlug im wesentlichen deshalb fehl, weil die verantwortliche Hierarchie (Jim Jones und Konsorten) unfähig war, mit der hochbrisanten inneren Dynamik einer »freiwilligen« entfremdeten Arbeit umzugehen. Seine Leute begannen nämlich, den den 24-stündigen Arbeitstag zu verweigern, was nur den Zusammenbruch der umfassenden Kontrolle von Jim Jones zur Folge haben konnte. Ihre Weigerung, zu arbeiten, die Arbeit zu lieben, beendete auch die Liebesbeziehung zu Jim Jones. In einer solchen Situation war der Tod vorzuziehen. Was anderes soll man mit einer Arbeitskraft machen, die sogar alternative Arbeit verweigert? Ja, was denn??? Setzt man ein ausgewogeneres und weniger isoliertes Jonestown-Modell voraus, ergibt sich aus der alternativen Option, daß Energie sowie andere Güter (einschließlich Lebensmittel), die vorher im kapitalintensiven Sektor produziert wurden, von unserer unbezahlten Hausarbeit hergestellt würden und wir unsere Einkommen von außerhalb praktisch als Kapital in unsere Heim-Ökonomie investieren müßten. Wir müßten z.B. unsere Sonnenkollektoren und Biomasse-Einrichtungen bezahlen und ihren Betrieb fianzieren. Durch den Aufbau eines solchen ausgeweiteten Haushalts-Sektors (der ebenso auf einer Nachbarschafts- oder Gemeindeebene existieren könnte) würde ein riesiger neuer Markt für Waren aus dem kapitalintensiven Sektor geschaffen (Sonnenkollektoren, Metallbleche, Batterien, Elektorzubehör, elektrisches und elektronisches Gerät) und damit würde eine neue Möglichkeit der Profitübertragung, eine weitere Nabelschnur bereitgestelllt.

Das wäre eine Beziehung des ungleichen Tausches, vergleichbar der zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern. An sich nichts neues, denn der Kapitalismus war schon immer eine Kombination von Entwicklung und Unterentwicklung und kann anders auch gar nicht existieren.

Der Unterschied zwischen beiden Sektoren liegt nicht, das ist wichtig, in der Technologie. Es wird eine Sonnenenergieindustrie im kapitalintensiven Sektor geben, z.B. die riesigen Sonnenkollektoren in Arizona, aber auch Ölgewinnung aus Schiefer, oder Biomasse-Gaskraftwerke. Das Kapital entwickelt immer mehr Interesse an »alternativen« Technolgien, was jedoch nichts mit der Einrichtung einer Parallelindustrie zu tun hat. Aber nicht nur diese Großerzeugnisse akzeptiert das Kapital, ebenso die kleinen alternativen Errungenschaften. Dezentralisation in der Technik, wie z.B. der selbstgebaute Sonnenkollektor auf dem Dach gegen die Großkollektoren in der Wüste, der Windmühlen gegen Atomkraftwerke, bedeutet noch nicht automatisch auch eine Dezentralisation der Herschaft über unser Leben, wie zahlreiche Alternativler hoffen. Wenn es so wäre, hätte das Kapital niemals das individuelle Auto als Ausdruck eines höchst dezentralisierten Transportwesens zugelassen, sondern hätte Schienenbahnen vorgezogen, die viel stärker zentralisiert und leichter zu kontrollieren sind (eine Zentrale könnte Fahrpläne bestimmen, Haltestellen festlegen usw.). Herrschaft ist im Kapitalismus weit höher entwickelt und wesentlich nicht Kommando über Dinge, sondern über Kreisläufe, Bewegungen, Verbindungen und Austausch (was hauptsächlich über das Geld organisiert wird, über Steuerpolitik, aber auch über die Medien; Polizei und andere »physische« Eingriffe werden nur in Notfällen eingesetzt). Technische Dezentralisation und Zerstörung des kapitalistischen Kommandos sind nicht dasselbe.

Die Veränderung der Stoßrichtung vom Anti-AkW-Kampf zum Kampf für Sonnenenergie innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, die Erscheinung, daß immer mehr von Gegenplanung und immer weniger von Widerstand gegen das System die Rede ist, sind Ausdruck einer zugrunde liegenden kapitalistischen Ausrichtung. Bezeichnend ist, daß diese Gegenplaner, obwohl sie ihr Vertrauen mit dem technischen Erfindungsreichtum der Arbeiter begründen, kein Vertrauen in den politischen Erfindungsreichtum der Klasse haben, d.h. sie sind dauernd dabei, nachzusinnen, was »danach« geschehen könnte und haben Angst vor dem sog. Chaos oder der Anarachie. (Das kann man auch an ihrer Taktik bei Demonstrationen sehen und an der Tatsache, daß den Gruppen der Direkten Aktion in den Rücken fallen, weil die bereit sind, sich mehr auf die politische Kraft der Bewegung zu verlassen.) Der Kapitalismus wird als ein bloß selbstzerstörerisches, selbstmörderisches Monster beschrieben und sie schlagen vor, eine Alternative zu organisieren, »wo das Kapital verschwunden ist«. Aber während sie sich mit den ältesten und politisch bereits harmlosen Teilaspekten des Kapitalismus beschäftigen, sehen sie nicht, daß das Kapital niemals »verschwindet« und daß sie selbst nur in Konkurrenz mit den kapitalintensiven Wegen der Entwicklung stehen. Diese werden in Wirklichkeit mit den alternativen Wegen (»soft paths«) gemeinsam gehen, falls das Kapital und alle seine »Möglichen Alternativen« nicht endgültig blockiert werden und das Monster von unserem Raumschiff Erde aus ins Weltall hinausgeblasen wird.

IV. Wer kann dies schaffen?

Während ihrer zahlenmäßigen und regionalen Ausweitung ist die Anti-Atom-Bewegung zunehmend zum Schauplatz einer Auseinandersetzung um die Frage geworden: Wer wird die politisch/ökonomischen Kader stellen, die in der Lage sind, den alternativen Sektor bzw. die »neue Produktionsweise« insgesamt zu verwalten? Wer wird fähig sein, die alternative Szene zu zähmen, die immer noch eine schillernde und explosive Mischung darstellt? Wer wird die Ruten sozialer Kontrolle in Händen halten, die ein ordnungsgemäßes Anlaufen der neuen menschlichen Arbeit garantieren? Die Zeit ist endgültig reif für einen völlig neuen Typ politischer und wirtschaftlicher Führungskraft, für den »sanften« Sozialingenieur. Einige solcher Führungsprobleme stehen gegenwärtig in der Anti-AKW-Bewegung an. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht vom Präsidentschaftskandidaten Jerry Brown bis zur Bürgerpartei von Barry Commoner, von den legalistischen »Freunden der Erde«, den »alten« Anti-AKW-Leuten, die Aufklärung betreiben, den Wiederbelebern der rituellen Zaunerkletterung (SHAD usw.) bis zu den »Extremisten« von der Koalition für Direkte Aktion. Die Zukunft der Bewegung erscheint als »Wahl« zwischen diesen Tendenzen, die man als verschiedene politische Herangehensweisen an die »neue Produktionsweise« sehen kann. Obwohl sie sich zeitweise selbst und gegenseitig als etwas Unterschiedliches bzw. Besonderes ansehen, gibt es einen ziemlich anhaltenden Richtungswechsel bei ihren Anhängern, weil der Anstieg der Energiepreise ihren materiellen Interessen entgegenkommt. (In der gesamten politischen Bandbreite von Wahlanhängern bis zu den Genossen der Direkten Aktion hat es z.B. keinen ernsthaften Versuch gegeben, nicht einmal verbal, etwas gegen die Entwicklung der Energiepreise zu unternehmen.)

(Im folgenden werden das Verhalten und die Aktionsformen der politischen Gruppen im Jahre 1979 kritisiert. Dann wird genauer auf die Vorbereitung einer Demonstration und den Versuch einer Platzbesetzung bei SEABROOK eingegangen. Die Autoren werten den erstmaligen Versuch einer Platzbesetzung – übrigens nach deutschem Vorbild – als Eingeständnis einer

Perspektivlosigkeit der bisherigen Aktionsformen, die meist friedlich verliefen. Gleichzeitig ginge es aber darum, eine sich verbreiternde Bewegung unter Kontrolle zu behalten. Das sei sichtbar an der voraussehbaren Niederlage bei SEABROOK, weil mit der Wahl des Zeitpunkts und des Angriffsobjektes von vornherein ein Scheitern der Besetzung einkalkuliert werde. Es solle an diesem Versuch praktisch nichts anderes demonstriert werden, als daß die Bewegung außer Kontrolle geraten könne. Die Militanz, deren Scheitern schon festliege, solle also die gemäßigten Teile der Bewegung stärken. Die Autoren sehen insgesamt ein Anwachsen der Fraktionen der Wahlanhänger, was nur durch eine unerwartete Wendung der Dinge verhindert werden könne. Mit einem Sieg der Wahlbefürworter sei das Scheitern der Bewegung besiegelt. – Die Übers.)

V. Wer wird sich nicht daran beteiligen?

Der Vorschlag der Alternativen hat zwei Feinde: einen scheinbaren und einen wirklichen. Die Alternativen begreifen die kapitalintensive, zentralisierte Industrie als ihren Feind (die sie manchmal mit »Kapitalismus« gleichsetzen). Aber dieser sogen. Feind ist heutzutage eher damit beschäftigt, seine Sympathien mit der alternativen Produktionsweise zu verbergen als die Alternativler anzugreifen. (In diesem Zusammenhang ist Jerry Brown schon zu einer kompromittierenden Figur für das Kapital geworden.) Jedoch besteht ein viel unmittelbarerer Feind: die Bewegung gegen die Energiepreiserhöhungen. Diese Bewegung fand ihren direktesten sozialen Ausdruck im wilden Streik der Lastwagenfahrer und in den Benzinunruhen von Levittown in Pennsylvania am 23./24. Juni. Sie ist eine diffuse Bewegung, fast untergründig, total verschieden von der Newtonischen Anti-AKW-Bewegung, die davon besessen ist, die genauen Ziffern der Demonstrationsteilnehmer festzustellen. (So wurden z.B. die Leute beim Treffen von Indian Point am 5. August mit einem Stempel versehen, damit die Veranstalter nicht aus Versehen doppelt zählten; so wahnsinnig bedacht waren sie darauf, die absolut genaue Zahl von Masse, Strecke und Zeit anzugeben.) Ein weiterer Aspekt solcher »Newtonischer« Demos ist der Einsatz von Bussen (mit genauen Abfahrtszeiten), die die Demonstranten nach Hause bringen sollen, wenn sich die »interessanten Dinge« zu entwickeln beginnen.

Die Anti-Preis-Bewegung scheint von einer Art Heisenberg-Effekt des Klassenkampfes beherrscht zu werden: Wenn man sich die Masse anschaut, sieht man die Bewegung nicht; sieht man sich die Bewegung an, sieht man die Massen nicht mehr. Zwar scheinen die Aktionen vorübergehend zu sein und relativ wenig Leute einzubeziehen (bei Levittown machten höchstens 2.000 – 3.000 Leute mit – obwohl da niemand gezählt hat), aber offensichtlich ist dabei das Potential aus der Arbeiterklasse hoch. Diese Bewegung ist der Ansicht, daß die Benzinknappheit auf einem Schwindel beruht, kann aber keine Perspektiven vorweisen und erscheint sowohl der kapitalintensiven Industrie als auch den Alternativlern als bloß negativ und sogar reaktionär. Außerdem ist sie von vornherein gewaltsam, weil nur die wildentschlossensten Typen bei einem Kampfziel wie den Ölpreisen etwas ausrichten können, das mit den herkömmlichen Protest- und Aktionsformen als unangreifbar erscheint.

Uns erscheint die Tatsache sehr wichtig, daß die Preiserhöhungen keine vorherbestimmte Grenze haben, weil alle Preise, besonders die Öl- und Energiepreise, durch den Klassenkampf bestimmt werden. Es bestand kein Zwang, daß der Benzinpreis Anfang Juli bei einem Dollar stehenblieb. Wie Marx gezeigt hat, werden die Preise von Gebrauchsgütern **nicht** durch ihren **Wert** (die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit) festgelegt, der in ihnen vergegenständlicht ist, sondern durch das bei ihrer Produktion vorhandene Verhältnis von Kapital und Arbeit. Wenn die Menge des Kapitals verglichen mit der Menge der Arbeit hoch ist, dann ist der Preis höher als der Wert, während umgekehrt bei einem arbeitsintensiv produzierten Gebrauchsgut der Preis niedriger als der Wert wird. (Dieses Prinzip liegt dem ungleichen Tausch zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern zugrunde.) Dies gilt insbesondere für Benzin, weil u.a. der Anteil lebendiger Arbeit, die auszubeuten wäre, in einer Raffinerie sehr gering ist. Wo aber sollen dann die Profite der Ölindustrie herkommen? Aus dem Unterschied zwischen dem Preis des Benzins und seinem Wert. Der Mehrwert wird gesamtgesellschaftlich angeeignet, aus der Totalität von Ausbeutung in allen Sphären von Produktion und Reproduktion. Daher rührt die Unsichtbarkeit solcher Ausbeutung und die Schwierigkeit, ihr direkt zu begegnen.

Die Kämpfe, die hauptsächlich die Preise mitbestimmten, waren der Streik der Lastwagenfahrer und die Unruhen von Levittown. Keiner griff die Ölgesellschaften unmittelbar an; sie waren gegen die gesellschaftlichen und politischen Strukturen gerichtet, auf denen die Mehrwertabpressung der Energiekonzerne beruht. Sowohl Streik als Aufruhr störten den Ausbeutungsmechanismus, der den Wert des Kapitals und damit den Ölpreis bestimmt. Einerseits war der Lastwagenfahrerstreik ein klassischer Kampf: es begann nach Art eines wilden Streiks, entwickelte sich bis zu dem Punkt, an dem die Gewerkschaft den Streik unterstützen mußte, geriet ihr dann aber außer Kontrolle, wurde zum offenen Aufruhr, gefolgt von einer Bereinigung des Konflikts durch einen Kompromiß und der Rückkehr zur Arbeit. Obwohl die Einzelheiten bekannt sein dürften, ist der Ablauf doch ungewöhnlich.

Ende Mai, Anfang Juni gab es die ersten Berichte über Blockaden an LKW-Verladestellen und Raststätten. Z.B. fand am 3. Juni in Oklahoma City eine Blockade an einer Raststätte statt. Es folgten Berichte über Heckenschützen aus dem Mittleren Westen, von Rapid City (South Dakota) bis Lolo Hot Springs (Montana) und Sioux City (Iowa). Als er sich zuspitzte, war die Independent Truckers Association (ITA) am 12. Juni gezwungen, den Streik formell zu unterstützen. Trotz der offiziellen Unterstützung durch die ITA gingen die Schießereien weiter und auch die unangkündigten Blockaden von Tankstellen, Treibstofflagern und Autobahnen im ganzen Land. Am 22. Juni befand sich der Streik auf dem Höhepunkt. Carters erstes Zugeständnis wurde mit Schüssen in Louisiana, Minnesota, Tennessee und Illinois beantwortet. Die Landschaft war reif für den »weißen Aufruhr« in Levittown, an einem Brennpunkt des benzinabhängigen Vorstadtproletariats. Ein Zusammentreffen von LKW-Fahrern und Jugendlichen, gleichermaßen betroffen von den Einschränkungen, entlud sich und wurde zum entscheidenden Punkt der Ölpreiskurve in den USA.

Der Schauplatz des Aufruhrs, Five Points Intersection, ist der naturgegebene Ort für diesen Zündfunken, weil dort das Herz des Verkehrs für die Vorstädte liegt. Ein Kreuz von fünf Straßen – an jeder Einmündung drei Tankstellen, ein Reifenladen und ein Supermarkt mit Imbiß dabei. Drum herum liegt Levittown, das erste durchgeplante Vorstadtghetto nach dem 2. Weltkrieg, alles schön und täuschend gemacht mit den nun erholten Grasbeeten und Bäumen. Am 23. Juni waren LKW-Fahrer mit dabei, eine Konfrontation zwischen Jugendlichen, die sich dort herumtrieben, und den Tankstellenbesitzern anzuheizen. Sie blokkierten den Supermarkt am anderen Ende des Verkehrskreuzes und als einer der Tankstellenbesitzer wegen »Benzinmangels« zu schließen versuchte, brannten plötzlich Reifen, Steine flogen und Autos gingen mitten auf dem Verkehrskreuz zu Bruch. Als die Polizei eintraf, wurde sie mit Stöcken und die Feuerwehr mit Flaschen empfangen. Die örtlichen Bullen wa-

ren völlig ohnmächtig gegen ihre eigenen Bürger und mußten aus der ganzen Gegend Verstärkung anfordern und außerdem die Staatspolizei. Nach einigen Festnahmen beruhigte sich die Schlacht, aber nur bis sich am nächsten Nachmittag eine Riesenmenge aus der Nachbarschaft am Intersection-Knoten einfand. Ein altes Sofa ging in Flammen auf, ein Wagen der Müllabfuhr wurde von einem nicht identifizierten Abschleppwagen auf der Kreuzung umgekippt, und die Schlacht begann wieder. »Sylvesterknaller, einschließlich der starken M-80er, krachten und leuchteten durch die Nacht.« Auf dem Höhepunkt des Ereignisses bemerkte der Sheriff von Bucks County, John Mitchell: »Es handelt sich um einen totalen Zusammenbruch von Recht und Ordnung, alle Polizeikräfte sind erschöpft«, und bat darum, »begrenztes Kriegsrecht zu verhängen«. Des weiteren meinte Mitchell: »(Die erste Nacht) war wohl organisiert ... die LKW-Fahrer sind bestens organisiert, wahrscheinlich besser als wir«, dahingegen sei die »zweite Nacht spontan gewesen«; in jedem Fall sei es für die Polizei völlig rätselhaft gewesen. Sie hätte bei sich selbst einen »Polizeiaufstand« gehabt, wobei »unschuldige Schaulustige« geschlagen, Verhaftete verprügelt und Protestierende in der Art eines Guerilla-Krieges bis in die umliegenden Wohngebiete verfolgt worden seien. Ihre Nervosität hielt am nächsten Tag an, an dem sie eine Frau verhafteten, weil sie einen Polizeioffizier mit Eistee und Eiskugeln beworfen habe. Zwischen Polizei und den Leuten habe es eine Schlägerei gegeben, bei der man nicht gewußt habe, wer im Recht gewesen sei.

Nach den Unruhen begann der LKW-Fahrerstreik abzubröckeln. Trotzdem gab es immerhin am 26. Juni noch eine Blockade auf dem Long Island Expressway mit einer Verkehrsstauung von 45 km Länge. Die offiziellen Forderungen des Streiks waren bei weitem nicht erfüllt. Z.B. war über die Abschaffung der Geschwindigkeitsbegrenzung von 55 mph niemals verhandelt worden, während die Treibstoffentwicklung und die einheitlichen Gewichtsklassen verschoben wurden. Die Hauptforderung jedoch – mehr Dieselkraftstoff und Preisstabilisierung (wenn nicht sogar Herabsetzung) – wurden auf geheimnisvolle Weise erfüllt. Am letzten Juni-Wochenende begann sich die Benzinversorgung zu »bessern« – der merkwürdige Schrecken einer Knappheit verschwand so schnell wie er gekommen war.

Man kann zwar den Streik und die Straßenschlachten als Handlungen eines äußerst kleinen Teils der Arbeiterklasse betrachten, der sehr klare Bedürfnisse hat, die einen Angriff auf die steigenden Benzinpreise erzwangen, insgesamt waren sie die offensten **Aktionen** gegen die Benzinknappheit.

Ihre Grunderscheinungen spiegeln jedoch wichtige Neuerungen wider. Bei dem Gegner: der Staat selbst; in der Ausbreitung: über den ganzen Kontinent; in der Organisationsform: dezentralisiert, flexibel, unvorhersehbar; in der Technologie: weit verbreitete Anwendung des CB-Funks, um Blockaden zu koordinieren und die Zusammenstöße mit der Polizei abzusprechen; und in der altersmäßigen Zusammensetzung: über Alters- und Berufsschranken hinweg. In einem historischen Augenblick, wo das Kapital um Leben oder Tod vom Preis des Öls abhängig ist, werden diejenigen, die man als die gegenrevolutionärsten und angepaßtesten Schichten der Arbeiterklasse betrachtet hatte, zu den größten Gegnern des Kapitals – egal, was sie dabei im Kopf hatten. die LKW-Fahrer erhoben ihre Forderungen nur im Bezugsrahmen von Einkommen und Arbeit: sie wollten schneller fahren, d.h. eher fertig sein, mehr transportieren und nicht für die Preissteigerungen bezahlen. Genau damit drückten sie die Bedürfnisse des Großteils der Arbeiterklasse aus: sie haben keinen Vorschlag für mehr Arbeit gemacht, wie die Alternativler. Sie lehnten es ab, für eine Lösung der Krise der Arbeit zu sorgen, respektierten die Forderungen des Kapitals im Allgemeinen und bestanden auf ihren partikularen Interessen. Damit erscheinen sie »rückständig«; im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise bedeutet jede Anstrengung, sich zurückzuhalten, aber, die Krise der Arbeit aufrechtzuerhalten, deren Überwindung das Kapital so sehr herbeisehnt.

VI. Wo ist die wirkliche Anti-AKW-Bewegung?

(Die Autoren kritisieren noch einmal die Teile der Anti-AKW-Bewegung, die die Sonnenenergie als Konkurrenzenergie der Atomkraft gegenüberstellen und damit nur dem Kapital helfen, Auswege aus seiner Energiekrise, aber auch aus der Krise der Arbeit zu finden. Zwei andere Bewegungen seien jedoch als wirkliche Gegner der Atomenergiepolitik zu bezeichnen:
1. die Bewegung gegen die Preiserhöhungen im Energiesektor;
2. die Bewegung der Arbeiter im Nuklearbereich.)

Die Bewegung gegen die Preiserhöhungen hat verschiedene Ursprünge, die noch wenig miteinander zu tun haben und viele Widersprüche untereinander enthalten, sie enthält jedoch Wurzeln eines aktuellen Verhaltens gegen die Atomindustrie. Für die Bewegung gegen die Preiserhöhungen geht es nicht darum, den Kapitalisten einen alternativen Weg aus ihrer Energie/Arbeitskrise zu zeigen, sondern darum, sie zu vertiefen. Das ist unzweifelhaft der Grund, warum sie den Alternativleuten als reaktionär erscheint, wo eine Aufklärung angebracht ist. Aber was für eine Aufklärung schlagen sie vor? Daß Radioaktivität gefährlich ist? Das weiß schon ein 5-jähriges Kind. Nein, diese Aufklärungs- und Erziehungsmanie führt wirklich dahin, den Arbeitern beizubringen, nicht mehr für mehr Geld und gegen die Arbeit zu kämpfen.

Die andere Quelle des Anti-Atomkampfes liegt bei der Bewegung der 'Atom-Arbeiter', die sowohl die Arbeiter in den Kraftwerken und im Brennstoffzyklus einschließt, als auch die Leute, die um die Kraftwerke herum leben. Sogar die Atomindustrie erkennt an, daß **bei einem Kraftwerk zu wohnen Arbeit** bedeutet, weil sie die Masse der staatlichen Steuern für die dort wohnenden bezahlt (was einige als eine Art Einkommen betrachten). Nun ist man jedoch darauf bedacht, die 'Verantwortlichkeit einzugrenzen', weil der Anteil der Bevölkerung, der unmittelbar betroffen von radioaktiven Emissionen ist, sehr groß ist (beispielsweise gab es Spuren von radioaktivem Jod in der New Yorker Milch nach Three Miles Island). Der Kernpunkt dieser Bewegung ist die Arbeit, die wir mehr oder weniger direkt für die Atomindustrie leisten. Was diese Arbeit bedeutet, sehen wir unheimlich deutlich am Beispiel von Atom-Arbeitern, wie den Springern, die hundert Dollar dafür bekommen, innerhalb von 2 Minuten in einem hochradioaktiven Bereich eine einzige Schraube festzudrehen: **ihre Arbeit besteht darin, ihre Körper der Strahlung auszusetzen; das ist die reine Form der Arbeit in dieser Industrie, nämlich nicht als körperliche Anstrengung, sondern als Zerstörung des Körpers.**
Der Kampf der Atom-Arbeiter in den Kraftwerken ist verhüllt durch einen dichten Sicherheitsvorhang aus Werkschützern, FBI- und Militäragenten, Behörden- und Gewerkschaftsbürokraten. So dringt sehr wenig nach außen. Doch findet der Widerstand der Atom-Arbeiter sein gedämpftes Echo in dem immer ausgefeilte-

ren Sicherheitsmaßregeln und der ständigen Angst vor menschlichem Fehlverhalten in den offiziellen Richtlinien und Berichten von Staat und Industrie. Wir wissen, daß Three Miles Island »menschlichem Versagen« zugeschrieben wird. In einem anderen Fall, am 27. April im AKW von Surrey/Virginia, haben die Atomarbeiter William Kuykendall und James Merrill einen Eimer mit ätzendem Natiumhydroxid an 15 anderen Arbeitern vorbei in den Raum für Kernbrennstoff gebracht und dort Brennstäbe im Wert von 30 Mio. Dollar zerstört. Anderthalb Monate später machten sie eine Pressekonferenz, um die Vorwürfe zu erheben, daß vom Kraftwerk illegal radioaktive Rückstände beseitigt würden, daß die Anlage in schlechtem Zustand sei und daß technische Vorschriften des NRC verletzt würden.

Die Bewegung der Atomarbeiter ist nicht auf das Innere der Kraftwerke beschränkt – immer mehr AKWs werden von außen angegriffen. Diese Angriffe reichen von Demonstrationen ortsansässiger Bürger gegen AKWs (z.B. Three Miles Island), über die Weigerung örtlicher Versorgungsunternehmen (z.B. Wasser bei Seabrook) bis zu tatsächlichen oder angekündigten Zerstörungen. Beispielsweise berichtete das General Accounting Office über 62 Vorfälle in 21 Monaten, »darunter Bombendrohungen, Erpressungsversuche und häufige Sicherheitsgefährdungen«. Die Einbildung der Atomindustrie, wenn sie die AKWs in »konservative«, ländliche Gegenden baue, werde schon alles klargehen, egal was passiere, hat sich als falsch erwiesen, wie die Nachwirkungen von Three Miles Island zeigen. Psychologen melden über 25 % mehr Behandlungsfälle von Kindern im Vorschulalter, und ein Verfahren wurde von Bauern in der Gegend gegen die Met Edison eingeleitet wegen der psychischen Schäden an ihren Kindern. (Viele von ihnen glauben in zehn Jahren zu sterben.) Einige Monate nach dem Unfall »ist die Gemeinde von Middletown, in der einst enge Nachbarschaftsbeziehungen herrschten, nun heillos zerstritten über die Vor- und Nachteile ihres nuklearen Nach barn, die Auseinandersetzungen haben sich zu hitzigen Debatten über Gartenzäune hinweg und bei Gemeindeversammlungen entwickelt.« Der soziale Frieden, der Voraussetzung für den Betrieb von Reaktoren ist und der durch ihren Einsatz gepflegt werden sollte, ist in einen langwierigen Guerillakrieg umgeschlagen. Three Miles Island wird in Jahrzehnten noch nicht vorbei sein.

Die Bewegung gegen die Preiserhöhungen und die der Atomarbeiter bilden die Basis des tatsächlichen Widerstandes gegen Atomanlagen, die keine Kompromisse mit dem Nuklearkapital eingehen, weil sie es nicht können. ...

Do it yourself 007

Interview aus der Schweizer Zeitung »Zeitdienst«

Fünf große Anschläge wurden seit Herbst 1978 verübt: Pavillon Gösgen und Kaiseraugust, Leibstadt und zwei Masten in Gösgen und Graben.Sind Sie die Täter?

E: Sagen wir es so: In verschiedenen Städten und Regionen der Schweiz gibt es heute Menschen, die den Kampf gegen Atomkraftwerke auch auf der Ebene der Sabotage weiterführen wollen. Zwischen einigen dieser Lokalen Grüppchen besteht eine minimale Koordination. Von dieser Situation aus betrachtet, kann man Ihre Frage mit Ja beantworten.

D: Bevor wir mit den Fragen weiterfahren, möchte ich noch festhalten, daß wir fünf, die da zusammensitzen, fünf verschiedene, selbstverantwortliche Grüppchen repräsentieren und speziell nur für dieses Interview zusammengekommen sind.

Ein amerikanischer Bürger hat im Dezember 1973 in Montana einen 170 Meter hohen Meteoturm gesprengt, um sich gegen ein geplantes A-Werk zu wehren. Er stellte sich, den Prozeß gewann er vor US-Gerichten. Das A-Werk wurde nie gebaut. Darüber gibt es einen Film, der auch in der Schweiz gezeigt wurde: »Lovejoys nuclear war.« Haben Sie sich von seinem Vorgehen inspirieren lassen?

E. Die für die amerikanische Anti-AKW-Bewegung wichtige Geschichte von Sam Lovejoy kenne ich lediglich vom Erzählen her. Inspiriert davon ... nein, eigentlich nicht oder zumindes nicht ausschließlich.

C: Sehen Sie, in den letzten Jahren gab es in Europa und den USA hunderte von solchen Sabotage-Aktionen. Das heißt auch, daß es tausende von Leuten gibt, die fähig sind, solche Sachen zu machen. Das ist ein sehr großes Potential, welches in den nächsten Jahren sicher auch die weiteren Kampfformen beeinflußen wird.

Sie nennen sich »Do-it-yourself-Gruppe 007«. Was ist das für eine Gruppe?

D: Das ist der Name einer lokalen Gruppe, die den Meteomasten in Gösgen umgelegt hat.

A: Dazu wäre vielleicht noch folgendes zu sagen: Die Bezeichnung »Do-it-yourself« tauchte erstmals im Juli 1978 auf, als in Genf ein für Leibstadt bestimmter Transformator auf dem Werkareal der Firma Secheron beschädigt wurde. Dieser Name wurde in der Folge von verschiedensten Leuten weiterverwendet, weil er gegen die zunehmende Institutionalisierung der Anti-AKW-Bewegung das direkte Eingreifen Einzelner und/oder Gruppen betont.

Wie groß ist die Gruppe (Altersstruktur)?

D: Dazu möchte ich nichts sagen.

C: Auf alle Fälle gibt es genügend Leute, daß, selbst wenn der letzte von uns erwischt würde, die Aktionen weitergehen.

Haben diese Gruppen eine allgemeine politische Richtung?

B: Ja, wir träumen wie viele andere von einer Welt, die nicht auf Arbeit und Unterdrückung basiert, sondern auf unseren Wünschen und Bedürfnissen, wo man nicht lebt, um zu arbeiten, sondern wo man so wenig als möglich arbeitet, um so viel wie möglich vom Leben zu habn. Ob das mit Politik erreichbar ist, bezweifeln wir.

A: Wenn es die Möglichkeit gäbe, bei einem guten Schluck Wein mit längst verstorbenen Personen zusammenzusitzen, würde unsere Wahl vermutlich auf die Marx Brothers fallen: Karl, Groucho, Harpo, Peppo.

Sind es politisch homogene Gruppen oder sind Sie sich nur in der Frage einig, daß Gewalt in der AKW-Bekämpfung unumgänglich ist?

D: Da die meisten von uns an verschiedenen Orten leben, hat jeder auch seinen eigenen Lebenszusammenhang. Trotzdem legen wir großen Wert darauf, untereinander auch über das sogenannte Privatleben zu diskutieren. Man kann sagen, daß wir nicht nur über den Atomstaat gemeinsame Ideen und Vorstellungen haben, sondern auch über Familie, Kinder, Schule, Schwule, Musik, olympische Spiele und was sonst noch so alles die Welt bewegt.

Warum sind Sie gegen Energieproduktion in A-Werken?

C: Ich glaube, es gibt zwei Hauptgründe, einen politischen und einen ökologischen. Erstens bedeuten Atomkraftwerke eine Machtkonzentration in Händen von Leuten, die ihre soziale Gefährlichkeit schon oft bewiesen haben.

B: Und zweitens möchten wir nicht gerne an Krebs zugrunde gehen. Aus den gleichen Gründen wie alle AKW-Gegner also: die AKWs sind eine direkte Bedrohung unserer Träume, sie schaffen Zwänge für Tausende von Jahren, vor allem was die radioaktiven Abfälle betrifft.

Die AKW-Gegner-Bewegung war mal eine gewaltfreie Aktion. Warum sind Sie von Ihrer Doktrin abgewichen? Warum griffen Sie zur Gewalt?

C: Das stimmt nicht. Die Anti-AKW-Bewegung begann mit »Gewalt«, wie Sie sagen, mit **direkter Aktion,** wie wir sagen würden. Direkte Aktionen sind bis heute ein Hauptmerkmal der Bewegung, sie zeigten sich in verschiedenen Formen, zum Beispiel Straßenblockaden, Baustellenbesetzungen oder durch Sabotage an Installationen.

B: Die heute starke US-Anti-AKW-Bewegung begann mit dem erwähnten Sabotageakt Sam Lovejoys. In der Schweiz begann es mit der »gewaltsamen« Besetzung von Kaiseraugst. Erst als politische Organisationen die Bewegung zu kontrollieren versuchten, wurde sie sog. »gewaltfrei«, das heißt beschränkte man sich fast ausschließlich auf symbolische Aktionen wie Demonstrationen, Petitionen, Initiativen. Durch diese Politisierung der Bewegung ist sie erst soweit gelähmt worden, daß sie heute fast wieder am Anfang steht.

A: Sie fragen uns, wieso Gewalt?Aber welche Gewalt meinen Sie? Wenn ein Arbeiter im Stollen stirbt, sagt man, das sei Schicksal. Wenn sich ein Gefangener aufhängt, sagt man, das sei ein psychischer Fall. Wenn eine Frau beim Abtreiben stirbt, sagt man, das sei der Wille Gottes. Aber kaum berühren wir ein etwas teures Spielzeug von Herrn Kohn und schon gibt es die größten Moralpredigten. Aber mit welchem Recht? Die Hände von Furgler, Bührle, Schmidheiny sind voll Blut. Unsere nicht.

Es gibt demokratische Mittel wie beispielsweise Einsprachen, sich gegen A-Werke auszusprechen. Warum sind Sie in die Illegalität gegangen?

E: Fragen Sie mal die vielen tausend Leute, die bis heute Einsprachen erhoben und/oder Beschwerden eingereicht haben. Sie können Ihnen eine ganze Zeitung voll haarsträubender Geschichten erzählen. Mal ganz abgesehen von der Tatsache, daß den Beschwerden willkürlich die aufschiebende Wirkung entzogen und damit bereits im Voraus die Antwort darauf erteilt wurde.

B: Die eigentliche Anti-AKW-Bewegung begann ja gerade erst, als weite Bevölkerungskreise erfahren hatten, daß legale Mittel von der Atomlobby nicht respektiert werden. Die Bewegung war mit den Besetzungen und Blockaden von Anfang an in der Illegalität, sonst wäre es ja nicht zu den Polizeieinsätzen gekommen. Wir mußten nicht erst in die Illegalität gehen, die Sie uns unterstellten. Wir und die meisten aktiven AKW-Gegner waren gar nie legal.

Haben Sie es selbst mit dem legalen Weg versucht?

A: Wenn Sie es als legal bezeichnen – Ja, wir waren in Kaiseraugst dabei, in Gösgen, Malville, Brokdorf, Grohnde. Wir haben uns auch an den Pfingstmärschen beteiligt, haben Unterschriften gesammelt, Flugblätter verteilt und werden das auch weiterhin tun.

Was hat Ihre persönliche 180-Grad-Kehrtwendung von der gewaltlosen zur gewalttätigen Aktion ausgelöst? (Evtl. Schlüsselerlebnis)

A: Für die meisten von uns war das vermutlich keine persönliche Entscheidung. Die Bewegung hat die Erfahrung gemacht, daß sie mit den Großdemonstrationen in Malville, Gösgen, Kalkar usw. an Grenzen gestoßen ist. Dort zeigte sich, daß der Atomstaat in europäischem Ausmaß nie mehr eine Geländebesetzung zulassen würde und daß er dafür bereit war zu töten. Vital Michalon wurde in Malville von der CRS ermordet. Nach diesen Erfahrungen tauchte der Vorschlag auf, die Politik der direkten Aktion mittels dezentralisiert operierenden Kleingruppen weiterzuführen.

Während also ein Teil der Bewegung den Rückzug in die Stellvertreterpolitik mit Parteigründungen und ähnlichem antrat, was als Absicherung von erreichten Positionen in gutem Glauben gemacht werden kann, aber immer demobilisierend ist, gehen praktisch in ganz Europa Leute in den Angriff über: Scheiben klirren, Autos und Gebäude von Atombetreibern brennen, Hochspannungsmasten legen sich zur Seite usw.

Wie Sie selbst im »Handbbuch für Gemeinschaftsaktionen«, das Sie herausgegeben haben, sagen, ist es seit »78 nicht mehr gelungen, Forderungen zu stellen«. Nach Ihnen steht es schlecht um die Anti-AKW-Bewegung. Die Zeit der großen Demos ist vorbei. Wollen Sie mit den Anschlägen darüber hinwegtäuschen, daß die Bewegung zerfällt?

B: Es wäre naiv, heute jemanden täuschen zu wollen. Unsere Aktionen sind das, was sie sind: praktische Störungen der Pläne der Atom- und Energielobby.

E: nein, mit unseren Aktionen wollen wir der Bewegung die Sabotage als neue Kampfform vorschlagen, als weitees Kampfmittel neben all den bisher eingesetzten. Dabei ist uns klar, daß Sabotage nur Erfolge bringen kann, wenn sie sich verbreitet, das heißt wenn diese Aktionen zu einem Massenphänomen werden.

Oder steckt auch Resignation dahinter?

A: Wenn das Gegenteil von Resignation illusionäre Hoffnung und optimistischer Leerlauf bedeutet, dann sind wir lieber resigniert und tun etwas Praktisches.

D: Leider drückt sich die Resignation im Moment anders aus: Die Studenten machen Karriere, unsere jüngeren Brüder und Schwestern töten sich mit Heroin und die 68er gehen zur POCH oder SP.

Für Sie wurden viele Bezeichnungen gefunden: Desperados, Anarchisten, Terroristen. Wie sehen Sie sich?

B: Wir sehen uns nicht, wahrscheinlich sind wir niemand ... Gelächter ...

C: Saboteure. Leute, die gewohnt sind, die Probleme an der Wurzel zu fassen. Verteidiger öffentlicher Interessen. Brave Kinder, die sich nicht begnügen können, alt zu werden, indem sie ihre Utopien für 4000 Franken im Monat verkaufen. Sehen Sie selbst, was Sie am liebsten haben möchten. Uns gefallen Etiketten nicht.

D: Wenn Desperado heißt, daran glauben, daß Kohn sich nie ändern wird, dann sind wir Desperados. Wenn Anarchist heißt, daran glauben, daß es auch ohne Staatsapparat geht, dann sind wir Anarchisten. Und wenn Terrorist heißt, daran glauben, daß es töricht wäre, die Atomlobby mit offenem Gesicht anzugreifen, dann sind wir Terroristen.

Sie rücken mit den Anschlägen ins sehr nahe Umfeld einer terroristischen Organisation wie die RAF usw.

B: Wir glauben nicht, daß »die Macht aus den Gewehrläufen kommt« (wie Mao sagt), sonst wären ja in der Schweiz die Arbeiter an der Macht, denn fast jeder hat sein Gewehr zuhause, sondern sie kommt eben aus der Arbeit jener, die Gewehrläufe, Maschinen, Turbinen, AKWs, Ingenieure, Polizisten herstellen oder ausbilden. Die Macht, der Staat, die Politik müssen dort sabotiert werden, wo sie entstehen: eben an den Arbeitsplätzen, auf den AKW-Baustellen, in den Schulen. Da nützt nur praktische Verweigerung, Sich-dumm-anstellen, Sabotage. Der Staat ist ein Kartenhaus und wir alle, Arbeiter, Intellektuelle, Lehrer usw. sind die Karten.

Viele A-Werk-Gegner haben sich von Ihnen distanziert und Ihre Anschläge als Amoklauf bezeichnet. Gibt es von nun an zwei Lager bei den A-Werk-Gegnern, die zerstritten sind?

A: Wir sind ein Teil der Anti-AKW-Bewegung, ob ihr das gefällt oder nicht. Zu den Distanzierungen: gesetzt der Fall, Sie würden mit den Saboteuren sympathisieren, würden Sie das schreiben wollen/können/dürfen?

B: Am besten würden wir uns selber von uns distanzieren, dann wären alle zufrieden. Natürlich gibt es eine Auseinandersetzung um die Aktionsformen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, und wir beteiligen uns auch daran. es gab schon immer zwei Lager, wie in jeder lebendigen Bewegung. Distanzierungsritualie sind allerdings eine Spezialität der symbolistischen, politischen Organisationen. Wir distanzieren uns von niemandem. Jeder soll tun, was er für richtig hält.

E: Als der Meteomast in Gösgen umfiel, distanzierte sich die SP-Parteileitung wie immer, während in einer lokalen SP-Sektion mit Sekt auf dieses Ereignis angestoßen wurde. Ähnliche Geschichten kennen wir aus anderen Organisationen und Gruppierungen. Ich glaube schlicht nicht, daß die Distanzierungscommuniques den tatsächlichen Stand der Meinungen wiedergeben.

Offizielle A-Werk-Gegner-Organisationen lehnen Attentate ab. Langfristig könnten sie den Bau nicht verhindern. Glauben Sie wirklich, Sie könnten ihn verhindern?

C: Das Problem ist ein politisches und kann nicht nur militärisch gelöst werden. Unsere Aktionen haben immer ein politisches Ziel und dies hat sogar auch der Ständerat verstanden, indem er am 13. Dezember 1979 das Egli-Postulat überwies, wenn auch mit anderen Hintergedanken. Was wir dem Staat und der Atomlobby sagen wollen ist nicht, schaut, wenn ihr weiter Atomzentralen baut, werden wir euch für Millionen Schaden anrichten. Solch ein Gedanke, wenn auch technisch möglich, wäre illusorisch und militaristisch. Nein, was wir sagen wollen, ist etwas anderes. Wir sagen, wenn Ihr weiter Atomzentralen baut, leistet Ihr eine große Hilfe für den Aufbau eines politisch-militärischen Netzes, das später in der Lage sein wird, euch in verschiedenen anderen Bereichen des sozialen Lebens angreifen zu können. Der Schaden, den wir anrichten können (gegen die Unternehmer selbstverständlich), wird nicht in Millionen zu berechnen sein, sondern als politisches Kräfteverhältnis. Wir wetten, daß die Regierenden eines Landes, die während vierzig Jahren an seinem sozialen Frieden reich geworden sind, einer solchen Argumentation gegenüber nicht unsensibel sein werden.

Nochmals zur Gewalt: Es gibt ja nicht nur linke Intellektuelle und Spontis, die gegen A-Werke sind. Die Abstimmung »Atomschutz-Initiative« ist so knapp ausgefallen, daß zu den A-Werk-Kritikern und -Gegnern Alte und Junge, Sozialdemokraten und genauso wie Freisinnige zu zählen sind. Die Terroranschläge sind ein Schlag ins Gesicht der anderen A-Werk-Gegner.

B: Offensichtlich waren sie es nicht, denn vor der Atomschutzinitiative-Abstimmung war lange Zeit Ruhe und sie wurde »trotzdem« verloren. Hingegen wurde die Initiative im Kanton Zürich (Volksrechte beim Bau von Atomanlagen) trotz vieler Anschläge angenommen. Offensichtlich sind das zwei Ebenen, die miteinander wenig zu tun haben. Wir glauben, daß auch die anderen AKW-Gegner gemerkt haben, daß die Sabotageakte eher ein Schlag ins Gesicht der Atomlobby als in ihres sind. Glauben Sie nicht auch?

A: Es gibt auch in der Schweiz mehr klammheimliche Freude als man denkt, auch wenn sie bei einigen Leuten als opportunistisch bezeichnet werden muß.

Wer soll sich denn nun hinter Sie stellen?

D: Wir brauchen niemanden hinter uns. Wir stehen selbst hinter uns, weil wir den Krebs und das allgemeine Risiko der AKWs auch selbst tragen müssen. Wir sind keine Politiker, die eine Kundschaft brauchen.

Der Schriftsteller Otto F. Walther spricht von Ihren Anschlägen nicht als Verbrechen, sondern findet diese politisch dumm. Nützen Sie mit Ihren Anschlägen nicht eher der »Atom-Lobby«, die die ganze A-Werk-Bewegung verteufeln kann?

C: Es wäre besser, wenn Walter diese Kritik seinen Parteifreunden Ritschard und Kiener machen würde.

B: Das Argument Otto F. Walters ist so alt wie die Weltgeschichte: Hat nicht schon der Aufstand des Spartakus den Sklavenhaltern genützt, weil sie ihn dann als Vorwand für breite Repressionsakte gegen die Sklaven nehmen konnten? Folgte man Walthers Rat, wären wir heute Sklaven. Man kann sich eben nicht wehren, ohne den Feind zu verärgern. Das tut uns natürlich leid. Immerhin wurde die Bewegung auch in ihrer »gewaltfreien« Zwischenphase ebenso stark verteufelt wie heute. Die Atomlobby ist da nicht zimperlich. Was wir auch machen, es paßt ihnen nicht.

Die Millionenschäden, die der Elektrizitätswirtschaft durch die Anschläge entstanden, werden in Form von Strompreiserhöhungen den Konsumenten überwälzt. Haben Sie da nicht ein schlechtes Gewissen, daß es auch diejenigen trifft, die genauso wie Sie gegen A-Werke sind?

C: Die Milliardenkosten der AKWs werden ja auch auf die Konsumenten überwälzt – gerade das wollen wir ja vehindern. Dagegen sind ein paar Millionen Schaden geradezu lächerlich. Und schließlich geht es auch um die Gesundheitsschäden, das Unfallrisiko, wo Milliardenschäden entstehen können. Die Konsumenten sind nicht so dumm. In Österreich wurde z.B. ein fertiges AKW per Volksabstimmung stillgelegt. Natürlich wissen die Österreicher, daß die Kosten auf sie überwälzt werden, seien das nun Stromtarife oder Steuern. Trotzdem war eine Mehrheit dafür. Da käme Sabotage sogar noch billiger als die österreichische Lösung.

E: Ich hätte da noch eine journalistische Aufgabe für Sie: AKW-Betreiber und Elektrizitätsgesellschaften sowie ihre Propagandaorganisationen besitzen zusammen einiges mehr als tausend VR-Sitze. Zählen Sie mal zusammen, wieviel vom Stromkonsumenten berappte Millionen jährlich kassiert werden von Kohn, Trümpy, Bergmaier, Babaiantz, Graf, Dommann, Trappy, Isler und wie die »sauberen« Freunde noch alle heißen.

A: Oder nehmen wir noch den Fall Kaiseraugst. Bis heute wurden über 800 Millionen investiert, die irgendwann dem Stromkonsumenten oder Steuerzahler überwälzt werden. Aber wer hat denn der Motor-Columbus den Auftrag für diese Investitionen gegeben, obwohl sie erst über Standortbewilligung verfügt? Etwa der Stromkonsument?

Im erwähnten Handbuch propagieren Sie »kleine subversive Dinge, durchgeführt nicht mit schlechtem Gewissen, sondern mit Plausch daran«. Wieviel ist Plausch, wieviel politische Aktion?

B: Wir können offen dazu stehen, daß es uns Spaß macht, der Atomlobby übel mitzuspielen. Wir betrachten unsere Aktionen daher auch nicht als politische Tauschartikel nach dem Schema: Wir nehmen ein Risiko auf uns, daher leiten wir daraus einen Führungs- oder Avantgardeanspruch ab. Nein, wir tun es für uns. Wenn etwas keinen Spaß macht, dann besteht auch keine Möglichkeit, daß es massenhaft wird. Die Zeit politischer Asketen ist vorbei.

D: Wir sind nicht unbedingt für Jogging. Wenn wir schon einmal einen Spaziergang machen, soll er sich auch lohnen.

Bis jetzt gab's nur Sachschaden. Haben Sie eigentlich keine Angst, daß es Tote oder Verletzte geben könnte?

E: Wir setzen Sprengstoff nur dann ein, wenn 100prozentig keine Menschenleben gefährdet sind. Dies gilt auch in Bezug auf das Leben von AKW-Wächtern, obwohl diese ihr Leben offensichtlich nicht allzu ernst nehmen, sonst würden sie kaum in einer Krebsfabrik arbeiten. Kurz: Wir sind sicher tausendmal verantwortungsbewußter als die Atomlobby mit ihrem kalkulierten Unfallrisiko.

A: Es wurden tatsächlich immer alle Vorkehrungen getroffen, damit nichts geschieht, was man bezüglich des Polizeieinsatzes in Gösgen nicht behaupten kann, wo die Demonstranten tränengasblind auf die Geleise der SBB getrieben wurden, kurz bevor ein Schnellzug vorbeiraste.

Haben Sie selbst Angst bei den Anschlägen?

D: Man kann sagen, wenn eine Aktion minutiös vorbereitet wird, wenn alle Eventualitäten miteingerechnet werden, dann gibt es keine großen Probleme. Etwas Nervosität bleibt immer, schließlich sind wir keine eiskalten Profis.

Haben Sie das Risiko einkalkuliert? Womit rechnen Sie, wenn Sie erwischt werden?

C: Wenn sie uns einen Prozeß wie Bührle machen, werden wir drei Tage bedingt bekommen. Sonst zehn bis fünfzehn Jahre Isolationshaft. Aber im Moment genießen wir noch intensiv unser soziales Leben.

Wie war das eigentlich mit den Bomben im Berner Amtshaus, den Brandanschlägen auf neun Vertreter der Energiewirtschaft, mit dem Anschlag im Ell-Tal? haben Sie das auch gemacht?
Wenn nein: wer dann?
Wenn ja: war es dieselbe Gruppenzusammensetzung?

E: Das Berner Amtshaus geht nicht auf unser Konto. Zu den insgesamt elf flambierten Autos vom Sommer 1979: Diese Aktion sollte aufzeigen, daß die Atomlobby nicht ein anonymes Monstrum ist, wie viele immer glauben, sondern aus einzeln faßbaren Exponenten und Verantwortlichen besteht. Es war eine koordinierte Aktion aller in unserem Rahmen mehr oder weniger organisierten Grüppchen.

B: zum Anschlag auf einen Freileitungsmasten der NOK: Nicht von uns, aber eine gute Sache, und sicher ein Protest gegen Ilanz I und II. Sehen Sie, wenn der NOK jede Woche irgendwo zwischen Tessin und Ostschweiz ein Hochspannungsmast kaputt geht, ich bin sicher, die würden es sich nochmals überlegen, ob sie mit ihrem geplanten Kraftwerk einen ganzen Landschaftsstrich zerstören wollen. Das müßten sich die vielen tausend Gegner von Ilanz I und II mal überlegen.

Waren das Leute von Euch, die im Kanton St. Gallen verhaftet worden sind und von der Polizei des Anschlags auf die NOK-Zentrale Sarelli bezichtigt werden?

D: Nein, leider nicht. Wir würden sie gerne kennenlernen.

Waren die beiden Meteomast-Sprengungen nur der Anfang Ihrer Anschläge? Sind weitere geplant?
Wenn ja, gehen Sie weiter als bis zu Sachschaden?

B: Prinzipiell stehen wir nicht unter Leistungsdruck, es gibt noch viele andere schöne und lustvolle Sachen, die wir in unserem Leben gerne realisieren möchten.

C: Gösgen ist in Betrieb, obwohl gemäß Richtlinien der internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) der Standort Gösgen für ein AKW unzulässig ist. Leibstadt ist in ein paar Jahren betriebsbereit, in Kaiseraugst oder Graben solls weitergehen. Zudem kommen in nächster Zeit die Probebohrungen der NAGRA auf uns zu, die unter dem Druck von immer mehr produziertem A-Müll durchgepeitscht werden müssen und wogegen wir AKW-Gegner uns mit Händen und Füßen wehren werden. Sie sehen also, es gibt noch viel Arbeit, vor allem wenn man von der ursprünglichen Forderung der Anti-AKW-Bewegung ausgeht, nämlich der Stillegung aller Atomkraftwerke. Wir werden sehen ...

In Ihrem Handbuch schließen Sie »Bombendrohungen gegen Exponenten der Atom-Lobby« nicht aus, als »psychologische Kriegsführung«. Denken Sie auch an wirkliche Anschläge gegen Direktoren, Verwaltungsräte?

E: Momentan haben wir keine derartigen Pläne.

D: Heute zwingen uns die allgemeinen Bedingungen zur Sabotage, also entsteht Sachschaden. In anderen Ländern kann die Situation anders sein. Sehen wir als Beispiel die Geschichte von Kohns bestem Freund. Herr Soldati wurde am 13. November 1979 in Buenos Aires erschossen. 13 Jahre lang vertrat er in Argentinien die Interessen verschiedener Firmen, unter anderem auch von Motor Columbus. Er versuchte auch, den argentinischen Generälen den Schweizer Atommüll anzudrehen. Seit seinem Tod hat Kohn keine Lust mehr, nach Argentinien zu gehen.

Wenn die Atomschutzinitiative angenommen worden wäre, wären Sie gleichwohl zu »militärischen Sabotageakten«, wie Sie das nennen, übergegangen?

E: Unserer Meinung nach war die Abstimmung eine schwere Niederlage für die Bewegung. Selbst bei einem Abstimmungssieg wäre unsere ursprüngliche Forderung »Gösgen und Leibstadt nie« unberücksichtigt geblieben. Im weiteren wurde die direkte Aktion, die kampfform, mit der die Bewegung stark geworden ist, ausgeschaltet. Das führte zum Beispiel dazu, daß viele tausend junge, aktive AKW-Gegner, die in Kaiseraugst und Gösgen gekämpft haben, die aber noch zu jung waren, um abstimmen zu können, plötzlich ausgeschaltet waren, nichts mehr zu sagen hatten.

Wie sind Sie bei der Sprengung vorgegangen?

B: So wie es in den meisten Zeitungen gestanden hatte. Beim Lügenpavillon in Kaiseraugst zum Beispiel wurden zuerst alle drei Zufahrtsstraßen mit Latten und Warntafeln abgeriegelt, dann eine Scheibe eingeschlagen, der Sprengsatz im 1. Stock deponiert und der Zeitzünder auf 4 Minuten eingestellt. Gleichzeitig beobachtete in weniger als hundert Metern Entfernung vom Pavillon, in Deckung liegend, eine zweite Person die Umgebung, und zwar bis zur Detonation. Für den Rückzug blieb also kein zeitlicher Vorsprung, was ein großes Problem war.

D: Ja, eigentlich ist das in Gösgen sehr ähnlich gelaufen. Das Hauptproblem war, daß mit absoluter Sicherheit sich keine Personen innerhalb der 400.000 Volt-Schaltanlage befinden durften, in welche der Meteo-Turm stürzen sollte. Der Eingang zu dieser Anlage wurde deshalb mehr als zweieinhalb Stunden observiert. Da von der Schaltanlage und den diversen Hochspannungsleitungen Kriechströme zu befürchten waren, wählte man statt elektrischer eine pyrotechnische Zündung mittels Zündschnur. Während 12 Minuten Verzögerungszeit überwachte eine dritte Person, mit Megafon bewaffnet, das gegen das Dorf Däniken hin offene Gelände. Ihre Aufgabe war die Warnung zufällig daherkommender Personen sowie für den Fall, daß keine Explosion erfolgt wäre, die Benachrichtigung der Polizei, damit die Ladung hätte entschärft werden können. In dieser Nacht war es sehr kalt, Vollmond, und von Zeit zu Zeit hörte man die Hunde der Wächter bellen.

Wie viele Leute waren insgesamt beteiligt?

C: Dabei waren auch noch ein russischer Sprengstoffexperte, der wegen Jeanmaire arbeitslos geworden ist und ein V-Mann der Kapo Solothurn, der aber eigentlich von Cincera bezahlt war.

Woher hatten Sie den Sprengstoff?

D: Von Alt Bundesrat Bonvin, der am Furka plötzlich zu viel Material hatte, weil sie so langsam vorwärts gekommen sind.

Bei Leibstadt war der Bauplatz von zwei Zäunen gesichert, einer davon elektrisch. Dann hatte es Wächter mit Hunden. Wie sind Sie reingekommen?

E: In einer olympiawürdigen Leistung haben wir unsere Dinger über den Zaun geworfen.

War es eigentlich nur eine Scherz-These, daß Sie zur Hundeablenkung sicherheitshalber eine läufige Hündin mitgenommen haben?
Können Sie uns eigentlich Beweise liefern, daß wir die echten Saboteure vor uns haben?

A: OK. Wir geben Ihnen drei Hinweise, und sofern die Polizei sauber gearbeitet hat, kann sie diese bestätigen. 1. In Kaiseraugst wurden zwei verschiedene Sorten Sprengstoff eingesetzt. 2. Beim Brandanschlag auf Kohns Wagen in Zürich, der in einer Tiefgarage abgestellt war,wurde auf der rechten Seite, also der Beifahrerseite, die vordere Scheibe eingeschlagen und das Benzin hineingeschüttet. 3. In Gösgen wurde zur Ablenkung der Spurenhunde ein spezielles, in Drogerien erhältliches Pulver verstreut. Es heißt STYK- Hundeschreck und hat auf die Nasenschleimhaut von Hunden eine abstoßende Wirkung. Zudem war der Warntext auf einem alten Reißbrett aufgezogen.

Man sprach von Profis. Sind Sie das?

B: Einige Leute haben einmal im Militär mit solchen Sachen hantiert, zudem gibt es viel Literatur darüber. Ich denke da nur an das Sabotagehandbuch von Major von Dach.

C: Was wir können, könnten fast alle Schweizer/innen zwischen 15 und 60 Jahren auch machen. Wie Sie sehen, ist unser Rekrutierungsfeld also sehr breit.

Sie behaupten im Handbuch, die Leibstadt-Besitzer hätten die Schadensumme manipuliert und heruntergespielt, um nicht zugeben zu müssen, wie schwer beschädigt das Material sei. Wissen Sie genau, was Sie beschädigt haben und wie hoch der Schaden ist?

E: Machen Sie doch einmal Ihre journalistischen Aufgaben: Sehen Sie, wir haben schon verschiedentlich Informationen herausgegeben, die aber von der Presse weder veröffentlicht noch nachrecherchiert worden sind. In unserem Focus-Interview z.B. haben wir gesagt, daß im Betriebstagebuch von Beznau ganze Seiten fehlen. Zwei Monate später, nach Harrisburg, haben die Amerikaner bestätigt, daß in Beznau bereits früher ein ähnliches Ventilversagen aufgetreten ist. Was wird in Beznau sonst noch alles vertuscht? Wir haben auch gesagt, daß Im EIR in Würenlingen Plutonium verschwunden ist. Inzwischen ist dies intern gegenüber Angestellten bestätigt worden. Noch ein anderes Beispiel: Nachdem in Gösgen der Meteomast umgefallen ist, funktionierte plötzlich die Telefonleitung zum AKW nicht mehr. Aber über diese Telefonleitungen sollten im Ernstfall die Gemeindestäbe alarmiert werden, der Katastrophenplan in Gang gesetzt werden. Schon nur das Aufdecken dieser Tatsache hat den umgefällten Turm mehr als gerechtfertigt. Die Presse aber schweigt. Ganz allgemein ist in der Schweiz ein erschreckendes Niveau der Komplizenschaft zwischen Atomlobby und Presse festzustellen.

In Ihrem »Offenen Brief an Willy« Ritschard hieß es nach den Anschlägen: »Es braucht keinen Wetterturm, um zu merken, woher der Wind weht.« Woher weht von Ihnen aus der Wind?

C: Dies wird uns die Zukunft sagen. Heute ist wichtig, daß der Wind weht, damit die Luft nicht still steht.

A: Dieser Ausspruch wandelt eine Zeile von Bob Dylan ab. Im Song Subterandam Homesick Blues heißt es: »Wenn der Mann im Trenchcoat hinter dir steht, brauchst du keinen Wetterpropheten um zu wissen woher der Wind weht.« Der Mann im Trenchcoat – Fahnder, Polizeistaat. Im Lied geht es um die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten, Telefonüberwachung, Computerdateien.

D: In nächster Zeit weht der Wind vermutlich vor allem aus Bohrlöchern.

AKW - Saboteure haben das Wort

Interview aus der Schweizer Zeitung »Focus«

focus: *Könnt Ihr euch kurz vorstellen? Welche Aktionen gehen auf das Konto eurer Gruppe, Arbeitet ihr auch im »legalen« Rahmen in der Anti-AKW-Bewegung mit?*

Aldo: Man kann uns nicht als Gruppe im eigentlichen Sinn bezeichnen, eher als Tendenz innerhalb der Bewegung. Zu dieser Tendenz gehören viele Leute und in jeder größeren Stadt in der Schweiz gibt es solche. Wir drei, die wir da zusammensitzen, um eure Fragen zu beantworten, können nur für uns sprechen, obwohl wir glauben, daß das, was wir sagen, ungefähr dem entspricht, was alle denken, die am Problem der »Bewaffnung der Bewegung« herumstudieren.

Berta: Wir könnten uns auch als provisorischen Flügel der Bewegung bezeichnen ...

Christian: Zu den bisherigen Aktionen: Wir selber waren an einer der beiden Aktionen von Kaiseraugst und Leibstadt beteiligt. Das war unsere zweite Aktion. Die erste liegt schon zwei Jahre zurück. Damals während der ersten Großdemo in Gösgen haben wir nicht nur unseren Beitrag zur Besetzung der Zufahrtswege geleistet, wir haben gleichzeitig auch ein wenig die Polizei beobachtet und herausgefunden, daß das Hauptquartier sich auf dem Autobahnstützpunkt Önsingen befindet. Von dort aus ist jeweils auch Huggenberger mit seinem Helikopter, der uns alle so genervt hat und den alle am liebsten abgeschossen hätten, gestartet und gelandet.

Vor dem zweiten Wochenendeinsatz der **Busipo,** die es ja bekanntlich bereits vor Furglers Abstimmungsniederlage gegeben hat und auch weiterhin gibt, wollten wir einige für den Großeinsatz bereitstehende Polizei-Fahrzeuge zerstören. Die Benzinbombe ist dann leider nicht hochgegangen und wurde am Samstagmorgen gefunden.

Aldo: Innerhalb des »legalen« Rahmens der Bewegung machen wir alles, was wir für gut befinden: Wir verteilen Flugblätter, gehen manchmal in Sitzungen, spielen Theater, rollen fiktive A-Müll-Fässer durch Dörfer etc.

focus: *Welche Bilanz zieht ihr aus den bisherigen Aktionen? Wie beurteilt ihr die Auswirkungen bei den AKW-Gegnern, wie bei der Atomlobby?*

Aldo: Es ist schwierig im Moment eine solche Bilanz zu ziehen. In allen bisherigen Sabotageakten drücken sich die Möglichkeiten einer revolutionären Tendenz innerhalb der Bewegung aus. Die Stabilisierung dieser Tendenz ist noch problematisch ...

Christian: Vor allem messen wir die Wirkung unserer Aktionen nicht am materiellen Schaden, den sie verursachen. Aber wenn sich eine offensive und revolutionäre Tendenz entwickelt und verstärkt, ist das der politische Preis, den der Staat und die Atomlobby für ihre mörderischen Projekte bezahlen müssen. Dieser Preis ist nicht kalkulierbar, er läßt sich nicht in Franken ausdrücken, sondern durch ein politisches Kräfteverhältnis. Eine erste Bilanz kann man später ziehen, indem diese Dinge in Betracht gezogen werden. Von einem programmatischen Standpunkt aus können wir sagen, daß wir sehr zufrieden sind, wie sich die Dinge entwickeln.

focus: *Wie formuliert ihr euer politisches Konzept? Für die Ziele »militärischer« Aktionen gibt es immer genug Gründe von der Struktur des Gegners her gesehen: Stark- und Schwachstellen, wichtige Entscheidungszentren. Aber dies ist ja kaum das Problem. Das Problem ist, wie ihr eure Aktionen mit der Massenbewegung verbindet und vermittelt. Anders gesagt: Wie versucht ihr der politischen Isolierung in der Bewegung zu entgehen? Wie hofft ihr, einen Konsens um eure Aktionen zu schaffen oder zumindest die Bereitschaft für eine offene Diskussion aufrechtzuerhalten? Oder nochmals anders gefragt, wie soll die Bewegung eurer Meinung nach eure Aktionen in die Artikulation ihrer Politik einbeziehen?*

Berta: Was heißt hier »Isolierung in der Bewegung?« Wir fühlen uns überhaupt nicht isoliert. Wir sind überall aktiv, nicht nur bei den AKW-Gegnern. Wir kennen jedermann, jedermann kennt uns. Wir sind also Teil der Bewegung und unsere Aktionen gehören zu den Problemen, die sich die Bewegung stellt. Das Problem der Diskussion muß von da her gestellt werden.

Unsere Communiques sind keine Kriegsbulletins, sondern politische Vorschläge an die ganze Bewegung, artikuliert entsprechend den verschiedenen heute möglichen Kampfformen. Die Bewegung hat heute auf alle Fälle Schwierigkeiten zu diskutieren, und zwar nicht nur über unsere Aktionen. Unsere Communiques, die wir an über 300 Adressen verschickt haben, werden an den Sitzungen verlesen, aber normalerweise kaum diskutiert: Nach der Sitzung in der Beiz reden die Leute aber von nichts anderem. Damit wollen wir sagen, daß das Problem zu diskutieren sicher existiert, aber für die ganze Bewegung, nicht nur für uns. Wir glauben, daß die Diskussion sehr wichtig und dringend ist und wir tun unser Möglichstes, etwas dazu beizutragen.

Christian: Damit tatsächlich eine intensive und umfassende Diskussion stattfinden kann, wäre es u.a. auch nötig, daß die linken und alternativen Medien jeweils die entsprechenden Stellungnahmen dazu verbreiten. Unsere Communiqués waren ja mehr als bloße Kommentierung der Aktionen, sie waren immer der Versuch einer politischen Analyse. Aber in diesem Bereich ist leider noch vieles nicht so, wie es sein könnte. Im übrigen haben wir vor wenigen Tagen eine 30-seitige Broschüre herausgebracht, wo unser Standpunkt sehr umfassend dargestellt ist. Wenn ihr vom focus so sehr an einer Diskussion interessiert seid, schlagen wir euch vor, euch 50 Broschüren zu überlasen, damit interessierte Leute sie über euch bestellen können.

Im weiteren möchten wir an dieser Stelle euch und auch anderen Leuten noch einige Hinweise geben, die noch näher abgeklärt werden sollten und welche sicher interessante Momente ans Tageslicht bringen würden:
1. Warum fehlen im Betriebstagebuch von Beznau ganze Seiten? Was wird damit vertuscht?
2. Man hört sagen, daß im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung Plutonium verschwunden sei. Deshalb bauen sie jetzt dort schnell einen Doppelzaun mit Radar dahinter.
3. Warum war das radioaktive Testmaterial, das die Schweizer den Franzosen nach La Hague zum Verglasen geschickt haben, bei der Rückkehr in die Schweiz plötzlich dreimal radioaktiver?

Aldo: Noch ein Beispiel zum Thema »Verbindung zur Bewegung«. Wir haben der Bewegung auch schon Informationen zugespielt. So wußten wir zum Beispiel zwei Tage im voraus, wann in Bern von Ritschard die nukleare Betriebsbewilligung für Gösgen erteilt wird. Bei dieser Gelegenheit mußten wir feststellen, daß der offizielle Flügel der Bewegung ziemlich lahm war. Auch damit in Zukunft solche Informationen effizienter verwertet werden können, spielen wir heute den provisorischen Flügel.

Bertha: Ich möchte nochmals auf eure Frage zurückkommen und an meine vorherige Aussage anknüpfen. Das Problem unsere Aktion in die Politik der Bewegung einzufügen ist sicher sehr komplex. Man darf aber nicht vergessen, daß wir erst am Anfang stehen. Mit den Aktionen in Kaiseraugst und Leibstadt wurde begonnen, das Problem zu stellen. Jetzt müssen wir uns mit der Organisation und Erweiterung einer Tendenz beschäftigen, die in der Bewegung schon existiert. Die ersten Resultate dieser Arbeit sollte man bald sehen, mit der Stabbilisierung von Anti-AKW-Sabotagegruppen auf regionaler Ebene, national koordiniert. Wenn diese Struktur funktioniert, wird sich das Problem effektiver und konkreter stellen. Mögliche Lösungen werden sich zeigen und ebenso Möglichkeiten, die sich eröffnen. Für den Moment kann man auf alle Fälle sagen, daß die Bewegung es dringend nötig hat, über die Wiederaufnahme ihrer offensiven Tätigkeit mit aller Kreativität und Phantasie zu diskutieren.

focus: *In der Regel werden eure Aktionen in der Linken als Provokationspolitik, die dem Gegner in die Hände arbeitet, beurteilt. Die Distanzierungen davon häufen sich. Ihr müßt euch dazu auch was überlegt haben. Zumindest ist klar, daß der Gegner jede militärische Aktion zur Kriminalisierung der Bewegung auszunutzen versucht: in der Abstimmungsdemokratie ist dies kein unproblematischer Vorgang. Was habt ihr dem entgegenzustellen?*

Aldo: Diese Frage setzt Dinge als gegeben voraus, die sehr diskutabel sind. Vor allem die Sache der Distanzierungen und die Hypothese der Provokation. Wir wissen, daß in der Region Basel sogar die sozialdemokratischen AKW-Gegner mit Kaiseraugst einverstanden waren. Auch die Distanzierungen einiger AKW-Organisationen konnten den Plausch an der Zerstörung des Pavillons nicht verschleiern. Während sich die BI Basel von unserer Aktion distanzierte, war sie gezwungen, zuzugeben, daß viele innerhalb der Bevölkerung große Sympathien dafür hatten: Während sie sich also von uns distanzierte, distanzierte sie sich auch von einem Teil der Bewegung. Die »Spalter« waren also nicht wir. Als der »Zeitdienst« die These der Provokation zu konstruieren versuchte, wurde er von einer Flut von Protestbriefen überschwemmt. Es ist klar, daß die Provokationsthese eine große Dummheit ist, die den disqualifiziert, der sie aufstellt. Also muß man versuchen zu verstehen, weshalb sie trotzdem auftaucht. Viele linken Gruppen suchen die Stille, weil sie glauben, daß es einfacher sei, die Erfolge der eigenen Organisation aufzubauen. Sie suchen sich oberflächliche Sympathien, weil sie sich von Zeit zu Zeit Wahlen stellen müssen. Für all diese Leute sind wir als Teil der Bewegung sicher ein großes Problem. Aber was können sie uns entgegenstellen? Welche Alternative können sie heute der Bewegung offerieren? Nichts! Also verdrängen sie das reale Problem, indem sie die Provokationsthese vorschieben. Vielleicht gibt es unter ihnen einige, die ehrlich daran glauben. Die Armen – falls sie nicht schleunigst ihre Weltanschauung in Ordnung bringen, könnten sie in Zukunft noch Überraschungen erleben!

Christian: Das Problem der Kriminalisierung der Bewegung scheint mir im Moment ais nicht gegeben, was nicht heißen will, daß es sich in Zukunft nicht stellen könnte. Aber wir repräsentieren eine revolutionäre Tendenz, und die Revolution ist nie »unproblematisch« und kann sich auch nicht mit der »Abstimmungsdemokratie« decken. Was sollen wir dem entgegenstellen? Was haben wir dann dem Staat entgegenzustellen, der BuSiPo, der Zerstörung von Häusern und Umwelt, der Ausbeutung und dem Zwang zur Arbeit? Die Antwort ist einfach: Eine adäquate Organisation und Form des Kampfes.

focus: *Meiner eigenen Meinung nach ist der Kriminalisierungseffekt eurer Aktionen auf die Bewegung gering, bzw diese kann kaum mehr in die Ecke »terroristischer« Anschläge abgedrängt werden. Für euch selbst aber habt ihr einen schwierigen Weg angefangen. Wie wollt ihr der Abdrängung in die totale Konspirativität und der entsprechenden persönlichen, politischen und gesellschaftlichen Isolierung begegnen? Bzw. wie hofft ihr, der ausschließlichen, »bis zum letzten Mann« durchgestandenen Konfrontation mit den bewaffneten Organen der Staatsmacht zu entrinnen? In diesem Zusammenhang interessiert mich eure Beurteilung der Politik der RAF in Deutschland und der Brigate Rosse in Italien.*

Berta: Diese Frage stinkt von allen Seiten nach Ideologie und Vorurteilen. Noch einmal die Frage der »totalen Konspirativität« und der »persönlichen politischen und gesellschaftlichen Isolierung«. Ihr könnt also nicht aufhören, das Phantom eurer Ängste, die ihr aus der Lektüre des Blicks und der NZZ bezieht, auf andere zu übertragen. Natürlich, aus Gründen, die wahrscheinlich auch euch einleuchten, haben wir unter anderem eine klandestine Organisationsebene. Aber das heißt noch lange nicht, isoliert zu sein. Wir sind in der Bewegung bekannt. Wir gehen an die Demos, wir verteilen Flugblätter und schreiben manchmal sogar selbst welche. Wir glauben, daß all dies gemacht werden muß, aber wir glauben, daß es nicht genügt. Also machen wir eben noch anderes. Das ist ganz einfach.

Mit der RAF und den BR (und vielen anderen Leuten) sind wir über die Notwendigkeit der Bewaffnung der Bewegung einig. Bis dorthin geht unser Einverständnis, nachher beginnen die Differenzen. Diese Genossen, die unserer Meinung nach größten Respekts würdig sind, drücken eine ML-Ideologie aus, mit der wir überhaupt nicht einverstanden sind.

Christian: Warum fragt ihr denn immer nach ausländischen Modellen? Glaubt ihr denn, man könne nichts aus den illegalen Aktionen in der Schweiz lernen? Zum Beispiel aus der Jura-Bewegung oder von den Leuten, die Schwarzsender betreiben, oder aus gewissen Aktionen der Frauenbewegung?

focus: *Eine letzte Frage, sofern beantwortbar: Aus welchen subjektiven, persönlichen Gründen seid ihr zu eurer heutigen politischen Aktion gekommen?*

Christian: Zufälligerweise sind wir in der Schweiz geboren, im Zentrum des Monstrums, wie Ziegler sagt. Da gibt es keine Zwischenlösung. Entweder du verreist in die weite Welt oder du bleibst hier und kämpfst, damit du am Abend sagen kannst: Heute habe ich das System sicher so viel sabotiert, wie es mein Leben sabotiert. Wenn du das nicht kannst, gehst du unter. Kein Wunder, daß man bei den Sozialdemokraten so viele Alkoholiker findet und bei den »Partei-Aufbauern« so viele verklemmte Sexualbeziehungen. Die haben sich zwar entschieden, in der Schweiz zu bleiben, aber jeden Abend, wenn sie Bilanz ziehen, stimmt die Rechnung nicht.

Aldo: Ich strebe danach, wie man so schön sagt, gut zu leben: d.h. so wenig wie möglich zu arbeiten, gute Beziehungen zu Genossinnen und Genossen zu pflegen, gut zu essen (warum nicht?), schöne Liebe zu machen, verschiedenen Interessen zu frönen und vieles andere noch. Aber ich kann mir Glück nicht außerhalb des kampfes gegen Kapitalismus und Sozialismus denken, welches soziale Organisationen sind, die Tod produzieren und sich gegen das Leben stellen. Im Moment, wo meiner Meinung nach dieser Kampf die Bewaffnung der Bewegung verlangt, habe ich die Konsequenzen gezogen. Ich halte es für richtig, die notwendigen Aktionen nicht zu delegieren, sondern sie in erster Person auszuführen.

Atombombe und AKW

I. Die Neuformierung der Atomforschung nach dem Nationalsozialismus

Nach dem verlorenen Krieg brauchte die deutsche Atomforschung keineswegs wieder am Nullpunkt anzufangen. Sie waren fast alle noch da, die Wissenschaftler, die in der NS-Zeit an der Entwicklung des Uransprengstoffes in den geheimen Projekten des Kaiser-Wilhelm-Institutes oder des Heereswaffenamtes gearbeitet hatten; z. B. Heisenberg, der in Berlin-Dahlem die Forschungen für eine Natururan-Schwerwasser-Uranmaschine geleitet hatte, zusammen mit Wirtz, dem Schwerwasserspezialisten und v. Weizsäcker, der die Verwendung eines neu zu erbrütenden Stoffes, des Plutoniums, für den Sprengstoffgebrauch vorgeschlagen hatte. Besonders Heisenberg war nicht müde geworden, die Vorteile einer nur ananasgroßen, aber mit ungeahnter Sprengkraft ausgestatteten Bombe für die Zukunft zu preisen. Oder da waren Bagge, der die »Isotopenschleuse« zur Anreicherung des für die Kettenreaktion brauchbaren Uranisotopes 235 entwickelt hatte, Harteck und Groth, die mit dem gleichen Ziel eine »Ultrazentrifuge« konstruiert hatten; da war nicht zuletzt Hahn, Entdecker der Atomkernspaltung und Kopf der Forschung über Uranspaltprodukte.

Ende 1941 waren in Deutschland schon 7 Verfahren zur Anreicherung des explosionsfähigen Uranistotopes in der Erprobung gewesen. Ab 1940 waren in Berlin-Dahlem und Leipzig die ersten Uranmeiler gebaut worden, weitere größere und erfolgreichere Projekte waren gefolgt. Man hatte mehrmals versucht, ohne jede Sicherheitsmaßnahme dem »kritischen Punkt« der selbsterhaltenden Kettenreaktion näher zu kommen – obwohl man errechnet hatte, daß eine solche Reaktion das Uran binnen 1/5 Sekunde spalten müßte, denn Regulierungsmechanismen waren nicht vorgesehen. Heisenberg hatte gehofft, daß der Reaktor von selbst zu einem »thermischen Gleichgewicht« finden würde – der Tatsache, daß die Uranmaschinen den »kritischen Punkt« immer wieder verfehlten, verdanken wir den Umstand, daß die Atomforschung nicht schon damals ihren Anteil zur Zerstörung Berlins beigetragen hat.

Aber auch die Firmen waren noch da, die an dem NS-Atomprojekt beteiligt gewesen waren, ihre Techniker und Chemiker: die Degussa, die Uran in Metallform hergestellt hatte, die IG Farben in Form ihrer Nachfolgekonzerne, die Erfahrungen in der Schwerwasserproduktion gewonnen hatte, oder die feinmechanischen Betriebe wie die Kieler Firma Anschütz, die die ersten Ultrazentrifugen und andere Geräte hatten.

Im August 1944, als die Niederlage abzusehen war, trafen sich eine Reihe von Wirtschafts- und SS-Führern und Wissenschaftler in Straßburg zu einer Besprechung, wie man Teile der Industrie, der Führungskader, der Devisen und auch der Forschungsprogramme – darunter besonders die Atom- und Raketenforschung – für die Zeit nach dem Kriege retten konnte. Es wurde geplant, daß sich ein Teil auch der Forscher ins Ausland absetzen sollte – über Immobilienkäufe, Tarnfirmen und Devisenreserven sollten sie dort in Sicherheit das Ende überleben. In der Folge fuhren die Forscher Schnurr und Richter nach Argentinien; Richter gründete dort das Atomlaboratorium von Barilecho und nahm seine Forschungen umgehend wieder auf (Schnurr wurde später wissenschaftlicher Direktor der Kernforschungsanstalt Karlsruhe). Für die Mehrzahl der Wissenschaftler reichte aber eine Reinigung der Archive; nachdem die kompromittierendsten Anhaltspunkte entfernt waren, konnten sie das Kriegsende in Deutschland abwarten. Eine Reihe der Atomforscher wurde dann nach dem Krieg vorübergehend interniert.

Freilich mußten die NS-Atomforscher, die sich als am weitesten fortgeschritten in der Welt gewähnt hatten und durch Hiroshima völlig überrascht worden waren, nach der Niederlage klein wieder anfangen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde 1946 in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt, Hahn wurde der erste Präsident, und als eines der ersten Institute wurde Heisenbergs Physikalisches Institut in Göttingen eröffnet. Man bemühte sich »um den Abschluß einiger theoretischer Arbeiten und um die Vorbereitung der Atomenergiegewinnung für friedliche Zwekke«. Mit ersten experimentellen Arbeiten zur Neutronenphysik sollte der Nachwuchs für neue Taten ausgebildet werden.

Auch der »Deutsche Forschungsrat«, später DFG, wurde aktiv und gründete 1949 seine »Kernphysikalische Kommission«, die Atomforschungsprogramme für die Zukunft zu entwerfen hatte. Und bereits im Dezember 1949 kündigte Adenauer in einem Gespräch mit Hahn und Heisenberg die Bereitschaft der Regierung an, eine Dienststelle zu schaffen, die die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Wissenschaft koordinieren und sich auch mit den in Deutschland derzeit noch verbotenen Forschungsgebieten befassen sollte. Aber noch unterlag jegliche Atomforschung dem alliierten Verbot – erst Anfang März 1950 wurde eine beschränkte und kontrollierte Forschungstätigkeit zugelassen.

Derweil spannen Wissenschaftler und Industrielle schon neue Fäden: Flick verhandelte, noch während er im Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg einsaß, bereits mit dem Leiter der US-Sicherheitsabteilung in Berlin über eine geheime Uranprospektion in der »Maximilianshütte« in Weißenstadt, und in diesem Zusammenhang gelang es einigen Industriellen, »aufbauend auf die während des Krieges gesammelten Erfahrungen ... die für die Herstellung von Uranmetall benötigten Anlagen weiter zu entwickeln und an ausländische Interessenten zu verkaufen. Aus den damit zusammenhängenden Diskussionen konnten wertvolle Erfahrungen für die Herstellung von Uranmetall gewonnen werden, so daß unmittelbar nach der Wiedererlangung der deutschen Souveränität mit Arbeiten auf diesem Gebiet begonnen werden konnte«. Führende Wissenschaftler aus dem amerikanischen »Manhattan-Projekt«, dem Wissenschaftspool für den amerikanischen Atombombenbau, bereisten im Dezember 1951 auch die BRD, »um Verbindungen zur Zusammenarbeit mit prominenten europäischen Mathematikern aufzunehmen«. Diese Reise fiel zeitlich zusammen mit der Entdeckung von Uranvorkommen im Schwarzwald (nun wurde über die geologischen Landesämter offiziell eine breite Uranprospektion begonnen) und mit einer sehr intensiven Diskussion in den USA über eine Neubestimmung der US-Politik gegenüber der westdeutschen Industrie. Kaum war die Delegation abgereist, wurden einige Bestimmungen des Alliierten-Gesetzes Nr. 22, das die Beschränkung der Atomforschung regelte, gelockert.

In den Verhandlungen über den Vertrag über eine »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« wurde der Weg für einen deutschen Reaktor weiter geebnet. Besonders das Heisenberg-Institut hatte auf den Bau eines 500-KW-Forschungsreaktors auf Natururan-Graphit-Basis gedrängt; 1952 wurden von dort aus nach Vorgesprächen mit dem Wirtschaftsministerium 3 Fachkommissionen gebildet, die den Bau eines Atomreaktors vorbereiteten. Bei den Verhandlungen zur EVG ging Adenauer auf ein allgemeines Rüstungsverbot, und dazu gehörte der Verzicht auf »ABC«-Waffen, ein, hatte aber zu Protokoll gegeben, daß man darunter »selbstverständlich nicht ... wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung auf medizinischem und gewerblichem Gebiet sowie anderen nichtmilitärischen Gebieten der reinen und angewandten Wissenschaft« verstehen würde. In einem Brief am nächsten Tag erklärte er sich zu umfassender alliierter Kontrolle der Atomforschung bereit, ebenso zu einer Beschränkung der Produktion von Kernbrennstoffen auf 500 g jährlich.

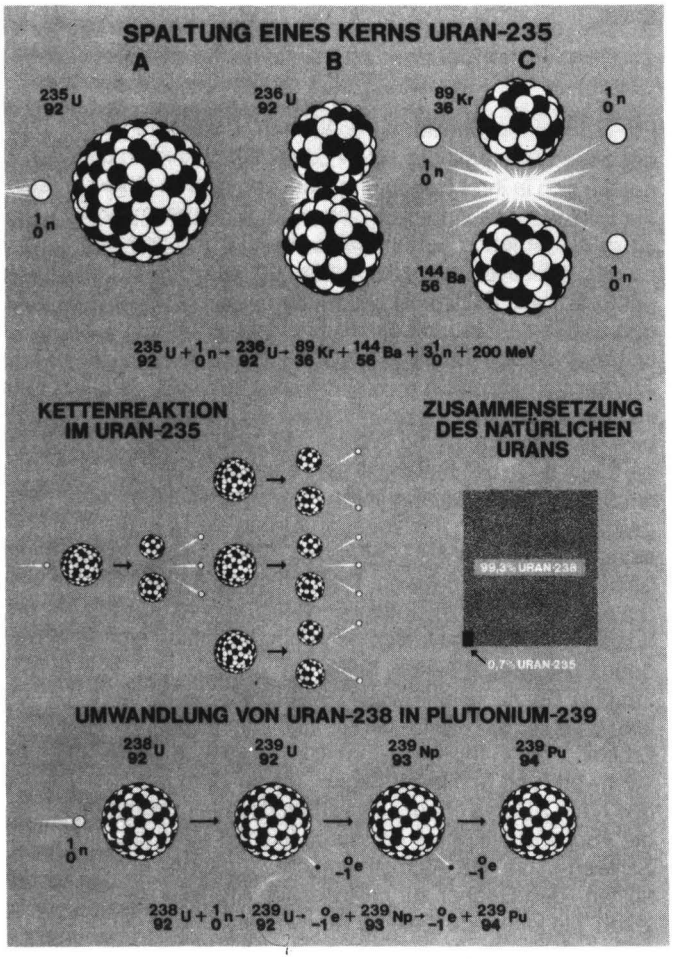
Die EVG-Verhandlungen scheiterten; bei den späteren Verhandlungen über den Beitritt zur NATO wurden dann schon siebenfach höhere Zahlen genannt. Adenauer schrieb seinen künftigen Partnern der »Westeuropäischen Union«, »daß für den zivilen Bedarf der BRD in den nächsten beiden Jahren die Kapazität eines Kernreaktors mit 10 MW ausreiche«. Produktion und Einfuhr von Kernbrennstoffen sollte nun 3.500 g nicht überschreiten. Daß sich der Aufbau einer deutschen Atomforschungsanlage trotzdem noch um einige Jahre verzögerte, war dem Wink des US-Botschafters Conant zu verdanken, der wegen außenpolitischer Gründe um Zurückhaltung bat.

Aber trotz des Scheiterns der EVG-Verhandlungen war das Jahr 1953 für Atomforschung und Atomindustrie keineswegs erfolglos. Die »Kernphysikalische Kommission« der DFG handelte die Beteiligung westdeutscher Forscher an den Planungen zu dem internationalen Korpuskelbeschleunigerprojekt CERN aus; Forscher der Max-Planck-Institute reisten zur ersten internationalen Konferenz über Schwerwasser-Reaktoren nach Oslo: »von da an sind die engen Verbindungen zwischen den deutschen Gruppen, vor allem dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und den amerikanischen Nationallaboratorien Oak Ridge, Argonne und Los Almos nicht mehr abgerissen.« Ein Jahr später reiste eine Forscherdelegation nach Oxford, und bis zum Ende desselben Jahres folgten Besuche deutscher Kernphysiker in den Forschungszentren Harwell/England, Saclay/Frankreich sowie verschiedenen amerikanischen Anlagen.

Im Februar 1953 erwog die Adenauer-Regierung erstmals die Einrichtung einer »Deutschen Atomkommission«. »Offenbar kam die Initiative dazu aus dem Kanzleramt und umfaßte die Einbeziehung einer Reihe von Industriellen aus interessierten Branchen«. Aber es blieb dennoch vorerst bei der Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums für den Atomsektor.

Noch bevor sich die Atomindustrie institutionell etabliert hatte, waren freilich erste atomtechnologische Projekte auch gegen das alliierte Verbot durchgeführt worden. »Sie waren, um diesem Druck zu entgehen, anscheinend in gewissem Umfang ins Ausland verlegt worden. Dafür scheint zu sprechen, daß bereits 1956 in Spanien eine komplette Urangewinnungsanlge der Degussa/Leybold stand, die für die »Junta de Energia Nuclear« arbeitete. Solche Kooperationskontakte gab es offenbar auch bereits mit Brasilien, Südafrika, der Schweiz und Schweden.« schreibt Deubner (S. 5). Mit Brasilien war es zu einer engen

Kooperation über die Frage der Urananreicherung gekommen: der Admiral Alberto war zu Verhandlungen über die Ultrazentrifugentechnik vorstellig geworden, und der Atomphysiker Groth hatte ihm geantwortet: »Sie sind der Retter der deutschen Atomforschung ... Bringen Sie das notwendige Geld, und wir machen die Prototypen«. Im Namen einer Forschergruppe, zu der Harteck, Hahn, Groth und Bayerle gehörten, schlug er weiter vor: »Then we will all go to Brazil and make the equipment there«. Wie Pinto in der Zeitschrift »Brasilian Business« (Aug. 75, S. 23) weiter berichtet, hätten viele Industrielle an der dann folgenden heimlichen Fertigung von drei Prototypenzentrifugen



in den Westzonen teilgenommen, und die Amerikaner hätten diese erst kurz vor dem Export nach Brasilien entdeckt und beschlagnahmt. Später, 1956 unter Atomminister Strauß, sollen diese Zentrifugen dann doch den Weg nach Brasilien gefunden haben.

Wohlgemerkt bezog sich trotz aller Beteuerungen Anfang der 50er Jahre jegliche Atomforschung letztlich doch auf die Verfügungsgewalt über eine Bombe, und es spricht nichts dafür, daß allein die Deutschen auf der Welt daran kein Interesse gehabt hätten. Doch eine Tendenzwende zeichnete sich ab: 1952 hatte Großbritannien seine erste Atombombe gezündet und damit das US-Monopol durchbrochen, 1953 hatte die UdSSR durch ihre Wasserstoffbombe erstmals ein nukleares Patt gegenüber den USA hergestellt. Zwar war sie nach wie vor von einem Ring von Stützpunkten umgeben, von dem aus die Überzahl der strategischen Bomber der USA die Politik des »Containment«, der »Eindämmung«, absicherten, aber es war klar geworden, daß die Sowjetunion den Rückstand in der Nuklearforschung aufgeholt hatte. Die Eisenhower-Administration reagierte darauf Ende 1953 mit dem »Atoms for Peace«-Programm: »der unmittelbar militärisch begründete Forschungs- und Entwicklungsauftrag war erledigt, aber es zeigte sich, daß in der Aufgabe der Entwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke eine Aufgabe vorhanden war, die ähnliche Organisationsformen und ähnliche Anstrengungen erforderte«. In der neuen Projektwissenschaft Nuklearforschung kam es zu einer »in dieser Form unbekannten Zusammenarbeit von Experimentalphysikern, theoretischen Physikern, Chemikern, Metallurgen, Ingenieuren und Administration«. (W. Häfele, die Projektwissenschaften, MS Karlsruhe 16.6.65)

»Im Sommer 1954, als die Pariser Verträge zur Unterzeichnung heranreiften, war die Zeit gekommen, etwas Konkretes zu unternehmen.« Während Adenauer bereits mit der französischen Regierung Mendes-France über eine gemeinsame Urananreicherungsanlage verhandelte, fand sich die Industrie zu Vorgesprächen zusammen und gründete Ende 1954, mit Förderung durch das Wirtschaftsministerium, die »Studiengesellschaft für Physikalische Forschung«. Beteiligt waren 16 Konzerne, darunter die Degussa, Siemens, AEG, Bayer-Leverkusen, Hoechst, Krupp und Haniel. »Diese Studiengesellschaft wurde sogleich nach ihrer Gründung schon im März 1955 beim Bundeskanzler wegen der Errichtung eines deutschen Forschungsreaktors und wegen der Herausgabe von Bundesmitteln für ein solches Projekt vorstellig.« Sie gründete und finanzierte zur Vorbereitung auf diesen Reaktor eine »Reaktorphysikalische Arbeitsgruppe« am Göttinger Max-Planck-Institut unter der Leitung Heisenbergs.

Mit der Erlangung der Souveränität durch die Pariser Verträge im Mai 1955 war der Weg für einen Reaktor endgültig frei. Wohl hatte Adenauer für die kommenden zwei Jahre eine Begrenzung der Spaltstoffvorräte auf 3,5 kg akzeptiert, verbunden mit der Erklärung, daß auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen hergestellt würden – jedoch war in dieser Erklärung die Beschaffung von Atomwaffen aus den USA nicht ausgeschlossen, und die Hoffnung war groß, daß sich nach Erlangung der Souveränität in der Atomforschung auch einiges drehen lassen würde: man hoffte, einen deutschen Forschungsreaktor (der später in Karlsruhe gebaut wurde) aus deutschen Natururanvorkommen betreiben zu können, um dortige Entwicklungen so der Kontrolle durch die Brennstofflieferanten zu entziehen.

Als im August 1955 im Verlauf der 1. Genfer Atomkonferenz schlagartig etwa 2500 nurklearwissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht wurden, beeilte sich die westdeutsche Industrie, das ihr über Nacht zugänglich gewordene Material in entsprechende Planungen umzusetzen. Alle Anstrengungen mußten nun unternommen werden, um den Vorsprung der führenden Mächte von etwa 10 Jahren aufzuholen. Die Möglichkeit kommerzieller Nutzung der Atomenergie war auf der Genfer Konferenz günstig beurteilt worden – und wie gerufen war im Sommer 1955 auch von der »Energielücke« die Rede, vom Mangel an deutscher Steinkohle im Korea-Boom, so daß die Atomindustrie guter Hoffnung sein konnte, auch den Widerstand der Bergbauindustrie gegen eine konkurrierende Energiequelle bald in den Griff zu bekommen – nicht zuletzt mit Hilfe des neu gegründeten »Arbeitskreis für Atomfragen« beim BDI unter der Leitung von Menne, der als Exponent der IG-Farben-Nachfolger den Einfluß der aufkommenden Reaktorindustrie im Regierungsapparat sichern sollte.

Es schien also nur noch eine Frage der Zeit, bis die »nukleare Weltgeltung«, in ihrer zivil-militärischen Janusköpfigkeit, erreicht sein würde. Der spätere Atomminister Strauß führte aus, daß eine »wirtschaftliche Großmachtstellung« »in Zukunft auf dem Gebiet der Atomtechnik und Atomenergieverwertung« beruhen würde – insbesondere für das deutsche Volk, das immer unter demselben Problem leiden würde: »dem Druck, das, was uns an Lebensraum fehlt, durch andere Qualitäten zu ersetzen«. Wir werden schnell sehen, daß Strauß nicht nur die alten Probleme, sondern auch die alten Lösungen anzubieten hatte.

II. Zum strategischen Zusammenhang der westdeutschen Wiederaufrüstung mit der Kernforschung

Um den Zusammenhang der Atomdiskussion in der BRD in dieser Zeit zu verstehen, müssen wir auch einen Blick auf die Debatten über eine militärische Strategie gegenüber dem Ostblock werfen. Schon Ende der 40er Jahre hatte Adenauer in aller Stille Expertisen über die Aufstellung einer neuen deutschen Armee eingeholt, 1949 war erstmals von einem »deutschen Kontingent« in einer europäischen Streitmacht die Rede, 1950 wurde über dieses Thema erstmals offiziell im NATO-Rat diskutiert. Das »Amt Blank« wurde zum Knotenpunkt der neuen Wehrmacht; in den Schubladen türmten sich Gesetzesentwürfe und Mobilisierungspläne für die Stunde der Wiederbewaffnung. Seit diesem Jahr wurde auch bereits über »Sportfliegerverbände« und den »Aero-Club« der Fliegernachwuchs für die spätere Luftwaffe rekrutiert (sie wurden später durch die Vermittlung des Amtes Blank und der Luftfahrtabteilung des Verkehrsministeriums in der Schweiz »vorgeschult«).

Die USA hatten in den 40er Jahren die Atombombe zahlen- und stärkemäßig weiterentwickelt; 1952 wurde die erste thermonukleare Bombe mit einer Sprengkraft von 5 Megatonnen TNT gezündet und auch Großbritannien führte in diesem Jahre seinen ersten Atombombenversuch durch. Auf der Grundlage dieser atomaren Überlegenheit beschloß die NATO in diesem Jahr in Lissabon ihre erste offizielle Militärstrategie, die »massive Vergeltung« genannt wurde. Sie beruhte im wesentlichen auf den rund um die UdSSR stationierten strategischen Atombombenflugzeugen der USA mit dem Ziel des »Containment«, der Eindämmung des Ostblockes, der im Falle der kleinsten Regung mit atomarer Vernichtung bedroht wurde. Diese strategisch-atomare Luftflotte sollte ergänzt werden durch starke konventionelle Streitkräfte, »um je nach dem Kräfteverhältnis an den Fronten Luftwaffenschläge auszunutzen und ergänzende Operationen zum Erreichen der Kriegsziele zu führen«. »Das amerikanische Monopol an Kernwaffen bildete das Rückgrat der Abschreckung, die Landstreitkräfte bildeten die konventionelle Ergänzung«. Dabei ging man von der Möglichkeit eines »Mehrphasenkrieges« aus: um die zahlenmäßige Überlegenheit der Sowietpanzer auszugleichen, würde man zunächst bis zur Rhein-Linie zurückweichen mit dem Ziel, die Kommunikation der Sowietarmee auszudehnen und mit Atomschlägen zu schwächen, um dann schließlich die Panzerverbände einzukreisen, zu zerschlagen und dann selber voranzurücken. Daß unter dieser Strategie von Deutschland eine Kraterlandschaft übriggebliebben wäre, hinderte dann die Bundesregierung nicht, sich ihr anzuschließen. Unter dieser Strategie wurde in Lissabon die Aufstellung von 97 Divisionen, davon 12 deutschen, beschlossen: eine deutsche 500.000 Mann-Armee, die in die geplante EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) eingebunden werden sollte.

Freilich wurde diese Strategie schon ein Jahr später entscheidend modifiziert: die NATO- Mächte hatten erkannt, daß eine derart große konventionelle Armee zu teuer werden würde, und vor allem hatte die UdSSR durch die Zündung ihrer ersten Wasserstoffbombe ihre Fähigkeit zum nuklearen Patt offenbart. Unter dem Schlagwort »New Look« formulierte man nun das Ziel, auch in begrenzten Konflikten mit Atomwaffen vorzugehen und die geplanten konventionellen Streitkräfte durch kleinere, mit »taktischen Atomwaffen« ausgerüstete Armeen zu ersetzen. Auf diese Weise meinte man, zumindest den quantitativen Vorsprung vor der russischen Atomtechnik nutzen zu können. Um das »Roll Back«, die Rückdrängung des Stalin-Sozialismus bis an die Grenzen Rußlands, auch unter dem Patt der Wasserstoffbomben noch aufrechterhalten zu können, reagierten die USA also mit einer Verbreiterung ihres Atomwaffenprogrammes. Unter diesem Zeichen stand auch das »Atoms for Peace«-Programm Eisenhowers, als erster Schritt zur Verteilung der Atomtechnik an die verbündeten »nuklearen Habenichtse«, die der US-Strategie sonst mit Skepsis gegenüberstehen würden. 1954 wurde das McMahon-Gesetz, das die Weitergabe von Informationen über Atombomben untersagte, vom amerikanischen Kongreß abgeändert: nun konnten die USA nicht nur Informationen, sondern auch nukleare Waffensysteme an die Verbündeten weitergeben, wobei die letzte Entscheidung über ihren Einsatz aber beim amerikanischen Präsidenten bleiben sollte.

Für die konventionellen europäischen Streitkräfte wurde unter der neuen Strategie des »New Look« eine Funktion definiert, in der sie sich in ihrer Bedeutung stark abgewertet fühlen mußten: die Funktion des »trip wire«, einer Art Bodenalarmsystem, das allein die Aufgabe haben sollte, die Startschüsse abzugeben für den definitiven atomaren Schlag der amerikanischen Strategic Air Forces. Es nimmt nicht wunder, daß vor allem Frankreich und Großbritannien mit dieser Funktion keineswegs zufrieden waren und auch für ihre Armeen die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen forderten – und als Gegenleistung bereit waren, im Ausgleich für ihre vernachlässigten konventionellen Divisionen eine neue deutsche Wehrmacht zuzulassen. Für Adenauer, Blank & Co bot sich damit eine einmalige Chance: da Frankreich und Großbritannien ihrer »trip-wire«-Funktion nur verzögert und widerwillig nachkamen, würden die 12 deutschen Divisionen, die auf der NATO-Tagung 1954 allein in voller Stärke beibehalten worden waren, Deutschland auf einen Schlag wieder zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas werden lassen – zumal Frankreich gerade in Indochina eine entscheidende Niederlage erlitten hatte.

Den USA bot sich durch die 12 deutschen Divisionen die Möglichkeit, die »trip-wire«-Funktion noch auszuweiten: zur »Schwert- und Schild-Strategie«, die auf der Londoner Tagung des NATO-Rates ebbenfalls verbbindlich angenommen wurde: die »Schildstreitkräfte« der europäischen Mächte sollten »das Schwert«, die US-Atomstreitmacht, territorial absichern, sie sollten »den Gegner zur militärischen Kräftekonzentration verleiten, die lohnende Ziele für Kernwaffenschläge darstellen; die gegnerischen Kräfte so lange binden, bis im Ergebnis strategischer Kernwaffenschläge die sozialistischen Staaten zur Kapitulation bereit waren, und schließlich konterrevolutionäre Putsche von außen militärisch unterstützen«. Die Aufnahme der BRD in die NATO würde auch endgültig die Realisierung der »Vorwärtsstrategie« erlauben, so daß man das Vorrücken der russischen Panzer nicht erst abzuwarten brauchte – für Adenauer die Voraussetzung, »die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird«.

Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge im Oktober 1954 legte sich die Adenauer-Regierung – zunächst – auf das Prinzip des »trip-wire« und auf eine konventionelle Streitmacht fest. Sie erklärte den Verzicht »auf die Herstellung von 'ABC'-Waffen, weitreichenden oder ferngelenkten Geschossen, von Influenzminen, von Kriegsschiffen von mehr als 3.000 t und U-Booten mit mehr als 300 t Wasserverdrängung sowie von strategischen Bombenflugzeugen in Westdeutschland«. Freilich erhielt sie dafür, im Mai 1955, ihre nationale Souveränität, die 'Freiheit' zur Atomforschung, während das Rüstungskontrollamt, das die Einhaltung der Bestimmungen überwachen sollte, nie in Funktion getreten ist. Der deutsche Verzicht auf die Atombombe hatte nichts mit den Überzeugungen der alten NS-Generalität zu

tun, die aufgrund ihrer »Ostfronterfahrungen« an die Stärke der konventionellen Kriegsführung glaubte – Adenauer hatte verzichtet und auch auf die französischen Angebote zur gemeinsamen Entwicklung einer europäischen Atombombe nur deshalb zurückhaltend reagiert, weil es nach der Integration in die NATO-Truppen nur eine Frage der Zeit zu sein schien, bis die Bundeswehr als neuer Musterschüler der Amerikaner von diesen auch mit Atombomben ausgerüstet werden würde. Hatte Blank doch schon 1954 »die Hoffnung« ausgesprochen, »daß auch die deutschen Soldaten ... Gelegenheit haben würden, die amerikanischen Atomwaffen näher zu studieren und daran ausgebildet zu werden«.

III. Interessenkonflikte um Wiederaufrüstung und Atomtechnik

Nachdem Ende 1954 die Pariser Verträge unterzeichnet waren, zeigte die deutsche Wirtschaft sehr schnell ihre Bereitschaft, sich auf ihre neue Aufgabe einzustellen: Im November trat der »Arbeitskreis Rüstung« im BDI zusammen. Er sollte »die zentrale Stelle der Industrie für rüstungswirtschaftliche Aufgaben und der ausschließliche Verhandlungspartner gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Amt Blank werden. Zu den Aufgaben des Arbeitskreises gehören entsprechend einer Absprache mit der Bundesregierung die Erarbeitung wirtschaftspolitischer Richtlinien, die Abstimmung des Rüstungsbedarfs mit dem Inland- und Exportbedarf, die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vergabeordnung für zentrale Aufträge ... sowie die Mithilfe bei der Ausarbeitung der Pläne für eine wirtschaftliche Mobilmachung ...«. Der Arbeitskreis wurde von BDI-Präsident Berg geleitet, je ein Beauftragter der »interessierten Wirtschaftsverbände« war als Mitglied anwesend, darunter natürlich auch W.A. Menne, der auch in der Physikalischen Studiengesellschaft eine führende Rolle spielte. In 20 Unterarbeitsgruppen befaßte man sich mit der Produktion und Belieferung bestimmter »Ausrüstungsgruppen«.

Allerdings verlief die Debatte in der Industrie um die Wiederaufrüstung keineswegs bruchlos. Von der Perspektive eines 500.000-Mann-Kontingentes als konventioneller Lückenbüßer für die »Schwert-und-Schild«-Strategie waren die Unternehmerverbände keineswegs begeistert. Im Korea-Boom war 1954/55 erstmals Vollbeschäftigung erreicht worden und die rückläufige Zahl der Ostflüchtlinge und der Schulabgänger ließ die Industrie um ihre Arbeitsmarktperspektiven bangen. Zwar sollte bei ausgelasteten Produktionskapazitäten das harte Gerät für die neue Streitmacht »konjunkturneutral« aus dem Ausland bezogen werden, aber gerade das wollte den Industriellen letztlich nicht schmecken: ohne einen über die unproduktiven Staatsaufträge finanzierten Rationalisierungssprung, ohne Harmonie mit einer technologisch bedingten Freisetzung von Arbeitskräften sollte die Wirtschaft binnen Kürze 500.000 Mann, davon 35 % qualifizierte Metallfacharbeiter, für den 18-monatigen Wehrdienst opfern. Da sie »Schatten auf die Konjunktur« befürchtete, würde es in der Großindustrie »dankbar begrüßt werden, wenn eine Änderung der Rüstungsplanungen es ihr gestattete, 100.000 oder 200.000 junge Arbeiter mehr zu behalten«, wie das »Handelsblatt« schrieb. In diesem Sinne betrieben die SPD und bald auch die FDP die Politik der Unternehmerinteressen, als sie die Verzögerung der Remilitarisierung zum politischen Tageskampf machten (dabei wurde mit dem KPD-Verbot der entscheidende Teil der Opposition gegen die Militarisierung und der Massenwiderstand kanalisiert). Aber diese Politik gegen Adenauer, Blank, v.Brentano bezog sich nicht nur auf die Sorge um die Konjunkturentwicklung, sondern hatte weitergehende Ziele.

So berief die SPD Anfang 1956 einen Atomenergiebeirat, der einen eigenen »Atomplan« erarbeitete; die Kernspaltung wurde als »Beginn eines neuen Zeitalters für die Menschheit« gefeiert. Es wurde in der SPD »als Verhängnis« bezeichnet, »daß die Bundesregierung die Schlüsselstellung der wissenschaftlichen Forschung für das Schicksal des deutschen Volkes nicht erkannt hat«. Und in den Industriebereichen, die auf neueste technologische Entwicklungen besonders angewiesen waren, waren alarmierende Nachrichten über die rapide Beschleunigung des technischen Fortschrittes in den USA durchgesickert: man reichte die Mitteilungen über die Beratungen des 84. amerikanischen Kongresses zum Thema »Die Automatisierung und die Wende der Technik« von Hand zu Hand, man persiflierte die Propaganda des US-Kapitals, das über die Schürung des Kalten Krieges und die Rüstungstechnologie in neue Bereiche des »Big Science«, der staatlich geförderten Projektwissenschaften, vorstoßen wollte. Die deutschen Industriegruppen, die sich mit Luftfahrt- und »Rüstungsforschung«, Raketentechnik oder Atomtechnologie befaßten, hatten ganz entsprechende Interessen an einer staatlich geförderten Rüstungsforschung mit zivilen »Abbfallprodukten« und sie waren wieder stark genug geworden, diese Interessen auch auszufechten. Wenn sie also gegen die konjunkturellen Auswirkungen der zu raschen Remilitarisierung polemisierten, hatten sie einen technologischen Entwicklungssprung von bisher unerreichter Größenordnung im Sinn. Man sprach auch von dem neuen »Atomzeitalter«; Heisenberg hatte schon 1952 vorausgesagt, »daß in absehbarer Zeit ein Großteil der Industrie Atomindustrie sein« werde, und Menne hatte die Atomforschung schon 1953 »für das zukunftsträchtigste Gebiet der Chemiewirtschaft« gehalten.

Die Atomwirtschaft hatte sich nach Inkrafttreten der Pariser Verträge zu einer schlagkräftigen Interessengruppe formiert. Gegen den Widerstand des Wirtschaftsministers Erhard hatte Adenauer ein neues Atomministerium gegründet. Der neue Minister Strauß, vorher Kabinettsmitglied ohne Geschäftsbereich, Verteidigungsexperte seiner Partei, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsausschusses im Bundestag (und im übrigen ehemaliger NS-Führungsoffizier) war der Mann, der die Atomwirtschaft über die Interessen um den Konjunkturzyklus und der Allgemeinen Wirtschaftsverbände hinaus zu neuer Geltung führen sollte; das Ministerium war unter dem Druck und auf Verlangen der Chemieindustrie, der Elektrokonzerne und des Maschinenbaus geschaffen worden. Die erste Aufgabe sah der neue Minister auch entsprechend darin, intensive Beziehungen zwischen seinem Ministerium und der interessierten Industrie herzustellen: einen Monat nach Gründung des Ressorts wurde ein großindustrieller Beirat, die »Deutsche Atomkommission« berufen – ein Gremium, das offiziell die Aufgabe hatte, das Atomministerium in allen Angelegenheiten zu beraten, das aber von Anfang an zum zentralen Planungsgremium der Atomentwicklung wurde. Unter den Mitgliedern finden wir bekannte Namen: Abs von der Deutschen Bank, Boden von der AEG, Knott für Siemens, Geiger von ESSO, Winnacker und Menne für die IG-Farben-Nachfolger, Reusch vom Haniel-Konzern, Petersen für Degussa usw. Schon bei der Gründungsversammlung verpflichtete man sich per Handschlag zu strengster Vertraulichkeit – das Gremium hat stets in aller Stille gewirkt.

Es liegt auf der Hand, daß die reaktorinteressierten Industriegruppen weder mit der Forderung vor allem der Stahl- unmd Montanindustrie nach »zyklusgerechter« Remilitarisierung, wie sie politisch vor allem von Erhard vertreten wurde, einverstanden erklären konnten noch mit der Adenauers und des Amtes Blank, schnell eine große Armee aufzustellen und die schweren Waffen aus dem Ausland zu beschaffen. Besonders die Kohleindustrie hatte kein Interesse an Konkurrenz auf dem Energiemarkt und unterstützte Erhards Argumentation, daß die Atomtechnologie ein Faktor für eine ferne Zukunft wäre, die man besser der Eigeninitiative der Industrie überlassen sollte; andererseits hatten Adenauer, v. Brentano oder Blank kein Ge-

spür für die zukünftige Bedeutung des »Big Science«. Was fehlte, war ein »Weichensteller für eine moderne Wehrpolitik«, der auch die Interessen der Atom- und Rüstungsindustrie an staatlich geförderten Projektwissenschaften ausreichend vertreten würde. Dieser »Weichensteller« war bald gefunden. Er war aus den Verteidigungsexperten aller Bundestagsparteien zusammengesetzt: die »Wehrkoalition« aus Busse, Erler, Schmid, Krone, Mende, Kiesinger, Jaeger und Strauß bildeten gleichzeitig einen würdigen parlamentarischen Rahmen und ein elastisches Kommunikationsnetz für die interessierten industriellen Machtgruppen. Auf ihre Initiative wurde der Passus über die 18-monatige Wehrdienstzeit aus dem Entwurf für ein Wehrpflichtgesetz gestrichen. Es ist aber das »Sonderverdienst« der CSU-Landesgruppe um Jaeger und Strauß, im Herbst 1956 nicht nur die Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate auch innerhalb der Adenauer-Regierung durchgesetzt zu haben, sondern in ihren »Kirchheimer Beschlüssen« im September 1956 »eine klare und der politischen Lage wie der technischen Entwicklung Rechnung tragende Verteidigungspolitik« entwickelt zu haben.

In diesem Manifest heißt es unter anderem:
»2. Die Bundesregierung soll bei der Ausarbeitung dieses Verteidigungsprogramms auf die z.Z. im Gang befindliche wissenschaftliche und technische Umwälzung sowie auf die sich daraus ergebenden strategischen Konsequenzen Rücksicht nehmen und gleichzeitig von unseren Bundesgenossen verlangen, daß die Bundesrepublik bei allen Umrüstungsplänen und strategischen Umstellungen gehört wird, ferner, daß ihre Sicherheitsinteressen in ausreichendem Maße dabei beachtet werden.
5. Erzeugung und Beschaffung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen muß so vorgenommen werden, daß die vorgesehenen Verteidigungsausgaben auch der deutschen Wirtschaft in dem notwendigen Umfang zugute kommen und den in der Umwandlung befindlichen waffentechnischen und strategischen Vorstellungen entsprechen. Insbesondere muß ein angemessener Teil dieser Verteidigungsaufgaben für die wissenschaftliche und technische Entwicklung auf den Gebieten verwendet werden, auf denen Deutschland trotz seiner früheren führenden Stellung mit vergleichbaren Nationen nicht mehr konkurrenzfähig ist.«

Hier also war die Verbindung von »Big Science« und »moderner Wehrpolitik« formuliert. Durch die »zweite Opposition« der CSU-Landesgruppe innerhalb der Adenauer-Regierung wurde das Militärprogramm der Adenauer-Blank-Gruppe völlig blokkiert; mit dem Wechsel des Atomministers Strauß in das Verteidigungsressort wurde dann die Adenauer-Blank-Konzeption endgültig in den Hintergrund gedrängt.

Schon ein kurzer Blick auf die militärische Entwicklung nach 1955 macht deutlich, daß die »Kirchheimer Beschlüsse« trotz gegenteiliger Beteuerungen auf die Atombewaffnung der Bundeswehr abzielten. Bereits im ersten NATO-Manöver nach Erlangung der Souveränität, 'Carte Blanche' im Juni 1955, war den deutschen Militärs ihre Abhängigkeit von den amerikanischen Atomwaffen eindrucksvoll demonstriert. In dem Manöver war der Abwurf von 300 taktischen Atombomben auf Ziele zwischen Hamburg und München geprobt worden – die Zahl der wahrscheinlichen Toten wurde auf 1,7 Millionen, die der Verletzten auf 3,5 Millionen geschätzt, abgesehen von den Fallout-Schäden. Diese Zahlen waren Wasser auf die Mühlen derjenigen, die der Adenauer-Blankschen Armeekonzeption ohnehin Widerstand entgegensetzten: was sollte eine deutsche Armee ohne Atomwafen bei einem Atomkrieg auf deutschem Boden?

Auch innerhalb der Generalität entwickelte sich nun die Kontroverse zwischen den Verfechtern einer großen konventionellen oder einer kleinen hochtechnisierten Streitmacht. Besonders in der Luftwaffe wurde über die Ausrüstung mit nuklearfähigen Überschallbombern diskutiert. Auch Blank projektierte inzwischen die geplanten 12 Divisionen als »die modernsten Kampfeinheiten der Welt«, zu deren Ausrüstung auch »atomare Artillerie« gehören sollte, ohne aber von seinem 500.000 Mann-Ziel abzurücken. Kaum, daß der Bundestag die Aufstellung dieser großen Armee gebilligt hatte, wurde Blanks Konzeption erneut in Frage gestellt: in den USA plante man inzwischen die Reduktion aller Truppenanteile bis auf die strategischen Atomwaffenverbände um 800.000 Mann; in Europa sollten nur noch kleine »Atomic task forces« stationiert bleiben – damit würden, so hieß es nun, die deutschen Soldaten als »nukleare Habenichtse« zur »Infanterie der NATO« werden.

Dagegen schien allein die atomare Bewaffnung ein Ausweg, sie würde bei gleicher Zerstörungskraft auch die zahlenmäßige Reduktion erlauben, wie sie von den Wirtschaftsgruppen und der »Wehrkoalition« gefordert wurde, und allein sie würde letztlich der Garant für die »nukleare Mitsprache« sein. Und dabei schein der Zeitpunkt nahe, an dem diese Waffen auch erhältlich sein würden: das McMahon-Gesetz über die Weitergabe von Kernwaffen hatte der amerikanische Kongreß schon geändert, 1955 hatte die Eisenhower-Administration mit den europäischen NATO-Statten ein Abkommen über die »Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atominformation« abgeschlossen – ein halbes Jahr später wurde dieses Abkommen auch auf die Bundesrepublik ausgeweitet, und sofort wies das Verteidigungsministerium seinem fünften Nachtragshaushalt für 1956 einen Etat für »militärische Zweckforschung auf dem Gebiet der Kernenergie« aus. In Dezember 1956, schon nach der Verabschiedung der »Kirchheimer Beschlüsse« der CSU, stellten dann die europäischen NATO-Mitglieder auf der Ratsitzung offiziell das Ersuchen zur Ausrüstung mit Atomwaffen an die USA.

Aber dabei schien es allemal ratsam, sich nicht allein auf das Wohlwollen der Großmacht zu verlassen, sondern gleichzeitig, in den neu begonnenen Verhandlungen über eine Europäische Atomgemeinschaft, den Draht zu Frankreich zwecks Entwicklung einer europäischen Atombombe nicht abreißen zu lassen, und andererseits die nationalen Atomforschungsprojekte möglichst schnell voranzutreiben.

IV. Autarkie und Plutonium: Die deutsche Natururan-Schwerwasser-Reaktorlinie

Sehen wir von Nebenschauplätzen ab, wie etwa der Gründung des Bonner Instituts für physikalische Chemie, das schwerpunktmäßig über Isotopentrennung und die industrielle Erzeugung von Schwerwasser forschte, so gründeten sich die Hoffnungen der Atommafia in den ersten Jahren nach 1955 vor allem auf die Kernforschungszentren.

Noch vor der Etablierung des Atomministeriums, Ende Juli 1955, hatten die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und die Bundesregierung unter Beteiligung von Werften, Reedereien, Maschinenfabriken, Ölkonzernen, Elektrizitätswerken und Großbanken eine »Studiengesellschaft zur Förderung der Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt e.V.«. Als Ziel wurde die Errichtung einer Forschungsanlage mit einem 5 MW-Schwimmbadreaktor angege-

ben, deren Verwaltung ein Jahr später einer Gesellschaft gleichen Namens in Geesthacht übergeben wurde. Der Hauptteil der Kosten wurde von Bund und Ländereien getragen.

Ein zweites, bedeutenderes Zentrum sollte nach den Plänen der 1950 gegründeten »Gesellschaft zur Förderung der kernphysikalischen Forschung e.V.« zufolge in Jülich in Nordrhein-Westfalen entstehen. Der Bau wurde in erster Linie von der dortigen Landesregierung betrieben, der Bau im Düsseldorfer Landtag im Dezember 1956 beschlossen. Jülich wurde von vorneherein nur aus Bundes- und Landesmitteln finanziert, man verzichtete aber auf eine staatliche Leitung und übergab Planung und Betrieb der Anlage an die obige Gesellschaft, zu der außer der Landesregierung und den Hochschulen des Landes auch die AEG, Ruhrstahl, Ruhrgas, die Duisburger Kupferhütte, Krupp, Henschel, Phönix, Rheinrohr, Degussa und der Verein deutscher Eisenhüttenleute gehörten. Die Anlagen sollten der Industrie für Forschungs- und Prüfvorhaben zur Verfügung stehen; außerdem sollte aber auch »freie wissenschaftliche Forschung« betrieben werden.

Obwohl seit der Gründung der »Physikalischen Studiengesellschaft« im Gespräch, wurde die Anlage in Karlsruhe als letzte der westdeutschen Kernforschungszentren projektiert. Die Vorarbeiten dazu hatten sich so lange verzögert, daß Atomministerium und Atomkommission dabei besonders aktiv eingreifen konnten. Schon die Entscheidung, die Anlage in Karlsruhe aufzubauen und nicht, wie zunächst geplant, nach München zu legen, war ein ausgesprochenes Politikum. Ursprünglich war der Atomforscher Heisenberg als Leiter des Forschungszentrums vorgesehen, jedoch hatte der sich, nachdem er bei der Bombe nicht der erste gewesen war, völlig der friedlichen Atomenergiegewinnung verschrieben; er und seine Forschergruppe hatten im April 1957 in der »Göttinger Erklärung« den Willen festgeschrieben, an militärischen Nuklearprojekten nicht mitzuarbeiten. Der Bau in Karlsruhe, gegen den sich Heisenberg immer gesträubt hatte, führte zu einer Trennung der Göttinger Atomforschung: die zunächst 55 Mann starke »Arbeitsgruppe für Reaktorbau« zog nach Karlsruhe, während Heisenberg und die Max-Planck-Gesellschaft nach München übersiedelten. Heisenberg schrieb später in seinen Erinnerungen: »Es beunruhigte mich, daß für die Menschen, die hier (in Karlsruhe) die wichtigsten Entscheidungen zu treffen hatten, die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung«.

An dem Karlsruher Projekt waren die Interessengegensätze zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft besonders hart ausgefochten worden. Staat und Industrie hatten sich schließlich auf eine paritätische Beteiligung an der »Kernreaktor-Bau- und Betriebs-GmbH« geeinigt. In Karlsruhe sollte keine Grundlagenforschung betrieben, sondern die Grundlage für den Bau wirtschaftlicher Leistungsreaktoren geschaffen werden, die »Initialzündung« für den deutschen Reaktorbau und die Zulieferindustrie.

Bei diesem Ringen zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft konnte der Bau eines schwerwassermodernierten Natururanreaktors die meisten Interessen auf sich vereinigen; dies sollte zur zentralen deutschen Reaktorlinie werden. J. Radkau hat vor zwei Jahren in einem Aufsatz (Nationalpolitische Dimension der Schwerwasser-Reaktorlinie in den Anfängen der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung; Technikgeschichte 45 (1978), 229) einige Gründe für die Wahl dieser Reaktorlinie aufgezeigt. Aus diesem Aufsatz sollen einige Passagen ausführlich zitiert werden:

»An vorderster Stelle stand die Frage nach dem Brennstoff, die sich in der Alternative Natururan oder angereichertes Uran stellte. Die Frage war leicht als politisches Problem zu begreifen, da sie sich in einem Aspekt mit den bisherigen wirtschaftspolitischen Alternativen zu decken schien: mit der Alternative Selbstversorgung oder Abhängigkeit von einer stärkeren Macht. Die Urananreicherung erfordert überaus kostspielige Anlagen, wie sie in größerem Umfang damals nur die USA besaßen; Natururan hingegen war – so glaubte man zeitweise – auch in der Bundesrepublik reichlich vorhanden und jedenfalls aus verschiedenen Ländern zu beziehen.« ...

»Von Anfang an wurde auch die Frage nach den bei der Weiterentwicklung der Kerntechnik einzuschlagenden Wegen intensiv gestellt, ja man kann den Eindruck gewinnen, als sei das Interesse an Reaktortypen der Zukunft früher stärker gewesen als heute. Früher wurde es üblich, eine Aufeinanderfolge mehrerer Reaktor-'Generationen' in die Zukunft zu projezieren: eine 'zweite Generation' der Brüter und Konverter und eine 'dritte Generation' der Fusionsreaktoren. Die Frage stellte sich anfangs vor allem als eine Frage nach den zu erzeugenden Kernbrennstoffen; Wirtz formulierte sie 1956 dahingehend, ob man bei der Brennstoffgewinnung 'den Weg der Isotopentrennung oder den des Konverters gehen solle'. Damit schloß sie unmittelbar an die erstgenannte Frage an; die Hintanstellung der Urananreicherung führte zu einer verstärkten Konzentration auf Reaktortypen mit möglichst hoher Brutrate.«

»Man kann sagen, daß das Leitmotiv der Anfänge der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland autarkistischer Art war, und zwar in einem Maße, das in Anbetracht der damals verherrschenden liberalen Wirtschaftsauffassung überrascht. Dieses Leitmotiv galt gewiß nicht für die Bundesregierung insgesamt: der Bundeskanzler sah die Kernenergie offenbar wesentlich unter dem Aspekt der westeuropäischen Einigung und auch im Finanz- und Außenministerium konnten autarkistische Konzepte kaum auf Rückhalt hoffen; charakteristisch waren sie hingegen für das Gros der sich damals bildenden nuklearen Interessenkonfiguration in Wissenschaft und Industrie. Damals führten solche Konzepte in der Regel zu einer Bevorzugung von Natururan als Brennstoff, sie konnten daneben auch in Richtung der Entwicklung von Konvertern wirken, die die Spaltstoffe Plutonium oder – aus Thorium – Uran 233 erbrüteten.

Unumwunden erklärte Winnacker im Herbst 1956 in der von ihm geleiteten Fachkommission III (Technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren) der Atomkommission, man müsse sich bei der Aufstellung eines Reaktorprogramms dessen bewußt sein, daß es 'hier in der Bundesrepublik um die Erreichung einer weitgehenden Autarkie' gehe; der ehemalige IG-Farben-Direktor scheute sich nicht, diesen recht belasteten Begriff zu gebrauchen. Er folgerte daraus die Priorität der Natururan-Projekte und der Plutonium-Gewinnung. Diese Auffassung wurde von Wirtz, dem Vorsitzenden des besonders aktiven Atomkommission-Arbeitskreises 'Kernreaktoren' vollauf geteilt ...«

Zur Wahl des Schwerwassers als Moderator, wie schon von der NS-Atomforschung vorgegeben, beschreibt Radkau, warum dieses Konzept in der BRD zunächst die meisten Interessen auf sich vereinigen konnte: »Da die Herstellung von Schwerwasser außerordentlich aufwendig ist, enthielt dieses Reaktorkonzept ein großes Geschäft für die chemische Industrie; die Farbwerke Hoechst, in der Atomkommission mit Menne und Winnacker sehr wirkungsvoll vertreten, bauten in den 1950er Jahren eine Schwerwasserversuchsanlage auf. Partner auf der Elektro-Seite war der Siemens-Konzern, der im Unterschied zu der mit General Electric verflochtenen AEG von Anfang an zu einer kerntechnischen Eigenentwicklung entschlossen war; Dritter im Bunde war das durch Wirtz repräsentierte Kernforschungszentrum Karlsruhe, das die Schwerwasserkernkraftwerke MZFR (»Mehrzweckforschungsreaktor«) und KKN (Niederaichbach) übernahm, als sich sonst kein Auftraggeber fand. In dieser Zeit ergab sich also das Schwerwasserkonzept als gemeinsamer Nenner der mächtigsten nuklearen Interessenallianz.«

Daneben spielten noch andere Gründe eine Rolle: die Hoffnung auf den Reaktor-Weltmarkt, die Rückeroberung der verlorenen Einflußsphären mit einem von den USA unabhängigen Programm in Lateinamerika, dem Balkan und dem Nahen Osten – vor allem aber: der Drang nach einer möglichst hohen Plutonium-Ausbeute. Radkau schreibt: »Da Plutonium durch Umwandlung aus dem Uran-Isotop 238 entsteht, das den allergrößten Teil des Natururans ausmacht, versprachen die Natururan-Reaktoren, und unter ihnen besonders der Schwerwassertyp, einen relativ hohen Plutonium-Ertrag. Gerade die Führer der eben umrissenen Interessenallianz, Winnacker (Farbwerke Hoechst), Wirtz (KFZ Karlsruhe) und Finkelnburg (Siemens) sprachen sich in der Anfangszeit sehr entschieden für eine Priorität der Plutoniumproduktion in den bundesdeutschen Atomplanungen aus und erklärten diese zu einem Hauptziel des Reaktorbaus ...«

»Schon im Frühjahr 1956 erklärte Winnacker es für 'dringend notwendig, Plutonium selbst zu erzeugen'; die entsprechende Reaktorentwicklung solle 'ein Hauptziel' des deutschen Atomprogramms sein, und er 'halte es für richtig, dieses Problem im deutschen Wirtschaftsraum als Ganzes aufzufassen, und zwar mit allen seinen Vorstufen'. Die Plutonium-Erzeugung erscheint hier also als ein Unterfangen von nationalwirtschaftlicher Dimension; Winnacker war sich bereits dessen bewußt, daß man Reaktoren nicht punktuell planen konnte, sondern daß bestimmte Grundentscheidungen eine Kette von Konsequenzen nach sich zogen. Im gleichen Jahr betonte Winnacker im Zusammenhang der von ihm gesetzten Ziele Selbstständigkeit und Autarkie, daß bei der Konzeption ders Reaktorprogramms 'die Frage der Plutoniumgewinnung eine ausschlaggebende Rolle spielen sollte'. Ebenfalls im Herbst 1956 faßte der Arbeitskreis »Kernreaktoren« die Entschließung, daß bei allen zu erbauenden Kernkraftwerken 'die eigene Plutoniumproduktion im Vordergrund stehen' solle – selbst bei den zur Stromerzeugung vergesehenen großen Leistungskraftwerken! Wirtz empfahl die Beschaffung eines Gas-Graphit-Reaktors vom Calder-Hall-Typ, dessen Aufgabe 'primär die Herstellung von Plutonium' wäre; Finkelnburg andererseits wandte sich 'gegen einen Graphitreaktor, da er zu wenig Plutonium liefere' und empfahl einen Schwerwasser-Reaktor; mit dem gleichen Argument sprach sich Bagge im Namen der Hamburger Reaktorforschungsgruppe für Schwerwasser-Typen aus. Vor allem unter dem Aspekt der Plutonium-Erzeugung entschied sich damals der Siemens-Konzern für die Schwerwasserlinie, obwohl von vornherein abzusehen war, daß diese Entwicklungslinie relativ aufwendig war und noch manche ungelösten Probelme enthielt.

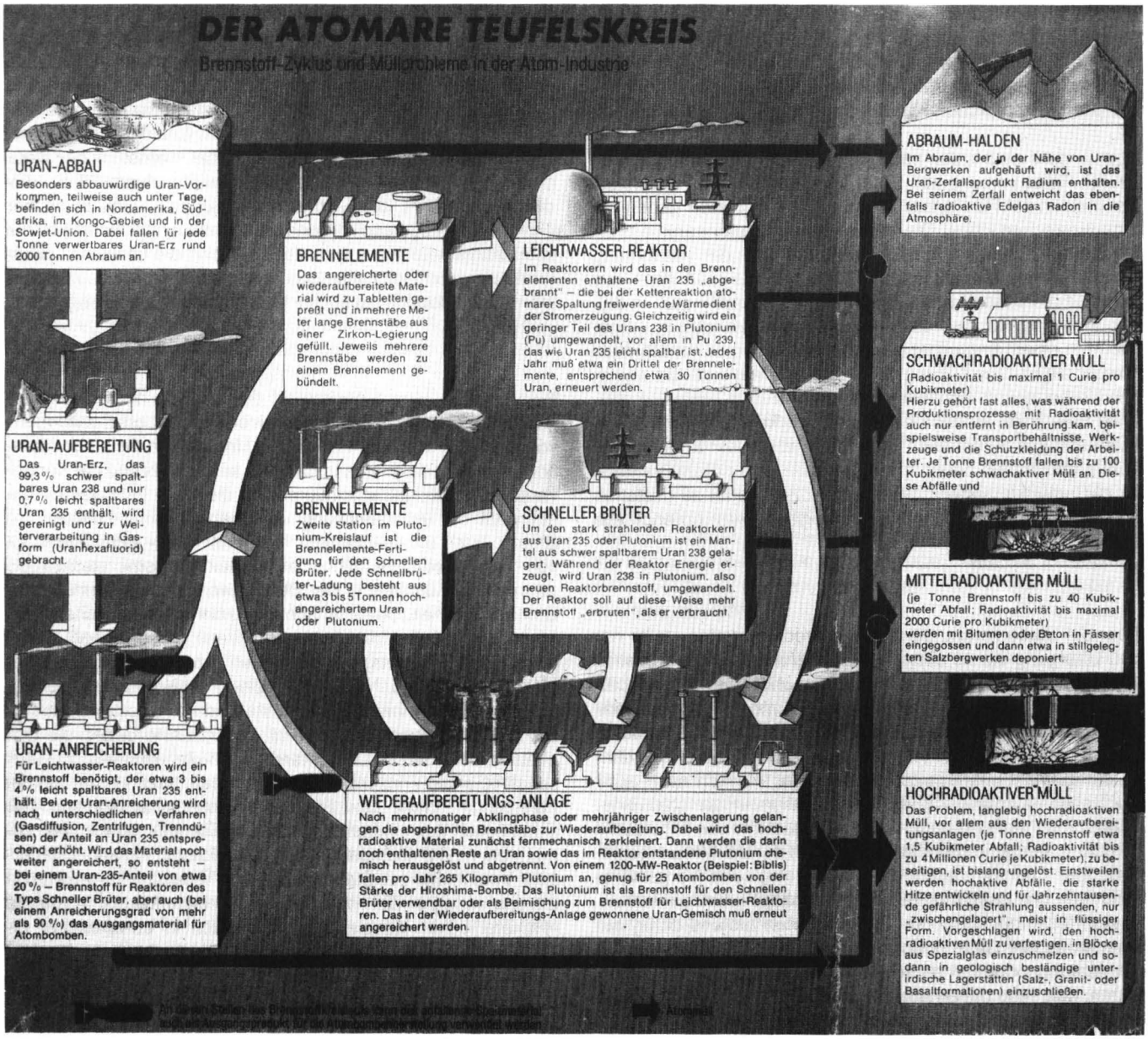
Die Plutoniumerzeugung war die wichtigste Funktion des Karlsruher »Mehrzweck-Forschungsreaktors« neben seiner anderen Funktion, bereits einen Kraftwerks-Prototyp für den Export darzustellen. Als 'Verwendungszweck für das Plutonium' wurde zum einen die Versorgung des Karlsruher Transuran-Institutes und zum anderen die Anreicherung von Uran in einem Reaktor angegeben; die letztere Aufgabe war etwas unklar beschrieben (was für ein Reaktor war gemeint?), und es wurde zugleich zugegeben, daß der MZFR für diese Anforderung nicht ausreiche! ... – aber es gab bisher keinen Reaktortyp, der auf Plutoniumbasis arbeitete! Ein aus der Firma Siemens kommender 'Vorschlag zu einem deutschen Reaktorprogramm' (1956) ging davon aus, daß man von Anfang an Plutonium brauche, 'um so früh wie möglich Brüter und andere Leistungsreaktoren auf Pu-Basis in Angriff nehmen zu können', aber von diesen 'anderen Leistungsreaktoren auf Pu-Basis' gab es damals wie später keine klare Vorstellung und die Schnellen Brüter lagen 1956 noch in weiter Ferne. Der Physiker und SPD-Abgeordnete Prof. Bechert, 1962-65 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Atomkernenergie, sah in der Fixierung auf die Plutonium-Produktion einen Beweis dafür, daß hinter dem 'Reaktorrummel' 'vorwiegend militärische Interessen gestanden' hätten. In dem Bundestagsausschuß scheint diese Bemerkung (1960) keinen Widerspruch gefunden zu haben.«

Es gab zu jener Zeit keine andere Verwendung für Plutonium als den Bombenbau. »Man darf nicht erwarten, daß solche Absichten bei der Verkündigung der Plutonium-Priorität ausgesprochen wurden, aber man kann davon ausgehen, daß jedem Beteiligten gegenwärtig war, daß Plutonium zu jener Zeit nur zur Waffenproduktion zu gebrauchen war.« Zumindest die Möglichkeit, eigene Atomwaffen zu produzieren, bildete das Bindeglied zwischen Adenauers »Politik der Stärke« und der Interessenkoalition von Siemens und der Chemieindustrie mit der »Wehrkoalition«; diese Möglichkeit sollte als Trumpfkarte ausgespielt werden, falls die USA die Bundeswehr nicht, wie gehofft und auch immer offener avisiert, mit Atomwaffen ausrüsten würde.

Die gleiche Zielsetzung bestimmte auch die ersten Verhandlungen mit Frankreich über die Europäische Atomgemeinschaft. Auch bei diesen Verhandlungen – der Vorschlag dazu war offenbar von der Hohen Behörde der europäischen Montanunion ausgegangen – spiegelten sich die inneren Konflikte um die Rolle der Atomforschung und des »Big Science« wider; so konnten die Elektrokonzerne und die IG-Farben-Nachfolger keinen Vorteil darin sehen, ihre Autarkiepläne der Disposition einer Europabehörde zu unterstellen, während die von Wirtschaftsminister Erhard & Co repräsentierten Industriegruppen hinter diesem Projekt einen europäischen Dirigismus vermuteten. Jedoch der französische Vorschlag für eine gemeinsame Urananreicherungsanlage entsprach durchaus der Adenauerschen Politik: das angereicherte Uran hätte der zweite Grundstoff für die Atombombenproduktion werden können. So schrieb die Zeitschrift »Wehrkunde« im Oktober 1956: »Würden sich die Kenntnisse lediglich auf den friedlich-wirtschaftlichen Bereich beschränken, entstünde teilweise ein Informationsmonopol für Frankreich, das in vier bis fünf Jahren selbst Atomwaffen herstellen möchte. Eine solche Lösung wäre eine Diskriminierung der anderen teilnehmenden Länder – vor allem der Bundesrepublik, die in den Pariser Verträgen auf die Produktion von Kernwaffen verzichtete –, weil sich wirtschaftlich-technische Daten der Atomenergie nicht trennen lassen. Die Kontrollen und der Informationsaustausch müssen daher die friedliche und die militärische Nutzung umfassen.«

Daß die Autarkiepläne um die Plutoniumproduktion doch nur Pläne und Projektionen waren, wurde klar, als der Mangel an national und international unkontrolliert verfügbarem Natururan zu Beginn der 60er Jahre immer deutlicher wurde. Daß das Euratom-Projekt schließlich der Durchsetzung der Interessen der US-Atomkonzerne in Europa diente, die die nationale politische Dimension der Schwerwasser-Natururanlinie dann letztlich zu Fall brachte, daß der Griff zur deutschen Atombombe unter Verteidigungsminister Strauß einen bemerkenswerten Höhepunkt erreichte und mit seinem Sturz seine zentrale Bedeutung verlor, soll im folgenden gezeigt werden: in der Atomtechnologie spiegelt sich dieser Schritt in der Durchsetzung der Leichtwasserraktoren wider. Die Stagnation und Umorientierung der Jahre 1957-62 soll in den folgenden Kapiteln skizziert werden.

Für die Zeit bis 1957 bleibt festzuhalten, daß die Konstellation der Atominteressen bruchlos an die Politik des NS-Staates angeschlossen hatte: von der Kontinuität der Wissenschaftler über die Autarkie- und Expansionspläne vor allem der IG-Farben-Nachfolger bis zur Adenauerschen Europa-Integration mit Expansionsziel nach Osten – mit der Erweiterung, daß die Atomfrage nach Hiroshima so entscheidend an Bedeutung gewonnen hatte, daß man sich nun am »Big Science« und an dem



Taktieren mit der NATO orientierte. Auch wenn die Planungsdokumente der Atomprojekte der Adenauer-Zeit das militärische Ziel stets verschwiegen, auch wenn sich vor allem deshalb alle Arbeiten über die Atomentwicklung in der BRD explizit auf die »friedliche Entwicklung« beziehen, gibt es allen Grund festzuhalten, daß die westdeutsche Reaktorentwicklung in ihrer Anfangsphase ein Projekt gewesen ist, bei dem »Big Science«, der Drang nach »Weltgeltung« und die Option auf die Atombombe gleichermaßen Pate gestanden haben.

V. Die Änderung der US-Militärstrategie und das Straußsche Va Banque (1957-62)

Die amerikanische Militärstrategie der »strategischen Vergeltung«, die sich auf die Übermacht der US-Atombomberflotte und die zahlenmäßige Überlegenheit der »taktischen« Atomwaffen begründet hatte, und mit dieser Strategie auch zunehmend die Bereitschaft der Eisenhower-Administration, die Atomrüstung auch den kleineren Verbündeten zugänglich zu machen, geriet 1957 in eine tiefe Krise (die noch verstärkt wurde durch den Übergang Frankreichs zur gaullistischen Präsidialdiktatur mit ihren Sonderinteressen in Nordafrika und ihrem schrittweisen Rückzug aus der NATO). Diese Krise stand unter dem Zeichen des Sputnik, des ersten Satteliten, den die UdSSR im Oktober 1957 in die Erdumlaufbahn schoß. Die USA verfügten noch über keine Interkontinentalraketen, und das Pentagon konnte nun nicht mehr ausschließen, daß ein auf die »strategische Vergeltung« folgender sowjetischer Gegenschlag das Territorium der USA gleichermaßen vernichten würde: dies war die Grundlage der »friedlichen Koexistenz«, die auf dem 20. Parteitag der russischen KP verkündet worden war.

Aber der »friedliche Wettstreit der Systeme« lag keineswegs auf der Linie der geopolitischen Strategie des US-Imperialismus. Vielmehr ging es ihm nun darum, zunächst die neue »Raketenlücke« durch eine Verdichtung des Mittelstreckensystems rund um die Ostblockstaaten auszugleichen. Der NATO-Rat paßte sich dem »Ernst der Lage« an, indem er im Dezember 1957 erklärte, daß »die NATO entschieden hat, Depots für nukleare Raketensprengköpfe zu schaffen, die im Notfall sofort für die Verteidigung der Allianz zur Verfügung stehen werden. Aufgrund der gegenwärtigen Politik der Sowjets auf dem Gebiet

der modernen Waffen hat der Atlantische Rat außerdem entschieden, daß die ballistischen Rakteten mittlerer Reichweite dem (europäischen NATO-Kommandierenden) SACEUR zur Verfügung gestellt werden müssen«, also auch in einem begrenzten europäischen Konflikt eingesetzt werden sollten.

Aber anders als bei den heutigen Pershing-II-Beschlüssen des NATO-Rates verbarg sich hinter der diensteifrigen Fügsamkeit der kleinen NATO-Partner eine heftige Opposition gegen die amerikanischen Pläne. Die Mittelstreckenraketen wären das erste Ziel des Gegners, Europa damit das erste der Vernichtung preisgegebene Schlachtfeld. Würden sich die USA dann aus dem »begrenzten europäischen Krieg« zurückziehen, um selber der Vernichtung durch die Interkontinentalraketen zu entgehen? Mit einem angreifbar gewordenen Seniorpartner schienen sowohl die Rückeroberung der Ostgebiete wie auch die westliche Vorherrschaft auf dem Weltmarkt in Frage gestellt – welchen Sinn sollte es dann haben, den Lückenbüßer für die US-Atomstrategie zu spielen? Schließlich waren nur England, die Türkei und Italien bereit, die Installation von Abschußrampen für die amerikanischen Thor- und Jupiterraketen zu gestatten und entsprechende Depots für strategische Atomsprengköpfe einzurichten.

Aber die Stationierung dieser Mittelstreckenraketen stellte nur den Übergang dar zu einer radikalen Wende der US-Geostrategie. Während die amerikanischen Befehlshaber der europäischen NATO-Gruppen zunächst die Strategie von »Option« und »Pause« verkündeten und damit den atomaren Automatismus der »strategischen Vergeltung« zurücknahmen – mit dem »Gleichgewicht des Schreckens« war der Wunsch nach einer flexibleren »Option« für den Atomwaffeneinsatz und einer »Pause« für Verhandlungen vor dem Inferno in den Mittelpunkt gerückt – wuchs in den Planungsstäben der US-Militärmaschinerie die Fraktion derer, die die »strategische Vergeltung« durch ein grundsätzlich flexibleres Konzept ersetzen wollten. Taylor, Kissinger, Osgood usw. plädierten erstens dafür, auf amerikanischer Seite ebenfalls ein interkontinental-nukleares Vernichtungspotential zu schaffen und gleichzeitig so auszubauen, daß Teile davon auch nach einem präventiven Nuklearangriff des Gegners einsatzfähig bleiben würden – ein Vorgang, der als »Härtung« der strategischen Vernichtungspotentiale bezeichnet wurde. Zweitens sollte der Ausbau dieser »Second-Strike-Capability« dazu benutzt werden, die zukünftigen militärischen Aggressionshandlungen auf »konventionelle« oder sogar »subversive« Operationsbereiche zu reduzieren: das nukleare Patt sollte also dazu dienen, unterhalb der Schwelle der totalen Vernichtung das Kriegführen wieder möglich zu machen.

Wie wollte nun die westdeutsche »Wehrkoalition« auf diese Tendenzwende in der amerikanischen Strategie reagieren? Wenn der atomare Automatismus wie bisher nicht mehr funktionierte, wollte man nun versuchen, ihn in eigener Regie zu übernehmen? Dazu waren aber endgültig eigene Atomwaffen erforderlich, denn nur mit diesen schien es möglich, die Strategie der »Vorwärtsverteidigung« aufrechtzuhalten auch gegen die US-Interessen, aufgrund der eigenen Verletzlichkeit eine nukleare Eskalation so lange wie möglich zu vermeiden. Aber eine autarkistische westdeutsche Variante der »Force de Frappe« war aufgrund des technologischen Rückstandes noch verfrüht und ein Arrangement mit Frankreich scheiterte – abgesehen vom zunehmenden Desinteresse des gaullistischen Frankreich – an der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom US-Kapital. Es blieb nur, den bisher eingeschlagenen Weg zur Verfügungsgewalt über die amerikanischen taktischen Atomwaffen nun im Wettlauf gegen die Zeit fortzusetzen in einer Politik des nuklearen Va Banque, die bis zum Sturz des Verteidigungsministers Strauß immer bedrohlicher gesteigert wurde.

Noch vor dem Start des Sputnik hatte die Wehrkoalition einen entscheidenden Durchbruch erreicht: im NATO-Ausrüstungsplan MC70 war die Umrüstung der europäischen NATO-Armeen für den taktischen Atomkrieg beschlossen worden mit einer konventionellen »Restkapazität«, die dazu dienen sollte, der modernisierten Armee für kurze Zeit die Entscheidungsfreiheit zur nuklearen Eskalation zu lassen. Zum Kernstück der westdeutschen Aufrüstung wurde die Luftwaffe, deren 28 Schwadrone vor allem die »Vorwärtsverteidigung« mit taktischen Atomwaffen tragen sollten und mit den neuesten Luftabwehrraketen kombiniert werden sollten, während die taktische Luftunterstützung der (mit Atom-Granatwerfern ebenfalls zu modernisierenden) Bodentruppen nur noch geringe Bedeutung hatte.

Während die Heeresgeneralität diesen Plan als »abenteuerlich« bezeichnete, weil bei »massiven Grenzüberschreitungen« von der DDR aus oder im Fall von Unruhen im Ostblock Atombomber kein geeignetes Instrument seien; während die Kontroverse noch ausgetragen wurde, ob die neue Luftflotte ein Instrument der Abschreckung sei oder ob nicht vielmehr, so Strauß, auch ein »begrenzter nuklearer Krieg« durch sie möglich sein würde, betrieb das Verteidigungsministerium die atomfähige Ausrüstung der Bundeswehr mit größter Eile. Im Oktober 1958 wurde die Anschaffung der amerikanischen Starfighter (gegen die französischen Mirage) beschlossen, wobei ein Teil der Flugzeuge in deutschen Lizenzproduktion hergestellt werden sollte. Nach 1959 gelang es Strauß dann auf der Linie der »Kirchheimer Beschlüsse« immer erfolgreicher, Rüstungsforschungsprogramme mit der Industrie gegen die Opposition des Kreises um Erhard gegen die »militärische Herrschaft über die Wirtschaft« durchzusetzen durch Förderung der Fahrzeuge-, Werft- und Flugzeug- wie Raketenindustrie. Der Durchbruch zur »vierten Atommacht Europa« schien gekommen, als NATO-Europakommandeur Norstad Anfang 1960 erneut Vorschläge zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa vorlegte: die neue Pershing-Feststoffrakete würde die »Raketenlücke« ausgleichen, bald auch in europäischer Lizenzproduktion hergestellt werden können und nach einer Übergangszeit des amerikanisch-europäischen »Doppelschlüssels« in eigener europäischer Produktion und Verfügungsgewalt stehen.

Als das Verteidigungsministerium die Anschaffung des Starfighter durchsetzte, tat sie es mit dem Wissen, daß diese »für den vorbeugenden Schlag prädestiniert (sind), weil sie, auf die kilometerlangen Betonpisten angewiesen, durch Raketenbeschuß oder Bombenabwurf beim feindlichen Eröffnungschlag sehr gefährdet sind.« Damit war die zukünftige Blitzkriegskonzeption der Gruppe um Strauß klar: am Anfang stand der »vorbeugende Angriff«, der durch die atomare Luftflotte vorgetragen würde, wobei allerdings die Landebahnen für die Starfighter nach dem Angriff durch Schläge des Gegners bereits zerstört sein würden – beim Absturz jedes Starfighters ist zu bedenken, daß dieses Flugzeug von vornherein für den einmaligen Gebrauch bestimmt gewesen ist.

Die Strategie des »vorbeugenden Angriffs« wurde besonders im Zusammenhang mit der Berlin-Krise 1958 und dann erneut 1961 diskutiert: NATO-Truppen sollten entlang der Transitwege nach Berlin vorstoßen, wobei eine Massierung der russischen Panzer durch die Bedrohung mit taktischen Atomwaffen verhindert werden sollte, soweit ihre Bereitstellungsräume nicht gleichzeitig durch den »vorbeugenden Schlag« vernichtet würden; etwa gemäß dem strategischen Wunschdenken eines Helmut Schmidt, der 1961 in seinem Buch »Verteidigung oder Vergeltung« schrieb, daß »die Strategie des Überraschungsangriffs ... kein hartes Waffensystem« erfordere, »notwendig (seien) jedoch die Fähigkeiten zum Durchstoßen einer intakten gegnerischen Luftverteidigung und vor allem zur ausreichen-

den Zerstörung des gegnerischen Vergeltungspotentials. Die Angriffsstrategie (müsse) sich vornehmlich gegen die nukleare Streitmacht des Gegners und zur Ergängzung gegen Industrie- und Bevölkerungsmassierungen richten. Sie (setze) infolgedessen genaue Vermessungen hinsichtlich der Basen der nuklearen Streitkräfte des Gegners voraus«. Und in der »Wehrwissenschaftlichen Rundschau« (1961, S. 160: »Zweck und Mittel des Krieges unter Beachtung der Kernenergieforschung und Flugkörperentwicklung«) steht zu lesen: »Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten auf friedlichem Wege ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des status quo oder der Aufgabe eigener Prinzipien. Die gewaltsame Änderung heißt Krieg mit dem Ziel, die latente Gefahr des Bolschewismus für die Freiheit der westlichen Welt auszuschalten, um selbst eine neue Ordnung ... zu begründen«.

Wenn 1961 im »Führungsstab« der Bundeswehr äußerst stark auf den Beginn eines derartigen Blitzkrieges gedrängt wurde, so geschah das in dem Wissen, daß die westdeutsche Verfügungsgewalt über US-Atomwaffen bald ihren Höhepunkt vorerst überschritten haben würde. Im Pentagon setzte sich immer breiter die Strategie der »flexible response« durch, die den Einsatz von Atomwaffen auch als Schritt zur Selbstvernichtung begriff. Im amerikanischen Kongreß geriet der Beschluß zur Ausrüstung der europäischen Verbündeten mit Pershing-Raketen immer stärker in die Schußlinie, und nachdem bekannt geworden war, daß die deutschen Starfighter mit Atombomben bestückt und nur locker bewacht auf den Startpisten standen, forderte er entschieden eine Verschärfung der US-Kontrollen über die Atomdepots im Ausland. Als schließlich die Kennedy-Administration und ihr Verteidigungsminister McNamara den Ausrüstungsplan MC 70 in Frage stellten und die unter Eisenhower getätigten Vordiskussionen für den nachfolgenden Plan MC 96 im September 1961 völlig zugunsten einer konventionellen Ausrüstung der europäischen Streitkräfte revidierte, schien die Uhr für die deutschen Atomblitzkriegspläne abgelaufen, wobei die Ablösung des NATO-Europa-Kommandierenden Norstad nur die Spitze des Eisbergers war.

Schließlich brachte das NATO-Manöver »Fallex 62« den eindeutigen Beweis, daß eine militärische Balance zwischen den Truppen der NATO und des Warschauer Paktes nur durch massive konventionelle Verstärkung der europäischen Truppen erreicht werden konnte, bzw. anders herum, daß der überraschende Atomschlag auf den Osten sehr bald, nämlich noch vor der Verbunkerung des Vernichtungspotentials der Warschauer-Pakt-Staaten, erfolgen mußte, wenn er nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben sollte. Und genau dies wurde in einem Memorandum der Luftwaffen-Generäle nach dem Fallex-Manöver auch gefordert (welches nicht das einzige seiner Art war und nur ein vorhergehendes aus dem Jahre 1956 aktualisiert hatte); die Generäle forderten umgehend den vorbeugenden Atomschlag. Die inhaltliche teilweise Veröffentlichung dieses Memorandums im »Spiegel« und die nachfolgende Affäre, die zum Rücktritt von Strauß führte, setzte dann schließlich die neue Strategie der »Flexible Response« auch im deutschen Militärapparat durch.

Daß wir am Leben sind, verdanken wir auch der Tatsache, daß auf dem Höhepunkt der Kontroverse zwischen »vorbeugendem Schlag« oder »flexibler Antwort« die autark zu produzierende deutsche Atombombe, die deutsche Raketentechnik und Rüstungstechnologie noch nicht weit genug fortgeschritten waren, daß sie wie geplant als Alternative zur Aufrüstung durch Amerika bereits zur Verfügung standen. Strauß war mit seinem Va Banque der Entwicklung der Nuklear – und auch der Rüstungsforschung zu weit vorausgeeilt – außerdem hatte auf dem Atomsektor die amerikanische Leichtwasserreaktortechnologie die Plutoniumpläne der westdeutschen Atomexponenten bereits in den Hintergrund gedrängt.

VI. Zur Entwicklung der Atomforschung 1957-62

Die atomaren Ambitionen der Gruppe um Strauß liefen der westdeutschen Atom- und Reaktorforschung in den Jahren bis 1962 weit davon. Nicht nur der technologische Rückstand, der das Eindringen der ersten amerikanischen kommerziellen Reaktortypen, der Leichtwasserreaktoren, erleichterte, sondern auch Interessenkonflikte innerhalb der Atomindustriegruppe und die Sonderinteressen der Montanindustrie und der Stromkonzerne spielten dabei eine wichtige Rolle: die »Wehrkoalition« mußte auf die nationale Bombe in der Hinterhand bis auf weiteres verzichten.

Obwohl Stauß-Nachfolger Balke bereits bei seinem Amtsantritt im November 1956 die Experimentiertätigkeit in der Atomindustrie für beendet erklärte und verkündete, hinfort müßten hunderte von Millionen Mark bereitgestellt werden, wenn auf diesem Gebiet vernünftig gearbeitet werden sollte, so litt die Atomforschung doch, je mehr sich ihre unmittelbare militärische Bedeutungslosigkeit herausstellte, desto stärker unter den Einflüssen der verschiedenen Industriegruppen. Die ansteigenden Importe des billigen Öls als Energiequelle bewirkten, daß einerseits die Stromkonzerne sich auf ölgefeurte Kraftwerke (und ihre auseigenen Kohlezechen) konzentrierten und ihnen die Atomenergie für die nähere Zukunft keineswegs dringlich erschien, andererseits geriet 1957/58 die Montanindustrie aus dem gleichen Grund in eine Strukturkrise, aus der sie sich ohne Profiteinbußen nur mit massiven Subventionen befreien konnte – Subventionen, die auch die Reaktorindustrie dringlich benötigte, wenn sie sich nach den Vorstellungen der »Atomkommission« entwickeln sollte. Das Scheitern der verschiedenen Vorlagen für ein Atomgesetz, das schließlich 1959 verabschiedet wurde, hatte auch diesen Grund: den Entwurf der Atomkommission, der den Chemie- und Elektrokonzernen weitgehende Bewegungsfreiheit garantierte, brachten 1957 44 Abgeordnete der CDU zu Fall, weil er sich nur auf die friedliche Nutzung der Atomenergie bezog. Dazu schrieb der SPD-Abgeordnete Ratzel 1958 im »Vorwärts«, es sei inzwischen unbestritten, »daß diese Vorlage an den Intrigen gewisser Wirtschaftskreise, insbesondere des Ruhrbergbaues, scheiterte. Sie verstanden es damals, den Bundeskanzler in panische Angst zu versetzen mit der Behauptung, die Grundgesetzänderung mache eine Atombewaffnung der Bundeswehr umöglich ...«

Als das Atomgesetz – übrigens mit einer Klausel, die »im Dienstbereich der Bundeswehr« die Nutzung der Kernenergie dem Verteidigungsminister übertrug – 1959 verabschiedet war, waren zwei kostbare Jahre für die massive Finanzierung eines Atomprogrammes aus Bundesmitteln verloren. »Jedes Jahr, das verloren geht, bedeutet für uns einen Gewinn«, frohlockte der Bergbauindustrielle Reusch, und ein anderer Zechenherr schrieb: »Die Kohle muß Einfluß auf die atomare Gesetzgebung gewinnen, und sich ihr widersetzen, sobald sich für den Kohlebergbau und die nationalen und übernationalen Interessen an ihm Möglichkeiten der Schadensauswirkung zeigen ... was die Kohle von heute bis 1970 tut, ist entscheidend für das, was die nukleare Kraft nach 1970 sein wird.«

Den Interessen des Bergbaues kam entgegen, daß die in der Atomkommission vertretenden Industriegruppen auch gegen einander heftig intrigierten; im Streit um die zunächst noch spärlichen Forschungsmittel prallten eine Vielfalt von Entwicklungsprogrammen und Geschäftsinteressen aufeinander. Auch die Kohle stieg in die nukleartechnichen Verbände, die zwischen 1957 und 59 wie Pilze aus dem Boden schossen, mit dem Ziel der Verzögerung ein, in die »Arbeitsgemeinschaft für Kerntechnik«, die »Deutsche Gesellschaft für Kernenergie e.V.«, die Gesellschaft »Atome für den Frieden e.V.«. Diese Verbände wurden 1959 im »Atomforum« zusammengefaßt, worin sich die Vertreter der IG Farben-Nachfolger nach mühsamen Manövern die Oberhand sicherten, und das dann in Konkurrenz zur »Atomkommission« als zentralem Planungsgremium trat. Damit sollte offenbar auch das starke Gewicht der Elektrokonzerne AEG und Siemens zurückgedrängt werden: Balke selber war ein Manager aus der IG Farben, und die Chemie vertrat viel länger die autarkistischen Interessen der Schwerwasser- und Plutoniumproduktion als die Elektrokonzerne, die bereits im Oktober 1955 erste Kontakte mit den großen US-Konzernen aufgenommen hatten und 1957 erste Kontraktabschlüsse tätigten.

Im Gästehaus der Farbwerke Hoechst entwarfen Vertreter aus Industrie und Wissenschaft im August 1957 auf einer vertraulichen Tagung die Grundzüge für ein erstes Reaktorprogramm. Es war zunächst auf fünf Reaktoren von je 100 MW bis 1965 ausgelegt, sollte kurz darauf bis 1967 verdreifacht werden, wurde im Dezember dann wieder auf die 500 MW reduziert. In diesem Programm der »Atomkommission« sollten die folgenden fünf Projekte, die zum großen Teil bereits angelaufen waren, aus Bundesmitteln finanziert werden:

ein schwerwassermoderierter Natururan-Druckwasserreaktor der Siemsens-Schuckert-Werke mit 120 MW, ein leichtwassermoderierter und -gekühlter Reaktor der AEG mit angereichertem Uran als Brennstoff mit 100 MW (wobei sich die AEG auch mit einem graphitmoderierten, gasgekühlten Reaktor für angereichertes Uran und mit einem schwerwassermoderierten, gasgekühlten Natururanreaktor befaßte), ein gasgekühlter, graphitmoderierter Hochtemperaturreaktor für angereichertes Uran der Brown Boverie & Cie in Zusammenarbeit mit Krupp, 15 MW, zwei Reaktoren der Interatom (1958 von der Demag und der American Atomics Internat. gegründet), der eine schwerwassermoderiert und mit einer organischen Substanz gekühlt für Natururan, der andere organisch moderiert und gekühlt für angereichertes Uran.

Wie man sieht, dominierte in diesem Programm die autarkistische Natururanlinie; stärker als bisher sollten für diese Reaktoren die nationalen Uranvorkommen genutzt werden; eine Ausnahme bildete die AEG, die zu diesem Zeitpunkt bereits in enger Verbindung mit der amerikanischen General Electric stand. Mit diesem **»Eltviller Programm«** hatte man sich auf einen Finanzierungsmodus für die konkurrierenden Reaktortypen geeinigt – freilich war damit noch kein Stromkonzern gefunden, der diese Kraftwerke betreiben wollte; nur unter Druck bildeten sich Unternehmenszusammenschlüsse zur Betreibung von Leistungsreaktoren in Düsseldorf, Bayern, Hannover und Baden-Württemberg, die nun ihrerseits ebenfalls mit staatlichen Zuschüssen gefüttert werden mußten. Kaum verabschiedet, wurde dieses Programm aber schon ein Jahr später entscheidend revidiert. Auf der 2. Genfer Atomkonferenz im September 1958 war der Optimismus hinsichtlich der schnellen kommerziellen Nutzbarkeit der Atomenergie einer allgemeinen Ernüchterung gewichen, und die deutschen Kernphysiker mußten feststellen, daß sich der Vorsprung des Auslandes seit 1955 »in beunruhigendem Ausmaß verzögert« hatte.

Aber der Einbruch auf der Atomkonferenz war schon im vorausgehenden Jahr vorbereitet worden. Seit sich im Bonner Machtapparat der Gedanke zerschlagen hatte, zusammen mit Frankreich eine europäische Atommacht anzustreben, hatten sich in der Euratom – gegen den Widerstand Frankreichs – die Interessen des US-Kapitals immer breiter durchgesetzt, das einerseits an der Unterordnung der europäischen Forschungskapazitäten, vor allem aber an einem Exportmarkt und Erprobungsfeld für seine eigenen Reaktortechnologien interessiert war. Anfang 1957 waren drei Vertreter der Euratom, Armand, Etzel und Giordani, in die USA gefahren und hatten dort in enger Zusammenarbeit mit Beratern der US-Atomenergiebehörde ihre Schrift »Ein Ziel für Euratom« fertiggestellt. Darin war (wohl unter dem Eindruck der Suez-Krise) die Installation von Atomreaktoren von 15 000 MW bis 1967 projektiert worden (ein Vielfaches der nationalen Programme), und »im Gegensatz zu dem allgemeinen Eindruck jener Zeit, daß die britische und französische Gas-Graphit-Reaktorlinie die am weitesten entwickelte Technologie war (der Calder-Hall-Reaktor lieferte seit Oktober 1956 Plutonium und Strom), schätzte der Bericht die amerikanische Leichtwassertechnologie als gleichwertig ein« (obwohl der erste US-Leichtwasserreaktor noch im Bau war und die Erwartungen nicht erfüllte, als er 1958 kritisch wurde). Gleichzeitig war in diesem Bericht die Errichtung einer europäischen Urananreicherungsanlage, über die in der Euratom gerade verhandelt wurde, abgelehnt worden.

Dieser Euratom-Bericht, den man als Manifest des US-Kapitals für Europa bezeichnen kann, wurde von den Elektrokonzernen, die bereits Kontakte zu den US-Atomkonzernen hatten, mit Zustimmung aufgenommen. Siemens hatte Verbindungen mit Westinghouse (und lose Kontakte über die Gas-Graphit-Reaktorlinie mit English Electric), AEG mit General Electric, Demag mit Atomics Internat., die Gutehoffnungshütte mit General Atomic. Allein Krupp kooperierte mit einer britischen Firma, der Atomic Power Construction.

Nach alledem war jene 2. Genfer Atomkonferenz nur die Promotion-Veranstaltung für ein Abkommen zwischen den USA und Euratom, das im Mai 1958 ausgehandelt worden war (mit dem Widerspruch, daß Euratom Technologie entwickeln und die USA ihre Technologie installieren wollten) und dann im November unterzeichnet wurde. Es sah die Errichtung von 8 Reaktoren in Europa von insgesamt 1000 WM bis 1965 vor – natürlich Reaktoren der amerikanischen Leichtwasserlinie, darunter das AKW Grundremmingen, das von der AEG, General Electric und der Hochtief AG ab 1962 gebaut wurde – dem Konsortium, das bereits vorher, 1958, den Auftrag für das Versuchskraftwerk bei Großwelzheim verbuchen konnte (ein Kraftwerk, das von RWE und Bayernwerke an der »Atomkommission« vorbei lanciert worden war, vielleicht, um das Steuer herumzureißen zugunsten der Leichtwasserlinie, vielleicht, um sich vor dem Betreiben eines »richtigen« Atomkraftwerkes zu drücken – jedenfalls hatte sich RWE als größter Stromkonzern schon 1956 für die Leichtwasser-Reaktorlinie entschieden).
Dieses US-Euratom-Gemeinschaftsprogramm bedeutete den endgültigen Durchbruch für die amerikanische Rektortechnologie in der BRD. Zwar zogen sich die Verhandlungen mit Frankreich über die Errichtung eines Gas-Graphit-Reaktors in Fessenheim noch bis 1963 hin, aber nach dem Schwinden der »vierten Atommacht Europa« wurde auch dieses Projekt uninteressant.

Für das Atomministerium freilich blieb trotz des vorläufigen Scheiterns einer national-autarken Reaktorlinie eine deutsche Atomwirtschaft »eine Überlebensfrage der deutschen Wirtschaft überhaupt«, der »Sprung in die Atomtechnik« müsse getan werden »ohne Rücksicht darauf, ob man später einmal die Kernenergie zur Stromerzeugung verwenden wolle oder nicht«.

Es verdoppelt im März 1959 seine finanziellen Zusagen für die projektierten Leistungsreaktionen, stellte Investitionshilfen und die Förderung der Zulieferer in Aussicht (derartige Zuschüsse wurden für das o.g. Versuchskraftwerk Großwelzheim benutzt), aber eine Revision des »Eltviller Programms« war unumgänglich. 1960 wurde als Ersatz ein »Programm für fortgeschrittene Reaktoren« verabschiedet, in das auch der schon geplanten »Mehrzweckforschungsreaktor« Karlsruhe der Siemens-Schuckert-Werke und ein Heißdampfreaktor der AEG sowie eine natriumgekühlte Kernanalage Karlsruhe (erste Erprobung für Brutreaktoren) aufgenommen wurden (neben zwei weiteren Projekten, die Mitte der 60er Jahre eingestellt wurden). Aber die Elektrokonzerne waren endgültig auf Leichtwasserreaktoren als neuen Schwerpunkt eingeschwenkt: sie hatten sich ein Finanzierungsmodell gesichert, das sie für die amerikanische Technologie nun nutzen wollten – im Februar 1961 schon wurden in der »Atomkommission« die Grundzüge des »2. Atomprogrammes« entwickelt, dieses Programm wurde 1963 veröffentlicht und sah als erste Maßnahme die Förderung von zwei Leichtwasser-AKWs vor.

Wenn das Atomministerium, die autarkiebedachten Interessengruppen und die »Wehrkoalition« in Zukunft überhaupt auf eine zivil wie militärisch nutzbare Atomforschung rechnen wollten, mußten sie sich nach der Genfer Konferenz ganz auf die Forschungszentren Geesthacht, Karlsruhe und Jülich stützen. Aber auch dort kam die Entwicklung nur verzögert voran.

In Geesthacht wurden atomare Schiffsantriebe entwickelt, die wegen der mangelnden Rentabilität nur militärischen Nutzen haben würden – in diesem Zusammenhang wurde die Bundesregierung auch bei der WEU zwecks Aufhebung der Beschränkungen für atomgetriebene Kriegsschiffe aktiv: daraufhin entbrannte ein heftiger Konkurrenzkampf unter vier Forschungsgruppen.

In Karlsruhe hatte sich die Industrie geschickt aus der Finanzierung des Projektes herausgezogen; ihr genügte ein kleiner Finanzierungsanteil, um sich die Kontrolle über die Forschungsvorhaben zu sichern. Hier sollten die Arbeiten bis zur Entwicklungsreife vorangetrieben und die Nuklearindustrie mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen beliefert werden. Der Mitarbeiterstab, 1958 252 Mann, stieg 1960 über 1000.

Kernstück der Anlage war zunächst ein schwerwassermoderierter 10 MW-Natururanreaktor. Er wurde 1961 kritisch und in der Lage, jährlich etwa 3 kg Plutonium zu produzieren. Im gleichen Jahr wurde der Vertrag für den ebenfalls schwerwassermoderierten und natururanbetriebenen, schon mehrfach erwähnten »Mehrzweckforschungsreaktor« abgeschlossen: er war durch verkürzte Abbrandzeiten für die Brennelemente eine ideale Plutoniummaschine, außerdem konnte über eine ferngelenkte Ladeapparatur der Wechsel der Brennelemente kontinuierlich vorgenommen werden, ohne daß der Reaktor abgeschaltet werden mußte. Dieser Reaktor wurde aber erst 1965 kritisch (als der Traum von den nationalen Uranvorräten ausgeträumt war).

Allerdings hatte nun, 1960, die Plutoniumproduktion nicht mehr ausschließlich militärische Gründe, denn inzwischen war die Forschungsgruppe um Wirtz »wachsend auf die Projektierung eines schnellen Brutreaktors ausgerichtet«, also des Reaktors, der aus Uran 238 massenhaft Plutonium erbrüten sollte (und dessen spezielle Sicherheitsprobleme inzwischen wohl bekannt sind). Damit rückte auch die »Schließung des Brennstoffkreislaufes« und die Handhabung und Wiederaufbereitung der Brennelemente zunehmend in das Blickfeld. Nachdem die Euratom das französische Schnellbrüterprojekt Cadarache in ihre Förderung aufgenommen hatte, assozierte sie sich etwas später auch mit dem Karlsruher Konkurrenzprojekt, was den Fortgang der Arbeiten durch die Aufstellung eines 5-Jahres-Planes entscheidend vorantrieb. Darüberhinaus sollte über Euratom auch der Einstand an Nuklearmaterial für dieses Projekt beschafft werden – man hatte vorher vergeblich mit den USA über die Lieferung von angereichertem Uran und 200 kg Plutonium verhandelt (daraus konnte man 22 Bomben vom Hiroshima-Typ herstellen; das Material wurde erst 1964 geliefert, nachdem die Staußsche Va Banque-Politik endgültig beigelegt war) – erst später entdeckte man, »daß dieselben Typen von Schnellen Brütern, die mit Plutonium als Spaltstoffeinsatz technisch unverändert arbeiten können und sich dann im Laufe der Zeit von selbst zu Plutonium als Spaltstoffeinsatz hinüberbrennen«.

In Jülich schließlich erfolgte die Grundsteinlegung erst im Juni 1958; das Projekt konzentrierte sich einerseits auf die Entwicklung eines dampfgekühlten Schnellen Brüters, andererseits betrieb das Institut bald die Beschleunigung der Entwicklungsarbeiten zur Urananreicherung, die an verschiedenen Hochschulinstituten schon dezentralisiert betrieben wurden, um damit die Schließung des Brennstoffkreislaufes von der anderen Seite her in Angriff zu nehmen. Außerdem wurden von hier aus die Vorarbeiten für einen Hochtemperatur-Reaktor begonnen, in Zusammenarbeit mit einem BBC-Krupp-Konsortium. Am Rande soll noch erwähnt werden, daß die Industrie durch Schenkungen und Finanzierung von Reaktoren auch die Forschung an den Hochschulen unter ihre Kontrolle brachte. Der erste bundesdeutsche Kleinreaktor wurde 1957 in Garching kritisch, unter dem Einfluß von Siemens; Hoechst schenkte dem frankfurter Institut für Kernphysik 1958 einen Reaktor, und im gleichen Jahr wurde in Berlin ein »auf das Drängen interessierter Wirtschaftskreise« gebauter Hochschulreaktor kritisch.

Wir haben somit eine Reihe von Ursachen benannt, die die Lücke zwischen dem nuklearen Va Banque der Strauß'schen Kriegspolitik und der Entwicklung der Atomforschung in der BRD bedingt haben. Man spricht seither von der »friedlichen Kernenergienutzung in Deutschland«, ohne sich klar zu machen, daß diese Nutzung nicht von vornherein so »friedlich« gewesen ist und daß dabei eine Reihe von Interessenkonflikten und die Interessen der USA und der US-Konzerne disziplinierend eingewirkt haben. Die Durchsetzung der Leichtwasserreaktortechnik hatte seinen Grund dabei nicht darin, daß dies die »rentabelste« Form des Atomreaktors darstellte: sie entsprach vielmehr den Interessen der USA, ihre gigantischen militärischen Urananreicherungsanlagen auch nach Füllung der Bombenarsenale weiter zu nutzen und über den Export angereicherten Urans den internationalen Brennstoffmarkt zu kontrollieren, und sie entsprach den Interessen der zwei stärksten US-Atomkonzerne General Electric und Westinghouse, die diese Technik als erste serienmäßig herstellen konnten aufgrund der Ähnlichkeit ihrer Konstruktionsmerkmale mit konventionellen Dampfkraftwerken. (Die Leichtwasserreaktoren wurden übrigens anfangs für den Antrieb von Atom-U-Booten, also für sehr viel kleinere Verhältnisse entwickelt; Finkelnburg (Siemens) bezeichnete ihn 1959 als den »gefährlichste(n) Typ unter den flüssigkeitsgekühlten Reaktoren«.)

Daß die Atommafia ihre »unfriedlichen« Ziele damit keineswegs aufgegeben hatte, sondern sie nun auf einem internationalen Niveau reproduzierte, und daß auch das Streben nach Autarkie nie wirklich aufhörte, sondern nur bis zur Zeit nach der Durchsetzung der Brutreaktoren verschoben wurde, bleibt in den folgenden Abschnitten zu beschreiben.

»Flexible Response« und »Gesamtverteidigung« in den 60er Jahren

Die Durchsetzung der »flexiblen Antwort« in den USA stand unter den zwei Zielen, einerseits das Gleichgewicht des Schreckens gegenüber der UdSSR einschließlich einer »second strike capability« wiederherzustellen und langfristig ein atomares Patt zu sichern und andererseits den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln für die drei Kontinente verfügbar zu machen.

In den »tausend Tagen« der Kennedy-Administration beliefen sich die Militärausgaben auf 167 Milliarden Dollar, 65 Millionen Dollar mehr pro Tag als während der dreimal so langen Präsidentschaft Eisenhowers. Das Militärpotential wurde folgendermaßen ausgeweitet: Polaris-U-Boote 50 %, thermonukleare Waffen für die Streitkräfte 100 %, taktische Nuklearstreitkräfte für Europa 60 %, mobile Einsatzdivisionen 45 %, Schiffsbauten 100 %, taktische Luftwaffe 100 %, Transportflugzeuge 175 %, Steigerung der Streitkräfte für den »Counter Insurgency Warfare« um 600 %. Dieser Aufrüstungssprung ging einher mit einer technischen und ökonomischen Rationalisierung der Vernichtung: dazu gehörten auf der technischen Seite die neue Rolle der elektronischen Waffensysteme, die abgestuften Detonationsstärken bei verbesserter Zielgenauigkeit der atomaren Sprengköpfe (deren Einführung in die NATO bis 1965 abgeschlossen wurde), verbunden mit neuen Generationen von Trägerraketen (wie Corporal, Sergeant, Pershing) und der Modernisierung der Raketenbewaffnung der Marine, neue Kettenfahrzeuge; auf der organisatorischen Ebene gehörten dazu die Reorganisation der US-Landstreitkräfte 1963 (und in der BRD Ende der 60er), um eine beweglichere Kampfführung sowohl im Übergang vom konventionellen zum atomaren Krieg als auch in den drei Kontinenten zu gewinnen, die Kybernetisierung der Truppenführung, die Reorganisation der Mobilisierung, der Bereitstellungsräume und der Rekrutierung, schließlich auch die betriebswirtschaftliche Reorganisation der »Verteidigungsleistung« (»Unternehmer in Uniform«, »Wir produzieren Sicherheit«).

Die Folge der Abkommen zwischen den USA und der UdSSR seit 1963 zeigt, daß es den USA nun vor allem um ein Arrangement der Supermächte (und damit um freie Hand in den drei Kontinenten) ging: Nach dem Antarktisvertrag (1959) wurde der Atomwaffen-Teststopp-Vertrag 1963 abgeschlossen, in dem Jahr, in dem die USA erstmals offen in Vietnam intervenierte; es folgten der Sperrvertrag für Atomwaffen 1968, der Vertrag zur Freihaltung des Meeresbodens 1971, das Verbot der biologischen Waffen im gleichen Jahr, das SALT-I-Abkommen zur Begrenzung antiballistischer Interkontinentalraketen 1972.

Parallel zur Rationalisierung der Vernichtung entwickelte sich, zunächst in den USA, später auch in der BRD, die Rationalisierung der Kriegsangst und der Kriegsfolgen. So berechnete H. Kahn 1960 (On Thermonuclear War), daß das US-Sozialprodukt über die 60er Jahre jeglichen thermonuklearen Krieg durchaus würde überleben und sich schneller als das russische würde erholen können. Die Eierköpfe der US-Luftwaffe in der RAND-Corporation gingen sogar so weit, einen atomaren Schlagaustausch als sozialdarwinistische Bereinigung der Gesellschaft zu interpretieren, weil die produktive Kernschicht der Bevölkerung besser überlebensfähig wäre (I.S. Cowry: The Postattack Population of the United States, 1966): Die, die wahrscheinlich am meisten darunter leiden würden, sind wohl die Menschen mit geringen oder gar keinen produktiven Möglichkeiten: alte Menschen, chronisch Kranke und Geistesschwache ... Wenigstens in diesem Sinne würde eine Gesellschaft unter starker Belastung ohne ihre alten und schwachen Mitglieder besser dran sein ... Der einfachste Weg, eine solche, mit der Moral unvereinbare, aber für ein Gemeinwesen vielleicht doch nützliche Politik durchzuführen, wäre die, nichts zu tun. Wenn sie in große Bedrängnis geraten, werden die Führer einer von Angriffen bedrohten Gesellschaft ihre Probleme wahrscheinlich dadurch lösen, daß sie für die Älteren, Geistesschwachen und chronisch Kranken keine besondere Sorge mehr treffen ... Die Regierung würde es wohl nicht können, wohl auch nicht versuchen, die Verwandten und Freunde der Alten daran zu hindern, diesen zu helfen; aber alles in allem würde der Anteil der Alten am Nationalprodukt sicherlich sinken.« (Der gleiche Gedankengang steht hier Pate, wenn Schutzeinrichtungen für die Zivilbevölkerung an den Arbeitsplätzen und nicht an den Wohnorten errichtet werden.) Die Rationalisierung der Vernichtung erinnert auch an die Planungen für Störfälle in AKWs 10 Jahre später – aber wohl nirgends ist sie so systematisch betrieben worden wie in der westdeutschen Konzeption der »Gesamtverteidigung«.

Als Strauß im Jahre 1963 durch v.Hassel abgelöst wurde, hatte die Umstellung der Bundeswehr auf die »flexible response« in ersten Schritten bereits begonnen. Nach dem Bau der Berliner Mauer war die Wehrdienstzeit auf 18 Monate heraufgesetzt worden, der Wehretat wurde von 1961 bis 1963 um 55 % gesteigert, der Personalbestand wuchs von 272.000 auf 390.000 Ende 1963. Notgedrungen arrangierte man sich mit den massiven Forderungen der Kennedy-Administration, die auf den »begrenzten Krieg« in Europa so großes Gewicht legte. McNamara in einer Rede 1963: »Die Möglichkeit, daß man nichtnukleare Kriege im asiatischen Südosten, im mittleren Orient und in anderen Gebieten der Welt führen muß ... ist allgemein ohne Diskussion angenommen worden, ausgenommen Kriege, die in Europa geführt werden. Viele glauben, daß jede militärische Aktion in Europa auch die sofortige Verwendung von nuklearen Waffen erfordere, und ich beharre auf dem Wort 'sofort'. Gewiß, einem massiven Angiff wird man, um zu antworten, mit allen erforderlichen Waffen begegnen müssen ... und ich habe wiederholt erklärt, daß wir auch in Situationen des begrenzten Krieges die Anwendung taktischer nuklearer Waffen nicht ausschließen. Jedoch ... können wir in Westeuropa durchaus Situationen begegnen, in denen anfangs die Verwendung nuklearer Waffen, auch taktischer, nicht vorteilhaft sein kann für uns und unsere Alliierten, wenn die Möglichkeit besteht, mit nichtnuklearen Mitteln zu handeln.«

Parallel zur Anbindung an die neue NATO-Strategie wurden allerdings die Pläne für ein westdeutsches Verfügungsrecht über Atomwaffen bis weit in die 60er Jahre nicht aufgegeben. Bis 1965 liefen die Verhandlungen um eine mit Mittelstreckenraketen ausgerüstete »Multilaterale Flotte«, die in der Nordsee und im Mittelmeer auch mit Schiffen unter westdeutschem Kommando operieren sollte, und die den Atomträumen noch einmal zu neuer Blüte verhalfen; zum anderen versprach der 1963 mit de Gaulle abgeschlossene »Elysee-Vertrag« eine deutsch-französische Rüstungsintegration bei der Raketen- und Kriegsflugzeugentwicklung und in der Atomwirtschaft. Mit Hilfe eines massiven Rüstungsetats versuchte man, die konventionelle Funktion der Streitmacht in einer »Doppelstrategie« auf eigene Faust durch atomfähige Waffensysteme zu ergänzen: dazu gehörten die 1962/63 beschafften »Starfighter« ebenso wie mit den Typen »Sergeant« und »Pershing« ausgerüstete Raketeneinheiten. Die Ausrüstung mit einer neuen, auch atomfähigen Artillerie stand zur Diskussion. Allerdings war sehr bald abzu-

sehen, daß die doppelte Rüstung den Etat in Kürze sprengen würde – immerhin brachte es die Bundeswehr so weit, daß sie 1966 als »drittstärkste Atommacht der Welt« gelten konnte, wie ein US-Regierungsbeamter ausführte: »die Deutschen hätten durch ihre 12 Divisionen und die F-104-Geschwader so viele Mehrzweckwaffen, daß ihre potentielle atomare Kraft hinter der der Sowjetunion einzustufen sei. Die 'Schlüssel' für die taktischen Atomwaffen hielten zwar die Amerikaner. Doch sei es selbstverständlich, daß mit der politischen Entscheidung, den atomaren Krieg zu führen, diese 'Schlüsselgewalt' aufgehoben werde«.

Mit der Ablösung Adenauers durch Erhard und Schröder setzte sich in der Regierungskoalition aber endgültig die »atlantische Fraktion« durch, die bedingungslos den US-Rüstungsinteressen zu folgen bereit war. Ab Ende 1964 wurde die »militärisch-technologische Zusammenarbeit« mit den USA auf eine neue Stufe gehoben. Einerseits gelang der westdeutschen Rüstungsindustrie bei einer Reihe von Projekten der Übergang von der Lizenzproduktion zur gemeinsamen Entwicklung, jedoch mußte sie auch eine Vielzahl von Projekten aufgeben: die Entwicklung der Lenkwaffenzerstörer ging an amerikanische Werften, die Entwicklung des Panzers »Leopard« wurde zurückgestellt, die der senkrechtstartenden Flugzeuge gestrichen. Im August 1966 schließlich wurden, nachdem der Rüstungsetat um eine halbe Milliarde Mark überschritten war, eine Reihe deutscher Großprojekte der Rüstungswirtschaft gestoppt. Mit der »großen Koalition« setzte sich dann schließlich die Strategie der »flexible response« endgültig und zunächst ohne Winkelzüge für eine militärisch-atomare Autarkie durch. Freilich entwickelte sich an diesem Verzicht bald die Diskussion um die »technologische Lücke« zur USA und um die Wirkungen des Atomsperrvertrags – doch dazu später.

Der Übergang vom Straußschen Va Banque zur »flexible response« ist in der BRD mit einer merkwürdigen Wandlung in der Stoßrichtung der Gewaltanwendung verbunden. Bei Strauß ging es gegen den Osten – nun machte die Blitzkriegskonzeption einem »technokratisch geplanten Unfrieden« (Senghaas) Platz, der »von der ideologischen Propaganda, Antiguerrilla-Kriegskonzeptionen, von konventionellen Kriegen jeglichen Intensitätsgrades bis zu taktisch-nuklearen Kriegen und einer Vielzahl von Planungen als nützlich oder möglich angenommener nuklearstrategischer Kriegsbilder« reichte. Und dieser Unfrieden richtete sich – unter dem Begriff der »Gesamtverteidigung«, der modernen Vision des »totalen Krieges« – nach innen: auf die Militarisierung der Gesellschaft, die Gewaltanwendung gegen das eigene Volk.

Die vielleicht aufregendste Projektion dieser neuen Zielrichtung ist der »Trettner-Plan« von 1964 (der bis in die 70er Jahre wiederholt diskutiert wurde): er sah vor, entlang der Grenze zur DDR einen Atomminengürtel anzulegen, der im Falle eines Angriffs aus dem Osten, »um dem Weltatomkrieg auszuweichen«, einen breiten Grenzstreifen in eine Kraterlandschaft verwandeln würde; durch diese würden dann die Truppen der »Vorwärtsverteidigung« hindurchstoßen. »Die von den Deutschen entwickelte Konzeption setzt voraus, daß alle Divisionen grenznah stationiert werden oder derart untergebracht werden, daß sie rechtzeitig in die Abwehroperationen eingreifen können ... Neben die finanziellen treten noch psychologische Bedenken. Der Einsatz von atomaren Minen in relativ stark bewohnten Gebieten, die zum Teil Industriezonen sind, und ein Bewegungskampf entlang einer tausend Kilometer langen Grenze würden rund zehn Millionen Deutsche unmittelbar, die ganze Bundesrepublik aber mittelbar in Mitleidenschaft ziehen«, hieß es im ersten Zeitungsbericht über dieses Projekt. Seither werden in einem breiten Grenzstreifen in Straßen, Brücken etc. Sprengkammern eingebaut.

Daß für die neuen »Kriegsbilder« eine umfassende Reorganisation der Gesellschaft erforderlich war, wurde folgendermaßen begründet (Wehrwiss. Rundschau 14 (1964), S. 200): »Jeder zukünftige Krieg wird total sein, da bereits die bestehenden Ost-West-Auseinandersetzungen ihrem ideologischen Charakter nach alle Lebensbereiche umfassen, also total sind ... Daraus ist u.a. abzuleiten, daß bereits alle Vorbereitungen für den Fall eines Krieges im militärischen und zivilen Bereich komplex sein müssen ... Ein künftiger Krieg dürfte der Kriegspartei keinerlei Gewinnchancen mehr einräumen, deren Streitkräfte plus gesamtes Volk nicht in jeder Hinsicht und in jeder Ebene auf alle Arten und Methoden künftiger Kriege vorbereitet sind.« Der Übergang vom Blitzkrieg zum totalen Krieg bedeutete die Aufhebung der Trennung zwischen Krieg und Frieden; da der Krieg über seine verschiedenen Entwicklungsstufen (deren erste, der »kalte Krieg« bereits angebrochen war) sich über lange Zeit hinziehen würde, war er in eine die gesamte Gesellschaft erfassende Planung umzusetzen. Übergehen wir die »Kriegsbilder«, die mit wissenschaftlicher Akribie in ihren verschiedenen Verlaufsformen erfaßt wurden. Nur kurz soll erwähnt werden, daß der Prozeß der Planifikation des »ganzen Lebens im Staate« mit der Verabschiedung von 60 Notverordnungen als Schubladengesetzen begann, im »Sonderministerium« des CSU-Ministers Krone zur Gleichschaltung von »Bundesverteidigungsrat« und Militärabteilung des Bundeskanzleramtes führte, fortgesetzt wurde mit dem Aufbau der »Territorialverteidigung« der Bundeswehr und der »zivilen Verteidigung«, die sich gegen den inneren Feind richteten und Werkschutztruppen, Grenzschutz, Bereitschaftspolizei und Alarmhundertschaften bei der »Befriedung« von Unruhen, der Aufstandsbekämpfung und »Verhinderung von Panik und Fluchtbewegungen« unterstützen sollten (derartige Alarmpläne sind offenbar auch die einzige Vorsorge, die für Störfälle in AKWs getroffen sind). Dieser Prozeß fand seinen Höhepunkt in der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die »große Koalition«.

Es ist grotesk, daß die neuen »Kriegsbilder«, ähnlich wie bei Kahn 1960, trotz atomarer Vernichtung an das Überleben wenn nicht der Menschen, so doch des Sozialproduktes und an die Selbstversorgung der infinitesimalen Reste mit Rüstungs- und Ausrüstungsgütern glauben ließen. Mit der Verbunkerung (»Härtung«) der Atomwaffen schien selbst der endgültig vernichtende Atomschlag wieder planbar. So schrieb K. Seemann in der »Wehrwissenschaftlichen Rundschau« (14/1964, H. 3): »Anstelle eines kurzen atomaren Schlagabtausches zum Beginn der Kampfhandlungen ist ... mit einem langsamen Abringen der strategischen und thermonuklearen Streitkräfte der beiden Gegner zu rechnen ... Die bisherigen Überlegungen zugrunde liegende Phaseneinteilung in eine Überlebens- und eine Wiederaufbauperiode ist überholt ... bei 'gehärteten' Systemen wird man ... die nukleare Feuerkraft als eine Strömungsgröße ansehen müssen, bei der der Strom des nuklearen und thermonuklearen Feuers des Unterliegenden immer schwächer wird, um schließlich ganz zum Versiegen zu kommen ... Es muß mit einer langen Dauer der Feindseligkeiten gerechnet werden. Von einem bestimmten Zerstörungsgrad ab ist auch bei Terrorangriffen durch nukleare und thermonukleare Waffen nur noch mit einer unwesentlichen Steigerung der Verwüstungen zu rechnen. Bei dem langen Zeitraum, in dem sich die Kampfhandlungen abspielen, ist mit einer für die Dauer der Kampfhandlungen ausreichenden Vorratshaltung nicht zu rechnen ... ein ausschließlicher oder überwiegender Verlaß auf überseeischen Nachschub (ist) nicht mehr möglich ...« Man hatte demgemäß für eine größtmögliche zivile Disziplin und wirtschaftliche Produktivität auch in der Phase der Vernichtung zu sorgen. Die »zivile Verteidigung«, die Notstandsplanung mit ihren »Si-

cherstellungsgesetzen« (die übrigens in ihrer endgültigen Fassung 1976 verabschiedet wurden) für die Wirtschaft, die soziale Disziplinierung durch Heimatschutztruppe und Arbeitssicherstellungsgesetz entsprachen dieser Planung. Aber trotz der erdrückenden Aktualität der Notstandsgesetze und des Krisenstaates heute, in der Phase eines eskalierenden Nahost- Konfliktes, wollen wir nur einen Aspekt aus dem Aufgebot der gesellschaftlichen Militarisierung näher verfolgen, weil der Zusammenhang zur Planung der AKWs besonders deutlich wird: die Militarisierung der Infrastruktur.

Im Oktober 1963 stellte der »Erste Raumordnungsbericht« der Bundesregierung fest: »Ein nicht zu übersehender Nachteil der überlasteten Verdichtungsräume ist auch ihre höchste Gefährdung in Zeiten kriegerischer Verwicklungen. Wegen der Ballung lebens- und verteidigungswichtiger Einrichtungen auf engstem Raum sind sie besonders verwundbar«. Da die Kriegsstrategien mit Einsatz taktischer Atomwaffen kaum eine geschlossene Front erwarten ließen, sondern »räumlich begrenzte Kämpfe auf dem ganzen Territorium Westdeutschlands«, wobei »Insellagen« entstehen konnten ohne Kommunikation mit dem umliegenden Hinterland, lag das Konzept für die Reorganisation der Infrastruktur für militärische Zwecke auf der Hand (K.H. Roth): »Die schwachindustrialisierten Gebiete der Bundesrepubblik mußten zügig ausgebaut und zu Zentren des operativen und rüstungsökonomischen Basissystems der Bundeswehr entwickelt werden. Die Ballungsgebiete um Hamburg, Bremen und München, des Ruhrgebiets und des Rhein-Main und Rhein-Neckar-Zentrums sollten jedoch nicht geschwächt werden, um ihre Funktion im Militarisierungsprozeß selbst und in den nichtatomaren Vorphasen eines Kernwaffenkrieges nicht zu untergraben. Um im Fall des Entstehens von 'Insellagen', der temporären Abschnürung bestimmter Regionen aus dem Gesamtverband der Bundesrepublik im Kriegsfall, einen Zusammenbruch der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsverteilung zu vermeiden, sollten 'regional geschlossene Teilverteidigungswirtschaften' vorbereitet werden, die fähig wären, ohne größere Unterstützung durch Luftbrücken usw. Versorgungsaufgaben für die operativen Kampfeinheiten und die Zivilbevölkerung zu übernehmen.«

In Übereinstimmung mit der militärischen Logistik wurde ein »Regionales Förderprogramm« aufgestellt, das auch die Vorteile regionalisierter Arbeitsmärkte für Friedenszeiten in sich barg. Die Industrialisierung in »Bundesausbaugebieten« sparte dabei die »Zonenrandgebiete« an der Grenze zur DDR, in denen sich eine Infrastruktur nicht rentierte, da sie mit Sicherheit der nuklearen Vernichtung anheimfallen würden, von vornherein aus: hatten vor 1963 noch 47 Kreise aus diesem Gebiet zu den Ausbaugebieten gehört, so waren es nach 1963 nur noch 38. Dafür lagen nun eindeutige Ausbauschwerpunkte in Hessen, Niedersachsen und Bayern, wo die »regional geschlossenen Teilverteidigungswirtschaften« durch Autobahnanschlüsse, Industrieansiedlung etc. mit Vorrang ausgebaut wurden. In diesem Zusammenhang wurde großer Wert auf die Dezentralisierung der Energiewirtschaft gelegt: 1963 waren noch 4/5 der westdeutschen Primärenergieerzeugung auf das Land Nordrhein-Westfalen konzentriert, während die meisten außerhalb der Ballungszentren gelegenen Regionen Elektroenergie einführen mußten. Seit 1964 führte die Regionalplanung zu einer eigenständigen Energieversorgung für Süddeutschland (vor allem durch zwei Pipelines für Erdöl aus dem Mittelmeer) und für Norddeutschland (durch einen Ausbau der Erdgasleitungen).

Daß bei der Entwicklung der Atomtechnik besonders Bayern und Baden-Württemberg eine wichtige Rolle gespielt haben, hatte seinen Grund schon in den 50er Jahren auch darin, daß diese revierfernen Länder ihre Unterentwicklung von vornherein durch Atomenergie zu überwinden gehofft hatten. Wegen der hohen Kosten für den Transport der Kohle und des verlustreichen Stromtransportes über weite Strecken waren in vielen Regionen dieser Länder, aber auch in Niedersachsen, oder Schleswig-Holstein, keine größeren Industrialisierungsprojekte in Gang gekommen. Es ist kein Zufall, daß sich die »Wehrkoalition« überproportional aus Politikern aller Parteien aus dem Norden und Süden der BRD zusammensetzte (Strauß und Schmidt z.B.), und daß ihre Lieblingsprojekte, Atom- und Flugzeugindustrie, Domänen der revierfernen Länder sind. Daß die relativ »transportfreundlichen« AKWs als Projekte vor allem für unterentwickelte Regionen gesehen wurden, wird auch aus der Verteilung der ersten Projekte ersichtlich: an der Donau, im Emsland, an Elbe und Unterelbe, am Oberrhein (und deshalb spielt auch der regionalistische Widerstand gegen solche Anlagen eine so bedeutende Rolle). Da die AKWs ohne Brennstoffnachschub außerdem ein Jahr oder länger Strom liefern können, lag ihre Bedeutung für die Verteidigungsinseln auf der Hand. Sie wurden zum Mittelpunkt dieser militärisch-autarken Ausbauzonen und zum Ausgangspunkt von Industrialisierungsprojekten mit regionalen Arbeitsmärkten gleichermaßen.

Was dabei zunächst wie ein Nachteil anmutet, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als logische Folge der Gewaltanwendung nach innen im Rahmen der »Gesamtverteidigung«: AKWs sind militärisch nicht zu verteidigen. Aber gerade deshalb würden sie im totalen Krieg eine wichtige Doppelrolle spielen: Im »Krisenfall« würden sie eines der ersten Schutzobjekte der Heimatschutztruppen und Eingreifreserven sein und somit Zentrum und Ausgangspunkt der Militarisierung der Produktion; soweit die AKWs rund um die Ballungsräume liegen, würden diese Truppen im gleichen Zug auch gegen unerwünschte Fluchtbewegungen und Aufstände antreten können. Da die Zerstörung eines AKWs in mancher Hinsicht einem Nuklearschlag gleichkommt, wären sie zugleich ein Mittel der nuklearen Eskalation und würden die USA zur Freigabe der Atomsprengköpfe bewegen.

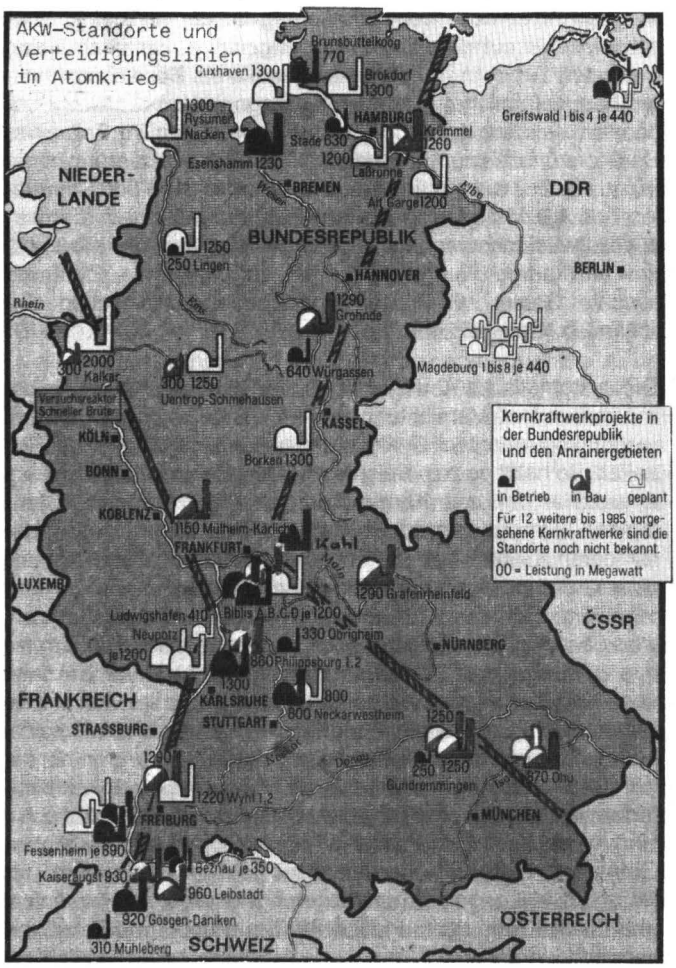
In der zweiten Phase des Krieges, wenn die Truppen aus dem Osten vormarschieren würden, könnten die AKWs dann im gleichen Prinzip benutzt werden wie ein Atomminengürtel. In einem ersten Schritt könnten die AKWs entlang dem eisernen Vorhang nach dem Prinzip der verbrannten Erde in strahlende Ruinen verwandelt werden (und bei vorherrschendem Westwind die Aufmarschgebiete des Feindes mit radioaktivem Fallout belegen); wäre schließlich Westdeutschland eine Kraterlandschaft, würden die AKW-Konzentrationen entlang der Rhein-Rhone-Linie als zweite Abwehrfront einen Sperrgürtel verseuchen (vgl. »Konkret« 1/1975).

Wie wir sehen, waren die Gedankenspiele der Generalität auch in den 60er Jahren so weit von einem Va Banque nicht entfernt, geändert hatte sich, daß sich die Strategie nun auf Kontrolle und Vernichtung nach innen bezog. Aber wir leben immer noch; der Ausbau der Atomanlagen kam in den 60er-Jahren nur zögernd in Gang. Wie dem Straußschen Va Banque zu Beginn der 60er-Jahre die Schwerwasserreaktoren und das Plutonium, so fehlten der »verbrannten Erde« im totalen Krieg Mitte der 60er-Jahre die Leichtwasserreaktoren. In den 70er-Jahren schließlich kam den Militärs wohl die Erleuchtung, daß die »schmutzigen« Atomwaffen eigentlich nichts für die zivilisierten europäischen Kulturen, sondern vielmehr gegen die Menschenmassen niederer Zivilisation wie geschaffen wären: wenden wir uns der Entwicklung der westdeutschen Atomwirtschaft zu und ihren Projekten in den drei Kontinenten.

VIII. Atomtechnik und Atompolitik in den 60er- und 70er-Jahren

Nach dem Einschwenken auf die konventionelle Rolle in der »flexible response« erschien die Atomtechnik nicht mehr als der alleinige Schlüssel zur »Big Science«, als Interessenschwerpunkt der »Wehrkoalition« und der innovativ orientierten Industriebranchen; diese Interessen weiteten sich aus auf die Raketen- und Flugtechnik, immer mehr auch auf die Elektronik. Die Umbenennung des Atomministeriums in »Ministerium für wissenschaftliche Forschung« war Ausdruck dieser Akzentverschiebung. Aber nach wie vor blieb die Atomforschung – nach der Kriegsforschung – der Bereich mit den größten finanziellen Aufwendungen und mit den höchsten Steigerungsraten.

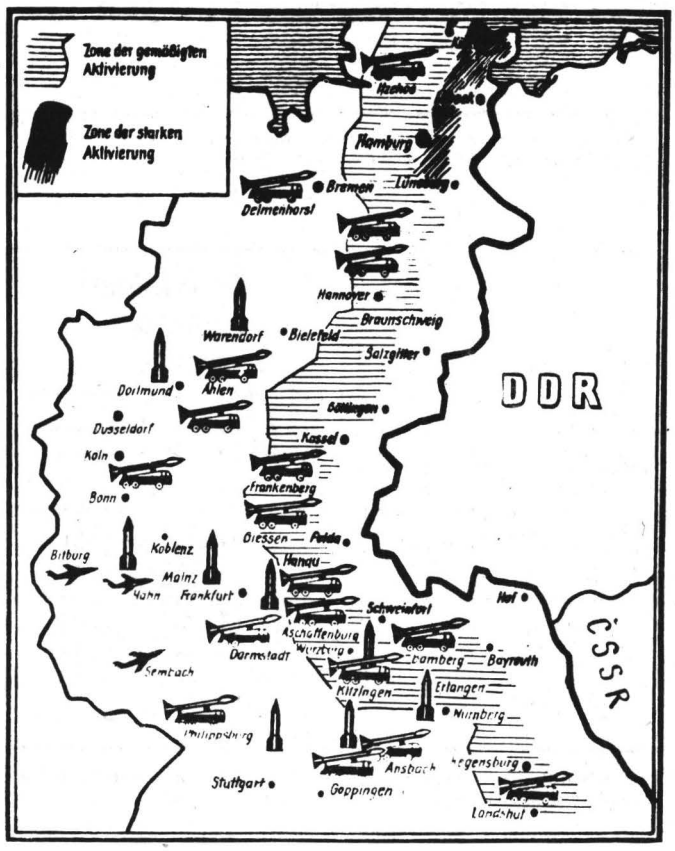
Daß in der Atomforschung zwei Linien, die »kommerzielle« der Elektrokonzerne und die »national-autarkistische« Linie vor allem der Forschungszentren, innig verzahnt nebeneinander standen, daran änderte das Annehmen der »flexible response« aber nichts, auch wenn die zweite Gruppe ihren Schwerpunkt, eine militärisch-nukleare Option offenzuhalten, nun auf die 80er- und 90er-Jahre verschob: dann würde der Brennstoffkreislauf geschlossen sein, eine nationale Plutoniumwirtschaft ermöglichen für die Brüterreaktoren, für eine »unerschöpfliche Energiequelle«. Als dann Ende der 60er-Jahre die Leichtwasserreaktoren den »kommerziellen Durchbruch« erreicht zu haben schienen, konzentrierte sich auch die staatliche Förderung auf diese Projekte für die kommenden Jahrzehnte. Die Atomzukunft erforderte staatliche Planung: die Projektwissenschaften für die Reaktoren der 2. Generation, die Förderung der Leichtwasserreaktoren und gleichzeitige »innenpolitisch-strukturelle Maßnahmen« für deren Durchsetzung, denn ohne Leichtwasserreaktoren, die das Plutonium abgeben sollten, wäre auch für die Generation der Brutreaktoren die Zukunft in den 80er-Jahren verbaut.



1. Die Entwicklung der Leichtwasserreaktoren

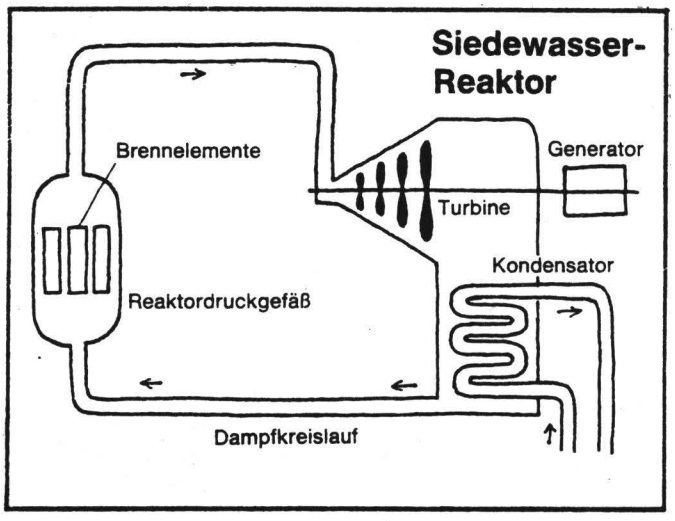
Als die Atomkommission in ihrem 1. Atomprogramm (1963-67) die Förderung des Baues zweier »Demonstrationskraftwerke« amerikanischer Technologie beschloß, waren nach dem US-Euratom-Vertrag und nach dem Bau des KKW Grundremmingen die Würfel für die Leichtwassertechnologie als erste kommerzielle Technologie gefallen. Das erste dieser Kraftwerke, bei Lingen, ein Siedewasserreaktor mit fossilem Dampfüberhitzer, wurde 1964 von der AEG als Generalunternehmer (und Lizenznehmer von General Electric) projektiert und weitgehend vom Staat finanziert. Im gleichen Jahr wurde das Atomkraftwerk Origheim, ein Druckwasserreaktor mit Siemens als Generalunternehmer (und Westinghouse im Hintergrund) mit gleicher Finanzierung in Auftrag gegeben. Beide Kraftwerke wurden 1968 in Betrieb genommen. Mit ihnen sollte »die technologische Reife von Kernkraftwerken und Leichtwasserreaktoren« nachgewiesen werden, Reaktorbau und Zulieferer an den internationalen Standard der Atomtechnik angekoppelt und den Stromkonzernen Bau- und Betriebserfahrungen mit AKWs vermittelt werden. Schon diese beiden Aufträge setzten die Vormachtstellung der beiden Konzerne auf dem Leichtwasserreaktorenmarkt durch: AEG bei den Siedewasserreaktoren, Siemens bei den Druckwasserkraftwerken.

In den USA war mit dem Oyster-Creek-Reaktor bereits 1963 der »kommerzielle Durchbruch« erreicht worden: ein erstes AKW war – bei Dumpingpreisen – von einem Stromkonzern ohne staatliche Förderung in Auftrag gegeben worden. Mitte der 60er Jahre wurden dann in den USA eine Reihe von AKWs bestellt. Die Atomkommission beobachtete diese Entcklung mit »Besorgnis über das Ausbleiben von Bauaufträgen« für die westdeutsche Reaktorindustrie und verabschiedete im Juni 1967 ihr »Memorandum zur Förderung des Baus großer Kernkraftwerke«, worin von der Bundesregierung »gezielte Starthilfen« für den Bau kommerzieller AKWs gefordert wurden. Forschungsminister Stoltenberg sagte eine Prüfung dieser Vorschläge zu – drei Tage später bestellte Preußenelektra einen AEG-Siedewasserreaktor in Würgassen, kurz darauf die Nordwestdeutschen Kraftwerke und die Hamburger Elektrizitätswerke einen Siemens-Druckwasserreaktor in Stade: damit war der

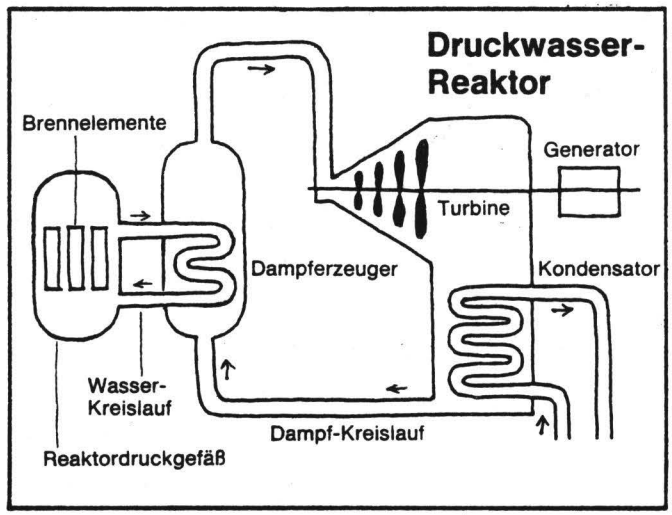


»Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit« auch in der BRD »bewiesen«; die Stromkonzerne hatten – mit großzügiger staatlicher Nachhilfe – ihren anfänglichen Widerstand gegen Atomkraftwerke aufgegeben.

Die Atomkommission hatte ihr Memorandum zu einem denkbar günstigen Zeitpunkt placiert. In den ersten Junitagen hatte der arabisch-israelische Sechstagekrieg als Krisenanfälligkeit des Erdöls, das von den arabischen Staaten als Waffe eingesetzt worden war, deutlich gemacht. Aber vor allem war das »Wirtschaftswunder« der ersten Hälfte der 60er Jahre, mit seiner Ausweitung der Massenproduktion, der Arbeitsemigration und scheinbaren Höherqualifikation deutscher Arbeiter, 1966/67 in eine Krise geraten. Das »Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft« schrieb, daß die fortschreitende Ersetzung von Arbeitern durch Kapital dazu geführt habe, daß aus der beschleunigten »Kapitalintensivierung ein abnehmender Produktionsgewinn zu erwarten« sei – man mußte also dazu übergehen, den erreichten »Kapitalbestand durch vermehrten Arbeitseinsatz besser auszunutzen« – mit anderen Worten: neue Formen der Leistungssteigerung gegen die deutschen und ausländischen Arbeiter gleichermaßen wirksam werden zu lassen. Der Zyklus von Arbeiterkämpfen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gegen die Folgen dieser Krise zeigte, daß ein Zyklus der Leistungssteigerung dequalifizierter Arbeiter (der allerdings die 70er Jahre bei relativer Hochlohnpolitik erstaunlich stabil überstanden hat) nicht von unbegrenzter Dauer sein konnte – er mußte der Finanzierung eines neuen technologischen Sprunges für das Kapital dienen. Es galt dabei, die »technologische Lücke« im Vergleich zu den USA zu schließen, deren Forschungsausgaben um ein vierfaches höher waren als als die westeuropäischen – gegen die »amerikanische Herausforderung« galt es, den Rückstand gegenüber den USA auf einer neuen Stufe der Kapitalakkumulation aufzuholen und einen westeuropäischen Anteil am Weltmarkt zu sichern. Die Debatten über die »technologische Lücke«, die sich zunächst auf Forschungsgebiete bezog, in denen zivile und militärische Interessen nicht voneinander zu trennen waren (Luftfahrt, Atomtechnik, Elektronik), verlagerte sich Ende der 60er Jahre in zweierlei Hinsicht stärker auf ökonomisches Terrain: je stärker die USA aufgrund des Vietnamkrieges und einer zunehmenden innenpolitischen Krise auch in eine wirtschaftliche (und monetäre) Krise geriet, desto aussichtsreicher schienen die Chancen der NATO-Juniorpartner für eigene imperialistische Unternehmungen. Und andererseits war klar, daß die traditionell führenden Industriezweige, wie die Ruhrindustrie, ihre führende Rolle bald ausgepielt haben würden: Petrochemie, Elektronik, hochtechnisierte Metallverarbeitung waren die Sektoren der Zukunft. Für sie projektierte man immense Steigerungen des Energieverbrauchs; die Verfügbarkeit von Energie würde über die Zukunft der Kapitalentwicklung entscheiden. Sie durfte in Zukunft weder durch Kämpfe der Bergarbeiter noch durch arabische Scheichs gefährdet werden: die von Arbeiterkämpfen fast völlig unabhängig erscheinende Atomenergie war da am verläßlichsten. Gerade unter diesen Aspekten waren in den USA zwischen 1965 und 67 eine große Anzahl von AKWs in Auftrag gegeben worden, und in diesem Zusammenhang verabschiedete die »Atomkommission« ihr Memorandum, dem die Aufträge für Atomkraftwerke in Würgassen und Stade umgehend folgten.



Der Siedewasser-Reaktor ist einfacher gebaut. Der Dampf aus dem Reaktordruckgefäß strömt direkt zur Turbine, wird dabei aber radioaktiv.



Der Druckwasser-Reaktor arbeitet mit hohem Druck, damit das Wasser im Reaktordruckgefäß nicht siedet. Erst im Dampferzeuger darf es sieden.

Ab 1969 setzte eine Welle neuer Bestellungen für AKWs ein: zunächst die Aufträge für Biblis A an Siemens und Brunsbüttelkoog an AEG, außerdem der Auftrag für den Bau eines Siemens-AKWs auf dem BASF-Firmengelände, der nach vielen Protesten 1976 schließlich gestrichen wurde. Bei diesem inmitten hochgefährlicher Chemieanlagen geplanten Kraftwerk war nämlich bekannt geworden, was die Behörden im Fall eines Reaktorstörfalles zu tun gedachten: da eine Evakuierung in der Kürze der Zeit nicht in frage kam und man mit 100.000 Sofortoten und 1,6 Millionen Krebstoten rechnen mußte, würde man auf die Notstandsplanung für den Atomkrieg zurückgreifen und, um panikartige Fluchbewegungen zu vermeiden, das verseuchte Gebiet mit Polizei- und Bundeswehreinheiten einschließen (Spiegel 20.9.72).

Die systematische Abriegelung ganzer Landstriche und die damit verbundene Vernichtung aller Einwohner ist Kernpunkt jedweden sogenanntern Evakuierungsplanes, die BASF kein Einzelfall. So heißt es zum Beispiel im »Besonderen Katastropheneinsatzplan für das Kernforschungszentrum Leopoldshafen« lapidar: »Um zu verhindern, daß sich Personen aus dem gefährdeten Gebiet der Gefahr einer Gesundheitsschädigung aussetzen und sich darin befindliche und möglicherweise kontaminierte Personen unkontrolliert daraus entfernen können, wird das mögliche Gefahrengebiet sofort gesperrt. Die Grenze des zu sperrenden Gebietes verläuft im Abstand von ca. 5 km vom Kernforschungszentrum ringförmig um die Gemeinden Blankenloch, Eggenstein, Friedrichstal, Hochstetten, Leopoldshafen und Linkenheim und erweitert sich in Richtung, in die der Wind weht, ohne Rücksicht auf die Windgeschwindigkeit trichterförmig (Sektor von 67,5°) bis zur Grenze der Warnzone A«. Und an anderer Stelle: »Nach Abgrenzung des tatsächlichen Gefahrengebietes ... werden dann einige Sperrstellen als Durchlaßstellen mit Kontaminierungskontrollen eingerichtet und durch Kräfte der Bundeswehr (Spürtruppe und Feldjäger) verstärkt werden.«

Im beginnenden AKW-Boom bildeten die beiden führenden Konzerne eine gemeinsame Reaktorfirma, die Kraftwerk Union Mülheim, wobei zunächst die Kraftwerksabteilungen, die Turbinen- und Generatorenwerke vereinigt wurden – im April 1973 wurden dann auch die kerntechnischen Abteilungen der Konzerne in der KWU vereinigt, die KWU kaufte die »Interatom«, und beide Konzerne stiegen in die Brennelemente-Herstellung ein. Die Gründe für diese Kartellbildung lagen in der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sowie in der Preispolitik für den nationalen Markt (Biblis B, 1971 in Auftrag gegeben, war schon 60 % teurer als Biblis A), woran auch ein 1972 gegründetes zweites Leichtwasserreaktorkonsortium, die Babcock-Brown Boveri-Reaktorbvau GmbH (mit insgesamt 2 Bauaufträgen bis 1977) nichts änderte.

Einen entscheidenden Impuls erhielt die Atomindustrie nach der Ölkrise 1973/74, einer Aktion, mit der Ölmultis, Lieferländer, Petrochemie- und Elektroindustrie gleichermaßen ihre neue Stellung im Kapitalzylkus durchsetzten. Daß es eine wirkliche Ölknappheit nie gegeben hat sondern nur ein »Preisproblem«, wird von niemandem mehr bestritten. Aber sofort reagierten die Autoren diverser Energiekonzepte mit der Drohung, daß »die Lichter ausgehen« würden, wenn nicht bald auch »erhebliche Einschränkungen der Konsumrate« für die Bevölkerung in kauf genommen würden, um die Investitionen für neue Energiequellen »im Giga- und Teradollarbereich« (Häfele) zu finanzieren. Die Ministerialbürokratie und ihr Beraterkreis aus Industrie und Forschungszentren (inzwischen hatte man sich der »überalterten« Atomkommission entledigt), projektierte 40 Atomkraftwerke mit 45-50 000 MW für 1985. AKWs sollten den gesamten Leistungszuwachs der 80er Jahre übernehmen und Mitte der 80er Jahre das Öl als Hauptenergiequelle ablösen, bis zu einem Anteil von 80 % bei der Stromerzeugung im Jahr 2000.

Die Bauaufträge spiegeln diesen Entwicklungssprung nach 1973/4 wieder: in den Jahren 1970 bis 74 gab es je einen Bauauftrag, 1975 10 Bauaufträge. Alle diese Aufträge bezogen sich auf Druckwassertypen, wie sie von Siemens gebaut wurden und seit Biblis A als »Standardkraftwerk« mit 1300 WM galten; die AEG-Siedewasserreaktoren hatten sich als störanfälliger erwiesen. AEG gab im November 1974 daraufhin den beabsichtigten Verkauf ihrer KWU-Anteile bekannt, die zum Jahresbeginn 1977 von Siemens übernommen wurden: Siemens war damit beherrschend auf dem Leichtwasserreaktormarkt, in der Brüterentwicklung und beherrschte breite Bereiche der Brennelementherstellung.

Bis 1977 waren 13 AKWs im Bau (zusammen 14 360 MW), weitere 12 in Planung (16 514 MW), so daß zusammen mit den 12 schon betriebenen Atomkraftwerken (6432 MW) die Energieplanung bis 1985 durchaus einzuhalten schien. Jedoch zeigt die Auftragsstatistik nach 1975 einen deutlichen Einbruch: 1976 kein Bauauftrag, 1 Planungsverfahren, 1977 1 Bauauftrag, 2 Planungsverfahren, 1978 kein Bauauftrag, 1 Planungsverfahren: daß der Ausbau der Kernenergie in der zweiten Häfte der 70er Jahren nicht mehr so recht vorankam, ist unser Verdienst. Wyhl, Brokdorf, und so weiter, die dadurch verursachte Verzögerung der Planungsverfahren ... was bedenklich stimmt, ist, daß der Kampf gegen die national-autarkistischen Projekte der Atommafia, den Schnellen Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben weniger erfolgreich waren. Gerade Kalkar bedeutete einen Einbruch bei den Großdemonstrationen, und in Gorleben wurde die pazifistische Linie der Bewegung abgeräumt. Was blockiert wurde, waren die Leichtwasserreaktoren, die – wenn man es wie 1969 Memmert von Interatom rückblickend vom Jahr 2000 aus betrachtet – »zunächst verstärkt gebaut wurden, weil sie Plutonium liefern sollten für die Schnellen Brüter, (sie) sterben irgendwann aus, weil sie ungünstiger in diesem (Spitzen-)Lastbereich als konventionelle Kraftwerke sind«.

2. Die Entwicklung der »2. Reaktorgeneration« und die Schließung des Brennstoffkreislaufes

Wenden wir uns also den Projekten für die Zukunft zu, die in den 60er Jahren und auch heute noch über die Entwicklung einer Plutoniumwirtschaft und eines geschlossenen Brennstoffkreislaufes eine national-autarke Machtstellung garantieren sollten und sollen: den Hochtemperatur- und Brutreaktoren, den Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen. Nachdem die Durchsetzung der ersten kommerziellen Reaktorgeneration gesichert schien, konzentrierten sich die staatliche Atompolitik, die Kernforschungszentren und die Entwicklungsabteilungen der Konzerne immer stärker auf diese Projekte.

Zu Anfang der 60er Jahre war die Atomkommission – bis 1964 auf »210 Persönlichkeiten« angewachsen, ihr zur Seite das »Atomforum (mit einem Pressesprecher aus der SPD), das ihre Entscheidungen propagandistisch abdeckte – der Ort, an dem die Interessen der Konzerne mit den Autarkieinteressen gekoppelt wurden. Sie drängte darauf, daß die übernational begonnenen Projekte der Euratom, wo sie den nationalen Entwicklungen Konkurrenz zu bieten schien, ausgehöhlt und zu Fall gebracht wurde. Aber letztlich war das von der Atomkommission verabschiedete 2. Atomprogramm von 1963 doch nichts weiter als ein Manifest großindustrieller Interessen, ein Kompromißkonzept konkurrierender Entwicklungslinien, die in den Gesamtzusammenhang eines national-autarkistischen »Fernprogrammes« gestellt wurden. Das Programm förderte die meisten angelaufenen Projekte der Großindustrie: bei Siemens die Natururan-Schwerwasserlinie, die Leichtwasser-Druckwasserlinie und die Entwicklung natriumgekühlter Brüter, bei AEG die Leichtwasser-Siedereaktoren und die dampfgekühlten Brüter, bei BBC/Krupp die Entwicklung eines Hochtemperaturreaktors, bei Babcok und Wilcox und Interatom die Weiterentwicklung »mobiler Reaktoren«, die nicht nur für den Schiffsantrieb, sondern auch für Notstand und Zivilschutz nutzbar gemacht werden sollten; dazu eine Reihe weiterer Projekte bei MAN, Mannesmann, Gutehoffnunghütte usw. neben den Entwicklungen der Chemieindustrie. Aber das vereinigende all dieser Programme war doch ein autarkistisches Interesse; es wurde deutlich, als die Atomkommission 1965 ein »nationales Sofortprogramm« durchsetzte, um »die Finanzierung der Projekte Heißdampfreaktor, Kernkraftwerk Niederaichbach, Kompakte natriumgekühlte Kernenergieanlage und Wiederaufbereitungsanlage für bestrahlte Kernbrennstoffe, also ein in sich geschlossenes einheitliches nationales Sofortprogramm auf dem Gebiet der kerntechnischen Versuchsanlagen zu sichern« – sämtliche Projekte, die den Aufbau einer nationalen Plutoniumwirtschaft von verschiedenen Seiten her in Angriff nahmen.

Für die Zukunftsprojekte waren die Kernforschungszentren, deren Aufbau 1962/63 abgeschlossen war, von überragender Bedeutung: »Anders als bei der ersten Generation von Kernkraftwerken ist die den Grund legende mehr wissenschaftliche Funktion der Kernforschungszentren in Deutschland bei der zweiten Generation von Kernkraftwerken voll ausgeprägt«, schrieb der Kopf der Karlsruher Brüterentwicklung, Häfele. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt auf einem Gebiet, wo die internationale Forschung noch nich davongeeilt war und die eigene Brennstoffwirtschaft gegen die aufkommende sowjetisch-amerikanische »Bipolarität« standen im Vordergrund, als sich Karlsruhe neben den Natururanreaktoren der Erforschung der Brüter, Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen, Jülich der Entwicklung der Hochtemperaturreaktoren widmeten. In den Leichtwasserreaktoren entstanden pro 1000 MW 130-230 kg Plutonium, das für die zweite Reaktorgeneration genutzt werden sollte; nach Erreichen der

Serienproduktion der LWR bedeutete das, daß »1975 etwa 1000 kg Plutonium, 1980 etwa 2-3 t Pu., 1990 etwa 7-10 t Pu. und 2000 etwa 15-25 t Pu. pro Jahr zu erwarten« standen und eine zivile wie militärische Nutzung gleichermaßen ermöglichen würden – eine Entwicklung, die auch angesichts des Atomwaffensperrvertrages von 1968 eine nukleare Option für die Zukunft offenhalten würde. Als die USA Initiativen für internationale Kontrollen des »Plutoniummarktes« betrieben, schrieb Häfele, es sei »ziemlich klar, daß solche von den USA vermittelte Art von Non-Proliferation ein Preis an Moskau für sein Stillhalten in Vietnam sein wird« – um so mehr Anlaß, so rasch wie möglich nukleartechnologische faits accomplis zu schaffen und die Entwicklung der nationalen Plutoniumwirtschaft noch zu beschleunigen: jedenfalls ging die Annahme des Nichtverbreitungsvertrages einher mit einer Straffung der staatlichen Atomplanung; des 3. Atomprogramm wurde Ende 1967 nicht mehr von der Atomkommission, sondern vom Kabinett verabschiedet, Ende 1971 wurde die Kommission aufgelöst (in ihre Fußstapfen trat das »Atomforum«, in dem der sozialliberale Einfluß größer war; kein Geheimbund, sondern Propagandist der Atomentwicklung: die Vorbereitung des »Bürgerdialogs«).

Der Übergang zur breiteren Diskussion der Projekte des nationalen Plutoniumzyklus ab 1973 und die Internationalisierung dafür so wichtiger Projekte wie der Schnellen Brüter, der Hochtemperaturreaktoren und Anreicherungsanlagen markierten den Durchbruch zu »sozialliberaler« Atompolitik. Mit der »Ostpolitik«, vor allem aber wegen der neuen Generation von Atomwaffensystemen mit gesteigerter Zielgenauigkeit, war die Bedeutung nationaler atomarer »Vergeltungswaffen« (und nur für solche veralteten Atombomben, mit denen man Städte vernichten, aber keine Krieg mehr gewinnen konnte, hätte der Rückgriff auf den nationalen Brennstoffkreislauf ausgereicht) auf der Nordhalbkugel der Erde obsolet geworden. Die militärische Atomproliferation war kein Thema mehr für Westeuorpa – um so mehr für die Südhalbkugel. Und ab 1973 lieferte die UdSSR angereichertes Uran auf den westeuropäischen Markt – damit war das US-Monopol zumindest relativiert. Der Schluß des Brennstoffkreislaufes schien nun weniger ein Wettlauf mit der Zeit, als eine Sicherheit für die Zukunft, Plutonium ein nationaler Schatz, dessen Aufbereitung in kommenden Jahrzehnten, wenn die Uran- und Energiereserven der Welt knapp werden würden, erst recht rentierlich sein würden: der Besitz von Plutonium würde ein künftiges Energiemonopol der Nordhalbkugel garantieren: Atombomben für den Süden, strahlende Energiereserven für den Norden.

Die Entwicklung der einzelnen Bereich von autarkistischer Bedeutung soll kurz aufgeführt werden: die der Schwerwasser- und Hochtemperaturreaktoren, der Schnellen Brüter und der Schluß des Brennstoffkreislaufes.

Über die nationalpolitische Bedeutung des **Schwerwasser-Natururanreaktorlinie** haben wir bereits berichtet. Auch bei der Euratom wurde diese Entwicklungslinie über längere Zeit verfolgt: 1959 wurde ein Abkommen mit Kanada über gemeinsame Reaktorentwicklung geschlossen, im gleichen Jahr wurde der norwegische Reaktor »Halden« kritisch, der als Gemeinschaftsprojekt mehrerer Staaten betrieben wurde. 1966 wurde im Karlsruher Forschungszentrum der »Mehrzweckforschungsreaktor« kritisch, dessen Vorteile (kontinuierliche, unkontrollierbare Brennstoffentnahme) zwei Jahre später zu einem Exportauftrag für Siemens nach Argentinien führte. 1966 erteilte das Karlsruher Zentrum an Siemens auch den Auftrag für das Kernkraftwerk Niederaichbach; es wurde 1972 in Betrieb genommen, lieferte aber nur 40 % seiner Leistung. Noch während der Inbetriebnahmephase wurde der Reaktor im Sommer 1974 abgeschaltet und das Schwerwasserprojekt eingestellt: die Hoffnungen auf Plutonium stützten sich inzwischen auf den Schnellen Brüter, 1973 war mit dem Bau des Prototyps in Kalkar begonnen worden und die Zeit, in der man rasch Plutonium in der Hinterhand haben wollte, waren bereits vorüber.

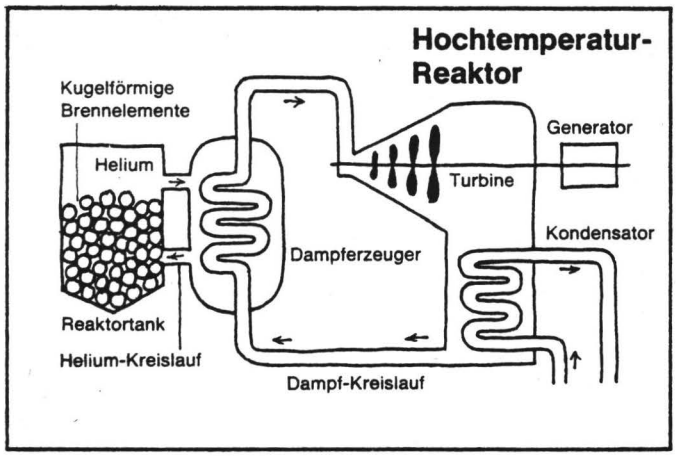
Die Entwicklung der **Hochtemperaturreaktoren** (HTR) versprach, als sie Ende der 50er Jahre in Jülich begonnen wurde, eine Reihe von Vorteilen. Die hohen Temperaturen des gasförmigen Kühlmittels würden den Wirkungsgrad erhöhen und die Abwärmverluste senken; als Brennstoff könnte leicht oder höher angereichertes Uran Verwendung finden und der Reaktor würde fähig sein, aus Thorium spaltfähiges Uran 233 zu erbrüten, womit die Abhängigkeit vom Uranmarkt auf einem zweiten Wege reduziert werden könnte. Das Interesse an diesem Reaktor mag sich noch gesteigert haben, als man feststellte, daß ein besonders ökonomischer Betrieb mit hoher Brutrate möglich sein würde, wenn man hochangereichertes Uran, wie es sonst nur für den Bombenbau hergestellt wurde, als Reaktorbrennstoff einführen könnte. Nun versprach auch dieses Projekt jene zivil-militärische Janusköpfigkeit, die ein Projekt der Forschungszentren mit hoher staatlicher Förderung zu Beginn der 60er Jahre aufweisen mußte.

In Jülich wurde 1959 ein 15 MW Versuchsreaktor, der im »Eltviller Programm« entwickelt worden war, bei dem Brown Boveri/Krupp-Konsortium in Auftrg gegeben. Der Reaktor wurde 1966 kritisch. Man benutzte die neuen kugelförmigen Brennelemente, die in Jülich entwickelt worden waren (deren Wiederaufbereitung allerdings bis heute ungeklärt ist; man argumentiert aber, daß diese Frage erst im kommenden Jahrhundert aktuell werde, bis dahin könne man die mit einer Graphithülle umgebenen Kugeln irgendwo im Gelände »trockenlagern«).

Die Euratom beteiligte sich als Parallelprojekt an der Entwicklung des »Dragon«-Reaktors in Großbritanien, der ebenfalls 1966 in Betrieb ging (und 1976 stillgelegt wurde). Wie bei den Schnellen Brütern zwischen dem westdeutschen und dem französischen Projekt, brach nun zwischen »Dragon« und der westdeutschen Entwicklung ein heftiger Konflikt um die Prioritäten und Euratom-Gelder aus, bis Euratom auch die Jülicher Reaktorforschung förderte; ein Abkommen zwischen Jülich und »Dragon« sollte 1964 für Harmonie sorgen, jedoch ließ sich die Konkurrenzsituation zwischen den Jülicher Kugelbrennelementen, »der einzig rein deutschen Entwicklung auf dem Gebiet der Reaktoren« und den britischen blockförmigen Elementen, nicht aufheben. Diesen Konflikt bekam die Gutehoffnungshütte zu spüren, die sich am »Dragon«-Projekt beteiligte und ein Lizenzabkommen mit der amerikanischen General Atomic geschlossen hatte; ihre Entwicklung einer Heliumturbine im Primärkreislauf des HTR blieb so lange isoliert, bis die Internationalisierung des HTR-Projektes die nationale Eigenständigkeit in den Hintergrund treten ließ.

Ab 1963 arbeitete man in Jülich am »Thorium-Hochtemperaturreaktor« (THTR); er entwickelte sich rasch zum wichtigsten Arbeitsschwerpunkt des Forschungszentrums. Ein 300 MW-Prototyp wurde in Kooperation mit BBC/Krupp, Euratom und der Nukem für die Brennelementeherstellung projektiert. Im Atomprogramm von 1968 und noch stärker nach 1973/74 wurde der THTR 300 in immer größerem Maßstab gefördert. 1968 wurden baureife Unterlagen für diesen Reaktor vorgelegt, 1970 wurde der Bauauftrag für das vom Land Nordhrein-Westfalen und von der Bundesregierung finanzierte Kraftwerk bei Hamm/Uenmtrop an BBC/Krupp vergeben.

Den Vertretern des inzwischen verstaatlichten Ruhrbergbaues war die Verbindung dieses Reaktors mit der Kohlenindustrie bei den ansteigenden Ölpreisen immer verlockender. Die »Prozeßwärme«, des HTR könnte zur Vergasung von Kohle genutzt werden; nach der Ölkrise wurde das Gemeinschaftsprojekt Jülichs mit Bergbauforschung Essen und den Rheinischen Braunkohlewerken »Nuklare Prozeßwärme«, zu einer Projektgruppe ausgeweitet, die an einer Prototypanlage zur Kohlevergasung arbeitete.



Beim Hochtemperatur-Reaktor wird zunächst Helium erhitzt. In einem Dampferzeuger geht die Wärme vom Helium an einen Wasserkreislauf über.

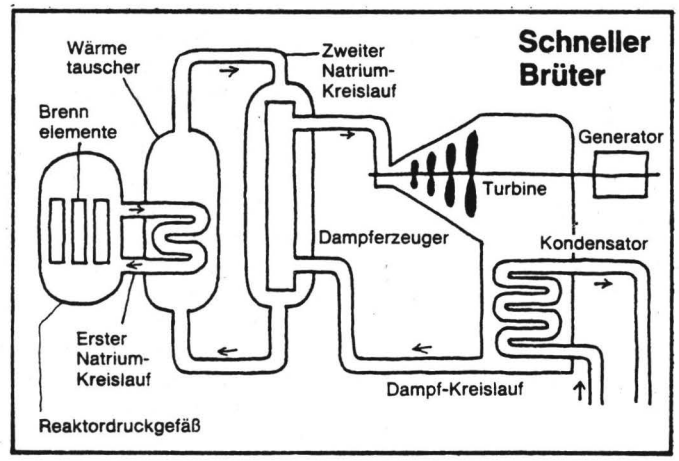
Zu Beginn der 70er Jahre wurde das THTR-Projekt internationalisiert: Krupp schied 1971 aus, dafür beteiligte sich nun General Atomic, die Atomfirma der Ölmultis Gulf und Shell, an der Reaktorfirma. General Atomic war in den USA marktbeherrschend auf dem Gebiet der HTR mit blockförmigen (»Dragon«)-Brennelementen und verbuchte Anfang der 70er Jahre eine Reihe von Bauaufträgen. Sofort suchte auch die BRD Anschluß an die, wie es schien, erfolgreichste Reaktorgeneration nach den Leichtwasserraktoren, sie wurden in das staatliche Förderungsprogramm aufgenommen. Aber es zeigte sich wenige Jahre später, 1975, daß die Kalkulation falsch gewesen war: General Atomic verlor in den USA alle Bauaufträge für diesen zunächst überschätzten Kraftwerkstyp; der Bau des 300 MW-Prototypes in Fort St. Vrain verzögerte sich bis 1976 und erreichte nur 30% seiner Nennlast. Eine »Neuorientierung« war notwendig: »Im Februar 1976 berieten Vertreter der öffentlichen Hand, der Hersteller, der Versorgungswirtschaft und der Kernforschungszentren in einer Klausurtagung in Dernbach über das weitere Vorgehen. Hierbei wurde sorgfältig geprüft, ob und unter welchen Bedingungen die Weiterentwicklung des HTR bei der neuen Lage volkswirtschaftlich sinnvoll und finazierbar ist. Als Ergebnis dieser Beratungen wurde empfohlen, die HTR-Enwicklung fortzuführen und dabei insbesondere den Bau des Prototypreaktors THTR 300 in Schmehausen voranzutreiben, – ein einheitliches Grundkonzept für HTR-Anlagen zur Stromerzeugung und Prozeßwärme zu finden, – dem Bau des HTR-Kraftwerkes gegenüber einer Prozeßwärmeanlage zeitliche Priorität einzuräumen und – Möglichkeiten für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bei der HTR-Entwicklung zu suchen.«

Unter Konzentration der Kräfte – der Zusammenarbeit der oben genannten Firmen mit KWU und Interatom, wurde diese gemeinsame Linie bis 1978 vorgezeichnet: kugelförmige Brennelemente, eine in den Primärkreislauf geschaltete Heliumturbine (wie sie vorher in einem Projekt der Gutehoffnungshütte mit General Atomic in Geesthacht gescheitert war), die Entwicklung eines 600 MW-Kraftwerkes bis 1983/84, schließlich eine Prototypanlage Nukleare Prozeßwärme 1985/86.

Im Gegensatz zu den HTR versprachen die **Schnellen Brüter** zu Beginn der 60er Jahre die Entwicklung eines nationalen Plutoniummarktes; diese Entwicklung konzentrierte deshalb die meisten Interessen auf sich. Durch Verzicht auf einen Moderator sollte mittels ungebremster Neutronen aus Uran 238, dem Abfallstoff bei der Urananreicherung, Plutonium erbrütet werden, das, wiederaufbereitet und erneut in den Reaktor eingespeist, fast unerschöpfliche Energiereserven versprach, wenn man bereit war, das gegenüber bekannten Technologien ungleich höhere Sicherheitsrisiko, vor allem bei Kühlung durch hochexplosives flüssiges Natrium, zu akzeptieren. Eine Senkung der Stromkosten, die man sich von Brütern und HTR anfangs versprach, ist inzwischen allerdings aus den Argumenten der Projektgruppen verschwunden.

Die Brüter haben die Natururan-Schwerwasserlinie in ihrer national-autarkistischen Bedeutung abgelöst – sie sind das Projekt des nuklearen Va Banque für das kommende Jahrzehnt. Die Arbeit an diesem staatlichen Entwicklungsschwerpunkt wurde Ende der 50er Jahre im Forschungszentrum Karlsruhe begonnen; 1960 wurde die »Projektgruppe Schneller Brüter« gebildet, mit Unterstützung von Euratom (in Konkurrenz zur französischen Entwicklung) ein »Basisforschungsprogramm« bis 1967 abgeschlossen, wozu eine Reihe von Forschungsanlagen in Karlsruhe errichtet wurden und man sich auch an einem Brüterprojekt in den USA beteiligte. Das »nationale Sofortprogramm« der Atomkommission von 1965 umfaßte auch den Heißdampfreaktor, der 1964-70 von AEG in Großwelzheim errichtet wurde und die »Kompakte natriumgekühlte Kernenergieanlage« der AEG; beide fügten sich »glücklicherweise als Versuchsreaktoren gut in das Programm der Brutreaktoren« ein.

Ende 1966 war die erste Forschungsphase in Karlsruhe so weit abgeschlossen, daß die Industrie mit der Projektierung erster Prototypkraftwerke beteiligt werden konnte. Siemens und Interatom planten einen natriumgekühlten, AEG, Gutehoffnungshütte und MAN einen heißdampfgekühlten Brüter mit jeweils 300 MW. Das Projekt des AEG-Konsortiums wurde 1968 eingestellt; in der Folge wurde auch der Reaktor in Großwelzheim nach einjährigem Betrieb stillgelegt; damit hatte Siemens auch in der Brüterentwicklung die Führung vor AEG übernommen; »einvernehmlich« hatte man sich auf das zwar risikoreiche und weiter von der bisher bekannten Technologie entfernte, aber höhere Brutraten versprechende Verfahren geeinigt.



Beim Brutreaktor wird flüssiges Natrium erhitzt. Weil das Natrium radioaktiv wird, überträgt ein zweiter Natrium-Kreislauf die Hitze auf den Wasser-Kreislauf.

Wie gesagt war Ende der 60er Jahre die militärische Bedeutung des nationalen Plutonium obsolet geworden; die Brüterentwicklung, die zuvor in Frankreich und der BRD konkurrenzhaft betrieben worden war, wurde nun in internationaler Kooperation weitergeführt. Ende 1967 vereinbarten die Regierungen der BRD, Belgiens und der Niederlande die Zusammenarbeit an diesem Projekt; 1968 unterzeichneten Siemens/Interatom mit der Belgonucléaire und Neratoom einen Vertrag für ein ge-

meinsames Brüterkonsortium. 1973 folgte, nachdem die drei Staaten die Finanzierung mit einem Schlüssel 70:15:15 zugesagt hatten, der Bauauftrag für den SNR 300 in Kalkar. Der Schnelle Brüter wurde nun zum absoluten Entwicklungsschwerpunkt der staatlichen Atomprogramme, wobei sich Internationalisierung und Kapitalkonzentration auch zum bisherigen Konkurrenten Frankreich hin ausweiteten: dieser Schritt mag den Forschungszentren und Atomkonzernen so schwer gefallen sein, daß diesmal die staatlichen Stromkonzerne die Vorreiterrolle übernehmen mußten. Im Oktober 1974 wurde die »Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerks GmbH« von RWE und den staatlichen französischen und italienischen Stromkonzernen gegründet; ein Verband, über den ein neuprojektierter zweiter deutscher Brüter mit 1300 MW, der Anfang der 80er Jahre gebaut werden sollte, mit den französischen »Superphenix«-Projekt verknüpft wurde. Nun begannen Karlsruhe und das Kalkar-Konsortium mit den Vorarbeiten für diesen Superbrüter; mit Frankreich wurde im Februar 1976 ein Ministerabkommen über nukleare Kooperation auf dem Brütersektor geschlossen, dem im Mai 1976 Verhandlungen der Forschungszentren und Konzerne für die vertragliche Fixierung der gemeinsamen Brüterentwicklung folgten.

Damit hatten die Schnellen Brüter Mitte der 70er Jahre die Rolle übernommen, die die deutsch-französischen Atombombenpläne Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre gespielt hatten. Und erneut trat diese Konstellation, wie seinerzeit das Straußsche Va Banque, in Konflikt mit den Interessen der USA: Anfang 1977 gab die »Nuclear Energy Policy Study Group«, die von der Ford-Foundation finanziert wurde, ihre Studie »Nuclear Power and Choices« heraus, in der festgestellt wurde: »langfristig ist das Energieproblem ein Problem hoher **Kosten** und nicht das Problem einer absoluten Begrenztheit der Verfügbarkeit der Energiequellen«; die Studie empfahl für die USA den Rückgriff auf die unbegrenzten Kohlevorräte, den westeuropäischen Ländern die Streuung ihrer Programme auf verschiedene Energiequellen. »Plutonium würde hier wie im Ausland die Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit der Kernbrennstoffe kaum verbessern. Dieser Schluß beruht auf einer Analyse des Uranangebotes, der Wirtschaftlichkeit der Plutoniumaufarbeitung für heutige Reaktorentypen und der Aussichten für Brüter. Langfristig, beginnend mit dem kommenden Jahrhundert, gibt es zumindest eine Chance, daß die Welt an einer substantiellen Abhängigkeit vom Plutonium vorbeikommt.« Als Hauptgefahr des Plutoniums wurde die militärische Proliferation genannt; Präsident Ford hatte noch während der Arbeit an der Energiestudie 1976 beschlossen, daß die USA auf Wiederaufbereitung und Schließung des Brennstoffkreislaufes verzichten wollten. Dieses Votum wurde mit dem Amtsantritt Carters noch verschärft, als eine Reihe der Autoren dieser Studie in das State Department Carters einzogen. Die Einstellung des Brüterprojektes Clinch River wurde beschlossen, auch um einen Status quo mit den Atomgegnern zu finden: gleichzeitig plante die Carter-Administration aber eine Erhöhung der Anreicherungskapazität für Uran und eine Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für Leichtwasserreaktoren.

Hinter dieser Politik Carters, die im »Nuclear Nonproliferation Policy Act of 1977« festgelegt ist, verbirgt sich eine imperialistische Option für die Zukunft: soviel wie möglich Uran aufzukaufen, anzureichern, in den Leichtwasserreaktoren umzusetzen und dann in den Wüstengebieten des mittleren Westens einzulagern: diese gigantischen strahlenden Reserven können dann in kommenden Jahrzehnten, wenn die Uranvorräte wirklich knapp sind und die Schließung des amerikanischen Brennstoffzyklus rentabel geworden ist, den Brenstoff für kommende Reaktorgenerationen abgeben und ein Energiemonopol der USA begründen (die Option der »Zwischenlagerung«, wie sie sich auch in der BRD durchsetzen könnte). Dagegen haben Frankreich und die BRD in ihrer nationalen und internationalen Politik der 70er Jahre auf Proliferation und Plutoniumwirtschaft gesetzt, auf Nuklearisierung imperialistischer Subzentren und Schnelle Brüter – der imperialistischen Seite dieser Entwicklung werden wir im folgenden Abschnitt nachgehen.

Die Nonproliferationspolitik der USA beruhte bis Anfang der 70er Jahre auf ihrer Monopolstellung auf dem Markt für angereichertes Uran; seit dieses international verfügbar ist (1973 trat die UdSSR als Lieferant auf dem westlichen Markt auf), mahnt sie ihre Juniorpartner zum Verzicht. Aber gerade wegen des US-Monopols und gegen die sowjetisch-amerikanische »Biopolarität« hatten diese die **Schließung des Brennstoffkreislaufes** stets vorrangig betreiben; nur eine eigene Brennstoffwirtschaft konnte auch internationale Konkurrenzfähigkeit der Reaktorindustrie gegen die Nonproliferationspolitik der USA garantieren. Nach Unterzeichnung des Atomsperrvertrages stiegen die Staatszuschüsse für die Entwicklung des Brennstoffkreislaufes um das fünffache und verdoppelten sich 1973 noch einmal. Werfen wir einen Blick auf die Schritte dieses Kreislaufes: die Uranversorgung, die Wiederaufbereitung und Lagerung der Abfälle.

Wegen der hohen Kapazität der militärischen Urananreicherungsanlagen war der Bezug angereicherten Urans aus den USA in einem Leihverfahren bis 1965 relativ kostengünstig; nach Durchsetzung der Leichtwasserreaktoren verkauften die USA in einem Leihverfahren bis 1965 relativ kostengünstig; nach Durchsetzung der Leichtwasserreaktoren verkauften die USA angereichertes Uran, die Preise schnellten in die Höhe. Da die Uranprospektion in der BRD ziemlich erfolglos geblieben war, (für autarkistische Zwecke lieferte die Aufbereitungsanlage der Gewerkschaft Brunhilde allerdings von 1958 bis 1973 Natururan »zum Selbstkostenpreis«), mußte eine Beteiligung an der **Uranprospektion und -gewinnung** im Ausland angestrebt werden: mit staatlicher Förderung wurden 1967 die »Urangesellschaft« und zwei Monate später die »Uranerzbergbau GmbH« gegründet, die sich an Projekten in Kanada, USA, Niger, Somalia, Australien, Spitzbergen und Togo engagierten; seit 1975 auch an der brasilianischen Prospektion.

Die **Urananreicherung** war schon von der NS-Zeit her das zweite Standbbbein der zivil-militärischen Doppelgleisigkeit gewesen. Einzelne Forscher hatten an ihren Verfahren in den 50er Jahren weitergearbeitet, seit 1956 wurde dieses Thema in der Atomkommission verhandelt. Groth hatte in Bonn mit Unterstützung der »Physikalischen Studiengesellschaft«, Zippe bei Degussa die Zentrifugentechnik weiterentwickelt, nachdem die Emigration nach Brasilien fehlgeschlagen war; die Forschungen wurden nach 1960 nach einer Intervention der USA unter Geheimhaltung gestellt. Seit 1964 arbeitete das »Institut für Kernverfahrenstechnik« am Forschungszentrum Karlsruhe am Trenndüsenverfahren Beckers und übernahm auch die Zentrifugenforschung. 1969 begann die »industrielle Phase« mit dem Konsortium »Uranit GmbH« (Nukem, Gelsenberg AG, Hoechst), 1970 wurde ein internationales Abkommen mit Großbritannien und den Niederlanden über Entwicklung und Bau einer gemeinsamen Gaszentrifugenanlage geschlossen. Gemeinschaftsunternehmen waren die »Urenco Ltd.«, die eine Pilotanlage in Almelo/Niederlande ab 1973 Betrieb; ab 1974 wurde eine Anlage für 200 t/Jahr gebaut und 1977 in Betrieb genommen. Unter anderem, weil fraglich war, ob die Urenco angereichertes Uran auch für das Brasiliengeschäft liefern würde, beantragte die Uranit 1978 eine Genehmigung für eine nationale Anreicherungsanlage in Gronau für 1000 t/Jahr. Das Gasdiffusionsverfahren, nach dem neben der USA auch von der Eu-

rodif, einem französisch-belgisch-italienisch-spanischem Konsortium, Uran in Frankreich angereichert wird, arbeitet mit hohen Energiekosten; das Beckersche Trenndüsenverfahren hat vor allem für die deutsch-südafrikanische und die deutsch-brasilianische Atomachse Bedeutung, worauf wir noch zurückkommen werden.

Auf den Gebiet der **Brennelementeherstellung** dominierte noch aus der NS-Zeit die Degussa; 1960 wurde die Nukem gegründet (von Degussa, RWE, Metallgesellschaft und, als Bindeglied zum Urananbbau in Namibia, der Rio Tinto Zinc, London). Während die Brennelemte für Leichtwasserreaktoren von Subunternehmen der Reaktorkonsortien geliefert wurden, blieb die Entwicklung von Plutoniumbrennelementen für die Brüter in staatlicher Hand. Da die abgebrannten Brennelemente zunächst in die USA zurückgeliefert werden mußten, war Plutoniumforschung zunächst nur über den Umweg des »Europäischen Instituts für Transurane« möglich, das auf Initiative des Atomministeriums 1960 in Karlsruhe errichtet wurde. Seine Aufgabe war, »die Transurane und insbesondere Plutonium als Reaktorbrennstoff zu erforschen, zu entwickeln und zu erproben«. Ab 1964 übernahm die Alkem (Nukem, Siemens, AEG) die Herstellung der Brüterbrennelemente.

Obwohl die **Wiederaufbereitung** für den nationalen Plutoniumkreislauf unumgänglich war, schloß sich die BRD 1957 der »Eurochemic«, einem Gemeinschaftsunternehmen mehrerer Staaten zur chemischen Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe, an. Die WAA wurde 1966 in Mol/Belgien in Betrieb genommen, bis 1974 gemeinsam betrieben und 1978 von Belgien in Eigenregie weitergeführt. Jedoch übersah die autarkistische Fraktion der Atommafia nicht die Bedeutung einer nationalen Anlage: 1960 legte Hoechst dem Atomministerium eine Projektstudie für eine WAA vor, die Atomkommission nahm das Projekt ihres Vorstandsmitgliedes Winnacker in den Förderungskatalog des 2. Atomprogrammes auf. Ab 1963 wurde an der Realisierung der Baupläne gearbeitet; gegen die Initiative der USA: »Die Amerikaner wachten eifrig darüber, daß kein Plutonium in unrechte Hände kam. Bald machte deswegen die amerikanische Atomenergiekommission den Vorschlag, den gesamten Brennstoffkreislauf für die Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.« Die Regierung verzichtete, »weil es das Ende einer eigenständigen deutschen Kernenergiepolitik bedeutet hätte«. Nebenbei soll erwähnt werden, daß auch die Atomphysiker in Karlsruhe »nicht begeistert« waren, »da man von ihr möglicherweise Belästigung durch Strahlung ... befürchten mußte«. Ab 1967 wurde die Anlage gebaut und ab 1971 von einem Konsortium aus Nukem, Hoechst, Gelsenberg und Bayer betrieben; ebenfalls ab 1967 wurden schwach- und mittelaktive Abfälle in das Bergwerk Asse bei Salzgitter eingelagert.

Die Karlsruher Anlage war auf Initiative der Chemieindustrie gebaut worden, obwohl der Bedarf an Wiederaufbereitungskapazität Ende der 60er Jahre gering war: man ging allgemein davon aus, daß die aus militärischen Gründen errichteten Anlagen in Frankreich und Großbritannien und die Eurodif-Anlage in Mol nicht vor 1982 ausgelastet sein würden. Jedoch wurde die britische Anlage in Windscale 1973 nach einem schweren Unfall geschlossen, ein Jahr später die Eurodif-Anlage. Im Boom der AKW-Neubauten gab es plötzlich einen Engpaß bei der Aufbereitung. Die französisch-britisch-deutsche »United Reprocessors«, ursprünglich zur Verwaltung der Überkapazität begründet, verwaltete nun den Mangel: Le Hague wurde erweitert und als massives Zwischenlager ausgebaut. Jetzt, in den 70er Jahren, war eine WAA wegen ihrer »Unwirtschaftlichkeit« und der verzögerten Dringlichkeit des Plutoniumzyklus nicht mehr interessant. Durch eine Novelle des Atomgesetzes wurde 1976 das »Verursacherprinzip« verankert: nun mußten die Stromkonzerne die »Entsorgung« betreiben, gründeten die DWK (bzw. übernahmen die Firmenanteile der Chemiekonzerne) und versuchen sich seither im Landkreis und in Hessen. Aber auch mit einem »Zwischenlager« wäre ihnen schon gedient: dann bliebe zumindest eine Option für die Zukunft, wie sie in den USA seit 1977 durchgesetzt ist.

In der Tat betreibt die westdeutsche Atommafia am Ende der 70er Jahre ein Doppelspiel, das die Entscheidungen offen läßt. Sie baut den Brüter, sie projektiert Wiederaufbereitungsanlage und Brennstoffzyklus, aber sie projektiert auch die Zwischenlager, die nicht nur Wartestand auf die Gorlebener WAA sind, sondern, wie das amerikanische Beispiel zeigt, auch eine eigenständige Option darstellen könnten. Unser Land würde dann mit einem Netz von strahlenden Festungen überzogen, die das Plutonium in der Hinterhand erhalten, für eine strahlende Zukunft.

IX. Atomimperialismus

Die sozialliberale Politik der 70er Jahre gab die Verknüpfung zwischen der Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen und der Entwicklung der Atomtechnologie als Big Science auf – der Anschluß Europas an die internationale Atomentwicklung schien durch die Brüterprogramme und die Schließung des Brennstoffkreislaufes hinreichend gesichert und der »Bilateralismus« der Abrüstungsverhandlungen schien akzeptabel, da er mit der Öffnung neuer Märkte im Osten und auf der Südhalbkugel gleichermaßen einherging.

Nach dem Rückzug der USA aus Vietnam, Zeichen der innen- und außenpolitischen Schwäche der westlichen Führungsmacht, gelang es den westeuropäischen Industriestaaten, über die Entwicklung des Eurodollarmarktes und eigener imperialistischer Expansionsmanöver, gegenüber dem Seniorpartner entscheidend aufzuholen. Freilich geriet die Nord-Süd-Expansion von vornherein in Konflikt mit einer Reihe von Befreiungsbewegungen, die zum Teil von Moskau unterstützt wurden; der Nord-Süd-Konflikt überlagerte den Ost-West-Konflikt, der in der Ära der Rüstungsbegrenzung und der »Ostpolitik« zunehmend kalkulierbar geworden schien. So sehr kalkulierbar, daß es den westlichen Militärstrategen am Ende der 70er Jahre möglich scheint, sich über eine neue Ost-West-Eskalation Spielraum für die drei Kontinente zu schaffen.

Die USA, die 1945 zwei große Kriege zugleich führen konnten (in Asien und Europa), schienen nach Vietnam nicht einmal zu 1 1/2 Kriegen mehr fähig; in der »Nixon-Doktrin« wurde die Parität der UdSSR anerkannt. Aber die Stationen der Eskalation in der zweiten Hälfte der Carter-Administration sind bekannt: die Stationierungsbeschlüsse für Mittelstreckenwaffen, mit denen Ziele bis zur Linie Moskau-Kiew von Mitteleuropa aus vernichtet werden können und die Warnzeit für atomare Eskalation auf 8 Minuten reduziert wird, der CIA-Putschversuch in Afghanistan, das Ausspielen der »chinesischen Karte«, die Aufrüstung Japans, die Reorganisation des südostasiatischen ASEAN-Paktes: all das die Grundlage einer neuen »Containment«-Politik gegen die Sowjetunion, die am schwächsten Glied der Kette, die um sie gelegt wurde, intervenierte: in Afghanistan.

Die USA konnten sich durch die neue Aufrüstung eine deutliche Schwächung Moskaus versprechen: »Die Sovjets würden für die Zerstörung eines einzigen befestigten Zieles 5,8 Millionen Dollar ausgegeben, während es die USA nur 900.000 Dollar

kostet«, errechnete ein amerikanischer Abgeordneter. Auf dem Höhepunkt der Eskalation, nach Iran und Afghanistan, nehmen die USA für die Neuauflage der »Containment«-Politik sogar eine größere Unabhängigkeit der Verbündeten in Kauf, vor allem in Europa. Die europäischen Staaten sind ohnehin zunehmend in militärische Folgen ihrer Nord-Süd-Politik verwickelt (1978 Zaire oder die Aufrüstung des Irak) und die neuen Mittelstreckenraketen auf europäischen Boden sind nur dann ein Ersatz für die Verlagerung des US-Interessenschwerpunktes der Militärpolitik auf den mittleren Osten und den Indopazifik, wenn sie unter europäischer Kontrolle stehen: in jüngster Zeit ist immer wieder auch von einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Rede.

Die »Carter-Doktrin«, wonach ein Konflikt im Persischen Golf sofort durch die USA eskaliert würde, schafft unter der Flagge des »Containment« die Aufrüstung für den Nord-Süd-Konflikt: die Aufstellung amerikanischer Eingreiftruppen, die Aufrüstung der Insel Diego Garcia, Waffenlieferungen an China, die Aufrüstung der ASEAN-Staaten, vor allem Japans; in der BRD die Aufstockung der Munitionsvorräte und der Reservearmee um 90.000 Mann entsprechen vor allem der Bewaffnung für eine Phase des Imperialismus, in der die Atomproliferation der 70er Jahre eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Die Entscheidung der USA, das Brüterprogramm zu stornieren und statt seiner durch die Lagerung benutzter Brennelemente einen Uran- und Plutonium-Schatz anzuhäufen, hat weitergehende Konsequenzen. Es liegt auf der Hand, daß die Option der USA deren imperialistische Führungsrolle nur dann langfristig festigen kann, wenn Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen nicht frei verfügbar werden. Der geschlossene Brennstoffkreislauf in der Hand anderer Länder entwertet hingegen den amerikanischen Schatz mehr und mehr, da die Abhängigkeit schaffende Verknappung natürlicher Kernbrennstoffe aufgefangen wird. Als sich die USA entschlossen, den Clinch River Brutreaktor-Prototyp nicht fertigzustellen und statt des kommerziellen Schnellen Brüters in der folgenden Reaktorgeneration mit fortgeschrittenen Konverterreaktoren vom Uran-Plutonium-Zyklus zum Uran-Thorium-Zyklus zu wechseln, waren die Weichen zur Non-Proliferationspolitik gestellt.

Zu diesem Zeitpunkt, 1976, stand jedoch schon lange fest, daß die europäischen »Juniorpartner« der USA nicht für sich selbst auf die Schließung des Brennstoffkreislaufs verzichten würden. Vor allem Frankreich und die BRD waren und sind eifrig damit beschäftigt, einer energiepolitisch vermittelten Abhängigkeit der europäischen Länder von den USA vorzubauen. Die Schließung des Brennstoffkreislaufes und der Aufbau einer Plutoniumwirtschaft sind der eine Weg den beide Länder eingeschlagen haben, daneben schreiten beide darin fort, sich von den Uranlieferungen der USA möglichst schnell abzukoppeln und sich der Uranvorkommen anderer Länder zu versichern. Im Vordergrund standen dabei zunächst die in aller Stille seit 1970 vorangetriebene atomare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika, sowie die kaum wahrgenommenen Interventionen Frankreichs in verschiedenen westafrikanischen Ländern. Beides betraf die amerikanische Entscheidung kaum, denn Frankreich tauscht kein Uran gegen Technologie, sondern sichert sich seine afrikanische Einflußsphäre gerade so, wie die USA ihre lateinamerikanische; und Südafrikas Interessen gehen ohnedies ins Militärische. Der drittgrößte Uranproduzent des Westens würde auch ohne westdeutsches Know-how über die Möglichkeit verfügen, eine einfache Atombombe zu konstruieren, zudem stellen die USA Südafrikas besondere strategische Bedeutung für die NATO nicht in Frage. Seit 1957 hatte die USA vielmehr selbst am südafrikanischen Atomprogramm mitgearbeitet und so waren sie schließlich »nur« dem partiell weiterreichenden Kooperationsinteresse der westdeutschen Energieunternehmen unterlegen gewesen.

Das amerikanische Interesse, den Brennstoffzyklus in der Kontrolle der imperialistischen Zentren zu halten, wurde erst durch den deutsch-brasilianischen Atomvertrag entscheidend getroffen. Mit ihm gelang der BRD nicht nur ein Einbruch in eine vorwiegend von amerikanischem Kapital bestimmte Region, sondern vor allem die Durchsetzung eines neuen Modells imperialistischer Herrschaftssicherung. Die USA ließen nichts unversucht, um die BRD vom Brasiliengeschäft abzubringen, und die eigenen langfristigen energiepolitischen Pläne den Europäern aufzuzwingen.

Gestützt auf das fadenscheinige Argument, die Weiterverbreitung waffenfähigen Spaltmaterials verhindern zu wollen, untersagte die Carter-Administration die Ausfuhr von Wiederaufbereitungs- und Anreicherungsanlagen. Gleichzeitig erleichterte sie die Ausfuhr von Leichtwasserreaktoren und propagierte als ergänzende Sicherheitsmaßnahme die Entwicklung eines proliferationsresistenten Brennstoffzyklus. Wenngleich von den Vertretern der ERDA bald eingeräumt werden mußte, daß ein solcher Zyklus technisch nicht möglich sei, glaubte man, Brennelemente auf den Markt bringen zu können, deren Aufarbeitung so weit erschwert wäre, daß sie für Länder der Drei Kontinente nicht mehr möglich ist. Für die Versorgung nationaler Reaktoren mit Brennstoff wurde eine Lösung entwickelt, die in Rechnung stellte, daß die Amerikaner die Verbreitung der Wiederaufbereitungs- und Anreicherungstechnologie nur noch verhindern könnten, wenn sie die europäische und die japanische Beteiligung an der Non-Proliferation erreichen würden. Auf der »International Conference on Nuclear Power and its Fuel Cycle«, die im Mai 1977 in Salzburg stattfand, umriß die ERDA das Programm zur gemeinsamen Kontrolle des Brennstoffzyklus und damit des Energiesektors der Länder der Drei Kontinente. Kern ihres Vorschlags war die Schaffung internationaler Brennstoffkreislaufzentren, in denen mit Konverterreaktoren und Plutonium-Brütern Brennstoff für den »denaturierten Uran-Thorium-Zyklus« produziert und aufgearbeitet werden sollte. An die nationalen Leichtwasserreaktoren würde von den Zentren mit Uran238 und Thorium-versetzter Uran233-Brennstoff geliefert werden. Bei einer maximal 20%igen Anreicherung ist dieser Brennstoff nicht unmittelbar für die Herstellung atomarer Waffen zu nutzen. Seine Bestandteile sind nur durch Isotopentrennung von einander zu scheiden und die Brennelemente sind zudem wegen einer durch Uran232-Verunreinigung bedingten Gamma-Aktivität schwer zu handhaben. Abgebrannte Brennelemente könnten nur in den internationalen Zentren aufgearbeitet werden. Aber auch dieses Angebot in letzter Minute verhinderte den Vertrag mit Brasilien nicht mehr. Häfele & Co. winkten nur müde ab und verwiesen auf die anders gearteten Interessen der deutschen Atomindustrie. Auch die Bundesregierung blieb dabei, daß an einer gemeinsamen Energiepolitik gegenüber den Ländern der Drei Kontinente angesichts der divergierenden Rohstoffsituation kein Interesse bestünde. Die amerikanische Position scheiterte in Salzburg ebenso wie beim Treffen der Atomanlagen-Exportländer – des »Suppliers Club« – am Anfang des Monats Mai in London. Ebensowenig wie der Salzburger Vorschlag und der Londoner Appell konnte die beim Mondale-Besuch geäußerte Drohung, an die BRD kein Uran mehr zu liefern, den Vertrag noch ins Wanken bringen. Hier zeigte sich vielmehr, wie erfolgreich sich die BRD bereits von den amerikanischen Brennstofflieferungen losgemacht hatte. Lieferten die USA von 1965 bis 1976 noch 15,7 % des in der BRD benötigten Urans, ist ihr Lieferanteil für die Jahre 1977 bis 1980 auf 6,7 % gesunken, während der Südafrikas von 27,2 % auf 46,7 % gestiegen ist, außerdem lagert die Nukem in Hanau einen Notvorrat in Höhe des Bedarfs eines Jahres. Es ist nunmehr an der Zeit, die neue atomare Achse Bonn-Brasilia genauer darzustellen:

Die schon geschilderten wenig erfolgreichen Geschäfte der fünfziger Jahre und die 1962 beginnenden Verhandlungen Argentiniens mit Siemens über einen Schwerwasserreaktor sorgten dafür, daß die von NS-Wisssenschaftlern geknüpften Verbindungen nach Lateinamerika nicht abrissen. Gerade der Präsident des Deutschen Atomforums, der frühere Generaldirektor der I.G. Farben, Karl Winnacker (seit 1952 wieder Generaldirektor der Hoechst AG) war ständig bemüht, die internationalen Kontakte der Atom-Lobby zu institutionalisieren, sie zugleich aber den Blicken des Publikums zu entziehen. Erst 1969, nachdem der Forschungsminister der Großen Koalition, Stoltenberg, und ihr Außenminister, Willy Brandt, das »Rahmenabkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit« mit Brasilien abgeschlossen haben, werden die Internationalen Büros bei den Kernforschungszentren Karlsruhe und Jülich offiziell. Alfred Boettcher, weiland SS-Obersturmbannführer und bis zu seiner Enttarnung 1966 in der Leitung Jülichs tätig, koordiniert von da an die wissenschafltiche Ausbildung der im Rahmenabkommen angesprochenen Fachkräfte aus Brasilien, bald auch derjenigen aus Südafrika. Auf Grund der Vermittlung des Kernforschungszentrums Karlsruhe entscheiden sich beide Länder für das Beckersche Trenndüsenverfahren für die Urananreicherung. Zunächst 1970 Südafrika: dann 1972 auch Brasilien, nachdem Militär-Physiker, Wirtschaftsexperten und Vertreter der westdeutschen Nuklearanbieter ein Modell für den Aufbau der brasilianischen Atomwirtschaft entwickelt haben.
Das Trenndüsenverfahren soll eine etwas bessere Ausbeute bieten als die Gasdiffusionsverfahren und ist vor allem für kleinere Anlagen geeignet. Anbieter halten es aber nur dort für sinnvoll, wo das Diffusionsverfahren unökonomisch wäre und das mittlerweile einsatzfähige Gaszentrifugenverfahren und ist vor allem für kleinere Anlagen geeignet. Die Anbieter halten es aber nur dort für sinnvoll, wo das Diffusionsverfahren unökonomisch wäre und das mittlerweile einsatzfähige Gaszentrifugenverfahren nicht angeboten wird, denn dessen Strombedarf ist vierzehnfach geringer. Darüberhinaus ist mit dem ursprünglichen Trenndüsenverfahren nur unter großem Aufwand eine hochprozentige Anreicherung möglich, aber gerade hier scheint eine auf militärische Zwecke ausgelegte südafrikanische Weiterentwicklung erfolgreich zu sein. Es wäre also kein Wunder, wenn die beiden einzigen Länder, die das Trenndüsenverfahren bisher erworben haben, demnächst nicht nur auf dem konventionellen Rüstungssektor zusammenarbeiten werden. An Hand des Trenndüsenverfahrens zeigt sich zudem, daß die an subimperialistische Zentren gelieferten Anlagen und Technologien zwar modern sind, aber in einem so zentralen Bereich wie der Urananreicherung auf Grund des anderen Verfahrens nicht an den europäischen Standard angepaßt werden können. Nach allem was über das Trenndüsenverfahren bekannt ist, ist dieses nur in engen Grenzen ökonomisch einsetzbar.

Nach den Planspielen für den Aufbau der brasilianischen Atomwirtschaft dauerte es noch drei Jahre, bis das »Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie« zwischen Bonn und Brasilia abgeschlossen wurde. Er sieht vor, die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft »Nuclam« für Prospektion und Abbau von Uran. An dieser Gesellschaft ist die Urangesellschaft mit 45 % beteiligt. Mit Beteiligung von Steag und Interatom baut die »Nuclei« eine Anreicherungsanlage, die KWU ist am Bau einer Brennelementefabrik beteiligt, außerdem ist der Bau einer Pilotanlage für die Wiederaufarbeitung der Brennelemente vorgesehen. Bis 1986 soll die KWU vier 1300 MW-DWR bauen, sie erhält die Präfenz für den Bau vier weiterer bis 1990. Schließlich soll noch eine Reaktorfabrik entstehen und die weitere Entwicklung des brasilianischen Kraftwerksprogramm von deutschen Unternehmen vorbereitet werden. Brasilien wird am Ende der Aufbauphase über den ganzen Brennstoffzyklus verfügen und Produktionskapazitäten aufweisen, die den Export von Reaktoren an andere Länder der Südhalbkugel ermöglichen werden.

In der Zwischenzeit ist zwar noch immer unsicher, ob die großen vermuteten Uranvorkommen überhaupt vorhanden sind, aber das Brasilienabkommen zeigt seine Wirkung. Offensichtlich ist Brasilien bemüht in den Besitz atomarer Waffen zu gelangen. Diese werden zwar klein und altmodisch sein, wenn man sie mit dem Arsenal des Schreckens vergleicht, über das die USA oder die Sowjetunion verfügen, aber diese Bomben werden ausreichen, um Brasilien auf Dauer zur unangefochtenen Führungsmacht Lateinamerikas zu machen. Spätestens seitdem sich nun eine Annäherung Argentiniens zeigt, das seine eigenen Pläne zum Aufbau einer auch militärisch nutzbaren Atomindustrie eingeschränkt hat und seit etwa einem Jahr auf diesem Gebiet mit Brasilien zusammenarbeitet, wird das Konzept der »strategischen Zonen«, aus dem Brasilien das Recht ableitet, jederzeit in Uruguay, Bolivien, Paraguay und den Guayanas zu intervenieren, zum ausschlaggebenden Ordunungskonzept für einen großen Teil des Subkontinents. Es bleibt aber nicht bei dieser militärischen Dominanz, sondern mit der Kernenergie entsteht für die Länder der drei Kontinente, in denen sie angewandt wird, die Möglichkeit, der Massenarmut und ihrer revolutionären Potenz Herr zu werden, indem einerseits eine hochentwickelte Weltmarktindustrie entstehen kann, die mehr und mehr durch einen bäuerlichen, kapitalisierten Sektor der Landwirtschaft ergänzt wird, während zugleich die Sektoren traditioneller Wirtschafts- und Lebensweisen zerstört werden können. Es wird in diesen Ländern wohl schneller als wir alle denken, ein Großteil der Bevölkerung zur Vernichtung anstehen. In einer Analyse der Weltbankpolitik kommt Rainer Tetzlaff zum selben Ergebnis. Er kann nachweisen, daß die Unternehmungen der Weltbank drei entscheidende Bevölkerungsgruppen der Länder der Drei Kontinente gänzlich ausklammern: »a) ... die Landlosen, b) ... Minifundisten, deren kleine, unfruchtbare oder ungünstig gelegene Äcker kein hinreichendes Wachstumspotential aufweisen, und c) ... landlose Erwerbspersonen ohne dauerhafte Beschäftigung wie Saison-, Wander- und andere Gelegenheitsarbeiter.« (Rainer Tetzlaff, Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer? München und London 1980). In Zahlen bedeutet dies, daß von ca. 800 Millionen ländlicher Bewohner wenigstens 60-70 % für die von der Weltbank angestrebte Restrukturieng der imperialistischen Ökonomie überflüssig sind.

Das gilt für Brasilien selbst, wo VW und andere Konzerne neue Regionen landwirtschaftlich erschließen, wo aber die Erschließung die nicht in den neuen Wirtschaftssektoren Beschäftigten von allen Lebensmitteln ausschließt. Das gilt erst recht für die Länder Westafrikas, an die Brasilien in einigen Jahren Reaktoren liefern wird und wo die französischen und deutschen Energiekonzerne heute planen, durch den Stau des oberen Niger gigantische Verdunstungsflächen zu schaffen, die in wenigen Jahren zur Versalzung und Austrocknung des Landes führen werden, wodurch der Sahel-Streifen um ca. 500 km verbreitert wird. Im Ergebnis wird durch diese ökologische Kriegführung ein entvölkertes Gebiet geschaffen werden, in dem die Kernenergie für eine strahlende Zukunft ihrer Anwender sorgen wird, ohne daß diese noch den Schwierigkeiten der althergebrachten »Bevölkerungspolitik« ausgesetzt wären.

Mit der Schaffung und Stabilisierung sub-imperialistischer Zentren im Rahmen der Atomproliferation, bemüht sich die BRD als Vorreiter der europäischen Interessen den von den USA in den siebziger Jahren verlorenen Boden zum eigenen Nutzen in Beschlag zu nehmen. Sie kann dabei, nachdem die Non-Proliferationspolitik der USA überholt worden ist, den nationalen Herrschaftscliquen einen gangbaren Weg zur Sicherung ihrer Macht anbieten. Es ist zweifelhaft, ob die USA hierzu eine über schon Bekanntes hinausgehende Alternative besitzen, und es ist offen, in welcher Weise sich der verschärfte Konkurrenzkampf der imperialistischen Hauptländer weiter entwickeln wird.

Radikaler Strompreisboykott gegen Elektrizitätskonzerne

Bevor ich mit den Ausführungen zu den Elektrizitätskonzernen beginne, möchte ich zuerst an einigen Punkten meine persönliche Betroffenheit zu diesem Themenkomplex darstellen.
Strompreisboykott: Was mich am Strobo bisher schon immer fasziniert hat ist die Möglichkeit, kontinuierlich und offen den Widerstand gegen das Atomprogramm auszudrücken, jede/jeder muß sich in erster Person und kollektiv verhalten. Toll daran ist auch, daß Strobo die Einbeziehung vieler und unterschiedlicher Menschen ermöglicht, ob in der Stadt oder auf dem Land, ob alt oder jung, ob Gewaltfreie oder Militante. Und weiterhin, daß es hier direkt gegen die AKW-Betreiber geht. Viele AKW-Gegner/innen lehnen allerdings Strobo ab, weil es ein harmloser und gewaltfreier Widerstand sei. Ich denke, daß da ein Fehlschluß darin liegt. Obwohl die Gewaltfreien den Strobo initiiert haben und darin auch stark mitarbeiten, umfassen die Initiativen inzwischen ein viel breiteres Spektrum von Menschen, die auch auf dieser Ebene kämpfen wollen. Obwohl ich dem Strobo gegenüber positiv eingestellt bin, finde ich diese Kampagne in der Form, wie sie bisher geführt worden ist, ziemlich lasch und bezweifle auch, ob sie viel bewirkt. Im Gegenteil, bei einer Reihe von Strobo-Teilnehmern, die ich persönlich kenne, scheint es sogar eine relativ angenehme Art von Widerstand zu sein: man hat ja nicht viel zu tun, außer weniger Geld einzubezahlen, und für den Fall daß der Strom abgeschaltet werden sollte, springen sowieso Rechtsanwälte ein oder es wird eben wieder die volle Stromrechnung bezahlt.

Brokdorf 23. 12. 1979: Nach dem negativen Prozeßentscheid gegen die Kläger gegen den Bau des geplanten AKW Brokdorf war es beeindruckend, wie wir an einem relativ ungünstigen Datum nach kurzfristiger Mobilisierung doch zu mehreren tausend nach Brokdorf gezogen sind, um unseren Protest gegen Urteil und drohenden AKW-Bau wie auch den Willen zum Widerstand auszudrücken. Die Bullen waren wohl noch mehr als wir von dieser starken Beteiligung überrascht, denn ihr bereitstehender kleiner Haufen wirkte nicht gerade beeindruckend. Es war ein klein wenig befreiend, gemeinsam unsere Wut nach außen zu wenden und den Zaun ins Wanken zu bringen. Der Bauplatz von Brokdorf hat Symbolcharakter für die AKW-Gegner und die Stärke der Bewegung liegt hier in einem breiten und relativ entschlossenen Widerstand schon vor Beginn des AKW-Baus. Nach der gelungenen kurzfristig organisierten Aktion kamen mir eine Menge an Fragen und Überlegungen zur Begrenztheit dieser Widerstandsform.
Ist es sinnvoll, die Massenmobilisierungen immer wieder zu diesen Bauplätzen, Bohrstellen und schon existierenden AKWs hin zu organisieren, wo wir uns die Atombedrohung durch diese Atomkathedralen vor Augen halten und Wut oder Resignation verspüren? Gibt es nur die Alternative einerseits der militärischen »Feldschlacht« mit den Bullen im Kampf um das Symbol Bauzaun, als Ausdruck unserer Stärke, Nicht-Integrationsbereitschaft und Entschlossenheit zur Verhinderung des Atomprogramms? Oder andererseits den friedlich-ohnmächtigen Demonstrationszug, der sich als integrierter Teil im Zoo der Atomanlagen bewegen und protestieren darf, der gegenüber der gewaltsamen Durchsetzung dieser menschen- und umweltfeindlichen Atom-Anlagen die Gewaltlosigkeit auf seine Fahne geschrieben hat? Ein Großteil der AKW-Gegner/innen kommt aus der Stadt und in der Stadt sitzen auch die Elektrizitätskonzerne, die die AKWs betreiben und gegen die wir stärker als bisher vorgehen sollten.

Gorleben: Ich denke, daß die Mobilisierung gegen diese Wiederaufbereitungsanlage eine Bedeutung in der Kontinuität des massenhaften Widerstands der AKW-Bewegung gegen das Atomprogramm hat. Als ich in der Presse das Foto von der Räumung des Bohrloches 1004 gesehen habe, wo die zweieinhalbtausend AKW-Gegner in einem Kreis sitzen, ist mir sofort als Assoziation der kollektive Todestrip der Jom-Jones-Sekte in Guyana in Erinnerung gekommen. Es ist nicht so, daß ich für diese Situation einen Widerstand gegen einen zahlenmäßig und militärisch überlegenen Gegner auf Biegen und Brechen vertreten würde. Was mich schockt ist die Tatsache, daß hier die zur Mehrheit aus Städten stammenden Bohrloch-Besetzer fern von dem Ort, wo sie täglich leben, plötzlich eine Regsamkeit entfalten, mit Phantasie und Elan wirklich tolle Holzhäuser und unter diesen Bedingungen ein beeindruckendes Zusammenleben entwickeln und, was mir nicht in den Kopf geht, solche Kräfte zum Aufbau eines Dorfes aufbringen können mit dem von vorneherein klar festgelegten Ziel, daß es bei Polizeiräumung widerstandslos zerstört gelassen werden wird. Also Aufbau mit der Bestimmung der Zerstörung. Dogmatisch fixierter und selbstauferlegter gewaltloser Protest gegen das Atomprogramm und gleichzeitiges Akzeptieren einer gewaltsamen Räumung für eine gewaltsame Durchsetzung von Atomanlagen. Kein Wort von dem entschlossenen Willen der Absicht, die geplante Anlage zu verhindern.
Meiner Meinung nach ist diese Bohrplatzbesetzung vor allem auch Ausdruck verinnerlichter Ohnmacht gegenüber dem Atomprogramm, die nun umgedreht und als Beispiel einer nachzuahmenden gewaltlosen Politik ausgegeben wird. Ich halte es hingegen für wichtiger zu diskutieren, welche Möglichkeiten des massenhaften Widerstands gegen die AKW-Betreiber wird direkt in der Stadt haben.

U. ist schwanger geworden und hat eine Abtreibung gemacht. Ich selber wünsche mir allerdings Kinder. In einer Reihe von unseren Gesprächen ist es dann immer wieder auch zu der Frage gekommen, ob es unter diesen Umständen überhaupt noch möglich sei, Kinder in die Welt zu setzen. Inzwischen wird der **Gebärstreik,** als politisch bewußte Entscheidung, breiter diskutiert. Mir leuchten diese Überlegungen stark ein und ich finde die neu aufkommende Mutterschaftsideologie sehr problematisch, vor allem wenn ich an eine Reihe von Bekannten

denke, die durch die Beschäftigung mit dem Kind vieles, was um sie herum passiert, verdrängen. Andererseits stellt sich für mich immer mehr die Frage, was für eine Perspektive und Hoffnung wir noch haben, woher wir eigentlich die Kraft zur Überwindung dieses Gesellschaftssystems für eine von uns selbst bestimmte Form des Zusammenlebens, der freiwilligen Assoziation, hernehmen sollen, wenn wir einen Bereich nach dem anderen unseres jetzigen Lebens als »hoffnungslos« und »verloren« aufgeben. Die vielfältige Zerstörung des eigenen Körpers ist vielen von uns schon gleichgültig geworden, die Verkürzung des Lebens wird leicht in Kauf genommen. In der Lernfabrik Schule werden die Kinder zur Übernahme systemkonformer Normen und Inhalte als auch zur entfremdeten Leistung getrimmt, auf der Straße bestimmen die Autos das Geschehen und für die Kinder gibt es kaum einen Raum für Spiel und Entfaltung. Können wir es in dieser tristen Umgebung von immer denselben Häuserwänden und Straßenzügen auf die Dauer überhaupt noch lange aushalten, ohne nicht selbst diese Strukturen der Zerstörung durch eine Gewöhnungsprozeß zu verinnerlichen? Anpassung oder Aussteigen im Job? Viele flüchten aus diesen Gründen auf das vermeintlich noch »heile« Land und werden von der rasanten Entwicklung schnell eingeholt. Die Beispiele lassen sich leicht ausdehnen.

Nachdem ich in verschiedenen Wohngemeinschaften gelebt habe, wohne ich vorübergehend gerade alleine und spüre, wie schnell die »Atomisierung« der Wohneinheit, die »Atomisierung« sozialen Lebens eintritt, wenn ich nicht versuche permanet neue und qualitativ andere soziale Zusammenhänge und -strukturen dagegen zu entwickeln. Ich kann mir wohl einen effektiven Gebärstreik vorstellen, so daß für unsere Leistungsgesellschaft mehrere »geburtenschwache« Jahrgänge herauskommen. Um in dieser Gesellschaft zu überleben und etwas qualitativ Neues zu schaffen, ist es meiner Meinung nach jedoch gefährlich, eine negative Einstellung zum Leben zu haben, denn wir sollten die relativ kaputte Stadt nicht »aufgeben«, wir sollten vielmehr dafür kämpfen sie wieder umkrempeln zu können, um in ihr neue »lebenwürdige« Entwicklungen einzuleiten. Die Entscheidung, unter genau diskutierten Bedingungen und sozialen Gegenstrukturen Kinder zu bekommen, steht dem nicht entgegen, sondern kann meiner Meinung nach auch ein bewußter Schritt gegen die bestehende Gesellschaft sein. Voraussetzung für diese revolutionäre Umwälzung der Stadt ist die Einheit und Gleichzeitigkeit von Widerstand und Entwicklung selbstbestimmter kollektiver Gegenstrukturen, jede einseitige Gewichtung für entweder das eine oder das andere trägt die Gefahr in sich, lediglich kurzfristige wie auch beschränkte Impulse abzugeben. Als ein Beispiel möchte ich im Folgenden neben einer kurzen Darstellung der Entwicklung der Elektrizitätsversorgung durch die Elektrizitätskonzerne Erfahrungen und Möglichkeiten des Widerstands in der Stadt gegen dieselben als Anregung für eine breitere Diskussion aufzeigen.

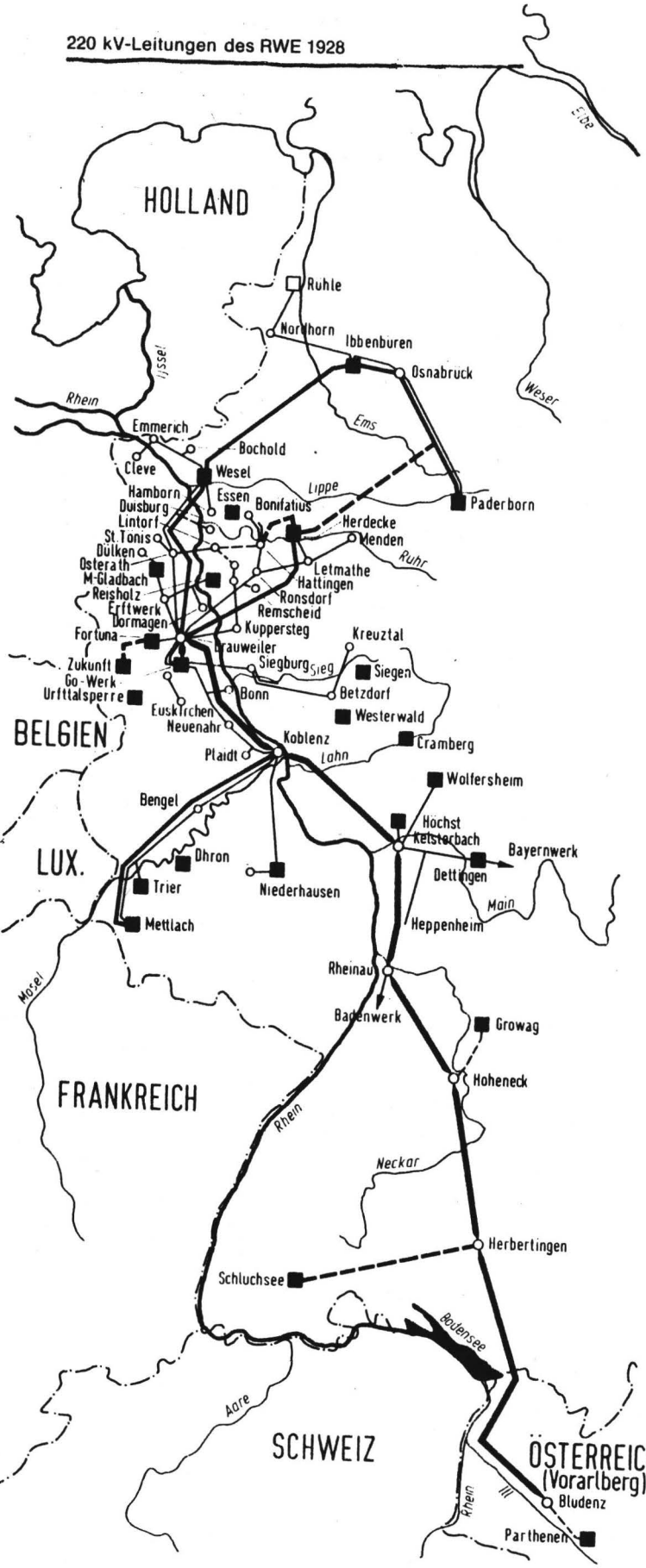
Die AKW-Betreiber

Exemplarisch möchte ich hier auf das bedeutendste Stromversorgungsunternehmen wie auch wichtigsten AKW-Betreiber, die »Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerk-AG« (RWE) eingehen.
Die RWE war 1898 nach Verhandlungen mit der Stadt Essen und diversen Unternehmern gegründet worden. Aktienmehrheit hatte anfangs die »Elektrizitätsaktiengesellschaft, vorm. W. Lahmeyer & Co.«. Im ersten Aufsichtsrat saß schon Hugo Stinnes, der sehr clever gleich das erste Kraftwerk der RWE neben dem Kohleschacht auf dem Gelände der Zeche Victoria Mathias, deren Geschäftsführer er war, erbauen ließ. Vier Jahre später, im Jahre 1902, besaßen Stinnes und Thyssen die Mehrzahl der Aktien. Ihr Konzept war relativ klar und erfolgreich. Für die Expansion der Industrie und zur Erzielung einer optimalen Profitmaximierung stand die Lösung der Energie-Frage an erster Stelle: Ausweitung des Energieeinsatzes, d.h. verstärkter Gebrauch von Maschinen und gleichzeitige Reduzierung des Strompreises auf ein möglichst niedriges Niveau. Folglich sollte das Volk dafür schuften und zahlen. Die Stromversorgung mußte über die Unternehmen hinaus auf die Stadt ausgedehnt werden, damit einerseits das vorhandene Kraftwerk-Energie-Potential erhöht und rund um die Uhr bestens ausgenutzt werden konnte und andererseits durch die breite Elektrifizierung der Gesellschaft den Kleinverbrauchern gewinnträchtig das Geld zur Finanzierung weiterer Großprojekte aus der Tasche gezogen werden kann. Als Transmissionsriemen für dieses Vorhaben sollten die Gemeinden herhalten, aus deren Fonds die breite Stromversorgung finanziert werden sollte.

Schon nach wenigen Jahren konnte die RWE das Stromnetz über das Stadtgebiet Essen hinaus auf eine Reihe von Gemeinden des Ruhrgebiets ausdehnen. Für die Ausweitung dieses Projekts genügten die Essener Anlagen bald immer weniger. Mehrere Zechenbetriebe schlossen nun Verträge zur gegenseitigen Stromlieferung miteinander ab. Um unnötige Neuinvestitionen zu vermeiden, wurde in einem Verbundbetrieb zwischen RWE und Zechenkraftwerken der Strom auf für die Industrie rationelle Weise abgegeben: die Zechen erhielten vormittags, in der Phase ihres höchsten Strombedarfs, und nachts für den Betrieb der Wasserpumpen in den Gruben Strom von der RWE. Wenn in den Haushalten spätnachmittags und abends die Lichtspitze kam, konnten die Zechen überschüssigen Strom an die RWE verkaufen.

Mit der Ausweitung von Verkehr und Straßenbeleuchtung etc. ergaben sich neue Märkte, die die Ausdehnung des Stromversorgungsnetzes als unabdingbare Voraussetzung und die Erhöhung des Stromverbrauchs zur Folge hatten. Das Geschäft nahm nun immer verlockendere Züge an: einerseits stellte die Elektroindustrie immer mehr und neuartige profitable Produkte her, die mit Strom betrieben wurden, und andererseits wurden die kapitalintensiven Industriekonzerne in ihrem Verlangen nach einem gesteigerten Energiepotential für ihren Maschinenpark befriedigt. Um trotz zunehmender Kosten für die Errichtung eines leistungsfähigen Stromnetzes den Strompreis für sich selbst aber weiterhin billig zu halten und den kleinen Stromverbraucher stärker zur Kasse bitten zu können, mußten die Stromversorgungsanlagen verstärkt von öffentlichen Institutionen errichtet werden. Die energie-verschlingende Großindustrie zeigte sich als Schrittmacher der »Entwicklung«. Ihr Interesse sollte »öffentliches« Interesse werden. Kapitalistischer Fortschritt sollte mit gesellschaftlichem Fortschritt eins werden.

Stinnes versuchte deswegen die Gemeinden und Gemeindeverbände für die RWE zu gewinnen. Das privatwirtschaftliche Unternehmen sollte mit öffentlichen Gebietskörperschaften engstens gekoppelt werden. Als die RWE 1905/06 der preußischen Regierung die Mehrheit der Aktien für Staat und Gemeinden anbot, lehnte dieser zwar ab, doch bis zum Jahre 1920 war es dann doch gelungen, daß die Städte, Gemeinden und Landkreise die Aktienmehrheit der RWE innehatten und die Verstromung der letzten Winkel der Gesellschaft in die eigene Hand nahmen und vorantrieben. Die im Interesse der Industrie liegende Stromversorgung des Ruhrgebietes war allerdings mit größerem Druck und mehr Eile vorangetrieben worden und und schon 1908 vertraglich unter Dach und Fach gebracht.



Interessant ist in diesem Zusammenhang die weitsichtig planende und für dezentrale Lebens- und Wirtschaftseinheiten bedrohliche programmatische Erklärung der RWE in ihrem Geschäftsbericht aus dem Jahre 1912/13: »Die bisherige Entwicklung der Elektrizitätsversorgung, der Bau der Kraftzentralen und die Auslegung der Leitungsnetze haben gezeigt, daß es richtig ist, in Zukunkft Kraftzentralen von noch größeren Leistungen unter günstigen Stromerzeugungsverhältnissen zu errichten und mit noch größeren Versorgungsgebieten durch Anwendung höherer Übertragungsspannen zu versehen, als dies bisher schon üblich war. Nur durch einheitliche Erzeugung elektrischer Energie an günstig gelegenen Stellen und Versorgung ganz großer Gebiete ist es der Elektrizität möglich, den Aufgaben gerecht zu werden, welche ihr nach der wirtschaftlichen Entwicklung der Neuzeit zugewiesen sind. Überlandzentralen, die auf kleinerer Grundlage errichtet sind, werden sich in Zukunft, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, zu größeren Verbänden zusammenschließen müssen. Auch benachbarte Werke werden dahin kommen müssen, sich hinsichtlich der Lage ihrer Kraftstationen sowie der Auslegung ihrer Fernleitungsnetze miteinander zu verständigen, wenn nicht eine Menge Kapital unnötig verausgabt werden soll.«

Das Ziel der RWE war, die Benutzungsdauer und -intensität seiner Kraftwerke durch die Versorgung großer Industrieanlagen immer mehr zu steigern. Mit dem »Goldenbergwerk«, in Kombination mit einem in der Nähe gelegenen elektrochemischen Betrieb, ging sie von der Steinkohle über zur Großerzeugung von Braunkohle und stellte sich damit vor dem 1. Weltkrieg rechtzeitig auf den neuen Markt ein. Im Krieg kam es dann zu einem starken Anstieg im Stromverkauf. Mit Reichskrediten wurde der Aufbau elektrochemischer Werke zur Herstellung der für die Munition erforderlichen Stickstoffverbindungen, zu Ferrochrom, Ferrosilizium, Karbid und Aluminium ermöglicht. Absatzschwierigkeiten gab es auf jeden Fall keine und die Zusammenarbeit zwischen Elektrokonzernen, Chemie-Industrie, Elektrizitätsgesellschaften und Staat funktioniert wie reibungslos ineinandergreifende Zahnräder einer Maschinerie.
Durch die geschickte Sicherung von Braun- wie Steinkohlevorräten, über »Interessengemeinschaftsverträge« und Kapitalbesitz bei mehreren Kohlezechen konnte die RWE nach dem 1. Weltkrieg rasch die Konzessionsverträge mit weiteren Gebieten links und rechts des Rheins, an der Mosel, Nahe und Eifel, als auch Stromlieferungsverträge mit anderen größeren Stromversorgungsunternehmen abschließen. Weitere Kraftwerke, wie beispielsweise die »Mainkraftwerke« in Höchst, konnten errichtet werden, um die profitable Energie-Verschwendungs-Spirale immer höher zu treiben. Solche Kraftwerksneubauten wurden vorrangig von der an der RWE beteiligten Lahmeyer-Gesellschaft organisiert. Hauptaktionär dieser Gesellschaft war die damalige Elektrobank, einer Aktiengesellschaft zur Finanzierung von Elektrizitätsunternehmen, die wiederum vom Elektro-Konzern AEG ins Leben gerufen worden war. Die verschiedenen Konzerne zogen alle an demselben Strang und jeder trieb den anderen weiter im Energie-Geschäft. So war es für die RWE auch kein Problem, die Lahmeyergesellschaft mit ihren diversen Tochterunternehmen 1921 zu schlucken und die Expansion in Richtung Süddeutschland voranzutreiben.

Nun mußten auch die Grenzen einzelner Staaten überwunden werden. Durch die Einführung der für damalige Verhältnisse hohen Spannung von 220 kV war es technisch möglich geworden, ein Verbundsystem aufzubauen, das das Energiepotential aus den Alpenländern, zuerst von den »Vorarlberger Illwerken«, mit den Wasserkraftwerken am Hochrhein, den Speicherkraftwerken im Schwarzwald und an der Ruhr, den niederrheinischen Braunkohlekraftwerken und mit den Steinkohlekraftwerken im Ruhrgebiet verbindet.

Massenstreiks und Stillegung der Elektrizitätswerke

Für die Neubestimmung des Widerstands gegen die Elektrizitätskonzerne heute erscheint es mir notwendig, die bisherigen Erfahrungen des Kampfes in den Energieversorgungsunternehmen miteinzubeziehen. Von großer historischer Bedeutung einer neuen Form und Qualität der Klassenauseinandersetzung sind vor allem die Massenstreiks, insbesonders in Berlin, im Laufe des Jahres 1919 zu nennen. In diesem Abschnitt werde ich in Form einer Kollage von Ausschnitten aus Berichten der Tagespresse zu jener Zeit versuchen, uns ein Bild und eine Vorstellung von der Brisanz dieser Auseinandersetzungen zu ermöglichen, denn die Härte auf beiden Seiten der Klassenfront bewies, daß die Arbeiter mit der Stillegung der Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung die Industrie und das Regime an einem sehr existenziellen und zentralen Nerv getroffen hatten.

Nach dem Blutbad an den Arbeitern in Berlin im Dezember 1918 kam es im Januar 1919 in Berlin zu heftigen Kämpfen, bei denen massenhaft die Arbeit niedergelegt wurde, ja das ganze Berliner Wirtschaftsleben, samt Eisenbahn, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken lahmgelegt war. Die von Noske gerufenen militärischen Freikorps wurden trotz zahlreicher Blutmassaker mit den Grenzen ihrer Macht konfrontiert. Gegen diese neue Qualität der Massenverweigerung hatten sie rein militärisch keine Chance. Eilends wurden »Technische Abteilungen« geschaffen, die sich aus ehemaligen Marine-Ingenieuren, -Technikern, -Facharbeitern und reaktionären Studenten zum Zweck des planmäßigen Streikbruchs rekrutierten und aus der die »Technische Nothilfe« (Teno) entstand. Trotzdem waren in den Januarkämpfen ihre Erfolge gleich Null.

Beim Berliner Generalstreik im März 1919 waren die Gemeindearbeiter zur Unterstützung der seit Wochen streikenden Arbeiter in der Großindustrie zur Durchsetzung von Lohnforderungen ebenfalls in Streik getreten. Diesmal hatten die organisierten Streikbrecher von der »Technischen Nothilfe«, mit ihrer inzwischen das gesamte Reich umfassenden Streikbruchorganisation, mehr Erfolg. Wie beim Generalstreik in Gotha vom 19. bis 26. Februar 1919 wurden sie nun eingesetzt, um den Betrieb der Elektrizitätswerke aufrechtzuerhalten. Die Berliner Sozialdemokratie tat sich besonders hervor, indem sie an allen Groß-Berliner Anschlagsäulen auf Plakaten verkündete:

»Arbeiter! Parteigenossen! Angestellte!
Seit Wochen stehen die Berliner Metallarbeiter im Streik ... Die Elektrizitätsarbeiter haben sich dem Befehle rücksichtsloser Menschen gefügt, zur Unterstützung des Metallarbeiterstreiks die Elektrizitätswerke, die Berlin mit Strom und Licht versorgen, stillzulegen ... Es ist eine Pflicht des Selbstschutzes und der Fürsorge für das Leben der Berliner Bevölkerung, daß die Elektrizitätswerke in Betrieb gehalten werden. Die »Technische Nothilfe« ist sofort in die Bresche gesprungen und hat die durch die Hetze stillgelegten Werke wieder in Betrieb gesetzt ... Die zum Schutze der Bevölkerung zur Arbeit bereiten Arbeiter werden deshalb dringend gebeten, sich sofort der »Technischen Nothilfe« zur Verfügung zu stellen! ... Übt Solidarität gegenüber den Schwächsten und Hilfsbedürftigsten!

Der Vorstand der Bezirksorganisation
Groß-Berlin der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands (SPD).«

Zu einem vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen kam es dann während des Berliner Oktoberstreiks. Das Zentralorgan der SPD schrieb schon im voraus über ihre Furcht: »Über unserem ganzen schwer darniederligenden Wirtschaftsleben schwebt ständig die Gefahr neuer Angriffe gegen das Gesamtwohl. Kriegsverwirrte Geister und gewissenlose Abenteurer, die zur Durchsetzung des allgemeinen Wirrwarrs nicht davor zurückschrecken, auch die lebenswichtigen Betriebe wie Beleuchtungs-, Kraft- und Wasserwerke sowie Verkehrsmittel nach Willkür kleiner, aber entschlossener Gruppen stillzulegen, bedrohen ständig die Volkswohlfahrt, die nach den beispiellosen Schädigungen erst wieder im langsamen Aufstieg begriffen ist. ... Wie es heißt, werden von kommunistischer – lies anarchistischer – Seite technische Abteilungen organisiert, die dem Zweck der Zerstörung dienen sollen. ... (»Vorwärts, Morgenausgabe, 11. 9. 19).
Am 27. 9. 1919 war dann im »Berliner Tageblatt« zu lesen: »... Die Siemens-Werke liegen heute vollständig still. Gestern haben Versammlungen stattgefunden, in denen über die Verhandlungen mit der Direktion berichtet wurde. In einem Anschlag machte die Direktion bekannt, »Die Heizer sind in den Ausstand getreten. Elektische Kraft und Dampfkessel sind lahmgelegt. Der Betrieb wird geschlossen. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind mit dem heutigen Tag entlassen. ...«

Anfang Oktober wurde in der Tagespresse die Zahl der bestreikten Betriebe mit 140 angegeben, 77000 sollen ausgesperrt und nur noch 34500 wurden als Streikende in den Betrieben geführt. Die Streikbewegung weitete sich aus und radikalisierte sich. Der »Vorwärts« vom 6. 10. 1919 schrieb in seiner Abendausgabe: »Der Streik hat inzwischen eine weitere Verbreitung erfahren. Die AEG in Henningsdorf ist lahmgelegt worden, da dort 5000 Arbeiter sich dem Ausstand angeschlossen haben. Auch bei einigen kleineren Betrieben sind die Arbeiter in den Streik getreten. Über eine Versammlung, die am Sonntag auf dem Straßenbahnhof Weißensee stattgefunden hat, wird folgendes berichtet: In der Versammlung sprach ein Mitglied des Arbeiterrats über die Notwendigkeit eines Streiks, falls die Forderungen der Elektrizitätsarbeiter, die bis Mittwoch befristet sind, nicht erfüllt werden sollten. Es sei ihm, führte der Redner aus, bekannt, daß bei einem Ausstand der Elektrizitätsarbeiter die »Technische Nothilfe« in Kraft treten und den Betrieb der Werke fortführen solle. Das dürfe man nicht dulden und es sei die Pflicht der Straßenbahner, sofort in einen Sympathiestreik zu treten, falls die »Technische Nothilfe« ihre Tätigkeit aufnehmen sollte. ...« Die »Vossische Zeitung« vom 11. 10. 1919 schrieb in ihrer Morgenausgabe: »Die Obleute der streikenden Betriebe beschäftigten sich gestern in einer sehr bewegten Versammlung mit dem augenblicklichen Stand des Streiks. Allgemein wurde eine Verschärfung des Kampfes verlangt und der Augenblick als gekommen erklärt, um Streikhilfe der Heizer, was abzuwarten bleibt, wirklich Tatsache werden, so würde er auf die Einstellung der Strom- und Lichtlieferung für Groß-Berlin abzielen. ...«

In ihren Hetzartikeln fordert dieselbe Zeitung am 16. 10. 1919 das Eingreifen des Oberkommandos in den Marken, welches in der Zeitung verbreiten durfte: »Eine kleine Minderheit von radikalen Elementen im Moabiter städtischen Elektrizitätswerk hat dem Berliner Magistrat die Forderung gestellt, daß entweder die Stromlieferung für die Straßenbahn eingestellt wird oder sie die Arbeit niederlegen. Der Berliner Magistrat hat sich diesem Terror gebeugt. ... »Die Radikalisierung des Streiks war den Arbeiter/innen vor allem durch die Stillegung der Elektrizitätswerke gelungen. So wurde von allen Seiten von neuen Aktionen berichtet: »Die Arbeiter des Kraftwerkes Zschernowitz bei Bitterfeld, das Berlin mit Kraft und Licht versorgt, haben heute vor-

mittag kurz nach 10 Uhr die Fernleitung nach Berlin abgeschaltet. Es handelt sich um einen Solidaritätsstreik, im Anschluß an die Berliner Streikbewegung. Auch in Berlin selbst breitet sich der Elektrizitätsstreik aus, so daß, da man die Bevölkerung unmöglich unter den Folgen leiden lassen konnte, die »Technische Nothilfe« eingreifen mußte (Vossische Zeitung, Morgenausgabe vom 18. 10. 1919).

Weiter wurde berichtet, daß das Moabiter Städtische Elektrizitätswerk, von dem der gesamte Strom der Berliner Straßenbahn abhing, stillstand, die Arbeiter des Elektrizitätswerkes Stralau-Rummelsberg, in Weißensee, Lichtenberg, Neukölln und in einem Werk im Osten Berlins streikten und einen Tag später traten auch in den Schwarzkopf-Werken die Heizer und Maschinisten in den Streik.

Die sozialdemokratische Führung propagierte ganz offen den Streikbruch, für sie hatte die Stillegung dieser Energieversorgungsbetriebe nichts mehr mit der »Frage des Lohnkampfes oder des politischen Kampfes« zu tun. Und Noske gab Erlaße heraus, die die für das Regime und die kapitalistischen Betriebe höchst gefährliche Situation deutlich machen: »Auf Grund des Belagerungszustandes verbiete ich daher jedwede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, insbesondere: Zerstörungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und Leitungen. ... Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel.«

Schon aus diesen wenigen Zeilen wird deutlich, daß die streikenden Arbeiter/innen einen zentralen Nerv getroffen hatten, daß das kapitalistische System auf dieser neuen Ebene der Klassenauseinandersetzung besonders verwundbar ist und nur unter bürgerkriegsähnlichem Belagerungszustand und den Streikbrechern der »Technischen Nothilfe«, der Vorgänger-Organisation des heutigen »Technischen Hilfswerkes«, gegen die Streikenden vorzugehen wußte. Die »Zerstörungen und Schädigungen von Betriebsanlagen und Leitungen« lassen zudem auf umfangreiche Sabotage-Aktivitäten schließen. Ein weiterer Noske-Erlaß vom 19. Oktober 1919 läßt darauf schließen, daß die Mitglieder der »Technischen Nothilfe« als Streikbrecher direkt angegriffen worden sind, wenn darin u.a. steht: »Auf Grund des § 9b des Gesetztes über den Belagerungszustand verbiete ich ... jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Boykott) der Angehörigen der »Technischen Nothilfe« und ihrer Familienmitglieder, sowie die Aufforderung und Anreizung zum Boykott.«

Damit möchte ich die kurze Zusammenstellung aus Zeitungsausschnitten zu dem Massenstreik und den Stillegungen der Berliner Elektrizitätswerke im Laufe des Jahres 1919 beenden.

Die Planung und Entwicklung der Stromversorgung des europäischen Großraums

Eine große Rolle spielten dazu die Auseinandersetzungen um ein Reichselektrizitätsmonopol in den Jahren 1911 bis 1914 vor dem ersten Weltkrieg. In einer Studie »Aufzeichnung über Einführung und Ausgestaltung eines Strompreismonopols« vom 31. August 1912, die dem preußischen Reichsamt des Innern vorgelegt worden war und die im wesentlichen Anregungen von AEG-Vorstandsmitglied Walter Rathenau übernommen hatte, wurde der Monopolgedanke u.a. aus der wachsenden Konzentration der Überlandzentralen hergeleitet: »Die so entstandenen Überlandzentralen haben alle Vorteile des Großbetriebs und lassen schon heute in kleinen und Mittelstädten den Ausbau eigener Zentralen als unwirtschaftlich erscheinen. ... Damit ist die Frage der Kraftversorgung durch eine Zentrale aus den Städten auf das ganze Reichsgebiet übergeleitet und die Möglichkeit eröffnet, dieses lückenlos mit einheitlichen Leistungsnetzen zu überspannen. Bedeutsame Aussichten für die industrielle und landwirtschaftliche Zukunft des Reichs!« Der öffentliche Einfluß sollte vom Privatmonopol nicht mehr weiter zurückgedrängt werden, denn es wäre von Vorteil, wenn die »Zentralisierung der Elektrizitätsversorgung als wirtschaftlicher Fortschritt staatliche Förderung erhielte, zugleich aber die öffentlichen Interessen gegenüber den großen Elektrizitätsverteilungsgesellschaften mit Nachdruck gewahrt würden«.

In seiner »Denkschrift, betreffend ein Reichs-Elektrizitätsmonopol« vom 13. November 1913 äußerte sich Walter Rathenau ziemlich direkt zu den Aufgaben eines Reichsmonopol: »Sofern ein Reichsmonopol mit genügend starken Privilegien ausgestattet ist, um die wirtschaftlichen Widerstände zu brechen, um resistente Gemeinden zu veranlassen, sich ökonomischer Kraftquellen zu bedienen, größere Landesteile unter eine einheitliche elektrische Verwaltung zu fügen, und ohne unwirtschaftliche Verteuerung Elektrizität abzugeben, wird eine solche Zentralisierung dazu beitragen, den Idealzustand wirksam vorzubereiten. Es werden etwa 2 bis 3000 überflüssige, falsch angelegte und unwirtschaftliche mittlere und kleine Zentralen allmählich den Betrieb einstellen, eine Anzahl von 1 bis 2 Dutzend Großkraftwerke wird die Produktion für das Reich übernehmen, konkurrierende Leitungsnetze werden zusammengelegt, Hauptlinien werden in kürzester Linie und richtiger geometrischer Aufzeichnung trassiert, und Verteilungsnetze in Landesteilen möglich, die bei privater Wirtschaft vermutlich nur schwer sich billiger Kräfte versichern könnten.« Daß mit dieser radikalen und brutalen zentral angelegten Planung der Elektrifizierung die dörflichen Strukturen, deren Autonomie gegen die Arbeits- und Lebensweise der Fabrikgesellschaft, zerstört werden sollte dürfte ziemlich eindeutig sein.

Rathenaus Projekt eines »neuen sozial-industriellen Weges«, nämlich der Schaffung eines möglichst weiten Entwicklungsspielraumes für die Produktivkräfte und der Sicherung eines maximalen Einflusses auf die Produktion eines unter Staatseigentum befindlichen Industriezweiges bei minimalem eigenen Kapitalaufwand, war vor dem 1. Weltkrieg wegen Differenzen zwischen Reich und Konzernen noch nicht zu verwirklichen. AEG-Chef Emil Rathenau betonte nochmals besonders, »es sei heute nötig, die allergrößten Kraftwerke zu bauen, die weit über das Ausmaß privater Unternehmungen hinausgehen, denn nur dann könne man die elektrische Kraft so billig liefern, daß sie unsere ganze produktive Arbeit durchdringe. Solche Riesenwerke könne aber nur der Staat bauen, und deshalb müsse die private Unternehmung nunmehr zurücktreten.« Sohn Walter Rathenau präzisierte die Überlegungen: »Die wachsende Komplikation der wirtschaftlichen Aufgaben hat indessen Formen gezeitigt, die entsprechend der Verschmelzung der intellektuellen Formen hinzielen. Insbesondere auf dem Gebiet der elektrischen Unternehmungen hat die sogenannte gemischt-wirtschaftliche Organisation sich ein weiteres Gebiet erobert, und zwar mit einem alle Erwartungen übersteigenden Erfolg. Der Grundgedanke dieser Organisation besteht darin, daß sie die Übermacht und Kontrolle der fiskalischen Gruppe sichert, während den privaten Organen die technische und geschäftliche Ausführung verbleibt.«

1913 gab es im Deutschen Reich über 4 000 Elektrizitätswerke, die überwiegend Eigenerzeugungsanlagen der Industrie waren und hinter denen die öffentliche Stromversorgung weit zurück-

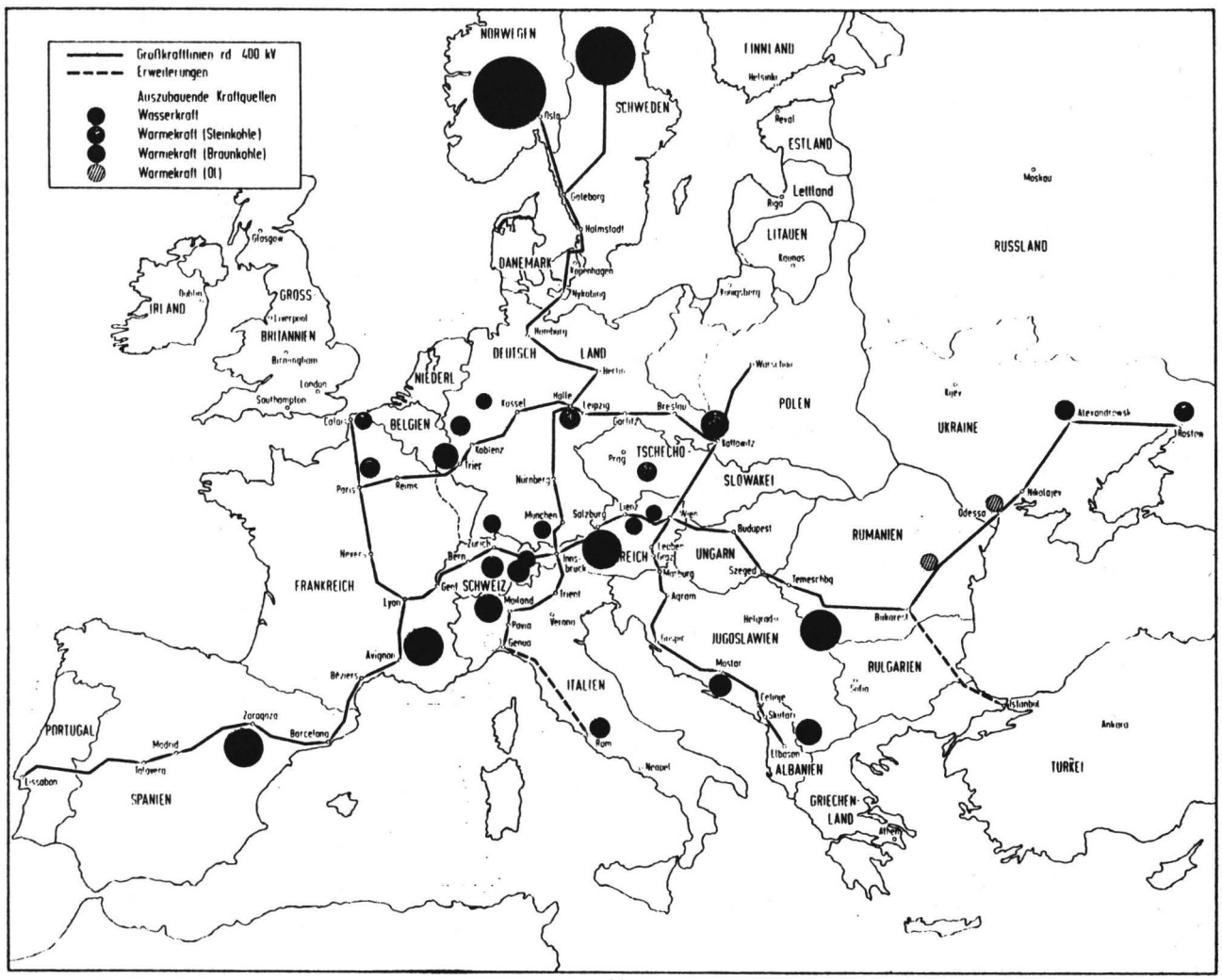
lag. Diese Werke arbeiteten meist getrennt voneinander und hatten jeweils ein eigenes Stromversorgungsgebiet. Der führende Konstruktuer von Großkraftwerken in Deutschland war G. Klingenberg, der 1916 in einer Untersuchung die »wirtschaftliche Überlegenheit« der Groß-Stromerzeugung propagierte. Eine Verknüpfung sämtlicher Kraftwerke und die Zusammensetzung ihrer Bereiche in große Versorgungsbezirke sollte die Anwendung großer Maschinen unter Veringerung der Maschinenreserven durch eine maximale Benutzungsdauer ermöglichen. Für die Industrie eine verlockende Sache, wobei allerdings klar geworden war, daß dieses Verbundsystem mit den aufwendigen Kosten für Kraftwerke, Verbundnetz und Umspannwerke nur unter »staatlicher Mitwirkung möglich« wäre.

Obwohl starke Kritik geäußert wurde, nämlich daß solch ein Zusammenschluß auch ohne Verstaatlichung möglich sein müßte, zeigten solche Überlegungen doch ihre Auswirkungen, als am 31. 12. 1919 »zum Zwecke einer besseren Versorgung des gesamten Reichsgebietes mit Elektrizität« beschlossen wurde. Darin heißt es: »Das Reichsgebiet ist bis spätestens 1. Oktober 1921 zum Zwecke der Elektrizitätsbewirtschaftung in Bezirke einzuteilen, die sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gliedern. Für diese Bezirke sind unter Führung des Reiches Körperschaften oder Gesellschaften zu bilden, in denen jedenfalls die der Erzeugung und Fortleitung elektrischer Arbeit dienenden Anlagen zusammenzuschließen sind, mit Ausnahme derjenigen Unternehmen, die die von ihnen erzeugte elektrische Arbeit ausschließlich oder ganz überwiegend für eigene Betriebe verbrauchen.«

Praktisch hatte dieses Gesetz in den 20er Jahren kaum Auswirkungen. Die vollkommene Verstaatlichung lag wiederum nicht im Interesse der Großindustrie, die in Kooperation mit den Ländern auf die Ausdehnung ihrer Werke drängten und durch verschiedene Länder neue Durchgangsleitungen ziehen wollten.

Um der Entwicklung etwas nachzuhelfen erstellte im Interesse der Elektrizitätswirtschaft ein gewisser v. Miller 1930 eine Untersuchung über den zwischen 1925 und 1935 zu erwartenden Stromverbrauchsanstieg, mit dem Ziel der Planung der deutschen Elektrizitätsversorgung. Danach sollte sich der Stromverbrauch innerhalb von 10 Jahren vervierfachen. Für das dafür erforderliche Netz schlug er eine ringförmige Sammelschiene vor, die die größten Kraftwerke mit den Hauptkonsumgebieten verbinden sollte.

Im selben Jahr entwickelte Oskar Pliven von der »Gesellschaft für elektrische Unternehmungen« in Berlin den Plan eines europäischen Höchstspannungsnetzes. Von Norden nach Süden sollte es über drei Linien verlaufen: 1. Von den Wasserkraftwerken in Schweden und Norwegen zum mitteldeutschen Braunkohlengebiet, über die Wasserkraft der Alpen zu den Wärmekraftwerken in Genua und Rom. 2. Von dem wegen billiger Kohle aus England, Nordfrankreich und Belgien günstig gelegenen Calais über Paris und Lyon zum Rhonegebiet, bis Barcelona, Zaragossa und Lissabon. 3. Aus Warschau über die deutsch-polnischen Kohlevorräte in Oberschlesien, quer durch die Tschechoslowakei, über Wien zur Dalmatischen Küste. Für die Verbindung zwischen Osten und Westen sollte es zwei Hauptlinien geben: 1. vom oberschlesischen Kohlenrevier zur mitteldeutschen Braunkohle um Halle herum, über Koblenz und Trier nach Paris, zum Anschluß an die Linie Calais-Lissabon. 2.



Europäisches Verbundnetz nach dem Vorschlag von O. Oliven 1930 [90]

Von Rostock im Donezgebiet zu den Dnjepr-Wasserkraftwerken bei Alexandrowsk, über das möglichst mit kaukasischem Öl arbeitenden Kraftwerk in Odessa bis hin zu den rumänischen Erdölvorräten mit der Endstation Bukarest. Eine weitergehende Linie bis nach Istanbul war ebenfalls schon konzipiert worden. Das Verlangen der deutschen Industrie nach mehr Energie setzte neue Maßstäbe in der öffentlichen Stromversorgung.

Mit dem vom NS-Regime erlassenen »Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft« vom 13. 12. 1935 wurde die deutsche Elektrizitäts- und Gasversorgung der Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstellt, doch im Unterschied zum Sozialisierungsgesetz von 1919 lehnten die Nazis die Verstaatlichung ab. »Im Interesse des Volkes« sollten die Energieversorgungs-Konzerne zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben aus öffentlichen Geldern unterstützt werden, gleichzeitig sollten die Tarife »volkswirtschaftlich zweckmäßig« und im Reichsgebiet soweit wie möglich angeglichen werden. Die »Reichsgruppe Energiewirtschaft« mit ihren Unterabteilungen »Elektrizitätsversorgung« und »Gas- und Wasserversorgung« ließ den Konzernen eine großen Entfaltungsspielraum und versuchte, alle den Zielen im Wege stehenden Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Vierjahresplan und wachsende Rüstungswirtschaft verlangten einen weiteren Ausbau des Verbundsystems. Zur wirtschaftlichen »Wiedereingliederung« des Saarlandes sollten die größten Elektrizitätswerke Energie aus den Kraftwerken des Saarbergbaus aufnehmen. Mangels technischer Voraussetzungen eines umfassenden leistungsstarken Verbundsystems war eine enge Kooperation zwischen RWE und Saargruben AG geplant, wobei die Kostendifferenz zwischen teurerem Saarstrom und billigerem RWE-Strom von sämtlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen getragen werden sollte, d.h. im Klartext daß das deutsche Volk dieses Vorhaben mit finanzieren sollte. Durch die Räumung des Saargebietes vor Kriegsbeginn ist es jedoch nicht mehr zur Durchführung gekommen.

Die Experten vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront machten sich mit dem Anschluß Österreichs und der vom 25. August bis 2. September 1938 in Wien stattfindenden Teiltagung der »Weltkraftkonferenz« weitergehende Expansionspläne für die Elektrizitätswirtschaft. So schrieben sie im »DAF-Rohstoff-Dienst« vom August 1938: »Die großen Enerigequellen Österreichs sind zum überwiegenden Teil noch völlig unerschlossen. Ohne Einordnung in die Energiewirtschaft des Gesamtreiches fehlte die Voraussetzung für ihre Nutzbarmachung. Im großdeutschen Raum wird ihr Ausbau im Rahmen des Vierjahresplanes zu einer Umgestaltung der großdeutschen Kraftversorgung führen.« Wieso die Elektrizitätsversorgung für die DAF-Leute von besonderer Bedeutung war, gaben sie offen zu: »Das Ziel der Energieveredlung, eine neue Form zu erhalten, bei der mit der gleichen Energiemenge mehr Arbeit geleistet werden kann als mit der ursprünglichen Form, wird bei der Elektrizitätserzeugung in vollkommenster Weise erreicht.« Mehr Arbeit! ist ihr Geheimnis.

Das Werk der zentral geplanten Umstrukturierung der Landwirtschaft wurden von den Nazis auch über die Elektrifizierung enorm weitergetrieben. So führte der »DAF-Rohstoff-Dienst« folgendes Beispiel »erfolgreicher« Elektrifizierung an: »Auf einem ostpreußischen Gut hat der Besitzer ein den Gutsarbeitern zustehendes Holzdeputat dadurch abgelöst, daß er die Landarbeiterwohnungen mit elektrischen Anlagen (Elektroherd, Warmwasserspeicher, Badeanlagen usw.) ausrüstet. Die Verstärkung der Energieversorgung der Landwirtschaft und des ländlichen Gewerbes ist eine der wichtigsten Aufgaben der Energiewirtschaft, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern. Die allgemeine Bedeutung dieser Frage zeigt sich darin, daß ihr fast ein Viertel der zu Wiener Teiltagung der Weltkraftkonferenz eingereichten Berichte gewidmet ist.«

Die Elektrifizierung der Haushalte und der Mehrverbrauch von Strom sollte mittels eines ausgeklügelten Tarifsystems den entsprechenden Profit für die Elektrizitätskonzerne gewährleisten: »Die Tarifgestaltung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft. Der Tarif muß dem Elektrizitätswerk eine Deckung der Unkosten und einen angemessenen Verdienst sichern. Er muß aber auch so gestaltet sein, daß dem Verbraucher ein Anreiz zum Mehrverbrauch gegeben wird, damit durch den Mehrverbrauch eine Stromverbilligung eintritt. Nur so ist eine allgemeine Durchdringung der gewerblichen Unternehmen und der Haushalte mit elektrischem Strom möglich.«

Für die Stromversorgung Deutschlands unter Kriegsbedingungen wurde rechtzeitig Sorge getragen: »Die Eigenversorgung der Industrie mit Strom ist häufig nicht nur wirtschaftlicher als die öffentliche Stromversorgung, sondern oft auch wehrwirtschaftlich geboten. Die Energieversorgung Deutschlands muß so ausgestaltet sein, daß im Ernstfalle auch bei Ausfall einzelner Energieversorgungsstellen die wirtschafliche Produktion ohne große Störung, ja möglichst störungsfrei, weitergehen kann.«

Mit wachsender Energieausbeute vorrangig in der Grundstoffindustrie benannte der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan im Januar 1939 drei Schwerpunkte für die Energiewirtschaft, die voll den Interessen der Großindustrie entsprach: Leistungssteigerung der Stromerzeugung, planvoller Ausbau der Leitungsnetze und Ausschaltung aller kleineren, d.h. nicht genügend leistungsfähigen Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Um die Stromversorgung auch unter Kriegsbedingungen aufrecht zu erhalten, mußten die vielen zuständigen Stellen reduziert und gestrafft werden. Für die Gewährleistung eines sicheren Stromnetzes wurde im September 1939 die »Reichsstelle für die Elektrizitätswirtschaft (Reichslastverteiler)« eingerichtet. Die Kader der Elektrizitätskonzerne saßen hier mit den Experten der Rüstungsindustrie, z.B. in den Sonderstäben zur Wiederherstellung von zerstörten Anlagen, den Kollegen im Reichspostministerium, bezüglich der Fernmeldeanlagen, und den Militärs zusammen und referierten ihre Probleme und weitergehenden Entwicklungspläne den verschiedenen Institutionen des Reichswirtschaftsministeriums. Freie Entfaltung der Initiative der Elektrizitätsunternehmen und Vermeidung unnötiger Zentralisierung aus Gründen der militärischen Verwundbarkeit sowie Kooperation mit handlungsfähigen Institutionen ermöglichten das schwierige »deutsche Meisterwerk«, unter extremen Kriegsbedingungen bei einer reduzierten Menge an Personal, Anlagen und Brennstoffvorräten die Stromversorgung für die Kriegsproduktion aufrechtzuerhalten.

Dieses imperialistische Streben der deutschen Großkonzerne nach Energie, Ausweitung der kapitalistischen Produktionsmaschinerie und Profit und somit nach neuen Rohstoff- und Energiequellen über die Reichsgrenzen hinaus, für das Pliven 1930 schon seine Expansionspläne veröffentlicht hatte, steckte hinter der propagandistischen Forderung des »Raum für das deutsche Volk«. So legte zum Beispiel General Georg Thomas als Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKW am 13. Februar 1941 eine ausfühliche Denkschrift über »Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten« vor. Nach der Analyse einer Fülle von Zahlen und Informationen über die sowjetische Wirtschaft schloß er mit der dringenden Forderung, »durch schnelles Zufassen Zerstörungen der Vorräte, des Verkehrsnetzes, der Kraftwerke, des MTS-Maschinenparks und vor allem der kaukasischen Erdölfelder zu verhin-

dern.« In Einheit mit dem Nazi-Regime konnten die Elektrizitätskonzerne ihre Konkurrenten vereinnahmen, ihre Gebiete vergrößern und eine Groß-Stromversorgung mit relativ hoher Leistungskapazität, Austausch durch Verbundnetze und Umwälzung der Kosten auf das arbeitende Volk erreichen.

Nach Kriegsende ging es mit den Elektrizitäts-Konzernen in den westalliierten Besatzungszonen wieder ganz schnell aufwärts. In ihrem Geschäftsbericht von 1945/46 informierte die RWE, daß zwei Drittel ihrer normalen Kraftwerksleistung wieder zur Verfügung ständen. Im Frühjahr 1946 lieferte die RWE Strom nach Frankreich, Belgien und Niederlande und wenige Monate später konnte mit der Schweiz Energie im Sommer gegen Kohlelieferung im Winter ausgetauscht werden.

Nach diesen Erfahrungen begann auch schon eine sehr weitsichtige Planung von Energiequellen und -ausbeutung im Weltmaßstab. In einer Veröffentlichung zum 50-jährigen Jubiläum der RWE 1948 konnte man lesen: »Wenn auch im Augenblick die technische Ausnützung der Atomenergie für friedliche Zwecke, d.h. z.B. in Kraftwerken zur Stromerzeugung, noch nicht über das Versuchsstadium hinaus entwickelt ist, so muß bei einer langfristigen Planung doch auch diese Energiequelle mit in Erwägung gezogen werden.«

Expansionspolitik der Elektrizitätskonzerne und staatliches Energieprogramm

In den 50er und 60er Jahren wurden die unter dem NS-Regime entwickelten Ansätze einer europäischen Großraum-Verbundwirtschaft fortgesetzt und sind zur breiten Entfaltung gekommen. Schon im November 1948 wurde die »Deutsche Verbundgesellschaft e.V.« (DVG) gegründet, um den Ausbau der deutschen Verbundwirtschaft anzugehen und die Zusammenarbeit mit den ausländischen Verbundunternehmen zu organisieren. Der erste Planungsentwurf der DVG griff das von der RWE 1940 begonnene Projekt eines 400 kV-Netzes wieder auf und entwarf ein langgezogenes Viereck, das sich von der Achse Brauweiler-Borken bis zur deutschen Südgrenze ausdehnte. Ab 1949 arbeiteten die deutschen Verbundunternehmen in internationalen Organisationen zur gemeinsamen Förderung der Stromversorgung. Mit der von der »Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit« (OEEC) befürworteten Gründung von Koordinations-Vereinigungen wurde 1950 die »Union für die Koordinierung der Erzeugung und des Transports elektrischer Energie« (UCPTE) gegründet, der Vertreter aus der BRD, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich und der Schweiz angehörten und zu der sich dann später Spanien und Jugoslawien assoziierten.

Die deutschen Verbund-Konzerne haben es inzwischen geschafft, aus dem Ausland mehr Energie einzuführen als zu exportieren, und nicht erst zuletzt die »Vereinigung industrieller Kraftwirtschaft« (VIK) in Essen sprach sich in ihrem Tätigkeitsbericht 1978/79 für den Ausbau des schon existierenden Stromverbunds mit den Ostblockländern aus.

Das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935 wurde nach dem Kriege übernommen und blieb als Bundesrecht in Kraft. Im 1958 in Kraft getretenen »Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen« wurde der Energie-Versorgungswirtschaft eine Sonderstellung bezüglich der Konzessions-, Preisbindungs-, Demarkations- und Verbundverträge eingeräumt.

Nach dem 2. Weltkrieg ging die Elektrizitätserzeugung der Industrie in Eigenanlagen immer mehr zugunsten des vorteilhafteren öffentlichen Stromversorgungsnetzes zurück. Ab dem Jahre 1950 war ein permanent ansteigender Stromverbrauch zu verzeichnen. Größter Stromverbraucher ist die Industrie. Die größte Stromverbrauchssteigerungsquote wurde allerdings durch die breite Elektrifizierung der Haushalte, durch die Ausstattung mit stromintensiven Geräten erreicht.

1958 konnte beispielsweise die RWE seit der Einführung ihres Haushaltstarifes im Jahre 1929 eine Erhöhung des Stromverbrauchs im Haushalt um das Zwanzigfache verbuchen. Schon in ihrem Geschäftsbericht 1961/62 stellte sie als Vorreiterin fest, daß der Verbrauch je Haushaltsabnehmer in ihrem Versorgungsgebiet deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag.

Die dominierende Position des RWE-Konzerns im Braunkohlenbergbau ermöglichte eine billige Braunkohlenstrom-Realisierung, die den Konzern zum einen zu einer abwartenden Haltung gegenüber der Kernenergie veranlaßte. Zum anderen nahm die RWE auch auf dem Bereich der Nuklear-Energie von vorneherein eine Vorreiter-Rolle ein, indem sie 1958 das Atom-Versuchskraftwerk Kahl bestellte und Ende 1966 das erste große AKW der BRD in Grundremmingen in Betrieb nahm. Auf der Mitglieder-Hauptversammlung vom 29. 2. 1968 begründete RWE-Aufsichtsratvorsitzender Hermann Josef Abs den Avantgardismus auf dem Kernenergiebereich, der »unverzichtbaren unternehmerischen Initiative«, folgendermaßen: »Der ständigen Ausweitung des Stromverbrauchs im Sinne der Rationalisierung in Industrie und Gewerbe, ebenso aber auch im Haushalt in Richtung auf den zivilisatorischen Fortschritt gilt das immerwährende Bemühen des RWE.« Wegrationalisierung von menschlicher Arbeitskraft und ihre Ersetzung durch fixes Kapital hieß schon immer die Devise dieses »Muster-Konzerns.« Mit dem zu seiner Zeit spektakulären Schlucken der »Gelsenkirchener Bergwerks-AG« mit ihrem »Ruhrgas«-Anteil Anfang 1969 sicherte sie sich eine breitgefächerte Energiebasis und stieg in sämtliche miteinander gekoppelte Energie-Wirtschaftszweige wie Kohle, Öl, Chemie, Gas, Strom und Handel ein. Gleichzeitig forcierte die RWE die Nuklear-Energie und errichtete im Mai 1969 in Biblis das größte europäische AKW.

Anfang der 70er Jahre begann ein riesiger Investitionsschub für die Atomenergie. Wurde auf der RWE-Hauptversammlung vom 26. 2. 1971 noch von einem Investitionsprogramm von mehr als 6 Milliarden DM in den nächsten fünf Jahren geredet, so wurden ein Jahr später schon an die 10 Milliarden DM veranschlagt, wovon mindestens ein knappes Drittel für die Atomenergie bestimmt wurde. Was dies für uns Stromabnehmer bedeuten sollte, wurde auch nicht verschwiegen. Laut Abs » ... kann der enorme Anstieg der Kosten auf allen uns angehenden

Gebieten letztlich nicht ohne Auswirkungen auf die Strompreispolitik des RWE bleiben« Inzwischen hat diese Entwicklung noch klarere Konturen angenommen. Bis 1984 will der RWE-Konzern 18 Milliarden DM in seine Sachanlagen, wie Kraftwerke und Leitungsnetze, investieren. Wieweit dieses auf Jahre verteilte Investitionsgeld zum einen mit der Nuklearenergie zusammenhängt und welche Blockierungen der Widerstand der Anti-AKW-Bewegung auf die Investitionspolitik der RWE verursachte, belegt u.a. das folgende Zitat: »Im Jahr 1976/77 kam dann die Wende. Verursacht durch Verzögerungen und Blokkaden beim Bau von Kraftwerken durch Bürgerinitativen und Gerichte gingen die Investitionen drastisch um rund 1 Mrd. DM zurück.« (Handelsblatt, 27.2. 1980). Doch dieser Erfolg des AKW-Widerstands ist nur von kurzfristiger Dauer, denn Strompreiserhöhungen machen die vorübergehenden Verluste um ein Vielfaches wieder wett und haben gegen Ende der 70er Jahre einen neuen Investitionsschub ermöglicht. Laut Presseberichten hat die RWE zudem inzwischen schon längst wieder eine neue Preiserhöhung von durchschnittlich mindestens 6,2 Prozent angekündigt.

Offizielle Prognosen über den künftigen Energiebedarf der BRD für die 80er und 90er Jahre, ja bis in die ersten Jahrzehnte des kommenden Jahrhunderts, sind in den letzten Jahren häufig angestellt worden und kommen immer wieder zu demselben Ergebnis, nämlich daß die Atomenergie für das Wirtschaftswachstum von immer größerer Bedeutung wird, daß auf sie keinesfalls verzichtet werden kann und daß die Abhängigkeit vom »teuren« Öl eingeschränkt werden soll. Der Vergleich mit den Stromverbrauchsschätzungen von v. Miller aus dem Jahre 1930 drängt sich auf, nur mit dem Unterschied, daß diesmal in einer relativ klaren und geschlossenen Front seitens Staat und Industriekonzernen die Werbetrommel gerührt wird.

Hatten die beiden ersten Verstromungsgesetze des Bundes seit 1965 zum Ziel, die Beschäftigung der Kumpel im Steinkohlenbergbau nicht schlagartig, sondern geplant und allmählich sinken zu lassen, rückte nach der Ölkrise 1973/74 die »Sicherheit der Stromversorgung«, d.h. in diesem Fall die Durchsetzung der Atomenergie in den Mittelpunkt der Maßnahmen von Staat und Konzernen. Mit staatlichen Geldern, also unseren Geldern, werden die teuren Voraussetzungen geschaffen, damit sich das Atomenergiegeschäft für die Industrie auch lohnen kann. Direkte staatliche Subventionen für die Atomindustrie gibt es z.B. für die Versuchsprojekte in der Reaktorentwicklung, im Kraftwerksausbau, in der Brennstoffkreislaufforschung, der Meßtechnik und Datenverarbeitung. Zusätzliche indirekte Subventionen geschehen in Form von steuerlichen Vergünstigungen, z.B. für Abrißrücklagen, Infrastrukturmaßnahmen zur Vorbereitung der Baubedingungen, Kostenübernahme für Polizeiaktionen gegen Demonstranten, Einrichtung von Forschungsinstitutionen über den Rahmen der üblichen Universitätsinstitute hinaus, die Stahlbranche wird subventioniert in der Entwicklung von Reaktordruckbehältern und die Elektroindustrie zum Beispiel in der Datenverarbeitung als auch der Meß- und Regeltechnik. Darüberhinaus finanziert der Staat den notwendigen Atomkatastrophen-»Schutz«, er bezahlt Entschädigungen für die Bauern und Fischer, die mit ihrer Arbeitstätigkeit aus der unmittelbaren Nähe der Atomanlagen wegziehen müssen, den Bau und Betrieb von zentralen AKW-Störfallmeldezentralen und er subventioniert den Export der Atomtechnologie. Von den Dauerkosten für die Lagerung des Atommülls ganz zu schweigen.

Die amtlichen Statistiken geben zwar keine detaillierte Informationen über die Ausgaben in der Nuklearforschung, doch grob läßt sich ein Bild des Umfangs rekonstruieren. In »Blick durch die Wirtschaft« vom 18. November 1976 wurden die staatlichen Ausgaben in der BRD für Kernforschung und Kerntechnik im Zeitraum von 1956-1975 mit 16,7 Mrd. DM beziffert. Uraneinkäufe in den USA im Werte von 638 Mio. DM waren darin nicht inbegriffen. Allein für das Jahr 1976 wurden die Ausgaben von Staat und Industrie für die Forschung und Entwicklung der Nutzung von Kernenergie mit etwa 2 Mrd. DM angegeben. Von dieser Summe waren 800 Mio. DM für die »Entwicklung fortgeschrittener Reaktorsysteme, der Uranversorgung und der Entsorgung der Kernkraftwerke sowie technischer Projekte« bestimmt. Diese 2 Mrd. DM sollten jedoch zum überwiegenden Teil, nämlich um die 95 Prozent, vom Staat finanziert werden. Da diese Ausgaben meist an Kernforschungszentren und internationale Verpflichtungen gebunden sind, dürften diese Zahlen keine Ausnahme sein, sondern eher die Regel für die weiteren Jahre. Im gleichen Jahre nahmen die staatlichen Gelder für die nicht-nukleare Energieforschung, wie z.B. die Sonnen- und Windenergie, den vergleichsweise geringen Umfang von 200 Mio. DM an.

Selbst wenn wir von diesen staatlichen Mitteln einmal absehen würden kann vom »billigeren Atomstrom« keine Rede sein. Commoner stellte bei Schätzungen zu den Kapazitätsfaktoren von AKWs für die USA fest, daß diese in den ersten zwei oder drei Jahren zu steigen scheinen und dann aber abfallen, so daß schon vor 1985 der Durchschnittspreis des Atomstroms sich dem von Kohlekraftwerken angleichen und danach überrunden würde. Bei uns mußte das Bundesministerium für Wirtschaft vor knapp vier Jahren auf Grund einer Vergleichsuntersuchung der Stromkosten bei Steinkohle und Atomenergie zugestehen, daß sich allein im Laufe des Jahres 1976 die Atomenergie-Strompreise auf Grund gestiegener Investitionskosten gegenüber 1975 um ca. 60 Prozent erhöht hätten. »BddW« vom 16. 12. 1976 schreibt: »Die Kosten für die Wiederaufbereitung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle werden in Rechnungen der Elektrizitätswirtschaft gegenwärtig mit 0,16 Pfennig pro Kilowattstunde angegeben. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß diese Entsorgungskosten zu gering angesetzt werden.« Nach Kostenvergleichsschätzungen der RWE für 1981 zeigte sich für die Steinkohle ein deutlicher »Wettbewerbsvorteil« gegenüber der Atomenergie: »Damit kehrt sich die 1976 vorhandene Kostendifferenz zugunsten der Steinkohle um ... Bei praktisch allen Kostenfaktoren der Kernenergie zeichnet sich eine wesentliche weitere Verteuerung ab.«

Als vor 5 Jahren der sogenannte Kohlenpfennig eingeführt wurde, um die Steinkohle gegenüber dem damals billigeren schweren Heizöl weiter zu verstromen, wanderten aus den Geldbeuteln von Steuerzahlern und Stromverbrauchern jährlich 2,4 Mrd. in die Kassen der Elektrizitätskonzerne. Heute, wo umgekehrt die Steinkohle billiger ist, müssen die Subventionen nach wie vor gezahlt werden.

Mit zunehmender Verzögerung, bzw. Blockierung des Atomenergieprogramms interveniert der Planstaat immer härter. So betonte z.B. der SPD-Parteitag im November 1977, die staatliche Verantwortung »müsse die Entscheidung über die grundlegenden energiewirtschaftlichen Investitionen sowie die Standorte von Kraftwerken umfassen« (Handelsblatt vom 15. 6. 1978). Oder: Auf Anweisung von Kanzler Schmidt entwarf Wirtschaftsminister Lambsdorff eine interne Studie zur künftigen Energieplanung, die sich laut Mitarbeitern durch die folgenden

Akzente auszeichnet: »Im Innern müsse eine effektive Politik der Ölverdrängung endlich Schluß machen mit der leidigen Atomdiskussion und 'den Bau von Kernkraftwerken durchsetzen'; außenpolitisch seien zum Schutz vor Moskauer Aggressionen Maßnahmen nötig, die auf eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Türkei, Pakistans, des Iran, des Nord-Jemen und des Sultanats Oman abzielen; 'Maßnahmen der NATO südlich des Wendekreises des Krebses – besonders zum Schutz der Ölfronten – wären zu prüfen'« (Spiegel Nr. 4, 21. 1. 1980). Oder noch anders ausgedrückt: »Vor allem muß Energie 'sehr gespart' werden. In der Terminologie der Bundestagsgutachter bedeutet dies, die Energiepreise schon heute so stark zu erhöhen, 'daß sie im Vorgriff auf ohnehin steigende Preise die langfristige Knappheitsrelation dieser Vorräte wiederspiegeln! Andere Möglichkeit: Mit einer dirigistischen Energieverbrauchsordnung, mit Ge- und Verboten wird Produzenten und Konsumenten vom Staat der Energieverbrauch vorgeschrieben« (Spiegel Nr. 21, 19. 5. 1980). Die Drohung der Stromabschaltung wird z. Zt. immer häufiger ausgesprochen. Ich denke, daß diese Zitate für sich sprechen. Es ist völliger Hohn und Irreführung, wenn wir mit Appellen zum Energiesparen überhäuft werden und das Energieeinsparungsgesetz vom Juli 1976 vor allem Steuervergünstigungen für die Großindustrie bei »energiesparenden« Maßnahmen wie Wärmepumpen, Müll- und Heizkraftwerke und Regeneratoren zur Wärmerückgewinnung etc. ermöglichte.

Unter Billigung des Staates verwenden die Elektrizitätskonzerne zur Festlegung der Strompreise eine undurchschaubare Skala von Tarifen. Die Stromkosten für Haushalte setzen sich aus dem festen Grundpreis und dem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis zusammen. Mit dem Grundpreistarif werden die Verbraucherhaushalte genauso wie die Industrie an der Finanzierung der Investitionskosten der Elektrizitätskonzerne, beispielsweise Bau und Betriebshaltung von Atomkraftwerken, beteiligt. Da unsere Haushalte durch den von der Fabrikgesellschaft vorgegebenen Tagesrhythmus in der Regel zwischen 18 und 20 Uhr mit dem Einschalten von elektrischen Geräten zwangsweise eine vorübergehende Spitzenbelastung im Stromversorgungsnetz verursachen, müssen wir durch die zusätzliche Unterteilung des Arbeitspreises in Stark- und Schwachlastzeiten den Strom besonders teuer bezahlen und ermöglichen selber die hohen Profite der Elektrizitätsunternehmen, während die Industrie als größter Stromverbraucher die Netzbelastung genau berechnet auf einen größeren Zeitraum preisgünstiger verteilen kann und zudem noch extra Sonderabnehmerpreise erhält.

Göttinger Genoss/inn/en haben sich mit dem Märchen von der Stromlücke etwas genauer beschäftigt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß im Jahresdurchschnitt mehr als die Hälfte der Kraftwerkskapazität brachliegt. 1978 z.B. stand einem Gesamtverbrauch in Industrie, Haushalt, Handel, Gewerbe und Verkehr von etwas über 40.000 MW eine Kraftwerkskapazität von mehr als 85.000 MW gegenüber. Selbst bei kurzfristigen Spitzenbelastungszeiten sind etwa ein Drittel der Kraftwerkskapazitäten ungenutzt, und uns wird immer etwas von den durch den gestiegenen Stromverbrauch überlasteten Leistungsnetzen erzählt, was die Atomenergie zwingend erforderlich machen soll.

Der Stromverbrauch soll allerdings immer weiter gesteigert werden. Die Technisierung der Haushalte ermöglicht das Recycling der steigenden Masseneinkommen in die Taschen der Elektro- und Elektrizitätsunternehmen und bildet gleichzeitig die Voraussetzung für die Mehrfachausbeutung der Frau als Berufstätige, unbezahlte Hausfrau und Mutter. Die VDEW spricht dies offen aus: »Die Bedeutung der Elektro-Geräte für die Haushhaltsführung im arbeitsintensiven Haushalt mit der Notwendigkeit der Arbeitsentlastung wird dadurch verdeutlicht, daß in Haushalten mit Kindern und berufstätiger Hausfrau ein überdurchschnittlich hoher Ausstattungsgrad mit Elektro-Hausgeräten gegeben ist. So besitzen Haushalte mit 3 Kindern und Berufstätigkeit der Hausfrau zu rund 85 % eine Gefriereinrichtung (Durchschnitt 56 %), zu 44 % eine Geschirrspülmaschine (Durchschnitt 15 %) und zu 99 % eine Waschmaschine (Durchschnitt 82 %). Der Zusammenhang zwischen der Anschaffung dieser Geräte und dem Ziel, die durch Beruf und Haushalt doppelt in Anspruch genommene Hausfrau zu entlasten, ist offensichtlich.«
Unsere Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren überall stark angestiegen und die Strompreise sind allein im Zeitraum von Ende 1975 bis 1978 zwischen mindestens 7 und 8 % gestiegen. Die Strompreise werden uns gegenüber immer weiter erhöht, damit wir die Atomenergie akzeptieren sollen, bzw. wir die AKWs so oder so finanzieren. In den 70er Jahren sind die Investitionskosten enorm gestiegen, denn sie liegen bei Atomkraftwerken um etwa 80 % höher als bei konventionellen Anlagen.

Zur Bestimmung unseres Widerstandes gegen die Elektrizitätskonzerne und zur Entwicklung dezentraler Altenativen ist es notwendig, uns mit der »Alternativ-Energie« bzw. den neuesten »soft«-Technologien etwas näher zu befassen.

»Soft« und »Hard«

Als ich vor kurzem meine Materialien über Alternativ-Energie nochmals genauer angeschaut habe, bin ich aus dem Stauen nicht mehr herausgekommen. Vom »Blatt« München, der Kölner »Stadtrevue«, dem Frankfurter »Pflasterstrand« über »ID« bis zur »TAZ« veröffentlichten sie allesamt die Ergüsse eines gewissen Florentin Krause, der im Freiburger Öko-Institut und in sozialdemokratischen Kreisen um Eppler eine zentrale Rolle spielt, und dem als Propagandist der »sanften« Energie über oben genannte Scene-Medien breites Gehör in der AKW-Bewegung zu schaffen versucht wird. Worauf kommt es ihm an und welche Strategie steckt hinter dieser »soft«-Propaganda?

Krause hat erkannt, daß mit der Atompolitik bei der Bevölkerung kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Wachsende Kritik an den parlamentarischen Institutionen und an der Atom-Industrie, die Suche nach ungefährlichen und akzeptab len Formen der Energiegewinnung, Ängste vor Krieg und Faschismus, und das Bedürfnis nach Veränderung der Gesellschaft wird hier in einen Topf geworfen, gemixt, und in einer lockeren Sprache entwickelt er in die Scene hinein ein Modell des Energie-Sparens, der Reformierung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen, für neue Nutzungstechniken und entwickelt die bekannte düstere Prognose vom niedrigen Lebensstandard für den Verbraucher (das sind wir), wenn für unsere (!) Konkurrenzmög lichkeiten auf dem Weltmarkt »Kostenvorteile« (für die Multis aber doch nicht für uns) verschenkt werden. Doch ich laß ihr

lieber selbst zu Wort kommen: »...auf dem Spiel steht eine Wirtschaftskrise wie 1929. Je mehr aber die Ölkrise zum Handeln zwingt, um so deutlicher wird es für die Bundesbürger werden, daß die Atomkraft die falsche Energie für die 80er Jahre ist. Und umso schwieriger wird es sein, einerseits die politischen Kräfte hinter der Atomenergie zu vereinen, andererseits aber für Einspartechniken zu mobilisieren. ... Um aber die Strategie der besseren Nutzung und der erneuerbaren Versorgung wirklich in Schwung zu kriegen – und die Zeit drängt da in der Tat – muß ALLES, Ingenieurstalent, Kapital und Organisation genauso mobilisiert werden wie vorher für die Atomkraft. Wenn auch in anderer Form. ... Dazu sind gewaltige Veränderungen in den Machtstrukturen der Gesellschaft notwendig. Die Antiatombewegung kann heute den Wunsch der Bürger ansprechen, vor Gefahren und Katastrophen sicher zu sein, sie kann also auch konservative Bedürfnisse ansprechen. Die Forderung nach rascher Umsetzung der Strategie der besseren Nutzung spricht die Sicherheitswünsche an, die die Kernenergiewerbung immer für sich beansprucht.«

Baghwan Krause hat die Kraft der Oppostionsbewegung erkannt und will diese darauf einschwören, als Motor der Weiterentwicklung und gleichzeitig -konservierung des bestehenden Gesellschaftssystems, mittels einer »selbsterwählten« Energieform, die damit gekoppelte Technologie und Industrie freiwillig zu akzeptieren, ja sogar für sie einzutreten und zu kämpfen gegen die böse und falsche Atomenergiefraktion. Bei solch einem Kampf müssen die Klassenfronten zurückweichen, denn ob Kapital, Bürger oder Technikerspezialist, die Gemeinsamkeiten überwiegen: wir sind alle Deutsche und Atomgegner und wollen diese »Energiekrise« überwinden. Doch dazu muß den Alternativ-Freaks erst einmal die Flausen ausgetrieben werden. Krause fährt fort: »Nur wenn wir Utopien und Träume zusammen mit realistischen Vorschlägen für das Hier und Jetzt vortragen, wird es der Alternativbewegung gelingen, ihre emanzipatorischen Vorstellungen in der breiten Bevölkerung zu verankern. ... Die Forderung nach Zugang zu Kapital für bessere Nutzungstechniken und Alternativenergien geht vom konkreten Eigeninteresse der Verbraucher aus und bringt sie von da aus in Konflikt mit den Verwertungsinteressen der Industrie.« (ID 319, 1.2.80) Und weiter: »Wir zerstören unsere Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt, wenn wir Kostenvorteile einfach vergeben. Für den Verbraucher bedeutet das einen niedrigen Lebensstandard.« (TAZ, 3.10.79)

Nach Krauses Terminologie erfordert die Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft hier und jetzt, das gemeinsame Werk unseres Gerechtwerdens gegenüber diesem bedingungslos zu unterwerfenden Götzen, jede Menge Opfer und Bußen gegenüber der »Komplexität und Vielfalt der verschiedenen Methoden 'erneuerbarer Energietechnik'«. Maschinenstürmerei, Technologiefeindlichkeit, Kritik des westlichen Fortschritts, Ablehung des Apparats und Vorstellungen von dezentraler Selbstorganisation und Selbstbestimmung haben hier nichts zu suchen. Krause sagt: »Von allen Aspekten, die erneuerbare Energien haben, hat die Alternativbewegung den der Dezentralität mit der größten Begeisterung aufgenommen. Das ist gut so, weil dadurch die politischen Seiten von Alternativtechnologien in den Vordergrund gerückt werden. Allerdings gehen da manche in ihrem Elan etwas über Bord, indem sie es am liebsten hätten, daß alle Menschen völlig dezentrale Energieeversorgungen haben, also daß alle Häuser ihre eigenen Solaranlagen oder Maodiesel haben sollten statt auch Nachbarschaftssysteme und Fernheizung. Dahinter steht die verständliche Hoffnung, daß man auf diese Weise ein für alle mal wegkommen könnte von der erdrückenden Übermacht der großen Konzerne und Bürokratien. Sozusagen die Idee, daß man den Apparat vielleicht mit einem technischen Anarchismus unterlaufen könnte, nachdem die Hoffnung der sechziger Jahre, ihn im direkten politischen Angriff zu stürmen, nach hinten abgerutscht ist. Aber abgesehen davon, daß das eine soziale Verödung bedeuten könnte (Motto: Ich mache meinen Kram alleine, bleibe mir vom Hals) würde dies der Komplexität und Vielfalt der verschiedenen Methoden »erneuerbarer Energietechnik« nicht gerecht. Wie wärs denn stattdessen mit ein bißchen von beiden? ... Wir müssen auch bedenken, daß ja nicht alle Leute sich voller Begeisterung auf die große Herausforderung stürzen, ihre eigene Energieversorgungsanlage handwerklich zu bezwingen, obwohl sie vielleicht bei der Entscheidung, wie versorgt werden soll, gerne mitreden würden. Dezentrale Technik alleine tut es nicht. Wir brauchen auch die gesellschaftliche Kontrolle, in den Stadtwerken zum Beispiel, oder über die Treibstoffproduktion aus Biostoffen, die ja auch von einem Ölkonzern mit den üblichen Lizenzverträgen und etwas Kapitalmuskeln unter Kontrolle gebracht werden könnte.« (ID 319, 1.2.80).

Der Industrie, »dem großen Garanten des Grundrechts auf Konsum und Ersatzbefriedigung«, wird nichts zuviel sein, auch im Bereich der Energie die Technik weiter zu revolutionieren. Revolutionierung der Technik durch die Industrie statt Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Menschen: für dieses Projekt der »Erneuerung« stehen der sozialdemokratische Krause-Eppler-Flügel und die grüne Bahro-Gruhl-Crew.

Welche Entwicklungen laufen nun real schon in Richtung dieser »soft«-Energie? Laut einem Bericht der Financial Times vom 13.2.1978 soll die amerikanische Boeing Aircraft Corp. Carters wissenschaftlichen Beratern ein Projekt vorgeschlagen haben, das den technischen Aufwand für die Mondlandung von Apollo-Astronauten weit in den Schatten stellt und trotzdem mit den Mitteln der heutigen Technik bewältigt werden kann, nämlich den »Bau großer plattenförmiger Stromenergiesatelliten, die in einer stationären Umlaufbahn Sonnenenerie einfangen, diese in Mikrowellen umsetzen und in einem gezielten Strahl zur Erde übertragen.« (BddW, 22.2.1978). Boeings oberster Raumfahrtmanager Boileau legte eine Studie mit dem Titel »Solar Power Satellites – A viable Energy Option« vor und meinte: »es ist Zeit für eine aggressive Entwicklung.«

Auszugsweise möchte ich dazu aus einem Spiegel-Beitrag zitieren: »Was Boileau agressiv entwickeln will, ist das größte Ding, das menschliche Technik je plante, und das teuerste dazu: Boileau und seine Leute wollen die Nation mit einem Tausend-Milliarden-Dollar-Schub dahin bringen, binnen 50 Jahren den Strom für Staubsauger, Autofließbänder und Computer direkt aus dem All zu holen.
Auf ihrem Weg ins All, der Sonne entgegen, ist den US-Weltraumtechnikern das Bombastische gerade groß genug: Die vom Apollo-Abenteuer der Mondfahrt verwöhnten Technologie-Manager ersannen 100.000 Tonnen schwere Weltraumstationen von der doppelten Größe Manhattans, die mit 14 Milliarden Photozellen pausenlos 10.000 Megawatt Sonenenergie einfangen und sie über ein Mikrowellenbündel vom Durchmesser einer Stadt wie Mainz auf die Erde funken sollen.

Mindestens 25, vielleicht aber über hundert solcher Stationen mit der zehnfachen Leistung eines Atomkraftwerks wollen die Priester der neuen Sonnenreligion dann in 36.000 Kilometer Höhe aufhängen und sie genau auf das Tempo der Erddrehung bringen. Boileaus Chefdenker Ralph Nansen und Gordon Woodcock: 'Das ist die Lösung für hundert Jahre – wenn nicht für tausend. Sonne, erkannten die Großen der Industrie plötzlich, ist 'in', und die Raumfahrt, bislang ein Programm des nationalen Prestiges, erhielt über Nacht den Ruch des Menschlichen. Eine neue Heilslehre war da.«

Sicherlich sind dies noch Zukunftsvisionen, aber auf dem Sektor der Alternativenergie, insbesondere der Solartechnologie, ist gegen Ende der 70er Jahre angesichts eines wachsenden Widerstandes der Anti-AKW-Bewegung eine Menge in Bewegung geraten. Unter der technologischen Führerschaft von Shell und Mobil treiben die US-Ölmultis die Entwicklung von Sonnenwärmesystemen durch Fotozellen stark voran, während sie gleichzeitig inzwischen schon die Hälfte des US-Marktes für Lichtverstromung im Griff haben. Was die Technik der direkten Umwandlung von Lichtstrahlen über Halbleiter zu Strom anbelangt, verschaffte sich der Ölkonzern Atlantic Richfield über die Tochtergesellschaft Arco Solar Inc. einen Lichtverstromungs-Marktanteil von 20 %, entstand die Exxon-Tochter Solar Power Corporation, gehört die Mobile Tyco Solar Energy Corp. zu 80 % der Shell Oil Co. und verdient die Gulf Oil Corp. irrsinnig viel Geld durch die Tochtergesellschaft General Atomic Co., an der sie zu 50 % beteiligt ist, und die die gleichzeitige Gewinnung von Strom und Wärme über Sonnenspiegelzentren erfunden hat (Capital 10/79).

Auf einer internationalen Konferenz der Komission der EG über »Photovoltaische Stromerzeugung aus Sonnenenergie« in Berlin im Jahre 1979 wurden die Möglichkeiten für die Anwendung von solaren Stromaggregaten und Kraftwerken als »außerordentlich groß« eingeschätzt. Die Stromerzeugung aus Sonnenlicht soll jetzt schon da wirtschaftlich sein, wo es noch keinen Anschluß an das Elektrizitätsnetz gibt, wie beispielsweise bei elektrischen Zäunen, Notruftelefonen längs der Autobahn, Leuchtbojen, Forschungsstationen usw. Der Optimismus der Experten liegt u.a. auch darin begründet, daß ein großes Hindernis in der Erzielung von niedrigen Preisen etwa zwei Jahre zuvor sowohl in den USA wie in der BRD gleichzeitig überwunden worden ist: die beiden größten Solarzellen-Herstellerfirmen der Welt, die US-amerikanische »Solarex« und AEG-Telefunken, haben aus dem für die Elektronik-Industrie produzierten einkristallinen Silicium ein Verfahren zur Herstellung von billigerem mehrkristallinem Silicium entwickelt, das nun eine Massenproduktion ermöglicht.

Die Internationale Energieagentuer (IEA), die von der BRD, Belgien, Griechenland, Italien, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und den USA finanziert wird, startete unter der Bezeichnung »Small Solar Power System« (SSPS) ein Pilot-Projekt: Unter der Projektleitung der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFVLR)/Köln und mit den wichtigsten technologischen Beiträgen von Unternehmen der USA und der BRD ist auf einer »Plataforma Solar« bei Almeria an der südspanischen Costa del Sol mit dem Bau von zwei Solarkraftwerken begonnen worden. Ziel ist der Vergleich der technologisch unterschiedlichen »Solarfarm« und »Solarturm«, Test der seither entwickelten solarspezifischen Technologien in einem Kraftwerkgesamtsystem, das das lokale Elektrizitätsnetz versuchsweise mitversorgt, und Vergleich der US-amerikanischen und deutschen Kollektorenentwicklungen. Die deutsche Firma M.A.N. liefert einen zweiachsigen Sonnenkollektor und das US-Unternehmen »Acurex« errichtet ein einachsiges Kollektorfeld. Die deutsche INTERATOM und die amerikanische Firma Martin-Marietta sind ebenfalls daran beteiligt. Nach Abschluß der Bauphase sollen diese Piloterfahrungen ab Mitte 1981 beginnen (VDI-Nachrichten, 18.1.1980). Wie man sieht, schließt sich der Kreis der Atomindustrie auch auf dem Bereich der Alternativenergie.
In Hamburg findet jetzt vom 24. bis 27. Juni 1980 die Ausstellung »Solartechnik '80« statt, die in Verbindung mit dem 3. Internationalen Sonnenforum steht, an welchem die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS), der Bundesverband Solarenergie (B SE), die Coopération Méditeranéenne pour l'Energie Solaire (COMPLES), die International Solar Energy Society (ISES) und der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) teilnehmen wollen.

Schon die vergangene Hannover Messe »Energie '80« zeigte deutlich einen Trend zur Neuorientierung in den Technologien. Die F.A.Z. vom 19.4.80 berichtete darüber: »... Tatsächlich erleben beispielsweise allein die Hersteller von Sonnenkollektoren, Energiedächern und Wärmepumpen gegenwärtig ein geradezu boomartiges Ansteigen der Nachfrage. Fast scheint es, als hätten die Verbraucher Angst, sie könnten all diese Produkte bald nicht mehr bekommen, glaubt (BBC-Vorstandsmitglied) Freiländer festgestellt zu haben. Schon sind viele Hersteller an die Grenze ihrer Lieferfähigkeit gekommen. Die Hersteller von Wärmepumpen erwarten für 1981 eine weitere Verdoppelung des Marktvolumens. Ähnliche Wachstumsraten sind in der Solartechnik zu erwarten. Die Hersteller von Sonnenkollektoren glauben schon für 1980 an eine Verdoppelung ihres Umsatzes. Insgesamt geht die Branche davon aus, daß bis 1990 mindestens 2 Millionen der insgesamt 22 Millionen Haushalte für ihren Wärmebedarf solche alternativen Energiequellen einsetzen werden.«

Selbst der Export von Solaranlagen scheint jetzt immer mehr Chancen bekommen. Laut der englischen Fachzeitschrift »New Scientist« (vom Februar 1980) werden vor allem in den arabischen Staaten große Anstrengungen auf diesem Bereich unternommen, die deshalb auch stark an westlichen Technologien interessiert sind. Die deutsche Firma Dornier hat in Jordanien und Ägypten schon Solarenergieanlagen errichtet. Kuwait hat mit der BRD eine 5-Jahres-Kooperation abgeschlossen und arbeitet gleichzeitig eng mit Jordanien und Bahrein auf diesem Gebeit zusammen. Dornier wendet in Jordanien das »Heat-Pipes« (Hitzeröhren-)System an, das aus der Raumfahrt stammt und auf einfache Techniken der Meerwasserentsalzung übertragen worden ist. Das US-Energieministerium arbeitet eng mit Saudi-Arabbien zusammen und Bau bei Riad ein 350-KW-Solarkraftwerk, bei dem fotovaltische Zellen zur Herstellung von Strom benutzt werden. Algerien baut gerade bei Bou Saada am Rande der Sahara ein Musterdorf auf, wo alles mit Solarenergie versorgt wird. In BddW vom 3.3.80 ist dann zu lesen: »In den arabischen Staaten beträgt die Sonneneinstrahlung 250 Watt pro Quadratmeter und liegt damit um fast 300 Prozent höher als in der Bundesrepublik Deutschland. Da gleichzeitig erhebliche Landflächen zur Verfügung stehen, ließe sich theoretisch zumindest der Elektrizitätsbedarf durch Solarkraftwerke decken. Wenn man nur ein Prozent der Landfläche der arabischen Staaten für Solarkraftwerke benutzen würde, so könnten darauf 3.000 große Kraftwerke je 1.000 Megawatt Leistung produzieren.«

Alternative Energiegewinnung bbeschränkt sich jedoch nicht auf die Solartechnologie. Beispielsweise entspricht die gesamte auf der Erde vorhandene – lebende – Biomasse in ihrem Energiegehalt den zur Zeit bekannten Reserven an fossi-

bler Energie. In den USA wird in Burlington 1982 ein 50-Megawatt-Holzkraftwerk, in Maine soll eines mit der doppelten Kapazität fertiggestellt werden und in Oklahoma wird ein Biogaswerk gebaut, das pro Jahr 600 Mio. Kubikmeter Methan aus Viehdung herstellen soll. Für die BRD wären in diesem Zusammenhang Versuche mit Holzvergasungsanlagen oder mit dem Gebrauch von Rapsöl als biologischem Dieselöl zu erwähnen. Was die Windenergie anbelangt, so bietet M.A.N. inzwischen schon einen 10-KW-Windstromerzeuger für den Hausgebrauch an. Laut einem Bericht der Financial Times vom 13.2.80 führt General Electric in den USA gerade einen Forschungsauftrag des Energieministeriums aus, bei dem die Produktion von Brennstoffzellen auf Kohlebasis beruht und eventuell ab 1986 großtechnologisch betrieben werden soll (BddW, 20.2.80).
Ideologischer Hauptpropagandist dieser neuen Energiepolitik ist in der BRD das Freiburger Öko-Institut. Neue Energieformen und Sparpolitik für die Verbraucher lautet die Devise. Manager der Havard Business School in den USA verbbinden mit dieser Sparstrategie die Ausweitung der Solarenergie. Und es ist kein Zufall, daß Ludwig Bölkow vom Messerschmitt Bölkow Blohm (MBB)-Konzern die Unrentabilität der Atomenergie beklagt und als Befürworter der Hochleistungstechnologie für Alternativenergie auftritt (Spiegel Nr. 11, 10.3.80). Baghwan Florentin Krause erzählt uns zwar noch Märchen von der ausschließlichen »soft«-Strategie, doch Peter Pencynski von der zentralen Forschungs- und Entwicklungsetage der Siemens AG schenkt uns gleich reinen Wein ein: »Stellt man wirklich den Menschen mit seinen Wünschen nach Wohlergehen und seinen Interessen an Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt, so muß der Ausschließlichkeitsanspruch der »Soft«-Exponenten, entweder »soft« oder »hard«, mit »soft« und »hard« beantwortet werden. Diese Aussage muß allerdings noch durch systematische Untersuchungen auf diesem Gebiet, die teilweise jetzt erst einsetzen, untermauert werden. Auf der technischen Seite müssen in Zukunft wohl alle uns zur Verfügung stehenden Energieoptionen einschließlich Verbesserung der technischen Effizienz nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten entwickelt werden, um das schwierige Problem der Substitution des zu Ende gehenden Öls und Gases zu meistern. Um durch »Verzicht« zu anderen sozialen Wertvorstellungen zu gelangen, bedarf es nicht des »soft energy path«! diese Tugend werden wir auch auf dem Weg »hard« und »soft« lernen müssen.« (Sonderdruck aus der Siemens-Zeitschrift 1/79).

Stromgeldeinnahmen zur Finanzierung von AKWs

War der RWE-Gigant für die Weiterentwicklung der Stromversorgung besonders in den 50er und 60er Jahren relevant, so laviert er nun mit verschiedenen Energieträgern herum. Ganz anders dagegen ist es bei einem der ältesten Elektrizitätskonzerne, der 1894 gegründeten HEW, der am Elbsand sitzt und seine Karte voll auf Atomenergie setzt. Schon zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts errichtete die Hansestadt Hamburg vorrangig in Kooperation mit Siemens Beleuchtungsanlagen, u.a. zur Beleuchtung der Lagerhäuser im Freihafen. Als einige Privatunternehmen die Erlaubnis zur Errichtung von Zentralstationen für die öffentliche Stromversorgung verlangten, entschloß sich die Stadt Hamburg, solche vorerst einmal selbst zu bauen. Mit steigendem Strombedarf der Industrie übernahmen die Siemens-Schuckert-Werke das Gaswerk, das jedoch mit wachsenden Neuinvestitionskosten dem Konzern nicht mehr rentabel genug war und 1894 in die HEW überging. Wenige Tage vor Beginn des 1. Weltkrieges wurde die HEW in eine sogenannte gemischt-wirtschaftliche Aktiengesellschaft umgewandelt, an der Hamburg zu 50 % beteiligt war. Mit der jetzt möglichen Ausweitung des Stromversorgungsbereiches auf das ganze Hamburgische Staatsgebiet und der Einführung eines billigen Industrie-Großabnehmer-Tarifs stieg der Stromverbrauch sofort rapide an und durch einen Vertrag mit »Siemens elektrische Betriebe«, der Vorgängerin der heutigen NWK, konnte die HEW über die Grenzen hinaus noch Wilhelmsburg und Harburg mitbeliefern.

Ich will an dieser Stelle nicht weiter auf die Entwicklung der HEW eingehen, sondern vielmehr ihre Strom-Politik in den 70er Jahren betrachten. Da wäre zuerst einmal die gewaltige Erhöhung der Haushaltstarife zum 1. Januar 1972 um durchschnittlich 14,2 % zu nennen. Mit der damit erzielten Profiterhöhung konnten die notwendigen hohen Investitionen, vor allem für den Bau von Atomkraftwerken, ermöglicht werden. Somit war es nicht zufällig, wenn die Hamburger Presse Mitte Juni 1972 berichtete, daß die HEW in den nächsten Jahren ihre Stromerzeugung von 1000 Megawatt auf 2000 Megawatt verdoppeln und dafür ca. 2 Milliarden DM für die kommenden 6 Jahre investieren wollte. Der Anteil der Atomenergie an der Stromversorgung sollte nach diesen ehrgeizigen Plänen mit den AKWs Stade, Brunsbüttel und Krümmel im Jahre 1978 etwa 65 % betragen, gegenüber einem prognostizierten Bundesdurchschnitt von 25 % im Jahre 1980. Doch der Protest regte sich früh. Schon im November 1972 lagen von empörten Bürgern über 10.000 Einsprüche gegen das AKW Krümmel vor.
In unsere Erinnerung zurückgeholt werden muß jedoch besonders die ungeheure und skandalöse Strompreiserhöhung vom 1. Juli 1975. Innerhalb von vier Jahren war dies schon die vierte Erhöhung und diesmal sollte sie sich durchschnittlich auf 13,8 % belaufen. Im Hamburger Abendblatt vom 30.5.1975 konnte man hierzu lesen: »... der Hamburger Stromlieferant will ab 1. Juli die 1,72 Millionen Einwohner der Hansestadt wieder einmal zur Kasse bitten. Sie erhalten von da an den teuersten Strom, den man zur Zeit in Deutschland beziehen kann. Je nach Tarif wird das pro Kilowatt-Stunde 14,5 oder 10,5 Pfennig kosten. Für die Familien in Hamburg ein trauriger Rekord, auf den sie gerne verzichtet hätten. Hamburg hat dann mit diesen Strompreisen noch den Spitzenpreis von New York übertroffen, wo pro Kilowattstunde 13,6 Pfennig gefordert werden. ... Das Stromgeld war erst am 1. Oktober 1974 um rund 20,6 Prozent erhöht worden. Am 1. Januar kamen dann doch einmal die staatlichen Umlagen aus dem Bonner Hilfsgesetz für den Kohleabsatz hinzu. Das machten noch einmal 3,24 Prozent aus. Und nun sollen 13,8 Prozent aufgeschlagen werden. Insgesamt also sind das innerhalb von neun Monaten fast 40 Prozent. Ein Ergebnis, das Hamburg bei den Strompreisen an die Spitze aller Städte der Welt katapultierte.«

Zum Vergleich möchte ich den Sondervertrag heranziehen, den die HEW mit den Reynolds-Aluminiumwerken abgeschlossen hatte und nach dem Reynolds Strom zum Preis von 2,1 Pfennig pro kWh erhielt. Der Zusammenhang zwischen Stromgeld und Bau von Atomkraftwerken wird auch offen zugegeben, wenn man die Presse etwas genauer liest. Während die »Süddeutsche Zeitung« vom 30.5.1975 schrieb: »Atomstrom erreicht bei HEW schon 17 Prozent, in der BRD sind es erst 1 %«, und »1974 sind die Erlöse aus dem Stromverkauf um 14,9 % auf 845 Mill. DM gestiegen,« brachte die Welt am nächsten Tag die Begründung: »Die stärkere Belastung der Abnehmer hält HEW-Vorstand Hans Werner Oberlack für zwingend notwendig, wenn das Investitionsprogramm (für die nächsten 5 Jahre 2,2 Mrd. DM) nicht in Gefahr geraten soll. HEW will bereits Anfang 1980 rund 55 % des Brennstoffbedarfs im Konzern durch Kernenergie decken. Allein 1974 wurden 516 Mill. DM in die Anlagen gesteckt ...« Für 1975 veranschlagte die HEW für Investitionen 450 Millionen DM, wovon allein 220 Millionen für die AKWs Brunsbüttel und Krümmel bestimmt waren.

Sehr clever hat die HEW es verstanden, die bei ihr beschäftigten Arbeiter und Angestellte als einflußlose Kleinaktionäre an den Konzern zu binden. Auf der Hauptversammlung im Juni 1975 waren sie jedoch sauer, fühlten sich »raffiniert und auf ungerechte Weise hinters Licht geführt« und bezeichneten den Liefervertrag mit Reynolds als »Schleuderpreisvertrag«. Doch der Protest verpuffte. Für 1977 setzte die HEW 224 Mill. DM für Investitionen an. »Hinzu kommen 1977 noch 260 Millionen DM auf die HEW entfallende Investitionen der rechtlich selbständigen Kernkraftwerksgesellschaft. Insgesamt muß die Gesellschaft also fast eine halbe Milliarde DM finanzieren ...« (FAZ, 22.12.76). Daß diese Summen allerdings noch zu niedrig veranschlagt sind angesichts der immensen Kosten für den AKW-Bau, belegt beispielsweise das folgende Zitat aus dem HEW-Aktionärsbrief vom Februar 1977: »Die Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, an der wir zu 2/3 beteiligt sind, hat zur Fertigstellung ihres Kraftwerkes weitere 145 Mio. investiert.«
Uns interessiert natürlich besonders, wie hoch der Anteil der Investitionskosten speziell für den Bau von AKWs ist. Genaues Zahlenmaterial ist hierzu kaum erhältlich, doch aus den wenigen Informationen in der Presse ist zu entnehmen, daß er zumindest mehr als Drittel betragen muss. HEW-Vorstandsmitglied Oberlack erklärte, »daß mit der letzten Kapitalerhöhung im Jahre 1972, die ebenfalls einen Mittelzufluß von rund 100 Millionen DM brachte, ein Investitionsvolumen im HEW-Konzern von 1972 bis 1976 von insgesamt 2,3 Milliarden DM finanziert hat. Davon wurden 1,6 Milliarden DM für den Bau neuer Kraftwerke mit einer installierten Leistung von zusammen 2.310 MW aufgewendet sowie 0,7 Milliarden DM für Stromverteilungsanlagen. Die Investitionen für Kraftwerke verteilen sich je zur Hälfte auf sogenante konventionelle Anlagen sowie auf den HEW-Anteil an den Gemeinschaftskernkraftwerken.« (FAZ, 22.4.77). Nehmen wir hingegen die Zahlen, die mit den Bauverzögerungen durch den Widerstand der AKW-Bewegung als Investitionsvolumen für die AKWs öffentlich genannt wurden, so liegt der AKW-Anteil schon über 45 %. Die Süddeutsche Zeitung schrieb am 29.11.1977: »Ein Investitionsvolumen von etwa 500 Mill. DM hatte die HEW einschließlich Beteiligungsgesellschaften für 1977 vorgesehen. Der Aufsichtsrat hat nun – bedingt durch Bauverzögerungen, insbesondere im Kernkraftwerk Brokdorf – jedoch nur ein auf 270 Mill. DM reduziertes Volumen billigen müssen.«

Den wachsenden Widerstand gegen die Atomanlagen bekam die HEW in den letzten 70er Jahren besonders stark zu spüren. Seit dem Baustopp für das geplante AKW Brokdorf im Frühjahr 1977 gab es eine Reihe weiterer Probleme und Hürden, die der Elektrizitätskonzern zu bewältigen hatte. So wurde das AKW Brunsbüttel nach einem Störfall im Juni 1978 stillgelegt und durch inzwischen langwierigere Genehmigungsverfahren verzögerten sich die Bauarbeiten am AKW Krümmel immer weiter hinaus. Schon im Frühjahr 1979 war vom AKW Krümmel die Rede, daß durch die Bauverzögerungen die veranschlagten Investitionen von 1,1 Mrd. DM auf 1,8 Mrd. DM steigen würden. Doch die AKW-Gegner/innen freuten sich zu früh über ihren erfolgreichen Widerstand, denn die HEW holt sich das für den AKW-Bau notwendige Geld von uns über die Erhöhung der Strompreistarife. So hat sie in den letzten Monaten immer wieder angekündigt, daß zum 1. Juli 1980 die nächste Tarifpreiserhöhung bevorsteht und daß weitere Strompreiserhöhungen in immer kürzeren Abständen erforderlich würden. Genau an diesem Punkt zeigt sich ganz offensichtlich die Schwäche der AKW-Bewegung, daß sie zwar öffentlichen Druck ausüben und das Bauprogramm verzögern kann, aber die finanzielle Seite vernachlässigt sie vollkommen und trägt somit durch einen fehlenden Widerstand gegen die Strompreiserhöhungen zur Finanzierung der Atomanlagen durch die die Hintertür bei.

Radikaler Stromzahlungsboykott

Zuerst einmal halte ich es für notwendig auf den bisher geführten Strompreisboykott einzugehen. Ich beziehe mich dabei im wesentlichen auf die wohl bekannteste Broschüre von Hengesbach/Schweizer: »Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld. Stromgeldverweigerung als gewaltfreier Widerstand gegen die Atomenergie.« 1977 wurde die Strompreisboykott-Kampagne (Strobo) in Hamburg von Mitgliedern der »Initiative kirchlicher Mitarbeiter« und der »Gewaltfreien Aktion« begonnen. Dies ist u.a. auch insofern wichtig, als Strobo von den Initiatoren als besondere Aktionsform des »gewaltfreien Widerstands« hervorgehoben wird.
Aus einer partiell richtigen Kritik an der Fixierung von AKW-Initiativen an der »offenen Feldschlacht« kamen sie zu dem Schluß, daß angesichts eines hochbbewaffneten Gegners nur noch eine gewaltfreie Strategie glaubwürdig verfolgt werden könne. Die Stromgeldverweigerung wurde »zu einem Experiment für unsere zukünftigen Aktionsformen. Sie ist seit langem die erste massenhafte Kampagne des zivilen Ungehorsams in der Bundesrepublik.« (S. 65) Sehr stark steht also die Form dieses Widerstands im Vordergrund. Durch die relativ dogmatisch grundsätzliche Festlegung ausschließlich auf eine bestimmte Art von AKW-Widerstand soll die »Gewaltlosigkeit« des Strobo untermauert werden: »Die Bürgerinitiativen dürfen bei ihren künftigen Aktionen des Widerstands gegen Fehlentwicklungen und der Durchsetzung ihrer positiven Ziele keinerlei Gewaltanwendung mehr zulassen. ... Selbst wenn sie von der Gegenseite Gewalt erdulden müssen, sollen sie versuchen, dieser Gewalt auszuweichen oder sie zu ertragen, anstatt zur Gegengewalt zu greifen. Der Verzicht selbst auf das Notwehrrecht ist wesentlicher Bestandteil der gewaltfreien Aktion.« (S. 16)

Ich frage mich, wie kommt es überhaupt zu der glatten und bescheidenen Zahl von 10 %, die beim Stromgeldrechnungsbetrag selbst reduziert werden. Ihre Antwort hierauf lautet ganz simpel: »Es ist schwer zu schätzen, welchen Prozentsatz (finanzieller Anteil des E-Werks zur Nutzung der Atomenergie, d.V.) das ist, doch dürfte ein Anteil von 10 % sicher angemessen sein. Auch wäre dieser Anteil nicht zu hoch, so daß er mögliche Aktionsteilnehmer abschrecken könnte ...« (S. 34). Die 10 % werden lediglich »als Zeichen des Widerspruchs und Protests«, als »symbolische Summe« verstanden. (S. 66) Die gutgläubigen Verweigerer haben, wenn man von der Atomenergie einmal absieht, eigentlich nicht sonderlich viel gegen die Elektrizitätskonzerne, denn was das einbehaltene Geld anbelangt, kann es »offengelassen werden, ob man das Geld unter bestimmten Bedingungen dem E-Werk für die Nutzung alternativer Energiequellen überlassen will ...« (S. 34). Auf die Diversifizierungs-Strategie der Energie-Konzerne, »hard« und »soft«, bin ich in einem Abschnitt weiter vorne schon eingegangen. Mit diesen exemplarischen Zitaten aus obengenannter Broschüre möchte ich es bewenden lassen, denn ich finde, daß sie genügend für sich sprechen. Auch wenn der Text nicht voll mit den praktischen Erfahrungen der Strobo-Initiativen identisch sein muß, ist er doch zumindest auch ein Ausdruck dieser seither relativ zahmen und beschränkten Kampagne, die die Atom-Betreiber nicht besonders juckt, außer daß sie potentiell eine große Gefahr darstellen könnte.

Es verwundert hingegen schon, mit welcher Skepsis man besonders im sogenannten militanten Teil der AKW-Bewegung gegenüber Strobo steht, sei es, weil die »Gewaltfreien« das Monopol dafür zu schein haben, sei es, daß zu wenige Vorstellungen existieren, wie solch eine Kampagne zu radikalisieren und auszuweiten wäre.

Die Selbstreduzierung des Strompreises ist der notwendige Schritt auf der finanziell-ökonomischen Ebene zur Verhinderung des Atomprogramms. Hier gibt es eine Einheit zwischen dem Anti-AKW-Kampf, unserem hart erarbeiteten Geld und den Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, die sowieso schon jede Mark umdrehen müssen. Radikaler Strompreisboykott heißt u.a. auch Widerstand in der Stadt, da wo wir täglich leben und arbeiten, wo wir uns auskennen und unsere Strukturen der Gegenmacht entwickeln wollen. Hier sind wir am ehesten dazu in der Lage, beispielhafte Schwerpunktaktionen zu machen. So ist es vorstellbar, daß mehr oder weniger ganze Straßenzüge Strobo machen. Und sollte es jemand wagen, den Strom in einer Wohnung abzudrehen, dann werden wir viele sein, die das kollektiv verhindern. Und sollte es trotzdem passieren, dann könnten wir selbst die Stromversorgung organisieren. Hier, in der Verbindung von Leben und Kampf, da hätte die dezentrale Anwendung alternativer Energie auch eine akzeptable und praktische Komponente, anders wie irgendwo draußen auf dem Lande als Versuchsobjekt weniger Leute. Dezentralisierung von Energie als Dezentralisierung von Macht und somit wieder Selbstaneignung von Macht, um kollektiv für uns selber zu entscheiden, was wir für richtig und für notwendig halten. Und falls uns mit brutaler Gewalt der Strom entzogen werden sollte, dann werden wir so viel Kraft, Wissen und Phantasie haben, daß ausgleichsweise woanders eben auch der Strom ausfallen muß. Uns geht es um eine Neubestimmung von sozialem Leben in der Stadt, um die Verhinderung des Atomwahns, gegen die Elektrizitäts-Konzerne als Haupt-AKW-Betreiber und wir werden dann nicht nur symbolisch 10 % des Strompreises reduzieren, sondern vielmehr den Anteil, den sie für die Atomenergie verwenden: und der liegt auf jeden Fall einiges höher wie 10 %!

Wenn es uns gelingen könnte, mit einer radikalen und breiten Strompreisboykott-Kampagne die Konzerne an ihrem Nerv direkt zu treffen, werden wir gleichzeitig beginnen, die Stadt durch Strukturen der Gegenmacht immer mehr zurückzuerobern. Dazu gehören dann auch lokal begrenzte Initiativen, die zum einen lebenswerte Verhältnisse bewahren und gleichzeitig die Infra-Struktur für die Atomindustrie blockieren. So konnte man vor kurzem in einem Flugblatt in Hamburg über die Verbindung zwischen Brokdorf und Fischmarkt lesen: »In dem Maße, wie wir aus Hamburg heraus entlang dieser »Wirtschaftsachsen« in Brokdorf, Brunsbüttel, Stade, Krümmel, Kaltenkirchen etc. Widerstand leisteten und leisten gegen Atomanlagen, umweltzerstörende Industrie, überproportionale, nicht in Beziehung zum Menschen stehende Großtechnologien, müssen wir verstehen und lernen, den Widerstand auch in die Stadt selbst zu tragen. Denn inwieweit Brunsbüttel und Brokdorf die Zerstörung von Stadtteilen vorantreiben (hier Regionen wie der Fischmarkt: verkehrsmäßige Erschließung entlang der Wirtschaftsachse Brunsbüttel/AKW und Industrie, Hamburg/Hafen und Holstenstraße, Übersee/Skandinavien/EWG) oder umgekehrt die Fischmarktsanierung und die verkehrsmäßige Erschließung erst die Voraussetzung für eine weitere Nutzung von Brunsbüttel-Brokdorf ermöglicht, sollte uns nicht in abstrakte Denkprozesse verstricken, sondern vielmehr die unbedingte Notwendigkeit aufzeigen, daß Widerstand in Brokdorf heißt, uns unsere Lebensmöglichkeiten in der Stadt zu erhalten und Widerstand am Fischmarkt heißt: Brokdorf verhindern!« Wir werden auf alte Erfahrungen aus »Rote-Punkt-Aktionen« und »Nulltarif-Kampagnen« im öffentlichen Verkehrswesen wieder zurückkommen werden, wenn wir letztendlich das Auto abschaffen. Die möglichen Beispiele kann bestimmt jede(r) selber fortsetzen.

»Elektrizität ist Macht« sagte RWE-Aufsichtsratvorsitzender Abs. Und das Stromleitungsnetz wird zum Symbol der multinationalen Konzerne. Die Atomkraftwerke bringen die Expansion dieser Stromleitungen, somit neuer Verteilungsstrukturen, Infrastrukturen. Die Elektrizitätskonzerne, als Schrittmacher der kapitalistischen Entwicklung, als Knotenpunkt eines gigantischen Kapitalverwertungsprozesses, schaffen die kapitalmäßigen und technologischen Voraussetzungen für die qualitativ sprunghafte Weiterentwicklung. Setzen wir dem etwas entgegen. Haben wir den Mut zu kämpfen, zu leben und zu siegen!

Literatur

»Die technische Nothilfe im Spiegel der Presse während des Streiks in Berlin im Oktober 1919«, Berlin o.J.

»Die technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat«, Berlin 1928

Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hrsg).: »DAF-Rohstoff-Dienst«, H. 22/August 1938

Helga Nussbaum: »Versuche zur reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1909 bis 1914«, in : 'Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte', 1968, Teil 1

Roswitha Czollek/Dietrich Eichholtz: »Zur wirtschaftlichen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion«, in: 'Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte', 1968, Teil I

Georg Boll: »Entstehung und Entwicklung des Verbundbetriebs in der deutschen Elektrizitätswirtschaft bis zum europäischen Verbund«, Frankfurt

Clausen/Franke: »Das Märchen von der Wirtschaftlichkeit des Atomstroms«, Bremen 1980

»Von Stromlücken und anderen Märchen«, in: 'AtomExpress'-Nr. 19, Göttingen April 1980

Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW): »Die öffentliche Elektrizitätsversorgung 1978«, Frankfurt 1979

Susanne Polke: »Wer braucht Atomkraft?«, in: 'Kritisches Tagebuch', H. 1, Tübingen 1977, S. 28-52

Thesen zur Krise der Anti-AKW-Bewegung

Teil I: Bestandsaufnahme

1.

Die Ereignisse anläßlich der Demonstrationen von Kalkar und Malville, die 100.000en ihre Ohnmacht gegenüber dem Polizeiaufgebot vor Augen führten, haben zu einer Krise der Bewegung geführt, die bis heute anhält. Die nun nicht mehr gegebene Handlungsmöglichkeit vor Ort (Sturm auf das Gelände, Besetzung) führte bei den aus der Stadt angereisten Teilen der Bewegung zunächst zu einer Beschränkung der Praxis auf Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, andererseits zu Diskussionen um Wahlbeteiligung. Der Versuch von Militanten, durch verdeckte Aktionen einen Ausweg und einen neuen Aufschwung herbeizuführen, blieb weitgehend ohne praktische Resonanz.

Mit der Räumung des Bohrplatzes 1004 und dem sofortigen Baubeginn dort im Juni 1980 kamen jetzt auch die »gewaltfreien Grünen« schneller als erwartet in die Krise, nachdem sie sich Anfang des Jahres (Bundeskonferenz Brunsbüttel) gegen die Befürworter einer neuen Massendemonstration am Bauzaun in Brokdorf durchgesetzt hatten. Militante wie Gewaltfreie stammen aus den Großstädten. Sie setzen sich aus Minderheiten der städtischen Mittelschichten und des wachsenden (teilweise akademischen) Jobber-Proletariats zusammen. Seit dem Zusammenbruch der APO hatten in den folgenden Jahren Niederlagen und politische Perspektivenlosigkeit dazu geführt, die Stadt als Bezugsrahmen für Widerstand aufzugeben. Dann bot sich beim Kampf gegen die AKW-Kathedralen in der ländlichen Provinz die Möglichkeit, den zerfallenden Zusammenhang von eigenem Leben und sozialrevolutionärer Veränderung in der Stadt zu kompensieren. Handelte es sich anfangs noch um eine Sammlung sozialer Teilbewegungen gegen das Zentrum kapitalistischer Restrukturierung und gegen den Atomstaat, so scheint uns mittlerweile bei Teilen der Bewegung diese Dimension des Kampfes durch den falschen Widerspruch zwischen Nukleartechnologie und ländlich-handwerklicher Idylle ersetzt worden zu sein. Diesen Ersatz können wir nur noch als Flucht begreifen. So haben die »gewaltfreien« Meinungsmacher und die Befürworter »militanter« Massendemonstrationen in Brokdorf und sonstwo eines gemeinsam: Ihre Fremdheit gegenüber den Lebensbedingungen der Unterschichten in den ländlichen Regionen. Der Ersatz der städtischen Existenz durch einen neuen Naturmythos wird für sie zum Maßstab aller Dinge: die auf dieser Ebene angeeignete entpolitisierte Unmittelbarkeit einer positiven Alternative unterdrückt gleichermaßen die authentischen Lebensbedürfnisse und -verhältnisse derer, die in den Regionen zuhause sind.

2.

So führte die Stagnation des städtischen antikapitalistischen Massenprotests zusammen mit der Tatsache, daß die großstädtischen Elektrizitätswerke als Betreiber der in den Provinzen erbauten AKWs und End- bzw. Zwischenlager sich die Regionen einmal mehr zentralistisch-technokratisch unterwerfen, den aufkommenden ländlichen Widerstand in ein doppeltes Dilemma. Auf der einen Seite blieb angesichts der durch die Nuklearplanung verschärften 'Entwicklungs'dynamik wenig Zeit, um die verschiedenen Ansätze zur Verweigerung gegenüber den zentralistischen Modernisierungsoffensiven (Flurbereinigung, Gemeindereform, weitere Unterwerfung des landwirtschaftlichen Zyklus unter das Diktat der Chemie-, Maschinen- und Lebensmittelkonzerne) von unten her zusammenzuführen. Andererseits wurde alles dadurch verschärft, daß neben der städtischen Monopolisierung des atomwirtschaftlichen Kerns der Modernisierung gleichzeitig auch der Widerstand dagegen von unten her überfremdet wurde. So verkam die ländliche Region mehr und mehr zum stummen schweigenden Resonanzboden einer städtischen Auseinandersetzung: sie wurde zum Schlachtfeld der Pro- und der Anti-AKW-Bewegung. Lediglich das alemannische 'Dreieckland' blieb davon ausgespart. Hier war die Bewegung der Arbeiter-Bauern und der übrigen ländlich-dörflichen Unterschichten stark und authentisch genug, um ihre die Region 'entdeckenden' Bündnispartner aus der Stadt zu befähigen, die AKW-Problematik als – freilich herausragenden – Aspekt des regional-ländlichen Widerstands gegen technokratische Modernisierung und Zentralisierung zu erfassen, um sie also unter die Eigengesetzlichkeiten traditioneller Widerstandsformen zu zwingen. Hier wurde der fruchtlose Streit zwischen 'Militanz' und 'Gewaltfreiheit' schnell ad acta gelegt: erfolgreich sind auch im regionalen Kontext all jene Aktionen, die populär weil nachvollziehbar sind, die Massen zunehmend zu mobilisieren vermögen, und die darauf hinzielen, langfristig ein subversives wie antistaatliches Kommunikationsnetz herzustellen.

Obwohl die Sozialbewegung des 'Dreieckslands' am Anfang stand, und obwohl auch die übrige Nuklearplanung vor allem ein Programm zur energiepolitischen 'Modernisierung' der Regionen darstellt, hat sie die sich 1975 verbreiternde Anti-AKW-Bewegung nur wenig beeinflußt. Die rasch einsetzende 'Überfremdung' des Protests durch die großstädtische Szene blokkierte ihre Eigendynamik. Die Ignoranz selbst langjähriger Stadtflüchtiger hinsichtlich der historischen Bedeutung des regionalen 'konservativen' Widerstandes beispielsweise im 'Wendland', und die Unbedarftheit, mit der Hamburger Brokdorf-Militante das Problem der 'unterbäuerlichen Schichten' bei ihren Mobilisierungsaktionen im Raum Brokdorf vernachlässigten muß offen zur Diskussion gestellt werden. Obwohl Wyhl am Anfang stand, und obwohl alle historisch bedeutsamen Sozialrevolten zwischen Rhein und Elbe immer regionale, antizentralistische Bewegungen gewesen sind, wurde der AKW-Zentralismus des spätkapitalistischen Plan-Staats zum Tummelplatz nicht weniger zentralistisch geführter Fraktionskämpfe einer städtisch-'nationalen' Anti-AKW-Kampagne.

Folglich ist die Anti-AKW-Bewegung trotz des verheißungsvollen Auftaktes von Whyl-Fessenheim-Marckolsheim vorerst an

der Aufgabe gescheitert, ein ausgewogenes dezentrales Aktionsbündnis herzustellen, in dem sich die städtischen und ländlichen Teile des Widerstands gleichberechtigt assoziieren – was freilich voraussetzt, daß den unterschiedlichen Lebensbedingungen entsprechende Kampfformen entwickelt worden sind.

3.

Wir glauben, daß die Anti-AKW-Bewegung nicht nur an der zentralistischen Bestimmung des Land-Stadt-Verhältnisses krankt, indem sie die zentralistischen Verwertungskriterien des Kapitals unfreiwillig von unten reproduziert. Mit ihrem 'nationalen' Zentralismus korrespondierte vielmehr eine auffällige Verweigerung gegenüber den gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Aspekten der Nuklearplanung. Tat sie sich als städtische Fluchtbewegung einerseits an einem kompensatorisch aufs Land verlagerten Widerspruch zwischen Atomtechnokratie und 'erster' Natur gütlich, so weigerte sie sich andererseits, in ihrer theoretisch-analytischen Kritik an der menschheitsbedrohenden Gefährlichkeit über die von den Nuklearplanern diktierten 'geschichtslosen' Dimensionen des technokratischen Größenwahns hinauszugehen.

3.1.

Es wird bei der Organisierung des Widerstands nicht berücksichtigt, daß die AKW-Technokratie eine bestimmte historische Entwicklungsstufe des Kapitals darstellt, also als gesellschaftliches Verhältnis Ausdruck der Ausbeutung von Arbeitskraft ist. Das Atomkapital verfügt über eine außerordentlich hohe technisch-organische Zusammensetzung, d.h. der Anteil an lebendiger Arbeit bzw. Arbeitskraft ist extrem niedrig. Hierin werden verschiedene, in sich zusammenhängende Tendenzen der Kapitalverwertung manifest: 1. Das Bestreben, möglichst wenig Arbeitskraft mit möglichst hoher Intensität auszubeuten, was bis zur Vernichtung (Verstrahlung) der Träger von Arbeitskraft mit entsprechend kompensatorischer Hochlohnpolitik getrieben wird. 2. Das Bedürfnis, die Arbeitskraft des AKW-Arbeiters so weit vom Produktionsgang auszuschalten, daß die Planung des AKW-Sektors als besonders kapitalintensiven Teils der Energiewirtschaft von Arbeiterkämpfen nicht mehr entscheidend blockiert oder gar gestoppt werden kann. 3. Der Versuch, die gleichwohl auch im Nuklearzyklus stattfindende Maximalausbeutung von Arbeitskraft dadurch abzusichern, daß sie durch eine Mauer von 'Sicherheitsbestimmungen', atomstaatlicher Überwachung, Bespitzelung und Isolierung sozusagen 'unsichtbar' wird. Die Tatsache, daß das Kapital gute Gründe hat, die AKW-Arbeit hinter einem totalitären Sicherheitsnetz und einer rigid-gewerkschaftlichen Hochlohnpolitik unangreifbar zu machen, sollte uns umso mehr davor bewahren, sie nun unsererseits für nicht mehr existent zu halten. Im Gegenteil: Die Subversion der AKW-Arbeit hat mindestens die gleiche Bedeutung wie die Neubestimmung der Kampfformen in Regionen und Großstädten. Denn auch in Bezug auf das AKW-Kapital gilt, daß es nur durch das Zusammenspiel von innerem Arbeiterkampf und äußerem antikapitalistischem Protest beseitigt werden kann.

Wir machen uns keine Illusionen über die Ursachen des 'Verschwindens' der AKW-Arbeiter aus dem Gesichtsfeld sogar der marxistischen Linken. Die Selbstorganisation der AKW-Arbeiter gegen das verstrahlende Kapital läßt keine Kompromisse mehr zu. Wer an ihr arbeitet, kann nur einen Generalstreik gegen das AKW-Kapital von innen heraus im Kopf haben, und wir geben zu, daß wir ihn als unerläßlichen Teil einer jeden Erfolgsperspektive betrachten. Das stellt hohe organisatorische Anforderungen, setzt die Bereitschaft voraus, gegen das energiepolitische Machtzentrum des Kapitals nicht nur kompensatorisch im Pochen auf die 'heile' Natur zu protestieren, sondern bewußt und zielstrebig vorzugehen. Die AKW-Arbeiter stehen spätestens seit Harrisburg, der Spitze des Eisbergs der vielen Reaktorunfälle, vor der Alternative verstrahlt zu werden oder ins Millionenheer der aufkommenden spätkapitalistischen Massenarmut abzuwandern. Dieser immanente Vernichtungsaspekt des Hochlohnterrorismus sollte für uns Ansporn sein, auch wenn die Staatsloyalität der AKW-Erbauer und -Arbeiter derzeit unerschütterlich erscheinen mag. Hüten wir uns vor der Rückübertragung des Vorurteils vom 'passiven und dummen Bauern' auf den 'loyalen' AKW-Arbeiter, lassen wir unsre schlechten regionalistischen Ressentiments Fehler genug sein. Wurde 1978 nicht jeder, der den Sturz des Schahs durch die Erdölarbeiter Khusistans voraussagte, als phantastischer Träumer verlacht?

3.2.

Die meisten Publikationen der Anti-AKW-Bewegung sind unhistorisch. Sie ordnen die Nuklearplanung kaum in ihrem gesellschaftlich-wirtschaftlich-militärischen Zusammenhang ein. So wurde beispielsweise bis vor kurzem der militärische Aspekt fast völlig ausgeklammert, obwohl jedes AKW auch technisch betrachtet eine latente Atombombe darstellt, und obwohl die derzeitige kapitalistisch-staatliche Option auf zwei unterschiedliche Varianten des Kernbrennstoffzyklus (Wiederaufbereitung und Zwischenlagerung) immer zugleich auch eine militärische Entscheidung ist. Die Beteiligung norddeutscher Anti-AKW-Gruppen an den Aktionen gegen die Bremer Rekrutenvereidigung signalisiert die Bereitschaft, diese falsche Begrenzung des bisherigen Protests nunmehr aufzuheben.

Es fehlt bis heute auch an überzeugenden Versuchen, die AKW-Planung als Kernstück des heraufziehenden Energie-Imperialismus auf den Begriff zu bringen. Dabei sind die Fakten, die sich allein aus den Materialien dieses Heftes ergeben, eindeutig. Die AKW-Wirtschaft ist der kapitalintensivste Sektor des spätkeynesianistischen Wirtschaftssystems, welches von diesem ausgehend seine gesamte Investitionsstrategie neu zu bestimmen sucht. Die Atomwirtschaft dient weitgehend als Vehikel, das im Wechselspiel von Multis und Staat benutzt wird, um über Energiesteuern, hohe Elektrizitätspreise usw. Masseneinkommen für einen neuen Investitionssprung in den 80er Jahren umzuverteilen. AKW-Investitionen sind vor allem Investitionen im Erwarten auf nachfolgende Kapitalbildung. Über die AKWs sollen die Gürtel enger geschnallt werden, um Energiekapazitäten anzuhäufen, welche wiederum Voraussetzung für die breite Durchsetzung arbeitssparender Technologien in den Metropolen sind.Hinter jedem AKW steht die Vision des metropolitanen 'Blaupausenarbeiters', den der Multi braucht, um die sozial- und wirtschaftspolitische Kontrolle der Massenarmut in den drei Kontinenten zu stabilisieren: innere 'Autarkie' und äußere Expansion bedingen sich wechselseitig. Dabei setzt gerade das BRD-Kapital auf die Atomwirtschaft, weil es nicht wie die US-Multis über den gleichermaßen kapitalintensiven Energiesektor Erdölindustrie verfügt, mit dessen Hilfe es sich von den Arbeiterkämpfen abkoppeln und einen neuen inneren Rationalisierungs- und Investitionszyklus mit neuen Dimensionen imperialistischer Abhängigkeit in den drei Kontinenten verbinden kann. Da dieser 'Durchbruchsektor' gleichzeitig die latente wie aktuelle Verfügung über Massenvernichtungsmittel garantiert, stellt er technologisch wie ökonomisch das 'idealste' sektorale Wirtschaftspotential dar, über das der Imperialismus bis heute verfügte. Für uns bedeutet das aber mehr denn je: der Sektor Atomwirtschaft muß verschwinden, um die nur zu wahre **Vision** vom vollendeten Kapital zu bannen, welches die **Aufhebung der Arbeit** innerhalb seiner eigenen Grenzen bewerkstelligt, indem es den Planeten vernichtet.

Teil II: Konsequenzen

4.

Auch für uns ist die Angst vor dem Atomstaat alles andere als ein Hirngespinst. Auch wir haben Angst. Was für die Freiburger Fessenheim, für die Lüchower Gorleben, das ist für uns Stade. Zu den latenten Atombomben im Elbegebiet kommen die tatsächlichen von Munsterlager und Flensburg. Die überall in unserer Umgebung entstehenden latenten Megatonnen werden nicht dadurch erträglicher, daß sich auch das aktuelle Megatonnenarsenal in Gestalt der Neutronenbomben und von Pershing II beängstigend ausweitet. Kaum haben wir mit der Aufarbeitung der in der NS-Zeit begangenen Massenvernichtung begonnen, bemerken wir, daß das Jahrhundert der Massenvernichtung erst noch bevorsteht. Noch einmal: diese infernalische Angst haben wir mit allen Flügeln und Fraktionen der Anti-AKW-Bewegung gemeinsam. Sie verbindet uns mit ihnen trotz aller Kritik, und wir haben uns seit Jahren an Aktionen beteiligt, unabbhängig von der Frage, ob die Initiative dazu von Gewaltfreien oder Militanten ausgegangen ist. Dieser Gemeinsamkeit wegen sollten wir darüber diskutieren, wie wir alle mit dieser Angst umgehen. Wir glauben, daß die Anti-AKW-Bewegung bis heute immer nur einzelne Aspekte dieser Angst verarbeitet hat. Der zeitweilige Massenerfolg hat sie darin bestärkt, nur die unmittelbar von den AKWs ausgehenden Schadensrisiken und die Sicherheitsaspekte zu untersuchen und propagandistisch auszubreiten. Wenn wir die oben skizzierten Aspekte reflektieren, kommen wir zu dem Schluß, daß dies immer nur ein Bruchteil der Wahrheit gewesen ist. Der Effekt ließ nicht auf sich warten: Ein Fragment von Angst wurde in Politik übersetzt, und daraus resultierte entweder eine Legitimation von unmittelbarer 'Militanz', oder aber eine große Geste der Ohnmacht, die sich alsbald in Anlehnung an fragwürdige USA-Vorbilder 'gewaltfrei' nannte. Wir lehnen beide Tendenzen gleichermaßen ab. In beiden Fällen sehen wir ein allzu kurzsichtiges **Operieren mit einer Hilflosigkeit**, die aus der nur teilweise bewerkstelligten Auseinandersetzung mit der Angst vor der drohenden planetarischen Vernichtung stammt.

Wir wollen die Auseinandersetzung mit der **ganzen** Angst. Die aber zwingt uns, Überlebensstrategien zu entwerfen, die, so bitter und anstrengend sie auch sein mögen, eine **wirkliche** Erfolgschance haben. Die Logik, mit der das Kapital in Gestalt der Nuklearplanung seine soziale und ökonomische Macht gleichermaßen gegen die Massen ausspielt, kann von uns nur durchschaut werden, wenn wir die ganze in ihr steckende Totalität aufgreifen, mit der sie uns existentiell bedroht. Dann können wir unschwer erkennen: es handelt sich um eine primitive, armselige Logik der Versachlichung von vielfältigem, unbestimmbarem menschlichen Leben. Um zu überleben, müssen wir lernen, aus der ganzen Angst ein Mittel der Subversion zu machen. Dazu brauchen wir Witz, assoziatives Verhalten, Phantasie und Ausdauer. Es setzt voraus, daß wir die Scheinlegitimation mit der Unmittelbarkeit der individuell begrenzten Bedürfnisse bei 'Gewaltfreien' wie 'Militanten' gleichermaßen abstreifen. Denn letzten Endes steht hinter den meisten bisherigen Aktionen ein abgekartetes Spiel zwischen den Protestierenden und den Machthabern: das eine, an einer aussichtslos werdenden Kräftekonstellation trotzdem weiterzustricken, ist nicht besser als das andere, das wir jüngst an der Bohrstelle 1004 erlebt haben. Wir sollten stattdessen **unberechenbar** werden, indem wir alle nur denkbaren Widerstandsmittel uns aneignen, um sie flexibel unter den jeweiligen Bedingungen zu dem Zwecke anzuwenden, den Massenwiderstand zu verbreitern **und** die Blockade und schließliche Beseitigung der AKW-Planung zu betreiben. Je nach Situation können wir einmal 'gewaltfrei', ein andermal 'militant', ein drittes Mal 'subversiv' sein. Bei allen Mitteln, vom Sitzstreik bis zum bewaffneten Kampf, sollten wir überlegen, ob sie geeignet sind, durch fortschreitende Massenverankerung unseren Überlebensspielraum zu erweitern. In der grassierenden reinen Ideologie der 'Gewaltfreiheit' sehen wir eine neue Variante der apathischen Selbstkonditionierung zur Rampe von Auschwitz, und in der aus rein egoistischer Unmittelbarkeit geschöpften 'Sponti-Militanz' eine Unfähigkeit, die ganze Angst in eine andere, langandauernde Wut zu übersetzen, die wir brauchen, um eine langfristig geplante, dezentral organisierte und massenwirksame Subversion des Atomstaats in Gang zu bringen.

5.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die punktuelle Begrenztheit der Anti-AKW-Bewegung eine Antwort auf die inhaltsleere wie falsche und realitätsfremde Totalität der ML-Bewegung der 70er Jahre war, die für die 80er nicht mehr taugt. Die inhaltliche Begründung für diese Hypothese haben wir oben ausgeführt. Das wird deshalb wichtig, weil wir sehen, wie einige Hauptideologen der grünen Bewegung sich daranmachen, die bisherigen kritischen Verweigerer einer umfassenden Gesellschaftsanalyse mit einer Ersatzideologie einzuholen, die der vor einigen Jahren abgestreiften zumindest in nichts nachsteht. Die Bahro und Gruhl können nicht nur wegen der von ihnen vertretenen Inhalte den sozialen Basisbewegungen die Aufgabe nicht abnehmen, von unten und auf basisdemokratischem Weg eine neue und umfassende Strategiedebatte voranzutreiben.

6.

In den folgenden Thesen zur Perspektive des Atomstaats in den 80er Jahren gehen wir davon aus, daß diese nur als Reaktion auf die bisher massivsten Anti-AKW-Bewegungen in den USA, der BRD, der Schweiz und Frankreich zu verstehen ist:

– Der US-Imperialismus sah sich gezwungen, im Interesse der Spaltung und Integration des Protests sein Brüterprogramm zu streichen, forcierte Non-Proliferation zu betreiben, die Solar-Technik zu fördern und die äußeren Hebel seiner Energiepolitik (Erdöl – Mittelost-task-forces) zu reaktivieren.

– In der BRD wurde durch einen gewaltigen Polizeiaufmarsch gegen die Protestdemonstrationen vor Kalkar 1977 das Brüterprogramm durchgesetzt. Da die Anti-AKW-Bewegung zwar seither eine schwere Krise durchmacht, aber ihre weitere Entwicklung noch völlig offen ist, haben die Machthaber bis auf weiteres auf mehrere Varianten der kommenden Nuklear-Option gesetzt. Die Frage der Wiederaufbereitungsanlage wird offengehalten, gleichzeitig wird die Zwischenlagerung dezentral beschleunigt, um ungestört Plutonium aus den Leichtwasserreaktoren holen und stapeln zu können. Damit hält sich der ins Haus stehende sozialdemokratische Herbst folgende Varianten offen: a) eine SPD-grüne: Nullwachstum, Forcierung von soft-Energie, präventive Sozialplanung und Zwischenlagerung; b) eine sozialliberale: WAA und Zwischenlagerung gleichzeitig, Abkehr von der Hochlohnpolitik durch chip-Automation, 'Wehrstruktur 80' als militärische Komponente einer ausufernden Sozialghettoisierung; c) eine Variante der großen Koalition: Bevorzugung der WAA im Rahmen einer 'Europäischen Verteidigungsunion', gleichzeitig Ausbau des Erdölimperialismus gegen Mittelost, noch radikalere Abkehr von der Hochlohnpolitik mit autarkistischer Grundstoff- und 'Blaupausenarbeiter'-Politik, Sozialghettoisierung des Widerstands unter Einbeziehung von KZ-Methoden. Im Fall a) würden die Machthaber endgültig versuchen, die AKW-Bewegung mehrheitlich zu integrieren, im Fall b) dürften sie auf Integration und Kriminalisierung gleichzeitig setzen, und c) dürfte eine breite Kriminalisierung des gesamten Anti-AKW-Protests nach sich ziehen.

Ob so oder so: auf jeden Fall wird die Nukleartechnologie im Zentrum der Programmierung stehen. Denn das AKW-Kapital hat sich im Verlauf der sozialen Kämpfe der 70er Jahre als risikosicherste Investitionsanlage erwiesen:
– es konnte praktisch unbeeinträchtigt durch Arbeiterkämpfe entwickelt werden, was seiner hohen organischen Zusammensetzung entspricht;
– es war konjunkturunabhängig, weil durch antizyklische Maßnahmen des Staats begünstigt und zugleich durch eine territorial abgeschottete Hochpreispolitik für Elektrizität abgesichert: die Umverteilung von Masseneinkommen in Kapital ging also besonders reibungslos vonstattten;
– es erzeugt technologisch-ökonomisch gesehen optimale 'Kompaktprodukte', die es den Multis besonders leicht machen, ihre dumping-Politik im Kampf um die Weltmärkte zu radikalisieren (dieses Vorgehen hieß bisher 'Proliferation');
– die AKWs sind dem EG-Kapital besonders adäquate Energieträger, da es nicht im gleichen Ausmaß wie die US-Multis über Erdölquellen verfügt.

Aus dieser unbestrittenen zentralen Stellung des AKW-Kapitals haben wir unsere Schlußfolgerungen zu ziehen:
1. In den nächsten Jahren werden die AKWs noch mehr als bisher im Zentrum aller sozialen Kämpfe stehen, ganz gleich, ob wir eine SPD-links-atlantische, eine sozialliberale, oder eine europäisch-autarkistische Regierung erleben.
2. Da der sozialdemokratische Herbst am ehesten sozialliberal aussehen dürfte, werden die unterschiedlichen Optionen (Ausweichen auf Fall a) oder Fall c), s.o.) wahrscheinlich noch ein paar Jahre offen bleiben.
3. Im Fall sozialrevolutionärer Durchbrüche im Mittelosten wird die dann forcierte Erdölkrise diesen status quo mit einer zu 'befriedenden' Massenbewegung einholen und eine strategische Entscheidung seitens der Machthaber gegen ihre innenpolitischen Rücksichten erzwingen (auf diesen Aspekt werden wir in einem Heft über Erdöl-Mittelost-Energieimperialismus eingehen, welches das vorliegende Heft ergänzen und zum Abschluß bringen wird).
4. Alles in allem verbleibt eine gewisse Hoffnung: noch dürfte ein paar Jahre Zeit sein, um auf die kommende Weichenstellung von unten her mit Mitteln einzuwirken, welche nicht vollständig durch offenen polizeistaatlichen Terror bestimmt sind.

7. Was ist folglich zu tun?

7.1. Herstellung einer sozialen Basis von Gegenmacht

Erstens sollten sich die städtischen Teile (einschließlich der Emigranten) der AKW-Bewegung aus den ländlichen Regionen zurückziehen, damit sich der dortige Widerstand gemäß seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten und Bedürfnissen der dort lebenden Menschen weiterentwickeln kann. Damit ist keineswegs eine Art von Distanzierung im Sinn von Nicht-Kommunikation gemeint, im Gegenteil. Zweifellos braucht, wie das Exempel Radio Verte beweist, die regionalistische Sozialbewegung Unterstützung aus der Stadt, vor allem durch Informationsträger usw. Unterstützung heißt aber, auf alle Versuche der Bestimmung des Handelns von außen zu verzichten! Die städtischen Sektionen müssen erst einmal die Autonomie des regional-dezentralistischen Widerstands anerkennen und die tiefen geschichtlichen Wurzeln der Bewegungen in den Regionen begreifen. So ist es kein Zufall, daß die wendländischen Emigranten, die verlassene Bauernhöfe in kurzlebige Zweitwohnsitze mit Spekulationswert verwandeln, den Zusammenhang zwischen WAA-Aufkäufen und Bodenpreisbewegung systematisch ausblenden! Sind sie doch selbst, vor allem in Gestalt ihrer regionalgeschichtlich unbedarften Exponenten, nur ein Teil dieser mehrdimensionalen 'Überfremdung' der Region, die sich immer an den Veränderungen im Bodeneigentum ablesen läßt. Auf jeden Fall sollte in Richtung Berlin und Hamburg ein Emigrationsstopp erlassen, die Sozial- und Widerstandsgeschichte des Wendlands aufgearbeitet, und die 'grün-gewaltfreie' Stellvertreterpolitik der Emigranten gegenüber den Ansässigen aufgegeben werden. Das alles wird sicher viel Zeit kosten. Aber es ist unerläßlich, um jenseits einer reinen Ersatzpolitik à la 'Wendenpaß' überhaupt ein authentisches Verhältnis zwischen städtischen und regionalen Bewegungssegmenten herzustellen.

Zweitens sollten die städtischen Sektoren des Anti-AKW-Widerstands sich dort organisieren und dort kämpfen, wo sie alltäglich leben – in den Stadtteilen. Nach dem Scheitern aller Varianten von Bau- und Bohrplatzbesetzung ist es an der Zeit, von den Stadtteilen aus diejenigen anzugreifen, die als Erbauer und Betreiber fungieren: die Produzenten und die Elektrizitätsversorgungsunternehmen gleichermaßen. Diese Offensive hat, wie wir in diesem Heft anführten, eine stofflich-subversive und eine ökonomische Seite der Aneignung. Und sie wird nur im Zusammenhang und in der Radikalisierung der Aneignungsaktionen (Elektrizität, Wohnraum, Stadtviertel, andere Energien) der städtischen Unterklassen erfolgreich sein.

Drittens wäre das Projekt einer Selbstorganisation der AKW-Arbeiter im größeren Zusammenhang der Energiearbeiter vordringlich. Die immensen Schwierigkeiten, die dem zweifellos entgegenstehen, sind kein Beweis gegen die akute Notwendigkeit zu einem solchen Schritt. Wer das AKW-Programm ernsthaft durch Massenaktionen blockieren will, wird nicht umhin können, in Zukunft von der Koppelung des regional-ländlichen, des subproletarisch-städtischen und des Kampfs der Energiearbeiter auszugehen. Mit anderen Worten: die künftigen drei Hauptsäulen des Anti-AKW-Widerstands müssen die regionale Dorfarmut der Arbeiter-Bauern, die städtische Jobber- und Alternativszene, und die Energiearbeiter sein, zwischen denen gleichberechtigte und gleichgewichtige Kommunikationen zu schaffen sind.

7.2. Überwindung der Begrenztheit der Teilbewegung

Es versteht sich von selbst, daß eine derartige neue Basis von sozialer Gegenmacht einschließlich ihres aus dem Innern des AKW-Kapitals kommenden Elements alle Voraussetzungen enthält, um den Horizont einer gegen den Atomstaat gerichteten Teilbewegung zu überschreiten. Mit der Überwindung dieser Punktualität verbunden wäre, eine erfolgreiche Initiative vorausgesetzt, auch eine offenere und umfassendere Auseinandersetzung mit der Angst. So ließen sich auch die positivvorwegnehmenden Inhalte des Widerstands erheblich verbreitern: anstelle der 'alternativen' und selbstgewählten Armut käme es zu neuen Ansätzen der Aneignung des ungeheuren sozialen Reichtums; ein radikalisierter Strompreisboykott wäre beispielsweise undenkbar ohne die gleichzeitige dezentrale Aneignung von Energie in den Stadtteilen, usw. Vor allem aber bekäme der Kampf gegen den sozialdemokratischen Herbst eine neue Dimension, indem er der spätkapitalistischen Massenarmut der Großstädte, den Arbeiter-Bauern der Regionen und den Energiearbeitern Möglichkeiten an die Hand gibt, den Kampf gegen ein neues Stadium ihrer Entäußerung und Sinnentleerung im Energieimperialismus der 80er Jahre mit positiven Inhalten zu verbinden, welche das Regime nicht mehr einzuholen und zu integrieren vermag, weil sie in ein Konzept revolutionärer Gegenmacht eingebettet sind.

n Laster mit Uran für ein
rkraftwerk ist auf der
otobahn umgekippt (1979
den USA). Frisches Uran
rahlt zwar kaum, aber in
r gebräuchlichen
emischen Verbindung
ran-Hexafluorid) neigt
zur Freisetzung von
ßsäure – einem gefähr-
hen chemischen Gift.

gf-Redaktionssitzung: die Suche nach dem anderen Leben

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

... die einzige freiheit, die (noch) zu kaufen ist!

Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3902875

(Probeexemplar anfordern)

Staatsschutz ermittelt gegen 'Grosse Freiheit'

In einem Schreiben vom 5.8.80 teilt die Fachdirektion 7 (Staatsschutz) dem "sehr geehrten Herrn Liefmann" mit, daß zur Zeit gegen ihn als presserechtlich Verantwortlichen "für das periodische Druckwerk "grosse freiheit" Nr. 31-34" ein Ermittlungsverfahren laufe.

Gleich sieben Artikel und ein Foto benennt der Staatsschutz auf der Rückseite - sorgfältig aufgeteilt, je zwei auf jede Nummer - die gegen die §§ 90a (Verunglimpfung), 111 (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) und 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten) verstoßen haben sollen. Möglicherweise ist dies der erste Versuch des Staatsschutzes nach der großen Pleite (Enthüllung desselben durch die Broschüre bzw. den Sender Klabautermann) gegen die, wie der "Spiegel" schreibt, "autonomen Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung (AGAZ)" vorzugehen.

Dazu eine Erklärung der Redaktion der "grossen freiheit":

An alle Leser der GF - ehemalige, gegenwärtige, zukünftige (die potentiellen nicht zu vergessen!).

Gegen euch läuft ein polizeiliches Ermittlungsverfahren.

Daß wir euch so einfach in den ganzen Scheiß mit reinziehen (entschuldigt!) liegt an unserem redaktionellen Konzept. Wir selbst, das Kollektiv, das sich Monat für Monat mit Büro sauber machen, Post sortieren, gemeinsam in Kneipen etc. abplagt, betrachten die GF als unzensiertes Medium linker Gegenöffentlichkeit. D.h. wir beschränken unsere wertvolle Arbeitskraft größtenteils darauf, das in lesegerechte Form zu bringen, was ihr uns schickt. Den Inhalt lassen wir unangetastet. Wenn wir uns wirklich mal über was aufregen, dann gibt's einen Kommentar, mehr oder minder saftig, und wenn aus Platzgründen mal was gekürzt werden soll, dann sprechen wir das mit den verehrten Herren und Damen Verfassern ab. Ihr seht, wir sind als bloß technisches Personal restlos von euch abhängig.

Andererseits gibt es nun mal dies lästige Presserecht; einer von uns muß namentlich im Impressum auftauchen. Wer hier die Phantasie walten läßt, läuft Gefahr den Druckern ein Bein zu stellen (siehe Agit-Druck--Prozeß).

Wir meinen, ihr solltet uns und euch unterstützen - in diesem Fall heißt das:

Geld auf unser Konto. Bildung einer Gruppe zur Unterstützung der GF; den Termin werden wir, wenn was zustande kommt, bekannt geben. Heftiges abonieren, kaufen, lesen der GF.

per la libertà di Oreste Scalzone

Einige Bemerkungen zur Situation von Oreste Scalzone

Oreste stammt aus Terni und ist 32 Jahre alt. 1968 war er einer der Führer der Studentenbewegung in Rom, während einer Universitätsbesetzung wurde er von Faschisten schwer an der Wirbelsäule verletzt. 1969 war er Mitbegründer der Zeitung "La Classe", die die Einheit zwischen den Studenten und den streikenden FIAT-Arbeitern zustande gebracht hat. Von 1969 bis 1974 war er Mitglied der Gruppe "Potere Operaio". Seit 1970 arbeitete er in Mailand. In den letzten Jahren war er ein Fürsprecher der Autonomia und Begründer der kleinen Gruppe "Comitati Comunisti Rivoluzionari" (inzwischen aufgelöst). Er arbeitete als Lehrer bei den Kursen der 150 Stunden (Bildungsurlaubseminare), insbesondere für die Arbeiter des Alfa-Romeo-Werkes in Arese.

Am 7.April 1979 wurde er in Mailand verhaftet und zu einem der Hauptangeklagten in dem Monster-Prozeß gegen die Autonomia gemacht. Neben den Anklagen wegen der Mitgliedschaft in "Potere Operaio" und "Autonomia Organizzata" - Insurrektion gegen den Staat, bewaffnete Bande usw. - ist Scalzone von Forioni denunziert worden, 1972 an einem Bankraub teilgenommen zu haben.

Nach seiner Verhaftung wurde er in die schlimmsten Sondergefängnisse verschoben, die es in Italien gibt. Schon in Palmi - dem neuesten Knast in Kalabrien, speziell für die "wichtigsten Leute" der bewaffneten Gruppen und für die gefährlichsten Mafia--Bosse errichtet - hatte er wegen der Verschlimmerung eines alten Magen- und Zwölffingerdarmgeschwürs blutendes Kotzen gehabt. Dazu kamen erneute Schmerzanfälle wegen seines alten Leidens an der Wirbelsäule. Er konnte nicht mehr essen, nicht mehr vom Bett aufstehen, sein Körpergewicht nahm rapide ab. Als er schließlich nach Rom verlegt wurde, konnte er nicht mehr schreiben und war fast blind.

Als erster hat der Arzt des Knasts in Rom anerkannt und offiziell bestätigt, daß das Leben von Scalzone in Gefahr ist und daß bei ihm ein psychischer Prozeß der Zerstörung weit vorangeschritten ist; in den letzten Tagen war auch sein rechter Arm und fast die ganze rechte Körperhälfte paralysiert.

Seine Frau und seine Verwandten erfahren nur aus den Zeitungen, was mit Scalzone passiert.

Das politische System, die Justiz und der Knastapparat rechnen mit dem Tod Scalzones (der Sommer ist stets die Revolte-Saison in den italienischen Gefängnissen!).

Auf Grund des sich ständig verschlechternden Gesundheitszustands von Oreste Scalzone ist in Mailand das Komitee für die Haftverschonung Scalzones gegründet worden.

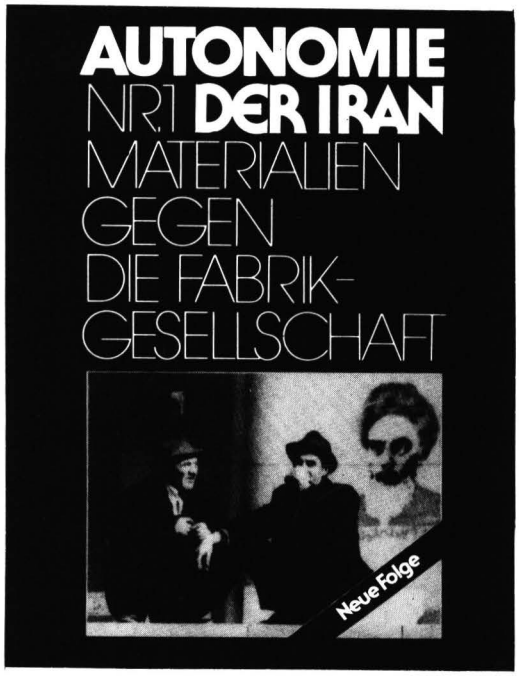
Das Komitee ruft dazu auf, von Sandro Pertini, Staatschef und Präsident des "Consiglio Superiore della Magistratura" (Höchster Rat des Richterstandes) die Haftentlassung zu verlangen.

Oreste muß auf freien Fuß gesetzt werden, weil sein Recht auf medizinische Behandlung gewährleistet sein muß, weil er seinen Prozeß lebend und unter Bedingungen, die ihm die Verteidigung ermöglichen, erreichen muß.

Es ist notwendig und dringlich, an den Präsidenten der Republik Italien, Sandro Pertini, Petitionen für die Haftentlassung Oreste Scalzones zu senden und Oreste unsere Freundschaft zu demonstrieren, sei es auch nur durch einen Gruß ins GEFÄNGNIS REGINA COELI in Rom.

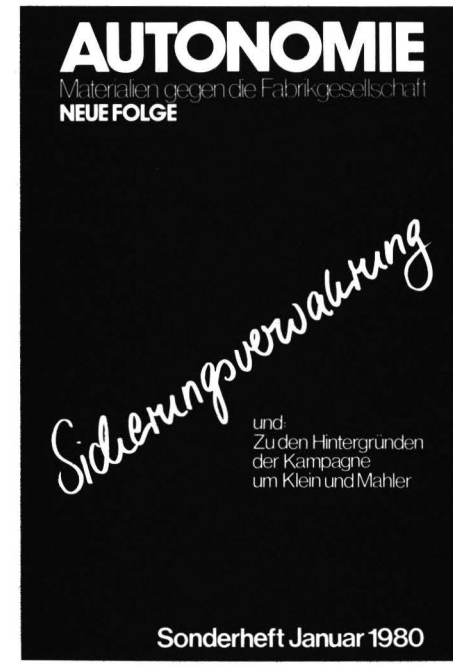
Unterschriftenlisten für die sofortige Freilassung von Oreste Scalzone bitte senden an:

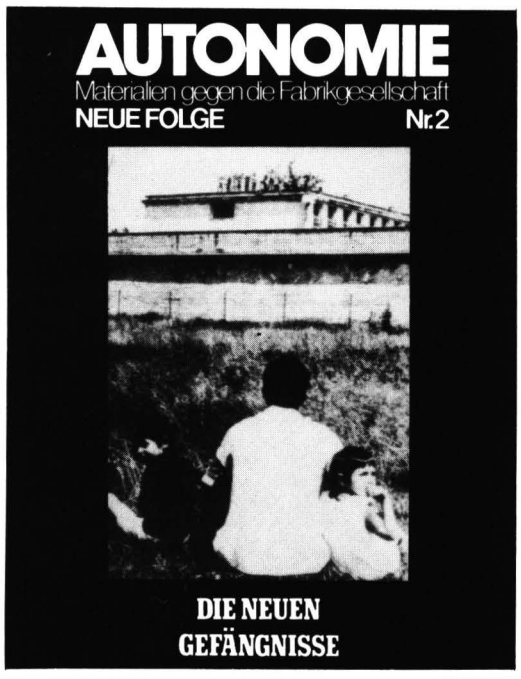
Franca Rame
casella postale 1353
Milano



Inhalt:

Elf Jahre unsere Sache
Editorial
Massenautonomie im Iran
Die Lehre Dr. Schariatis
Mazdak: Die erste sozialrevolutionäre Bewegung im Iran
Informationen über die Lebensbedingungen der iranischen Frauen
Susan Azarine spricht mit Frauen aus der schiitischen Opposition
Der Untertan gleicht dem Sesam: Landreform im Iran
Ethnische Minderheiten im Iran
Die Industrialisierung als Programm der Despostie
Der Wirtschaftsplan der Khomeinisten: Ein Interview mit Bani Sadr
Die Projekte des Dr. Bani Sadr: ein Interview
Der Schiiten-Sozialismus der Khomeinisten





Inhalt:

Zur aktuellen Krise der Gefangenenbewegung
Zum letzten Hungerstreik
Die drei Schritte der Gefangenenbewegung
Gehirnwäsche gegen den Umsturz
Gespräch mit Helmut Ensslin
Einzelhaft und Arbeitszwang gegen "Kriminelle" und der Widerstand der Gefangenen
Der Kampf gegen die rheinische Psychiatrie
Erfahrungen mit der Ablauforganisation in Köln-Ossendorf
Ein Stück Alltag: Der Mann im Knast und die Frau ist draußen
Die Zerstörung der Persönlichkeit
Gefangenenbewegung und Gefängnisrevolten in Frankreich und Spanien
Der Aufstand von Champ-Dollon
Gefangenenaufstand in Hull 1976
Der Kampf der politischen Gefangenen in Irland
Gefangen in Israel
Zwei Linien in der islamisch-schiitischen Bewegung

Inhalt:

"Städtebau und Kriminalität" – Symposium des BKA
Von der Integration zur Aussonderung: Dreißig Jahre Städtebaupolitik am Beispiel der Neuen Heimat
Entwicklung einer Strategie der Gewalt – Einkaufszentrum und Fußgängerzonen
Großer Abwasch in Köln, 5 Minuten vor 12
Hausbesetzungen in Bremen
"So tun als ob" – die neue Strategie für Kreuzberg SO 36
Architekturutopien, Arbeiterwohnen und die bürgerliche Hauptstadt des 19. Jahrhunderts
Krankenanstalten als Ort der sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert am Beispiel Hamburgs
Die Zerstörung des Gängeviertels – ein Versuch, Hamburger Hafenarbeiter über ihre Wohnungen zu kontrollieren
Planung in der Provinz – Zur Zerstörung ländlicher Strukturen durch Agrarpolitik und Landschaftsplanung
Zerstörung und Enteignung unseres Alltags
Die immer wieder unterbrochene Stimme des Lumpenproletariats

Inhalt:

Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz 1: Neue soziale Kontrolltechniken durch Arbeits- und Leistungsmedizin
Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz 2: Familien- und Bevölkerungspolitik unter der Gewalt der NS-Gesundheitsführung
Soziale und biographische Bedingungen medizinischen Verbrechens
Zur sozialdarwinistischen Vorgeschichte des NS-Gesundheitswesens

Heft Nr.6

Italien

erscheint voraussichtlich
November 1980